Wissenschaftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung

für Mittel- und Oberstufe im Fach Gesellschaftslehre

an der Gesamthochschule Kassel

"ROLAND FREISLER - MATERIALIEN ZU EINER POLITISCHEN BIOGRAPHIE"

Vorgelegt von:

Sigrun Meier
Kölnische Str. 170
3500 Kassel

Prüfer: Prof. Dr. Jörg Kammler

Abgabetermin: 27. April 1984

VORWORT

Hiermit möchte ich allen Danken, die an der Fertigstellung dieser Examensarbeit beigetragen haben, vor allem den Mitarbeitern des Geheimen Staatsarchivs Berlin, des Bundesarchivs Koblenz, des Stadtarchivs Kassel, des Bundessozial- und Arbeitsgerichts Kassel und der Muhrhardtschen Landesbibliothek Kassel. Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Kammler für die freundliche Unterstützung.

Kassel, April 1984 Die Verfasserin

INHALT

		Seite
	VORWORT	
	GLIEDERUNG	
	EINLEITUNG	
1.	ERSTE POLITISCHE BETÄTIGUNGEN (1893-1915)	2
1.1	Herkunft, Schule und Beginn der juristischen Ausbildung (1893-1914)	2
1.2	Kriegsteilnehmer am Ersten Weltkrieg und russischer Lebensmittelkommissar (1914-1920)	3
1.3	Abschluß der Berufsausbildung und Rechtsanwalt in Kassel (1920-1924)	3
1.4	Der Prozeß gegen die "Frankfurter Volksstimme" (9.9.1924)	4
1.5	"Kasseler Volksblatt"contra Roland Freisler (1924/25)	6
1.6	Stadtverordneter des Völkisch-Sozialen Blocks in Kassel (1924/25)	12
1.7	Verteidiger der völkischen Stadtverordneten Paulmann, Schnelle und Likus gegen das "Kasseler Volksblatt" (1924/25)	13
1.8	Verteidiger eines völkischen Handwerkers wegen Nötigung (20.12.1924)	17
1.9	Zusammenfassung	18
2.	STADTVERORDNETER DER NSDAP IN KASSEL (1925-1933)	19
2.1	Phase der politischen Etablierung (1925-1928)	19
2.1.1	Die Stadtverordnetenversammlung vom 17.5.1926	19
2.1.2	Freislers Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz (21.6.1926/23.6.1927)	20
2.1.3	Freislers Festnahme auf dem Parteitag der NSDAP in Weimar (4./5.7.1926)	24

2.1.4	Der Fall Lichtenberg-Freisler (1926/27)	26
2.1.5	Die Stadtverordnetenversammlung vom 7.2.1927	38
2.1.6	Verteidiger des Parteigenossen Dolspergs (23.6.1927)	40
2.1.7	Verteidiger Oswald Freislers wegen Nötigung (Nov. 1927)	41
2.1.8	Von Freisler geleitete Protestversammlung gegen die Finanzpolitik der Stadt Kassel (15.11.1928)	41
2.1.9	Zusammenfassende Übersicht	43
2.2	Phase der politischen Stabilisierung (1929/3o)	51
2.2.1	Freislers Obstruktionsrede im Stadtparlament (7.1.1929)	51
2.2.2	Der Beleidigungsprozeß gegen den Stadtverordneten Quer (SPD) (8.3.1929)	58
2.2.3	Die Geldgeberliste der Kommunisten (10.5.1929)	60
2.2.4	Verteidiger des Parteigenossen Köhler wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz (13.6.1929)	64
2.2.5	Persönliche Differenzen zwischen Freisler und dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Wittrock (9.1.1930)	68
2.2.6	Die NSDAP-Versammlungen vom 18.6.1930	74
2.2.7	Wegen Landfriedensbruchs angeklagt und freigesprochen (1.7.1930)	85
2.2.8	Die Stadtverordnetenversammlungen vom 17.2. und 10.11.1930	90
2.2.9	Zusammenfassender Überblick	92
2.3	Phase des verschärften politischen Kampfes (1931/32)	96
2.3.1	Die NSDAP-Versammlung in Grebenstein (25.1.1931)	97
2.3.2	Die NSDAP-Versammlung in Großalmerode (28.1.1931)	105
2.3.3	Verteidiger des Parteigenossen Feder (1930/31)	112
2.3.4	Der Kurfürstendamm-Pogrom (12.9.1931)	114
2.3.5	Abgeordneter im Preußischen Landtag (1932/33)	117
2.3.6	Die Stadtverordnetenversammlung vom 27.6.1932	121
2.3.7	Freislers Provokationen - Schlägerei im Stadtparlament (11.7.1932)	122

2.3.8	Zusammenfassender Überblick	127
3.	PHASE DER MACHTERGREIFUNG (1933)	132
3.1	Das Verbot des "Kasseler Volksblatts" (28.2.1933)	132
3.2	Die Besetzung des Kasseler Rathauses (6.3.1933)	134
3.3	Die Besetzung des Kasseler Gewerkschaftsgebäudes (7.3.1933)	139
3.4	Die Besetzung des Kasseler Gerichtsgebäudes (7.3.1933)	143
3.5	Die Stadtverordnetenversammlung vom 30.3.1933	145
3.6	Staatssekretär im Preußischen Justizministerium (1.6.1933)	148
3.7	SPD-Vermögen beschlagnahmt! (10.5.1933)	155
3.8	Zusammenfassende Übersicht	156
4.	EHRENBÜRGER DER STADT KASSEL (19.2.1933)	158
5.	WEITERER LEBENSWEG UND TOD (1933-1945)	160
6.	ZUSAMMENFASSUNG	168
	ANMERKUNGEN	
	LITERATUR	

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BA	= Bundesarchiv
Dtl. Berichte SPD	= Deutschland Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
Geh. Sta.	= Geheimes Staatsarchiv
HVW	= Hessische Volkswacht
KHLZ	= Kurhessische Landeszeitung
KP	= Kasseler Post
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KVBL	= Kasseler Volksblatt
NAZ	= Neue Arbeiter Zeitung
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OLG	= Oberlandesgericht
PrJM	= Preußisches Justizministerium
Pr. Ltg.	= Preußischer Landtag
RJM	= Reichsjustizministerium
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtv. Vers.	= Stadtverordnetenversammlung
StGB	= Strafgesetzbuch
StPO	= Strafprozeßordnung

EINLEITUNG

Roland Freisler ist als Präsident des ehemaligen Volksgerichtshofes unter nationalsozialistischer Herrschaft aufgrund seiner berüchtigten Schauprozesse hinreichend bekannt. Auch über seine Tätigkeiten als Staatssekretär im Preußischen bzw. Reichsjustizministerium sowie seines Einflusses auf die Strafrechtsreform gibt die einschlägige Sekundärliteratur aufschluß. Wenig Informationen findet man hingegen über seine Zeit als Stadtverordneter der NSDAP in Kassel 1925-1933. Schwerpunkt dieser Arbeit ist deshalb diesen Abschnitt seiner beruflichen und politischen Karriere aufzuarbeiten. Anhand der Stenographischen Berichte der Stadtverordnetenversammlungen in Kassel und der damaligen Kasseler Presse sollen Freislers parlamentarische, parteipolitische und berufliche Betätigungen dargestellt werden. Darüber hinaus sein Verhalten als Abgeordneter im Preußischen Landtag und in wichtigen außerregionalen Prozessen als Verteidiger seiner Parteigenossen. Da es den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, auch näher auf seine Tätigkeiten als Ministerialdirektor und Staatssekretär im Preußischen bzw. Reichsjustizministerium sowie als Präsident des Gerichtshofes einzugehen, kann hierüber nur eine grobe Zusammenfassung gegeben werden. Ferner wurden bewußt zahlreiche Zitate eingebracht, um einen besseren Eindruck von den Ereignissen zu vermitteln, und um dem Thema dieser Arbeit gerecht zu werden. Berücksichtigung fanden ebenfalls die Ansichten der verschiedenen politischen Parteien, die in der Presse zum Ausdruck kamen.

1. ERSTE POLITISCHE BETÄTIGUNGEN (1893-1915)

In diesem Kapitel soll ein kurzer Überblick über die biographischen Daten Roland Freislers bis 1925, sowie seiner schulischen und beruflichen Ausbildung gegeben werden. Ferner folgt eine Darstellung seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg und der darauf folgenden politischen Betätigungen, die ihn nachhaltig beeinflußten.

1.1 Herkunft, Schule und Beginn der juristischen Ausbildung (1893-1914)

Roland Freisler wurde am 30.10.1893 in Celle bei Hannover geboren. Sein Vater, der Diplomingenieur Julius Freisler, geboren am 20.8.1862, stammte aus Klantendorf in Mähren. Er war katholisch und hatte vermutlich jüdische Vorfahren.[1] Seine Mutter, Charlotte Auguste Florentine Freisler, geborene Schwertfeger, wurde am 30.4.1863 in Celle geboren. Sie gehörte der evangelischen Religionsgemeinschaft an. Wann die Ehe geschlossen wurde, ist nicht bekannt.[2] Wenige Wochen vor der Geburt seines Sohnes, zog Julius Freisler am 13.9.1892 nach Celle. Die Taufe Roland Freislers erfolgte am 13.12.1893 in der protestantischen Stadtkirche; Paten waren der Grundbesitzer Karl Staffe auf Klantendorf und Florentine Artler aus Celle. Am 27.12.1893 siedelte die Familie nach Hannover und 1895 nach Hameln über. Dort wurde am 29.12.1895 der zweite Sohn, Oswald, geboren. Ab 21.1.1896 arbeitete Julius Freisler beim Hafenbauamt in Duisburg. Von Karlsruhe kommend, wohnte die Familie seit dem 4.10.1897 in Kassel in der Sternstraße 19 p, ab 2.6.1898 in Wehlheiden in der Wilhelmshöher Allee 15 und vom 6.4.1899 bis zum 29.3.1901 in der Wilhelmshöher Allee 172. Hierauf zog sie am 1.4.1901 nach Aachen, wo Julius Freisler als Professor bzw. Oberlehrer an der königlichen Baugewerbeschule tätig war. Ostern 1903 wurde Roland Freisler in die 5. Klasse des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums (heute Einhard-Gymnasium) aufgenommen. Anläßlich des erneuten Umzugs nach Kassel in die Augustastraße 21 (heute Pfannkuchstraße), besuchte er ab Herbst 1908 das Wilhelm-Gymnasium und bestand Ostern 1912 das Abitur. Danach studierte er Rechtswissenschaften an der Universität in Jena.[3] Sein Bruder, Oswald Freisler, legte die

Reifeprüfung zwei Jahre später ebenfalls am Kasseler Wilhelm-Gymnasium ab.[4]

1.2 Kriegsteilnehmer am Ersten Weltkrieg und russischer Lebensmittelkommissar (1914-1920)

Durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde das Studium Roland Freislers unterbrochen. Am 4.8.1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger in Kassel. Bereits kurz nach der Grundausbildung wurde er als Fahnenjunker beim Ersatzbataillon des Infanterie Regiments 167 an der Westfront bei Langemark verwundet und erhielt das EK II (vgl. DJ 1942, S. 551). Daraufhin kam er an die Ostfront. Doch schon am 18.10.1914 wurde die 9. und 11. Kompanie des Regiments bei Stanitschitsche im Gebiet Stochod-Styr von den Russen eingeschlossen. Bei diesen Kämpfen geriet Roland Freisler in russische Gefangenschaft.[5] Er nutzte die Zeit, indem er fließend russisch lernte und sich intensiv mit den marxistischen Lehren beschäftigte. Nachdem sich die Kriegsgefangenenlager, bedingt durch den Ausbruch der Oktoberrevolution am 7./8. 11.1917, allmählich selbst auflösten, scheint er ein paar Jahre als bolschewistischer Lebensmittelkommissar verbracht zu haben.[6] Später soll er der Schiebung beschuldigt worden sein, worauf er am 17.7.1920 nach Kassel zurückkehrte (vgl. BUCHHEIT, S. 16/17 und 281).

1.3 Abschluß der Berufsausbildung und Rechtsanwalt in Kassel (1920-1924)

Nach seiner Rückkehr aus Rußland, nahm Roland Freisler das Studium an der Universität in Jena wieder auf und bestand 1921 "summa cum laude" sein juristisches Doktorexamen. Das Thema seiner Dissertation lautete: "Grundsätzliches über die Betriebsorganisation" (BUCHHEIT 1968, S. 17 und 281).
Obwohl es in Kassel auch mehrere arische Anwälte gab, leistete er sei-

ne Referendarzeit bei den jüdischen Rechtsanwälten Theodor und Alfred Dellevie ab.[7] In dieser Zeit soll er einmal erklärt haben "man müsse aus einem Prozeß zehn herausziehen können, er wäre jetzt ... dabei, nach diesem Grundsatz zu verfahren" (KVBL, 29.4.1924). Zum Abschluß des Referendariats schenkte Roland Freisler Theodor Dellevie, zu dem er ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt hatte, ein Bild mit der Widmung "Herrn Theodor Dellevie in dankbarer Erinnerung an unvergeßliche Freundschaft" (BUCHHEIT 1968, S. 15)! Das große juristische Staatsexamen legte er am 2.10.1923 in Berlin ab. Laut "Kasseler Volksblatt" soll er sich dabei ein Auge verbunden haben, "um dadurch den Eindruck eines Kriegsverletzten hervorzurufen" und gesagt haben "es käme nur darauf an, jeweils die Konjunktur auszunutzen." (KVBL, 29.4.1924)!
Während der für damalige Verhältnisse relativ kurzen Assessorenzeit war er einige Monate als Richter tätig (vgl. DJ 1942, S. 551) und ließ sich am 13.2.1924 in Kassel als Rechtsanwalt nieder. Beim Kasseler Oberstaatsanwalt hätte er sich dann mit dem "Eisernen Kreuz zweiter Klasse im Knopfloch" vorgestellt und seinen Kollegen gegenüber sinngemäß geäußert:"Warum denn nicht,man muß die Situation ausnützen" (KVBL, 29.4.1924). Nachdem sein Bruder Oswald die juristische Ausbildung ebenfalls abgeschlossen hatte, führten sie die Kanzlei am Friedrichsplatz 12 gemeinsam,[8] d.h. Oswald bearbeitete die Zivil- und Roland die Strafverfahren. Hinzu kam, daß Roland Freisler auch bei Revisionsverhandlungen in Leipzig verteidigte, da der Oberlandesgerichtsbezirk Kassel zum 3. Strafsenat des Reichsgerichts gehörte (vgl. BUCHHEIT 1968, S. 18/19).

1.4 Der Prozeß gegen die "Frankfurter Volksstimme" (9.9.1924)

Am 11.9.1924 berichtete das "Kasseler Volksblatt" von einem Artikel, der am 24.4.1924 in der "Frankfurter Volksstimme" mit der Überschrift

"Der kommunistische Judenstämmling als deutschvölkischer Kandidat" erschien.
Darin wurde in bezug auf Roland Freisler, der sich als Kandidat des Völkisch-Sozialen Blocks an zweiter Stelle der Reichstagsliste für den Bezirk Hessen-Nassau aufstellen ließ, gesagt, daß er "früher Kommunist gewesen sei. Sein Übergang vom Sowjetsystem zum Hakenkreuz sei um so interessanter, als seine Großmutter eine Jüdin sei" (KVBL, 11.9.1924).
Aufgrund dieser Behauptung erhob Roland Freisler Privatbeleidigungsklage gegen die "Frankfurter Volksstimme". Das Hauptverfahren, das am 9.9.1924 vor dem Einzelrichter am Amtsgericht Frankfurt stattfinden sollte, wurde eröffnet, weil es im weiteren Verlauf des Artikels hieß:

> "...wonach der Bruder des genannten Anwalts mit Empörung gegen ihn Stellung genommen habe und mit Entrüstung erklärt hatte, für Angehörige seiner Familie dürfte der Antisemitismus schon deshalb moralisch gar nicht in Frage kommen, weil für sie ein Bekenntnis zum Antisemitismus eine P i e t ä t l o s i g k e i t g e g e n d i e G r o ß m u t t e r s e i" (KVBL, 11.9.1924).[9]

Falls diese Aussage der Wahrheit entspricht, läßt sie sich als weiteren Beleg für die jüdische Abstammung Freislers interpretieren.

Da der Kläger jedoch nicht zum Verhandlungstermin erschien, wurde das Verfahren auf Kosten Roland Freislers eingestellt.
Wie schon in Abschnitt 1.1 bemerkt, ist dieses Verhalten Roland Freislers erstaunlich, denn er hätte hier die Chance gehabt, derartige Anschuldigungen, denen er auch später immer wieder ausgesetzt war und die ihm als Parteimitglied des Völkisch-Sozialen Blocks bzw. der NSDAP sicher sehr unangenehm waren, vielleicht sogar hätten gefährlich werden können, zu widerlegen, indem er den Beweis seiner "arischen Abstammung" durch Nachforschungen in den Kirchenbüchern von Klantendorf erbracht hätte; daß er das nicht getan hatte und dagegen nicht mit aller Härte vorgegangen war, läßt darauf schließen, daß er diesen Beweis wohl nicht erbringen konnte.
Der Kommentar der "Frankfurter Volksstimme" lautete dazu:

> "Aus rein menschlichen Gründen, aus Nächstenliebe, müssen wir ja bedauern, daß Herr Dr. F r e i s l e r die Kosten des von ihm so sinnreich eingeleiteten Verfahrens tragen muß. Wir hoffen, daß es ihm bei seiner bekannten

Geschäftstüchtigkeit gelingen wird, diesen Schaden leicht zu verschmerzen. Er war sehr klug, sich weitere Kosten zu ersparen und das heitere Stündchen nicht zu finanzieren, das wir uns mit Recht von der vielversprechenden Justizaktion erhofften" (KVBL, 11.9.1924).

1.5 "Kasseler Volksblatt" contra Roland Freisler (1924/25)

Ein weiterer Artikel, der sich mit der Person Roland Freislers und dessen Bruder Oswald beschäftigte, erschien am 29.4.1924 auf der Titelseite des "Kasseler Volksblatts": "Gebrüder Freisler. Politisches Konjunkturgeschäft mit beschränkter Haftung".
Ebenfalls anläßlich der bevorstehenden Kommunal- und Reichstagswahlen vom 4.5.1924, bei der Roland Freisler an zweiter Stelle der Reichstagsliste des Bezirks Hessen-Nassau und an fünfter Position der Stadtverordnetenliste des Völkisch-Sozialen Blocks in Kassel kandidierte, sah sich das sozialdemokratisch-orientierte "Kasseler Volksblatt" genötigt, den Kasseler Bürgern warnend die politische, berufliche und private Vorgeschichte der Gebrüder Freisler vorzustellen, da sie stets das täten, was ihnen die meisten Vorteile bzw. den größten Profit brächte.
Danach sollen sie noch kurz zuvor schärfste Gegner der Rechten, besonders der Deutschnationalen, gewesen sein und sie öffentlich bekämpft haben. Als Beweis wurden mehrere Artikel angeführt, die Oswald Freisler 1920 im "Kasseler Tageblatt" veröffentliche, wo er u.a. schrieb:

"In einem in Millionen von Exemplaren verbreiteten deutschnationalen Flugblatt heißt es: 'Wer heute noch von Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung redet, ist ein Handlanger des j ü d i s c h - i n t e r n a t i o n a l e n W u c h e r k a p i t a l s; das aber tut die schwarz-rot-goldene Mehrheit, die Deutschland regiert'. Ungewollt läßt hier die radikale Rechtspartei den dichten Schleier fallen, der die Menge der Wählermassen über die wirklichen Ziele hinwegtäuschen soll, und hinter der gefallenen Masche zeigt sich ihr w a h r e s b r u t a l e s G e s i c h t. Nicht Völkerversöhnung, nicht zwischenstaatliche Verständigung, Völkerhaß und Staatenverhetzung ist ihr Ziel: wiederum steht die brutale Machtpolitik auf dem Banner jener

> Partei, die unselige Gewaltpolitik, die, schon vor dem Kriege mit der verblendeten Größenwahnsinnsphrase von der 'schimmernden Wehr' eine Welt von Feinden uns schaffte, der Verderb des deutschen Volkes, heute geradezu ein verbrecherisches B a b a n q u e-S p i e l g e f ä h r l i c h e r A r t bedeute. Warnend stehe jedem, wenn er zur Urne geht, dieser Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei vor Augen; mögen nicht die Kriegsgefangenen vergessen, daß der von ihnen erduldete Niederschlag des Völkerhasses nur die Furcht des Geistes und der Politik in der Vergangenheit ist" (KVBL, 29.4.1924).

Noch bis 1923 soll Roland Freisler ähnliche Ansichten vertreten haben wie sein Bruder Oswald:

> "Wie der deutschvölkische Reichstagskandidat seine arischen Rassegenossen einschätzt, geht daraus hervor, daß er seiner Zeit vor Zeugen erklärt hat, es sei für ihn ein leichtes, den A r i e r n b l a u e n D u n s t vorzumachen, mit dem nötigen Wortschwall ginge das schon, da ihnen die kritische Verstandesschärfe abgehe. N u r J u d e n k ö n n e m a n d u r c h R e d e n s a r t e n n i c h t i m p o n i e r e n".
>
> "...Herr Roland Freisler hat noch im November 1923 erklärt, daß man bei den kommenden Wahlen unbedingt sozialistisch wählen müßte. Auf die scherzhafte Gegenfrage, ob etwa nationalsozialistisch, erwiderte er damals entrüstet, was man denn von ihm dächte" (KVBL, 29.4.1924).

Im Laufe des Artikels wurde der plötzliche extreme Wandel aus der Sicht des "Kasseler Tageblatts" begründet:

> "Herr Roland Freisler reiste, wie er selbst seinem damaligen Bekannten erzählt hat, als ihm die sozialistische Konjunktur am aussichtsreichsten erschien nach Thüringen, um durch Vermittlung einer seiner Bekannten, der der damaligen sozialistischen Regierung Thüringens nahestand, einen Posten bei der thüringischen Verwaltung oder Justiz zu erhalten".
>
> "Im Winter 1922/23 erklärte er, sich bei S c h e i d e m a n n auf Grund seiner arbeitsrechtlichen Doktordissertation vorstellen zu wollen, um ihn als S p r u n g b r e t t zu benutzen. Dabei trug er einen Brief mit der Adresse: S e i n e E x z e l l e n z R e i c h s m i n i s t e r - P r ä s i d e n t a. D. P h i l i p p S c h e i d e m a n n in der Tasche" (KVBL, 29.4.1924)

Sollten diese Behauptungen wahr sein, läßt sich Freislers späterer Haß auf die Sozialdemokraten durch die Verweigerung einer politischen

Karriere erklären, da die Ablehnung von Seiten der SPD seinem Ehrgeiz zutiefst zuwiderlaufen mußte. Vermutlich sah er daraufhin bei der kleinen Partei des Völkisch-Sozialen Blocks die größte Chance, möglichst schnell aufzusteigen.

Zu den beruflichen Vorwürfen siehe Abschnitt 1.3.

Des weiteren wurden eine Reihe "anrüchiger" Geschäfte genannt, bei denen die Brüder viel Geld verdient haben sollen:

> "Herr R o l a n d F r e i s l e r , der sich nicht genug tun kann im Wettern über den jüdischen Ländlergeist, hat als Referendar fortgesetzt Geschäfte gemacht. Im Frühjahr 1923 hatte er durch Geschäfte s o v i e l G e l d v e r d i e n t , daß er erklärte, jetzt könne er eine S o m m e r r e i s e machen".

> "Der antisemitische Reichstagskandidat Roland Freisler, erklärter Feind des Börsen- und Bankkapitals, hat im Herbst vorigen Jahres nach seiner eigenen Angabe i n W e r t p a p i e r e n s p e k u l i e r t und mit dem Erlös Kleidungsstücke erworben" (KVBL, 29.4.1924).

Zusammen mit seinem Bruder Oswald soll er 1922 nach der Erklärung des letzteren, f ü r e i n E n g r o s g e s c h ä f t E r b s e n i n g r o ß e n M e n g e n g e g e n e n t s p r e c h e n d e P r o v i s i o n g e k a u f t" haben.

Zu Oswald Freisler hieß es weiter:

> "Da ein Jünger Wotans selbstverständlich von Pferden viel verstehen muß, betätigte er sich auch als Angeber von Tipps für Pferderennen. Er hat eine ganze Reihe von Referendaren zu diesem Wettspiel veranlaßt, wie überhaupt Spielen seine Spezialität war. Im Jahre 1920 oder 1921 wurde er sogar in Berlin in einem verbotenen Spielklub von der Polizei überrascht und eine Nacht im Polizeipräsidium am Alexanderplatz festgehalten.
>
> Sein Händlergeist ging sogar soweit, daß er an dem heiligen Tage, an dem Hitler seinen Putsch machte, in und vor dem hiesigen Gerichtsgebäude Zigaretten, die er in größeren Mengen bei sich führte, seinen Kollegen verschachern wollte".

> "Besonders interessant ist die Einstellung dieses völkischen Rechtsanwalts Oswald Freisler zu Ehrenhändeln. Nach seiner eigenen Erklärung hatte er im Jahre 1920 in der hiesigen Bahnhofswirtschaft einen Zusammenstoß mit einem Gutsbesitzer aus der Nähe Cassels, der ihn für einen Juden hielt und ohrfeigte. Oswald Freisler erklärte damals, er habe Privatklage gegen den Gutsbesitzer angestrengt und dies wäre ein gangbarer Weg,

> sich Geldmittel durch Zuerkennung einer Buße zu verschaffen, denn das sei schließlich die Hauptsache. Herr Freisler hat die Geldbuße nach seiner Angabe auch erhalten und seine völkische Ehre war damit gerettet" (KVBL, 29.4.1924).

Am Schluß des Artikels wies das "Kasseler Volksblatt" ausdrücklich darauf hin, daß es für alle Behauptungen Zeugen hätte, die bereit wären, ihre Aussagen vor Gericht zu beeiden.

Als Roland Freisler von dem genannten Artikel auf einer Parteiversammlung in Eschwege durch einen Kasseler Rechtsanwalt informiert wurde, erklärte er zunächst "auf persönliche Angriffe nicht eingehen zu wollen" (KVBL, 2.5.1924). Am folgenden Tag beantwortete er die Vorwürfe mit einem Flugblatt, worin er der Schriftleitung des "Kasseler Volksblatts" eine Klage ankündigte. In einem weiteren nahm er zu den Anschuldigungen Stellung. Da sich der Artikel auch nachteilig auf die Wahlaussichten des Völkisch-Sozialen Blocks auswirken konnte, trat der Vorsitzende der Partei am 1.5.1924 ebenfalls mit einem Flugblatt für seinen "Freund Dr. Roland Freisler" ein, jedoch nicht für dessen Bruder. Hieraus schloß das "Kasseler Volksblatt", daß ihm das Risiko ohnehin zu groß wäre. Oswald Freisler hingegen verzichtete auf eine Klage (vgl. KVBL, 11.9.1924) und gab zu seiner Verteidigung an:

1. "Es ist nicht richtig, daß ich jemals für ein Engrosgeschäft Erbsen in größeren oder kleinen Mengen gekauft habe, daß ich mir jemals für ein solches oder ähnliches Geschäft habe Provision versprechen oder gewähren lassen".
2. "Es ist nicht richtig, daß ich jemals erklärt habe, mir auf dem Wege einer Privatklage durch Zuerkennung einer Buße Geldmittel verschaffen zu wollen".
3. "Es ist nicht richtig, daß ich jemals an Kollegen Zigaretten verschachert habe oder habe verschachern wollen" (KVBL, 2.5.1925).

Hierauf wurde er vom "Kasseler Volksblatt" der "b e w u ß t e n U n w a h r h a f t i g k e i t" bezichtigt. Interessant ist dabei, daß er sich bei der Verteidigung nur auf wenige Punkte beschränkte und die wichtigsten Einzelheiten, wie z.B. seine frühere politische Gesinnung und die Ohrfeige, die er als "angeblicher Jude" bekam, nicht leugnete. Einen Tag später veröffentlichte das "Kasseler Volksblatt" denselben Zei-

tungsartikel noch einmal als Flugblatt. Worauf Roland Freisler am 3.5.1924, also einen Tag vor der Wahl, seinerseits eines verbreitete, in dessen ersten Absatz stand:

> "L a n d e s v e r r ä t e r sind diejenigen, die um s c h n ö d e n J u d a s l o h n Werbematerial für die Franzosen herstellen. Das Volksblatt, GmbH, hat der durch führende Presse (gemeint ist ein bereits eingegangenes Schimpfblatt! (Red. d. Cass. Volksbl.) gegangene Nachricht, daß es durch D r u c k v o n f r a n z ö s i s c h e m W e r b e m a t e r i a l Henkersdienste am schaffenden deutschen Volke zugunsten des raffenden internationalen Großkapitals leistet, nicht widersprochen. Die Eiterbeule platzt" (KVBL, 12.2.1925)!

Dieser Abschnitt bezog sich auf die Veröffentlichung der Schriften eines pazifistischen Professors.Da er dem "Kasseler Volksblatt" hierin bezahlten Landesverrat vorwarf, kam es zu einer Gegenklage, durch die Geschäftsführer Kämpfer als Vertreter des Volksblatt-Verlages seinen Kontrahenten zwingen wollte, dafür Beweise zu erbringen.

Mit seiner Klage gegen das "Kasseler Volksblatt" ließ sich Roland Freisler Zeit. Erst am 4.6.1924 beantragte er gegen Hauptschriftleiter Tejessy und Geschäftsführer Kämpfer Offizialklage bei der Staatsanwaltschaft, was aber am 7.6.1924 mit der Begründung abgelehnt wurde, daß ein öffentliches Interesse bei der Beleidigung eines nichtgewählten Reichstagskandidaten nicht vorläge. Nachdem wieder einige Zeit verging, reichte er am 19.6.1924 Privatklage ein (vgl. KVBL, 12.2.1925) und forderte kommissarische Vernehmung der von ihm angegebenen Zeugen, worunter auch ein Universitätsprofessor aus Jena fiel. Die Verhandlung sollte zunächst am 3.1.1925 stattfinden, wurde dann auf den 13.1.1925 verschoben und später ohne Angabe von Gründen bis auf weiteres vertagt (vgl. KVBL, 12.1.1925). Ob sie überhaupt durchgeführt wurde, bleibt zweifelhaft; von dem Beleidigungsprozeß ist nichts bekannt.
Seltsam ist, daß auch dieses Verfahren im Sande verlief. Warum hatte Roland Freisler kein Interesse daran, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe so schnell wie möglich zurückzuweisen? Vermutlich waren die von ihm genannten Zeugen nicht bereit, vor Gericht auszusagen, weshalb er die Beweise auch in diesem Fall nicht erbringen konnte.

Den Vorwurf des "bezahlten Landesverrats" hielt er für "Ehrennotwehr". Mit dem Nachweis ließ er sich jedoch auch hier viel Zeit, denn er bean-

tragte die Vernehmung eines Zeugen im besetzten Gebiet, gab aber nicht dessen Namen und Adresse an, weil er ihn damit angeblich der französischen Besatzungsbehörde ausgeliefert hätte. Er schlug deshalb vor, die Ladung der Zeugenvernehmung postlagernd nach Frankfurt/M. zu senden. Die kommissarische Vernehmung, die dort stattfinden sollte, scheiterte jedoch, da nur Herr Kämpfer und sein Verteidiger anwesend waren, der Zeuge und Freisler selbst kamen nicht (vgl. KVBL, 12.1.1925).

Nach längerer Zeit fand dann schließlich die Hauptverhandlung statt, bei der Amtsgerichtsrat Rudert den Vorsitz führte. Da Freisler offensichtlich nicht in der Lage war, seine Beweise eindeutig zu formulieren, wurde er aufgefordert, sie schriftlich einzureichen., worauf er erwiderte, "daß es ihm in Ermangelung einer Stenotypistin nicht möglich sei, dem Wunsche des Gerichts nachzukommen" (KVBL, 12.1.1925). Später willigte er aber ein, und das Verfahren wurde auf den 10.2.1925 vertagt.
In der erneuten Verhandlung versuchte er den "bezahlten Landesverrat" ein zweites Mal zu beweisen, was ihm jedoch wieder nicht gelang. Daher "forderte er für sich vorsichtshalber gleichzeitig Zuerkennung der Wahrung berechtigter Interessen, Ehrennotwehr und Straffreiheit wegen Erwiderung einer Beleidigung 'auf der Stelle'" (KVBL, 12.2.1925). Das Urteil wurde am 11.2.1925 verkündet:

> "Auf Grund des Paragraphen 199 StGB ist der Beklagte für straffrei erklärt. Die Kosten des Verfahrens sind je zur Hälfte von beiden Teilen zu tragen".

Begründung:

> "Der Wahrheitsbeweis konnte als erbracht angesehen werden. Es mag taktlos und moralisch verwerflich gewesen sein, daß sich zu einer Zeit, wo das deutsche Volk schwer unter der Ruhrbelastung zu leiden hatte, ein Verleger fand, der solche Sachen abdruckte. Aber man kann nicht sagen, daß er dem Feinde Henkersdienste geleistet habe. Es ist weiterhin nicht der Beweis erbracht worden, daß diese Schriften als Werbeschriften benutzt worden sind. Eine öffentliche Beleidigung liegt vor, ob eine Wahrnehmung berechtigter Interessen vorliegt, kann dahingestellt bleiben. Der Angeklagte hat sich auf Notwehr berufen. Davon kann keine Rede sein. Wenn er auch zuerst angegriffen war, so war doch die Beleidigung nicht erforderlich zur Abwehr. Man kann im Gegenteil sagen, daß er dadurch die Gegenseite noch mehr reizen konnte.

> Dagegen liegt aber eine B e l e i d i g u n g a u f d e r S t e l l e vor. Das letzte Flugblatt gegen Freisler ist einen Tag vor der Beleidigung Kämpfers dadiert. Die Flugblätter sind in dem Verlag des Volksblattes abgedruckt worden, ohne daß der Verfasser angegeben worden ist. Hiernach ist der Geschäftsführer Kämpfer für diese Flugblätter verantwortlich" (KVBL, 12.2.1925).

Im Kommentar des "Kasseler Volksblatts" wurde das Urteil kritisiert:

> Der § 199 des StGB lautet:
> "Wenn eine Beleidigung a u f d e r S t e l l e e r w i d e r t wird, so kann der Richter beide Beleidiger, oder einen derselben für s t r a f f r e i erklären".

Eine Beleidigung auf der Stelle lag aber nach Ansicht des "Kasseler Volksblatts" nicht vor, weil das am 2.5.1924 erschienene Flugblatt wortwörtlich mit dem Zeitungsartikel übereinstimmte und der Inhalt Roland Freisler seit mehr als drei Tagen bekannt war.

> "Es ist selbstverständlich, daß die Erwiderung der Beleidigung in bezug auf die Strafbarkeit in einem Verhältnis zu der Beleidigung stehen muß, die die Erwiderung veranlaßt hat" (KVBL, 12.2.1925).

Dieser Tatbestand war laut "Kasseler Volksblatt" auch nicht gegeben, da in dem Zeitungsartikel nicht der Vorwurf einer strafbaren Handlung erhoben wurde, und Freisler mit "bezahltem Landesverrat" konterte, worauf Zuchthausstrafe stand.
Amtsgerichtsrat Rudert wurde deshalb politisch einseitige Rechtsprechung vorgeworfen (vgl. KVBL, 12.2.1925).

1.6 Stadtverordneter des Völkisch-Sozialen Blocks in Kassel (1924/25)

In der Stadtverordnetenversammlung vom 29.6.1924 wurde Roland Freisler als Ersatzmann für Messerschmidt aufgenommen (vgl. KP, 30.6.1924).

Zu einer ersten politischen Auseinandersetzung kam es, als er in der Sitzung am 9.9.1924 dreizehn jüdische Geschäfte der Unteren Königstraße als

Geldgeber des Reichsbanners bezeichnete (vgl. KP, 10.9.1924).
Das "Kasseler Volksblatt" nahm am 11.9.1924 dazu Stellung:

> "In der letzten Stadtverordnetenversammlung provozierte der völkische Stadtverordnete Dr. Roland Freisler die gesamten republikanischen Mitglieder der Versammlung durch die niedrigsten Verdächtigungen gegen das Reichsbanner,'Schwarz-Rot-Gold'. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion antwortete diesem völkischen Volksvertreter mit der im Rahmen der Gesetze möglichen Schärfe, sagte dabei aber ausdrücklich, daß ein Mann wie Roland Freisler, gegen den in der Öffentlichkeit die schwersten ehrenrührigen Vorwürfe erhoben worden sind, nicht das Recht habe, überhaupt Kritik am Reichsbanner zu üben. Herr Freisler möge sich jedoch jener Zeit erinnern, da er, nach seiner eigenen Angabe, Sowjetkommissar in Rußland gewesen sei und dabei viel Geld verdient habe. Auf diese Kennzeichnung hin, wies der angegriffene Völkische auf das Verfahren hin, das er gegen das 'Volksblatt' zur Reparatur seiner Ehre eingeleitet habe" (KVBL, 11.9.1924).

Hierbei handelte es sich um eine typische Verhaltensweise Freislers. Kam es im Stadtparlament zu Streitigkeiten, war er meistens der Initiator oder zum großen Teil daran beteiligt.

Bei der Reichs- und Landtagswahl am 7.12.1924 wurde er nicht wieder als Kandidat des Völkisch-Sozialen Blocks aufgestellt, wozu nach Ansicht des "Kasseler Volksblatts" vom 12.1.1925 die gegen ihn erhobenen Vorwürfe beigetragen haben mögen.

1.7 Verteidiger der völkischen Stadtverordneten Paulmann, Schnelle und Likus gegen das "Kasseler Volksblatt" (1924/25)

Unter dem Titel "Sonntagsplauderei" veröffentlichte das "Kasseler Volksblatt" am 21.6.1924 einen Artikel, der sich mit dem Mißtrauensvotum der rechten Stadtverordneten gegen den damaligen Oberbürgermeister Philipp Scheidemann befaßte. Des weiteren war er als Reaktion auf einen Bericht der "Kasseler Post" gedacht, in dem "abfällige" Bemerkungen über die Sozialdemokraten standen. Diese Äußerungen veranlaßten das "Kasseler Volksblatt", die sich in der Minderzahl befindlichen "reaktionären"

Kasseler Stadtverordneten näher zu betrachten. Dabei stellte sich heraus, daß es sich bei den betreffenden Personen, bis auf wenige Ausnahmen, nicht um Kasselaner, sondern um "auswärtige Bürokraten" handelte. Mit Hilfe der "antisemitischen Sprachforschung" wurde außerdem die Abstammung der völkischen Stadtverordneten untersucht, deren Nachforschungen ergab, daß viele von ihnen jüdische Vorfahren hatten.
Aufgrund dieses Artikels hatten Paulmann, Schnelle und Likus Privatbeleidigungsklage gegen Hauptschriftleiter Fritz Tejessy und Schriftsteller Richard Wagner erhoben, der unter dem Pseudonym "Homo" als freier Mitarbeiter des Verlages tätig war. Die Verhandlung fand am 20.12.1924 unter dem Vorsitz des Amtsrichters Roßmann statt. Justizrat Hanke aus Homberg, der das "Kasseler Volksblatt" in derartigen Fällen gewöhnlich vertrat, verteidigte die Angeklagten, Vertreter der Kläger war Roland Freisler, der auch später hauptsächlich in politischen Prozessen ständiger Rechtsbeistand seiner Parteigenossen war.Paulmann und Likus waren nicht anwesend. Nachdem bestritten wurde, daß Wagner für den genannten Artikel verantwortlich war, beantragte Freisler die Vernehmung weiterer Zeugen des "Kasseler Volksblatts" und der Termin wurde auf den 10.1.1925 vertagt (vgl. KVBL, 22.12.1924).
Das "Kasseler Volksblatt" schilderte die Prozeßführung Freislers folgendermaßen:

> "Es ist auch selbstverständlich, daß der Rechtsanwalt Roland Freisler, dem in Ermangelung politischen Kredits und einer genügenden Anwaltspraxis selten die Möglichkeit gegeben ist, lange Reden halten zu können, sich diese Gelegenheit, über eine Stunde ungestört politischen Unsinn reden zu dürfen, nicht entgehen ließ, trotzdem er wußte, daß der Prozeß vertagt werden würde. Was in fünf Minuten hätte erledigt sein können, wurde durch Roland Freislers Rederei auf 1 1/2 Stunden ausgedehnt" (KVBL, 22.12.1924).

Dieser Absatz zog eine weitere Beleidigungsklage Freislers gegen den Redakteur Peters nach sich.
Der zweite Verhandlungstermin der völkischen Stadtverordneten gegen das "Kasseler Volksblatt" erfolgte wie geplant am 10.1.1925. Die von Freisler bestellten Zeugen waren auch erschienen. Doch kurz nach Beginn des Verfahrens "erklärte Herr Freisler, daß er nach den Erfahrungen des Termins vom 20.12. den Vorsitzenden R o ß m a n n als befangen ablehnen müsse" (KVBL, 12.1.1925). Als wahren Grund für die erneute Vertagung vermutete das "Kasseler Volksblatt", daß es Freisler zeitlich nicht möglich gewesen wäre, die Verteidigung der Stadtverordneten und eines völkischen Hand-

werkers , die am selben Tag stattfand, gleichzeitig durchzuführen, da die drei Mandanten selbst kein Interesse an einer Verzögerung des Prozesses gehabt hätten.
Infolge dessen wurde der Termin auf den 4.4.1925 verlegt. Dieses Mal wurde vor dem Schöffengericht verhandelt. Die "Kasseler Post" berichtete am 7.4.1925 darüber:

> "Der beklagte Hauptschriftleiter Tejessy drückte in langer Verteidigungsrede zunächst sein Erstaunen darüber aus, daß man sich überhaupt durch diese Plauderei hätte beleidigt fühlen können,...Er habe die fragliche Plauderei mit einem Schriftstellernamen gezeichnet, der dem Verfasser allerdings nicht zukomme. Dies habe er getan, um die Nachforschungen nach dem Verfasser zu erschweren und die beleidigten Stadtverordneten irre zu führen - ferner deshalb, weil die Leser des Volksblattes des öfteren Artikel von 'Homo' verlangten und er ihnen deshalb Homo-Plaudereien vorsetzen müsse, selbst wenn diese Plaudereien nicht von Homo verfaßt seien!...
> Der zweite Beklagte, Herr Wagner-Homo, bekannte sich zwar zum Pseudonym Homo, b e s t r i t t aber ganz entschieden die Urheberschaft der beanstandeten Plauderei:...
> Der Vertreter der Privatkläger, Rechtsanwalt Dr. R. F r e i s l e r, kennzeichnete die allgemein üblichen Ausdrucksformen des Volksblattes als 'gerichtsbekannt' und bezeichnete die Ausdrucksweise der fraglichen Plauderei als gemeine Schamlosigkeit".

Das Urteil:

> "lautete für Herrn W a g n e r auf F r e i s p r u c h, da seine Urheberschaft an der Plauderei nicht nachzuweisen war. Hauptschriftleiter T e j e s s y wurde zu 3 0 0 M a r k G e l d s t r a f e, im Nichtvermögensfalle zu 30 Tagen Gefängnis und z u r T r a g u n g d e r K o s t e n verurteilt. Auch soll das Urteil in der "Kasseler Post" im "Kasseler Tageblatt" und im "Volksblatt" auf Kosten des Verurteilten veröffentlicht werden. Die Urteilsbegründung bestätigte im Wesentlichen die Ausführungen des Vertreters der Privatkläger und stellte fest, daß die fragliche Plauderei nicht als Satire anzusprechen sei, da sie starke B e l e i d i g u n g e n enthalte. Auch habe die A b s i c h t der Beleidigung unzweifelhaft vorgelegen, weshalb eine Bestrafung aus § 186 StGB wegen übler Nachrede erfolgen mußte" (KP, 7.4.1925).

Der Privatbeleidigungsprozeß Freisler-Peters wurde am 8.5.1925 eröffnet. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Rudert, Justizrat Hanke war auch in diesem Fall Verteidiger Peters:

> "Freisler führte aus, daß er in der fraglichen Verhandlung nicht habe wissen können, ob Genosse Wagner freigesprochen werden würde..., oder ob das Verfahren gegen Wagner nicht abgetrennt werden würde von dem des Genossen Tejessy. Niemand könne beweisen, ob er das gewußt habe. Den von der Verteidigung als Zeugen bekannten damaligen Verhandlungsleiter Assessor R o ß m a n n müsse er ablehnen, da Roßmann nur als sachverständiger Zeuge in Frage käme und er den Sachverstand dieses Herrn, der nach den Ergebnissen der Prüfungsarbeiten unter ihm stände, nicht anerkennen könne" (KVBL, 11.9.1925).

Der Verfasserin ist nicht bekannt, ob es rechtlich überhaupt möglich war, einen Justizbeamten aufgrund von Prüfungsergebnisse abzulehnen. Die fadenscheinige Begründung hatte jedoch einen Grund, Freisler mußte befürchten, daß der Assessor gegen ihn aussagen würde, weil er ihn in der Verhandlung vom 20.12.1924 als befangen abgelehnt hatte. Ferner ist es möglich, daß dabei private Differenzen eine Rolle spielten oder Roßmann ihm als "politischer Gegner" bekannt war, da Freisler auch in folgenden Verfahren stets ihm mißliebige (besonders sozialdemokratische) Prozeßbeteiligte ablehnte. Die Folge dieser Vorgehensweise war, daß er dadurch auf ihm genehme Urteile hinwirken konnte.

> "Justizrat Hanke beantragte Freisprechung des Beklagten... Als erfahrener Rechtsanwalt hätte Freisler wissen müssen, daß seinerzeit in der Verhandlung die Täterschaft Wagners auf keinen Fall hätte bewiesen werden können. Danach hätte er auch seine Beweisanträge stellen sollen, bevor er über eine Stunde redete. Der Assessor Roßmann hatte an den Privatkläger damals ausdrücklich die Frage gerichtet, ob er Beweisanträge zu stellen hätte, worauf Herr Freisler darauf vorläufig verzichtete" (KVBL, 11.5.1925).

Zusätzlich verwies Justizrat Hanke auf den § 193 des StGB, der Kritik als Recht der Pressefreiheit sicherte, zumal das "Kasseler Volksblatt" in "eigener Sache" schrieb.
In der Urteilsbegründung schloß sich das Gericht den Ausführungen Freislers an. Der Redakteur Peters wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt

> "da der Artikel objektive Beleidigungen enthielte, wie 'Rederei' und 'politischen Unsinn'. In der Begründung führte Amtsgerichtsrat Rudert aus, daß Herr Freisler keineswegs etwas über den Ausgang des Verfahrens habe wissen können und daher im Verlaufe der Verhandlung Beweisanträge stellen konnte, die zur Vertagung führten. Wahrung berechtigter Interessen käme nicht in Frage, daher sei der Schutz des § 193 zu versagen. Dem Pri-

vatkläger wurde wegen Öffentlichkeit der Beleidigung Publikationsbefugnis in drei Casseler Zeitungen zuerkannt" (KVBL, 11.5.1925).

1.8 Verteidiger eines völkischen Handwerkers wegen Nötigung (20.12.1924)

Am 20.12.1924 verteidigte Roland Freisler einen völkischen Handwerker, der sich wegen Nötigung zu verantworten hatte (vgl. KVBL, 12.1.1925). Auch die "Kasseler Post" berichtete davon:

> "Vor der Strafkammer hatte sich in zweiter Instanz der Handwerker P. zu verantworten, der wegen Nötigung des Kreisausschusses in Hersfeld angeklagt war. Die Straftat wurde darin erblickt, daß P. in einem Abbauverfahren gegegen den Lokomotivführer R. durch ein Schreiben an den Kreisausschuß in Hersfeld eingegriffen hatte. Er erklärte in dem Schreiben, daß, falls der Lokomotivführer entlassen werden sollte, er Enthüllungen über den Kreisbahndirektor H. machen würde, die diesem das Amt kosten müßten. Obgleich der Angeklagte in erster Instanz in Hersfeld freigesprochen wurde, kam die Strafkammer zu einer Verurteilung des P.. Der Angeklagte hatte zwar Material zur Hand, das seine Beschuldigungen gegen den Direktor H. als wahr erweisen konnte. Der Staatsanwalt hielt die Voraussetzungen des § 114 für gegeben, wollte aber mildernde Umstände walten lassen, da der Angeklagte als Kriegsgeschädigter sicherlich im Affekt gehandelt und in der Verteidigung seines Freundes R. Treue bewiesen habe. Darum beantragte er, den Angeklagten mit 300 Mark Geldstrafe zu belegen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. R. Freisler, berief sich darauf, daß in einem demokratischen Staate die Mitarbeit des Einzelnen bei der Reinhaltung auch der Verwaltungsspitzen Recht eines jeden Bürgers sei, und daß das Aufdecken von öffentlichen Mißständen niemals als Drohung aufgefaßt werden könne. Das Gericht hielt jedoch den Tatbestand der Amtsnötigung für gegeben,allerdings trug es im Strafmaß den Ausführungen des Verteidigers Rechnung und verurteilte den Angeklagten zu 50 Mark Geldstrafe" (KP, 14.1.1925).

1.9 Zusammenfassung

Nach Wissen der Verfasserin ist weder die jüdische Abstammung Roland Freislers noch seine kommunistische Vergangenheit e i n d e u t i g geklärt.
Dennoch sind die genannten Hinweise und sein Verhalten in den von ihm eingeleiteten Beleidigungsprozessen bemerkenswert: die Verzögerungstaktiken, die Ladung von Zeugen, die vermutlich gar nicht existierten und schließlich die Einstellung der Verfahren. Das ist um so erstaunlicher, als sich Freisler, der später bei den geringsten Vorfällen dafür sorgte, daß seine Kontrahenten die höchstmöglichen Strafen bekamen, bei diesen massiven Anschuldigungen damit zufrieden gab, wenigsten eine Klage zur Rettung seiner Ehre eingereicht zu haben. Aus diesen Gründen ist anzunehmen, daß er den Ariernachweis nicht erbringen konnte. Außerdem ist nicht bekannt, daß er seine kommunistische Vergangenheit jemals leugnete.
Fest steht hingegen, daß er aufgrund seines Ehrgeizes neben einer beruflichen Karriere, für die er sich durch seine ausgezeichneten Prüfungsergebnisse die beste Grundlage schaffte, eine Politische anstrebte. Diese Tatsache könnte auch als Erklärung für seinen extremen politischen Wandel dienen, der sich von der äußersten Linken über die Sozialdemokratie bis hin zur radikalen Rechtspartei des Völkisch-Sozialen Blocks bzw. später der NSDAP erstreckte.
Freislers erste politische Betätigungen und seine "anrüchigen" Geschäfts- sowie Berufspraktiken führten bereits Mitte der 20er Jahre zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten, was sich sowohl in den Pressefehden und Gerichtsverfahren als auch im Stadtparlament nachweisen läßt. Diese Konflikte, die ihn nachhaltig beeinflußten, haben wahrscheinlich auch dazu beigetragen, daß er fortan jede Möglichkeit der Konfrontation nutzte und hauptsächlich in politischen Prozessen auf Seiten seiner Parteigenossen verteidigte. Wichtig ist dabei noch seine Strategie, politische Gegner als Prozeßbeteiligte abzulehnen, um auf ihm genehme Urteile hinzuwirken, die schließlich auch seinem Erfolg als Rechtsanwalt zugute kamen. Falls das nicht half, legte er Berufung ein!

2. STADTVERORDNETER DER NSDAP IN KASSEL (1925-1933)

Am 9.7.1925 wechselte Roland Freisler zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei über und erhielt die Mitgliedsnummer 9699 (vgl. BUCHHEIT 1968, S. 19 und 281/282).
Anhand der Stadtverordnetenprotokolle und der damaligen Kasseler Presse sollen im folgenden Kapitel seine parlamentarischen, parteipolitischen und beruflichen Tätigkeiten beschrieben werden.
Seine sich entwickelnde Radikalität kann in mehrere Phasen unterteilt werden und wird in dieser Arbeit entsprechend berücksichtigt.

2.1 Phase der politischen Etablierung (1925-1928)

In diesem Abschnitt werden Freislers erste politische Aktivitäten und Verhaltensweisen als Stadtverordneter der NSDAP und Rechtsanwalt in Kassel dargestellt.

2.1.1 Die Stadtverordnetenversammlung vom 17.5.1926

Die "Kasseler Post" berichtete am 18.5.1926 von einer "Sturmsitzung" im Stadtparlament.
Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Präsidiums, wobei es gleich zu Beginn die ersten Meinungsverschiedenheiten gab:
Während die Rechte den bisherigen Vorsteher Geck zur Wiederwahl vorschlug, einigte sich die Linke auf den Stadtverordneten Schäfer, der aufgrund des Mehrheitsverhältnisses auch gewählt wurde.
Im weiteren Verlauf ereignete sich dann folgendes:

> "Zur Geschäftsordnung meldet sich Stadtverordneter Dr. F r e i s l e r (Nat-Soz.). Das Wort wird ihm n i c h t erteilt. In den Protest der Nationalsozialisten mischen sich laute Zurufe und Schmähungen der

> stark besetzten Tribünen gegen die 'Arbeitsverräter der S P D' und gegen das Präsidium. Stadtverordneten-Vorsteher S c h ä f e r schließt die öffentliche Sitzung: die Tribünen bleiben besetzt, obwohl Herr Schäfer 'dringend um Räumung bittet'. Es entsteht ein
> g r o ß e r T u m u l t,
> den das Präsidium nicht zu meistern weiß. Erregte Gruppen gestikulieren umher, die Sozialdemokraten verhandeln mit den Kommunisten, um die Tribüne zu freiem Abzug zu bringen - umsonst. Schließlich vertagt der Stadtverordneten-Vorsteher die b e r e i t s g e s c h l o s s e n e Sitzung auf 10 Minuten (!), während sich die Tribünen langsam leeren, da inzwischen Schupo heranrückt" (KP, 18.5.1926).

Dieser Tumult hätte durch eine weniger gereizte Stimmung am Anfang der Sitzung vermieden werden können. So aber brachte die Rechte schnell den "Beweis" der Unfähigkeit des neugewählten, mißliebigen Vorstehers Schäfer, wozu die wiederholten Einmischungen der Tribünenbesucher auch ihren Anteil beigetragen haben.[1]

Im Kommentar der "Kasseler Post" kommt diese Einstellung deutlich zum Ausdruck: "Mit diesem ersten Debut hat die Linke bewiesen, was man künftig von den Segnungen ihrer Fähigkeiten und ihrer Fachleute erwarten darf" (KP, 18.5.1926).

Hierbei handelte es sich um die erste größere Auseinandersetzung in der Stadtverordnetenversammlung seit Freislers Zugehörigkeit zur NSDAP. Doch die nächste ließ nicht lange auch sich warten...

2.1.2 Freislers Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz (21.6.1926/23.6.1927)

Vor dem großen Schöffengericht, bei dem Landgerichtsdirektor Bähr den Vorsitz führte, hatte sich Roland Freisler am 23.6.1927 wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Ursache des Prozesses war eine Äußerung in der Stadtverordnetenversammlung vom 21.6.1926, in der die Aufwertungsansprüche der städtischen Beamten behandelt wurden.

In seiner Stellungnahme vor dem Parlament bemerkte Freisler:

> "...daß nicht formale, sondern auch das moralische Recht auf Seiten der Fordernden stehe. Das Reichsgericht habe mit seinem Urteil gerade das Gegenteil von Weltfremdheit bewiesen. Es hätte auch die bei der Bürgerschaft entstan-

denen Folgen der schamlosen Pleite der Schieberrepublik anders geregelt.

Auf diese Bemerkung folgen lebhafte Zwischen- und Pfuirufe aus der Versammlung. - Lebhafte Unruhe links und in der Mitte -.
Redner wird wegen seiner Ausführungen zur Ordnung gerufen. Er verlangt auch einen Ordnungsruf für den Stadtverordneten H a u p t und redet, als ihm dies verweigert wird, den Vorsteher mit 'Herr Fachmann' an, wofür er einen zweiten Ordnungsruf erhält.
In dem hierauf folgenden Tumult fällt auch der Zwischenruf 'Erbsenschieber', zu dem sich Stadtverordneter E c k e l bekennt, aber betont, keinen Namen genannt zu haben. Es folgen weitere Zwischenrufe. Der Vorsitzende hebt die Sitzung auf 10 Minuten auf und bittet den Geschäftsausschuß zusammenzutreten.
Bei der Wiedereröffnung der Sitzung erklärt S t a d t v e r o r d n e t e n v o r s t e h e r S c h ä f e r, der Geschäftsausschuß habe sich mit den unliebsamen Zwischenfällen beschäftigt. Für die Bemerkung 'schamlose Pleite der Schieberrepublik' erhält Stadtverordneter F r e i s l e r einen Ordnungsruf. Es seien weitere Bemerkungen zwischen den einzelnen Stadtverordneten gefallen, die nicht der Würde des Hauses entsprächen. Er bittet daher, in Zukunft solche Ausdrücke zu unterlassen. Ebenso habe der Geschäftsausschuß die Mitwirkung der Tribünen verurteilt" (Stadtv. Vers., 21.6.1926, S. 15).

Wie am Beispiel dieser Stadtverordnetensitzung zu entnehmen ist, äußerte sich Freisler häufig in sehr scharfem Ton. Wenn er sich infolgedessen Ordnungsrufe einhandelte, kam es oft zu Kontroversen mit den Vorsitzenden, deren Anordnungen sich Freisler ständig widersetzte. Dabei gab er jedem im Saal zu verstehen, daß er sich von niemandem davon abhalten lassen würde, das zu sagen, was er wollte. Interessant ist aber, daß er es nie zu einem dritten Ordnungsruf kommen ließ, da er sonst von der Stadtverordnetenversammlung ausgeschlossen worden wäre.

Das gerichtliche Nachspiel erfolgte jedoch erst ein Jahr später, weil sich der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit mitgeteilt wurde, desinteressiert zeigte, und einige Stadtverordnete daraufhin selbst Anzeige erstatteten (vgl. KVBL, 24.6.1927). Dieses Verhalten veranlaßte die "Kasseler Post" zu der Bemerkung:

"Einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion gab diese Bemerkung Anlaß, so lange zu bohren, bis ein Verfahren gegen Freisler eingeleitet wurde. Deshalb hat er

> sich jetzt nach mehr als e i n e m J a h r e ... zu verantworten" (KP, 24.6.1927).

In der Verhandlung gab Freisler zu, die Äußerung gemacht zu haben, betonte aber falsch verstanden worden zu sein, da er nicht hätte zu Ende reden können.

> "Vor dem Staat als solchen habe er den gebührenden Respekt, aber nicht vor dem parlamentarisch regierten Staat. Denn nach nationalsozialistischer Ansicht werde nicht durch den Staat regiert, sondern durch das Internationale Börsenkapital, der S t a a t sei t e i l s b e w u ß t e r, t e i l s u n b e w u ß t e r D i e n e r des F i n a n z k a p i t a l s... Der § 8 Abs. 1 des Republikschutzgesetzes bestrafe nur eine Staats f o r m, nicht etwa auch die der Betätigung oder die sonstigen Lebensäußerungen dieses Staates. Aber als Republikaner sei es ihm nicht eingefallen, die republikanische Staats f o r m angreifen zu wollen. Lediglich das in der Staatsbetätigung sich auswirkende Schiebertum habe er angreifen wollen" (KP, 24.6.1927).

Wie aus Freislers Erklärungen zu entnehmen ist, bekannte er sich als Republikaner, lehnte jedoch das parlamentarisch regierte System aufgrund der sich seiner Ansicht nach negativ auswirkenden Staatsbetätigung ab.[2]

Als Zeugen wurden die Stadtverordneten Quer, Söpfarth, Theis und Fricke vernommen, weshalb Freisler sich darüber beschwerte, daß die Staatsanwaltschaft "merkwürdigerweise" nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, also politische Gegner, vernehmen ließe und nicht alle Stadtverordneten befragt würden.

Der erste Staatsanwalt Ludwig forderte aufgrund der Beschimpfung der republikanischen Staatsform anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten eine Geldstrafe von 3.000 Mark.

> "In seinem Schlußwort betonte Freisler noch einmal, er habe nicht die Absicht gehabt, zu beleidigen oder zu schimpfen. Was er gesagt habe, sei lediglich der Ausdruck seiner sachlichen Stellungnahme. Freisler schließt nach längeren Ausführungen mit dem Antrag auf Freisprechung" (KP, 24.6.1927).

Das "Kasseler Volksblatt" kritisierte Freislers Verhalten:

> "Nach dem Strafantrag des Staatsanwalts hielt der Angeklagte eine seiner stundenlangen Reden, mit welcher er die Geduld der Prozeßbeteiligten auf eine ziemlich harte Probe stellt" (KVBL, 24.6.1927).

Die Ladung weiterer von Freisler vorgeschlagenen Zeugen lehnte das Gericht ab und verkündete nach einer Beratungszeit von einer halben Stunde das

Urteil:

> "Der Angeklagte wird aus § 8 Abs. 1 RGB vom 21.7.1922 an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu einer Geldstrafe von 1.000 Mark verurteilt".

> "In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß sich das Gericht einer Erkenntis des Oberlandesgerichts in Karlsruhe angeschlossen habe, nach dem der Ausdruck 'Schieberrepublik' neben der Kennzeichnung der Tätigkeit des Staates, die ja durch das Republikgesetz nicht unter Strafe gestellt werden, auch eine Beschimpfung der Republik enthalte. Es sei nicht erforderlich, daß die Beschimpfung einer niedrigen Gesinnung entspringe, sondern es genüge, wenn sie der Ausdruck einer groben Mißachtung sein soll. Die Auslassung des Angeklagten in der Stadtverordnetensitzung vom 21. Juni 1926 ist so aufzufassen und deshalb war er zu bestrafen. Bei der Strafzumessung kam strafverschärfend in Frage, daß der Angeklagte als Rechtsanwalt sich der Tragweite seiner Worte bewußt sein mußte. Strafmildern hat das Gericht in Betracht gezogen, daß die Äußerung nicht aus einem agitatorischen Anlaß, sondern in der Stadtverordnetenversammlung in Ausübung des Berufes als Stadtverordneter gefallen ist" (KP, 24.6.1927).

Im Gegensatz zu Freisler setzte das Gericht die Republik mit der parlamentarischen Staatsform gleich, weshalb er auch verurteilt wurde.

Da Freisler bei derartigen Prozessen grundsätzlich Berufung einlegte, wurde die Beweisaufnahme am 23.8.1927 vor der Großen Strafkammer des Landgerichts wiederholt, führte aber zu dem gleichen Ergebnis. Der Staatsanwalt beantragte

> "die Berufung zu verwerfen und das Urteil des Großen Schöffengerichts dahin abzuändern, daß statt der 1.000 Mark Geldstrafe eine solche von 2.000 Mark, die an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten ausgesprochen werde".

Worauf der Angeklagte nach längeren Ausführungen erklärte

> "Er sei ein armer Mann, der vor drei Jahren ein Anwaltsbüro aufgemacht habe und in dieser Zeit weder etwas geerbt habe, noch reich geworden sei. Da sei die Strafe von 1.000 Mark reichlich hoch, von dem Antrage des Staatsanwalts überhaupt nicht zu reden" (KVBL, 24.8.1927).

Im Urteil wurde die Berufung verworfen und Freisler alle Kosten des Verfahrens mit Ausnahme derer des Staatsanwalts auferlegt.

Dieses war die erste Stadtverordnetenversammlung, die, bedingt durch Freisler, mit einem Gerichtsverfahren endete.[3]

2.1.3 Freislers Festnahme auf dem Parteitag der NSDAP in Weimar (4./5.7.1926)

Am 4./5.7.1926 fand in Weimar ein Parteitag der NSDAP statt, auf dem u.a. auch Roland Freisler als einer der Anführer seine Zuhörer durch politische Reden begeisterte. In einer Schilderung des Polizeioberwachtmeisters Paul Schmidt, die am 30.9.1926 im "Kasseler Volksblatt" abgedruckt wurde, hieß es dazu:

> "Ein solcher Führer, der seine Leute durch 'Ansprachen' begeisterte, befand sich in der Nacht zum Montag vom 4. bis 5. Juli d.J., am Bahnhofe.
>
> 'N i e d e r m i t d e r P o l i z e i
> e s l e b e d i e n a t i o n a l s o-
> z i a l i s t i s c h e R e v o l u t i o n!'
>
> schrie er seinen zahlreichen um sich versammelten Anhängern zu, die im Chor die selben aufreizenden Worte mehrmals gestikulierend wiederholten. Als ich hinzutrat und den Redner zur Ruhe ermahnte und ihn bat, sich mit seinen Leuten vor dem Bahnhofe zu entfernen, ließ er sich in seiner Ansprache durchaus nicht beirren.
>
> 'd a s i s t d i e E b e r t - P o l i-
> z e i, a u f d i e i s t k e i n
> V e r l a ß !'
>
> gab er mir zur Antwort und seinen Leuten suggerierte er weiterhin
>
> i n m a r k t s c h r e i e r i s c h e r
> W e i s e:
>
> 'N i e d e r m i t d e r P o l i z e i, e s l e-
> b e d i e n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e
> R e v o l u t i o n!' I c h f a ß t e i h n n u n-
> m e h r a m A r m u n d b r a c h t e i h n
> s o z u r W a c h e. Er wurde festgestellt als
>
> D r. j u r. R e c h t s a n w a l t
> R o l a n d F r e i s l e r
> i n C a s s e l, F r i e d r i c h s-
> p l a t z 12.
>
> Währenddessen hatten sich seine Anhänger vor der Wache postiert und als ich diese wieder verließ, sah ich mehr als hundert Augenpaare auf mich gerichtet.
> Die Folgen für diese meine pflichtgemäße Diensthandlung blieben denn auch nicht aus. Kurz nach 3 Uhr, als ich mich etwa 50 Meter vom Bahnhofe entfernt in der Paulinenstraße

befand und zur Bahnhofswache zurückkehren wollte, kam mir um die Ecke aus der Richtung Brennerstraße-Jubiläumsplatz ein etwa 20 bis 25 Jahre alter Nationalsozialist entgegen. Als solchen erkannte ich ihn sofort, und zwar an seiner Kleidung und an den an seiner Hemdbluse und an seiner Mütze befindlichen Hakenkreuzabzeichen. Sein Gesicht, daß mir fremd war, und seine Kleidung konnte ich sehr deutlich sehen, da der Bürgersteig an dieser Stelle gut beleuchtet war. Ich hielt ihn für gänzlich harmlos, weil er gemütlichen Schrittes gelaufen kam und anscheinend rechts an mir vorbei wollte. Als er knapp drei Schritte vor mir war, hob er plötzlich den linken Arm und

s c h o ß m i t e i n e m R e v o l v e r
n a c h m i r.

Es handelte sich um einen systematischen Überfall, da ich vorher nicht die geringste Auseinandersetzung mit ihm hatte und ich darauf gar nicht gefaßt, also völlig unvorbereitet war. Durch den nahen Schuß, der einen scharfen Knall und Pulvergeruch auslöste, war es mir, als hätte ich einen derben Schlag gegen die Brust erhalten. Im Moment war ich perplex und diese Bruchteile einer Sekunde genügten dem Täter zur Flucht - im Schutze der Dunkelheit. Eine Verfolgung des Täters meinerseits war nicht möglich, da sich nunmehr ein heftiger stechender Schmerz einstellte und das Blut besonders aus der Ausschußwunde sehr stark am Körper herunterlief.

D a s G e s c h o ß h a t t e u n t e r h a l b
d e s S c h l ü s s e l b e i n s d i e l i n k e
B r u s t s e i t e g l a t t d u r c h s c h l a g e n.

Die Kugel (Kaliber 7,65) wurde später innen am Rockfutter klebend gefunden. Herbeieilende hilfreiche Personen brachten mich zunächst zur Bahnhofswache, verbanden mich notdürftig und fuhren mich anschließend nach dem städtischen Krankenhause. Diese musterhafte und schnelle Hilfeleistung, wobei ich auch keinen Augenblick ohne Besinnung war, war dafür ausschlaggebend, daß ich überhaupt heute noch lebe und begünstigte auch den weiteren Heilungsprozeß außerordentlich" (KVBL, 30.9.1926).

Obwohl der Polizist später eine genaue Beschreibung des Täters angab, wurde dieser nie ermittelt. Ob es sich dabei um einen Racheakt Freislers oder eines anderen fanatischen Anhängers der NSDAP handelte, konnte nicht festgestellt werden. Vermutlich sollte diese Aktion aber auch allen anderen Polizeibeamten als Warnung dienen.

2.1.4 Der Fall Lichtenberg - Freisler (1926/27)

In der Stadtverordnetenversammlung vom 25.10.1926 stellte der Stadtverordnete Fritz Tejessy (SPD) folgende Anfrage an den Magistrat:

> "Trifft es zu, daß die städtische Sparkasse einem Unternehmen, an dem jener Rittergutsbesitzer und Maurermeister Lichtenberg maßgeblich beteiligt ist, durch den seinerzeit die Landeskreditkasse in die größten Schwierigkeiten geraten ist, ein Darlehen von 200.000 Mark zur Verfügung gestellt hat?
>
> Trifft ferner zu, daß von diesen 200.000 Mark 130.000 Mark zur Abdeckung einer Hypothek und nur 70.000 Mark als Betriebskapital verwendet wurden, zu denen das Lichtenbergsche Konsortium aus eigenen Mitteln nur 15.000 Mark beigesteuert hat?
>
> Trifft es zu, daß die Sparkasse bei den ursprünglichen Verhandlungen versucht hat, Herrn Lichtenberg in den Hintergrund zu drängen, daß ihr das fürs erste auch gelungen zu sein schien, daß sich nun aber zeigt, daß doch Herr Lichtenberg der ausschlaggebende Mann in dem Konsortium ist, das jetzt bereits in Schwierigkeiten geraten ist und für die Belegschaft Feierschichten einlegen muß?
>
> Trifft es schließlich zu, daß bereits die Ratten das sinkende Schiff verlassen, also maßgebliche Persönlichkeiten des Aufsichtsrats, nachdem sie sich dicke Provisionen gesichert haben, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind" (KVBL, 26.10.1926)?

Der damalige Oberbürgermeister Stadler erwiderte darauf, daß der Magistrat gerade dabei wäre, den Sachverhalt zu prüfen und eine Antwort erst in der nächsten Sitzung erfolgen könnte, betonte aber, daß keine finanzielle Schädigung der Stadt vorläge.

Im Kommentar schrieb das "Kasseler Volksblatt" dazu:

> "Die Anfrage Tejessy schlug derartig ein, daß nicht nur niemand von den anderen Fraktionen das Wort ergriff, sondern der sonst so redelustige Roland Freisler, der als Rechtsbeistand und späteres Aufsichtsratsmitglied von Lichtenberg, sich die Sohlen wund gelaufen hatte, um für seinen Herrn und Meister möglichst viel herauszuholen, ganz plötzlich die Sprache verlor..." (KVBL, 26.10.1926).

Hierauf sandte Roland Freisler einen Brief an den Schiedsmann des Wahlbe-

zirkes von Fritz Tejessy, indem er dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Klage wegen öffentlicher Beleidigung ankündigte und eine Begründung dessen hinzufügte:

> "Im selben Artikel befindet sich noch eine Anfrage von Herrn Tejessy, die von Unrichtigkeiten, soweit ich betroffen werde, wimmelt. Unter anderem ist es unrichtig, daß ich jemals als Aufsichtsratsmitglied auch nur einen Pfennig Provision mir gesichert hätte. Da aber die Tatsache besteht, daß Herr Tejessy die Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung so wie sie wiedergegeben ist, tatsächlich gestellt hat, kann ich aus rechtlichen Gründen hiergegen nichts machen. Ich betone aber schon jetzt, daß ich selbstverständlich die Behauptung, ich hätte mir dicke Provision im Aufsichtsrat gesichert, noch kurz bevor ich ausgeschieden wäre, im Prozeß im Zusammenhang mit den oben erwähnten beleidigenden Äußerungen bringen werde, da dieser Zusammenhang vom Gericht auch zweifellos anerkannt werden wird. Daß die Äußerung für mich beleidigend ist, bedarf wohl keiner Ausführung. Als freier Anwalt, der von niemand abhängig ist, habe ich keinen Herrn und Meister, wie es in dem Volksblattartikel heißt. Auch ist es ganz unrichtig, daß ich plötzlich die Sprache verloren hätte. In Wirklichkeit war der Sachverhalt folgender, wie ich an Hand des Stadtverordnetenberichtes und durch Beweis des Stadtverordneten-Stenographen als Zeugen beweisen werde:
> Auf die Anfrage des Herrn Tejessy erwiderte der Herr Oberbürgermeister, daß er an diesem Tage auf die Anfrage nicht antworten könne. Infolgedessen war es überhaupt unmöglich, zu diesem Thema noch etwas weiteres zu sagen... Zum nächsten Punkt der Tagesordnung habe ich aber ebenfalls meine Ausführungen, die ich schon vorher hatte, gemacht. Es ist ganz klar, daß der Zweck des Artikels der ist, der Öffentlichkeit glauben zu machen, als fühle ich mich durch die Anfrage des Herrn Tejessy getroffen und fühle mich schuldbewußt" (KVBL, 9.11.1926).

In der Zwischenzeit war Roland Freisler aus dem Aufsichtsrat der "Kasseler Maschinenwerke" ausgeschieden und hatte gegen Lichtenberg bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen "betrügerischen Bankrott, Kreditbetrug und Wechselreiterei" erstattet. Dieser plötzliche Wechsel in der Beziehung Freisler-Lichtenberg veranlaßte das "Kasseler Volksblatt" die Vorgeschichte der ganzen Affaire aufzurollen:

Zur Person Lichtenbergs wurde gesagt, daß er

> "... bereits dreimal den Offenbahrungseid geleistet hatte, Auskunftsbüros ihn als einen
>
> n o t o r i s c h e n B a u s c h w i n d l e r
>
> bezeichneten, der skrupellos seine Opfer ausbeutet und zugrunde richtet, der z w e i m a l bereits w e g e n K ö r p e r v e r l e t z u n g v o r b e s t r a f t i s t, u n d d e s s e n V e r m ö g e n n a c h 1918 a u s b i s h e r u n b e k a n n t e n Q u e l l e n s o g r o ß g e w o r d e n i s t, d a ß e r s i c h i n P o m m e r n u n d T h ü r i n g e n u m f a n g r e i c h e R i t t e r g ü t e r k a u f e n k o n n t e" (KVBL, 9.11.1926).

Ferner wurden ihm im Zusammenhang mit dem Bankrott der Firma Manus Katzenstein betrügerische Kreditgeschäfte mit der Landeskreditkasse vorgeworfen. Da gegen ihn ein Verfahren eröffnet wurde, wählte er Roland Freisler als Rechtsbeistand.

All das hielt Lichtenberg jedoch nicht davon ab, auf dem Gelände der genannten Firma ein neues Projekt zu starten. Um dort günstige Wohnungen zu bauen, benötigte er wiederum Geld. Obwohl Freisler die Geschäftspraktiken Lichtenbergs bekannt sein mußten, setzte er sich dafür ein, das notwendige Kapital zu besorgen. Zu diesem Zweck sollten ca. 80.000 Mark Hauszinssteuer-Hypotheken beschafft werden, die Lichtenberg aufgrund Freislers Fürsprache als Stadtverordneter auch erhielt. Für seine Bemühungen soll Freisler dann 3.500 Mark verlangt haben (vgl. KVBL, 9.11.1926).

Anschließend gründete Lichtenberg die "Kasseler Maschinenwerke", die, nach einem Patent des Nationalsozialisten Langenaus, Mähmaschinen namens "Hexenmeister" herstellen sollten. Ein zweites Mal in Geldverlegenheit, bat er Freisler um eine erneute Gefälligkeit. Nun handelte es sich um die Bewilligung von 235.000 Mark von der städtischen Sparkasse und Freisler stellt einen entsprechenden Antrag...

Am 15.11.1926 wurde die ganze Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung erörtert. Da das stenographische Protokoll dieser Sitzung nicht mehr vorhanden ist, soll hier statt dessen der Bericht des "Kasseler Volksblatts" vom 16.11.1926 im Original wiedergegeben werden.

Es folgen 2 Kopien, KVBL, 16.11.1926.

Kasseler Volksblatt

[illegible] · [illegible]

Organ für die werktätige Bevölkerung in Hessen und Waldeck

[illegible]

Nummer [illegible] — Kassel, Dienstag den 16. November 1926 — Jahrgang [illegible]

Der Skandal Lichtenberg-Freisler vor der Stadtverordneten-Versammlung

Das Hallenschwimmbad wird gebaut

Nachdem in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Oktober der Stadtverordnete Genosse Tejessy den Magistrat wegen des Falles Lichtenberg interpelliert hatte, kam gestern die Antwort des Oberbürgermeisters. In der Zwischenzeit hatten bereits das „Kasseler Volksblatt" und das „Casseler Tageblatt" auf die überaus zweideutige Rolle hingewiesen, die der Rechtsbeistand des Lichtenberg, Rechtsanwalt Dr. Freisler, in dieser ganzen Sache gespielt hatte, und so konnte der Oberbürgermeister gestern mit dankenswerter Offenheit den Faden weiter spinnen, in den sich der völkische Führer immer mehr verwickelt. Man kann den Schmerz der Deutschnationalen verstehen, den sie trotz ihrer merkwürdigerweise gestern verkündeten Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit den Völkischen empfanden. Denn der Nimbus, mit dem sich die Steuer und Konsorten bei den letzten Wahlen und seither immer wieder als Retter vor sozialistischer Mißwirtschaft umgeben hatten, ist gestern in alle Winde zerflattert. Nachdem die armen Deutschnationalen schon das Pech gehabt hatten, daß ihr Prediger für die Sittlichkeit, der so pathetisch gegen den „Fröhlichen Weinberg" gewettert und das Stück als „Schweinerei" bezeichnet hatte, in einen Prozeß verwickelt ist, in dem ihm unsittliche Handlungen vorgeworfen werden, barst gestern eine zweite Säule der „Reinigungsmehrheit", der Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler. Das ist für die Deutschnationalen um so peinlicher, als sie ja seinerzeit mit der knappen Mehrheit von 28 gegen 27 Stimmen ihre „Reinigungspolitik" im Rathaus begonnen hatten und heute feststeht, daß diese Mehrheit überhaupt nur dadurch zustande gekommen ist, daß ausgerechnet der Dr. Roland Freisler [illegible] gewählt worden ist. Der [illegible] Steuer, der gestern zuerst so klug gewesen war, vorsichtig zu schweigen, verlor, als er seine alten Kamellen, mit denen er seit Jahr und Tag deutschnationale Agitation treibt, wegschwimmen sah, alle Beherrschung und erging sich, statt auch nur mit einem Wort von Roland Freisler abzurücken, in Flegeleien gegen die Sozialdemokratie. Diese Art deutschnationaler Sachlichkeit ist man gewöhnt und Genosse Tejessy hatte Recht, als er die Ausführungen Steuers mit der Erklärung abtat, daß sich ein solches Benehmen selbst richtet.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde klar herausgeschält, daß eine materielle Schädigung der Stadt durch das Kreditgeschäft mit Lichtenberg aller Voraussicht nach nicht eintritt. Trotzdem wurde zugegeben, daß es besser gewesen wäre, wenn dieses Kreditgeschäft von der Sparkasse nicht gemacht worden wäre, und der Oberbürgermeister stellte im Zusammenhang mit dieser Feststellung mit Recht die Frage, ob der Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler die Persönlichkeit Lichtenbergs gekannt hat, als er für ihn städtischen Kredit zu erhalten sich bemühte. Der völkische Stadtverordnete war nicht da. Er, der sonst keine Stadtverordnetenversammlung zu versäumen pflegt, kam gerade gestern zu spät — er erzählte später eine Geschichte von einem Autounfall — und so mußte notgedrungenerweise in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt werden. Die Antwort auf die Frage des Oberbürgermeisters, wie weit sich der Rechtsanwalt Dr. Freisler über die Qualitäten seines Auftraggebers, des Herrn Lichtenberg und seiner Konsorten klar gewesen ist, gab der Stadtverordnete Genosse Tejessy. Einen solchen Tag hatte die Kasseler Stadtverordnetenversammlung noch nicht erlebt. Es war vernichtend, was von sozialdemokratischer Seite über die Tätigkeit des völkischen Volksvertreters an Hand von Dokumenten vorgetragen wurde. Man sah fast die Tränen über die Backen der Deutschnationalen laufen, daß hier einer ihrer Leute hingerichtet wurde, und daß kein Deutschnationaler in der Rolle des Anklägers sich betätigen konnte. Die Ausführungen des Stadtverordneten Genossen Tejessy hinterließen einen so nachhaltigen Eindruck, daß sich zuerst keine Fraktion für Freisler einsetzte und selbst die Nationalsozialisten durch den Mund ihres Stadtverordneten Messerschmidt die Erklärung abgaben, daß sie gegenüber Herrn Freisler die nötigen Konsequenzen zu ziehen verstehen würden, wenn das Tejessysche Material sich als wahr erweise. Da dieses Material heute in seinen wesentlichen Punkten im „Kasseler Volksblatt" veröffentlicht ist und auch in Form einer Anzeige der Anwaltskammer übergeben wird, werden die Nationalsozialisten sehr bald Gelegenheit haben, zu zeigen, ob es ihnen mit ihrer Erklärung ernst war.

Als gegen Schluß der Stadtverordnete Freisler doch erschien und mit der ihm eigenen Stirn zu leugnen versuchte, lehnten Zentrum, Demokraten und Volksparteiler es ab, sich an dieser von Herrn Steuer provozierten, an sich geschäftsordnungswidrigen Aussprache noch zu beteiligen, die auch tatsächlich sachlich keinerlei Klärung mehr brachte und höchstens dazu gedient hat, den Deutschnationalen durch die Rede des Herrn Steuer zu jener Blamage zu verhelfen, die ihnen bei der ersten Debatte eine vorsichtige Erklärung des Herrn Waldschmidt erspart hatte.

Die Sitzung brachte im übrigen noch eine Mitteilung des Magistrats über den Bau des Hallenschwimmbades, die durch eine sozialdemokratische Anfrage angeregt wurde. Aus der Antwort des Magistrats ist erfreulicherweise zu entnehmen, daß im nächsten Frühjahr mit dem Bau begonnen werden kann, wenn die Regierung keine Schwierigkeiten mehr macht. Der Bau einer Markthalle wird aber leider wohl vorläufig noch nicht so schnell Tatsache werden.

Sitzungsbericht

Die Sitzung wird vom Vorsteher Schäfer um 5.35 Uhr eröffnet mit der Mitteilung, daß die deutschnationale Stadtverordnetenfraktion die Arbeitsgemeinschaft mit der Fraktion der Nationalsozialisten aufgehoben habe. (Lebhaftes Hört! Hört! links.)

Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß nach einer Auskunft der Friedhofsverwaltung nicht die Absicht bestehe, den Haupteingang zum alten Friedhof zu schließen, wie das gerüchtweise verlautete.

Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden schnell erledigt. Für die neuen städtischen Wohnungen wurden die angeforderten Mittel aus der Inlandsanleihe bewilligt. (Wir haben darüber schon berichtet. D. Red.) Stadtv. Tejessy (Soz.) richtete die Bitte an den Magistrat, zu versuchen, möglichst bald durch hypothekarische Beleihung der Häuser die Mittel der Anleihe wieder flüssig zu bekommen. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn der Magistrat die Oeffentlichkeit über den Fortgang des städtischen Wohnungsbaues unterrichten würde, denn es herrsche Beunruhigung darüber, daß ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein scheine.

Der Gewährung einer Abfindungssumme an die durch Heirat ausscheidenden weiblichen Beamten, Anwärter und Dauerangestellten, wurde zugestimmt. — Eine Eingabe betr. Durchführung der Berufsschulpflicht für alle Jugendlichen vom vierzehnten bis achtzehnten Lebensjahr wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Jahresrechnung der Polizeiverwaltung für 1925 wurde abgehört. Hierbei sprach Stadtv. Luft (Soz.) den Wunsch aus, daß der Magistrat bemüht sein möge, die Polizeikosten herabzudrücken, wenn [illegible] eine gewisse Handhabe biete. Bürgermeister Brümmer erklärte namens des Magistrats, daß in dieser Richtung bereits gearbeitet werde.

Nunmehr erfolgte der Bericht des Magistrats über die

Darlehnsgewährung der städtischen Sparkasse an Herrn Lichtenberg.

Diese Angelegenheit war in der letzten Sitzung durch eine Anfrage des Stadtv. Tejessy (Soz.) angeregt worden. Namens des Magistrats ergriff hierzu das Wort

Oberbürgermeister Stadler:

Die Firma Manus Katzenstein A.-G. in Kassel, in der der durch frühere Geschäfte mit der Landeskreditkasse bekannte Herr Lichtenberg maßgebend beteiligt ist, stellte mit Schreiben vom 5. Juni 1926 an die Sparkassendirektion den Antrag auf Gewährung einer erststelligen Hypothek in Höhe von 280 000 Reichsmark. Sie bediente sich zur Vermittlung dieses Antrages der Unterstützung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Roland Freisler, der der ständige Rechtsbeistand der Firma und ihres Inhabers Lichtenberg geworden war. Von Herrn Dr. Freisler ist der Antrag eingereicht. Zur Sicherstellung der Sparkasse erklärte sich die Firma Manus Katzenstein A.-G. bereit, von ihrem in Kassel-B. gelegenen Grundbesitz in einer Größe von 47 000 Quadratmeter den mittleren Teil mit rund 24 500 Quadratmeter der Sparkasse zu verpfänden. Von dem Betrag von 280 000 Mark sollten 185 000 Mark dazu verwendet werden, um die auf dem bezeichneten Grundstück ruhende Grundschuld der Landeskreditkasse abzustoßen. Die restlichen 95 000 Mark sollten zum Ankauf von Materialien und Maschinen dienen, die zur Herstellung einer für Mittel- und Kleinbauernwirtschaften geeigneten Mähmaschine benötigt wurden. Der Antragsteller begründete seinen Antrag noch damit, daß die Errichtung eines derartigen Betriebes eine nicht unerhebliche Entlastung des Kasseler Arbeitsmarktes herbeiführen würde. Die schriftlichen Erklärungen der Firma wurden durch

wiederholte mündliche und telephonische Vorstellungen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Freisler

bei Herrn Bürgermeister a. D. Brunner ergänzt.

Der damalige Vorsitzende der Sparkassendirektion ließ zunächst durch das städtische Schätzungsamt den Wert der für die Beleihung in Frage kommenden Grundstücke und Gebäude abschätzen. Das Schätzungsamt teilte unterm 14. Juni 1926 mit, daß der Vorkriegswert des für die Beleihung in Frage kommenden Teilgrundstücks von 24 316 Quadratmeter auf 741 000 Mark geschätzt wurde, der heutige Verkaufswert nach dem jetzigen Bauzustand der Gebäude und unter Berücksichtigung der Kaufpreise für ähnliche Grundstücke betrage 222 000 Mark. Nach Ein- und Ausbau der vorgesehenen Wohnungen erhöhe sich der Verkaufswert auf 251 000 Mark.

In der Sitzung der Sparkassendirektion am 22. Juni 1926, an der unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Brunner die Direktionsmitglieder Stadtrat Hebel, Stadtvv. Lenderoth, Schnelle und Schomburg teilnahmen — Sparkassendirektor Hucke befand sich auf Urlaub —, wurde der Beschluß gefaßt,

ein Hypothekendarlehn von 200 000 Reichsmark

zu gewähren unter der Bedingung, daß

1. der Name der Firma in einer von der Sparkassendirektion gebilligten Weise geändert und sie in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft umgewandelt wird,
2. eine Hypothek in das Grundbuch eingetragen wird, und zwar an erster Stelle auf den angebotenen und an zweiter Stelle auf den übrigen Grundbesitz der Firma,
3. die neu anzuschaffenden Maschinen der Sparkasse verpfändet werden,
4. die Hypothek jährlich mit 10 Prozent verzinst und mit 2½ Prozent getilgt wird,
5. ein Mitglied der Sparkassendirektion in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eintritt.

Bei diesem Beschluß ließ sich die Direktion ihrem schriftlichen Bericht zufolge leiten durch die seitens des Wirtschaftsamtes vorgelegten sehr günstigen Zeugnisse und Gutachten über die landwirtschaftlichen Maschinen, besonders aber durch die

sehr zuversichtlich lautenden Ausführungen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Freisler;

sie wollte durch die Heranziehung dieses scheinbar so vielversprechenden Industriezweiges die Arbeitslosigkeit lindern. Wenn die Direktion sich auch darüber völlig klar war, daß weder die Firma Manus Katzenstein [illegible] noch der Name Lichtenberg wegen der bekannten Vorgänge mit der Landeskreditkasse irgendwie in die Erscheinung treten dürfte, so war ihren Mitgliedern doch im einzelnen das Geschäftsgebaren des Herrn Lichtenberg nicht bekannt. Die sehr ausführlichen Darlegungen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Freisler, die durch mündliche und telephonische Mitteilungen ergänzt wurden, haben hierüber Auskunft nicht ergeben.

Von diesem Beschluß, der einstimmig gefaßt wurde, wurde Herrn Rechtsanwalt Dr. Freisler mit Schreiben vom 24. Juni 1926 Kenntnis gegeben. Die Bedenken, die von einzelnen Mitgliedern gegen die Kreditgewährung an die Firma Manus Katzenstein vorgebracht wurden, wurden von allen Mitgliedern gleichmäßig geteilt.

Herr Rechtsanwalt Freisler drängte fernmündlich und durch wiederholtes Vorsprechen im Dienstzimmer des mittlerweile vom Urlaub zurückgekehrten Direktors Hucke auf möglichst umgehende Auszahlung. Am 7. Juli 1926 überreichte er eine Bescheinigung des Grundbuchamtes, wonach die Anträge auf Eintragung im Grundbuch gestellt worden. Am 8. Juli 1926 wurde die den Kasseler Maschinenwerken A.-G. bewilligte Hypothek von 200 000 Mark zur Auszahlung gebracht und zwar:

1. an die Landeskreditkasse 135 000 Reichsmark,
2. an das Bankhaus L. Pfeiffer für Rechnung der Kasseler Maschinenwerke A.-G. 65 000 Mark.

Mit Schreiben vom 28. Juli 1926 wurde mitgeteilt, daß sich der Aufsichtsrat zusammensetze aus den Herren Langenau, Lichtenberg und Dr. Roland Freisler. Es sei beabsichtigt, in dem Aufsichtsrat Herrn Stadtv. Schomburg mit hineinzunehmen. Die für die Fabrikation erforderlichen Maschinen seien angekauft und zum größten Teil auch eingebaut worden. Mit der Fabrikation der Mähmaschinen sei noch nicht begonnen, da das Einbauen der umfangreichen Maschinen immerhin einige Zeit in Anspruch nehme. Bei einer Besichtigung am 20. August wurde festgestellt, daß die Arbeitsmaschinen eingebaut, jedoch mit der Fabrikation noch nicht begonnen war.

Dr. Freisler stellte weiterhin namens der noch nicht eingetragenen Kasseler Maschinenwerke A.-G. mit Schreiben vom 22. September 1926 Antrag auf Eröffnung eines Kontokorrentkredits in Höhe von 35 000 Reichsmark. Er begründete seinen Antrag damit, daß seinerzeit eine Hypothek von 280 000 Reichsmark beantragt, jedoch diesem Antrage nur in Höhe von 200 000 Reichsmark entsprochen worden sei. Die gekürzten 80 000 Reichsmark habe man jetzt aber als Betriebskapital nötig. Dr. Freisler führte weiter aus, daß es sich gezeigt habe, daß im In- und Ausland die Nachfrage nach dem „Hexenmeister" überaus rege sei und es bereits zu erfreulichen Ergebnissen geführt habe. So wolle er nur kurz erwähnen, daß eine argentinische Firma Probemaschinen bereits bestellt habe, daß eine Firma Georg Trimpler in Oranienbaum bei Dessau, die ein ausgedehntes Italiengeschäft pflege, aus Anlaß der letzten Geschäftsreise des Chefs dieser Firma nach Italien den Boden für den Absatz des „Hexenmeisters" in Italien sondiert und äußerst günstig befunden habe, und man, sobald der Produktionsgang laufe, mit erheblichen Abschlüssen für Italien rechne. Auch bedürfe der Osteuropamarkt der Pflege, und ein Mittelsmann, der Mitglied des Aufsichtsrats der Firma Manus Katzenstein A.-G. und infolgedessen an den Kasseler Maschinenwerken indirekt interessiert sei und

erhebliche Geschäfte mit der Sowjet-Union

tätige, habe die Bearbeitung des russischen Marktes in die Hand genommen. Auch dort seien die Aussichten für einen Abschluß, der zumindestens einen Großteil der Jahresproduktion umfassen würde, günstig. Mit der Einkaufsstelle der Raiffeisen-Genossenschaften Groß-Thüringens in Erfurt seien Verhandlungen im Gange, die sich sogar auf den Ankauf der gesamten [illegible]produktion beziehen und die in befriedigender Weise vorwärtsgehen.

In der Sitzung der Sparkassendirektion am 30. September 1926, an der unter Vorsitz des Bürgermeisters Brunner die Stadtverordneten Brehme, Lenderoth, Schnelle, Schomburg und Sparkassendirektor Hucke teilnahmen, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Dem Antrage der Kasseler Maschinenwerke A.-G. auf Einräumung eines Kredits von 35 000 Reichsmark soll vorerst nur bis zum Höchstbetrage von 15 000 Reichsmark entsprochen werden, vorausgesetzt, daß eine Grundschuld bis zu 100 000 Reichsmark unmittelbar mit dem Range nach der für die Sparkasse bereits eingetragenen Hypothek von 200 000 Reichsmark eingetragen wird. Ferner ist von den Kasseler Maschinenwerken A.-G. nach Ablauf von vier Wochen ein Bericht einzufordern, inwieweit die Fabrikation der Mähmaschinen durchgeführt und welche Anzahl von Maschinen inzwischen fertiggestellt ist."

Der neue Vorsitzende der Sparkassendirektion, Bürgermeister Lahmeyer, veranlaßte nunmehr im Benehmen mit [illegible] Bücherrevision, die von dem [illegible] Bücherrevisor Maerz in den Geschäfts- und Fabrikationsräumen der [illegible]

[illegible] nicht in das Handelsregister eingetragenen Firma Kasseler Maschinenwerk [illegible] wurde, und [illegible] durch den genannten Bücherrevisor in der Sparkassendirektion am 12. Oktober 1926 mündlichen Vortrag über das Ergebnis seiner Revision halten. [illegible] wurde festgestellt, daß

bisher nicht ein einziger der gezählten Aufträge,

von denen so oft die Rede war, [illegible] und [illegible] einwandfrei abgeschlossen war. Noch am 2. Oktober d. J. hatten die Herren Lichtenberg sen. und jun. zu Protokoll erklärt, in acht Tagen würden 20 Maschinen fertiggestellt, weitere 20 Maschinen in etwa 4 Wochen. Fest verkauft seien 180 Maschinen. Ferner sei bestimmt damit zu rechnen, daß die Thüringer Hauptgenossenschaft in Erfurt einen Auftrag von etwa 2000 Maschinen erteile.

Nichts von all dem hatte sich als wahr [illegible]. Noch heute ist nicht eine einzige Maschine fertiggestellt.

Der Auftrag von 180 Maschinen, der gelegentlich der Breslauer landwirtschaftlichen Ausstellung getätigt sein sollte, stellte sich als nicht abgeschlossen dar. Von Erfurt lag kein [illegible] einwandfreier Auftrag vor. Daraufhin beschloß die Sparkassendirektion, nachdem Herr Dr. Freisler und Langenau das Amt als Aufsichtsratsmitglieder bereits am 16. Oktober niedergelegt hatten — die Sparkasse erfuhr offiziell erst am 30. Oktober hiervon — in der Sitzung am 12. Oktober 1926:

1. der Kasseler Maschinenwerke A.-G. werden weitere Mittel seitens der Sparkasse nicht mehr zur Verfügung gestellt, auch auf die Gefahr hin, daß der Betrieb stillgelegt wird,
2. erst wenn durch Vorlage der abgeschlossenen Verträge nachgewiesen wird, daß einwandfreie feste Bestellungen auf eine größere Anzahl Maschinen vorliegen, soll gegebenenfalls einem weiteren Antrag auf Kreditgewährung nähergetreten werden,
3. die Abtretung der aus den Wohnungen aufkommenden Mieten an die Sparkasse auf die Dauer von zwei Jahren soll gefordert werden,
4. die Aufsichtsratsmitglieder Dr. Freisler und Langenau sind zu einer Besprechung zu bitten.

In einer Unterredung zwischen den Herren Dr. Freisler und Langenau einerseits und Bürgermeister Lahmeyer und Direktor Hucke andererseits wurden seitens der Vertreter der Sparkassendirektion vorgenannte Herren von diesem Beschluß der Sparkassendirektion in Kenntnis gesetzt und ihnen nachdrücklich eröffnet, daß von einer weiteren Kreditgewährung unter keinen Umständen die Rede sein könne. Daraufhin stellten Herr Lichtenberg und seine beauftragten Vertreter wiederholt den Antrag, die für die Sparkasse eingetragene Grundschuld von 100 000 Reichsmark nach Abzug der der Sparkasse geschuldeten 15 000 Reichsmark freizugeben zwecks Gewinnung von Krediten, deren Geldgeber der Sparkasse nicht genannt werden sollten. Mit Rücksicht auf die notwendige Sicherung durch die Hypothekarzinsen der Sparkasse wurde dieses Ansinnen abgelehnt.

In der Sitzung der Sparkassendirektion vom 12. November 1926 wurde folgender Beschluß gefaßt: Weitere Mittel werden den Kasseler Maschinenwerken A.-G. nicht mehr zur Verfügung gestellt.

Inzwischen soll ein Auftrag über 500 Maschinen seitens der Thüringer Hauptgenossenschaft Erfurt im Betrage von 117 250 Mark, abzunehmen innerhalb 6 Monaten, Bezahlung drei Monate nach Erteilung der Faktura, abgeschlossen sein, wie aus dem Bericht des Bücherrevisors Maerz zu entnehmen ist. Nachprüfung ist noch nicht erfolgt.

Bei der Beurteilung der Angelegenheit darf ich zunächst daran erinnern, daß die

Sparkasse eine selbständige Gemeindeanstalt

im Sinne unserer Städteordnung ist, deren Geschäfte von einer besonderen Direktion geführt werden, die sich aus den bereits erwähnten Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zusammensetzt. Die Sparkassendirektion trifft ihre Entschließungen völlig selbständig; die Beschlüsse unterliegen ständigem Gebrauch zufolge nicht der Nachprüfung oder Genehmigung des Magistrats. Bei der Notwendigkeit einer besonders vorsichtigen und vertraulichen, häufig aber auch beschleunigten Behandlung der Kreditgesuche, und bei der für den Magistrat praktisch bestehenden Unmöglichkeit, mangels Kenntnis der Unterlagen die Frage der Kreditwürdigkeit und der Kreditsicherung in jedem Falle nachzuprüfen, ist das bisher geübte Verfahren durchaus zweckmäßig. Die Sparkassendirektion hat, wie ich ausdrücklich feststelle, stets mit großer Gewissenhaftigkeit und unter verständnisvoller Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ihr obliegenden Kreditangelegenheiten bearbeitet und insbesondere die Frage der Sicherung stets genauestens geprüft. Auch im vorliegenden Falle ist die Sparkasse nach diesen Grundsätzen verfahren. Die Kreditbewilligung an die Kasseler Maschinenwerke mag im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse ihres Inhabers, die von der Sparkasse, soweit sie ihr bekannt waren, übrigens auch gewürdigt worden sind, vielleicht verschieden beurteilt werden. Auch der Umstand, daß die Kredithingabe nicht groß genug war, um das neue Unternehmen auf einer sicheren und breiten Basis aufzubauen und die Tatsache, daß nach den Feststellungen des Finanzdezernenten die

Nachprüfung der angeblich feststehenden Aufträge mit größerer Genauigkeit hätte erfolgen müssen,

mag zu gewissen Beanstandungen Anlaß geben; aber die wesentlichste Frage, die Frage der Kreditsicherung, ist einwandfrei geprüft und geregelt worden. Nach dieser Richtung hin sind die Entschließungen der Sparkasse in keiner Weise zu beanstanden. Für die Sicherungen dienen nicht nur das mit modernen Bureaugebäuden und Fabrikationsräumen bebaute 24 500 Quadratmeter große hochwertige Grundstück der Firma Manns Katzenstein, mit großen Zukunftsmöglichkeiten, die durch den Ausbau der Wohnungen noch vergrößert werden, sondern auch als zweite Hypothek das übrige rund 28 000 Quadratmeter große, mit 115 000 Goldmark zugunsten der Landeskreditkasse vorbelastete Gelände der genannten Firma.

Ich muß daher die im „Casseler Tageblatt" aufgestellte Behauptung, daß die Sicherung eine „imaginäre" sei und die in einem auswärtigen Blatt gegebene Darstellung, daß die Gefahr eines erheblichen Verlustes für die Sparkasse bestehe, mit Nachdruck zurückweisen, und ich darf erwarten, daß auf Grund meiner Erklärungen, deren Nachprüfung an Hand der Unterlagen erfolgen kann, eine Richtigstellung erfolgt.

Was die Nachprüfung der bei den Kasseler Maschinenwerken vorliegenden Aufträge betrifft, von der ich bereits gesprochen habe, so hat sich hier die Sparkasse nach der Ansicht des Magistrats allerdings

zu weitgehend auf die Darstellungen des Rechtsbeistandes verlassen,

die, wie der Finanzdezernent festgestellt hat, soweit sie sich auf die angeblich erfolgten Bestellungen beziehen, unzutreffend sind. Auch bei der Frage der Beurteilung der [illegible] des Herrn Lichtenberg, die für die Kreditgewährung nicht unwesentlich sein konnte, ist die Sparkassendirektion [illegible] dadurch [illegible] worden, daß Dr. Freisler, der [illegible] mit der Sparkassendirektion geführt hat, [illegible] Auskünfte nicht gegeben hat, so daß wohl die Frage berechtigt erscheint, ob Herr Dr. Freisler selbst über das Geschäftsgebaren seines Auftraggebers so genau im Bilde war, wie eine eingehende, nach Lage der Sache gebotene Prüfung sie wohl vermittelt hätte.

Wenn also auch manche nicht immer erfreulichen Momente in Verbindung mit diesem Kreditgeschäft in die Erscheinung treten, über die das Urteil der Bevölkerung [illegible] wird, so wird — darüber dürfen Sie versichert sein — die weitere Behandlung der Angelegenheit, die bei der weittragenden Bedeutung der Sache gemeinsam von der Sparkassendirektion im Benehmen mit dem Magistrat [illegible] wird, dahin zu erfolgen, daß Stadt und Sparkasse irgendwelchen finanziellen Schaden nicht erleiden. Soweit [illegible] werden, wird der Magistrat vor der Einleitung von entsprechenden Strafverfahren nicht zurückschrecken.

Die Besprechung der Mitteilung des Magistrats wird beschlossen. Als erster Redner ergreift das Wort

Stadtverordneter Lojeffy (Soz.):

Die Sache der Kreditgewährung an Lichtenberg zerfällt in zwei Teile. Es handelt sich erstens um die Frage, ob die Stadt durch dieses Geschäft geschädigt worden ist, und zweitens um die Frage, wie die Stadt zu diesem Geschäft gekommen ist. Vom Magistratstisch aus ist dargelegt worden, daß eine Schädigung der Stadt nicht erfolgt sei, und ich habe keinen Anlaß, diese Erklärung zu bestreiten. Entscheidend für diese Frage wird jeweils sein, wie hoch man das beliehene Grundstück einschätzt. Sollte im Laufe der Entwicklung die Stadt in den Besitz der beliehenen Werte, also des Bodens und der Baulichkeiten gelangen, so bedeutet doch die Tatsache, daß die Stadt etwa nicht sofort in der Lage wäre, diese Werte zum Anschaffungspreis abzustoßen, noch nicht, daß ein Schaden der Stadt vorliegt. Denn es handelt sich um ein sehr gut gelegenes wertvolles Industriegrundstück. Immerhin ist anzunehmen, daß von seiten der städtischen Verwaltung eine nochmalige genaue Schätzung der beliehenen Werte erfolgt. Wir haben auch mit Befriedigung vernommen, daß der Magistrat bereit ist, Strafantrag gegen Lichtenberg und Krüger zu stellen, weil der dringende Verdacht besteht, daß die Hauszinssteuerhypotheken entgegen der Verpflichtung nicht sofort an die Bauhandwerker weitergeleitet worden sind.

Wenn wir also auch nach Kenntnis der Dinge an eine materielle Schädigung der Stadt nicht glauben, so besteht doch zweifelsohne eine ideelle Schädigung der Sparkasse, denn nach den Geschäften, die Herr Lichtenberg mit der Landeskreditkasse gemacht hat, war es sicherlich nicht kreditfördernd für die Sparkasse, Nachfolgerin der Landeskreditkasse als Kreditgeberin des Lichtenberg zu werden. Deshalb muß auch gegen die Sparkassenverwaltung der Vorwurf erhoben werden, daß sie das Kreditersuchen des Lichtenberg nach der persönlichen Seite nicht genügend geprüft, vor allem sich nicht bei der Landeskreditkasse nach Lichtenberg erkundigt hat, wie es sonst im Kreditverkehr allgemein üblich ist, sich bei dem früheren Kreditgeber nach der Vertrauenswürdigkeit des Kreditsuchenden zu erkundigen. Es genügt nicht, sich bei einem Realkredit auf die Prüfung der realen Werte zu verlassen, man muß auch die Person dessen prüfen, dem man Geld leiht, besonders, wenn es sich um öffentliche Gelder handelt. Richtig ist, daß die Sparkassenverwaltung einschließlich der zu ihr gehörenden Stadtverordneten im besten Glauben und mit der Absicht, Industrieförderung zu treiben, gehandelt hat, doch zeigt gerade dieser Fall,

wie man Industrieförderung nicht treiben darf.

Die Stadt hat mehr als 200 000 Mark hergegeben, während der Unternehmer Lichtenberg, der doch eigentlich das Risiko tragen sollte, abgesehen von den Grundwerten, höchstens 15 000 Mark Bargeld beigesteuert hat. Dazu kommt ferner, daß von dem städtischen Kredit 185 000 Mark an die Landeskreditkasse ausgezahlt werden mußten, um die Erststelligkeit der Hypothek zu erhalten, so daß der übrig bleibende Rest für die Aufnahme der Nähmaschinenerzeugung gar nicht reichte. Heute sieht man schon, wohin diese Art von Industrieförderung geführt hat, denn augenblicklich werden nur noch zehn Arbeiter beschäftigt, die am Freitag nur eine Abschlagszahlung von zehn Mark auf ihren Lohn erhalten konnten, und bis vor kurzem war man sogar der Aufwartefrau 25 Mark schuldig geblieben, die sie noch für ihre Tätigkeit im Oktober zu erhalten gehabt hatte. Außerdem schweben gegen die Firma Kasseler Maschinenwerke, wie das Lichtenbergsche Unternehmen heißt, eine ganze Reihe von Klagen vor dem Gewerbegericht.

Die Sparkassenverwaltung hat also sicherlich im besten Glauben gehandelt, denn

sie wußte das nicht, was damals bereits Herr Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler gewußt hat.

Herr Freisler hat der Sparkasse gegenüber stets verschwiegen, daß der Oberstaatsanwalt Dr. Noetzel am 23. Februar gegen Lichtenberg durch Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung die öffentliche Klage wegen folgender Anschuldigungen erhoben hat:

a) Betrug zum Nachteile der Landeskreditkasse Kassel und der Inhaber der Firma Manns Katzenstein,
b) Betrug zum Nachteil der Bank für Hessen-Kassel und der Darmstädter Bank, Filiale Kassel,
c) wissentlich falsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung.

Das war am 22. Februar. Herr Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler war seit Beginn des Jahres Kasseler Rechtsbeistand des Herrn Lichtenberg. Er hat also ganz sicherlich von dieser öffentlichen Anklage gewußt. Aber selbst wenn er es nicht gewußt hätte, so ist es ihm doch vor Gericht im Verlauf eines Termins, den er als Vertreter Lichtenbergs hatte, am 3. Juni klar und deutlich zur Kenntnis gebracht worden. Was hat Herr Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler darauf gemacht? Er hat zwei Tage später an die städtische Sparkasse den Antrag gestellt, jenem Lichtenberg, gegen den der Kasseler Oberstaatsanwalt öffentliche Klage wegen Betrugs und wissentlich falscher Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung erhoben hatte, einen Kredit von 230 000 Reichsmark zu gewähren, und hat der Sparkassenverwaltung wissentlich verschwiegen, daß gegen Herrn Lichtenberg diese öffentliche Anklage besteht. Hätte das die Sparkassenverwaltung gewußt, niemals wäre Herr Lichtenberg in den Besitz des Kredites gelangt.

So wurden an Herrn Lichtenberg 200 000 Mark ausbezahlt, und der Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler trat zusammen mit jenem Lichtenberg, gegen den eine so schwere Anklage bestand, als Aufsichtsratskollege in den Aufsichtsrat ein. Herr Freisler mußte sich darüber klar sein, welches Risiko er damit einging. Für seine Motive kann ich keinen Wahrheitsbeweis führen, aber ich darf darauf verweisen, daß er für die Vermittlung von 80 000 Reichsmark Hauszinssteuerhypothek und 200 000 Mark Industriekredit

die Kleinigkeit von 6657 Mark Anwaltskosten

liquidiert hat, so daß es immerhin ein lukratives Geschäft gewesen ist, mit dem vom Oberstaatsanwalt des Betrugs beschuldigten Lichtenberg kollegial zusammen zu arbeiten. Im „Volksblatt" habe ich die Frage gestellt, ob Herr Freisler so — minderbegabt, um ein parlamentarisches Wort zu gebrauchen, oder so skrupellos gewesen ist, daß er sich als Stadtverordneter von Herrn Lichtenberg mißbrauchen ließ, denn es [illegible] natürlich nicht zufällig, daß Herr Lichtenberg sich für die Vermittlung städtischer Gelder gerade einen Anwalt ausgesucht habe, der Stadtverordneter sei. (Als Herr Lichtenberg mit der Landeskreditkasse verhandelte, war sein Rechtsbeistand der deutschnationale Kommunallandtags-Abgeordnete Rechtsanwalt Brill. Red. des „Kasseler Volksblattes".) Diese Frage, die ich im „Kasseler Volksblatt" gestellt hatte, ist inzwischen hinfällig geworden, denn heute hat Herr Lichtenberg öffentlich festgestellt, daß der Gedanke, öffentliche Gelder in der Form von Hauszinssteuerhypotheken und Industriekrediten in Anspruch zu nehmen, nicht von ihm, sondern von Herrn Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler ausgegangen sei. Wenn das so ist, so handelt es sich hier im Zusammenhang mit der Tatsache, daß Herr Freisler von der öffentlichen Anklage gegen Herrn Lichtenberg wußte, um

einen Fall tollster politischer Korruption.

Das Geschäft ging also, nachdem man die Sparkasse über die Persönlichkeit Lichtenbergs getäuscht hatte, einige Zeit flott; [illegible] bis eines Tages [illegible] war. Da begann auch dem Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler der Boden heiß zu werden. Ich darf Ihnen folgendes Schreiben verlesen, das Herr Freisler zusammen mit seinem Aufsichtsratskollegen, dem Besitzer [illegible], Herrn Langenau, am 15. Oktober gesandt hat:

Kassel, den 15. Oktober 1926.

An den Herrn Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Kasseler Maschinenwerk Aktiengesellschaft in Kassel.

Herrn Heinrich Lichtenberg sen.

Kassel.

Sehr geehrter Herr Lichtenberg!

Heute abend erfuhren wir zu unserem Schreck, daß

10 000 Mark überfällige Verbindlichkeiten,
15 000 Mark baldfällige Verbindlichkeiten, außerdem
15 000 Mark Kontokorrentkredit Kasseler Sparkasse

bestehen. Wir sind hierüber erstaunt, daß wir von überfälligen Verbindlichkeiten nichts wußten, mit Ausnahme einiger weniger Verbindlichkeiten, die teilweise M. Katzenstein betreffen. ... Wir können jedenfalls für derartiges keinerlei Verantwortung übernehmen.

Stimmen diese Angaben, so ist angesichts des Laufens weiterer Gefälligkeitspapiere, von denen wir gehört haben, die Lage katastrophal ...

Wir tragen höchst eigene Verantwortung. Wir haben keine Lust, unsern Ruf aufs Spiel zu setzen. ... Wir bitten unbedingt bis morgen früh 9 Uhr schriftliche genaue Aeußerung (nicht mündliche Besprechung) über Ihre Hilfsmittel. ... Wir beide haben uns verpflichtet, Punkt 9 Uhr morgen früh unser Amt als Aufsichtsrat niederzulegen, wenn nicht bis dahin diese schriftliche Aeußerung mit gewünschtem und befriedigendem Inhalt in unseren Händen, d. h. in den Händen des Herrn Langenau, Kölnische Straße 8, ist. (Dr. Freisler ist außerhalb.) Wir bitten, dieses so ernst wie möglich aufzufassen. Wir müssen so handeln, wie wir mit diesem Briefe gehandelt haben. Wir bemerken noch, daß wir auch nicht verstehen können, wie man die Finanzierung des Kaufes von Anrode in der Weise einer Auskunftei zuführen kann, daß man sagt: „Ich stelle die Banksicherheit!", obgleich doch das zu laufende Gut die Sicherheit sein sollte. Wir müssen uns von Derartigem im Interesse unseres Rufes fernhalten.

Hochachtungsvoll!

(gez.) Dr. Roland Freisler. (gez.) Wilhelm Langenau.

Als auf dieses Schreiben hin genügende Aufklärung an die Unterzeichner nicht erfolgte, legten die Herren Freisler und Langenau am Morgen des 16. Oktober ihre Aufsichtsratsposten nieder. Man könnte glauben, es habe sich schließlich doch das Gewissen oder die Angst in Herrn Freisler gerührt. Leider zeigt der weitere Briefwechsel, den ich Ihnen verlesen muß, daß das Niederlegen des Aufsichtsratspostens bloß eine Farce war, und daß

die ganze Geschichte geheim bleiben

sollte, denn Herr Roland Freisler wollte keine Brücke zu Lichtenberg abbrechen. Deshalb ist auch der städtischen Sparkasse erst vierzehn Tage später, als nichts mehr zu retten war, der Austritt der Herren Freisler und Langenau aus dem Aufsichtsrat mitgeteilt worden. In der Zwischenzeit gingen die Verhandlungen zwischen Freisler und Lichtenberg weiter, und es wurden folgende liebenswürdigen Briefe gewechselt. Ich darf Ihnen den Brief verlesen, der von den Herren Freisler und Langenau, nachdem sie ihren Aufsichtsratsposten niedergelegt hatten, Herr Lichtenberg sich aber ihren Absichten gegenüber weiter bockig zeigte, geschrieben haben. Er dürfte am 16. oder 17. Oktober geschrieben worden sein und hat folgenden Wortlaut:

Durch Lehrling Dietrich persönlich überreicht.

Herrn Lichtenberg sen.

Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Kasseler Maschinenwerk A.-G.

in Kassel.

Sehr geehrter Herr Lichtenberg!

Wir bekamen uns zum Besitz Ihres geschätzten Schreibens vom 15. 10. 26, das leider [illegible] von einer Angestellten der K. M. W. geschrieben ist, während wir absichtlich unser letztes und dieses Schreiben selbst schrieben, da [illegible] vorteilhafter erscheint.

Wir müssen es uns versagen, auf den Inhalt Ihres erwähnten Schreibens einzugehen, da es unseres Erachtens 12te Stunde ist, nicht in Vergangenheitsdingen zu wühlen, sondern den Blick fest auf die K. M. W. und leider auch für M. K. und Sie selbst trostlose Lage zu richten.

Sie werden nicht antworten, „was haben Sie nach Ihrem Austritt aus dem Aufsichtsrat der K. M. W. noch für Recht, sich um deren Schicksal zu kümmern?", da Sie ja selbst Herrn Langenau gegenüber den Wunsch geäußert haben, sowohl seine, als auch Dr. Freislers Mitarbeit in veränderter Form zu behalten. Sie werden auch nicht, wie Ihr Herr Sohn, der Ansicht sein, daß wir diese andere Form wünschten, um zu verdienen und werden zweifellos Ihren Sohn veranlassen, diese wirklich kränkende Aeußerung zurückzunehmen.

Zur Lage: Nach unserer Ansicht sind morgen abend überfällig:

Wechsel . . . . 15 000.—

(Diese Wechsel können u. E. unangenehme persönliche Folgen für Sie haben.)

Schulte	4 887.65
Koch	200.—
Gutbardt	250.—
Patentamt	90.—
(Schutz Hexenmeister!!)	
Rudolf	884.55
Dietrich	90.05
Neubert und Schulz	110.—
Hartmann	48.20
Hallwigk	50.—
Hey	85.—
Gerichtskasse Koch	1 000.—
(Einfach rätselhaft, welche Angelegenheit.)	
Kellner	146.30
Röder	124.—
kl. Rechnungen	150.—
Kretschmer	587.30
Schulte	250.—
Löwe u. Co.	800.—
Ketzner Maschinen	815.—
kl. Rechnungen	100.—
Franke	117.—
Fleischerei Vorhalle	100.—
Bittlar	440.—
	24 640.03

Das langt wahrhaftig! Herr Lichtenberg! Wir halten Offenheit für eine Pflicht, auch Ihnen persönlich gegenüber: Angesichts dieser und vieler anderer uns in den letzten Tagen bekannt gewordener Umstände fürchten wir für Sie persönlich nochmals, Offenheit ist Pflicht und heilsam: Wir fürchten bei einem Zusammenbruch, insbesondere auf Grund heute eingeholter Informationen (auf wie stets legalem Wege eingeholt):

1. gegen Sie Verfahren wegen schweren Bankerotts (die Bücher stimmen ohne Schuld des Buchhalters nicht!, sie sind irreführend),

2. gegen Sie Verfahren wegen Kreditbetrugs a) der Sparkasse Kassel, b) der Genossenschaftsbank, c) vielen Lieferanten gegenüber! . . . .

3. gegen Sie Verfahren wegen Wechselreiterei . . .

Wir sind bereit, Ihrem Rate, unsere Arbeit der Rettung der K. M. zu widmen, zu folgen.

Aber nur, wenn folgende Vorbedingungen für verständnisvolles Zusammenarbeiten gegeben und [illegible] sind.

Wie das "Kasseler Volksblatt" vom 9.11.1926 weiter berichtete, soll Freisler für seine Bemühungen, die 200.000 Mark zu beschaffen, 3.757 Mark und für die letzte Bewilligung von 15.000 Mark nochmals 1.737 Mark liquidiert haben. Jedoch hätte er von den insgesamt geforderten 8.794 Mark zunächst nur 2.500 Mark bekommen.
Der Sitzungsbericht der "Kasseler Post" vom 16.11.1926 deckte sich in den wesentlichen Punkten mit dem des "Kasseler Volksblatts", nur im Kommentar wurden die Akzente verlegt:

> "Man hatte dafür gesorgt, aus der gestrigen Sitzung einen besonders großen Tag zu machen. Die Tribünenplätze waren ausverkauft, auf Treppen und Gängen prominierten die Besucher, die keinen Einlaß fanden... Wie man schon aus den Veröffentlichungen im 'Volksblatt' ersehen konnte, ist aus den 'Lichtenberg-Krediten' ein 'F a l l - F r e i s l e r' geworden. D a s W i c h t i g s t e an diesem Komplex von 'Fällen' ist die bereits vor Wochen mündlich und schriftlich festgestellte T a t s a c h e, d a ß d i e S t a d t i n k e i n e r W e i s e g e s c h ä d i g t w o r d e n i s t, daß die Tätigkeit der Sparkassen-Direktion - wie Oberbürgermeister Stadler besonders betonte -, 'in keiner Weise zu beanstanden sei'. Das war auch wiederum die e r s t e F e s t s t e l l u n g der Stadtverordnetenversammlung...
> Herr Tejessy besprach den Fall Freisler und erhob die schwersten Vorwürfe gegen ihn als Stadtverordneter, an Hand eines großen Materials, das in Tejessyscher Bearbeitung z u e i n e r s c h w e r e n A n k l a g e g e g e n F r e i s l e r anwuchs.
> Leider, man muß das außerordentlich bedauern, kam Stadtverordneter Freisler erst zu Ende der Sitzung, hatte also nichts von dem gehört, was gegen ihn vorgebracht worden war. Trotzdem unternahm er es, in großen Zügen auf sein berufliches Verhältnis zu Lichtenberg und Katzenstein einzugehen. E r b e t o n t e m i t a l l e r E n t s c h i e d e n h e i t, d a ß e r v o n A n f a n g a n g a n z b e w u ß t a l l e a m t l i c h e n S t e l l e n n a c h d r ü c k l i c h d a r a u f a u f m e r k s a m g e m a c h t h a b e, d a ß e r n i c h t a l s S t a d t v. , s o n d e r n a l s R e c h t s a n w a l t, a l s R e c h t s b e i s t a n d d e s L i c h t e n b e r g a u f t r e t e. Nach Freislers Darstellung hatte man den Eindruck, daß vieles von Tejessy Vorgebrachte gegen Freisler zugespitzt worden war. Aber durch vieles auch sah man nicht klar hindurch, und es ist deshalb ganz unmöglich, nach der in der Stadtverordnetenversammlung dargebotenen Art, so etwas wie ein Urteil zu fällen. Das muß dem Gericht überlassen bleiben, das Aussage gegen Aussage enger gegenüberstellen kann. Ganz frei von politischer Gegnerschaft sind die Tejessyschen Angriffe nicht. Das wäre ja auch merkwürdig. Wie weit seine Behauptungen und die Schlüsse, die er aus s e i n e n Kombinationen zieht, zutreffen, muß er tatsächlich be-

weisen. Treffen sie zu, zieht die Freislersche Fraktion, wie Herr Messerschmidt mitteilte, die notwendigen Konsequenzen, treffen sie nicht zu, dann war das gestrige Schauspiel ein Bubenstück" (KP, 16.11.1926).

In einem eingeschobenen Kommentar des Berichtes hieß es u.a.:

"Dann verliest der Redner [Tejessy] eine Anzahl Briefe aus einem Briefwechsel F r e i s l e r - L a n g e n a u (der Erfinder der Mähmaschine) - L i c h t e n b e r g, die einen höchst merkwürdigen und im stärksten Grade kompromittierenden Eindruck von dem Rechtsanwalt und Stadtverordneten Freisler hinterlassen. Obwohl Freisler dem Herrn Lichtenberg Betrug, Wechselreiterei und betrügerischen Bankrott vorwarf, schloß er einige Tage später mit Lichtenberg einen Vertrag, in dem man beschloß, alles was bisher zwischen beiden stand, nicht mehr zu erwähnen. Neun Tage später aber, am 1. Dezember, sandten Freisler und Langenau eine Anklage an den Oberstaatsanwalt wegen Betrugs. Als Hauptbelastungszeuge des Lichtenberg wurde Freisler genannt. Der Redner wird das Material der Anwaltskammer vorlegen" (KP, 16.11.1926).

Am 13.1.1927 begann im Schöffengerichtssaal unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Hassenkamp der Beleidigungsprozeß Freisler-Tejessy. Welches Interesse der Fall in der Öffentlichkeit hatte, zeigten der überfüllte Zuschauerraum und die 14 Vertreter der Presse. Freisler hatte ca. achtzig Akten mitgebracht!

Im wesentlichen waren es drei Punkte, die Tejessy dem Kläger vorwarf:

"1. ... daß Stadtverordneter F r e i s l e r von den Anklagen des Oberstaatsanwalts wegen Betrugs, Bankrotts usw. gegen Lichtenberg g e w u ß t hat, als er der Stadt die Firma Lichtenberg zur Beleihung empfohlen hat;

2. daß Freislers Verhältnis zu Lichtenberg im Oktober v. Js. sehr z w e i f e l h a f t war; innerhalb vierzehn Tagen erst Einigung Freislers mit Lichtenberg, dann Anzeige beim Oberstaatsanwalt;

3. daneben machen die Kostenrechnungen Freislers an Lichtenberg sein zweifelhaftes Verhältnis zu Lichtenberg erst erklärlich" (KVBL, 14.1.1927).

Außerdem kündigte Justizrat Hanke, der Verteidiger Tejessys, Freisler eine Gegenklage wegen eines Plakates mit der Aufschrift "Skandal Hägermann-Tejessy - Gegen Journalistische Freibeuterei" an.

Anschließend erfolgte die Vernehmung der insgesamt 19 Zeugen.

Oberbürgermeister Stadler und Bürgermeister Lahmeyer betonten, daß sie von dem Strafverfahren gegen Lichtenberg nichts gewußt hätten, andernfalls

wäre der Kredit nicht bewilligt worden. Eine Nachprüfung hätte aufgrund Freislers positive Aussagen und der städtischen Sicherungen nicht stattgefunden. In der gleichen Weise äußerten sich auch das Mitglied der Sparkassendirektion, Stadtverordneter Schomburg (SPD) und das der -kommission, Stadtverordneter Lenderoth, ebenfalls Sozialdemokrat.

Sparkassendirektor Hucke, der als nächster vernommen wurde, war bei der Bewilligung des Darlehens nicht anwesend, hätte sich aber dagegen ausgesprochen. Von der Niederlegung Freislers Aufsichtsratspostens hätte er offiziell erst in der Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.1926 erfahren. Auf die Frage Tejessys, von wem die Bemerkungen "Schwindel", "unwahr" usw. in den städtischen Akten stammten, konnte er keine Auskunft geben, da sie inzwischen wegradiert waren (vgl. KVBL, 14./15.1.1926 und KP, 15.1.1926)!

Zeuge Lichtenberg sen. erklärte, daß der Plan, die Wohnungen zu bauen, von ihm stammte, Freisler jedoch an ihn herangetreten wäre, das Geld zu beschaffen. "Langenaus Aufträge seien aber, wie sich später herausstellte 'Schwindel' gewesen". Von dem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren hätte Freisler von Anfang an gewußt.

> "Über
>
> F r e i s l e r s K o s t e n r e c h n u n g
>
> äußerte sich Lichtenberg dahin, daß von ihm, als das Darlehen von 200.000 Mark bewilligt war, Freisler eine Akonto-Zahlung von 2.500 Mark verlangte, die er auch erhielt. Lichtenberg dachte, daß das alles sei. Später kam noch eine Kostenrechnung über 3.330 Mark. Ob nachträglich eine solche Zahlung vereinbart worden sei, daran könne er sich nicht erinnern. Über die Beschaffung der 15.000 Mark habe Freisler eine Kostenrechnung von 300 Mark geschickt. Für die Ablösung der 156.000 Mark habe Freisler über 1.700 Mark Gebühr liquidiert" (KVBL, 15.1.1927).

> "Auf die Frage Freislers, ob er mit anderen Anwälten betreffs Kostenrechnungen andere Erfahrungen gemacht habe, antwortete Lichtenberg: 'Die Herren Anwälte, das ist ein Kapitel für sich!'" (KP, 15.1.1927).

> "Als man sich dann versöhnte, sollte
>
> F r e i s l e r n o c h m i t 15.000 M a r k
> s i c h e r g e s t e l l t
>
> werden. Weiter sagt Lichtenberg, daß K r ü g e r (Nationalsozialist) alle Honoraransprüche Freislers bewilligt habe. Diese seien ihm u n a n s t ä n d i g h o c h vorgekommen. Er sei aber bei Anwälten, namentlich in Geschäftssachen, an alles gewöhnt" (KVBL, 15.1.1927).

Tejessy unterbrach die Ausführungen Lichtenbergs, indem er Freisler vorwarf, seinen Partner aus einer"streng vertraulichen Kommissionssitzung" unterrichtet zu haben, "daß die Hauszinssteuerhypothek so gut wie bewilligt sei".
Im Laufe der Verhandlung stellt sich heraus, daß sich die Parteien Lichtenberg sen./jun. und die drei Nationalsozialisten Freisler, Langenau und Krüger, der Schwiegersohn Lichtenbergs sen., der zeitweise auch dem Aufsichtsrat angehörte, in erbitterter Feindschaft gegenüberstanden (vgl. KP, 15.1.1927).
Über den Drohbrief war Lichtenberg um so erstaunter, als Freisler von der finanziellen Situation der Firma genau unterrichtet war und die "falschen" Geschäfte von Langenau stammten. Dieses Verhalten könnte er sich nur so erklären, daß Freisler seinen Schwiegersohn Krüger, zu dem er familiäre Differenzen hatte, anstatt seines Sohnes, in den Aufsichtsrat bringen wollte, um dann die Firma an sich zu reißen. Beweise dafür hätte er aber nicht (vgl. KVBL, 15.1.1927).
Anschließend bedrängte Freisler Lichtenberg mit einer Unzahl von Fragen, die laut "Kasseler Volksblatt" zur "Ermüdung der anderen Partei und des Gerichtshofes" führen sollte, so daß sich der Zeuge gegen 17.30 Uhr nicht mehr in der Lage sah, zu antworten.

> "Hierauf bittet Rechtsanwalt und Notar Dr. Th. Dellevie, vernommen zu werden, da er von Rechtsanwalt Freisler im Laufe der Verhandlung der Fälschung von Briefen bezichtigt worden sei. Freisler zieht hierauf den Vorwurf zurück, verwahrt sich aber zugleich, den Vorwurf zurückgezogen zu haben, da er ihn gar nicht erhoben hätte" (KVBL, 15.1.1927).

Krüger betonte, " D i e E i g e n s c h a f t F r e i s l e r s a l s S t a d t v e r o r d n e t e r o d e r P a r t e i m i t g l i e d h a b e m i t d e n G e s c h ä f t e n n i e e t w a s z u t u n g e h a b t". Es ist aber bemerkenswert, daß ausgerechnet die drei Nationalsozialisten zusammenhielten und Krüger erst nach der Bekanntschaft Freislers in die Partei eintrat. Hinzu kommt, daß er alle Geldforderungen Freislers erfüllte, soweit die Zahlungsfähigkeit der Firma das zuließ.
Zur Verteidigung des Beklagten stellte er ausdrücklich fest,

> "Freisler sei bei der Schlußabrechnung außerordentlich entgegengekommen und habe seine Forderungen (einschließlich von 8.000 Mark für Langenau), die insgesamt 19.000 Mark betragen hätten, nur 5.000 Mark sicherstellen lassen" (KP, 15.1.1927).

Der Zeuge Lichtenberg jun. erklärte, daß er die Auszahlung der 2.500 Mark an Freisler inhibiert hätte, da

> "Freisler sowieso jede Woche 200 - 300 Mark von der Firma M. Katzenstein bzw. Lichtenberg bekommen habe. Freisler habe gesagt, die wöchentliche Zahlung sei eine so angenehme Einrichtung gewesen, daß sie auch Lichtenberg jun. beibehalten möge.
> Diese Zahlungen hat nach Freisler schon Krüger geleistet. Von einer Inhibierung will Freisler nichts gemerkt haben. Nach seinem Austritt aus dem Aufsichtsrat seien allerdings die wöchentlichen Zahlungen nicht mehr geleistet worden" (KVBL, 15.1.1927).

Langenau bemerkte, daß der Drohbrief nur deshalb geschrieben worden wäre, um die Firma im letzten Augenblick zu retten.

> "Seine Gebühren rechtfertigt schließlich Freisler auf Befragen durch den Richter damit, daß er die Beschaffung der 200.000 Mark usw. so berechnet habe, als ob es sich um die Führung eines Prozesses mit dem gleichen Objekt gehandelt habe. Der Einzelrichter stellt fest, daß
>
> Freisler nach der Preußischen Gebührenordnung nur 840 Mark Gebühren habe nehmen dürfen.
>
> Auf weiteres Befragen durch den Richter sagt Freisler, daß er die Gebühren für die Beschaffung der 156.000 Mark, aus der allerdings nichts geworden sei, ebenso wie die Gebühren für die 200.000 Mark berechnet habe" (KVBL, 15.1.1927).

Unter der Überschrift "Der Freisler-Skandal vor Gericht" veröffentlichte das "Kasseler Volksblatt" in dem Bericht vom 15.1.1927 auch folgende Karrikatur:

In der Verhandlung am folgenden Tag, ging Freisler auf die Beleidigungen der einzelnen Artikel im "Kasseler Volksblatt" ein, unterbrochen durch lange Reden voller Selbstlob über seine Tätigkeiten als Stadtverordneter und seinen ausgezeichnetem Examina.

> "Die Sanierung der 'Kasseler Maschinenwerke' sei eine gigantische wirtschaftliche Großtat gewesen, und seine, Freislers, Großtat. Kein anderer Kasseler Rechtsanwalt reicht an wirtschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten an ihn heran" (KVBL, 16.1.1927).

Danach betonte Freisler, daß er gegen sich selbst Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und bei der Anwaltskammer eingereicht hätte. Er beschuldigte Tejessy, die Briefe nur zu Hälfte verlesen und teilweise gefälscht zu haben. Dieser Tatbestand müßte mit Gefängnisstrafe gesühnt werden, zumal Tejessy nur die Absicht gehabt hätte, ihn als Rechtsanwalt unmöglich zu machen.

Nachdem Justizrat Hanke und der Stadtverordnete Tejessy die wesentlichsten Kritikpunkte noch einmal zusammengefaßt hatten, wurde folgendes Urteil verkündet:

> "Der Angeklagte T e j e s s y wird w e g e n B e l e i d i g u n g zu einer Geldstrafe von 6 0 0 M a r k, hilfsweise einen Tag Gefängnis für je 20 Mark, verurteilt. Dem Privatkläger wird die P u b l i k a t i o n s b e f u g n i s in fünf Kasseler Zeitungen und im 'National-Sozialist' zuerkannt. D i e K o s t e n t r ä g t d e r A n g e k l a g t e".

Begründung:

> "Die Veröffentlichungen im 'Volksblatt' werden als fortgesetzte Handlungen angesehen. Sie enthalten eine Reihe von B e l e i d i g u n g e n, teils aus § 186 teils aus § 185 StGB, § 196 StGB sei erheblich überschritten. Was im Stadtparlament zur Sprache gebracht sei, liege in der Befugnis des Angeklagten zur Veröffentlichung. Doch gehen einzelne Ausdrücke in der Form ganz erheblich über das Ziel hinaus.
>
> D e r W a h r h e i t s b e w e i s s e i t e i l s g e g l ü c k t, i n w e s e n t l i c h e n P u n k t e n a b e r n i c h t.
>
> N i c h t e r w i e s e n s e i, daß Freisler als Stadtverordneter u n l a u t e r e G e s c h ä f t e gemacht habe. Er habe sich Mühe und Arbeit gemacht für eine Sache, die seiner Ansicht nach gut war. Entsprechende Gebühren konnte er sich anrechnen, da eine Vereinbarung darüber bestand, was berechnet werden durfte. Für

die in der Form erheblichen Beleidigungen komme s t r a f s c h ä r f e n d in Betracht, daß der Angeklagte mit dürren Worten ausgesprochen habe, d e n p o l i t i s c h e n G e g n e r u n m ö g l i c h machen zu wollen. Es sei danach zu streben, daß derartige Sitten nicht um sich greifen, sondern unterbunden werden. S t r a f m i l d e r n d sei zu berücksichtigen, daß der Privatkläger Anlaß zu Angriffen gegeben habe. A l s R e c h t s a n w a l t brauchte er der Finanzkommission nichtszu sagen, a l s S t a d t v e r o r d n e t e r hätte von ihm verlangt werden können, daß er über die Persönlichkeit Lichtenbergs Auskunft gab. Ferner komme in Betracht, daß in den Tagen um den 21. Oktober für ihn als Aufsichtsratsmitglied e i n e f ü r e i n e n R e c h t s a n w a l t g a n z u n g e w ö h n l i c h e S i t u a t i o n e n t s t a n d e n s e i. Die in dem Plakat enthaltenen Beleidigungen werden gegen andere entsprechend kompensiert. Bezüglich des S t r a f m a ß e s hat das Gericht die Frage, ob auf G e f ä n g n i s zu erkennen sei, v e r n e i n t. So liege der Fall nicht, daß eine direkte Ehrabschneidung anzunehmen sei. Eine G e l d s t r a f e von 600 Mark sei eine a u s r e i c h e n d e Sühne" (KP, 17.1.1927).

Der Kommentar des "Kasseler Volksblatts" lautete:
Amtsgerichtsrat Hassenkamp hätte sich bemüht, politisch objektiv zu sein, es sich juristisch aber zu leicht gemacht. Die Beweise wären nur unvollkommen geführt worden. Außerdem hätte er die wesentlichen Kritikpunkte nicht erfaßt, da er auf Einzelheiten nicht einging und Freisler erlaubte sich in Unwesentlichem zu verstricken. Der Wahrheitsbeweis wäre in den zwei Hauptpunkten erbracht, nur mit der überhöhten Provision stimmte das Gericht nicht überein. Nach seinen eigenen Angaben hätte Freisler jedoch 11.000 Mark ausgezahlt bekommen, was für ihn ein einträgliches Geschäft gewesen wäre.
Aufgrund dieser Kritik legte Tejessy Berufung ein (vgl. KVBL, 17.1.1927).

Die Verhandlung der zweiten Instanz fand am 10./11.6.1927 vor Landgerichtsrat Eisenmann statt. Eine erhoffte nochmalige Beweisaufnahme wurde aber nicht durchgeführt und das Verfahren erfolgte ohne Zeugenvernehmungen. Im Laufe des Prozesses wurde die Frage erörtert, warum Freisler bei der Berechnung der Provision die Reichs- statt der Landesgebührenordnung angewandt hätte, die wesentlich niedriger lag, was Freisler damit rechtfertigt, daß es sehr schwierig gewesen wäre, das Geld zu bekommen.

Urteil:

"Die Berufung des Angeklagten Tejessy wird verworfen mit der Maßgabe, daß die Geldstrafe auf 200 Mark ermäßigt wird. Der Privatkläger Freisler ist der Beleidigung schuldig, wird aber für straffrei erklärt. Von den Kosten trägt der Angeklagte zwei Drittel, der Privatkläger ein Drittel" (KVBL, 13.6.1927).

In der Begründung führte Dr. Eisenmann aus:

"D e r z u f ü h r e n d e W a h r h e i t s b e w e i s s e i d e m A n g e k l a g t e n e r s t e n s e i n m a l g e l u n g e n b e z ü g l i c h d e r K r e d i t g e w ä h r u n g d u r c h d i e S p a r k a s s e.
...dem Privatkläger Freisler mußte ... daran gelegen sein, daß das Strafverfahren der Kommission n i c h t bekannt wurde, weil sonst die glatte E r l e d i g u n g d e s K r e d i t s a u f s ä u ß e r s t e i n F r a g e g e s t e l l t wurde. Als Rechtsanwalt hatte Freisler keine Veranlassung, mit der Sprache herauszurücken, doch

a l s S t a d t v e r o r d n e t e r d u r f t e e r n i c h t d i e H a n d d a z u b i e t e n, d a ß e i n d e r a r t i g e s G e s c h ä f t m i t d e r S t a d t g e s c h l o s s e n w u r d e.

Es sei also der Wahrheitsbeweis erbracht, daß Freisler als Stadtverordneter p f l i c h t w i d r i g gehandelt habe.
Bezüglich der Behauptung, daß der Privatkläger absichtlich oder fahrlässig allzu günstige Auskünfte über die Abschlüsse auf Mähmaschinen gegeben habe, sieht das Gericht den Wahrheitsbeweis als n i c h t erbracht an.

F r e i s l e r h a b e d i e S a c h l a g e n i c h t g e n ü g e n d ü b e r s e h e n, w e i l e r n i c h t g e n ü g e n d k a u f m ä n n i s c h g e b i l d e t u n d z u o p t i m i s t i s c h s e i.

Zu den Vorgängen im Oktober und dem Brief, in dem Freisler dem Lichtenberg Betrug und Wechselreiterei vorwirft, erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht

z u r Ü b e r z e u g u n g g e k o m m e n s e i, d a ß d e r P r i v a t k l ä g e r d a r a n g e g l a u b t, d a ß L i c h t e n b e r g n i c h t n u r u n f a i r e u n d b e d e n k l i c h e, s o n d e r n a u c h s t r a f b a r e H a n d l u n g e n b e g a n g e n h a b e, d a d e r B r i e f s o n s t e i n e r E r p r e s s u n g d e s F r e i s l e r a n L i c h t e n b e r g

sehr ähnlich sehen werde. D o c h d u r f t e n a c h d e m B r i e f v o m 17. Oktober, d e r s c h w e r e V o r w ü r f e g e g e n L i c h t e n b e r g

> enthielt, der Privatkläger nach Ansicht des Gerichts nicht mehr mit ihm im Aufsichtsrat sitzen oder zusammen arbeiten...
> Bezüglich der Gebührenordnung sei der Wahrheitsbeweis nicht erbracht. Nicht die Gebührenordnung sei für deren Berechnung maßgebend, sondern freie Vereinbarung, die angesetzten Gebühren entsprächen den üblichen Maklersätzen und seien nicht übermäßig...
>
> Die von der ersten Instanz festgesetzte Strafe sei aber erheblich herabgesetzt worden, weil der Wahrheitsbeweis in erheblich weiterem Umfange als in erster Instanz als erbracht angesehen worden sei" (KVBL, 13.6.1927).

Außerdem wurde Tejessy das Recht zugesprochen, die Sachlage zu prüfen. In den "Volksblatt" Artikeln hätte er sich aber "formalen Beleidigungen" schuldig gemacht.
Freisler konnte den Beweis der "journalistischen Freibeuterei" nicht erbringen, blieb aber straffrei, da es sich um eine "Beleidigung auf der Stelle" handelte.
Das "Kasseler Volksblatt" äußerte sich im Kommentar zufriedenstellend über das Urteil (vgl. KVBL, 13.6.1927).

Freislers Beleidigungsklage gegen Tejessy war zu erwarten, da er bei allen gegen ihn erhobenen Anschuldigungen Anzeige erstattete und es für ihn vor Gericht angenehmer war, Kläger als Beklagter zu sein.
Bemerkenswert ist jedoch, daß er sich in der Stadtverordnetenversammlung vom 25.10.1926 nicht rechtfertigt, da er in anderen Fällen derartige Vorwürfe sofort zurückwies und ohne näher auf den Tatbestand einzugehen mit Gegenangriffen konterte, wovon er sich auch sonst nicht von seinen Kollegen im Stadtparlament abhalten ließ. Vermutlich wollte er zunächst einmal abwarten, welcher Art das Anklagematerial war.
Eine Erklärung dafür, daß er in der Sitzung vom 15.1.1927 erst zum Schluß erschien, könnte sein, daß er sich ausrechnete, in der Versammlung nicht gleich antworten zu müssen, um somit in Ruhe seine Verteidigung für das Gerichtsverfahren vorbereiten zu können.
Aufgrund dieser Anklage geriet Roland Freisler als Politiker zum ersten Mal in Schwierigkeiten, da selbst seine Parteifreunde betonten, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, falls sich das gegen ihn vorgebrachte Material als wahr erweisen sollte. Dennoch wurde von einem Parteiausschluß abgesehen, weil er gerichtlich in der ersten Instanz nicht verur-

teilt wurde, woran auch seine zweifelhafte Verhaltensweise als Aufsichtsratsmitglied und sein Motiv der immerhin einträglichen Provision nichts änderten.
Möglicherweise wollte Freisler damit einmal testen, welchen Einfluß er als Stadtverordneter ausüben konnte und wieweit sich dieser in persönlichen Profit umsetzen ließ.[4, 5]

2.1.5 Die Stadtverordnetenversammlung vom 7.2.1927

In der Sitzung vom 7.2.1927 wurde die Frage der Nutzung von bestehenden Kasseler Gebäuden für Waisenkinder behandelt. Bevor Freisler zu diesem Punkt Stellung nahm, führte er aus:

> "...von einer Seite des Hauses sei dem Magistrat unmittelbar und bewußt der Vorwurf der Amtspflichtverletzung gemacht worden.
> (Hört, Hört!)
> Das wundere aber nicht, denn man sei von dem roten Bonzentum schon allerhand gewohnt.
> (Lebhafte Unruhe - Glocke des Präsidenten, Pfuirufe und: Sie Lümmel, Sie Demagoge).
>
> (Vorsitzender: Herr Stadtverordneter Freisler, ich muß Sie doch bitten, jede persönliche Bemerkung zu unterlassen).
>
> (Zwischenrufe und Unruhe).
>
> Woher weiß der Herr Stadtverordnetenvorsteher, wenn ich allgemein davon spreche, daß man von dem roten Bonzentum allerhand gewohnt ist, ehe ich meinen Satz vollendet habe, wie er endet und inwiefern eine persönliche Bemerkung darin liegt?
>
> (Glocke des Präsidenten - Redner versucht weiter zu sprechen)
>
> (Vorsitzender: Gestatten Sie, augenblicklich rede ich. Wir haben vor vier Wochen eine Sitzung gehabt, da hat der Herr Stadtverordnete Freisler eine ähnliche Bemerkung fallen gelassen. Ich habe mit ihm darüber gesprochen und er hat mir gesagt, ich möchte Nachsicht üben, weil er manchmal in der Erregung wäre und da käme so etwas vor).
>
> (Zwischenbemerkung links: § 51).
>
> (Vorsitzender: Ich habe Nachsicht geübt, möchte aber den Herrn Stadtverordneten Freisler dringend bitten, so etwas zu unterlassen, ein Freibrief

für alle Zeiten ist das nicht.

Redner macht den Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß aus der sozialdemokratischen Fraktion der Ausdruck 'Lümmel' gegen ihn gefallen aber nicht gerügt worden sei. Vielleicht melde sich der betreffende Zwischenrufer.

(Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion rufen in corpore: Alle!)

(Vorsitzender: Ich rüge hiermit den Ausdruck und rufe Sie - zur Linken - zur Ordnung. Den Herrn Stadtverordneten Freisler möchte ich bitten, sich auf seinen Platz zu begeben, damit sich die Unruhe in der Versammlung wieder legt).

Es wundere nicht, wenn von roter Seite solche Vorwürfe erhoben würden, weil man in Deutschland vom roten Bonzentum allerhand gewohnt sei..., wenn die Herren von der vertrockneten Partei so konservativ geworden seien, daß sie engstirnig vorschlagen,..."

Aufgrund der darauf folgenden Unruhe konnte Freisler seine Ausführungen nicht beenden.

Sein Verhalten in dieser Stadtverordnetenversammlung zeigt, daß er es nur darauf anlegte zu provozieren. Der Anlaß spielte dabei gar keine Rolle. Obwohl er von dem Vorsteher für den Ausdruck "roten Bonzentum" ermahnt wurde, wiederholte er ihn absichtlich noch zweimal und redete einfach weiter, wenn der Präsident das Wort ergreifen wollte oder ihn aufforderte, sich zu setzen.

Bei der Anspielung des Vorsitzenden auf eine ähnliche Äußerung, handelte es sich um die Stadtverordnetensitzung vom 10.1.1927, wo Freisler erklärte,

"... daß durch den Beschluß des Magistrats das Wesen der Demokratie so recht desmaskiert werde...
Die Arbeiter hätten erkannt, daß es sich bei der Maskerade der Revolution in Wirklichkeit um einen Bonzenputsch von Salon-Marxisten gehandelt habe".

Die Bitte um Nachsicht ihm gegenüber diente nach Ansicht der Verfasserin nur dazu, seine Angriffe ungestörter durchführen zu können, um auf diese Art und Weise seine Gegner noch mehr zu reizen.

2.1.6 Verteidiger des Parteigenossen Dolspergs (23.6.1927)

Am selben Tag, an dem Freisler in erster Instanz wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz verurteilt wurde, verteidigte er den ebenfalls der NSDAP angehörenden Buch- und Antiquitätenhändler Dolsperg, dem "Aufreizung zu Gewalttätigkeiten § 130 StGB und Beschimpfung der jüdischen Religion §166 StGB" vorgeworfen wurde.
Am 14.12.1926 hatte er in seinem Geschäft, das sich am Ständeplatz befand, den "Illustrierten Beobachter" ausgehängt, in dem ein Bild das "A b s c h l a c h t e n c h r i s t l i c h e r K i n d e r d u r c h J u d e n" darstellte (KVBL, 24.6.1927). Vor dem Schaufenster kam es infolgedessen zu Menschenansammlungen und erregten Auseinandersetzungen. Der Direktor einer Kasseler Bank informierte daraufhin den Vorstand des jüdischen Zentralvereins und den Schriftleiter eines Kasseler jüdischen Wochenblattes, welcher Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattete.
In seinem Plädoyer betonte Freisler, daß es sich hierbei um Reklame handelte, die man dem Geschäftsmann nicht verbieten könnte. Absicht der Klage wäre nur, seinen Mandanten zu schädigen. Des weiteren zog er einen Vergleich zu dem Gotteslästerungsprozeß "Seele über Bord" und forderte ein entsprechendes Urteil, nämlich Freispruch. [6]
In diesem Fall schloß sich das Gericht dem Plädoyer Freislers jedoch nicht an, sondern verurteilte Dolsperg wegen Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft zu 500 Mark Geldstrafe. Die Zeitschrift samt Druckplatten sollten beschlagnahmt und vernichtet werden (vgl. KP, 24.6.1927).

Das Aushängen derartiger NS-Zeitschriften in Dolspergs Buchhandlung war kein Einzelfall. Am 18.2.1929 verteidigte Freisler seinen Mandanten wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz erneut vor Gericht. In diesem Fall handelte es sich um einen Angriff auf die Vertreter des Systems, insbesondere Scheidemanns und Tejessys. Dolsperg wurde jedoch freigesprochen, "weil ihm weder die Kenntnis des Artikels, noch das Aushängen der Zeitung einwandfrei nachgewiesen werden kann" (KVBL, 19.2.1929).
Am Beispiel dieses Prozesses wird deutlich, mit welchen fadenscheinigen Begründungen sich die Nationalsozialisten einer Bestrafung zu entziehen suchten und damit auch Erfolg hatten.

2.1.7 Verteidiger Oswald Freislers wegen Nötigung (Nov. 1927)

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Uhlendorff fand Anfang November 1927 vor der Großen Strafkammer die Berufungsverhandlung Oswald Freislers statt, der einige Zeit zuvor vom Schöffengericht aufgrund versuchter Nötigung des Melsunger Landrats § 114 StGB zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt wurde.[7]

Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde:

In Lohne bei Melsungen wurde gegen einen Mandanten des Rechtsanwalts ein Räumungsurteil gefällt. In mehreren Schreiben an den Oberbürgermeister und den Landrat von Melsungen versuchte Oswald Freisler eine Beschlagnahme der Räume zu erreichen, damit die Räumung nicht vollzogen werden konnte. Da er keine Antwort erhielt, wandte er sich mit einem Beschwerdebrief an den Regierungspräsidenten und hatte auch Erfolg. Doch die Räumung sollte auf Betreiben des Hausbesitzers trotzdem durchgeführt werden, was den Rechtsanwalt veranlaßte, an den Melsunger Landrat am 27.12.1926 einen weiteren Brief zu richten, der neben einem Ultimatum zwecks Antwort binnen 24 Stunden eine Veröffentlichungsdrohung enthielt.

Von einer Beweisaufnahme im zweiten Verfahren wurde abgesehen. Während der Staatsanwalt, der ebenfalls Berufung eingelegt hatte, für eine Erhöhung der Strafe auf 300 Mark plädierte, wies Roland Freisler, der Verteidiger seines Bruders, darauf hin, daß ein Rechtsanwalt

> "... in kürzester Zeit eine Menge von Korrespondenzen zu erledigen habe, wobei nicht jedes Wort erst auf die Goldwaage gelegt werden könne. Wohl sei der Ton des Briefes etwas scharf, aber die Absicht, auf den Landrat einen ungehörigen Druck auszuüben, habe nicht im entferntesten vorgelegen" (KP, 8.11.1927).

Das Gericht erkannte auf Freispruch!

2.1.8 Von Freisler geleitete Protestversammlung gegen die Finanzpolitik der Stadt Kassel (15.11.1928)

In einem Artikel vom 15.11.1928 berichtete das "Kasseler Volksblatt" von großen Plakaten, in denen Roland Freisler die Kasseler Bürger zum Protest gegen die städtische Finanzpolitik aufrief. Besonders verärgert waren die

Sozialdemokraten, weil die derzeitig gescheiterte "Vereinigte Rechte" die kritisierte Finanzpolitik selbst mitbestimmt hätte und die SPD als stärkste Fraktion im Rathaus ihre Vorstellungen nicht hätte durchsetzen können, weshalb sie Freisler "groben Vertrauensbruch" und "Schädigung der städtischen Interessen" vorwarfen. Um einer für den Abend des 15.11.1928 angekündigten Protestversammlung zuvorzukommen, folgte eine Übersicht über den Etat, die Freisler bei seiner Rede "den Wind aus den Segeln nehmen" sollte.
Am nächsten Tag erschien im "Kasseler Volksblatt" ein Bericht von der genannten Versammlung, die im Bürgersaal der Karlsstraße stattfand:

> "Der Stadtverordnete F r e i s l e r hat in seiner gestrigen Versammlungsrede schwerste Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung von Kassel und gegen die städtischen Werke erhoben. Er hat unter anderem folgendes wortwörtlich gesagt: 'Die Stadtverordneten werden vom Magistrat i r r e g e f ü h r t: wir bekommen Informationen von der Stadt, die f a l s c h sind'.
>
> 'D i e s t ä d t i s c h e n g e w e r b l i c h e n W e r k e nutzen ihre M o n o p o l s t e l l u n g brutal aus. Über 30 Prozent der Roheinnahmen der gewerblichen Werke sind R e i n g e w i n n' (Roland Freisler verschwieg natürlich, daß dieser Reingewinn der Stadt wieder zugute kommt). Er fragte die versammelten Kaufleute wörtlich: 'Wer von Ihnen solche Geschäfte machte, wie die städitschen Werke, der würde w e g e n W u c h e r bestraft werden. Aber zeigen Sie die Leute mal an, da werden Sie keinen Erfolg haben'.
>
> Die Schilderung Roland Freislers über die städtischen Werke war überhaupt allgemein so, als wenn d i e S t a d t d e r g r ö ß t e B e t r ü g e r wäre!...
>
> 'Es gibt Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, die städtische Aufträge zugeschustert bekommen. Unrecht und Korruption herrschen in der Kommunalverwaltung. Dieser Zustand wird durch Geheimsitzungen verdeckt'... Über die Hetze Freislers gegen den Konsum von Kassel und den heutigen Staat, den er den Staat der Gesetzlosigkeit nannte,...
>
> Freisler forderte mit Nachdruck drei- oder viermal in seinem Referat und Schlußwort auf, i n M a s s e n z u r n ä c h s t e n S t a d t v e r o r d n e t e n v e r s a m m l u n g z u k o m m e n, s i c h v o r d e m R a t h a u s z u p o s t i e r e n und d u r c h l a u t e s R u f e n den M a g i s t r a t und d i e F r a k t i o n s f ü h r e r z u z w i n g e n, h e r a u s z u t r e t e n und v o r d e r M a s s e R e d e und A n t w o r t z u s t e h e n: 'Ich selbst werde herauskom-

men und werde Ihnen g e n a u s a g e n , wie die einzelnen Stadtverordneten g e s t i m m t haben. Aber Sie müssen eben so lange bei Ihrem Massenprotest rufen, bis jemand k o m m t!'"

Leider ist der Verfasserin nicht bekannt, ob es aufgrund dieses Aufrufs zu einer Protestversammlung vor dem Rathaus gekommen ist.
Neben vielen anderen Korruptionsvorwürfen an den Magistrat waren dieses die wichtigsten Angriffe Freislers. Auch in den Stadtverordnetenversammlungen standen der Etat und die Gewerblichen Werke immer im Mittelpunkt seiner Kritik.
Interessant ist der Versuch,seinen Forderungen in den Stadtverordnetensitzungen durch angebliche Protestversammlungen der Bürger Nachdruck zu verleihen.

2.1.9 Zusammenfassende Übersicht

In diesem Abschnitt konnten nur die wesentlichsten Einzelheiten dargestellt werden, deshalb folgt in der Zusammenfassung ein Überblick über Freislers sonstige Ausführungen und Verhaltensweisen im Stadtparlament.[8]

Seit seines Eintritts in die NSDAP am 9.7.1925 war er führender Vertreter der Partei in Kassel. Auffallend ist, daß er in den Stadtverordnetenversammlungen fast sämtliche Anträge und Anfragen der Fraktion ausführte bzw. begründete und dabei in der ersten Zeit stets von "seinen Freunden" sprach.
Obwohl er schon in dieser Phase häufig Kritik an der Demokratie und an ihren Vertretern auf Reichs-, Landes- und kommunaler Ebene übte, hielt sich sein Fanatismus im Vergleich zu den folgenden Jahren relativ in Grenzen, was darin zum Ausdruck kam, daß er sich noch mit einer Verbesserung der von ihm geforderten Zustände zufrieden stellen ließ und bei einigen Anfragen vorsichtig erklärte, niemanden beleidigen zu wollen (vgl. Stadtv. Vers. 7.12.1925,S.12/13;29.11.1926,S.6). Andererseits kam es durch seine Provokationen bereits mehrfach zu Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern, vor allem mit den Sozialdemokraten.

Inhaltlich bezog sich seine Arbeit als Stadtverordneter vornehmlich auf sozialpolitische Fragen, wobei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stand. Wiederholt forderte er den Magistrat auf, keine städtischen Arbeiter und Angestellte zu entlassen, sondern weitere einzustellen (vgl. Stadtv. Vers. 23.8.1926, S. 8; 7.2.1927, S. 25; 7.3.1927, S. 13) und die Kasseler Erwerbslosen und Firmen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen besonders zu berücksichtigen (vgl. Stadtv. Vers. 17.12.1926, S. 4/5; 20.2.1928, S. 13/15). Außerdem verlangte er die Bewilligung von Geldern für sinnvolle Notstandsarbeiten, wie z.B. Fuldaregulierung, Ausbau der Frankfurter Straße usw., um den Wohlfahrtsetat zu entlasten (vgl. Stadtv. Vers. 23.8.1926, S. 7; 7.3.1927, S. 5; 5.11.1928, S. 6).
Solange ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht durchgeführt werden könnte, müßten die Erwerbslosen bzw. Wohlfahrtsempfänger ausreichend unterstützt werden (vgl. Stadtv. Vers. 7.12.1925, S. 9; 23.8.1926, S. 8; 17.12.1926, S. 5). Sie hätten ein Recht auf Hilfe, da sie ihr mühsam Erspartes durch die Inflation verloren hätten und somit unverschuldet in Not geraten wären (vgl. Stadtv. Vers. 19.10.1925, S. 13/15). Eine Kürzung der Unterstützung aufgrund von anonymen Anzeigen, bei minimalen Nebenverdiensten und durch Anrechnung der Renten beim Arbeits- und Wohlfahrtsamt dürfte nicht stattfinden, da das Geld nicht einmal die elementarsten Lebensbedürfnisse sicherte (vgl. Stadtv. Vers. 30.5.1927, S. 19; 13.6.1927, S. 9; 19.12.1927, S. 9). Besondere Behandlung verdienten Kranke, Kriegsbeschädigte sowie Kriegerwitwen (vgl. Stadtv. Vers. 29.11.1926, S. 5; 30.5.1927, S. 19;9.5.1932, S. 23).Eine Rückforderung der Unterstützung könnte nicht erfolgen, da die Betroffenen dazu nicht in der Lage wären (vgl. Stadtv. Vers. 7.12.1925, S. 5).
Ferner setzte sich Freisler für Winter- bzw. Weihnachtsbeihilfen in Form von Geld-, Kohlen- und Kartoffelzulagen ein (vgl. Stadtv. Vers. 29.11.1926, S. 3; 17.12.1926, S. 19). Später wollte er sie für die Sommermonate ausgedehnt wissen (vgl. Stadtv. Vers. 7.3.1927, S. 22; 16.4.1928, S. 16/17).

Weiter forderte er statt Baracken und Behelfswohnungen die beschleunigte Errichtung ausreichender, preiswerter und menschenwürdiger Dauerwohnungen, bei Altbauwohnungen nicht nur die Fassaden zu sanieren und die Mieten der städtischen Wohnungen zu senken (vgl. Stadtv. Vers. 12.12.1927, S. 8; 16.1.1928, S. 6/7; 17.11.1930, S. 12).

Ebenfalls vermindert werden sollten Steuern aller Art (vgl. Stadtv. Vers. 17.12.1926, S. 20; 7.3.1927, S. 17; 26.11.1928, S. 17) und die städtischen Gebühren. Besonders die "Wucherpreise" der Gewerblichen Werke für Gas und Strom standen immer im Zentrum seiner Kritik (vgl. Stadtv. Vers. 7.3.1927, S. 17; 10.5.1929, S. 44; 17.11.1930, S. 12), aber auch Kanal- und Müllabfuhr und Straßenreinigungsgebühren (vgl. Stadtv. Vers. 7.3.1927, S. 13).
Freisler kritisierte auch, daß der Magistrat keinen Einfluß auf die Preisgestaltung von Lebensmitteln hätte, da die Teuerung in Kassel höher als im Reich und die Preise für Grundnahrungsmittel wie Milch und Brot entschieden zu hoch wären (vgl. Stadtv. Vers. 5.9.1927, S. 11; 31.8.1928, S. 13/15). Obwohl die Schweinepreise fielen, träfe das nicht für die Fleischpreise zu (vgl. Stadtv. Vers. 17.11.1930, S. 13).

Außerdem beanstandete er häufig die Tarif- und Verkehrspolitik der Kasseler Straßenbahn, die die Fahrpreise ständig erhöhte, weniger bedeutende Linien den Ausbau wichtiger Strecken, z.B. vom Bahnhof zur Innenstadt sowie zum Landeskrankenhaus, verzöge und zu geringe Fahrgeschwindigkeiten hätte, die modernen Verkehrsanforderungen nicht entspräche (vgl. Stadtv. Vers. 21.6.1926, S. 4; 10.11.1930, S. 35-40).

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Ausführungen betraf die Jugendlichen, da Freisler für die staatlich gelenkte Vereinheitlichung der Jugenderziehung eintrat und Privatschulen ablehnte (vgl. Stadtv. Vers. 22.2.1926, S. 11; 9.1.1930, S. 17). Auf kommunalpolitischer Ebene forderte er in Mittelschulen genügend Freistellen für Minderbemittelte; Begabtenklassen und Spielplätze für Volksschüler sowie deren unentgeltliche Benutzung des städtischen Fuldabades, denn "Licht, Luft und Wasser" wären das Mindeste, was die Stadt kostenlos zur Verfügung stellen müßte (vgl. Stadtv. Vers. 22.2.1926, S. 12; 7.12.1927, S. 9; 25.6.1928, S. 12). Zusätzlich forderte er die Anhörung von Elternwünschen, welche Schulbauarbeiten am dringendsten wären, da die sanitären Anlagen einiger Kasseler Schulen nicht den Anforderungen entsprächen (vgl. Stadtv. Vers. 6.10.1930, S. 20; 16.2.1931, S. 8; 11.7.1932, S. 1-5).
Wie aus späteren Ausführungen Freislers zu entnehmen ist, stellte er diese sozialen Forderungen jedoch nicht auch Nächstenliebe (vgl. Abschnitt 2.2.9)

Die Kommunisten blieben in dieser Phase von Freislers Kritik weitgehend

verschont, nur einmal wies er auf das "furchtbare Elend der heimatlosen russischen Kinder" hin (vgl. Stadtv. Vers. 21.11.1927, S. 17).

Hingegen waren die Vertreter der Demokratie, besonders die sozialdemokratische Fraktion und der Magistrat häufigen Provokationen Freislers ausgesetzt.
Bereits 1925 verlangte er die Veröffentlichung von rechtlichen Magistratsbeschlüssen, da deren nachträgliche Ermittlungen recht schwierig wären, um so die Arbeit des Magistrats überprüfen zu können (vgl. Stadtv. Vers. 19.10.1925, S. 12). Häufig übte er auch Kritik an ungeklärten Rechtslagen und warf dem Magistrat Verletzung des Etatrechts der Stadtverordnetenversammlung sowie "gefärbte Vorlagen" vor (vgl. Stadtv. Vers. 21.11.1927, S. 7; 17.12.1927, S. 7; 20.3.1928, S. 7). "Das Reichsbanner ... und das hinter ihr stehende System werde doch einmal an innerer Unwahrhaftigkeit und Lügenhaftigkeit zugrunde gehen müssen" (Stadtv. Vers. 17.10.1927, S. 14).
Wie schon in Abschnitt 2.1.8 bemerkt, waren der Etat und die schlechte städtische Finanzlage Hauptangriffspunkte Freislers, die sich nicht nur wie ein roter Faden durch seine Zeit als Stadtverordneter in Kassel zogen, sondern auch in den von ihm geleiteten Protestversammlungen zum Ausdruck kamen. Im Stadtparlament sprach er dabei vom "Hungersystem" oder vom "sozial und wirtschaftlichen Bankrott des heutigen Systems" (vgl. Stadtv. Vers. 8.10.1928, S. 6; 5.11.1928, S. 6).
Einerseits beschuldigte er den Magistrat mit den städtischen Finanzen zu verschwenderisch umzugehen, indem er anstatt Geld für Bedürftige zu bewilligen, teure Anschaffungen der Stadtverwaltung machte, wie z.B. den städtischen Wagen, die Fernsprechanlage und die Rathauserweiterung (vgl. Stadt Vers. 21.6.1926, S. 13; 21.11.1927, S. 7; 25.6.1928, S. 6/7) und betonte, wenn noch Geld für derartige Dinge vorhanden wäre auch etwas für die sozialen Bedürfnisse getan werden müßte (vgl. Stadtv. Vers. 31.10.1927, S. 7; 25.6.1928, S. 9).
Andererseits behauptete er jedoch, daß die Stadtverordnetenversammlung die Not des Volkes nur lindern, aber nicht beseitigen könnte, da die Ursachen dafür im System lägen, das geändert werden müßte (vgl. Stadtv. Vers. 24.9.1928, S. 6; 26.11.1928, S. 18). Solange eine "Versklavung des deutschen Volkes" durch die "Daweslasten" und das "internationale Großkapital" vorläge, könnte sich an der Finanzverschuldung nichts ändern. Vorbedingung für alles weitere müßte deshalb sein, die "untragbaren Reparationsleistungen" zu verweigern (vgl. Stadtv. Vers.

5.11.1928, S. 6; 26.11.1928, S. 18).
Obwohl er einmal sagte, "daß Demokratie auch Diktatur sei, nur in verschleierter Form" (Stadtv. Vers. 21.6.1926, S. 8) und das demokratische System ständig bekämpfte und verachtete, wie auch aus seinem Verstoß gegen das Republikschutzgesetz und der Verteidigung seiner Parteigenossen in dergleichen Angelegenheit hervorgeht, nutzte er dennoch demokratische Mittel, um für seine Partei Gleichberechtigung, keine Benachteiligung aufgrund der Parteizugehörigkeit, Meinungsfreiheit und uneingeschränkten Zugang zu den Tribünen des Stadtparlaments durchzusetzen (vgl. Stadtv. Vers. 10.1.1927, S.3; 17.10.1927, S. 14). Außerdem beschwerte er sich darüber, als Vertreter einer "noch" kleinen Partei, nicht in den städtischen Kommissionen vertreten zu sein (vgl. Stadtv. Vers. 7.3.1927, S. 18; 30.5.1927, S. 4; 31.8.1928, S. 8).
Weiter warf er dem Magistrat politische Einseitigkeit vor, da er z.B. bei der Ehrung deutscher Helden nicht vertreten wäre (vgl. Stadtv. Vers. 7.12.1925, S. 12/13; 23.3.1928, S. 22), aber an politischen Veranstaltungen der Sozialdemokraten teilnähme (vgl. Stadtv. Vers. 20.1.1930, S. 3) und in den städtischen Volksbüchereien eine einseitige politische Richtung gefördert würde (vgl. Stadtv. Vers. 24.9.1928, S. 10/11; 28.5.1931, S. 22).
Neben dem Austritt der Stadt aus dem Hess. Nassauischen Wirtschaftsverband bestand er auf den Austritt Kassels aus dem Konsum- und Sparverein. Als Begründung führte er an, daß die Stadtverordnetenversammlung beim Eintritt übergangen worden wäre, also eine Verletzung des Mitbestimmungsrechtes vorläge und die Mitgliedschaft zudem gesetzwidrig wäre, da Gemeinden nicht Mitglieder sein dürften (vgl. Stadtv. Vers. 16.4.1928, S. 10/14). Der Hauptgrund lag jedoch darin, daß damit "eine bestimmte politische Einrichtung unterstützt" würde. "Dem müßten seine Freunde entschieden entgegentreten... Tatsächlich böten die Konsumvereine keine Vorteile, sondern nur gute Posten für Parteimitglieder" (Stadtv. Vers. 16.4.1928, S. 12-15).

Außer den genannten eher "sachbezogenen" Kritikpunkten gab es eine Reihe von persönlichen Auseinandersetzungen mit einzelnen Stadtverordneten der SPD und den Vorsitzenden (vgl. Abschnitt 2.1.1, 2.1.2, 2.1.5).
Um Freislers Verhalten in den Stadtverordnetenversammlungen näher zu beschreiben, sollen hier einige typische Beispiele von Konflikten mit

den Sozialdemokraten wiedergegeben werden.
In der Sitzung vom 8.3.1926 beschwerten sich die Nationalsozialisten über die "Aufführung das Sittlichkeitsempfinden verletzender Stücke auf Casseler Bühnen". Freisler führte aus,

> "... daß Stücke zur Aufführung gekommen sind, die mit Kunst überhaupt nichts mehr zu tun hätten, sondern die geradezu ekelerregend wirkten und nur geeignet seien, das sittliche und religiöse Empfinden des deutschen Volkes zu untergraben. Was er und seine Freunde verurteilten, stehe außerhalb jeder Kunst. Mit Entrüstung habe die Bevölkerung die Aufführung von Stücken entgegengenommen, in denen sich Bordell- und Ehebruchsszenen auf öffentlicher Bühne abspielten. Dazu gehöre auch das Stück 'Seele über Bord', das dem sittlichen und religiösen Empfinden der Bürgerschaft geradezu ins Gesicht schlage...
>
> Etwas derartiges wage man dem deutschen Volke zu bieten und noch dazu an dem deutschen Volkstrauertag" (Stadtv. Vers. 8.3.1926, S. 15).

Zur Abhilfe schlug er eine Zensur mit finanziellen Mitteln vor, denn der Magistrat sollte sich "... überlegen, ob er ein Theater, in dem 'Der fröhliche Weinberg' aufgeführt werden soll, in Zukunft überhaupt noch unterstützen will".
Der Stadtverordnete Tejessy antwortete darauf, daß die Sozialdemokraten "nicht mit den Vertretern der Völkischen über die Begriffe von Kunst und Sittlichkeit debattieren wollten", da der Magistrat nicht die Macht hätte, darauf Einfluß auszuüben; worauf Freisler betonte, er

> "betrachtet es als eine besondere Ehre, wenn Stadtverordneter T e j e s s y sich nicht mit seinen Freunden in eine Debatte über Sittlichkeit einlassen will. Es sei ihm auch vollkommen gleich, welche Meinung Stadtverordneter Tejessy von ihm habe" (Stadtv. Vers. 8.3.1926, S. 19).

Diese Bemerkung läßt sich nicht ohne die vorangegangenen Prozesse und die persönliche Abneigung erklären.

Wie leicht Freisler mit Beleidigungsklagen drohte, zeigte sich in der Stadtverordnetenversammlung vom 21.6.1926, bei der es sich um die "Bewilligung der Mittel zur Anschaffung eines Personenkraftwagens für die städtische Verwaltung" handelte.
Freisler hielt den angesetzten Betrag von 19.000 Mark für zu hoch, da ein preiswerterer Wagen den gleichen Zweck erfüllte und zudem in der

Unterhaltung günstiger wäre. "Die Stadt solle bei der Beschaffung des Wagens genauso sparsam verfahren wie bei anderen Ausgaben". Nach ein paar weiteren Wortmeldungen äußerte der Stadtverordnete Haupt (SPD) in seiner Stellungnahme,

> "...daß bei ihm ein Geschäftsreisender nicht gewesen sei. Es beginne ja ein regelrechter Wettlauf um die Vergebung der Lieferung. Man könne doch den Fachleuten im Magistrat und in der Kommission so viel zutrauen, daß sie wirklich den besten Wagen für die Stadt beschafften. Die Anschaffung eines gebrauchten Wagens könne auch er nicht empfehlen".

Diese Äußerung veranlaßte Freisler zu einer heftigen Erwiderung.

> "S t a d t v e r o r d n e t e r F r e i s l e r (persönliche Bemerkung) erklärt, daß durch die Ausführungen des Herrn Stadtverordneten H a u p t die Ehre von Stadtverordneten in ganz unverschämter Weisei angegriffen worden sei. Der Stadtverordnete H a u p t soll erklären, daß er für seine Behauptung ihm gegenüber keine Unterlagen besitze, sonst müsse er andernweit sein Recht suchen".

Um ihn wieder zu beruhigen erklärte Haupt,

> "...daß zu einer Aufregung gar kein Anlaß vorliege. Er habe nur gesagt, daß bei ihm kein Geschäftsreisender gewesen sei, er könne doch nicht wissen, ob bei einem anderen Mitglied ein Geschäftsreisender vorgesprochen habe" (Stadtv. Vers., 21.6.1926, S. 12/13).

Obwohl in den Ausführungen des Stadtverordneten Haupt keine Beleidigung Freislers enthalten war, fühlte er sich sofort angesprochen und drohte mit einer Klage!

Zu einem ähnlichen Vorfall kam es am 17.12.1926 im Stadtparlament, in der sich Freisler für die besondere Berücksichtigung der Kasseler Betriebe und Erwerbslosen bei den städtischen Arbeiten einsetzte.

> "S t a d t v e r o r d n e t e r H a u p t bemerkte zunächst zu dem Stadtverordneten F r e i s l e r, daß bei ihm keiner in der Wohnung gewesen sei. Bisher sei die Öffentlichkeit an der ganzen Sache gar nicht interessiert gewesen; interessiert zu sein scheine nur der Unternehmer B e r t r a m und der Stadtverordnete F r e i s l e r. Der Standpunkt des Stadtverordneten F r e i s l e r entspreche gar nicht dem Namen seiner Partei. Man solle sie in Zukunft 'Lokalsozialistische' Partei nennen. Überhaupt scheine der Stadtverordnete F r e i s l e r eine Kirchturmpoli-

> tik zu treiben, neben der reine Privatinteressen für einen Unternehmer die Hauptrolle spielten. Über die Abstimmung in der Magistratssitzung sei Stadtverordneter Freisler offensichtlich falsch unterrichtet" (Stadtv. Vers., 17.12.1926, S. 5).

Demgegenüber antwortete Freisler seinem Kontrahenten,

> "... daß er keine Ahnung haben müsse von Zweck und Ziel der Nationalsozialisten, sonst könne er einen derartigen Standpunkt nicht vertreten. Die Bemerkung des Stadtverordneten H a u p t, bei ihm sei keiner gewesen, könne er nur mit der selben Antwort bedenken, die er damals auf die gleiche Äußerung gemacht habe. Im übrigen könne gar keine Rede davon sein, daß bei seiner Stellungnahme private Interessen eine Rolle spielten" (Stadtv. Vers., 17.12.1926, S. 6).

Weitere Kontroversen folgten mit den Stadtverordneten Haupt (vgl. Stadtv. Vers. 15.8.1927, S. 10; 20.2.1928, S. 18), Braunersreuther (vgl. Stadtv. Vers. 10.1.1927, S. 8;, 7.2.1927, S. 21/25), Quer (vgl. Stadtv. Vers. 25.6.1928, S. 13/14), Lüpnitz (vgl. Stadtv. Vers. 27.2.1928, S. 15/16), Eckel (vgl. Stadtv. Vers. 17.10.1927, S. 16) und den Vorsitzenden (vgl. Stadtv. Vers. 22.10.1928, S. 5/6; 24.9.1928, S. 6).

Aus Protest darüber, daß Freisler in der Sitzung vom 5.9.1927 die Ausführungen des Stadtverordneten Friedrich ständig unterbrach, verließ der Magistrat den Saal (vgl. Stadtv. Vers. 5.9.1927, S. 23)!

In der Stadtverordnetenversammlung vom 31.10.1927 wurde er beschuldigt, für einen Artikel des "Nationalsozialisten" vom 23.10.1927 verantwortlich zu sein, der sich mit der Sitzung vom 17.10.1927 befaßte und die Oberschrift "Aus dem Kasseler Affentheater" trug. Freisler bestritt das, betonte aber die inhaltliche Darstellung für zutreffend zu halten.

gen. Nun ist der Reichsmanteltarif am 28.September d.Js. auf zwei Jahre -d.i. auf den 31.12.1929- verlängert worden. Ein Austritt aus dem Verband ist demnach frühestens zum 31. Dezember 1929 zulässig. Der letzte Kündigungstag ist der 1. Oktober 1928.

Ich weiss nicht, ob es unter diesen Umständen zu empfehlen ist, heute schon in einer Angelegenheit einen Beschluss zu fassen, der auch eine spätere Stadtverordnetenversammlung binden würde. Ich möchte das zur Erwägung anheim geben.

Stadtv. Steuer beantragt, die Angelegenheit einstweilen zu vertagen. Da rechtswirksame Beschlüsse erst in etwa zwei Jahren gefasst werden könnten, sei ein heutiger Beschluss eine unbescheidene Vorwegnahme der jetzigen Stadtverordnetenversammlung.

Stadtv. Dr. Freisler sieht in dem Antrag des Stadtv. Steuer eine Hinaus=schiebung der ganzen Angelegenheit. Es sei nicht richtig, dass rechts=wirksame Beschlüsse erst in zwei Jahren gefasst werden könnten. Viel=mehr könne die Stadt heute schon ihren Austritt aus dem Verband zu dem nächst zulässigen Termin erklären. Dem Antrag des Stadtv. Steuer könnten seine Freunde deshalb nicht zustimmen. Im übrigen könne durch besondere Umstände auch eine vorzeitige Beendigung des Tarifvertrages eintreten.

Dem Antrag der Deutschnationalen und Deutschen Volks=partei, die Angelegenheit vorläufig zu vertagen, wird zugestimmt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

X Zu einer persönlichen Bemerkung erhält Stadtv. Braunersreuther das Wort. Er bringt einen Artikel des "National=sozialisten" vom 23. Oktober 1927 zur Verlesung, betitelt: "Aus dem Kasseler Affentheater", der sich mit der Stadtverordnetensitzung vom 17. Oktober d.Js. beschäftigt. Entgegen einer Behauptung des Artikel=schreibers stellt Redner ausdrücklich fest, dass seine Fraktion von Anfang an gegen den Beitritt zum Hess.—Nassauischen Wirtschaftsver=band gestimmt habe. Was die Bemerkung über den Herrn Oberbürgermei=ster anbetrifft, so habe dieser in jener Sitzung lediglich den Lokal=redakteur des Tageblatts zu seiner Vermählung beglückwünscht. Im übrigen sei überhaupt unverständlich, warum der Antrag heute erneut vorgebracht werde, obwohl er in der letzten Sitzung bereits abgelehnt worden sei. Eine Redewendung in dem Artikel lasse darauf schliessen, dass Stadtv. Dr. Freisler der Verfasser sei. Der Stadtv. Dr.Freisler soll das zugeben.

(Bei der Verlesung des Artikels kommt es an verschie=denen Stellen zu Protest- und Zwischenrufen; teilwei=se werden die Ausführungen auch mit Heiterkeit aufge=nommen.)

Stadtv. Dr. Freisler erwidert dem Stadtv. Braunersreuther, dass er keine seiner Reden in der Presse wiedergebe. Er sei auch weder der Verfas=ser des verlesenen Artikels noch habe er direkt oder indirekt auch nur mit einem Satz dazu beigetragen. Dagegen halte er die sachliche und inhaltsgemässe Beurteilung jener Stadtverordnetensitzung in dem Artikel für richtig. Der Stadtverordnete Braunersreuther habe den Ausdruck "Affentheater" scheinbar auf sich bezogen, weil er gerade an diesen Ausdruck seine persönliche Bemerkung anknüpfte.

Oberbürgermeister Dr. Stadler: Soweit ich den Herrn Stadtv. Dr. Freisler verstanden habe, hat er den Artikel in all' seinen Ausführungen ge=deckt.

(Stadtv. Dr. Freisler: Sachlich, soweit die Ausführungen zur Sache gehörten.)

(Widerspruch und Lachen.)

(Stadtv. Braunersreuther: Er kneift wieder.)

(Stadtv. Dr. Freisler: Das überlasse ich anderen, gucken Sie sich bitte um.)

Soweit mir bekannt ist, enthält der Artikel schwere Angriffe gegen den Herrn Bürgermeister Lahmeyer und mich. Der Herr Stadtv. Dr.Freisler hat sich auch mit diesen Angriffen identifiziert. Wir sind deshalb gezwungen, unser Verhalten dem Herrn Stadtv.Dr.Freisler gegenüber in

Zu=

Zukunft entsprechend einzurichten.

Stadtv. Dr. Freisler erwidert, es sei ihm persönlich vollkommen gleichgültig, wie sich der Herr Oberbürgermeister oder jemand anders ihm gegenüber verhalte. Er habe jedenfalls nur die sachliche Beurteilung jener Stadtverordnetensitzung und den sachlichen Inhalt des Artikels für richtig bezeichnet.

Stadtv. Braunersreuther erklärt, er habe die persönliche Bemerkung nur auf die Angriffe gegen seine Person gemacht. Nach der in dem Artikel gebrauchten Redewendung: "Darum stellte ich den Antrag" könne der Stadtv. Dr. Freisler heute nicht sagen, dass er mit diesem Artikel nichts zu tun habe. Er müsse dem Stadtv. Dr. Freisler hiermit seine Tapferkeit quittieren.

Stadtv. Dr. Hägermann bemerkt, dass er fast in jeder Nummer dieser Zeitung angegriffen werde. Der verantwortliche Redakteur des Blattes aber sei juristisch nicht zu fassen, weil er sich hinter seine Immunität als Abgeordneter verschanze. Redner will bei dem Stadtverordneten-Präsidium vorstellig werden, ob nicht eine andere Möglichkeit besteht, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung vor solchen Beleidigungen zu schützen, da die Nationalsozialisten nicht den Mut hätten, sich als Verfasser von Artikeln zu bekennen.

Stadtv. Dr. Freisler fragt, wer von der Linken den Zwischenruf "elender Kneifer" gemacht hat. Er werde den Betreffenden verklagen, denn das sei eine strafbare Beleidigung. In dem Gerichtsverfahren werde auch die Frage geklärt, ob er direkt oder indirekt der Verfasser des Artikels sei. Er behaupte nochmals, dass er den Artikel nicht geschrieben und auch nicht direkt oder indirekt herbeigeführt habe. Auf die Bemerkung des Stadtv. Quer, dass seine Fraktion ihm das nicht glaube, erwidert Redner, ihm sei das vollkommen gleichgültig. Redner wiederholt nochmals seine Frage bezüglich des Zwischenrufers, worauf ihm der Stadtv. Quer erwidert, er habe bei den Ausführungen des Stadtv. Dr. Freisler über die Urheberschaft des Artikels gesagt: "Sie lügen ja", von Kneifer habe er nichts gesagt.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen beendet.X

Punkt 13: Antrag der Kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion, betr. Bewilligung einer einmaligen Unterstützung an alle Hauptunterstützungsempfänger, ausgesteuerte Erwerbslose, Kriegsbeschädigte usw.

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschliessen:
An alle Hauptunterstützungsempfänger sowie an die vom Arbeitsamt ausgesteuerten Erwerbslosen ist eine einmalige Unterstützung in nachfolgender Höhe auszuzahlen:

20.- RM, wenn der Erwerbslose innerhalb der letzen 3 Monate 4 Wochen unterstützungsberechtigt war.
50.- RM, wenn eine Unterstützungsberechtigung innerhalb der letzten 12 Monate für einen Zeitraum von über 3 Monaten bestanden hat.
60.- RM, wenn im gleichen Zeitraum eine Unterstützungsberechtigung von über 6 Monaten bestanden hat.
80.- RM, wenn eine Unterstützungsberechtigung innerhalb der letzten 12 Monate sich über 9 Monate erstreckte.

Ausserdem ist an jeden unterstützungsberechtigten Angehörigen einschliesslich der Ehefrau ein Zuschlag von 15.- RM zu zahlen.
Ferner beantragen wir:

1. Alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie alle vom Wohlfahrtsamt unterstützten Bedürftigen erhalten eine einmalige Beihilfe in folgender Höhe:
   b) für Verheiratete 50.- RM,
   c) für jede versorgungspflichtige Person 10.- RM.
2. Alle bisher an die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gezahlten Vorschüsse zur Eindeckung des Winterbedarfs werden nicht mehr zurückgefordert, sondern gelten als Teilunterstützung für die Winterbeihilfe. Soweit sie die Höhe der bewilligten Unterstützung übersteigen, wird die Summe niedergeschlagen."

Stadtv. Lüpnitz begründet den Antrag mit den erheblich gesteigerten Lebens

2.2 Phase der politischen Stabilisierung (1929-1930)

In diesem Abschnitt soll Freislers zunehmende Radikalität im Stadtparlament, in NSDAP-Versammlungen und in Gerichtsverfahren beschrieben werden.

2.2.1 Freislers Obstruktionsrede im Stadtparlament (7.1.1929)

Das neue Jahr begann mit einer Dauersitzung im Stadtparlament.
Aufgrund der Tumulte in der letzten Versammlung vom 3.12.1928, bei der Freisler nicht anwesend war und in der es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Tribünenbesuchern kam, fand diese Sitzung unter Polizeischutz statt.

Gleich zu Beginn beschwerte sich Freisler darüber. Zusammen mit der Stadtverordneten Frau Lüpnitz (Komm.) protestierte er "gegen den beherrschenden 'Belagerungszustand'" und forderte "den freien Zugang zu den Tribünen".

> "Der Zustand unter der Polizeiknute zu arbeiten, ist - wie Dr. Freisler (Nat.-Soz.) sagte - des Hauses unwürdig" (KP, 8.1.1929).

Ferner kritisierte er die Verschiebung der Sitzung vom 17.12.1928, die der Stadtverordnetenvorsteher zu verantworten hätte und bezeichnete das Vorgehen als "Brüskierung".
Anschließend ging man zur Tagesordnung über:

> "Fast eine Stunde lang debattierte man über Wohlfahrts-Beträge. Im Mittelpunkt stand eine politische Rede von Dr. Freisler, in der er den Genossen die Schalmeienklänge: 'Friede - Freiheit - Brot!' ins kurze Gewissen zurückrief. Es war eine Debatte mit allen Schikanen: Zurufe, Dialoggemetzel, Beifall, Ordnungsrufe, Tribünengemurmel, Glockenläuten des Vorstehers usw.".

Dann folgte die Abstimmung über die Bewilligung der 80.000 Mark Wohlfahrtsgelder.

> "Der Stadtv.-Vorsteher Haupt gestattete jeder Fraktion z u b e g r ü n d e n , warum sie so und nicht anders abgestimmt habe. Das führte ins Uferlose. Als Dr. Freisler (Nat.-Soz.) sehr ausführlich werden wollte, zog ein

großer Teil der Stadtverordneten zu den Vespertischen. Mit großem Lärm kehrte man zurück. Dann begann ein großes Taschentuchschwenken: Niesepulver schwirrte durch die Luft!

Punkt 4 war erledigt, als es bereits 19 Uhr schlug" (KP, 8.1.1929).

Hierauf sollten die Anträge des Geschäftsausschusses zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung angenommen werden. Zu den wichtigsten Abänderungen zählte, daß eine Fraktion, um Anträge und Anfragen stellen zu können, mindestens aus 5 Mitgliedern bestehen müßte und eine Beschränkung der Redezeit, die 10 Minuten bei der Erwiderung nicht übersteigen dürfte. Dieser Antrag veranlaßte Roland Freisler zu einer dreistündigen Obstruktionsrede.

"S t a d t v. D r. F r e i s l e r spricht sich in längeren Ausführungen gegen die Abänderungsvorschläge des Geschäftsausschusses aus, die lediglich darauf eingestellt seien, die kleineren Fraktionen mundtot zu machen. Die Vertreter des parlamentarischen Systems könnten solche Einschränkungen überhaupt nicht verantworten".

Im Mittelpunkt seiner Kritik standen die Machtbefugnisse des Stadtverordnetenvorstehers und die Beschränkung der Redezeit.

"Hierauf begründet Redner in längeren Ausführungen die Abänderungsanträge seiner Fraktion. Die Machtbefugnisse des Stadtverordnetenvorstehers nach § 10 der Geschäftsordnung müßten beschränkt werden, sonst bestehe die Möglichkeit, daß der Vorsteher seine Gewalt mißbrauche. Er verweise nur auf die Nichteinberufung der Sitzung vor Weihnachten. Am besten sei, wenn der Stadtverordnetenvorsteher überhaupt keiner Fraktion angehöre, wie das im Reichstag der Fall sei. Zu dem § 11 verlangt Redner, daß die Bevölkerung ohne Karten an den Sitzungen teilnehmen kann.

(Redner spricht in seinen Ausführungen von der Partei der Arbeiterverräter und Barmatparteien. Er ist inzwischen an den Stenographentisch herangetreten und setzt seine Ausführungen fort.

Dabei fällt auch ein Zwischenruf links: Ihnen gehört eins in die Schnauze!)

(Der Vorsitzender bemerkt zu dem Stadtv. Lenderoth, wenn er diesen Zwischenruf gemacht habe, rufe er ihn hiermit zur Ordnung).

Nach der Geschäftsordnung sollte dem Vorsteher nicht die Macht gegeben sein, bestimmte Punkte (Anleiheverhandlungen) in die vertrauliche Sitzung zu bringen (§ 12 der G.O.).Außerdem sei der Stadtverordnetenvorsteher parteiisch. Zu § 13 der G.O. bezweifelt Redner, stets in der Reihenfolge der Wortmeldungen berücksichtigt worden zu sein. Die

Abänderungsanträge bedeuteten eine Verschlechterung. Der § 21 der G.O. sei vom Vorsteher mißbraucht hinsichtlich der Behandlung des kommunistischen Antrages...

(Aus der Versammlung wird vorgeschlagen, eine Erholungspause für die Stenographen eintreten zu lassen, worauf der Redner bemerkt, er spreche schon mit Rücksicht auf die Stenographen langsamer.)...

(Stadtv. Vorst. -Stellv. Geck übernimmt auf kurze Zeit den Vorsitz. Die Tribünenbesucher werden wiederholt zur Ruhe ermahnt. Da trotzdem Zwischenrufe der Tribünenbesucher erfolgen, wird die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen und die Räumung der Tribünen durchgeführt.) Zu Beginn der Verhandlungen übernimmt den Vorsitz

S t a d t v. V o r s t e h e r H a u p t und bittet den Stadtv. Dr. Freisler dringend, seine Ausführungen mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit einzuschränken.

Zum Schluß führt

S t a d t v. D r. F r e i s l e r aus, er betrachte die Einschränkung der Geschäftsordnung als lächerliche Schikane, die die Initiative der Flügelparteien doch nicht unterbinden könne.

(Während der Ausführungen des Redners werden von verschiedenen Seiten Zwischenrufe und Proteste laut. Zeitweise herrscht große Unruhe)" (Stadtv.Vers. 7.1.1929).

Zur Beschränkung der Redezeit hieß es im nationalsozialistischen Antrag, daß eventuelle Störungen auf die 10 Minuten nicht angerechnet werden sollten.

Der Kommentar der "Kasseler Post" lautete dazu:

"Die nächsten Stunden wurden dann der Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gewidmet. Man will u.a. in der Debatte 10 Minuten Redezeit bewilligen. Um die Gelegenheit noch schnell auszunutzen, versuchte Dr. Freisler in langer, langer Rede die Änderungen als ungerecht, unwürdig hinzustellen. Es schlug 20 Uhr. Herr Freisler sprach noch immer. Die Stadtverordneten gingen spazieren. Gruppen bildeten sich, unterhielten sich untereinander. Es schlug 20.30 Uhr. Herr Haupt verließ seinen Sessel, um sich zu stärken. Der Magistrat ging spazieren. Herr Freisler redete noch immer. Man fragte ihn: 'Wie lange nach?' 'Bis 11 Uhr!'. Inzwischen schlug es 21 Uhr. Herr Freisler fand noch kein Ende. Haargenau erzählte er von Anträgen, die er gestellt, die er noch nicht gestellt, aber noch stellen werde. Er ging ausführlich auf die Paragraphen der Geschäftsordnung ein, die er geändert wünscht. Einzelne Stadtverordnete versuchten mit Zwischenrufen und Lärm den Redner zu stören. Es gelang nicht. Wurde der Radau zu groß, zog er zu den Stenographen, damit die noch etwas hörten. Inzwischen

war es 21.30 Uhr geworden. Ein Genosse rief: 'Man sollte Sie in die Schnauze schlagen!'. Er erhielt einen Ordnungsruf.

Die Situation hatte längst ihre Komik verloren. Geschäftsordnungsmäßig konnte man dem Redner das Wort nicht entziehen, solange er sich an den Verhandlungsstoff hielt. M a n h ä t t e e s k ü r z e r g e h a b t , wenn man n i c h t h i n a u s g e r a n n t , sondern den R e d n e r a n g e h ö r t hätte...

Gestern trug man die Kosten für das Hinausrennen, gebärdete sich dabei noch wild und bestritt gar, daß der Spott dieser Szene auf ihnen selbst hängen blieb.

Die sich während der Freislerschen Ausführungen draußen aufhielten, stärkten sich an Ratshellerschnitten. Und weil der Karneval so nahe liegt, kam man auf kindliche Einfälle. Man zerrte einen Staubsauger in den Saal. Der sollte den Redner verschlingen. Einmal wurde sogar die Sanitätskolonne angekündigt: zwei Sanitäter betraten den Saal, wurden aber gleich wieder hinausgeschickt. So belustigten sich Sozial- und Demokraten, derweil man von der 'Würde des hohen Hauses' sprach.

Um 22 Uhr war Dr. Freisler noch gut bei Stimme. Er hatte bis dahin 1 1/2 Gläser Wasser und 2 Lutschbonbons zu sich genommen. Von 22 Uhr bis 22.30 Uhr kritisierte er das Verhalten des jetzigen Vorstehers.

Um 1/4 vor 23 Uhr mußten die Tribünen geräumt werden. Die Zwischenrufer schrien den Sozialdemokraten unpassende Bemerkungen zu. Die Sitzung wurde auf 5 Minuten unterbrochen. Einige Stadtverordneten kamen in scharfe Wortgefechte, die an Haß und Geifer nichts zu wünschten übrig ließen.

Punkt 23 Uhr schloß Dr. Freisler seine Rede, die er - ausdrücklich betonte er das - aus Obstruktion gehalten hat. 23.15Uhr wurde die Sitzung beendet" (KP, 8.1.1929).

Schon in den vorangegangen Sitzungen nutzte Freisler seine Redezeit voll aus, die in der genannten Versammlung vom 7.1.1929 übertraf jedoch alle früheren Rekorde. Es ist klar, warum gerade er sich gegen die Beschränkung der Redezeit aussprach, da hauptsächlich er selbst davon betroffen worden wäre. Es ist auch zu verstehen, weshalb seine weitere Kritik den Machtbefugnissen des Stadtverordnetenvorstehers galt. Erstens gehörte der Vorsteher der SPD an und zweitens wollte Freisler, der ständig Auseinandersetzungen mit den Vorsitzenden hatte, deren Anordnungen ihm gegenüber vermindert wissen. Die Kritik beruhte deshalb nicht auf Ungerechtigkeiten, sondern diente der besseren Ausführung seiner eigenen Interessen.

Diese Stadtverordnetensitzung hatte, wie so oft bei derartigen Anlässen, gerichtliche Nachspiele, da sich Freisler durch die Zwischenrufe des Stadtv. Eckel (SPD) "Er habe wohl im Jahre 1919 in der Republik keinen richtigen Posten bekommen und deshalb schimpfe er jetzt so?" und des ebenfalls sozialdemokratischen Stadtv. Lenderoth "Ihnen gehört eins in die Schnauze!" beleidigt fühlte und Privatklagen einreichte.

Zu Freislers häufigen Provokationen im Stadtparlament und seinen darauf folgenden Beleidigungsklagen gegen die Sozialdemokraten schrieb das "Kasseler Volksblatt":

> "Der völkische Stadtv. Dr. Roland F r e i s l e r nimmt in der S t a d t v e r o r d n e t e n v e r s a m m l u n g eine S o n d e r s t e l l u n g ein. Trotz heftiger Konkurrenz eines deutschnationalen Kollegen gebührt ihm der Ruhm, die 'saftigsten Reden gegen die Republik und ihre Männer, gegen die Sozialdemokraten und ihre führenden Leute zu schwingen, wobei es ihm gar nicht darauf ankommt, einen Ton zu wählen, der ansonsten in seinem Berufsstande als u n q u a l i f i z i e r t gilt.
>
> Daß er Rechtsanwalt ist, kommt ihm als Stadtverordneter zugute insofern, als er in seinen Reden vermeidet, einen anderen persönlich anzugreifen...
>
> Daß diesen Leuten, die das b e s o n d e r e P e c h h a b e n mehr als ein gesunder Mensch gemeinhin vertragen kann, die Reden des Herrn Freisler anhören zu müssen, gelegentlich einmal die Galle überläuft, nimmt weiter nicht wunder, das eigenartige und für Dr. Freisler charakteristische Merkmal ist,
>
> d a ß e r n o c h d e n M u t a u f b r i n g t g e g e n s o l c h e S t a d t v e r o r d n e t e z u k l a g e n,
>
> weil sie ihn beleidigt haben sollen. Daß er bei seinen Schimpfereien vorsichtiger ist und sich
>
> h i n t e r a l l g e m e i n e n R e d e n s a r t e n v e r s t e c k t,
>
> während die Leute, die ihn in seiner Ehre getroffen haben sollen, sich an seine Adresse wenden, zeigt doch nur, daß er eben gerissener ist'..." (KVBL, 19.4.1929).

Der Prozeß gegen den Stadtv. Eckel fand am 18.4.1924 unter Vorsitz des Amtsrichters Döhne statt. Verteidiger des Beklagten war Rechtsanwalt Dalberg, der auch in den folgenden Prozessen die sozialdemokratischen Stadtverordneten vertrat.

Stadtv. Eckel betonte, er hätte seinen Zuruf gemacht, nachdem Freisler die Demokratie bzw. die Sozialdemokratie wieder einmal heftig angegriffen und fortwährend von "Bonzokratie" gesprochen hätte.
Freisler erklärte, daß er sich 1923 in Thüringen um eine Anstellung im Justizdienst bemüht, jedoch darauf verzichtet hätte, als er erfuhr, daß er sie nur nach Wechsel der Gesinnung bekäme.
Auf den Hinweis des Amtsrichters Döhne, daß der Ruf der Stadtverordnetensitzung darunter litte, wenn alle Probleme in den Sitzungen vor Gericht gelöst werden müßten, erwiderte Freisler "daß ohnehin geschwundene Ansehen der Stadtverordnetenversammlung sei ihm ganz gleichgültig!"
Dem Vorschlag des Vorsitzenden, einen Vergleich durchzuführen, stimmten beide Parteien zu. Freisler nahm aber für sich das Recht auf Veröffentlichung im "Kasseler Volksblatt" und in der "Kasseler Post" in Anspruch, "im 'Tageblatt' sähe er davon ab, weil eine k l e i n e Zeitung für ihn nicht in Frage käme" (KVBL, 19.4.1929).

Der Vergleich lautete:

> "Privatbeklagter erklärt: Wenn ich durch den Inhalt der langen Rede des Privatklägers, insbesondere seine Ausfälle gegen meine Fraktion und die Republik gereizt, als Zwischenruf geäußert habe, 'Er, Dr. Roland Freisler, habe in der Republik wohl nicht den richtigen Posten bekommen und schimpfe deshalb dauernd über die Republik', so habe ich dabei einen bestimmten Fall im Auge gehabt, stehe auch nicht an, zu erklären, daß ich Dr. Roland Freisler gar nicht zutraue, daß er seine politische Überzeugung für einen Posten hergäbe und nach einer Futterkrippe strebe. Ich verpflichte mich, die Kosten des Verfahrens zu tragen. Dem Privatkläger genügt die Erklärung des Beklagten, er zieht die Privatklage zurück" (KVBL, 19.4.1929).

Da Freisler auf die Anrechnung seiner Kosten verzichtete, "was er als besonderes Entgegenkommen bezeichnete", vermutete das "Kasseler Volksblatt", daß er seine kritisierte Tätigkeit als Stadtverordneter damit wieder begleichen wollte.
Außerdem sprach das Blatt "ausdrücklich" vom "Anführer" der Völkischen, "denn O b e r b o n z e der Völkischen zu sein, geht Freisler gegen seine Ehre und hat ihn veranlaßt, wegen dieser Bezeichnung auch gegen uns zu klagen, i s t a l s o e i n e S c h a n d e" (KVBL, 19.4.1929)!

Der zweite Prozeß, den Roland Reisler nach seiner Obstruktionsrede am

7.1.1929 angestrengt hatte, wurde am 8.5.1929 vor Amtsrichter Maiweg verhandelt. Verteidiger Lenderoths war Dalberg. Roland Freisler, der nicht erschien, wurde von seinem Bruder Oswald vertreten.

Auch der Stadtv. Lenderoth gab an, er hätte den Ausruf in erregtem Zustand über Freislers lange provokative Rede gemacht.

Da Oswald Freisler die Äußerungen "Bonzokratie" usw. seines Bruders bestätigte, wurde auf eine Vernehmung der geladenen Zeugen, Stadtv. Haupt und Stenograph Bischoff, verzichtet.

In seiner Anklagerede führte Oswald Freisler aus, die "Obstruktionsrede sei ein parlamentarisches Mittel und der Redner habe den Kläger [gemeint ist der Beklagte] nicht unflätig beschimpft" (KVBL, 10.5.1929).

Des weiteren sagte er:

> "... daß es zum P r o g r a m m der nationalsozialistischen Partei gehöre, die Sozialdemokratie als das Grundübel zu betrachten. Die Klage sei erhoben worden, um zu verhindern, daß die p a r l a m e n t a r i s c h e n U n s i t t e n v e r a l l g e m e i n e r t würden... Ganz gegen seine Gewohnheit müsse er einmal zu dem Strafmaß Stellung nehmen. Eine a u ß e r o r d e n t l i c h e m p f i n d l i c h e S t r a f e sei am Platze, um dem Privatbeklagten ins Bewußtsein zu führen, daß derartige Entgleisungen höchst unziemlich seien".

Es war schon fast pervers, daß Oswald Freisler hier von "parlamentarischen Unsitten" bzw. "unziemlichen Entgleisungen" sprach, da diese Bezeichnungen wohl eher auf seinen Bruder zutrafen!

Rechtsanwalt Dalberg erwiderte,

> "Der Privatbeklagte könne für sich den Schutz des § 193 StGB, Wahrung berechtigter Interessen, ferner den des § 199 StGB, Erwiderung einer Beleidigung auf der Stelle, in Anspruch nehmen und sei deshalb freizusprechen".

Daraufhin wurde das Urteil verkündet:

> "Der Privatbeklagte L e n d e r o t h wird wegen ö f f e n t l i c h e r B e l e i d i g u n g zu einer G e l d s t r a f e v o n 20 M a r k und zur Tragung der Kosten verurteilt. Nach Eintritt der Rechtskraft ist das Urteil in allen Kasseler Zeitungen zu veröffentlichen. Der § 193 StGB habe dem Privatbeklagten n i c h t zugestanden werden können, da die F o r m der Beleidigung über den Rahmen des Zulässigen hinausgeht. Ebenso mußte ihm der Schutz des § 199 StGB v e r s a g t werden, da die Angriffe des Klägers sich gegen die P a r t e i und n i c h t p e r s ö n l i c h gegen den Privatbeklagten richteten. Deshalb war der Privatbeklagte wegen f o r m a l e r Beleidigung aus § 185 des Strafgesetzbuches zu bestrafen. Das Gericht habe die Sache jedoch als m i l d e angesehen und deshalb auf eine nur

> g e r i n g f ü g i g e Geldstrafe erkannt. In Betracht gezogen wurde ferner, daß der Privatbeklagte zu 80% kriegsbeschädigt ist. Deshalb wurde ihm die Aufregung besonders zugute gehalten" (KP, 11.5.1929).

Normalerweise wurden derartige Zwischenrufe mit einem Ordnungsruf bestraft, womit der Fall erledigt war. Freisler hingegen erstattete stets Privatbeleidigungsklagen. Obwohl er bei seinen langen politischen Reden den Beleidigungen seiner Kontrahenten nicht nachstand und sie im Gegenteil noch weit übertraf, war er, wie schon das "Kasseler Volksblatt" erkannte, dabei so vorsichtig, niemanden persönlich anzugreifen und konnte deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werden. Aus diesem Grund ist es durchaus verständlich, wenn viele Stadtverordnete für eine Beschränkung der Redezeit eintraten.

2.2.2 Der Beleidigungsprozeß gegen den Stadtverordneten Quer (SPD) (8.3.1929)

Unter dem Vorsitz des Amtsrichters Döhne fand am 8.3.1929 ein weiterer Privatbeleidigungsprozeß Freislers gegen den Stadtv. Quer statt. Dabei handelte es sich um einen Zwischenfall in der vertraulichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 8.10.1928, in der Quer als Vertreter seiner Fraktion über die Einstellung eines Oberstudienrats sprach. Da der vom Magistrat empfohlene Bewerber nicht den Vorstellungen der Sozialdemokraten entsprach, machte der Redner einen Gegenvorschlag, worauf Freisler dazwischenrief "man könne auch Quer nehmen!" Quer, der sich durch diesen Zwischenruf beleidigt fühlte erwiderte ihm: "Ich bin nicht so verrückt wie Sie, Herr Freisler" (vgl. KP, 9.3.1929)! Für diese Bemerkung erhielten der Stadtv. Quer einen Ordnungsruf und Freisler eine Rüge.

> "Herr Freisler aber kündigte an, daß er den Genossen Quer wegen seines Zwischenrufes vor Gericht zur Rechenschaft ziehen werde und freute sich schon auf 'das Tänzchen'.
>
> D a r a u s g e h t h e r v o r, d a ß e r s e i n e r S a c h e g a n z s i c h e r u n d ü b e r z e u g t w a r, d a ß e r j e t z t e n d l i c h m a l e i n e n M a n n d e r L i n k e n b e i m S c h l a w i t t c h e n n e h m e n k o n n t e.

> Das hätte seiner klappernden Agitationsmühle natürlich neuen Schwung verliehen.
> Aber wie sagt Wilhelm Busch? ...und erstens kommt es anders und zweitens als man denkt" (KVBL, 9.3.1929).

Zu seiner Verteidigung sagte Quer, daß er über die Unterstellung Freislers sehr erregt gewesen wäre, da Freisler die Sozialdemokraten ständig provozierte und er als Volksschullehrer ohne die entsprechenden Prüfungen zu absolvieren nicht zum Oberstudienrat befördert werden könnte. Freisler hätte das Wissen müssen.
Der Kläger erklärte, daß sein Einwand keineswegs ironisch gemeint gewesen wäre, sondern ernst und sachlich. Deshalb könnte auf eine Zeugenvernehmung verzichtet werden; falls das nicht geschähe, sollten die Zeugen Waldschmidt und Catta geladen werden. Aber auch in diesem Fall konnte er sich einem Angriff auf die Sozialdemokraten nicht verwehren, denn er behauptete, daß die Vergabe von Ämtern bei der SPD nicht von Qualifikationen, sondern nur vom Parteibuch abhängig wäre! Als Beispiel führte er Innenminister Grezsinski, Oberregierungsrat Tejessy und Gewerkschaftssekretär Braunersreuther an.
Als erster Zeuge wurde der Stadtverordnetenvorsteher Schäfer vernommen. Er hätte Freislers Äußerung beleidigend aufgefaßt und gab an,

> "... daß daraus, daß Freisler nur eine Rüge erhalten hätte, keineswegs geschlossen werden könne, sein Zwischenruf sei w e n i g e r beleidigend gewesen, es sei Gepflogenheit gewesen, alles zu versuchen, keine Kontroversen mit Freisler zu schaffen" (KVBL, 9.3.1929).

Stadtv. Hägermann betonte ebenfalls die beleidigende Absicht Freislers. Er fügte hinzu,

> "... daß die Mehrheit der Stadtverordneten überzeugt sei, Freisler störe die sachliche Arbeit der Stadtverordnetenversammlung bewußt und arbeite immer auf Exzesse hin" (KVBL, 9.3.1929).

Auch die von Freisler gewünschten Zeugen sagten gegen ihn aus. Waldschmidt sprach sogar von einer "höhnischen" Bemerkung.
In seinem Plädoyer trat Freisler deshalb den Rückzug an. Man könnte ihm nicht nachweisen, die Absicht gehabt zu haben, Quer zu beleidigen.
Die Verteidigerin Quers, Referendarin Block, bewertete den Zwischenruf als Beleidigung und beantragte Freispruch bzw. Straffreiheit wegen Beleidigung auf der Stelle.

Nach einstündiger Beratung wurde das Urteil verkündet:

> "Das Gericht erkennt dahin, daß von b e i d e n S e i t e n Beleidigungen vorliegen, die gegeneinander aufgehoben werden. B e i d e P a r t e i e n werden für s t r a f f r e i erklärt. Die Kosten werden gleichmäßig auf Privatkläger und Privatbeklagten verteilt. Das Gericht ist der Überzeugung, daß eine höhnische Zwischenbemerkung vorliege und daß die Worte, man könne auch Quer nehmen, nicht als ernsthaften Vorschlag aufzufassen seien. Diese Beleidigung sei a u f d e r S t e l l e e r w i d e r t worden, weshalb die Straffreiheit zu erkennen war" (KP, 9.3.1929).

Aus dem Kommentar des "Kasseler Volksblatts" ist zu entnehmen, daß es einer gewissen Schadenfreude nicht entbehrte und mit Ausdrücken wie "Oberbonze" oder "klappernden Agitationsmühle" sicher nicht zur Schlichtung der gespannten Lage beitrug.
Bemerkenswert ist jedoch, daß der Stadtverordnetenvorsteher, anstatt Freisler bei seinen Provokationen und Angriffen gegen die Sozialdemokraten entsprechend zurechtzuweisen, auch noch Milde ihm gegenüber walten ließ, die Freisler dann restlos ausnutzte.
Ferner ist auffallend, daß nicht einmal die Zeugen Waldschmidt und Catta Freisler in Schutz nahmen, sondern offen zeigten, was sie von derartigen Provokationen hielten.[9, 10]

2.2.3 Die Geldgeberliste der Kommunisten (10.5.1929)

In der Stadtverordnetenversammlung vom 10.5.1929 hielt Freisler erneut eine sehr lange Rede. In diesem Fall handelte es sich um den Haushaltsplan, der, wie schon in Abschnitt 2.1.9 bemerkt, stets im Mittelpunkt seiner Kritik stand. Um einen besseren Eindruck von seinen jetzt verschärften Angriffen zu vermitteln, sollen seine Ausführungen im Original wiedergegeben werden.
Während er in der ersten Phase seiner Tätigkeit als Stadtverordneter der NSDAP in Kassel lediglich einige Punkte der Finanzpolitik bemängelt, lehnte er jetzt den gesamten Etat ab. In seiner Begründung führte er aus, daß die Nationalsozialisten das System so schnell wie möglich stürzen

wollten, um danach selbst die Herrschaft zu übernehmen. Deshalb würden sie den Vertretern dieses Systems keinen Pfennig bewilligen. Weiter drohte er damit, die Schuldigen der finanziellen Katastrophe "eines Tages vor dem Volksgericht des erwachenden deutschen Volkes zur Verantwortung zu ziehen" (Stadtv. Vers. 10.5.1929, S. 46).[11]
Insbesondere richteten sich seine Aggressionen gegen den Polizeietat, da er den Polizeipräsidenten Hohenstein und seinen Stellvertreter, Regierungsrat Bemach, als Semiten bezeichnete, die häufig mit den ebenfalls jüdischen Großindustriellen Maybaum und Bankier Wertheim verkehrten und alle zusammen an der Spitze einer beschlagnahmten Liste der Hauptgeldgeber der kommunistischen Partei ständen (vgl. Stadt. Vers. 10.5.1929, S. 43).
Diese Behauptung wurde von Freisler auf einer Parteiversammlung der NSDAP in Ziegenhain wiederholt und zog eine Privatbeleidigungsklage des Fabrikanten Maybaum gegen ihn nach sich (vgl. KVBL, 25.6.1929).

Es folgen die Kopien Freislers Rede in der Stadtv. Vers. vom 10.5.1929, S. 39-47.

ze so zu ändern, dass die Hauszinssteuer den Hausbesitzern nicht nach der Grundvermögenssteuer, sondern, wie es bei den Mietern geschieht, nach dem Friedensmietzins berechnet werden. Auf diese Weise können die Defizite und Schulden beim Staat und bei den Gemeinden gedeckt werden, und es wäre möglich, die Lebenshaltung der Aermsten um eine Kleinigkeit zu verbessern. Und was machen Sie? Sie bauen Häuser, reissen alte ab und machen Menschen existenzlos und obdachlos; Sie setzen die Menschen in Häuser, wo die Mieten derart hoch sind, dass sie sie auf die Dauer nicht bezahlen können. Sie treiben eine unverantwortliche erbarmungslose Politik gegenüber den Armen und eine schonende Politik gegenüber den Kreisen, denen es so schon gut geht.

Wir bringen deshalb auch einen weiteren Antrag, der grundsätzlich die Freigabe von Wohnräumen für gewerbliche Zwecke behandelt, die nicht frei zu kaufen sind, auch dann nicht, wenn man viel Geld dafür ausgeben will, sondern die Hausbesitzer müssen verpflichtet werden, neuen Wohnraum zu erstellen, weil im anderen Falle doch eine Wohnungsverminderung eintritt bei unserer grossen Wohnungsnot. Wir führen diese Dinge an, damit die massgebenden Herren, die die Städtetage besuchen, dort sagen können, wie die proletarische Klasse in Kassel diese segensreichen Massnahmen empfindet und was sie zu dieser Politik zu sagen hat.

Damit schliesst die Kommunistische Fraktion die Legislaturperiode im Kasseler Rathaus und wir rufen Ihnen zu: Es lebe Sowjet-Deutschland!

(Bravo!)

Vorsitzender: Frau Stadtv.Lüpnitz! Sie haben vorhin von Verlogenheit der Presse gesprochen. Ich nehme an, dass Sie diese Charakterisierung nicht auf den Herrn Dr.Hägermann ausdehnen wollen, sonst müsste ich Sie zur Ordnung rufen.

Frau Stadtv.Lüpnitz: Tuen Sie, was Sie nicht lassen können.

Vorsitzender: Ich verbitte mir das und rufe Sie zur Ordnung.

Frau Stadtv. Lüpnitz: Lassen wir ihm den Spass; er ist ja dazu da.

Stadtv.Dr.Freisler:x

(Zwischenbemerkung links: Wie lange wollen Sie reden.)

Die Ausführungen der Redner zu den Haushaltsplänen in den letzten Jahren haben sich wesentlich von den heutigen unterschieden. Während es in den letzten Jahren so üblich geworden ist, die ebenso übliche Stunde für jeden Redner auszufüllen mit Wünschen und Wünschchen, die an die einzelnen Sachbearbeiter des Magistrats gerichtet waren, hat sich heute so gut wie kein Redner mit Wünschen hervorgewagt. Nur hier und da hat die Partei des Herrn Gustav mit dem berühmten Ko. ein kleines Wünschlein als den letzten Rest des Silberstreifens vorgebracht. Es ist bezeichnend für die Lage, dass niemand Wünsche vorgebracht hat. Es kann niemand Wünsche vorbringen, ohne Gefahr zu laufen, vor sich selbst lächerlich zu werden. Im übrigen wissen bereits alle, dass die Zeit, in der die Hoffnungsvollsten glaubten, Wünsche haben zu können, an deren Erfüllung man denken könnte, vorbei ist.

Im vorigen Jahre -und da hat die Frau Stadtv.Lüpnitz Recht- wie auch vor 2 Jahren haben die Vertreter des Magistrats stets ihren Etat und bestimmte Einsetzungen im Etat des Wohlfahrtsamtes damit begründet, dass sie nach der Methode Coué sagten: Es wird besser gehen. In diesem Jahre haben sie es nicht getan und können es auch nicht. Wenn auch die

Presse der Volksbetrüger in den letzten Tagen frohlockend erklärt hat, dass das Sinken der Erwerbslosenzahl prozentual grösser sei als in der gleichen Woche des Vorjahres, so ist das ein Selbstbetrug; denn andererseits muss man gestehen, dass die absolute Zahl der Erwerbslosen heute um 400.000 grösser ist, als in derselben Zeit des Vorjahres. Dem Erwerbslosen kommt es, da er hungert, wahrhaftig nicht darauf an, ob die Statistiker ausrechnen, dass die Zahl derjenigen, die augenblicklich Arbeit haben, prozentual eine grössere sei als die der gleichen Zeit des Vorjahres, sondern es kommt ihm darauf an, dass die Gesamtzahl der Erwerbslosen um fast eine halbe Million grösser ist als im Vorjahre. Das kennzeichnet die Lage.

Es ist nicht so, dass wir nur in Kassel vor der Situation ständen, dass niemand weiss, was er tun soll, denn dann könnten wir uns trösten und uns sagen, wir müssten einen Finanzdezernenten oder einen Magistrat haben, der nichts kann, und wir wären selbst schuld daran. Dann wäre wenigstens eine Möglichkeit gegeben, dass es besser wird. Wir wissen aber, dass es nicht nur bei uns so ist, sondern genau so auch in anderen Städten und grösseren Kommunalverbänden, und dass es auch nicht anders ist in sämtlichen Ländern und im Reiche selbst. Deshalb sind wir nicht berechtigt, die Schuld daran, dass heute keiner recht froh ist mit dem, was er befürwortet, weder die Herren der S.P.D., noch die Herren des Bürgerblocks, die Schuld für diese besonderen Verhältnisse irgend einem Beamten, der nichts wie seine Pflicht tut, aufzubürden, dem Herrn Finanzdezernenten. Deshalb wirkt es auch lächerlich, wenn die eine Gruppe der anderen vorwerfen will, dass heute eine zufällige Mehrheit der bürgerlichen Parteien ein Defizit zurücklasse, während die eine Gruppe, die frühere sozialistisch-demokratische Mehrheit, ein Plus hinterlassen hat. Wenn Sie (nach links) ehrlich sein wollen, müssen Sie zugeben, dass Ihr Plus nichts weiter gewesen ist als das zufällige Geschenk des Inflationsbetrugs, den s.Zt. die leitenden Kreise in Wirtschaft und Politik am Volke begangen haben. Dieses Geschenk dürfen Sie nicht als Ihr Verdienst ausgeben wollen.

(Stadtv.Lesser: Das ist nicht bös gemeint von Ihnen!)

Wenn wir heute einmal als die Gruppe, die wir Ihre (nach links) Stellungnahme nicht mitmachen können, Ihre (nach rechts) auch nichts, von einem solchen fernstehenden Standpunkt aus uns fragten, wer ist aufrichtiger gewesen am heutigen Abend, dann müssen wir zu dem Ergebnis kommen, dass aufrichtiger jedenfalls die gewesen sind, die die Streichungen vorgenommen haben, warum, weil die etwas getan haben, was unpopulär ist; denn sicher ist, dass dieser Sparetat, von dem ich überzeugt bin, dass er nicht durchgehalten werden kann, bei der Mehrzahl der Kasseler Bevölkerung und der Mehrzahl der Wähler, auf die Sie als parlamentarischen Parteien soviel Wert legen, keine günstige Aufnahme findet. Ihre Reden (nach links) allerdings sehen sich im Volksblatt entsprechend frisiert und aufgemacht und, durch Ihre zahlenmässige ins Volk getragen, rein äusserlich schöner an.

Deshalb ist es u.E. die Höhe, entweder der Unkenntnis der wirklichen Lage, oder aber die Höhe des Selbstbetrugs, oder die Höhe der Demagogie, wenn Sie erklären, dass diejenigen, die die unpopulären Streichungen vorgenommen haben, diese Schritte aus Wahlagitation und Wahlrücksichten vorgenommen haben. Wir kümmern uns nicht darum, ob heute bei diesen oder jenem mit Rücksicht auf die Wahlen diese oder jene Stellungnahme oder diese oder jene Partei die populäre ist.

Es ist in diesem Saale verfehlt, von Dingen zu sprechen, die nicht absolut zur Sache gehören, von Dingen, die nicht absolut die Vorlage des Magistrats, diesen Haushaltsplan angehen. Es ist verpönt und verfemt, irgend etwa von Politik zu sprechen. Wir aber sagen Ihnen das Eine: Sie werden und können auch hier in Kassel nicht zu einer gesunden Finanzwirtschaft kommen, wenn Sie nicht als ersten Satz anerkennen, dass die Wirtschaft nichts ist, was von Politik losgelöst ist, sondern dass die Politik die Voraussetzung jeder Wirtschaft ist.

(Stadtv.Lüpnitz: Umgekehrt, Herr Dr.Freisler, wird ein Schuh daraus.)

die Politik die Grundlage der Wirtschaft bildet. Ich verstehe, wenn Sie (nach links) anderer Meinung sind. Das kommt daher, dass Sie materialistisch denken und nicht idealistisch, und

(Stadtv. Lesser: Sie persönlich doch nicht.)

die materialistische Wirtschaftsauffassung dazu bringen muss, die Wirtschaft als die Grundlage aufzufassen, während unsere bewusst idealistische Einstellung einen ganz entgegengesetzten Gedankengang notwendig macht.

Ich habe mich diesmal bemüht, nicht weiter zu reden, um festzustellen, ob das Zwischenrufen die Hörer nicht davon überzeugt, dass ihr Mund in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrem Gehirn steht, das ganz steril ist.

(Lebhafte Unruhe und Zwischenbemerkungen links.)

Weil wir sagen, die Politik ist die Grund/ der Wirtschaft, deshalb suchen wir, wenn wir glauben, festzustellen zu müssen, dass die Wirtschaft am Ende ist, nach den politischen Ursachen. Wir haben die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, dass es Volkskörper gibt, die wirtschaftlich bedeutend schwächer sind, die eine bedeutend schwächere natürliche Grundlage für ihre Volkswirtschaft haben, und die rein wirtschaftlich florieren, während wir mit unserem Reichtum an Bodenschätzen und Organisationstalent und mit unserer Volksmasse und mit unserer intelligenten Handarbeiterschaft und fortschrittlichem Bauerntum eine Wirtschaftslage haben, die geradezu verzweifelt ist. /-lage

(Zwischenbemerkung Stadtv. Lüpnitz.)

Da irren Sie auch, Frau Stadtv. Lüpnitz. Ich könnte Ihnen Kollegen nennen, denen es genau so schlecht geht, wie den Künstlern, von denen der Herr Stadtv. Dr. Hägermann gesprochen hat.

Woher kommt es, dass bei uns, trotzdem wir natürliche Hilfsquellen und wirklich weitgehende haben, eine Wirtschaftslage eingetreten ist, wie sie augenblicklich trauriger wohl in keinem räumlich grösseren Staate des europäischen Festlandes besteht? Das kommt daher, weil wir bewusst den Satz verneinen, dass die Grundlage der Wirtschaft die Politik sein muss, und dass die Grundlage einer Volkswirtschaft eine gesunde Machtpolitik des Volkes ist, und weil man bei uns bewusst sich scheut, einmal Kräfte zu sammeln, um in Mitteleuropa auch ein politisches Machtzentrum zu schaffen.

Wenn jemand einen solch kompletten Blödsinn und Unsinn vorbringt, wie eine Rednerin unseres heutigen Tages, wenn sie bei dem Bau eines Kriegsschiffes von dem Aufbau eines nie geschehenen Militarismus spricht und ihr niemand widerspricht, weil man bei uns nicht mehr die Wahrheit zu sagen wagt, weil die Leisetreterei so weit geht, das man nicht mehr wagt, auszusprechen, was wahr ist, so wollen wir es doch tun. Wahr ist, dass die Grundlage der Finanzmisere als Folge der Wirtschaftsmisere der Umstand ist, dass wir es nicht wagen, dem ewigen Aderlass, der 2 und ½ Milliarde jährlich beträgt -auch wenn Ihre Vertreter in Paris 2 Milliarden heraushandeln sollten, dann wird dieser Aderlass eben umso länger dauern- ein Ende zu gebieten. -Das gehört hierher-. Alle Etat-Redner haben gesagt, dass unser Etat nicht hier gemacht wird, sondern zuerst im Reiche, dann im Staat, im Bezirksverband und nachher bleibt für uns nichts übrig als die Bankrotterklärung. Schuld an der Tatsache ist, dass wir nicht weiter können, vielleicht in zweiter Linie auch ein falscher Finanzausgleich, eine ungerechte Lastenzuteilung ohne Zuweisung von Einnahmequellen. In erster Linie aber ist schuld der Umstand, dass wir kein Volk sind, das nach Paris einen Bauer und einen Arbeiter und einen deutschen wehrhaften Mann, als als Symbol des deutschen Volkssoldaten schickt, die sicher mehr können, als Ihr Hjalmar Schacht und Genossen, die einfach sagen: Wir wollen nicht zahlen, weil wir nicht zahlen können, und weil es ungerecht ist, zu zahlen, und die hingehen, aufrechten Hauptes das berühmte Zitat des Götz von Berlichingen in den Zähnen knirschend. Das wären Vertreter, wie sie ein parlamentarischer Staat nie schaffen kann, aber wie sie ein deutsches schaffendes Volk verstehen würde.

(Stadtv. Luft: Und was kommt dabei heraus?)

-Sehen Sie, solange Sie den Prozentsatz des deutschen Volkes hin-

leugnen-, solange wird erstens kein Bauer und Arbeiter als Vertreter nach Paris geschickt, sondern es werden 2 Vertreter des Grosskapitals nach Paris geschickt, solange man aber einen Vertreter des typischen Grosskapitals schickt, solange ist es absurd, so zu reden, wie Sie, weil ein Volk hinter den Männern steht, das nicht aufwacht, das solange nicht aufwacht, solange Sie Ihre Machtstellung haben. Wenn ein Volk die Männer hinschicken würde, von denen ich gesprochen habe, einerlei, welches Mitgliedsbuch sie in der Tasche haben, einen Arbeiter, einen Bauern und einen deutschen Soldaten

(Zwischenruf: Und einen Rechtsanwalt!),

so ist das ein anderes deutsches Volk und diesem anderen deutschen Volk gegenüber wird man es nicht wagen, wenn es die Zahlungen einstellt, mit Drohungen und ähnlichem zu kommen, weil ein Erwachtes und seiner völkischen Eigenart bewusstes, wehrhaftes im Herzen Europas zusammen wohnendes Volk nicht durch irgendwelche Kräfte militärischer Art gebändigt werden kann, weil der Geist und der Wille stärker sind als die Materie.

(Stadtv.Quer: Machen Sie einmal einen Vorschlag.)

Sie können mich mit Ihren mehr oder weniger geistreichen Zwischenrufen nicht von dem abbringen, was ich will.

(Zwischenbemerkung Stadtv.Quer.)

Deshalb ist es erforderlich, dass wir an jeder Stelle und zu jeder Stunde aufrufen,dass endlich mit Ihrem Phrasendunst,an den noch viele glauben, aufgeräumt wird, der lediglich zur Wirkung hatte, dass Ihre Führer sich Kosten verschafft haben, dass endlich mit Ihrer Wirtschaftstheorie und Ihrer angeblichen nationalen Politik Schluss gemacht wird, dass das Volk einmal diesen Dunst auseinander bläst und die wahre Lage sieht; die wahre Lage ist so,dass wir allen Grund haben,sie anzusehen, sie ist die, dass wir heute unmittelbar vor der Katastrophe stehen. Ich zitiere nicht etwa Meldungen irgendeiner nationalsozialistischen Zeitung. Ich bitte Sie, einmal den letzten Reichsbankbericht nachzulesen und festzustellen,dass gestern die Golddeckung unter das gesetzliche Mindestmass gesunken ist. Sie alle, die Sie die Wirtschaft als Selbstzweck betrachten, und nicht die Politik zur Grundlage der Wirtschaft machen wollen, Ihnen müsste das ein Beweis dafür sein, dass der Sturm kommt, dass es nunmehr Schluss ist.

Heute ist es unpopulär,ja fast als Volksverrat verschrieen, wenn man davon spricht,dass die Inflation in anderer Form nicht mehr kommt, sondern schon da ist. Genau so wie vor einem halben Jahr verpönt war,wenn Stadtverordnete in der Oeffentlichkeit von einem Defizit von einer halben Million sprachen und sagten,dass die Lage katastrophal wäre -heute ist das eine Selbstverständlichkeit- genau werden Sie sich in einem Jahre wohl daran gewöhnt haben,dass,wenn heute von einer Inflation in anderer Ausdrucksform als schon vorhanden gesprochen wird, man nichts weiter getan, als die Wahrheit gesagt hat. Wenn das nicht von Ihnen als Alarmsignal betrachtet wird,dann betrachten Sie doch bitte noch die Steigerung der Erwerbslosenzahl um 400.000; das ist Alarmsignal genug. Betrachten Sie noch den Hohn und Spott,der Ihnen vom Ausland entgegen gebracht wird und mit dem Ihre Vertreter behandelt werden,ist das nicht auch Alarmsignal?

(Stadtv.Quer: Die Politik der Nationalsozialisten ist Alarmsignal.)

Dass Sie Hellseher sind, ist die neueste Entdeckung. Sie müssen in unserer Seele fabelhaft lesen können. Wenn Sie nur erst einmal in Ihrer Partei so hell sehen könnten -ich wollte sagen stallhell sehen könnten und all den Dreck und Schmutz durchdringen wollten,dann würde es besser sein, ehe Sie daran gehen, uns Vorschriften zu machen, was wir wünschen und glauben.

Wenn Sie diese Alarmsignale nicht sehen, sehen Sie dann weiter nicht, was in Berlin geschehen ist? Es ist richtig,das war kein Aufstand des verzweifelten kommunistischen Proletariats, das war etwas anderes,denn die Führer fehlten,die sassen nicht auf den Barrikaden, sondern wo anders. Ist das aber nicht Sturmsignal und hat das nicht gezeigt,dass Ihre Herrschaft

dass dieses Wackeln so kurz wie möglich sein möge, damit es so schnell wie möglich zum Sturz kommt.

Wir sollen den Polizei-Etat genehmigen, wir haben aber zu Ihrem System kein Vertrauen. Bitten Sie Ihren Herrn Oberbürgermeister, er möge sich sofort mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung setzen und fragen, ob es richtig ist, dass der semitische Polizeipräsident Hohenstein zusammen mit seinem Stellvertreter, dem semitischen Regierungsrat Behmack, vielfach früher Abende bei dem semitischen Grossindustriellen Maybaum verlebt hat.

(Vorsitzender: Das gehört nicht zum Etat.)

Ich muss aber davon sprechen, denn wir können aufgrund unseres Misstrauens gegen den Polizeipräsidenten den Polizeietat nicht bewilligen.

Fragen Sie ihn, ob es richtig ist, dass dieser sein Gastgeber und abwechselnd Gast, an der Spitze der beschlagnahmten Liste steht, auf der die Hauptgeldgeber der kommunistischen Partei verzeichnet sind.

Fragen Sie ihn weiter, ob es richtig, dass dem Polizeiwachtmeister, der die Liste beschlagnahmt hat und der glaubte, etwas Grosses gefunden zu haben, ausdrücklich verboten worden ist, darüber zusprechen. Diese Nachricht ist mir aus dem Polizeipräsidium gekommen, und weil mir diese Nachricht aus direkter Information zugegangen ist -die Herren ahnen ja nicht, dass wir auch da unsere Informationsbüros haben-, deshalb sage ich: Wenn der Herr Polizeipräsident das vertuscht hat, dann ist es für mich eine Pflicht, das öffentlich zu sagen.

Fragen Sie den Herrn Polizeipräsidenten, ob es stimmt oder nicht. Wenn Sie gefragt haben, dann sagen Sie ihm auch, wenn die Liste nicht veröffentlicht würde, dann würde ich die Liste veröffentlichen. Wir wollen nur einmal sehen, wie er sich verhält. Sagen Sie ihm auch, dass ich gut orientiert bin, und dass ich weiss, dass Herr Behmack sich seit einigen Wochen zurückgezogen hat von diesen freundschaftlichen Abenden, warum, weiss ich nicht. Sagen Sie ihm dies als Zeichen dafür, dass wir Bescheid wissen.

Fragen Sie ihn weiter, ob es richtig ist, dass zu den Hauptgeldgebern der kommunistischen Partei auch ein Herr Wertheim gehört.

(Zwischenbemerkung Stadtv.Lüpnitz.)

Frau Lüpnitz uns wundert das nicht; ich werde das schon bald festgestellt haben, ob das der Bankier Wertheim ist. Uns wundert auch nicht, dass einige Anwälte zu den Geldgebern Ihrer Partei (zu der Frau Stadtv.Lüpnitz) gehören. Die können aber mit ihrem Geld machen was sie wollen.

(Zwischenbemerkung Stadtv.Lüpnitz.)

Wir gehören nicht zu der Partei, die die wilden Abenteurer auf den Barrikaden in den Tod gejagt haben. Solange die Frage, die ich an den Magistrat gestellt habe, nicht einwandfrei geklärt ist, können wir zu solchen Behörden wahrhaftig kein Vertrauen haben.

Sie werden verstehen, dass, abgesehen von allen weiteren Erwägungen, die ich ausführte, wir für die über eine halbe Million Mark unter keinen Umständen stimmen können, ganz abgesehen davon, dass wir Nationalsozialisten keinen Pfennig denen bewilligen wollen, die das jetzige System halten. Der Polizeietat ist nur ein kleiner Ausschnitt.

Es fragt sich nun in erster Linie für uns, ob wir nicht den Etat des Magistrats annehmen wollen. Das ist doch ein Kuriosum. Von dem Etat des Magistrats spricht kein Mensch. Es hat sich nicht ein Stadtverordneter, viel weniger noch eine Fraktion gefunden, die für den Voranschlag des Magistrats eingetreten wäre, weder die S.P.D., noch eine andere Fraktion, der ist bereits unter den Tisch gefallen. Es fragt sich nun, ob wir den Etat der Sparparteien des Bürgerblocks annehmen können. Auch den können wir nicht annehmen, und zwar aus em einfachen Grunde nicht: Zunächst sind wir nicht dazu da, Ihnen und dem jetzigen System aus seinen Schwierigkeiten zu verhelfen.

(Stadtv.Lefort: Das ist sehr leicht.)

wissen, dass wir zwar nicht dem jetzigen Staate gegenüber, aber dem Deutschen Volke gegenüber eine Verantwortung zu tragen haben, ist das nicht leicht, sondern sehr schwer. Bei dem heutigen System gilt der Satz: Ihnen, die Sie uns hierher gebracht haben, keinen Mann und keinen Groschen.

(Stadtv. Quer: Fabelhaft!)

Einst hat Ihre Fraktion, als Sie noch 6 Mann stark im preussischen Landtag sass, dasselbe gesagt, Herr Quer, und da fanden das für schön.

Wenn wir diesen grundsätzlichen Standpunkt vertreten, können wir auch Ihrem Etat (nach rechts) nicht zustimmen, weil wir dieses System beseitigen wollen, denn auch er wird nicht gerecht in den allernotwendigsten leiblichen Bedürfnissen der notleidenden Bevölkerung, gar nicht zu reden von irgendwelchen kulturellen Dingen. Sie haben gekürzt -ich glaube Ihnen, schweren Herzens- am Wohlfahrtsetat in einer Weise, die heute bei den jetzigen Zahlungen das Existenzminimum, das bereits bis jetzt durch die Unterstützungszahlung nicht gewährleistet war, erst recht nicht mehr gewährleistet. Gewiss, Sie, ganz rechts, tragen auch nicht die Verantwortung für die Versprechungen der Weimarer Verfassung. Aber Sie von links und die anderen tragen die Verantwortung, und Sie dürfen es nicht über sich gewinnen, Ihre eigenen Versprechungen ausser Acht zu lassen. Sie müssen das tun und einen Weg finden, wie Sie sich selbst zur Verwirklichung Ihrer Versprechungen aus der Zeit der Herausgabe der Weimarer Verfassung bekennen können. Diesen Weg aber haben Sie nicht gefunden. Wir sind nicht durch Ihre Versprechungen gebunden. Wir wollen keinen Wohlfahrtstaat. Wir wissen, wo die Reise hingeht, wenn 11% der Bevölkerung von öffentlichen Unterstützungen leben, wie es in dem untergegangenen Rom gekommen ist, wo von 2 Millionen Einwohnern 300.000 Getreideempfänger waren. Wir wissen, dass das nicht der Anfang sondern die Durchführung der Katastrophe ist.

Wir wollen den anderen Staat, wir wollen den nationalen Arbeiterstaat, weil nur der der Staat der nationalen Arbeit ist, wo durch Arbeit jedem eine anständige Existenzgrundlage gegeben werden kann. Das können Sie nicht erreichen. Sie könnten weder einen Wohlfahrtsstaat erhalten, noch einen Arbeiterstaat. Sie sind mit dem einen wir mit den anderen gescheitert und stehen heute bereits vor einem Trümmerhaufen.

Wir können auch nicht machen, was die S.P.D. tut, die, soweit bis jetzt bekannt ist, heute, wo es darauf ankommt, noch keinerlei Anträge vorgelegt hat. Sie will sagen, Ihr Etat ist ein Hungeretat, der nicht das Existenzminimum für die notleidende Bevölkerung gewährleistet. Wir sind dagegen. Wir wollen einen Etat, der unsere Versprechungen wahr macht. Die Herren von der S.P.D. sind aber in einer anderen Lage wie wir. Die S.P.D. hat die Versprechungen gemacht, sie muss auch den Weg zeigen, der gangbar ist, um diese Versprechungen zu halten. Das hat sie aber nicht getan. Solange sie das nicht tut, ist es für Sie, die Sie in der Ueberzahl auf den Regierungsposten sitzen, allerdings ein billiges Vergnügen zu erklären, der Etat ist ein Hungeretat, wenn Sie nicht Vorschläge machen, die dazu führen, einen Etat aufzustellen, der den Belangen der Bevölkerung Rechnung trägt. Deshalb halten wir Ihre (nach links) Ablehnung des Etats, einerlei, ob des Magistrats-Etats oder des Etats der Sparparteien und die Begründung, die Sie Ihrer Ablehnung geben, für innerlich -ich will nicht sagen mit Ihrem Wissen- für unwahr, und etwas Derartiges machen wir nicht mit.

(Stadtv. Quer: Sie machen nie mit.)

Der Etat, wie er wahrscheinlich durch Mehrheit der bürgerlichen Parteien angenommen werden wird, stellt eine Belastung der werktätigen Bevölkerung dar, und zwar eine Mehrbelastung der Werktätigen durch Erhöhung des Wassergeldes usw. Früher wurde geschimpft und gegen eine indirekte Steuer Sturm gelaufen, tatsächlich ist ein solcher Profit, wie ihn die Gewerblichen Werke machen, nichts weiter als eine unsoziale indirekte Steuer in höchster Potenz. Ich glaube wirklich, dass, wenn ein privater

1.648.000 RM und einen Reinertrag von 367.000 RM herauswirtschaftet, also 20% der Bruttoeinnahmen als Reinertrag verbucht werden können. Bei einem industriellen Unternehmen,das den Massenartikel Wasser herstellt und solche Gewinne erzielt,wenn das jemand tut,der nicht dadurch geschützt würde,dass er selbst öffentliche Hand ist,dann würde das nach der Inflationsgesetzgebung den Tatbestand des Wuchers erfüllen.

Das Gaswerk hat eine Bruttoeinnahme von 4.087.000 RM und einen Reingewinn von 1.047.000 RM, 80.000 RM mehr wie im Vorjahr, also weit über 25% Gewinn der Bruttoeinnahme.

Das Elektrizitätswerk hat eine Bruttoeinnahme von 5.850.000 RM,wovon 1.520.000 RM Reinertrag sind, also 30% der Bruttoeinnahmen. Etwas derartiges machen wir nicht mit. Sie alle, die Sie im Reichstag die Mehrheit haben, Sie von der schwarz-rot und goldenen Koalition sagen: .....

(Zwischenbemerkung Stadtv.Quer: Er ist doch erziehbar.)

Wenigstens nicht von jemandem,der ein untaugliches Objekt für solche Versuche ist, mehr brauche icht nicht zu sagen, wir verstehen uns doch, Herr Quer. Sie haben ja die Mittel in der Hand. Warum haben Sie den Fehler, den Ihr schwarzer Genosse gemacht, der tote Erzberger, nicht wieder gut gemacht und sind nicht dazu übergegangen.

(Stadtv.Lefort: Schämen Sie sich nicht mehr, hören Sie mal?)

Warum sind Sie nicht dazu übergegangen,diesen Fehler zu beseitigen? Wenn wir gewisse Zuschläge erheben könnten,würde die Wirtschaftsnot nicht behoben sein,weil die Grundlage eine viel tiefere ist. Dann würde aber mindestens die Verteilung der von uns zu beschliessenden Lasten sozial gerechter möglich sein, denn eine solche Einkommensteuer lässt sich sehr wohl gerecht staffeln. Warum sind Sie nicht dazu übergegangen,dass die Gemeinden eine sozial gerecht gestaffelte Vermögenssteuer dazu erheben können. Tun Sie es doch, wenn Sie mit Ihren Versprechungen sozialer Gerechtigkeit in einem Punkte Ernst machen wollen. Das wollen Sie ja gar nicht. Hier reden Sie davon,dass kein Weg vorhanden sei, um in gerechter Weise das notwendige Aufkommen herbeizuschaffen und Im Reichstag weigern sich Ihre Parteigenossen das zu tun, was so einfach wäre, um eine ungerechte Belastung wie Auspowerung des Volkes -wie bei den gewerblichen Werken- unmöglich zu machen.

Einen Etat,der das Wassergeld hinaufsetzt,können wir nicht mitmachen. Wir können ebenso wenig verantworten eine der anderen Steuern, deren Erhebung möglich ist, mit Ausnahme der antisemitischen Filialsteuer,zu erhöhen, denn es ist unwahr, dass die Wirtschaft noch weiter könnte und zeugt von Blindheit, wenn Leute, die sich Arbeitervertreter/ meinen,der Arbeiterschaft sei damit geholfen,dass heute die Wirtschaft, zu der auch die Arbeiterschaft gehört, /nennen

(Stadtv.Quer: Eigentlich.)

-wenn Sie (nach links) und Ihre Genossen von Steuerstreichungen sprechen, Sie den Arbeiter irrtümlich nicht zur Wirtschaft rechnen, also nach Ihrem Jargon habe ich mich gerichtet.

(Zwischenbemerkung links: Ich denke,Sie lehnen jede Unwahrheit ab?)

Sie denken falsch, das ist Ihr Pech.

Es ist unwahr,dass die Wirtschaft weitere Belastungen ertragen könnte,und es ist entweder unaufrichtig oder zeugt von einer bodenlosen Unkenntnis, wenn Arbeitervertreter,die sich solche nennen, behaupten, im Sinne der marxistischen Arbeitervertreter gesprochen,die Wirtschaft wolle einen Steuerstreik,und die behaupten,man könne noch einen Pfennig aus der Wirtschaft herauspressen,und dass es dann dem Handarbeiter besser geht. Jeder Pfennig, den Sie heute mehr aus der Wirtschaft herauspressen, bedeutet einen Wechselprotest mehr,und jeder Wechselprotest einen Konkurs mehr und jeder Konkurs mehr bedeutet eine weitere Erhöhung der Zahl der Erwerbslosen. Sie sind verbohrt in der Klassenkampftheorie,die nicht erkennen will, dass alle Schaffenden an einem Strang ziehen müssen und ein Interesse haben müssen. Sie machen es

nehmen Finanzen direkt -Ihr Berliner Rückwärts- von dem Herrn Goldschmidt von der Danat-Bank. Sie vertreten heute das Grosskapital und sind heute die Sozialreaktionäre, gegen die die erwachende Arbeiterschaft sich richten muss, und, wie Sie selbst bereits bemerkt haben, sich richtet. Wir machen deshalb jeder Ihres mit (nach links) noch können wir uns zu Ihrem (nach rechts) entschliessen, sagen aber vor aller Oeffentlichkeit, dass Ihr (nach rechts) Versuch, ein Mittel zu finden, ein ehrlicher Versuch ist, während die Stellungnahme dieser Seite (nach links) eine unehrliche gewesen ist.

Wenn wir noch eine Hoffnung hätten, dass wir in einzelnen Kommunen die Etats stabilisieren, dass wir in einzelnen Kommunen dafür sorgen könnten, dass Einnahmen und Ausgaben gleich bleiben, um das Gespenst der Katastrophe zu bannen, dann würden wir wahrscheinlich auf Ihrer (nach rechts) Seite sein. Aber wir haben diese Ihre Hoffnung nicht. Wir glauben nicht mehr daran, auch wenn Sie überall die Mehrheit haben, dass es Ihnen gelingt, dieses Gespenst zu bannen. Wir glauben vielmehr, dass die Entwicklung unaufhaltsam weiter geht, und wir hoffen, dass diese Entwicklung weiter geht, nämlich die Entwicklung zum Erwachen aller derjenigen, die jetzt in den Kot getreten sind durch die Ergebnisse des Systems, das heute in Deutschlands Gauen herrscht. Wir hoffen, dass das Elend das in den Strassen der Altstadt genau wie das in den Strassen anderer Stadtteile, wo die verschämten Armen sitzen, denen die Augen geöffnet hat und immer mehr öffnet und hoffen, dass einmal der Augenblick eintritt, wo wir an der Stelle einsetzen können mit unseren Massnahmen, die allein die Gewähr dafür bieten, dass es anders wird; die die Grundlage bieten für die Wirtschaftspolitik, dort, wo die Machtpolitik der erwachten Nation .....

(Stadtv. Quer: An den Laternen!)

An den Laternen wird es nicht anfangen. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn dabei auch Laternen geziert werden sollen. Wir werden aber auch, wenn nötig, davor nicht zurückschrecken. Eine deutsche Revolution wird nicht ein Niederbruch von 1918 sein, die darf keinen Pardon kennen, da mag jeder sagen, was er für eine Stellung am Laternenpfahl einnehmen will. Zurückschrecken darf das erwachende deutsche Volk davor nicht, diejenigen, die es ein Jahrzehnt mit ihren Versprechungen getäuscht haben, und die es ein Jahrzehnt lang vom Abgrund zu noch tieferem Abgrund geführt haben, eines Tages vor dem Volksgericht des erwachenden deutschen Volkes zur Verantwortung zu ziehen.

(Stadtv. Quer: Wo wollen Sie denn den Laternenpfahl zieren?)

Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen.-

Sie haben so vielfach davon gesprochen, die Selbstverwaltung sei Ihnen genommen. Wir geben das gewiss zu, dass heute die Selbstverwaltung der Kommune eine Farce, eine Phrase, eine Unwahrheit ist. Das wundert uns nicht, weil wir wissen, dass so vieles, um nicht zu sagen alles, am jetzigen System unwahr ist. Wir freuen uns deshalb, wenn es in offiziellen Kreisen dämmert und man einsieht, dass das, was ihnen verfassungsmässig garantiert ist, Träger der Selbstverwaltung zu sein, nicht da ist. Es ist nicht richtig, immer nur daran zu denken, wie andere, nämlich der Staat die Selbstverwaltung zu beschränken und zu beschneiden, sondern man muss auch daran denken, wie man selbst am besten die Selbstverwaltung zweckmässig beschneidet. Zur Selbstverwaltung gehört auch, dass Bürger, die sich um Mitarbeit in den Gemeinden bemühen, nicht zurückgestossen werden, dazu gehört, dass die Selbstverwaltungskörperschaften -Magistrat und Stadtverordnetenversammlung- sich darüber klar sind, dass die Selbstverwaltung Ihre Berechtigung verliert, wenn die Selbstverwaltungskörperschaften sich selbst zu bürokratischen Gebilden abschliessen und die Mitarbeit von Bürgern an Dingen der Gemeinde ablehnen und verhindern. Sie werden an manche Fälle denken. Ich denke daran, dass ein Bürger der Stadt Kassel ein Jahr lang seine Arbeit in den Dienst der Gemeinde gestellt hat, und dass dieser Bürger heute begreiflich bitter abgewandt dasteht und die-

war, bekehrt ist dazu, dass er Ihrem System nicht mehr anhängen kann, weil Ihre Instanzen ihm .....

(Stadtv.Quer: Das gilt Ihnen, Herr Steuer, das ist Ihr Freund.)

Sie sehen die Zusammenhänge nicht richtig.

(Stadtv.Quer: Sie schielen aber etwas.)

Das ist Ihre falsche Einstellung, die nur von Ihrer falschen Blickrichtung herrührt, der deshalb dazu gekommen ist, Schluss zu machen mit dem Glauben an Ihr System, weil Ihre Selbstverwaltungsorgane ihn zurückgestossen haben; das ist der, für den Si selbst einmal eingetreten sind, Ihre Zeitung, der Herr von der demokratischen Fraktion

(Zwischenbemerkung links.)

-der Herr Hägermann fällt öfters um- den Ihre Zeitung vertreter hat, nachher aber wieder aufgegeben, der Herr Stück, das ist ein Mann gewesen, der, gleichgültig, ob seine Gedanken richtig oder falsch sind, gearbeitet hat und arbeiten hat wollen, und der als Ergebnis seiner Arbeit nicht nur wirtschaftlich sonder auch körperlich zusammengebrochen ist, und der Zusammenbruch ist erfolgt an dem Glauben an Ihr System.

Wenn wir heute soviel gehört haben, dass die Selbstverwaltung nur eine Farce sei,dass der Staat uns das Recht der Selbstverwaltung genommen hat,wollen wir auch in uns gehen und sehen,ob wir uns stets bewusst gewesen sind dessen,dass wir als Selbstverwaltungsorgan nur Berechtigung haben,wenn wir die Selbstverwaltung vorwärts treiben und lebendig halten unsere Selbstverwaltungskörperschaften durch Mitarbeit der einzelnen Bürger. Sie werden heute, da Sie das nicht getan haben,wenig Bürger finden,die in diesem System mitarbeiten wollen,weil es tatsächlich so ist,dass die Zahl derer,die eingesehen haben, dass es so nicht weitergeht und die wissen,dass alles Einsetzen ehrlicher Arbeitskraft nichts nützt,sondern dass Schluss gemacht werden muss,weil die Zahl derer,die sich sehnen nach dem dritten Deutschen Reich,weil die Zahl derer,die sich sehen nach der,dagen wir es, sozialfaschistischen Revolution,die den National-Sozialismus in Deutschland als Ablöser des parlamentarische Deutschlands schätzen, immer grösser wird

(Widerspruch links - Zwischenbemerkung.)

-genau wie Ihnen von dort zugerufen worden ist: Wir trauern nicht darum, dass endlich einmal in Deutschland Gemeindewahlen stattfinden, wir haben eigentlich gar kein Recht, einen Etat aufzustellen,weil rechtswidrig unser Auftrag,der auf 4 Jahre lautete, verlängert worden ist. Wir sind nicht bange darum.Wir wissen,wie das Ergebnis der Thüringer Wahlen ausgefallen ist, und zwar 96 Gewinne gegen 2 Verluste.Sie haben auch das Ergebnis der Koburger Stadtparlamentswahlen gesehen mit marxistische Mehrheit. Sie haben ferner gesehen das Anschwellen der National sozialisten in Wiesbaden um 1000. Sie haben gelesen,was die Frankfurter Zeitung über Schleswig geschrieben hat. Wir wissen, einer marschiert, und das sind nicht Sie, sondern das ist der erwachte deutsche und deutschbewusste Arbeiter und Bauer. Wir wollen den deutschen Arbeiter- und Bauernstaat des Nationalsozialismus. Dann können wir auch ansetzen bei all' den Fragen, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu lösen sind; dann könne wir ansetzen bei der Wurzel des Uebels. Dann können wir Ihr System als ein Giftpflanze und Schmarotzerpflanze ausrotten. Dann mag in Deutschland wieder die deutsche Arbeit,das Deutsche Volk und nicht das Finanzkapital herrschen.

Stadtv.Lefort: Zunächst möchte ich eine persönliche Bemerkung machen.Mit den Ausführungen des Herrn Stadtv.Dr.Freisler kann ich mich nicht beschäftigen. Sie stehen auf einem so tiefen Niveau, dass ich ihm dahin nicht folgen möchte.Ich bedauere nur,dass ein deutscher Mann hier in einer Form über einen Menschen spricht,der ganz bestimmt den besten Willen und die ernste Absicht hatte,das Beste für das deutsche Volk zu wollen,und der heute im Grabe ruht. Ueber solch' höhnischen Bemerkungen über einen Toten geht man einfach zur Tagesordnung über.×

Vor der 4. Zivilkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kulenkamp fand am 8.6.1929 der Beleidigungsprozeß Maybaum gegen Roland Freisler statt, nachdem er bereits einmal vertagt worden war.
Der Vertreter des Klägers, Dr. Dellevie hob die wesentlichen Aussagen Freislers Rede im Stadtparlament vom 10.5.1929 hervor.

> "Freisler habe damals angekündigt, daß, wenn der Magistrat oder der Polizeipräsident die Geldgeberliste der KPD nicht veröffentliche, e r die Liste veröffentlichen würde".

Um nähere Informationen über die genannte Liste zu bekommen, hatte sich Dellevie an den Stadtverordneten und Führer der kommunistischen Partei Lohagen gewandt.

> "Herr Lohagen habe geantwortet, daß weder die kommunistische Partei noch der rote Frontkämpferbund eine Sammelliste herausgegeben haben, auch sonst habe niemand von der KPD eine Liste aufgestellt, und ferner habe Fabrikant Maybaum w e d e r e i n e m a t e r i e l l e n o c h e i n e i d e e l l e U n t e r s t ü t z u n g an die KPD gegeben. Wahr sei vielmehr, daß im Jahre 1927 die I n t e r n a t i o n a l e A r b e i t e r h i l f e eine Liste von prominenten Persönlichkeiten, die für ein Kuratorium für ein Kinderheim in Betracht kämen, aufgestellt habe. Fabrikant Maybaum habe an 21. Stelle gestanden. Es handelte sich dabei um keine Liste für Geldgeber, es war lediglich eine Adressensammlung, die im Schreibtisch liegengeblieben war, die ganze Sache habe sich als harmlos entpuppt. Am Ende des Briefes hatte Herr Lohagen eine eidesstattliche Versicherung abgegeben" (KP, 9.6.1929).

Maybaum selbst gab ebenfalls eine eidesstattliche Erklärung ab. Er hätte die Liste weder gekannt noch unterzeichnet und den Rotfrontkämpferbund niemals finanziell unterstützt.
Roland Freisler betonte, daß die "Internationale Arbeiterhilfe" eine Unterorganisation der KPD wäre und behauptete, in seiner Rede nicht den Kläger, sondern den Polizeipräsidenten angegriffen zu haben, da dieser die Liste verheimlicht hätte. Er selbst hätte nur Aufklärung schaffen wollen, was nicht bedeutete, "daß er die Liste auch gehabt habe" (KP, 9.6.1929). Lohagens Brief bestätigte, daß eine derartige Liste vorhanden war. Die Zeugenaussage müßte er jedoch ablehnen, da über die "Internationale Arbeiterhilfe" falsche Angaben gemacht worden wären. Im übrigen gälte die eidesstattliche Versicherung nur den Behörden, nicht ihm.

Dr. Dellevie erwiderte darauf, daß Freisler in Ziegenhain behauptete,

> "es wäre einerlei, ob das Geld an die KPD oder an Rotfront

> gegeben wäre. Die Worte Freislers seien von jedermann so verstanden worden, als ob er tatsächlich die Liste habe und jederzeit veröffentlichen könne" (KP, 9.6.1929).

Diese Aussage könnte für seinen Mandanten sehr gefährlich werden, da der Rotfrontkämpferbund verboten wäre.
Nachdem die Verhandlung zwecks weiterer Zeugenvernehmungen vertagt wurde, schlug der Vorsitzende einen Vergleich vor, den es zu überlegen gälte.

Ein Vergleich fand jedoch nicht statt. In der erneuten Verhandlung ließ sich Roland Freisler als "krank" entschuldigen und von seinem Bruder Oswald vertreten.
Dr. Dellevie beantragte, Freisler zur Rücknahme seiner Behauptung in den Kasseler und Ziegenhainer Zeitungen und zu einer Geldstrafe zu verurteilen.
Oswald Freisler antwortete, daß sein Bruder nur eine Anfrage an den Magistrat gestellt hätte und der Polizeipräsident nebst seinem Stellvertreter die Existenz der Liste bestätigen sollten.
Dr. Dellevie war damit einverstanden, forderte aber die kommunistischen Stadtverordneten Lüpnitz und Lohagen als Gegenzeugen zu vernehmen.
Der Vorsitzende verschob die Verhandlung ein weiteres Mal und betonte, Freisler hätte in der Stadtverordnetenversammlung einen Angriff und keine Anfrage beabsichtigt (vgl. KVBL, 24.6.1929).

Über die Verhandlung am 1.7. schrieb das "Kasseler Volksblatt",

> "Daß es Roland Freisler nicht ganz wohl zumute war, merkte man ihm deutlich an. Er hatte sich doch so große Erfolge versprochen von seiner "Liste", nun mußte er deren Harmlosigkeit einsehen. Er suchte seinen Reinfall zu verdecken mit der Bemerkung, es sei immerhin interessant, daß die Internationale Arbeiterhilfe sich an links gerichtete Semiten gewendet habe. Immerhin war es für ihn sehr blamabel, daß er großartig angekündigt hatte, die Liste selbst veröffentlichen zu wollen und nun zugestehen mußte, daß er gar keine L i s t e b e s i t z e " (KVBL, 5.7.1927).

Der Entscheidungstermin wurde auf den 13.7.1929 verlegt.
Der Ausgang des Prozesses konnte leider nicht festgestellt werden.

Die Polizei als Hüter der Demokratie und die Kommunisten standen von dieser Zeit an ebenfalls im Mittelpunkt Freislers Kritik. Hier zeigte sich, daß er selbst dann nicht mit seinen Angriffen zurückhielt, wenn

er keine Beweise hatte. Geschickt suchte er sich wiederum aus der Affaire zu ziehen, indem er seine eindeutigen Anschuldigungen lediglich als Anfrage auslegen ließ.

2.2.4 Verteidiger des Parteigenossen Köhler wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz (13.6.1929)

Am 18.12.1928 fand im Evangelischen Vereinshaus eine Versammlung statt, auf der u.a. auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser sprach. Die Einleitungsrede hielt der Kasseler Apotheker und Ortsgruppenführer Max Köhler.

> "Das allverruchte System der kaiserlichen Vorkriegszeit gestattete immerhin noch so etwas wie eine Art gesetzlich organisierter G e s i n n u n g s e h r e , die von jedem Deutschen verlangte, daß er in der Stunde der Not das Vaterland verteidigte mit dem Einsatz seines Lebens. Die Republik vom 8. November k e n n t e i n e s o l c h e O r g a n i s a t i o n l e i d e r n i c h t, und es bleibt ihren geistigen und leiblichen Vätern vorbehalten, diese Organisation dem deutschen Volke zu stehlen. In der Zeit seit dem 9. November 1918 hat sich vielmehr ein Ausbund einer Organisation breit gemacht, die man bezeichnen muß a l s O r g a n i s a t i o n d e r F e i g h e i t u n d d e r G e s i n n u n g s l u m p e r e i, die in ihrer praktischen Auswirkung sich darstellt als den praktischen Parlamentarismus. Das Heldentum oder das Symbol des deutschen Heldentums, das Männer wie Bölsk, Richthofen und Immelmann hervorbrachte, dieses Heldentum ist wie ein Dreck beiseite geworfen worden. Und anstelle dieses Heldentums erreicht heute die parlamentarische Praxis der Männer wie Scheidemann, Müller und Stresemann " (KP, 14.6.1929).

Aufgrund dieser Ausführungen wurde der Versammlungsleiter wegen Beschimpfung der Republik § 8 Abs. 1 des Republikschutzgesetzes angeklagt. Der Vorsitzende des Großen Schöffengerichts, Amtsgerichtsrat Funke, erteilte zunächst dem Angeklagten das Wort.
Köhler bestätigte, diese Worte gebraucht zu haben, wäre sich aber nicht bewußt gewesen, damit die Republik zu beleidigen. Die Interpretation würde später sein Verteidiger übernehmen. Er behauptete, daß das Verfahren nur deshalb eröffnet worden wäre, um den Nationalsozialisten wie-

der einmal Unrecht zu tun und bezog sich dabei auf einen Brief des früheren Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon.
Der Vorsitzende bezweifelte die Authentizität des Briefes und begann mit Hilfe des polizeilich bestellten Stenographen F. die Beweisaufnahme. Nachdem festgestellt wurde, daß das Stenogramm mit der Anklageschrift übereinstimmte, beantragte der erste Staatsanwalt Ludwig wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz eine Geldstrafe von 600 Mark anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat.

Freisler führte in seinem Plädoyer aus,

> "... die Rede des Angeklagten enthalte die typischen Gedankengänge des Nationalsozialismus, für ihn sei der Prozeß ein Lotteriespiel und nicht ein Kampf ums Recht...
>
> Im früheren Deutschland habe die allgemeine Wehrpflicht die sogenannte Gesinnungslehre bedingt. Die Republik kenne derartiges nicht, woraus ihr kein Vorwurf gemacht werden könne: die geistigen Väter der Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht seien weder die früheren noch die jetzigen 'Würdenträger' der Republik. Mit dem Ausdruck 'Organisation der Feigheit' sei der Pazifismus gemeint, der unter dem Schutze des Reichsbanners, der Friedensgesellschaft und anderer derartigen - durchaus privaten Organsiationen - stehe. Eine Organisation der Gesinnungslumperei sei z.B. die republikanische Beschwerdestelle. Unter praktischem Parlamentarismus sei das zu verstehen, was sich jeden Tag darbietet, z.B. Werfen mit Tintenfässern. Selbst von Regierungsstellen sei mehrfach anerkannt worden, daß die Form des Parlamentarismus geändert werden müßte. D i e p a r l a m e n t a r i s c h e Tätigkeit von Müller und Stresemann sei k e i n e R e g i e r u n g s t ä t i g k e i t, weshalb eine Beleidigung in der Erwähnung nicht enthalten ist" (KP, 14.6.1929).

Eine Verurteilung seines Mandanten könnte deshalb "unmöglich" erfolgen.

Das Urteil wurde nach einer Beratungszeit von einer halben Stunde verkündet:

> "'Der Angeklagte wird aus § 8 Abs. 1 des Republikschutzgesetzes anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einer Woche zu einer G e l d s t r a f e v o n 100 M a r k und zur Tragung der Kosten verurteilt'. Das Gericht habe sich Mühe gegeben, den Sinn der Rede zu erfassen, es komme einem aber konfus vor, man können sich an nichts halten. Der Verurteilung sei der Satz 'D i e R e p u b l i k v o m 9. N o v. k e n n t e i n e s o l c h e O r g a n i s a t i o n n i c h t' zu Grunde gelegt. Nach der Erläuterung des Verteidigers sei das internationale jüdische Finanzkapital der leibliche und geistige Vater der Republik, womit die geistige Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital behauptet werde. Auch dies sei

als Beleidigung der Republik aufzufassen. Im übrigen lasse sich aus der Rede ein innerer Zusammenhang überhaupt nicht konstruieren und man würde ihr Zwang antun, wenn man einen Sinn unterschieben wollte. Der Angeklagte wollte schimpfen und deshalb sei er in seinen Ausdrücken nicht wählerisch gewesen" (KP, 14.6.1929).

Sowohl der Angeklagte, als auch die Staatsanwaltschaft legten gegen das Urteil Berufung ein. Deshalb wurde am 10.10.1929 vor der Großen Strafkammer erneut verhandelt.

Während Köhler "b e d i n g u n g s l o s e n F r e i s p r u c h" forderte, da seiner Ansicht nach eine Verurteilung "höchstens eine neue Beleidigung für den Geist einer wehrhaften Republik" bedeutete, hielt der Staatsanwalt seinen Antrag aufrecht, reduzierte jedoch die Geldbuße um 100 Mark.

Im weiteren Verlauf der Gerichtssitzung ereignete sich dann folgendes:

"Während seiner Rede machte Dr. Freisler die Entdeckung, daß auf der Zeugenbank ein Mann saß, der seine Rede mitschrieb. Dr. Freisler legte beim Gericht Beschwerde dagegen ein, daß e i n v o m P o l i z e i p r ä s i d i u m g e s c h i c k t e r B e a m t e r – um einen solchen handelte es sich tatsächlich - seine Rede mitschreibe. Das Polizeipräsidium lasse ihn also jetzt sogar auch im Gerichtssaal überwachen, er müsse gegen diese Beschränkung seiner Tätigkeit als Verteidiger entschieden Protest einlegen. Er verlange einen Gerichtsbeschluß darüber, ob dieser Beamte mit Recht im Verhandlungsraume anwesend sei.
Nach kurzer Beratung lehnte das Gericht den Antrag Dr. Freislers ab, es sei dem Gericht nicht zur Kenntnis gekommen, daß ein Mann, der kein Berichterstatter sei, die Rede des Verteidigers mitschreibe. Dr. Freisler: 'Da sitzt er ja! Ich beantrage seine Vernehmung als Zeuge, daß er Polizeibeamter ist.' Das Gericht lehnte auch diesen Antrag ab. Dr. Freisler: 'Ich bitte um Unterbrechung der Verhandlung auf drei Minuten bis meine Sekretärin angekommen ist, die meine Rede mitschreiben muß. Denn es kann sein, daß ich mich schließlich in einem halben Jahr vor der Anwaltskammer wegen meiner heutigen Rede verantworten muß. Da bin ich meinen Gegnern ausgeliefert, wenn ich selbst kein Stenogramm meiner Rede besitze'. Das Gericht beschließt, auch diesen dritten Antrag zurückzuweisen. Nun beantragte Dr. Freisler zu Protokoll zu nehmen, daß ein Anwalt in seiner Tätigkeit als Vertreter amtlich überwacht werde und daß der anwesende Polizeibeamte den amtlichen Auftrag dazu habe. Auch für diesen Antrag ist das Gericht nicht zu haben, doch wird der Polizeibeamte zur Rede gestellt und dann, da er ohne Berechtigung im V e r h a n d l u n g s raume sei, in den Z u s c h a u e r r a u m verwiesen" (KP, 10.10.1929).

Da die Sekretärin inzwischen eingetroffen war, setzte Roland Freisler seine Verteidigungsrede fort.
In dem von Landrichter Klefebrich verkündetem Urteil wurde die Berufung verworfen.

> "D i e S t r a f e w i r d a u s § 8 Abs. 1 Republikschutzgesetz auf 2 W o c h e n G e f ä n g n i s festgesetzt. Hierfür wird eine B e w ä h r u n g s f r i s t von 3 Jahren gegen Bezahlung einer Buße von 200 Mark bewilligt".

Die Begründung lautete:

> "... daß das Republikschutzgesetz entgegen der Ansicht des Verteidigers a u c h j e t z t n o c h G e l t u n g h a b e . Eine Beschimpfung liege nicht in jeder Beleidigung oder Kritik. Jedoch seien r o h e Äußerungen zu bestrafen. Ausdrücke wie Feigheit und Gesinnungslumperei seien keine s a c h l i c h e Kritik mehr. Für das Strafmaß sei in Betracht gezogen, daß man das Haus, in dem man wohnt, nicht mit Schmutz bewerfen darf, und daß die Angriffe sich gegen einen Mann richten wie Stresemann, der sich bis zu seinem Tode aufs höchste um das Vaterland bemüht hat. Der Vorsitzende macht den Angeklagten schließlich darauf aufmerksam, daß nach Ablauf des Republikschutzgesetzes Beschimpfungen zwar straflos seien, daß aber bei weiteren Beschimpfungen durch ihn der G n a d e n e r w e i s der Berufungsfrist w i d e r r u f e n werde" (KP, 10.10.1929).

Aufgrund dieses Urteils wollte der Angeklagte Revision beim Reichsgericht einlegen!

Nicht ohne Grund wehrte sich Köhler dagegen, selbst eine Interpretation seiner Eröffnungsrede zu geben, sondern überließ das seinem redegewandteren Verteidiger, der es verstand, die Ausführungen seines Mandanten mit den selben Worten geschickt in das Gegenteil zu verkehren, um somit Freispruch zu erreichen.
Erstaunlich ist, daß das Gericht in der Berufungsverhandlung, in der es Freisler sichtlich mit der Angst zu tun bekam, sämtliche von ihm gestellten Anträge ablehnte und die Geldbuße noch erhöhte, da in anderen Verfahren häufig seinen Forderungen entsprochen wurde. Dennoch hatte er sein Ziel erreicht, solange von der Fortführung seiner Verteidigungsrede Abstand zu nehmen, bis seine Sekretärin eingetroffen war.
Auch zeigte sich, daß Freisler nicht davor zurückschreckte, bis zur letzten Instanz zu gehen, da der Angeklagte Revision beim Reichsgericht

einlegen wollte.

Mitte September 1930 stand Köhler wegen einer ähnlichen Angelegenheit zum zweiten Mal vor Gericht, da er die Republik als "Saftladen" bzw. "Dreckhaufen" und den Ministerpräsidenten Dr. Braun als "Schmarotzer" bezeichnete. Während Freisler als Verteidiger mildernde Umstände und Freispruch verlangte, schloß sich Landgerichtsdirektor Kulenkamp dem Strafantrag des Oberstaatsanwalts Wellmann an. Köhler wurde wegen Verstoßes gegen § 5 Abs. 1 des Republikschutzgesetzes "anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von je 30 Tagen auf je 150 Mark Geldstrafe" und wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten "auf eine Geldstrafe von 150 Mark hilfsweise 30 Tage Gefängnis" verurteilt. Von einer Berufungsverhandlung ist nichts bekannt (vgl. KP, 26.9.1930).[13]

Wie schon am Beispiel Dolspergs verdeutlicht (vgl. Abschnitt 2.1.6.) standen Freislers Parteigenossen stets wegen den gleichen Delikten vor Gericht: Nötigung, Verstoß gegen das Republikschutzgesetz und in Beleidigungsprozessen gegen Sozialdemokraten.

2.2.5 Persönliche Differenzen zwischen Freisler und den sozialdemokratischen Stadtverordneten Wittrock (9.1.1930)

Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es am 9.1.1930 im Stadtparlament. In dieser Sitzung beschwerte sich Freisler wieder einmal über die politische Einseitigkeit des Oberbürgermeisters. Nachdem er in seiner Rede bereits eine Reihe ironischer Bemerkungen fallen gelassen hatte, ging er zu härteren Angriffen über:

> "Es geht doch nicht an, daß, wenn das 'Reichsjammer' oder 'Rotmord' oder sonst eine andere politische Organisation....
> (Zwischenruf Stadtv. Lohagen: Erbärmlicher Kerl, der Sie sind)
> Vorsitzender: Herr Stadtv. Lohagen, ich rufe Sie zur Ordnung. Mitglieder des Hauses sind keine erbärmlichen Kerle.
> Stadtv. Dr. Freisler: Das Reichjammer ist doch kein Mitglied des Hauses.
> (Stadtv. Quer: Unerhört! Zwischenrufe links)

Vorsitzender: Mir wurde eben mitgeteilt, daß der Herr Stadv. Freisler von Rotmord und Reichsjammer gesprochen hat. Wenn Sie damit die Deutsche Republik oder die Reichsverfassung meinen, so rufe ich Sie zur Ordnung.

Stadtv. Dr. Freisler: Nein, nein, Sie befinden sich in einem Irrtum. Die Deutsche Republik und die Reichsverfassung sind nicht so wichtig, daß sie hier im Einzelnen behandelt werden müßte. Die sind ja tot.

(Lebhafter Widerspruch links)

(Stadtv. Wittrock: Das Wort entziehen)

(Weitere Zwischenrufe, Unruhe in der Versammlung)

Vorsitzender: Die Reichsverfassung stellt eines der wichtigsten Teile der Republik dar. Ihre Äußerung, Herr Stadtv. Freisler, bedeutet eine Schmähung unserer Verfassung. Ich rufe Sie zur Ordnung, da ich eine Schmähung unserer Staatsverfassung nicht zulassen kann und mache Sie auf die Folgen des 3. Ordnungsrufes aufmerksam.

Stadtv. Dr. Freisler (fortlaufend): So darf ich Ihnen wohl erklären, warum ich mit Reichsjammer nicht Mitglieder des Hauses gemeint habe. Wenn eine der Größen sich veranlaßt fühlt, 3 Stunden auf dem Nationalsozialismus herumzuhacken, so freuen wir uns darüber, daß mehrere tausend Bürger mit angehört haben, mit welchen seichten Waffen und mit welchen Phrasen versucht wurde, eine Bewegung zu Grunde zu richten, und daß man sich gar nicht bewußt geworden ist, daß diese Bewegung dadurch immer noch mehr gefördert wird, wenn in einer Veranstaltung des Reichsjammers derartige Äußerungen gemacht werden.

(Lebhafte Zwischenrufe links, Schlußrufe, Mitglieder des Hauses schlagen auf den Tisch)

(Zwischenruf Stadtv. Wittrock: Kein Wort mehr, und wenn sie Sitzung auffliegt)

(Große Unruhe; dazwischen die Glocke des Vorsitzenden)

(Zwischenruf: Die Sitzung muß unterbrochen werden)

(In der lebhaften Unruhe und den Zwischenrufen, wobei der Stadtv. Dr. Freisler seinen Platz verläßt, gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Sitzung unterbrochen ist)" (Stadtv. Vers. 9.1.1930, S. 41/42).

Unter der Überschrift "Tumult im Kasseler Stadtparlament" und "Christian Wittrocks Herzensbildung" berichtete die "Kasseler Post" am nächsten Tag davon.

"Da seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei Christian Wittrock seinerzeit den wesentlichsten Teil der Folgen seiner strafbaren Handlung erspart hatte, verlockt ihn das offenbar dazu, jetzt auch in der Stadtverordnetenversammlung strafbare Handlungen als zulässige Mittel der Auseinandersetzung anzusehen. Was er sich in der gestrigen Sitzung erlaubte, war H a u s f r i e d e n s b r u c h mit N ö t i g u n g in T a t e i n h e i t, und zwar offenkundig in planmäßig gewollter Form.

Der Stadtv. F r e i s l e r sprach gerade zu dem deutschnationalen Antrag, der den Magistrat ersucht, jede offizielle Vertretung der Stadt bei politischen Veranstaltungen einschließlich der Reichsbannerveranstaltungen zu unterlassen. Schon zu Beginn der Ausführungen des Stadtv. F r e i s l e r verursachten die Herren Q u e r und W i t t r o c k, die nach dem Hinausdrängen aller in der früheren Stadtverordnetenversammlung maßgebenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dort die Rolle der alleinigen Regisseure spielten, erheblichen Lärm, weil sie nicht begriffen hatten, daß der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher H o f a c k e r ordnungsmäßig und der Geschäftsordnung durchaus entsprechend Dr. Freisler das Wort erteilt hatte. Als sich Freisler dann in seinen Ausführungen mit scharfen Ausdrücken gegen das Reichsbanner wandte, suchten die Genossen durch dauernde Zwischenrufe den Eindruck zu erwecken, als habe er nicht das Reichsbanner, sondern die Reichsverfassung gemeint. Freisler wies das zurück, gebrauchte jedoch hierbei eine reichlich unfreundliche Redewendung gegen die Republik und erhielt hierfür vom Vorsteher einen Ordnungsruf. Er hatte schon einige Minuten seine Ausführungen fortgesetzt, als plötzlich Herr Wittrock nachträglich erfaßt hatte, daß bei der durch den Stadtverordnetenvorsteher bereits mit Ordnungsruf längst erledigten unrepublikanischen Stelle der Freislerschen Rede eine schöne Gelegenheit verpaßt war, einmal einen größeren und gewalttätigen Skandal zum 'Schutz der Reichsverfassung' in Szene zu setzen.

> E r f i n g d e s h a l b m i t g r ö ß t e m S t i m m e n a u f g e b o t f o r t g e s e t z t z u b r ü l l e n a n, t r o m m e l t e m i t b e i d e n F ä u s t e n a u f d e n T i s c h u n d s c h r i e d a u e r n d 'S c h l u ß! S c h l u ß! S c h l u ß! E r m u ß a u f h ö r e n! U n d w e n n d i e g a n z e S i t z u n g p l a t z t, e r m u ß a u f h ö r e n!'

Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher, der verpflichtet gewesen wäre, gegen den wild skandalierenden Führer seiner Fraktion mit Ordnungsrufen einzuschreiten, und ihn, wenn alle Ordnungsrufe nichts halfen, als Hausfriedensbrecher durch Polizeibeamte aus dem Saale bringen zu lassen, verzog sich aus der Affaire, indem er die Sitzung unterbrach,

in der sich inzwischen der Lärm zum Orkan steigerte,

da ein Großer Teil der Sozialdemokraten und Kommunisten dem Beispiel Wittrocks folgten, so daß der Rathaussitzungssaal Szenen erlebte, wie sie sich allenfalls sonst zu später Nachtstunde am Altmarkt abzuspielen pflegen. Mehrere Sozialdemokratische Stadtverordnete drangen, offenkundig zu Tätlichkeiten entschlossen, auf Freisler und auf andere Stadtverordnete der Rechten ein. Es hing an einem Haar, und das Kasseler Rathaus hätte dank Christian Wittrock sich nach Berliner Muster

eine Diskussion mit anschließender wilder Prügelei erlebt"(KP, 10.1.1930).

Aufgrund dieser Vorfälle im Stadtparlament stellte Freisler Strafantrag gegen Wittrock und einige andere sozialdemokratische Stadtverordnete wegen "Nötigung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung".

"'Hiermit stelle ich Strafantrag gegen den Kaufmann Christan Wittrock, Kassel, wegen Nötigung, Hausfriedensbruches und Körperverletzung, und zwar auf Grund folgenden Sachverhalts:

In der Stadtverordnetensitzung vom 9. Januar 1930 haben meine gegen das Reichsbanner gerichteten Ausführungen offenbar nicht den Beifall des Herrn Wittrock, der Fraktionsführer der sozialdemokratischen Stadtverordnetengruppe ist, gefunden, so daß Herr Wittrock sich veranlaßt sah, nachdem er und insbesondere sein Parteifreund Quer schon vorher unberechtigterweise mich am Reden hatten hindern wollen, mit der Faust auf das Pult zu schlagen und krebsrot vor Erregung, unterstützt durch den Chor seiner schreienden Genossen zu rufen:

'Schluß, Schluß, Schluß! er redet nicht weiter, und wenn die Sitzung auffliegt'.

Als ich infolge dieses dauernden Tumultes des Herrn Wittrock und seiner Genossen der Versammlung nicht mehr verständlich war, begab ich mich, gemäß parlamentarischem Gebrauch zum Tische der Stenographen, um wenigsten diesem verständlich zu bleiben, was Herrn Wittrock und mehreren anderen seiner Genossen veranlaßte, auf mich loszustürzen,

mich gewaltsam gegen meinen Widerstand mit vielfacher Übermacht von dem Stenographentisch abzudrängen.

In all diesem erblicke ich, wie übrigens auch all diejenigen Zeugen, die an dem Vorfall unbeteiligt waren, eine gewalt-

s a m e N ö t i g u n g in dieser Sprengung der Sitzung, da Herr Wittrock es darauf abgesehen hatte, mit Gewalt die Sitzung zu sprengen, und mich an meinem Recht, als Stadtverordneter, nachdem mir der Stadtverordnetenvorsteher ordnungsgemäß das Wort erteilt hatte, Ausführungen zu machen, zu hindern. In dem Augenblick, in dem ich bereits bei den Stenographen mich nicht mehr verständlich machen konnte und gewaltsam abgedrängt wurde, unterbrach der Stadtverordnetenvorsteher, durch den Tumult gezwungen, die Sitzung. Herr Wittrock benutzte nunmehr die Gelegenheit, seinen Parteigenossen G o e t h e , gegen den ich ebenfalls wegen Nötigungsversuches hiermit Strafantrag stelle, m i t a l l e m K r a f t a u f w a n d g e g e n m i c h z u s c h l e u d e r n, was ich als Körperverletzung und Beleidigung auffasse, weswegen ich ebenfalls Strafantrag stelle. In dem nächsten Augenblick drängten mit Unterstützung von Kommunisten die Sozialdemokraten weiter auf mich sowie meine beiden mir zur Hilfe geeilten Parteigenossen, die Stadtverordneten W e i n r i c h und B l o c k, ein und drängten uns gewaltsam von der Stelle, an der wir standen, ab, in Richtung auf den Pressetisch zu.

> H i e r b e i w u r d e i c h m e h r f a c h, s o a u c h v o n d e m S t a d t v. R i n i n s l a n d t ä t l i c h a n g e g r i f f e n.

Ich weigerte mich ausdrücklich, vom Platz zu weichen, da niemand ein Recht besitzt, mich von einer Stelle abzudrängen, an der ich mich befinde. Auch in diesem Vorgehen erblicke ich eine Nötigung. Das Dazwischentreten anderer Stadtverordneter verhinderte schließlich weitere Tätlichkeiten.

Ich hätte Strafantrag gegen Wittrock nicht gestellt, wenn nicht Wittrock ausgerechnet einer Partei angehört, die den Parlamentarismus als ideales Regierungsmittel ansieht, und die deshalb Hüter parlamentarischer Disziplinen sein muß. Wittrock muß als Verteidiger des Parlamentarismus wissen, daß er, wenn ihm Ausführungen eines anderen Stadtverordneten nicht gefallen, darauf sachlich antworten kann, daß er aber nicht mit roher Gewalt einen anderen Stadtverordneten an Ausführungen, die dieser, nachdem ihm ordnungsgemäß das Wort erteilt ist, macht, hindern darf.

Es kommt weiter hinzu, und das ist ein weiterer Grund, den Strafantrag gegen Wittrock zu stellen,

> d a ß a u s g e r e c h n e t W i t t r o c k e t w a 1/2 S t u n d e v o r h e r s i c h g e g e n e i n e a n g e b l i c h e P o l i t i k d e s T e r r o r s e i n e m s e i n e r P a r t e i g e n o s s e n g e g e n ü b e r s e h r s c h a r f a u s g e s p r o c h e n h a t t e,

und daß die Ironie des Schicksals es wollte, daß ausgerechnet

> er, der Vertreter einer demokratischen Partei einem anders Denkenden gegenüber sich schreienden Terror zuschulden kommen läßt. Ich betrachte mich nicht als Hüter des Parlamentarismus, muß aber verlangen, daß der Stadt die parlamentarische Institution zum allermindestens gegen die Verteidiger des Parlamentarismus mit Worten, zu denen die Sozialdemokratie gehört, schützt. Daß öffentliches Interesse an der Verfolgung der Angelegenheit vorliegt, bedarf keiner weiteren Ausführung'.
>
> Dr. Freisler benennt dann eine Reihe von Stadtverordneten als Zeugen für den Vorfall und schließt: 'Gleichzeitig teile ich mit, daß in der an dem Tumult sich anschließenden Geschäftsausschußsitzung der Stadtverordnete L o h a g e n mir erklärte, daß, wenn ich noch einmal von Rotmord spräche, er dafür sorgen werde,
>
> d a ß e r u n d s e i n e P a r t e i g e n o s s e n m i c h a u s d e m S a a l t r a g e n m ü ß t e n.
>
> Das bedeutet eine offene Gewaltandrohung, nämlich die B e d r o h u n g m i t e i n e m V e r b r e c h e n, auf die ich natürlich nur damit antworten konnte, daß ich erklärte, daß ich mich angesichts dieser Drohung gezwungen sähe, mich künftig durch die Mitnahme von Waffen vorzusehen, da ich in Notwehr mich meiner Haut wehren werde.
>
> Ich teile auch diesen Vorfall der Staatsanwaltschaft zur pflichtmäßigen Weiterbearbeitung mit'" (KP, 12.1.1930).[14]

Leider ist von dem Prozeß nichts bekannt. Die Vorfälle in der Stadtverordnetenversammlung vom 9.1.1930 zeigen aber deutlich, welche weitreichenden Folgen sich aus den ständigen, scharfen Provokationen Freislers ergaben. Schon in den vorangegangenen Sitzungen verloren die Sozialdemokraten, aufgrund der fortwährenden harten Angriffe und Beleidigungen Freislers, die Geduld und waren nicht mehr bereit, sich seine Ausführungen anzuhören, indem sie mit Gegenbeleidigungen konterten. In dieser Versammlung kam es jedoch fast zur Eskalation. Freisler legte es bewußt darauf an, jede sachliche Arbeit im Stadtparlament unmöglich zu machen, da in dieser Phase ähnliche Vorfälle zum Alltag gehörten.

Von der Zeit an begannen auch die verschärften Konflikte mit dem Stadtv. Wittrock, der wegen Meineides zwei Jahre im Gefängnis gewesen war. Freisler bezichtigte ihn aufgrund seiner Parteizugehörigkeit,eine viel zu milde Strafe bekommen zu haben und nun als "Verbrecher" das deutsche Volk regieren zu wollen (vgl. Abschnitt 2.3.7.)[15]

Hinzu kam, daß Freisler seinen Kontrahenten nicht mehr im Stadtparlament reden ließ, ohne Wittrocks Ausführungen ständig zu unterbrechen (vgl. Stadtv. Vers. 3.2.1930, S. 27-42).

2.2.6 Die NSDAP-Versammlungen vom 18.6.1930

Schon seit Tagen riefen rote Plakate zu den NSDAP-Versammlungen am 18.6.1930 auf, die im Hotel Bahnhof Wilhelmshöhe, im Evangelischen Vereinsheim, in den Bürgersälen und in der "Stadt Stockholm" angekündigt waren.
Die Säle, die zusammen ein Fassungsvermögen von 1.500 Plätzen hatten, waren mit ca. 1.000 Personen besetzt. Auf der Rednerliste befanden sich Gauleiter Weinrich, Freisler, Kommunallandtagsabgeordneter Jordan, der Leiter der Kasseler Ortsgruppe Franke, Schriftleiter Bergemann vom "Sturm", Oberpostsekretär Fröhlich und Landesgeschäftsführer Friedrich. Im Mittelpunkt der Reden standen die politische Passivität der Masse der deutschen Bevölkerung, die sich endlich zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus entscheiden müßte, das Reichsbanner und die Polizei.
Während die Versammlungen im Hotel Bahnhof Wilhelmshöhe und im Evangelischen Vereinshaus ruhig verliefen, wurden die in den Bürgersälen und in der "Stadt Stockholm" polizeilich aufgelöst, da Franke und Bergemann die Polizei scharf angriffen und festgenommen wurden.
Gleichzeitig fand am Martinsplatz eine Kundgebung der KPD statt, die von etwa 400 Personen besucht war und im Anschluß daran mit einer Demonstration endete. Nach einem friedlichen Verlauf löste sie sich kurze Zeit später am "Wall" auf.
Ferner patrouillierten Gruppenweise Reichsbannerleute in Uniform durch die Stadt.
Da außerdem reger Verkehr in der Altstadt herrschte, sah sich die Polizei genötigt, mit Hilfe zahlreicher Beamter Zusammenstöße zwischen den einzelnen politischen Gruppen zu vermeiden und die unmittelbare Umgebung der "Stadt Stockholm" abzuriegeln.

In einem Bericht der Polizei hieß es dazu:

> "Die Versammlungsbesucher [der "Stadt Stockholm"] entfernten sich langsam durch die sich stauenden Menschenmassen, ohne daß es dabei zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre. Erst später kam es in der Nähe des Königsplatzes und an anderen Stellen
>
> zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden,

wobei mehrere Nationalsozialisten (es sind hier 11 Fälle bekannt geworden) mehr oder minder, teils durch Messerstiche und Hiebe verletzt wurden. Unter den Verletzten ist auch der nationalsozialistische Stadtverordnete Messerschmidt, der in bedenklichem Zustande in das Landeskrankenhaus eingeliefert wurde. Die Schutzpolizei, die die Straßen durch Streifenwagen befahren ließ, griff überall sofort ein. Eine umfangreiche Untersuchung nach den Tätern ist eingeleitet worden.

Nach Schluß der nationalsozialistischen Versammlungen..., versammelte sich ein kleiner Teil der Nationalsozialisten in der Rathausschänke. Gegen Mitternacht traten an verschiedenen Punkten der inneren Stadt radaulustige Elemente in Tätigkeit, die die Polizeibeamten bei ihrer Säuberungsaktion mit Steinen bewarfen; dabei wurden am Friedrichsplatz auch einige Scheiben eingeworfen. Es gelang der Polizei, die hauptsächlichsten Rädelsführer festzunehmen. Um 1 Uhr war die Stadt überall vollkommen wieder ruhig.

Im ganzen wurden am gestrigen Abend 15 Personen zwangsgestellt, weil sie entweder verbotswidrig in Uniform der NSDAP angetroffen wurden oder die polizeilichen Anordnungen nicht befolgt hatten. Bei einem festgenommenen Angehörigen der NSDAP wurde ein ein Meter langer Stahlstock und ein dolchartiges, scharfgeschliffenes Messer sowie eine größere Menge Verbandstoff vorgefunden. Bei einem anderen Festgenommenen wurde ein Revolver mit Munition beschlagnahmt" (KVBL, 19.6.1930, KP, 20.6.1930).

Die "Kasseler Post" forderte daraufhin "Schutz für jeden Kasseler Bürger"! Sie machte das Reichsbanner für die Ausschreitungen verantwortlich,

"...weil er ausgerechnet an diesem Abend in zahlreichen Gruppen in Uniform die Straße abpatrouillierte. Wir betonen, in Uniform, mit der "Eiche" in der Hand! Während die Polizeibeamten sich dauernd bemühten, harmlose Bürgergruppen in Bewegung zu bringen und jede Ansammlung zu vermeiden, genoß das Reichsbanner den Vorzug, Gruppen zu bilden und in durchaus provozierender Haltung neben der Polizei herzumarschieren. Man kennt das Verbot des Uniformtragens für die Nationalsozialisten. Man kennt auch die Erregung, die dieses einseitige Verbot hervorgerufen hat, um so frevelhafter war das Spiel, das der Reichsbannerverein am Mittwochabend durch den Aufmarsch seiner Leute in Uniform trieb. Und heute weiß man auch, daß diese

> Provokation durch das Reichsbanner zu der unglaublichen Erregung und zu den furchtbaren Vorfällen beigetragen hat...
>
> Man konnte mitunter den Eindruck haben, als trete das Reichsbanner als 'Ordnungstruppe' neben der staatlichen Polizei auf. G e g e n e i n e s o l c h e n e u a r t i g e P r a x i s m ü s s e n w i r s c h ä r f s t e n W i d e r s p r u c h e r h e b e n" (KP, 20.6.1930).

Des weiteren wurde die Polizei beschuldigt, nicht alles in ihrer Macht stehende getan zu haben, um die Auseinandersetzungen zu vermeiden und im Bericht von "Andersdenkenden" anstatt vom Reichsbanner und von Kommunisten gesprochen zu haben.
Demgegenüber schrieb das "Kasseler Volksblatt" im Kommentar:

> "Die Hakenkreuzler, die erst jüngst in M a n n h e i m wieder ein Beispiel ihres v i e h i s c h e n Benehmens zum Besten gegeben hatten, deren berufsmäßige Hetzer und Provokateure in letzter Zeit wieder stärker am Werke sind, sie haben am Mittwoch am eigenen Leibe spüren müssen, wohin i h r e M e t h o d e n führen. Es ist das unbestreitbare und ebenso traurige Verdienst der Nazis, M e s s e r, R e v o l v e r u n d K n ü p p e l z u H i l f s m i t t e l n d e s p o l i t i s c h e n K a m p f e s e r k l ä r t u n d g e b r a u c h t z u h a b e n. Sie dürfen sich da also nicht wundern, wenn sich diese Waffen gelegentlich gegen s i e s e l b s t wenden, und haben n i c h t das mindeste Recht, sich darüber zu entsetzen. In Ihren Reihen herrscht eben n i c h t jene D i s z i p l i n, wie sie das Reichsbanner auszeichnet. Das Reichsbanner, das am Mittwochabend in Erscheinung trat als äußerer Beweis dafür, daß Kassel keineswegs den Nazis gehört, hat sich a n k e i n e r S t e l l e irgendwie an Schlägereien beteiligt. Es wurde um 10 Uhr zurückgezogen und leistete diesem Befehl u n v e r z ü g l i c h Folge" (KVBL, 19.6.1930).

Aufgrund dieser Vorfälle hatte sich ein "Hilfsausschuß" der Nationalsozialisten gebildet, dem auch Freisler angehörte und der "zur Hilfe für die Opfer vom 18. Juni" aufrief. In der "Kasseler Post" vom 22.6.1930 wurde der Appell veröffentlicht.
Zusammen mit seinem Kollegen Rechtsanwalt Früchte wurde Freisler vom Gau Hessen-Nassau Nord der NSDAP beauftragt, festzustellen:

> "1.... wer die unmittelbaren Täter bei den am 18. Juni 1930 stattgehabten organisierten bewaffneten Überfällen gewesen sind, denen 16 Kasseler Bürger zum Opfer fielen.

2. Wie sich bei den einzelnen Überfällen die Schutzpolizei, insbesondere deren leitende Beamte verhielten.
3. Welcher Grad nicht nur moralisch, sondern auch strafrechtlichen Verschuldens der Leitung des Reichsbanners bei den organisierten Überfällen zukommt."

Auch in diesem Fall wurde die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgerufen.

"Zweckdienliche Angaben sind schriftlich unter Zeugenbenennung einem der genannten Rechtsanwälte zuzusenden. Insbesondere bitten sie auch um genaue Mitteilung über das Verhalten des Gauführers des Kasseler Reichsbanners, des Lehrers Q u e r. Der Gau Hessen-Nassau hat eine Belohnung ausgesetzt" (KP, 22.6.1930).

Dieser "Hilfsausschuß" verstand sich als zusätzliches Ermittlungsgremium der beschleunigt eingeleiteten Untersuchungen der Staatsanwaltschaft.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 21.6.1930 standen die Vorfälle vom "Mittwochabend" auf der Tagesordnung. Die Fraktion der NSDAP stellte folgenden Dringlichkeitsantrag:

"1. Angesichts der Vorgänge vom 18. Juni 1930, die zur Verletzung von 26 friedlichen Kasseler Bürgern durch marxistische Horden, und zwar sowohl des Reichsbanners, als der Kommunistischen Partei führten, wird der Magistrat ersucht, dem Reichspräsidenten gegenüber in schärfster Form d i e M i ß b i l l i g u n g d e r g e s a m t e n B ü r g e r s c h a f t, gegenüber dem Verhalten der Polizei und aus Anlaß des vollkommenen Versagens der Polizei, auszusprechen und bei den zuständigen Stellen darauf hinzuweisen, d a ß d e r K o m m a n d e u r d e r K a s s e l e r S c h u t z p o l i z e i s o w i e d e r P o l i z e i p r ä s i d e n t i n K a s s e l s o f o r t a b b e r u f e n w e r d e n.
2. Der Magistrat wird ersucht, namens der Stadt Kassel den Verletzten d a s B e d a u e r n d e r S t a d t auszusprechen, um auf diese A r t d e n g u t e n R u f d e r S t a d t K a s s e l wenigstens etwas wieder herzustellen.
3. Ein Betrag von 1.000 RM w i r d d e m H i l f s a u s s c h u ß für die bei dem Vorfall am 18. Juni 1930 Verletzten, zu Händen des Zahnarztes Dr. Alfred K r e i s, in Kassel zur Verfügung gestellt" (KP, 23.6.1930).

Ein ähnlicher, etwas gemäßigter Antrag wurde auch von der DNVP Kassels eingereicht und ebenfalls von der Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt. In seiner Stellungnahme sprach Freisler von "marxistischen Horden" und beschimpfte den Polizeipräsidenten Hohenstein, den Kommandeur der Kasseler

Schutzpolizei, Oberstleutnant Schulz, und den Reichsbannerführer Quer, die "Blut fließen sehen wollten". Stadtverordnetenvorsteher Hofacker (SPD) erteilte ihm dafür zwei Ordnungsrufe.

> "Der Redner beginnt dann einen Satz, der durch einen d r i t t e n O r d n u n g s r u f durch den Stadtv.-Vorsteher unterbrochen wird.
> D r. F r e i s l e r: 'Ich verbitte mir das'!
>
> Es beginnt ein Tumult, viele Stadtverordnete rufen durcheinander, man hört nur noch die Stimme des Vorstehers:
> 'Die Sitzung ist geschlossen'.
>
> Dr. Freisler läuft zum Präsidententisch. Der Vorsteher erklärt, daß er die Sitzung auf fünf Minuten vertage. Zu allem Überfluß wird noch d i e g r o ß e S i r e n e angestellt, die aus vollem Halse losheult. Erregte Gruppen bilden sich.
>
> Nach fünf Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Vorsteher H o f a c k e r erklärt, warum er den Stadv. Freisler dreimal zur Ordnung gerufen habe. ...für das Präsidium, daß Stadtv. Dr. Freisler Einspruch beim Geschäftsausschuß erheben könne.
>
> > N a c h § 33 d e r G e s c h ä f t s o r d n u n g s t e l l e e r d e n A n t r a g, d e n S t a d t v. D r. F r e i s l e r f ü r z w e i S i t z u n g e n a u s z u s c h l i e s s e n.
>
> Dr. Freisler verlangt zur Geschäftsordnung zu sprechen. Stadtv.-Vorsteher Hofacker: 'Ich erteile Ihnen das Wort n i c h t! Dr. Freisler: 'D a s i s t R e c h t s b r u c h!'
>
> Der Antrag auf Freislers A u s s c h l u ß wird von den Sozialdemokraten und Kommunisten b e j a h t. Das alles geht so schnell, daß kaum jemand weis, was überhaupt gespielt wird.
>
> Stadtv.-Vorsteher Hofacker (Soz.) fordert Dr. Freisler auf, den Saal zu verlassen. Er läßt zwei Kriminalkommissare in Zivil hereinkommen. Dr. Freisler verläßt freiwillig den Saal. Der eine der Kriminalkommissare kann sich nicht verkneifen, den Versuch zu machen, Dr. Freisler am Ärmel abzuführen" (KP, 24.6.1930).

Im "Kasseler Volksblatt" hieß es dazu:

> "In bewußter Absicht häuft Freisler, dem es nur auf Agitation ankommt, die Beschimpfungen, so daß er sich O r d n u n g s r u f a u f O r d n u n g s r u f zuzieht. Die Sitzung muß unterbrochen werden, Roland rast, die Lärmsirene übertont sein Geschrei an die Tribünenbesucher...
>
> Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird Freisler auf Beschluß des Hauses für zwei Sitzungen ausgeschlossen.

Neuer Tobsuchtsanfall. Polizei wird gerufen. Roland Freisler wird aus dem Saale geführt.

(Die 'Kasseler Post', die alle diese Freislerschen Lärmszenen deckt, behauptet, der Kriminalkommissar habe sich 'nicht verkneifen' können, 'den Versuch zu machen, Dr. Freisler am Ärmel abzuführen'. Nein, Freisler mußte abgeführt werden.)"(KVBL, 24.6.1930).

Am 17.11.1930 hatte sich Freisler dehalb vor dem Großen Schöffengericht wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung des Polizeipräsidenten sowie des Kommandeurs der Kasseler Schutzpolizei Schulz zu verantworten.
Da Freisler sich auf der umgitterten Anklagebank befand, wo sonst nur Häftlinge sitzen, bat der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kulenkamp, den Angeklagten vor der Schranke Platz zu nehmen, was Freisler mit der Begründung, er fühle sich "nur als schäbiger Bürger", verweigerte.
Er forderte den Stahlhelmkommandeur Oberstleutnant von Buch, den früheren Kommandeur der Schutzpolizei, als Sachverständigen für die Beurteilung des Verhaltens der Polizei am 18.6.1930. Oberstaatsanwalt Wellmann wies die Forderung zurück und benannte statt dessen Polizeimajor Mende.

Anschließend beschwerte er sich über die Anwesenheit des Regierungspräsidenten Dr. Friedeburg, der als Kommissar der Staatsregierung an der Verhandlung teilnahm und verlangte, ihn als Zeugen zu vernehmen. Nach einer Kontroverse mit dem Vorsitzenden lehnte Freisler ihn wegen Befangenheit ab, was ihm jedoch verwehrt wurde.

"Sofort schließt Dr. Freisler einen

Antrag an auf Ablehnung der beiden Schöffen, des Arbeiters Bockenmühl aus Landefeld und der Bürogehilfin Minna Hagedorn aus Witzenhausen, weil ihm bekannt sei, daß beide Schöffen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei seien.

Der Antrag wird abgelehnt mit der Brgründung, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts eine Parteizugehörigkeit keinen Grund zur Ablehnung eines Schöffe abgebe" (KP, 18.11.1930).

Dann wurde mit Hilfe des Protokolls der Stadtverordnetenversammlung vom 21.6.1930 der Eröffnungsbeschluß verlesen. Freisler bestätigte, daß er nach dem vierten Ordnungsruf aus dem Saal gewiesen wurde und der Auffor-

derung dreimal nicht Folge leistete, worauf er von der Polizei abgeführt wurde.
Nachdem Freisler den Kasseler Reichsbannerführer Quer erblickte, wollte er ihn ebenfalls als Zeugen laden lassen,wiederholte den Ablehnungsantrag gegen den Schöffen Bockemühl, da dieser Quer mit einem Kopfnicken begrüßt hätte. Schließlich stellte er einen dritten Antrag,weil Bockemühl gelacht hätte, als Quer von ihm als Zeuge genannt wurde. Alle Anträge wurden verworfen "D a r a u f l e h n t e F r e i s l e r k u r z u n d b ü n d i g d a s g a n z e G e r i c h t ab" (KVBL, 18.11.1930). Als ihm auch dieses verweigert wurde, wies er noch einmal alle Beteiligten einzeln zurück.
Zum fünften Mal zog sich das Gericht zurück.

> "Die Anträge werden abgelehnt, weil sie nur eine Verschleppung des Prozesses bezwecken. Man habe geprüft, ob der Angeklagte nicht wegen Ungebühr vor Gericht bestraft werden müßte. Nur die augenscheinliche große Erregung, in der sich der Angeklagte befinde, habe das Gericht von der Verhängung einer Ordnungsstrafe absehen lassen. Und wegen dieser großen Erregung des Angeklagten werde die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt" (KVBL, 18.11.1930).

Das ganze "Affentheater" wie es das "Kasseler Volksblatt" nannte, dauerte mehr als vier Stunden!

Der zweite Tag des Freisler Prozesses verlief zwar wesentlich ruhiger, erstreckte sich aber, bedingt durch seine Beweisanträge, auf neun Stunden. Zu den zahlreich anwesenden Nationalsozialisten im Zuhörerraum bemerkte das "Kasseler Volksblatt": "Sie scheinen einen regelrechten Gerichtsdienst eingerichtet zu haben, denn sie lösen sich ab und sichern dem Angeklagten so das Auditorium" (KVBL, 20.11.1930).
In dieser Verhandlung legte Freisler einen Schriftsatz vor, der beweisen sollte, daß er von der Stadtverordnetenversammlung vom 21.6.1930 rechtswidrig ausgeschlossen worden wäre, da über seinen Ausschluß nicht verhandelt und die Abstimmung angezweifelt worden wäre. Oberstaatsanwalt Wellmann beantragte deshalb den Stadtverordnetenvorsteher Hofacker und Oberbürgermeister Stadler als Sachverständige zu vernehmen. Freisler erklärte sich mit dem ersteren einverstanden, lehnte aber den letzteren ab.
Hierauf verlas Freisler einen zweiten Schriftsatz, der ihm, wie schon

der Erste, erst kurz vorher aus seinem Büro gebracht wurde.

> "Der Angeklagte benennt Zeugen dafür, daß die Polizei am 18. Juni absichtlich falsch aufgestellt war, um die Hakenkreuzler den Gewalttaten auszuliefern; daß der Polizei bekannt war, es werde zu Gewalttaten kommen; daß das Reichsbanner 'bewaffnet' war; daß von auswärts Reichsbanner herangezogen war; daß die Polizei Befehl hatte, gegen das Reichsbanner nicht vorzugehen und solche Leute, die Plakate der Nationalsozialisten beschädigten, nicht zu verfolgen; daß Polizeipräsident Dr. Hohenstein eingewilligt hätte, das Reichsbanner zu bewaffnen; daß Polizeioffiziere Versammlungsbesuchern Schutz versagt hätten; daß die Versammlung in der 'Stadt Stockholm' unberechtigt aufgelöst worden sei; daß das Reichsbanner nach 9 Uhr noch auf der Straße war.
>
> Freisler nimmt für sich die Wahrung berechtigter Interessen in Anspruch,
>
> denn er hätte die Rede im Interesse tausender Parteigenossen gehalten. Sein Beweis gegen den Polizeipräsidenten und den Kommandeur der Schupo stützte sich auf Indizien, daher brauche er für diese Beweisführung so viele Zeugen" (KVBL, 20.11.1930).

Oberstaatsanwalt Wellmann wollte zunächst prüfen lassen, "ob die von Freisler behauptete Besprechung zwischen dem Polizeipräsidenten, Schupokommandeur und dem Reichsbannerführer Quer wegen 'Bewaffnung des Reichsbanners und Entwaffnung der Nazis' erfolgt sei". Falls der Beweis erbracht würde, könnte auf viele weitere Zeugen verzichtet werden.
Nach vierstündiger Beratung nannte das Gericht eine Reihe weiterer Zeugen, die zur Beweisaufnahme vernommen werden und klären sollten, ob Freisler Wahrung berechtigter Interessen zugesprochen werden könnte. Der Oberstaatsanwalt protestierte dagegen, da Freisler hätte Anzeige gegen die betreffenden Personen stellen und sich beim Regierungspräsidenten beschweren können.
Danach wurde die Verhandlung auf den 19.11.1930 unterbrochen.

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, auf alle Aussagen der Verhandlungen vom 20.-23.11.1930 näher einzugehen, deshalb wird sich die folgende Darstellung auf die Vernehmung der Hauptzeugen beschränken.

Zu Freislers Ausschluß aus der Stadtverordnetenversammlung vom 21.6.1930 begründete Stadtverordnetenvorsteher Hofacker noch einmal die Ordnungsrufe und erklärte, daß es für eine Anzweiflung der Abstimmung keine Veranlassung gegeben hätte, zumal sich die NSDAP der Stimme enthalten

und nicht dagegen gestimmt hätte. Auch der frühere Vorsteher Geck und der Stellvertreter Hartmann bestätigten das rechtmäßige Handeln Hofackers (vgl. KP, 21./22.11.1930).

Für die Vorfälle am 18.6.1930 waren im wesentlichen die Aussagen des Polizeipräsidenten, des Kommandeurs der Schutzpolizei und des Kasseler Reichsbannerführers maßgebend.

Reichsbannerführer Quer erklärte, er wäre am Vormittag des 18.6.1930 zu einer Besprechung mit dem Polizeipräsidenten zusammengetroffen. Dieser hätte ihm wiederholt nahegelegt, von den beabsichtigten Maßnahmen des Reichsbanners abzusehen. Er selbst hätte darauf zunächst nicht geantwortet, sich später aber zu dem Schritt entschlossen, da die Nationalsozialisten die Demokratie beseitigen wollten und sie deshalb an die Stärke des Reichsbanners erinnert werden sollten. Er hätte jedoch Polizeisekretär Benz sein Vorhaben frühzeitig mitgeteilt, damit sich die Polizei darauf einstellen konnte.Ferner teilte er die Anordnungen für das Auftreten des Reichsbanners mit.

> "Danach sollten keine Versammlungen der Nationalsozialisten besucht werden. Provokationen sollten nicht beantwortet werden, man habe sich von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten unbedingt fernzuhalten und man müsse der Polizei die Aufgabe erleichtern. Anordnung ist ergangen, daß man sich in den Straßen zeigen solle, das Zusammenwirken in Gruppen habe zu unterbleiben" (KP, 22.11.1930).

Ähnlich äußerten sich auch die weiteren Zeugen.

Die Vernehmungen des Kommandeurs der Schutzpolizei ergaben, daß die provokativen sogenannten "Mordbrennerplakate" der Nationalsozialisten zunächst von ihm verboten werden sollten, ebenfalls die angekündigten Versammlungen der Nationalsozialisten und Kommunisten. Der Polizeipräsident sprach sich jedoch mit der Begründung, daß die Versammlungsfreiheit gewahrt werden müßte, dagegen aus. Hierauf begannen die Vorbereitungen, die sich vornehmlich gegen die zu erwartenden Störungen der Nationalsozialisten richteten. Die Versammlung der Kommunisten sollte vorsichtig überwacht werden. Der Polizeipräsident hätte außerdem in der Besprechung geäußert, das Reichsbanner sollte von den Straßen fernbleiben. Im Laufe des 18.6.1930 wäre dann der Befehl herausgegeben worden, gegen Plakatabreißer und Reichsbanner nicht vorzugehen, um unnötige Unruhen zu vermeiden. Nach der Auflösung der Versammlung in der'Stadt Stockholm' stellte sich die Frage, ob man die Teilnehmer zusammen oder

in kleineren Gruppen nach Hause schicken sollte, um sie nicht zu gefährden. Man habe sich dann für die letzte Möglichkeit entschieden, womit größere Zusammenstöße vermieden werden sollten. Die meisten Personen hätten sich daraufhin durch die von Polizisten bewachte Entengasse entfernt. Es hätte kein Grund vorgelegen, den Rednern oder einzelnen Mitgliedern der NSDAP Schutz zu gewähren, wofür auch nicht genügend Kräfte vorhanden gewesen wären.Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er die Polizeieinheiten nach der Schlägerei am Königsplatz wieder zurückgeschickt hätte, antwortete Schulz, daß er sofort einen Beamten sandte und eine größere Ansammlung von Polizisten nicht erforderlich gewesen wäre.
Polizeipräsident Hohenstein führte aus, daß das Verhalten der Nationalsozialisten seit der Auflösung des Reichstages erhöhte Aufmerksamkeit verlangte, weshalb auch am 11. Juni das Uniformverbot erlassen wurde. Die NSDAP regierte darauf mit zahlreichen Versammlungen, so auch in Kassel. Diese lösten wiederum heftige Proteste der Kommunisten wie auch der Sozialdemokraten aus. Um Auseinandersetzungen zu vermeiden, hätte er deshalb angeordnet, daß die Demonstrationen der KPD an einem anderen Ort stattfinden sollte als die Versammlungen der Nationalsozialisten. Von einem Erscheinen auch des Reichsbanners hätte er dringend abgeraten und die entsprechenden Stellen darüber informiert. Da die Kasseler Bürger nicht zu Ausschreitungen neigten, wären die "Mordbrennerplakate", deren Aufschrift an der "Grenze einer Bedrohung" stände, nicht verboten worden. Am Abend des 18.6.1930 hätte er sich vor Ort von der Lage informiert, wäre dann aber nach Hause gefahren, da alles ruhig zu verlaufen schien. Später erhielt er einen Anruf mit der Mitteilung, auf dem Königsplatz gäbe es eine Schlägerei, worauf er zusammen mit einem Mannschaftswagen dorthin fuhr. Oberstleutnant Schulz traf ebenfalls dort ein und sagte, es hätte zwei Verletzte gegeben. Erst später am Abend sei ihm (Hohenstein) bekannt geworden, daß die Ausschreitungen ein größeres Ausmaß angenommen hätten (vgl. KVBL, 25.11.1930 und KP, 25.11.1930).

Demgegenüber sagten fast alle nationalsozialistischen Zeugen aus, daß die Polizei sie entweder nicht schützen konnte oder nicht wollte, denn die Beamten wären immer erst dann eingetroffen, wenn die Überfälle bereits vorbei gewesen wären (vgl. KP, 21.11.1930).
Der Oberstaatsanwalt stellte den Strafantrag, Freisler wegen Hausfriedensbruchs eine Geldstrafe von 100 Mark und übler Nachrede des Polizeiprä-

sidenten 500 Mark, hilfsweise für 10 Mark einen Tag Gefängnis, aufzuerlegen.

> "Der Angeklagte Dr. F r e i s l e r beginnt seine 1 1/2stündige Rede mit Ausführungen über seine politische Gedankenrichtung. E s s e i i h m u n m ö g l i c h z u d e n k e n, daß ein jüdischer Polizeipräsident und ein sozialdemokratischer Kommandeur der Schutzpolizei u n p a r t e i i s c h gegen N a t i o n a l s o z i a l i s t e n s e i n können.
>
> D o c h h a b e e r s i c h d a v o n ü b e r z e u g t, d a ß d i e g e g e n Dr. H o h e n s t e i n e r h o b e n e A n s c h u l d i g u n g, e r h a b e B l u t f l i e ß e n s e h e n w o l l e n, n i c h t z u t r e f f e n d s e i.
>
> Doch könne er hierfür den § 193 in Anspruch nehmen. Anders bei dem Kommandeur der Schutzpolizei, dessen Verhalten nicht anders als absichtlich und b e w u ß t e V e r f o l g u n g der N a t i o n a l s o z i a l i s t e n zu deuten sei. In diesem Falle sei der Wahrheitsbeweis erbracht.
>
> Ebenso wenig sei er strafbar wegen Hausfriedensbruch, da ihm die Maßnahmen des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung es unmöglich gemacht hätten, seine Stellungnahme zu dem eingereichten Antrag zu begründen".

Nach dreistündiger Beratung verkündete das Gericht das Urteil:

> "Der Angeklagte D r. F r e i s l e r wird freigesprochen von der Anklage der Beleidigung des Oberstleutnants Schulz, dagegen v e r u r t e i l t wegen B e l e i d i g u n g und ü b l e r N a c h r e d e g e g e n P o l i z e i p r ä s i d e n t Dr. H o h e n s t e i n zu einer Geldstrafe von 300 Mark, ferner wegen H a u s f r i e d e n s b r u c h zu einer G e l d s t r a f e v o n 100 M a r k.
> In der B e g r ü n d u n g führt der Vorsitzende aus, daß der Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei weder bezüglich des Polizeipräsidenten noch bezüglich des Oberstleutnants Schulz. S c h u l z habe nicht böswillig aber u n g e s c h i c k t gehandelt. Der Angeklagte habe das t a k t i s c h e U n g e s c h i c k d e s S c h u p o k o m m a n d e u r s a l s B ö s w i l l i g k e i t a u s l e g e n k ö n n e n, deshalb sei ihm hierwegen der Schutz des § 193 des StGB zugebilligt worden" (KP, 25.11.1930).

Dem Beleidigten wurde Publikationsbefugnis in den Kasseler Zeitungen zugesprochen. Es konnte nicht bewiesen werden, daß sich das Reichsbanner an den Ausschreitungen beteiligt hatte.

Das "Kasseler Volksblatt" war mit dem milden Urteil nicht einverstanden. Freislers ungebührliches Verhalten vor Gericht, seine massiven Verdächtigungen gegen die leitenden Beamten der Demokratie verdienten eine wesentlich höhere Bestrafung.

> "Wir wissen, daß Freisler sich als Held unter seinen Mannen feiern lassen wird, daß er in Versammlungen Kapital schlagen wird aus dem Prozeß, wobei es ihm sicher gelingt, die Leute von seiner 'Unschuld' zu überzeugen. Das ist überhaupt ein hervorstechender Zug der Nazis und ihrer Anhänger, daß sie an ihre Führer nicht den geringsten Maßstab der Kritik anlegen, sondern den Schreihälsen einfach folgen...
>
> Freisler triumphierte gestern abend schon: Wo Schulz hinversetzt wird, halte ich sofort eine öffentliche Versammlung ab" (KVBL, 25.11.1930).

Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Berufung ein, Freisler jedoch nicht, was beweist, daß er mit dem Urteil äußerst zufrieden gewesen sein muß (vgl. KP, 7.12.1930).

Hierbei handelte es sich um die ersten blutigen Zusammenstöße nach politischen Versammlungen in Kassel. Freislers Verhalten im Stadtparlament und in der Gerichtsverhandlung vom 17.11.1930 schloß sich seinem Vorhergehenden in verschärftem Maße an. Auch im Gericht fällt auf, daß Freisler aufgrund seiner "Erregung" nicht bestraft, sondern noch mit Rücksicht auf seinen Zustand behandelt wurde und er im Vergleich zu anderen politischen Prozessen relativ milde Strafen bekam.

2.2.7 Wegen Landfriedensbruchs angeklagt und freigesprochen (1.7.1930)

Am 1.7.1930 sollte eine Versammlung der NSDAP in der Stadthalle stattfinden, die jedoch kurz vorher verboten wurde. Daraufhin kam es zu Unruhen, an denen auch Freisler beteiligt war.
Der Polizeibericht meldete:

> "Gestern abend gegen 8 Uhr kam es vor der S t a d t h a l l e, in der die vom Polizeipräsidenten verbotene 'F r i c k - V e r s a m m l u n g stattfinden sollte, zunächst zu kleineren Ansammlungen von Natio-

nalsozialisten und Neugierigen, die von der Polizei sofort zerstreut wurden. Später nahmen diese Ansammlungen jedoch immer mehr zu, ohne daß die Teilnehmer den mehrfachen Aufforderungen der Polizeibeamten, sich zu zerstreuen, Folge leisteten, und die unter der Menge sich aufhaltenden Nationalsozialisten gingen dazu über, durch 'Heil'-Rufe durch Johlen und Schreien die öffentliche Ordnung erheblich zu stören. Die Polizei ließ darauf den Platz vor der Stadthalle räumen. Hierbei mußten mehrere Personen zwangsgestellt oder vorläufig festgestellt werden, u.a.

> Regierungsinspektor Engeland, der die Menge gegen die Polizei aufreizte, und Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler, der von seiner Wohnung in der Hinzpeterstr. aus Aufforderungen an die Menge und an die Polizeibeamten richtete.

Dr. Freisler wird wegen Landfriedensbruch heute früh dem Schnellrichter vorgeführt werden. Die Menge wurde nach dem Hindenburgplatz abgedrängt und verlief sich schließlich, nachdem es an verschiedenen Stellen noch zu kleineren Ansammlungen gekommen war.

Ein Teil der Nationalsozialisten hatte sich gegen 22 Uhr zu einer Versammlung nach der Rathausschänke in der unteren Wilhelmstraße zurückgezogen. Die Polizei hob diese Versammlung aus und brachte die Teilnehmer sämtlich zum Polizeipräsidium. Unter ihnen waren auch mehrere Göttinger Nationalsozialisten, von denen zwei Schlagringe bei sich trugen, die ihnen abgenommen wurden. In einem der Transportwagen wurde nachher eine fortgeworfene Sprengkapsel gefunden.

Die Aufhebung der Versammlung hatte eine größere Menschenansammlung in der Oberen König- und oberen Wilhelmstraße zur Folge, aus der lautes Gejohle und 'Heil'-Rufe erschallten. Da die Menge der Aufforderung der Polizei, sich zu entfernen, nicht nachkam, wurde zur

> Säuberung der Straßen geschritten.

Dabei wurden zwei Nationalsozialisten wegen Nichtbefolgung und ein Dritter wegen Drohungen und Beleidigungen gegen die Polizeibeamten vorläufig festgenommen. Die Menge verlief sich, und gegen 24 Uhr zeigten die Obere König- und Wilhelmstraße wieder das normale Bild. In der Altstadt war alles ruhig. Es hatten sich gegen 20 Uhr nur einige Kommunisten, deren Kundgebung der Polizeipräsident ebenfalls verboten hatte, angesammelt. Diese gingen aber sofort auseinander, als die Polizeibeamten sie hierzu aufforderten.

> Im ganzen wurden gestern abend 75 Personen von der Polizei zwangsgestellt oder vorläufig festgenommen" (KVBL, 2.7.193o, KP, 3.7.1930).

Der Kommentar des "Kasseler Volksblatts" lautete:

> "R o l a n d F r e i s l e r, der von der Polizei aus der vorletzten Stadtverordnetenversammlung wegen seines Benehmens und seiner maßlosen Schimpfereien entfernt werden mußte, leistete sich gestern ein besonderes Stücklein. Vom F e n s t e r seiner gegenüber der Stadthalle gelegenen Wohnung aus hielt er H e t z r e d e n a n d i e M e n g e, um diese aufzuputschen. Will die "Kasseler Post" auch das noch verteidigen? Freisler hielt sich in seiner abgeschlossenen Wohnung offenbar gefeit vor polizeilichem Zugriff. Aber er täuschte sich, die Schupo holte ihn aus seiner Wohnung heraus und machte seiner Aufwiegelei ein Ende" (KVBL, 2.7.1930).

Im Schwurgerichtssaal wurde am 2.7.1930 das Verfahren gegen Roland Freisler vor dem Schnellrichter, Amtsgerichtsrat Hintze, eröffnet. Die Anklage übernahm Staatsanwalt Hennings. Als Verteidiger wählte Roland Freisler seinen Bruder und Rechtsanwalt Paulmann.
Zunächst verlas der Staatsanwalt die Anklageschrift. Freisler wurde beschuldigt, nach § 111 des StGB öffentlich eine Menschenmenge zu einer strafbaren Handlung aufgereizt zu haben.
Zu seiner Verteidigung schilderte Freisler die Vorgänge des Vorabends folgendermaßen:
Er wäre gegen 19.30 Uhr in seine Wohnung gekommen und hätte Lärm auf der Straße gehört, was ihn bewog zum Fenster hinauszusehen. Vor der Stadthalle hätte sich eine größere Menschenmenge versammelt, die von der Polizei mit Knüppeln vertrieben wurde. Freisler hätte dann zu Abend gegessen und später noch einmal am offenen Fenster gestanden. Er hätte gehört, wie ein Polizeioffizier gesagt hätte: "Das ist genauso wie bei den Kommunisten". Hierauf hätte er dem Beamten zugerufen: "Bei den Kommunisten wird von Polizeiknüppeln kein Gebrauch gemacht" und das Fenster wieder geschlossen. Kurze Zeit später wäre die Kriminalpolizei erschienen, der er jedoch nicht geöffnet hätte. Nach einer Weile wären erneut vier Kriminalbeamte und ein Schlosser gekommen, der die Tür öffnen sollte. Um dem zuvorzukommen, hätte er selbst aufgemacht und sich zur Polizei bringen lassen. Anschließend bestritt er, sich strafbar gemacht zu haben.

Danach folgte die Vernehmung der Zeugen. Regierungsrat Schöny, Oberstleutnant Schulz, Hauptmann Schön, Obersekretär Berz und Kriminalrat Siebert sagten mit geringen Abweichungen alle das gleiche aus. Sie bestätigten Freislers Zuruf an den Polizisten und hätten den Eindruck gehabt, daß der Angeklagte die Menschen vor der Stadthalle auffordern wollte, sich den Anordnungen der Polizei zu widersetzen. Grund für die Annahme wären Freislers Gestikulationen und weitere Äußerungen gewesen, die man aber wegen des Lärms nicht verstehen konnte.
Der Staatsanwalt beantragte Freispruch mangels eindeutiger Beweise. Rechtsanwalt Paulmann bezeichnete die Vorgehensweise der Polizei gegen die Nationalsozialisten als "systematische Hetze des Polizeipräsidiums" (KVBL, 3.7.1930), hielt eine politische Rede und überließ das weitere Plädoyer dem Bruder des Angeklagten, der ebenfalls Freispruch forderte.
Freisler rief: "Nun erst recht", was die jungen Zuhörer der NSDAP zu "Heil"-Rufen veranlaßte. Hierauf wurde der Saal geräumt.

Das Gericht schloß sich dem Antrag des Staatsanwalts an.

> "Als Dr. Freisler den Saal verließ, wurde er vor der Saaltüre von zwei Männern auf die Schulter gehoben und den Korridor entlanggetragen. Diese Männer wurden kurz darauf von der Polizei festgenommen" (KP, 3.7.1930).

Im Kommentar stellte die "Kasseler Post" noch einmal fest, daß Freisler keine Hetzrede gehalten hätte, wie das Gerichtsurteil beweise und wandte sich dabei ausdrücklich an das "Kasseler Volksblatt". Statt dessen wurde das sozialdemokratische Blatt beschuldigt, die Tatsachen zu verdrehen und selbst zu hetzen, damit die Polizeiführung härtere Maßnahmen gegen die Kasseler Bürger ergriffe (vgl. KP, 3.7.1930).
Das "Kasseler Volksblatt" hingegen war sichtlich verärgert über den Freispruch. Voller Ironie empörte es sich darüber, daß das Gericht Freislers Aussagen Glauben schenkte, er hätte nur ganz "zufällig" aus dem Fenster gesehen und "harmlos" sein Abendbrot verdaut! Mit seinem Ausruf: "Nun erst recht", hätte Freisler gezeigt, was von dem Tatbestand zu halten wäre und was man in Zukunft noch erwarten könnte. Das "Hohngelächter" der anwesenden Nazis hätte das bestätigt (vgl. KVBL, 3.7.1930).

Unter der Überschrift "Gekränkte Unschuld! - Freislers Schrei nach dem Schnellrichter", berichtete das "Kasseler Volksblatt":
Nach am 3. Juli reichte Freisler gegen uns Klage ein. Bereits am gleichen Tag sandte das Amtsgericht die Anklageschrift an den Verlag und bevor

der verantwortliche Schriftleiter davon Kenntnis erhielt, stand die Nachricht schon in den "Kasseler Neuesten Nachrichten".

> "Tempo! Wörtlich: 'Nur eine Bestrafung die der Beleidigung auf dem Fuße folgt', vermag 'die Beleidigung in etwas zu sühnen'...
> Wir sind mit Freuden bereit zum Tanze" (KVBL, 5.7.1930).

Am selben Tag verteidigte Roland Freisler zusammen mit seinem Bruder zwei Personen, Thom und Behren, die am gleichen Abend wie er selbst wegen öffentlicher Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen wurden. Als der Vorsitzende Oswald Freisler eine Frage an den Oberstleutnant Hofmann, ob Thom geschlagen worden wäre, verweigerte, lehnte Roland Freisler den Vorsitzenden wegen Befangenheit ab! Da darüber die Strafkammer des Landgerichts zu entscheiden hatte, wurde die Verhandlung vertagt (vgl. KVBL, 3.7.1930).

Am 27.8.1930 wurde sie vor dem Einzelrichter, Amtsrichter Schäfer, fortgesetzt. In dieser Verhandlung wollte Roland Freisler Oberstleutnant Hofmann des Meineides überführen. Zu diesem Zweck hatte er bereits Strafantrag beim Staatsanwalt gegen Hofmann eingereicht und forderte zunächst dieses Verfahren zu behandeln. Das Gericht stimmte dem jedoch nicht zu und begann mit der Zeugenvernehmung.
Hofmann hatte in der ersten Verhandlung ausgesagt, daß er zusammen mit zwei weiteren Polizisten das Restaurant Schimke in der Wilhelmstraße betreten hätte, um Thom festzunehmen. Thom wäre nicht geschlagen worden.
Die von Freisler bestellten Zeugen sagten aus, daß die Polizei lärmende Menschen in der Wilhelmstraße vertrieben hätte, worauf Thom den Polizisten zurief: "Ihr Rauhbeine, betragt euch anständig, ihr seid wohl verrückt geworden, ihr Lumpen". Um Thom festzunehmen, der inzwischen in das Lokal gegangen war, wären dann Polizeibeamte gekommen. Über die Anzahl schwankten die Aussagen. Später meldete sich ein weiterer Wachtmeister. "Er hätte Thom geschlagen, da dieser Widerstand geleistet hätte". Ein anderer Zeuge bestätigte das, betonte aber, der Polizist hätte Thom nur "angetippt". Hofmann, der einige Schritte von Thom und dem Wachtmeister entfernt stand, hatte das nicht gesehen, da in dem Lokal viele Menschen herumstanden.
Somit stellte sich Freislers angekündigter Meineid Hofmanns als falsch heraus. Thom wurde zu 140 Mark Geldstrafe und Behren zu 80 Mark verurteilt, da letzterer gerufen hatte: "Seh'n Sie an, die Burschen, zehn gegen einen, so eine Gemeinheit".

2.2.8 Die Stadtverordnetenversammlungen vom 17.2. und 10.11.1930

Um einen vollständigen Eindruck von den Stadtverordnetensitzungen dieser Phase zu vermitteln, sollen in diesem Abschnitt noch zwei Versammlungen dargestellt werden, die belegen, wie die sachliche Arbeit im Stadtparlament durch Freislers ständige Provokationen und Auseinandersetzungen mit einzelnen Stadtverordneten erheblich gestört wurde. Da es sich hierbei um längere Kontroversen handelte, sollen sie im Original wiedergegeben werden.

In der Sitzung vom 17.2.1930 bat Freisler den Magistrat um Informationen über die Höhe des Polizeietats. Auf einen Zwischenruf des Stadtverordneten Lohagen, konterte Freisler dem Kommunisten mit einer Beleidigung seiner Parteimitglieder, infolge dessen es dann zu heftigen Protesten des letzteren kam. Dieses war der erste größere Konflikt mit einem kommunistischen Stadtverordneten.
Im Laufe der weiteren Versammlung stellte die NSDAP zwei Anträge, die nach einem Beschluß des Geschäftsausschusses in der vertraulichen Sitzung behandelt werden sollten. Freisler jedoch setzte sich einfach darüber hinweg und versuchte in der öffentlichen Sitzung dazu Stellung zu nehmen, worauf der Vorsitzende ihm nach mehrfachen Mahnungen das Wort entzog.

Es folgt eine Kopie der Stadtv. Vers. vom 17.2.1930, S. 15-18 und S. 31/32.

in der ersten Zeit nach seinem Eintritt das Auto nötig hatte, um sich in Kassel über die Verhältnisse zu informieren.
(Hört, hört!)
Von einer Verschwendung kann aber keine Rede sein.
Der Herr Berichterstatter hat auch die Platzanl-agen am Friedrichs-Wilhelmsplatz und Bahnhofsplatz erwähnt. Ich kann hierzu nur sagen, daß wir sehr gern diese Anlagen gärtnerisch schön gestalten würden. Wir haben besonders für den Bahnhofsplatz ein recht schönes Projekt aufgestellt, aber weder der Bahnhofsplatz noch der Friedrich-Wilhelmsplatz gehören der Stadt. Wir sind bei unseren Plänen von den Wünschen der Besitzer und allerdings auch von unserer eigenen Finanzlage abhängig.

Die Rechnung wird festgestellt und Entlastung erteilt.

Punkt 11.X Rechnung der Polizeiverwaltung für das Rechnungsjahr 1928.
Berichterstatter: Zinn, Dietrich, Thanheiser.

Stadtv. Zinn: Die Rechnung der Polizeiverwaltung für das Rechnungsjahr 1928 ist geprüft und in Ordnung befunden. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Wir beantragen Zustimmung.

Stadtv. Dietrich: Zugestimmt.

Stadtv. Ulbrich: Im letzten Etatsjahr sind 475.000 RM ? (rd. 500.000 RM) für die staatliche Polizei ausgegeben worden. Das ist ein Kapitel, für das sich besonders die werktätige Bevölkerung interessiert. Hier könnte wirklich gespart werden. Wenn man einen Vergleich zieht, wie gering die Summe für diesen Zweck vor dem Krieg war, so muß man erstaunt sein, wie hoch die Kosten gewachsen sind.
(Zwischenruf: Warum das alles?)
(Stadtv. Steuer: Das war auch eine andere Zeit.)
(Zwischenruf von den Kommunisten: Weil Ihr so viel Krach macht.)
Das Geld wird für die Polizeikosten verausgabt, die Polizei wird aber nur gegen die Arbeiterschaft gehetzt. Wenn die Leut auf der Straße demonstrieren, wenn die Leute Arbeit, Hunger und Brot schreien, dann ist die Polizei da, und dafür bewilligen Sie die Gelder.
Mit Rücksicht darauf, daß die Polizei nur gegen die Arbeiterschaft eingesetzt wird, daß man sie nur verwendet, um die werktätige Bevölkerung bei ihrem Kampf um Arbeit und Brot niederzuhalten, können wir diesem Posten nicht zustimmen und müssen die Rechnung ablehnen.

Stadtv. Dr.Freisler: Wir bitten den Magistrat um Auskunft, wieviel von den 475.000 RM verwandt worden sind für Zwecke der Polizei, wieviel sienötig hat zum Beispiel für den Verkehrssicherheitsdienst.
(Stadtv. Lohagen: Roland, was sagt Fricke dazu?)
Solange es bei Jhnen (zu dem Stadtv. Lohagen) noch organisierte Strolche gibt
(Widerspruch bei den Kommunisten, Zwischenrufe.)
(Stadtv. Lohagen: Dann sind Sie der größte Strolch.)

Vorsitzender

Vorsitzender: Herr Stadtv. Lohagen, ich rufe Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

(Stadtv. Lohagen: Rufen Sie auch den Freisler zur Ordnung, der spricht von uns von Strolchen, das lassen wir uns nicht gefallen.)

Vorsitzender: Herr Stadtverordneter Lohagen

(Stadtv. Lohagen: Rufen Sie auch den Mann zur Ordnung, der hat uns als Strolche tituliert, wir lassen uns das nicht gefallen.)

Vorsitzender: Ich muß Sie dringend bitten, in Zukunft mehr Ruhe zu bewahren.

(Stadtv. Lohagen: Wir verlangen, daß der Mann zur Ordnung gerufen wird, wir sind keine Strolche.)

Vorsitzender: Herr Stadtv. Freisler, ich rufe Sie zur Ordnung! Organisierte Strolche gibt es nicht.

(Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Freisler: Mir ist bekannt, daß eine führende Persönlichkeit der Republik von organisierten Strolchen gesprochen hat, und wenn ein Mitglied der Regierung selbst von organisierten Strolchen spricht und sie als solche bezeichnet, wird der Herr Stadtverordnetenvorsteher doch hier nicht widersprechen können. Ich weiß, daß ein schwerer Kampf gegen die Unterweltorganisationen geführt wird, und daß in diesem Zusammenhang von organisierten Strolchen gesprochen worden ist Ich bedauere aber, daß, wenn man sich diese Weisheit der Führer der Republik zu sehr zu eigen macht, der Herr Stadtverordnetenvorsteher erklärt, so etwas, was in Berlin festgestellt ist, gibt es nicht; davon weiß ich nichts, was man in Berlin kennt, gibt es hier nicht. Immerhin ist dem Stadtv Lohagen durch sein Schreien geglückt, den Vorsteher zu überzeugen. Vorher hat er erklärt, ich hätte ein Mitglied des Hauses gemeint. Ich habe kein Mitglied des Hauses gemeint. ~~Ich~~ Herr Stadtverordnetenvorsteher, der Ordnungsruf ist Ihnen nur so herausgerutscht.

(Heiterkeit.)

Jedenfalls war er ein schlagkräftiges Mittel, den anderen zu bändigen und mir zum Reden zu verhelfen.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Wir möchten wissen, wie viel von den 475.000,- RM verwandt worden sind für Zwecke, die unserer Ansicht nach die Polizei tatsächlich erfüllen muß, und wieviel insbesondere verwendet wird offen und verdeckt für die sogen politische Polizei, und wieviel insbesondere verwendet wird zur Niederhaltung des erwachenden Deutschland, was verwendet worden ist zur Terrorisierung der öffentlichen Meinung aus Anlaß des Volksbegehrens und wieviel 1928 zur Unterdrückung der damals aufgetauchten Freiheitsbewegung verwandt worden ist. Wir wissen, daß die Polizei in den Großstädten und auch in Kassel ihre Hauptaufgabe damit verbringt, daß sie mit den Geldern der Steuerzahler das jetzige System zu stabilisieren und aufrecht zu erhalten versucht. Wir erwarten deshalb, daß der Magistrat, ehe er die 475.000,- RM herausgespuckt hat, sich überzeugt hat, ob die Gelder tatsächlich im kommunalen

Interesse verwandt worden sind. Wir haben heute, wo wir die Rechnungslegung zu genehmigen haben, ein Recht, zu erfahren, ob das in den Einzelheiten vom Magistrat geprüft ist, oder ob es etwa den pflichttreuen Beamten des Magistrats nicht möglich ist, in die Rechnungslegung der staatlichen Polizei hineinzuschauen, wie sie tatsächlich ist, oder ob diese Rechnungslegung irgendwie verschleiert ist. Ist das nicht der Fall, dann muß daraus hervorgehen, was wir über die Einzelheiten wissen wollen.

Es bestehen also 3 Möglichkeiten, entweder der Magistrat hat angefragt, und die Polizei hat geantwortet, daß nichts für andere Zwecke verbraucht ist; dann glauben wir der Polizei nicht und werden das hinausposaunen, oder aber es besteht die Möglichkeit, daß die Polizei einen Teil der Gelder für andere Zwecke verwandt hat und der Magistrat das auch weiß, und wir wissen dann, daß man deswegen die Rechnungsbeträge nicht genannt hat, weil die Erstattung dieser Beträge für die Polizei gesetzwidrig ist, oder es bestehe die letzte Möglichkeit, daß die staatliche Polizei nicht so genau Rechnung gelegt hat, daß man die einzelnen Verausgabungen herausnehmen kann, und dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, zu erklären, daß wir eine Rechnung, die nicht durchsichtig und klar genug ist, ablehnen. Wir wollen verhindern, daß die Gelder der Steuerzahler zur einseitigen machtpolitischen Stärkung der Parteigruppe des jetzigen Systems verwandt werden, um diejenigen, die in Deutschland wirklich arbeiten wollen, niederzuknüppeln.

Vorsitzender: Herr Stadtv. Lohagen, ich muß Sie dringend bitten, in Zukunft mehr Ruhe zu bewahren. Ich werde nicht davor zurückschrecken, mit allen parlamentarischen Mitteln derartige Skandalszenen zu unterbinden.

Herr Stadtv. Dr.Freisler! Sie haben den Ordnungsruf deswegen erhalten, weil Sie Mitglieder einer politischen Partei mit dem Ausdruck Strolche belegt haben.

(Stadtv. Dr.Freisler: Ich habe gesagt, solange es bei Ihnen organisierte Strolche gibt.)

Hätten Sie diese Zwischenbemerkung nicht gemacht, dann hätte der Herr Stadtv. Lohagen nicht diesen Skandal aufgeführt, den ich auch in Zukunft durch Ordnungsrufe abdämmen werde.

(Stadtv. Lohagen: Wir wehren uns ganz entschieden dagegen, wir lassen uns nicht beleidigen.)

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Stadtverordneten Lohagen, ruhig zu sein.

Stadtv. Lüpnitz: Die Ausführungen des Herrn Stadtv. Dr.Freisler zu der Rechnung der Polizeiverwaltung für das Rechnungsjahr 1928 sind eigentümlich. Heute schickt er sich an, die Polizeikosten außerordentlich stark zu korrigieren. Bereits bei dem vorigen Etat war die Summe für Polizeikosten, die auf die Stadt entfiel, so gewaltig erhöht, daß die Kommunistische Stadtv.Fraktion es für richtig befunden hatte, diesen Etat abzulehnen, und heute bringt es der Herr Stadtv.Dr.Freisler fertig, die Berechtigung dieses Betrages abzuerkennen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Nationalsozialisten mit dem gegenwärtigen System nicht einverstanden sind, sie den Polizeietat hätten ablehnen müssen. Wir haben damals

den Polizeikostenzuschuß abgelehnt, weil wir der Überzeugung waren, daß es eine sittliche Pflicht ist, für alle, die gegen das heutige Regierungssystem sind, nicht ihre Hand dazu zu bieten, daß unnütze Gelder ausgeworfen werden.
(Stadtv. Dr.Freisler: Sittliche Pflicht ist das nicht.)
Was Sie, Herr Stadtv. Dr.Freisler, vorher gemacht haben, war keine Ablehnung des Polizeikostenzuschusses, sondern waren nur so Larifari-Dinge,
(Heiterkeit.)
wie Sie es schon immer gemacht haben.

Stadtv. Lohagen: Ich habe festgestellt, daß der Herr Stadtverordnetenvorsteher auf die Androhung der kommunistischen Fraktion .....

Vorsitzender: Das ist Ihre persönliche Meinung, die können Sie auch kürzer zum Ausdruck bringen.
Wollen Sie zur Sache reden, Herr Stadtv. Lohagen?

Stadtv. Lohagen: Jawohl, ich werde zur Sache sprechen. Ich stelle fest, daß wir bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes von den Nationalsozialisten in der unerhörtesten Weise beleidigt worden sind und zwar als die Partei der organisierten Strolche. Ich möchte noch folgendes bemerken: Die deutsche Polizei bemüht sich weniger um die sogen. organisierten Strolche, die emporgestiegen sind aus den kapitalistischen Verhältnissen, und wofür Sie die Schuld trifft, sondern legt größeren Wert darauf, besonders die revolutionäre Organisation des Proletariats zu bekämpfen. Der größte Teil der für den heutigen Staatsapparat gemachten Ausgaben hat nur den einen Zweck, den Hunger des Proletariats zu stillen mit blauen Bohnen oder mit Gummiknüppelhieben. Mit dem Zuschuß von 570.000 RM für die Kasseler Hohenstein-Polizei hat man eine Gelegenheit gegeben, die Kasseler Erwerbslosen mit Gummiknüppeln durch die Straßen zu jagen, aber Brot und eine Winterbeihilfe hat man ihnen nicht gegeben. Diese 570.000 RM wären zweckdienlicher verwandt worden, wenn man den Erwerbslosen dafür Brot gegeben hätte. Man hätte ein besseres Werk getan, wenn man von diesen 570.000 RM den Hunger der Kinder von Erwerbslosen gestillt hätte. Dabei reichen diese 570.000 RM Polizeikostenzuschuß für dieses Etatsjahr noch nicht einmal aus. Wie bereits feststeht, sollen in nächster Zeit weitere 230.000 RM bewilligt werden, sodaß wir von Jahr zu Jahr einen höheren Polizeikostenzuschuß zu leisten haben. Alle diese Gelder werden genommen aus den Steuergroschen der werktätigen Klasse. Interessant ist das demagogische Manöver des Herrn Stadtv. Dr.Freisler, der Nationalsozialist, der hier gegen den Polizeikostenzuschuß wettert, während in Thüringen die nationalsozialistischen Minister in großzügiger Weise Gelder ausgeben für die Schutzpolizei.
(Zwischenrufe rechts: Das ist Ihnen wohl unangenehm?)

Vorsitzender: Herr Stadtv. Lohagen, die Thüringer Polizei steht hier nicht zur Tagesordnung, ich möchte Sie bitten, zur Sache zu sprechen.

Stadtv. Lohagen: (fortfahrend) Zur Debatte stehen aber die Ausführungen des Herrn Stadtv. Dr.Freisler.
(Widerspruch.)

Vorsitzender

*unkt 17. Antrag der Stadtverordnetengruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei:

"Der Magistrat wird ersucht, Auskunft zu geben darüber, welche Schritte er unternommen hat und zu unternehmen gedenkt angesichts eines Schreibens des Herrn Landeshauptmanns der Provinz Hessen-Nassau vom 8. Februar 1930, in dem behauptet wird, daß die Frage der Verlegung der Verwaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach Marburg oder Frankfurt a/M. nicht nur erneut aufgeworfen wird, sondern mit höchster Wahrscheinlichkeit diese Frage im Sinne einer Verlegung der Verwaltung entschieden wird, falls bis Ende Februar d.Js. über das Schicksal des Bauprojekts der Stadt in der Wolfsschlucht keine Klarheit dahingehend geschaffen wird, daß für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in der Wolfsschlucht ein geeigneter Neubau zur Verfügung gestellt wird und in dem weiter behauptet wird, daß mit der Abwanderung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auch eine Abwanderung der Haftpflichtversicherungsanstalt und der Beamten der Provinzialverwaltung verbunden sei und daß dies eine wesentliche Förderung der Bestrebungen darstelle, den Sitz der Provinzialverwaltung von Kassel zu verlegen, in dem ferner behauptet wird, daß darüber hinaus eine Verzögerung in der Angelegenheit "Bau Wolfsschlucht" den Verlust der bisherigen Zusage einer Hypothek von 250.000 RM an die Stadt zur Folge haben würde

inkt 18. Antrag der Stadtverordnetengruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei:

"Der Magistrat wird ersucht, angesichts der katastrophalen Entwicklung der Geschäftslage der Kasseler Omnibusgesellschaft, die binnen noch nicht einem Jahr aus einem blühenden Privatunternehmen sich in einen Zuschußbetrieb mit einem Zuschußbedarf von mehreren Hunderttausenden M verwandelt hat, der Stadtverordnetenversammlung sofort zu berichten

1. über die Gründe dieser katastrophalen Entwicklung,
2. über die Maßnahmen, die beabsichtigt sind, um dieser Entwicklung ein Ende zu machen, insbesondere über die Maßnahmen, die für erforderlich gehalten werden und beabsichtigt sind, um die Verwaltung der Kasseler Omnibusgesellschaft von dem Einfluß des Konkurrenzunternehmens der Großen Kasseler Straßenbahn zu befreien, um damit
   1. die Möglichkeit zu wirtschaftlichem Aufblühen des Unternehmens,
   2. die Möglichkeit zu einer den Belangen der Allgemeinheit dienenden Verkehrs- und Tarifpolitik

zu schaffen."

Vorsitzender: Der Geschäftsausschuß hat beschlossen, diese Angelegenheiten in vertraulicher Sitzung zu behandeln. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Stadtv. Dr.Freisler: Gegen den Antrag des Geschäftsausschusses.
(Vorsitzender: Sie sprechen doch zur Geschäftsordnung.)

Sie

Sie wissen doch, wir wissen gerade eben noch das richtige Maß zu halten. Wenn die Frage behandelt werden soll, ob diese Anträge hier in öffentlicher oder vertraulicher Sitzung behandelt werden sollen, dann werden Sie verstehen, daß zunächst auch die Anträge bekannt sein müssen. Ich möchte Sie deshalb bitten, damit die Zeit nicht von meiner Redezeit abgeht, die Anträge zu verlesen.

(Widerspruch, Heiterkeit, Glocke des Vorsitzenden.)

(Vorsitzender: Reden Sie zur Geschäftsordnung, Herr Stadt Dr.Freisler.)

Es scheint, daß die beiden Anträge in die öffentliche Sitzung gehören. Der eine bringt nichts weiter als die Frage, was geschehen soll anläßlich des Briefes des Landeshauptmanns vom 8.2., wenn nicht rechtzeitig Sorge getragen wird, daß die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft ein Unterkommen findet. Ein solcher Antrag interessiert die Öffentlichkeit in weitestem Maße, deshalb, weil in diesem Falle ein hervorragend öffentliches .....

(Zwischenrufe: Gehört das zur Geschäftsordnung?)

(Vorsitzender: Das ist ja ganz schön und hübsch, was Sie da sagen, aber Sie gehen schon auf die Materie ein.)

Ich habe gesagt .....

(Vorsitzender: Gestatten Sie, Herr Stadtv. Dr.Freisler.)

Ich gestatte.

(Vorsitzender: Den anwesenden Damen und Herren sind Ihre Anträge bekannt. Der Tribüne brauchen Sie nicht .....

Maßgebend ist ja doch, wo die Anträge verhandelt werden sollen.

(Vorsitzender: Es erübrigt sich eine Verlesung, sonst entziehe ich Ihnen das Wort.)

Über den Punkt sind wir längst raus, Herr Vorsteher.

Ich wollte nur sagen, warum die Anträge in die öffentliche Sitzung gehören, weil das, worüber jetzt abgestimmt werden soll, erstens ein erhebliches öffentliches Interesse hat und weil die Öffentlichkeit ein Recht hat, zu erfahren, ob die Gefahr besteht, daß die Stadt Kassel nicht mehr als Provinzialhauptstadt .....

(Zwischenrufe, Unruhe.)

Denn so etwas, was in dem Brief eines höheren Beamten steht, verhandelt man nicht hinter verschlossenen Türen.

(Glocke des Vorsitzenden.)

(Vorsitzender: Herr Stadtv. Dr.Freisler, Sie gehen über .. Wir verlangen, daß die Angelegenheit auch deswegen in öffentlicher Sitzung verhandelt wird, weil wir aus bester Quelle ....

(Vorsitzender: Herr Stadtv. Dr.Freisler, Sie gehen über das Maß der Geschäftsordnung hinaus; ich entziehe Ihnen das Wort.)

Das geht nicht. Haben wir denn hier ein Recht, oder haben wir kein freies Recht? Sie können mir nur das Wort entziehen, dazu haben Sie nur das Recht, wenn Sie mich darauf dreimal aufmerksam gemacht haben, daß die Voraussetzungen für die Wortentziehung ..

(Vorsitzender: Herr Stadtv. Freisler, ich habe Ihnen das Wort entzogen.)

Sie haben mich auch auf die Folgen des 3. Ordnungsrufes aufmerksam zu machen.

(Vorsitzender: Ich habe Ihnen das Wort entzogen. Da Sie trotzdem weiterreden, rufe ich Sie zur Ordnung.)

Schämen

Schämen Sie sich, kennen Sie keine Geschäftsordnung? Kennen Sie kein Recht, sondern nur Gewalt? Ich würde mich schämen, das zu tun.

(Vorsitzender: Ich rufe Sie zum 2. Mal zur Ordnung.)
(In eigener Sache.)

Vorsitzender: Die Anfrage wird somit in vertraulicher Sitzung behandelt. Die öffentliche Sitzung ist damit geschlossen. Ich bitte, die Tribünen zu räumen.X

---ooo---

B. Vertrauliche Sitzung.

Punkt 1. Verkauf des städtischen Grundbesitzes zwischen Schwab-, Arnim-, Hebbel- und Stifterstraße an die "Gewobag", Gemeinnützige Wohnungsbau-A.G. Hessen und Hessen-Nassau zu Frankfurt a.M.

Berichterstatter: Wiebach, Eckhardt, von Brocke.

Dem Verkauf des städt. Grundbesitzes zwischen Schwab-, Arnim-, Hebbel- und Stifterstraße an die Gewobag, Gemeinnützige Wohnungsbau A.G. Hessen und Hessen-Nassau zu Frankfurt a.M., zu den vorgeschlagenen Bedingungen wird zugestimmt.

Antrag der Stadtverordnetengruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr. Bereitstellung von Räumen für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Der Antrag, betreffend Verlegung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, soll in der nächsten Stadtverordnetensitzung beraten werden.

Antrag der Stadtverordnetengruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr. Kasseler Omnibus-Gesellschaft.

Der Antrag, betreffend Kasseler Omnibus-Gesellschaft, soll in der nächsten Stadtverordnetensitzung beraten werden.

Vorsitzender: Weitere Punkte liegen nicht vor. Ich schließe die vertrauliche Sitzung.

Schluß der vertraulichen Sitzung 8^{30} Uhr.

---ooo---

Die zweite Stadtverordnetenversammlung vom 10.11.1930 handelte von einer Auseinandersetzung mit dem Stadtverordneten Goethe, der Freisler vorwarf, zum Zeitpunkt der letzten Sitzung im Kino gewesen zu sein. Diese Beschuldigung zog eine erneute Klage gegen das "Kasseler Volksblatt" nach sich, das die Behauptung aufgestellt hatte. Da Freisler bei derartigen Angelegenheiten stets klagte, nannte ihn ein linker Stadtverordneter "Prozeß-Hansel". [16]

Es folgt eine Kopie der Stadtv. Vers. vom 10.11.1930, S. 7/8.

10.11.30

tv. Goethe: In der letzten Stadtv.Vers., in der der Antrag auf Bewilligung von 5.000 RM für die streikenden Metallarbeiter Annahme fand, war für uns klar, daß die Einstellung der Nationalsozialisten zu dem Antrag nicht so zu bewerten sei, wie man hätte annehmen können
(Stadtv. Lüpnitz: Demagogie! Sagen Sie es doch!),
und wie man sie von rechtswegen betrachten müßte. Wir wissen ja, daß dies nichts anderes ist als ein Manöver, um den Arbeitenden Sand in die Augen zu streuen. Die denken ja gar nicht daran, den kämpfenden Arbeitern zu helfen. Es steht doch fest, daß die Kreise um die Nationalsozialisten früher das Gros der Streikbrecher gestellt haben, und wenn sie heute dazu übergehen wollen, den Arbeitern zu sagen, daß sie sie im Kampfe gegen das Unternehmertum schützen wollen, so ist das eine Unaufrichtigkeit, die nicht deutlich genug gekennzeichnet werden kann.
Sie, Herr Stadtv. Dr.Freisler, hatten uns das letztemal das Vergnügen bereitet, hier nicht anwesend zu sein. Sie haben sich in der "Liebesparade" im U.T. unterhalten.
(Stadtv. Dr.Freisler widerspricht.)
Das war wohl wichtiger, als wie hier das Los der Stadt Kassel zu beraten?
(Zwischenbemerkung Stadtv. Dr.Freisler.)
Warum sind Sie so aufgeregt? Die Angelegenheit ist uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt worden. Vielleicht ist sie inzwischen dementiert worden; uns ist das nicht bekannt. Daß die Nationalsozialisten in Kassel eine sehr unehrliche Rolle spielen, ist der Arbeiterschaft bekannt, und zwar nicht nur in Kassel.
(Zwischenbemerkung Stadtv. Dr.Freisler.)
Erregen Sie sich doch nicht so! Sie müssen mir zuhören. Man sollte politische Sadisten nicht so ernst nehmen.
(Stadtv. Dr.Freisler: Oldenburg hat schon geantwortet.)
Die Arbeiter, die ein gesünderes Empfinden haben, bilden sich selbst ihr Urteil.
(Zwischenbemerkungen links.)
Wir wollen nur darauf hinweisen, daß es ein Nationalsozialist gewesen ist, der im Magistrat den Beschluß der Stadtv.Vers. auf Bewilligung der 5.000 RM für die streikenden Metallarbeiter abgelehnt hat. Da sehen die Arbeiter, wie unehrlich die Arbeit der Nationalsozialisten hier im Plenum ist. Dort, wo die Tribünen sind, stimmen sie allen möglichen Anträgen zu, an der Stelle aber, wo niemand von der Öffentlichkeit hineinsehen kann, lehnen sie bezw. ihre Vertreter ihre eigenen Anträge ab. Einen gründlicheren Beweis für ihre Demagogie kann man eigentlich nicht führen. Ich weiß nicht, wie man sich da sonst noch ausdrücken sollte.

tdtv. Dr.Freisler: Zunächst habe ich heute zwei Neuigkeiten gehört. Vor einer Viertelstunde hörte ich, daß das Volksblatt behauptet hat, ich wäre an dem Abend der letzten Stadtv.Sitzung in einem Kino gewesen. Das hat natürlich zur Folge, daß das Volksblatt eine weitere Privatklage erhalten wird. Ich bin in diesem Herbst überhaupt noch in keinem Kino gewesen.
(Stadtv. Peters: An einem Abend habe ich Sie gesehen.)
Sie können sich beruhigen! Ihre vertrauenswürdige und glaubhafte Quelle werden Sie unter Eid dem Gericht in einigen Wochen vorführen können. Sie müssen sich aber merken; es wird im Laufe der Zeit doch ein bißchen viel, wenn in jeder Stadtv.Vers. Sie die Ursache zu einer Klage geben. Ob dann immer die Partei für die Kosten aufkommt, ist noch fraglich.
(Zwischenruf links: Sie haben ja nicht den Mut, das auszuführen.)
(zu dem Zwischenrufer:) Ich versichere Ihnen, wenn ich Ihren Namen feststellen kann, haben Sie auch eine Klage weg. Diese Klagen kosten

mir

mir keine 5 Minuten. Ich werde noch nicht einmal selbst hingehen, sondern schicke wahrscheinlich einen Referendar.
(Stadtv. Rinninsland: Wenn Sie weiter nichts können als klagen!)

rsitzender: Ich möchte doch bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen.

adtv. Dr. Freisler: Die sind zu teuer.
(Zwischenruf links: Prozeß-Hansel.)

rsitzender: Zur Sache selbst. Wenn wir den Punkt 9 der Tagesordnung, die Log betreffend, betrachten, so wird das einige Stunden in Anspruch nehmen. Ich bitte, darauf Rücksicht nehmen zu wollen. Die einzelnen Redner müssen doch dafür Sorge tragen, daß wir mit der Tagesordnung heute durchkommen.

adtv. Dr. Freisler: Es wurde ferner verlangt, daß ich zu den Ausführungen des Stadtv. Goethe Stellung nehme. Ich habe in den Ausführungen des Herrn Stadtv. Goethe nichts Erwidernswertes gefunden. Infolgedessen werden wir auch in der Stadtv. Vers. eine andere Stellung einnehmen wie voraussichtlich die Mehrheit. Daß die Bemerkungen, die gemacht worden sind, unrichtig sind, ergibt sich daraus, daß ich heute, ehe der Herr Stadtv. Goethe sprach, erklärt habe, von dem Augenblick an, wo der Streik abgedrosselt war von den freien Gewerkschaften, von diesem Augenblick an würde die Bewilligung der 5.000 RM nicht bedeuten, daß die streikenden Arbeiter etwas bekommen, sondern die Gewerkschaftskassen, Organisationen, die unter sozialdemokratischer Führung stehen, die an dem traurigen Zusammenbruch des Streiks allein verantwortlich sind, also daß die Organisationen noch gestärkt werden. Das können wir nicht verantworten. Wir können das, was die sozialdemokratischen Gewerkschaften als Feind der streikenden Metallarbeiter getan haben, doch nicht noch unterstützen. ×

adtv. Lohagen: Für uns handelt es sich heute um eine ganz prinzipielle Stellungnahme.
(Stadtv. Brehme: Ihre Partei hat ja schon gesprochen. Was wollen Sie denn sagen?)
Sie können mir doch keinen Maulkorb anlegen; dazu haben Sie gar keine Courage. Wenn Sie sich einen aufsetzen lassen, dann bitte! Ich wehre mich dagegen. - Für uns ist der Beschluß des Magistrats deshalb von prinzipieller Bedeutung, weil der Magistrat bisher alle Beschlüsse, die im Interesse der werktätigen Bevölkerung gelegen haben, einfach liquidiert und nicht ausgeführt hat. Ich erinnere bloß an den Beschluß über die Auszahlung der Winterbeihilfe. Dazu war erst nötig, daß man ein Gutachten herstellen ließ von einem Mann, der am besten noch einmal zur Schule gehen würde und nicht den Titel für sich in Anspruch nehmen sollte, daß er Jurist ist. Ein solches Gutachten hätte auch ein 15 jähriger Schüler machen können, wenn man ihm die Bücher in die Hand gedrückt hätte; dazu braucht man keinen Juristen. Das beweist aber, wie innerlich schwach und hohl die Position des Magistrats ist. Wir machen die Tribünenbesucher darauf aufmerksam, daß der Magistrat der Stadt Kassel es ist, der die Interessen der werktätigen Bevölkerung mit Füßen tritt, und daß sie zu diesem Magistrat auch nicht für einen Pfifferling Vertrauen haben können. Der Magistrat hat sich hier hingestellt als Büttel der Handwerks- und Handelskammer und als Büttel der Kasseler Industrie. Die waren es, die am meisten Sturm liefen und die die gesamte bürgerliche Presse alarmiert haben.

Ich komme nun zu dem unehrlichen Spiel der Sozialdemokratie. Man muß das doch näher aufzeichnen, was sich hier abspielt. Es ist ja kein besonderes Wunder. Ihr habt auch hier, wie es Euch sonst geht, wieder Eure Ohrfeige bekommen, und man hat Euch erklärt: Was seid Ihr für Esel! Ihr wißt doch, daß öffentliche Gelder nicht in Anspruch genommen werden dürfen. Ich erinnere doch daran, daß im vorigen Jahre bei dem Streik 5 Kommunisten ausgeschlossen wurden aus

Gregor Strasser (links), ehedem „Sozialist" in der NSDAP, später Opfer der NS-Morde nach dem sogenannten Röhm-Putsch von 1934, mit seinem Verteidiger im Oranienburger Prozeß 1930. Der Anwalt hieß Roland Freisler. Er war ehedem Kommunist gewesen und wurde später Präsident des Volksgerichtshofs der die (überwiegend konservativen) Widerstandskämpfer des 20. Juli 194- aburteilte: So kompliziert stellt sich der Verlauf der politischen Frontlinien in Personen dar. 354 Foto Ullstein

Personalakte Roland Freislers im Stadtarchiv Kassel 51, Nr. 351.

2.2.9 Zusammenfassender Überblick

Die von Freisler in der ersten Phase gestellten sozialen Forderungen blieben in verschärfter Form auch in dieser Zeit bestehen. Doch zeigte sich bereits hier, daß es ihm nicht nur an der Beseitigung der Armut lag, sondern durchaus politische Interessen der Nationalsozialisten damit vertreten wurden. Erstens benötigte die zunächst noch kleine Partei der NSDAP die Stimmen der Bevölkerung und zweitens betonte Freisler in der Stadtverordnetenversammlung vom 10.5.1929 ausdrücklich, daß seine Fraktion den Vertretern der Demokratie "keinen Pfennig" bewilligen würde, d.h. daß sich die Nationalsozialisten erhofften, einerseits durch Verweigerung von städtischen Einnahmen, wie z.B. Steuern und andererseits durch vermehrte Ausgaben des Sozialetats, schneller einen finanziellen Bankrott des Systems herbeizuführen, um dann selbst an die Macht zu gelangen. Welche praktischen Auswirkungen Freislers "soziale Einstellung" hatte, läßt sich u.a. an folgendem Beispiel nachvollziehen:
Eine alleinstehende Frau, die 7 Mark Wohlfahrtsunterstützung pro Woche bezog, hatte auf Armenrecht gegen ihren Untermieter geklagt und sowohl Roland Freisler als auch seinen Bruder um Rechtsbeistand gebeten. Welches Interesse Freisler an nicht zahlungsfähigen Mandanten hatte, geht aus einem Briefwechsel mit dieser Frau hervor:

> "Sehr geehrte Frau...!
> In der Gebührenangelegenheit ist nunmehr H a f t-
> b e f e h l gegen Sie ergangen.
> Wir fordern Sie nochmals auf, den Betrag von 19,43 RM zuzüglich entstandene Kosten in Höhe von 4,60 RM innerhalb drei Tagen zu bezahlen, andernfalls wir gezwungen sind, auch den Haftbefehl gegen Sie zu vollstrecken".

In ihrem Antwortschreiben teilte die Frau Freisler mit:

> "Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!
> Im Besitze Ihres Schreibens vom 9. Oktober d.J. muß ich mitteilen, daß meine damalige Angelegenheit auf Kosten des A r m e n r e c h t s geführt wurde. Ich bitte mich daüber zu belehren, woher trotzdem für mich noch Kosten entstehen. Ich bin auch heute noch nicht in der Lage, die Kosten aufzubringen, da ich als Wohlfahrtsunterstützungempfängerin nur wöchentlich 7 RM für meinen Lebensunterhalt beziehe, das bedeutet, daß meine wirtschaftliche Lage sich keinesfalls verbessert hat.
>
> Ich sehe einer Mitteilung entgegen und zeichne..."
> (KVBL, 11.10.1930).

Wenn man bedenkt, um welche Summen es sich in Freislers Prozessen handelte,

erübrigt sich ein Kommentar. [17]

Auch seine politischen Angriffe verschärften sich in dieser Phase, was z.B. darin zum Ausdruck kam, daß sie sich nunmehr auch auf die Kommunisten erstreckten. In der Stadtverordnetensitzung vom 9.1.1930 rief er ihnen zu:

> "Da wir überhaupt keine Liebe für die Kommunisten haben, sondern wissen, daß der Endkampf zwischen uns und den Kommunisten noch ausgeführt werden wird, denken wir auch nicht daran, unsere Amtsposition zu schwächen, um die einer anderen Fraktion zu stärken. Ich will nur... namens meiner Fraktion feststellen, daß wir lediglich deshalb dem Vorschlag, auch die Kommunisten in den Kommissionen vertreten zu lassen, nicht zustimmen können, weil das Ergebnis ist, daß es auf unsere Kosten geht, und das kann man uns nicht zumuten" (Stadtv. Vers. 9.1.1930, S. 29).

Es ging ihm also nicht um Gerechtigkeit, wie er einmal betonte, sondern nur um eigene Interessen!

In einer anderen Versammlung bemerkte er:

> "Wenn der Herr Stadtv. Lohagen erklärt, die Geschäfte seien voll mit Waren zum Brechen, und die Arbeitslosen hungerten, so möchte ich feststellen, daß dort, wo die Kommunisten regieren, alles leer ist und auch alles hungert" (Stadtv. Vers. 17.11.1930, S. 12).

Ferner zeigte Freisler, was er von den Kommunisten hielt, indem er sie als "organisierte Strolche" bezeichnete (Stadtv. Vers. 17.2.1930, S. 15).

In der ersten Zeit seiner Tätigkeit als Stadtverordneter der NSDAP beschränkte sich Freisler darauf, die Demokratie aufgrund einzelner "Fehlleistungen" abzulehnen, nunmehr wollte er die "Gift- und Schmarotzerpflanze ausrotten" (Stadtv. Vers. 10.5.1929, S. 47).

Den Vertretern des Systems erklärte er:

> "Ihre Herrschaft wackelt. Unser Wunsch ist, daß dieses Wackeln so kurz wie möglich sein möge, damit es so schnell wie möglich zum Sturz kommt" (Stadtv. Vers. 10.5.1929, S. 43).

Ein anderes Mal sagte er:

> "Wir Nationalsozialisten sind der Ansicht, daß so mit der Not der Ärmsten zu verfahren, nicht nur den Ausdruck 'schäbig' verdient, sondern zeigt, daß man bewußt und unter Außerachtlassung moralischer Bindungen auf dem Vulkan weitertanzen will. Sie werden noch eine Zeitlang darauf tanzen, bis er sie verschlingt, und daß der Zeitpunkt dieses Verschlingens so bald wie möglich kommen wird, hoffen wir bestimmt" (Stadtv. Vers. 9.1.1930, S. 6),

und drohte damit, die Schuldigen der finanziellen Katastrophe "eines Tages vor dem Volksgericht des erwachenden deutschen Volkes zur Verantwortung zu ziehen" (Stadtv. Vers. 10.5.1929). Wie diese Verantwortung aussehen sollte, ließen die angekündigten "gezierten Laternenpfähle" vermuten (vgl. KVBL, 13.1.1930)!
Die Sozialdemokraten bezichtigte er der "Schiebung" und "Korruption" und bezeichnete sie als "Sozialparasiten" und "arbeiterfeindlich" (vgl. Stadtv. Vers. 3.2.1930, S. 29; 6.10.1930, S. 34; 10.11.1930, S. 8).

Die Polizei als Hüter der Demokratie wurde von Freisler besonders verachtet. Vor allem die höheren Beamten, wie z.B. der Kasseler Polizeipräsident Hohenstein waren scharfen Angriffen ausgesetzt. Als "Jude", "Hauptgeldgeber der Kommunisten" und leitender Polizeibeamter in einer Person, war er einer Freislers Hauptfeinde!
In der Stadtverordnetenversammlung vom 17.2.1930 verlangte Freisler Auskunft über die städtischen Gelder, die der politischen Polizei zukämen, da "sie mit den Geldern der Steuerzahler das jetzige System zu stabilisieren und aufrecht zu erhalten versucht". Eine Bewilligung von Steuergeldern für die politische Polizei lehnte Freisler strikt ab.

> "Wir wollen verhindern, daß die Gelder der Steuerzahler zur einseitigen machtpolitischen Stärkung der Parteigruppe des jetzigen Systems verwandt werden, um diejenigen, die in Deutschland wirklich arbeiten wollen, niederzuknüppeln" (Stadtv. Vers. 17.2.1930, S. 17).

Wie bereits in Abschnitt 2.1.9 erwähnt, beschwerte sich Freisler früher ständig darüber, nicht in den Kommissionen vertreten zu sein. Zu Beginn der neuen Wahlperiode 1929 wurde er, bedingt durch den Stimmenanwachs der NSDAP, in die Finanzkommission, den Gesellschaftsausschuß der Städtischen Werke und in den Haushaltsausschuß gewählt. Damit hatte er auch die Möglichkeit, in den wichtigsten Gremien der Stadt mitzuarbeiten. In der Stadtverordnetensitzung vom 9.1.1930 forderte er im Sinne der Gleichberechtigung, daß das Mehrheitsverhältnis in den Kommissionen dem der Versammlung entsprechen müßte. Doch schon kurze Zeit später mußten seine Kollegen im Stadtparlament feststellen, daß er zu den vorher "sehnsüchtig" erwarteten Kommissionssitzungen gar nicht erschien! Hierauf wurde Freisler mehrfach aufgefordert teilzunehmen, aber ohne Erfolg.

Trotzdem fuhr er fort zu behaupten, die Nationalsozialisten würden im Stadtparlament und als Partei ungerecht behandelt. Ständig beschwerte er sich über die Geschäftsordnung, das Uniformverbot der NSDAP und das Verbot der Mitgliedschaft von Beamten in seiner Partei (vgl. Stadtv. Vers. 7.1.1929, S. 8; 4.2.1929, S. 2/3; 6.10.1930, S. 38/39).

Außerdem hielt Freisler sehr lange und lautstarke Reden im Stadtparlament, was sich z.B. an seiner Obstruktionsrede am 7.1.1929 nachweisen läßt. In den folgenden Sitzungen wurde er deshalb häufig gefragt "wie lange wollen Sie reden?" und ermahnt, "nicht so laut, Herr Dr. Freisler!" Manchmal hieß es auch "Halt's Maul, Lautsprecher!" oder "wie kann man einen Lautsprecher ernst nehmen?" (Stadtv. Vers. 10.5.1929, S. 39; 6.10.1930, S. 24; 28.5.1931, S. 14).

Seine zahlreichen Angriffe und Provokationen in den Stadtverordnetenversammlungen wurden zunehmend radikaler, so daß viele Sitzungen durch die dauernden Beleidigungen, Konflikte und Störungen Freislers unterbrochen wurden. Vor allem die Sozialdemokraten Quer, Wittrock, Goethe und die Vorsitzenden waren davon betroffen, die seine Ausfälle häufig nur durch Gegenmaßnahmen stoppen konnten. Wie aus den genannten Beispielen dieses Abschnittes zu erkennen ist, erstattete Freisler bei jeder Möglichkeit Anzeige beim Staatsanwalt. Hinzu kam, daß er einmal behauptete,

> "den Wahlkampf der Nationalsozialisten werde Quer bezahlen, da nicht nur die in der einstweiligen Verfügung genannte Summe, sondern auch die Honorare seines Bruders der Parteikasse der Nazis zufließen würden" (KVBL, 24.1.1930),

was belegt, daß er an diesen Prozessen persönlich verdiente und auch die Partei damit unterstützte!

Ein anderes Mal erklärte er,

> "Sie müssen sich aber merken; es wird im Laufe der Zeit doch ein bißchen viel, wenn in jeder Stadtv. Vers. Sie die Ursache zu einer Klage geben. Ob dann immer die Partei für die Kosten aufkommt, ist noch fraglich. Diese Klagen kosten mir keine 5 Minuten. Ich werde noch nicht einmal selbst hingehen, sondern schicke wahrscheinlich einen Referendar" (Stadtv. Vers. 10.11.1930, S. 7).

Erstens verdrehte er hier ganz einfach die Tatsachen und zweitens wird deut-

lich, daß es ihm nicht nur darauf ankam die Sozialdemokraten verurteilt zu wissen, sondern ihnen zusätzlich das "Geld aus der Tasche zu ziehen", um auch auf diese Weise die Position der Gegner zu schwächen!
Seit Mitte November 1929 war Freisler auch im Kommunallandtag und Provinziallandtag des Wahlbezirks Kreis Kassel-Stadt vertreten (vgl. KP, 19.11. 1929; 22.11.1929). Zu Beginn des 60. Kommunallandtages wurde er in den Ältestenausschuß gewählt (vgl. KP, 22.1.1930). Vermutlich hatte sich Freisler darin nicht so sehr engagiert wie im Stadtparlament, da er hier seltener das Wort ergriff und zunächst von Zwischenfällen seinerseits nichts bekannt wurde.

In dieser Zeit häuften sich zudem die NSDAP-Versammlungen, bei denen Freisler stets als einer der Hauptredner auftrat. Welche Folgen sich auch aus seiner außerparlamentarischen parteipolitischen Tätigkeit ergaben, zeigen die Versammlungen vom 18.6.und 1.7.1930. In den anschließenden Gerichtsverfahren verhielt er sich ebenfalls "ungebührlich". Falls für ihn zum Vorteil, lehnte er einfach das gesamte Gericht ab und hielt die Verhandlung, zum Beifall seiner im Zuschauerraum zahlreich vertretenden Parteigenossen, durch politische Reden, stundenlange Beweisanträge und einer Reihe von unnötigen Detailfragen auf. Des weiteren fuhr er mit seinen Provokationen und Angriffen fort, weshalb er ständig von den Vorsitzenden zur Sachlichkeit ermahnt wurde. Um so erstaunlicher ist es, daß er trotz alledem recht milde Strafen bekam und man ihm relativ selten eine strafbare Handlung nachweisen konnte.

Ebenso verteidigte er erfolgreich seine Parteigenossen, die sich stets wegen dergleichen Delikte zu verantworten hatten.

2.3 Phase des verschärften politischen Kampfes (1931/32)

In diesem Abschnitt wird Freislers radikales Verhalten dargestellt werden, daß sich jetzt auf einen verschärften politischen Kampf, mit dem Ziel der Machtergreifung, ausrichtete.

2.3.1 Die NSDAP-Versammlung in Grebenstein (25.1.1931)

Für den 25.1.1931 war in Grebenstein im Lokal "Reichskanzler" eine Versammlung der NSDAP angekündigt, auf der der Kasseler Nationalsozialist Friedrichs über "Nationalsozialismus und Marxismus" sprechen sollte.

Als die Kasseler SS, die den Saalschutz übernehmen sollte, unter Führung Schweinfurths, dort eintraf, fand sie den Saal mit 40 ebenfalls Kasseler zur "Antifa" gehörenden Kommunisten besetzt, die sich über die provokativen Zeitungsannoncen aufgeregt und mit ihren roten Fahnen dorthinbegeben hatten. Da letztere keine Eintrittskarten besaßen, wurden sie von der SS dreimal dazu aufgefordert, entweder den Saal wieder zu verlassen oder die Karten nachzulösen. Als die Kommunisten dem nicht nachkamen, begann die SS damit, sie aus dem Saal zu führen, was mit einer großen Schlägerei endete. Weil alle greifbaren Gegenstände des Raumes als Waffen dienten, besonders Stuhlbeine und Biergläser, war die Zahl der Verletzten dementsprechend hoch. Einige "Antifa" wurden dabei sogar durch die geschlossenen Fenster auf die Straße geworfen, wo sie von ihren inzwischen eingetroffenen weiteren 100 Gleichgesinnten empfangen wurden. Diese stürmten jedoch den Saal nicht, sondern bewarfen einen späteren Transport der SS, deren 20 Insassen dem Spielmannszug angehörten, mit Steinen. Nach dieser erneuten Prügelei zogen sich die in der Minderheit befindlichen Nationalsozialisten in die umliegenden Häuser und die Kommunisten nach Kassel zurück (vgl. HVW 27./28.1.1931; KVBL, 27./28.1.1931).
Während die Kasseler Schutzpolizei die Personalien der Linken feststellten, erstatteten die Rechten Anzeige. Daraufhin wurde gegen 97 Kommunisten von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Landfriedensbruch und anderer Delikte erhoben - sie hätten die Versammlung vorsätzlich gestört und die Schlägerei verursacht.
Die "Antifa" bestritten das und beschwerten sich darüber, daß die eigentlich Schuldigen als Zeugen geladen werden sollten.

Am 9.3.1931 sollte im Schwurgerichtssaal vor dem erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kulenkamp die Eröffnung des Verfahrens beginnen. 97 Angeklagte, 40 Nebenkläger, 100 Zeugen, Presse, Gericht und ein großes Polizeiaufgebot ließen nur Platz für 50 Zuschauer. Roland

Freisler war Vertreter der Nebenkläger, die Rechtsanwälte Lewinski und Hecker Verteidiger der Angeklagten. Staatsanwaltschaftsrat Hennings vertrat die Anklage.
Die Kommunisten wollten mit einem von Musik begleiteten Demonstrationszug, dem auch die Angeklagten, gekennzeichnet durch rote Armbinden, angehörten, in das Gebäude gelangen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei, die das Gericht abgeriegelt hatte. Während die für diesen Tag geladenen 20 Zeugen erschienen, waren nur die vier in Haft befindlichen Angeklagten anwesend.
Dr. Lewinski erklärte, daß seine Mandanten damit gegen die Polizeimaßnahmen protestieren wollten, worauf der Staatsanwalt Vorführungsbefehle beantragte.
Freisler kritisierte ebenfalls das Verhalten der Polizei, lehnte jedoch das Angebot der Verteidigung ab.

> "Wenn die Angeklagten geschlossen kämen, dann nähme er für die als Zeugen geladenen Nationalsozialisten das selbe Recht in Anspruch, es würde dann sicher zu Zusammenstößen kommen, und ob es möglich wäre, die Verteidiger von den Angeklagten zu unterscheiden, sei fraglich" (KVBL, 9.3.1931; cgl. auch KP, 10.3.1931).

Hierauf wurde er von dem Vorsitzenden scharf zurechtgewiesen!
Weiter sagte er, daß die Nationalsozialisten auch mit weißen Armbinden kommen würden und sprach mehrmals von den Kommunisten als "Untermenschen", worauf ihm der Vorsitzende das Wort entzog (vgl. HVW. 10.3.1931). Nach kurzer Beratung wurde die Verhandlung auf den nächsten Tag vertagt, Vorführung der Angeklagten wurde nicht angeordnet.

Am zweiten Tag begann die Vernehmung der Angeklagten, nachdem festgestellt wurde, daß 54 von den 97 vorbestraft waren.[18]
Im Gegensatz zum polizei- und richterlichen Protokoll, sagten alle aus, daß sie in Hofgeismar eine Ortsgruppe gründen und in Grebenstein nur essen wollten. Mit der Schlägerei im Saal hätten die Nationalsozialisten angefangen. An der draußen, wären sie weder beteiligt gewesen noch hätten sie etwas davon gesehen. Kurz vor Schluß der Verhandlung wurden zwei der Angeklagten, unter ihnen der Rädelsführer, aus der Haft entlassen, da keine Flucht bzw. Verdunklungsgefahr bestand (vgl. KVBL, KP und HVW, 11.3.1931).

Am folgenden Tag wurden die Zeugen vernommen. Auf Antrag des Verteidigers

wurden die Nationalsozialisten vorläufig nicht vereidigt, da die Möglichkeit, sie wegen Raufhandelns ebenfalls zu bestrafen, nicht außer Acht zu lassen wäre.
Einige der unbeteiligten Zeugen gaben an, von den Vorgängen im Saal nichts zu wissen und nur die Schlägerei draußen beobachtet zu haben. Wer angefangen hätte, wäre ihnen nicht bekannt. Andere schlossen sich den Ausführungen der Angeklagten oder der Nationalsozialisten an.

Die Nationalsozialisten sagten einstimmig aus, daß die Kommunisten den Vorsatz gehabt hätten, die Versammlung zu sprengen, daß sie im Gegensatz zu ihnen bewaffnet gewesen wären und mit der Schlägerei drinnen wie draußen begonnen hätten. Auch diese Aussagen standen teilweise im Gegensatz zu den Protokollen.Freisler war an diesem Tag nicht anwesend (vgl. KVBL, KP und HVW, 12.3.1931).

Am nächsten Morgen wurden die Vernehmungen fortgesetzt. Freisler, der wieder erschienen war, behauptete, daß die "Zeugen, die vor Gericht die Wahrheit sagten, mit dem Tode bedroht worden wären". Hierauf folgte große Unruhe im Saal.
Der Staatsanwalt stellte fest, daß alle Aussagen, die Lewinski nicht paßten, von ihm als "unglaubwürdig" zurückgewiesen würden (vgl. KVBL, KP und HVW, 13.3.1931).

Im Laufe des vierten Tages bezeichnete Freisler die Justiz als "rot", "gefesselt" und "einseitig gegen die Nationalsozialisten eingestellt". Als der Staatsanwalt widersprach, höhnte Freisler "Lachhaft"!
Kurz darauf beantragten beide, Lewinski als Zeugen zu vernehmen, weil seinerseits Begünstigung bestände. Da die Angeklagten jedoch auf der Schweigepflicht ihres Verteidigers bestanden, wurde der Antrag abgelehnt. Daraufhin sprach Freisler von Lewinski als "Juden" und von den vorbestraften Angeklagten als "organisiertem Verbrechertum". Als weitere Beispiele für ihre "verbrecherischen Absichten" führte er an, daß ein Begleiter der Frauen vom "Roten Hakenkreuz", die zuvor im Gerichtssaal Kaffee ausgeschenkt hatten, "schwer verletzt" worden wäre, und einer der Angeklagten im Gefängnis gedroht haben soll, "daß der Richter, der sie verurteilt, keine 14 Tage mehr lebe"! Beides wurde jedoch nicht bestätigt. Dann unterbrach er die Sitzung damit, daß das Gerücht umginge, die Angeklagten ließen sich während der Verhandlung von nichtangeklagten Kommunisten ver-

treten. Auch dieser Vorwurf stellte sich nicht als wahr heraus (vgl. KVBL, KP und HVW, 14.3.1931).

Freisler „redt mit de Händ"!

KVBL, 14.3.1931

Hierauf wurden die Zeugenvernehmungen abgeschlossen. Als die Frage erörtert wurde, ob die Nationalsozialisten vereidigt werden sollten oder nicht, sprachen sich Lewinski dagegen und Freisler dafür aus. Währenddessen drang von der Straße her Lärm in den Raum, worauf Freisler seine Robe ablegte und sofort hinauseilte. Etwas später kam er sehr erregt zurück und forderte, die Verhandlung unverzüglich abzubrechen.

"Ein ungeheurer Lärm entsteht im Saale. Alles springt von den Sitzen auf. Kommunisten und Nationalsozialisten unmittelbar hintereinander, bereit über einander herzufallen. Dr. Lewinski ruft, dies sei ein von Dr. Freisler auf Punkt 7 Uhr bestelltes Theater. Hierauf erreicht die Erregung ihren Höhepunkt. Das Durcheinander scheint in ein Handgemenge überzugehen. Die Stimme des Vorsitzenden gebietet Ruhe. Ein kurzer Augenblick, dann geht das Toben weiter. Dr. Freisler und mit ihm alle Nationalsozialisten stürmen aus dem Saale, den bedrängten Parteigenossen Hilfe zu bringen. Die Kommunisten wollen hinterher. Die Verteidiger stellen sich auf die Stühle und wehren ab: 'Kein Mann verläßt den Saal, laßt euch nicht provozieren'.

> Die Angeklagten gehorchen, im Augenblick herrscht Ruhe. Sie setzen sich wieder auf die Bänke" (KP, 14.3.1931).

Das "Kasseler Volksblatt" schrieb dazu:

> "Als der Vorsitzende dazwischen ruft, daß Vorgänge außerhalb des Gerichts auf die Verhandlung keinen Einfluß haben könnten, forderte Freisler die im Saal anwesenden Nationalsozialisten mit schreiender Stimme auf, sofort den Raum zu verlassen und den Kameraden zu Hilfe zu eilen, die auf der Straße 'totgeschlagen' würden" (KVBL, 14.3.1931).

Nachdem der Vorsitzende angesichts der gespannten Situation mitteilte die Sitzung zu vertagen,

> "kam Freisler zurück und erzählte, daß einige Nationalsozialisten schwer verletzt worden seien, andere seien über die Mauer am Rondell in die Fulda geworfen und würden von der Polizei geborgen" (KVBL, 14.3.1931).

Später stellte sich heraus, daß niemand in die Fulda geworfen worden war, und es nur vier Verletzte gegeben hatte.
Im Kommentar bemerkte das "Kasseler Volksblatt", daß Freisler damit "eine offene Aufforderung zu Gewalttätigkeiten" begangen hätte, und sprach von "bewußtem Schwindel". Keiner der nationalsozialistischen Führer hätte die 40 Parteigenossen zum Gerichtsgebäude befohlen!

> "Freisler hat vor Gericht gezeigt, wie ein echter Nazi Radau macht, er hat alles getan, um die Erregung, die vor dem Hause herrschte, in den Verhandlungssaal zu verpflanzen" (KVBL, 14.3.1931).

Unter der Überschrift "Rotmord wütet in Kassel!" wies die "Hessische Volkswacht" die Schuld der Nationalsozialisten zurück, behauptete, die Parteigenossen wären überfallen worden, und die Polizei hätte nicht eingegriffen (vgl. HVW, 14.3.1931).

Der amtliche Polizeibericht lautete:

"Gestern abend ist es kurz vor Schluß des Prozesses gegen die angeklagten Kommunisten zu k l e i n e r e n Z u s a m m e n s t ö ß e n gekommen, bei denen nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen v i e r P e r s o n e n v e r l e t z t wurden. Gegen 1/2 7 Uhr hatten die Anhänger der Angeklagten, wie an den vorhergehenden Abenden, sich vor dem Gerichtsgebäude eingefunden, um die Angeklagten in geschlossenem Zuge nach Hause zu begleiten. Da die P o l i z e i aus verschiedenen Anzeichen die Befürchtung hegen mußte, daß es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu Zusammenstößen kommen würde, hatte sie r e c h t z e i t i g e n t s p r e c h e n d e V o r s i c h t s m a ß n a h m e n getroffen und starke Kräfte bereitgestellt. Der Polizeipräsident hatte mit dem Verhandlungsleiter des Prozesses die in Frage kommenden Maßnahmen besprochen, als deren Ergebnis beschlossen wurde, daß zunächst die Zeugen das Gebäude unter polizeilichem Schutz verlassen sollten, und später die Angeklagten. Der aufsichtsführende Polizeioffizier hatte im Auftrag des Polizeipräsidenten dem Rechtsanwalt Dr. Freisler im Laufe des Tages mehrmals angeboten, die Z e u g e n u n t e r P o l i z e i s c h u t z aus dem Gerichtsgebäude heraus nach Hause zu geleiten.

D i e s e s A n g e b o t w a r j e d o c h v o n R e c h t s a n w a l t Dr. F r e i s l e r s t e t s a b g e l e h n t w o r d e n m i t d e m B e m e r k e n: e r v e r z i c h t e a u f p o l i z e i l i c h e n S c h u t z; d i e N a t i o n a l s o z i a l i s t e n m a r s c h i e r t e n d a h i n, w o h i n s i e w o l l t e n, u n d w ü r d e n s i c h s e l b s t s c h ü t z e n.

Trotzdem wäre die Aufstellung der die Angeklagten abholenden Kommunisten reibungslos vor sich gegangen, wenn nicht plötzlich ein g e s c h l o s s e n e r Z u g v o n e t w a 40 N a t i o n a l s o z i a l i s t e n, die von ihrer Absicht, zum Gerichtsgebäude zu marschieren, der P o l i z e i k e i n e r l e i K e n n t n i s gegeben hatten, vor dem Gerichtsgebäude erschienen wäre, und mitten zwischen die zwanzig- bis dreißigfache Übermacht der Kommunisten hineinmarschiert wäre. Im gleichen Augenblick, noch ehe die Polizei in der Lage war, entsprechende Kräfte an der gefährdeten Stelle einsetzen zu können, war eine Prügelei im Gange, die aber dank dem sofortigen Eingreifen der Polizei i m K e i m e e r s t i c k t werden konnte. Bei dieser Prügelei wurden nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen vier Personen verletzt. Die Polizei säuberte dann den Platz vor dem Gerichtsgebäude, so daß der Abmarsch der Angeklagten und etwa eine Viertelstunde später der der Zeugen ohne Zwischenfälle erfolgen konnte.

Im Laufe des Abends veranstalteten dann die N a t i o n a l s o z i a l i s t e n vor den Bürgersälen aus einen

> Demonstrationszug durch die Altstadt, wieder ohne auch von diesem Umzug der Polizei Kenntnis zu geben. Es war jedoch der Polizei möglich, durch Einsatz starker Kräfte diesen Umzug rechtzeitig zu sichern und folgenschwere Zusammenstöße, die ohne diesen polizeilichen Schutz unausbleiblich gewesen wären, zu verhüten" (KVBL, 14.3.1931).

Später vermißten die Nationalsozialisten angeblich zwei Personen, die sie "Opfer Rotmords" nannten und die in die Fulda geworfen worden sein sollten. Die Nachforschungen der Polizei ergaben jedoch,

> "der eine der Toten lag vergnügt im Bett und der andere kam nach Mitternacht nach einer Kneiptour angenehm angesäuselt heim" (KVBL, 14.3.1931).

Aufgrund dieser Zusammenstöße wurden später weitere Demonstrationen vor dem Gerichtsgebäude verboten und die Polizei sorgte mit verstärkten Kräften für Ruhe und Ordnung.

Am Tage der Urteilsverkündung, dem 16.3.1931, wurde Freisler kurz zur "Feststellung" seiner Personalien verhaftet, da er den im Saal anwesenden Polizeipräsidenten Hohenstein "anrempelte" und ihn "Jude" nannte. Über diese Maßnahme regte er sich sehr auf.
Dann verkündete das Gericht, daß die an der Schlägerei im Versammlungslokal beteiligten Nationalsozialisten nicht vereidigt würden.
In seinem Plädoyer betonte Staatsanwalt Hennings, daß die Kommunisten nach Grebenstein gefahren wären, um eine Machtprobe mit den Nationalsozialisten aufzunehmen. Ferner hätten sie beim Eintritt nicht bezahlt. Die Nationalsozialisten hingegen hätten nicht auf diese Art von ihrem Hausrecht Gebrauch machen dürfen. Wer die Schlägerei drinnen begonnen hätte, wäre unerheblich, draußen wären die Kommunisten die Angreifer gewesen. Er beantragte deshalb, die Haupttäter mit sechs Monaten Gefängnis und die anderen Angeklagten zu drei Monaten zu verurteilen.
Freisler stellte noch einmal die Schuld der Kommunisten heraus, die in ihrer Überzahl in "viehischer Weise" auf die sich in der Minderheit befindlichen Nationalsozialisten hergefallen wären. Als Rechtsanwalt Lewinski mit seiner Verteidigungsrede begann, verließ er demonstrativ den Saal, weil er sich die "jüdischen Ausführungen prinzipiell nicht anhören will" (HVW, 17.3.1931).

Der Verteidiger der Angeklagten, Lewinski, wies noch einmal auf die provokativen Ankündigungen in der Presse hin und fragte, weshalb sich einer der Nationalsozialisten zurückhalten sollte, da er noch nicht "versichert" wäre und warum die Nationalsozialisten einen Sanitäter mitgebracht hätten? Der Führer der Schutzstaffel hätte sich am nächsten Tag im Betrieb gerühmt, einen "Angriffsbefehl" gegeben zu haben und hätte jedem, der gegen ihn aussagen würde gedroht, ihn aus dem Betrieb zu weisen. Die Nationalsozialisten wären die wirklichen Schuldigen und nicht die Kommunisten (vgl. KVBL, 17.3. 1931).
Nach zwei Stunden verkündete das Gericht das Urteil:

> "Die Angeklagten B e c k e r und B u d a erhalten je 6 Monate 2 Wochen Gefängnis wegen erschwerten Landfriedensbruchs und Hausfriedensbruchs.
> Die Angeklagten O b e r l ä n d e r und F r a n k e je 6 Monate Gefängnis wegen erschwerten Hausfriedensbruchs.
> Die Angeklagten B o ß, M a n d e l und T h e i s erhalten je 3 Monate Gefängnis wegen einfachen Landfriedensbruchs.
> Die Angeklagten S t r o t b e r g, R o t e, R e i m a n n und K o c h werden wegen einfachen Hausfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis 2 Monaten verurteilt.
>
> Die übrigen 83 Angeklagten einschließlich des Anführers S c h u c h a r d t werden f r e i g e s p r o c h e n" (KP, 17.3.1931).

In der Urteilsbegründung hieß es, die Angeklagten wollten nach Hofgeismar fahren, deshalb hätte eine Absicht zu der Schlägerei nicht vorgelegen. Bei den Zusammenstößen im Versammlungslokal wären sowohl die Kommunisten als auch die Nationalsozialisten schuld. Die Gewalttätigkeiten auf der Straße wären in der Erregung von den "Antifaschisten" begonnen worden. Deshalb wurden mildernde Umstände angenommen.
Während das "Kasseler Volksblatt" zu dem Urteil schrieb: "Landfriedensbruch gegen links fast zusammengebrochen", stand in der "Hessischen Volkswacht": "Allzumilde Richter im Landfriedensbruchprozeß Grebenstein! - Die Unterwelt triumphiert!"

Interessant ist in diesem Prozeß Freislers Taktik, den Kommunisten weitere, vom eigentlichen Verfahren unabhängige, Delikte vorzuwerfen, die seine Anklage gegen die Antifaschisten untermauern und auf ein hartes Urteil der Angeklagten hinwirken sollten. Aber die Nachprüfungen der Anschuldigungen hielten den Tatsachen nicht stand, sondern zeigten Freislers maßlose Übertreibungen.[19]

2.3.2 Die NSDAP-Versammlung in Großalmerode (28.1.1931)

Bereits am 28.1.1931 kam es zu einer erneuten Schlägerei in einer NSDAP-Versammlung. Dieses Mal fand sie in Großalmerode im Hotel "Kurfürst" statt. Redner des Abends war der Nationalsozialist Franke aus Kassel. Um Vorfälle wie in Grebenstein zu vermeiden, hatten die Ortspolizei und die Landjäger von Großalmerode zu dieser Versammlung extra Verstärkung herangezogen. Dennoch kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Über den Verlauf der Ereignisse, sowie der anschließenden Schlägerei und der Schuldfrage, berichtete die Kasseler Presse je nach politischer Einstellung Gegensätzliches. Während das "Kasseler Tageblatt" und das "Kasseler Volksblatt" die Nationalsozialisten für die Ausschreitungen verantwortlich machten: "Die Nazis wollen den Bürgerkrieg - Planmäßiger Überfall der Nazibanditen" (KVBL, 29.1.1931), beschuldigten die "Kasseler Post" und die "Hessische Volkswacht" die Sozialdemokraten und Kommunisten: "Es rast Rotmord und will sein Opfer haben" (HVW, 31.1./1.2.1931).

Bevor die Versammlung begann, hatte das Reichsbanner eine Demonstration veranstaltet, deren Teilnehmer anschließend den Saal zum größten Teil besetzten. Nachdem der Saalschutz aus Kassel eingetroffen war, der angeblich durch einen Sabotageakt aufgehalten worden sein sollte und sich von den ca. 200 SA-Männern etwa 40 auf die Bühne im Saal, 40 auf die Eingangstreppe und alle anderen zur Reserve auf die Kegelbahn verteilt hatten, wurde die Versammlung mit einer Stunde Verspätung eröffnet.
Während die Sozialdemokraten behaupteten, der Redner hätte die Republik und die Marxisten heftig beschimpft und die Versammlungsbesucher als "Karnickel" und "Clowns" bezeichnet, betonten die Nationalsozialisten, die Ausführungen Frankes wären ruhig und sachlich gewesen und hätten niemanden beleidigt. Stattdessen wäre er von den Besuchern mit Ausdrücken wie "Arbeitermörder" usw. empfangen und mit aufreizenden Zwischenrufen ständig unterbrochen worden.
Da sich die Erregung im Saal derartig steigerte, daß die Mitglieder des Reichsbanners und einige Kommunisten langsam auf das Rednerpult zugingen und zwei Holzstücke in die SA-Gruppe auf der Bühne geworfen hätten, wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst.

Inzwischen hatten sich die auf der Treppe weilenden Nationalsozialisten im Garten mit Zaunlatten bewaffnet und weiße Armbinden, bzw. Taschentücher angelegt. Als die ersten Versammlungsbesucher den Saal über die Treppe verlassen wollten, ertönte ein Pfiff und die Nationalsozialisten begannen mit der Schlägerei. Dieses bestritten sie jedoch und gaben den politischen Gegnern die Schuld. Dabei wurden mehrere Personen schwer verletzt, einer von ihnen erlitt einen Schädelbruch!
Schließlich gelang es der Polizei und den Landjägern, die streitenden Parteien auseinanderzubringen. Im Umfeld der Treppe wurden außer den zahlreichen Latten noch Spazierstöcke, Stahlruten, Messer, Steine und ein Hammer sichergestellt!
Als der von SA-Männern besetzte LKW später davonfuhr, wurde er am Ausgang des Ortes vom Steinbruch aus mit Steinen beworfen und in Bettenhausen von der alarmierten Kasseler Schutzpolizei durchsucht. Waffen wurden dabei nicht gefunden.
Später fuhr ein Polizeiüberfallwagen in einen mit Nationalsozialisten besetzten Personenwagen, wobei der Fahrer und ein weiterer Insasse verletzt wurden. Die Polizei, die den Unfall verursacht hätte, beschuldigte jedoch die Nationalsozialisten und hätte sich nicht um die Verwundeten gekümmert (vgl. KVBL, 29.1.1931; KP, 30.1.1931 und HVW, 31.1./1.2.1931).[20]

Der Kommentar des "Kasseler Volksblatts" lautete:

> "Diesmal liegt ganz ohne Zweifel wieder ein p l a n m ä s s i g e r Ü b e r f a l l d u r c h d i e N a z i s vor.
> Nach der Überzeugung aller, die in der Versammlung anwesend waren, wollte man gar keine wirkliche Versammlung, sondern nur eine Gelegenheit, um an der Großalmeroder Bevölkerung Rache zu nehmen dafür, daß die Nazis bisher dort nicht landen konnten" (KVBL, 29.1.1931).

Demgegenüber schrieb die "Hessische Volkswacht":

> "Alles in allem ist festzustellen, d a ß v o n u n s e r e r S e i t e a l l e s v e r s u c h t w u r d e, u m e i n e n r u h i g e n V e r l a u f d e r V e r s a m m l u n g z u g e w ä h r l e i s t e n...
> Allein die Tatsache, daß sich sämtliche Zusammenstöße in nationalsozialistischen Versammlungen ereignen und daß noch keine sozialdemokratische oder kommunistische Versammlung von den 'Nazibanden' gesprengt worden ist, zeigt deutlich, w e r d i e A n g r e i f e r u n d P r o v o k a t e u r e s o l c h e r Z u s a m m e n s t ö s s e s i n d" (HVW, 31.1./1.2.1931).

Am 26.3.1931 begann der Prozeß gegen 10 Nationalsozialisten, die wegen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung angeklagt waren. Den Vorsitz des Schöffengerichts führte Landgerichtsdirektor Kulenkamp. Freisler und sein Parteigenosse, Rechtsanwalt Früchte, vertraten die Angeklagten. Kläger war auch in diesem Fall Staatsanwalt Hennings, Nebenkläger Dr. Rochall.
Die "Hessische Volkswacht" nannte den Prozeß "ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit" und bemerkte:

> "Die Angeklagten machten rassisch zum größten Teil einen vorzüglichen Eindruck und unterscheiden sich sowohl rein äußerlich wie auch bezüglich des Vorstrafenregisters sehr wohltuend von der kommunistischen Unterwelt, die vor wenigen Wochen hier auf der Anklagebank saß" (HVW, 27.3.1931).

Gleich zu Beginn der Verhandlung beantragte Freisler die Aufhebung des Haftbefehls gegen die drei Inhaftierten Ochs, Berne und Wilhelm, andernfalls würden sie mangels Vertrauen zur Justiz ihre Aussagen verweigern. Anschliessend gab er eine Solidaritätserklärung der anderen sieben Angeklagten Eckhardt, Zimmermann, Gooß, Gräser, Breitsprecher, Bönnicke und Schweinfurth bekannt. Da das Gericht den Antrag vorerst ablehnte, schwiegen sie.

Hierauf erfolgte die Vernehmung der 30 Zeugen. Je nach politischer Einstellung und Standort schilderten sie die Vorgänge vom 28.1.1931 unterschiedlich. Besonders hervorzuheben ist nur die Aussage des Chauffeurs Martin, der einen der Omnibusse der Nationalsozialisten gefahren hatte. Er sagte, daß am nächsten Tag ein Mann zu ihm gekommen wäre, der im Bus "etwas vergessen" hätte. Wie sich herausstellte, handelte es sich um einen Revolver. Name und Adresse des Mannes waren dem Chauffeur nicht bekannt (vgl. KVBL, KP und HVW, 27.3.1931).
Im Laufe der Sitzung ereignete sich außerdem folgendes:

V e r p l a p p e r t !

> "A l s F r e i s l e r e r f ä h r t, d a ß d e r A n g e k l a g t e E c k h a r d t d e m Z e u g e n E i b r e c h t e r z u g e g e b e n h a t, b e i d e m L a t t e n a b r e i ß e n i m G a r t e n g e w e s e n z u s e i n, i s t e r s i c h t l i c h e n t r ü s t e t u n d m e i n t: 'S i e s o l l e n d o c h n i c h t s z u g e b e n'" (KVBL, 27.3.1931)!

Am Abend wurden die Inhaftierten freigelassen.

Die Verhandlung wurde am folgenden Tag fortgesetzt. Zunächst gab das Gericht

einem Antrag des Staatsanwalts statt, die Protokolle der Angeklagten zu vertiefen, da diese entgegen ihrer betonten Absicht, nach Entlassung der Inhaftierten, auszusagen, auch weiterhin schwiegen.
In seinem Plädoyer unterschied Staatsanwalt Hennings zwischen den Vorgängen in Grebenstein und Großalmerode. In diesem Fall wären die Nationalsozialisten zum Schutz ihrer eigenen Versammlung nach Großalmerode gefahren und nicht wie die Kommunisten in Grebenstein zur Störung einer anderen. Ferner machte er einen Unterschied zwischen den Vorfällen im Saal und auf der Treppe. Im Versammlungsraum hätte sich der Saalschutz ordnungsgemäß verhalten. Die SA-Männer auf der Treppe dagegen hätten sich bewußt bewaffnet und auf Gewalttätigkeiten vorbereitet. Sie hätten die Versammlungsbesucher angegriffen und auf alle eingeschlagen, die den Saal verließen; selbst vor der Polizei und einem alten Invaliden hätten sie nicht halt gemacht. Die Angeklagten wären an diesen Schlägereien mehr oder weniger beteiligt gewesen, deshalb beantragte er, die Angeklagten Wilhelm, Ochs, Berne und Schweinfurth wegen schweren Landfriedensbruchs zu 6 Monaten und die anderen sechs wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 3 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Der Angeklagte Eckhardt sollte freigesprochen werden (vgl. KVBL und KP, 28.3.1931).
Freisler wehrte sich dagegen, die Ereignisse auf der Treppe von den gesamten Vorfällen loszulösen. Die beschuldigten SA-Männer wären aufgrund der Vorgänge im Saal sehr erregt gewesen und glaubten sich wehren zu müssen, deshalb müßte ihnen Notwehr zugestanden werden,

> "... daß Bewaffnen mit Zaunlatten sei nur eine Vorbereitungshandlung zur Notwehr gewesen, die nicht strafbar sei" (HVW, 28./29.3.1931).

Die wirklich Schuldigen wären die politischen Gegner, allen voran Reichsbannerführer Traube. Außer den beiden Hauptangeklagten, die wie die Zeugen bestätigten, geschlagen hätten, wären alle anderen freizusprechen, da sie sich lediglich gewehrt hätten. Ochs und Wilhelm könnten aber höchstens wegen Körperverletzung angeklagt werden. Da die beiden jedoch im Gegensatz zu den damaligen kommunistischen Angeklagten keine Vorstrafen hätten, forderte er auch für sie Freispruch (vgl. HVW, 28./29.3.1931)!

Nach einstündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

> "Der Angeklagte Fritz Schweinfurth, Kassel, wird als Rädelsführer bei schwerem Landfriedensbruch mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Die

> gleiche Strafe erhalten die Angeklagten August W i l h e l m aus Großalmerode und Hans Ochs aus Hess.-Lichtenau wegen a k t i v e r B e t e i l i g u n g am schweren Landfriedensbruch.
> Wegen einfachen Landfriedensbruchs erhalten die Angeklagten Johann B e r n e, August Z i m m e r m a n n, Paul G o o ß, Paul G r ä s e r, Willi B r e i t s p r e c h e r und Otto B ö r m i c k e, sämtlich aus Kassel, je 3 M o n a t e G e f ä n g n i s.
> Der Angeklagte Johann E c k h a r d t wird f r e i g e s p r o c h e n, da er nur im Hofe des Gasthauses mit einem Stock gesehen wurde" (KP, 28.3.1931).

In der Begründung schloß sich das Gericht dem Staatsanwalt an. Die SA-Männer hätten lange vor Schluß der Versammlung den Befehl erhalten, sich zu bewaffnen. Daraus konnte nur geschlossen werden, daß es zu Zusammenstößen kommen sollte. Sie hätten dann wahllos zugeschlagen, deshalb könnte von Notwehr keine Rede sein.
Dem Nebenkläger Hofmann wurde eine Entschädigung von 50 Mark zugesprochen.

Die "Hessische Volkswacht" sprach von "Roter Justiz" und "Schreckensurteil". Das "Kasseler Volksblatt" hingegen wunderte sich darüber, daß

> "m e r k w ü r d i g e r w e i s e d a s V o r s t r a f e n r e g i s t e r n i c h t z u r H a n d w a r. Im Grebensteiner Prozeß, als 9 7 Angeklagte vor dem Gericht standen, klappte die B ü r o k r a t e n m a s c h i n e v i e l b e s s e r, hier, bei 1 0 Angeklagten, hat sie an irgend einer Stelle nicht funktioniert. Wirklich r e c h t e i g e n a r t i g" (KVBL, 28.3.1931).

Drei der Angeklagten hätten jedoch zugegeben, wegen Diebstahls vorbestraft zu sein, wovon die "Hessische Volkswacht" natürlich nichts geschrieben hätte.

Am 7.7.1931 fand vor der Großen Strafkammer unter Vorsitz Landgerichtsdirektors Uhlendorff die Berufungsverhandlung gegen die neun verurteilten Nationalsozialisten statt. Anklagevertreter war wiederum Staatsanwalt Hennings die Verteidigung übernahmen Roland Freisler und Rechtsanwalt Günther.

Da die Angeklagten jetzt bereit waren auszusagen, wurden sie als erste vernommen. Zwei der Hauptangeklagten, Wilhelm und Ochs, behaupteten, angegriffen worden zu sein und sich lediglich gewehrt zu haben. Sie hätten aus Notwehr gehandelt. Der Führer Schweinfurth bestritt einen Befehl gegeben zu haben, daß sich die SA-Männer bewaffnet auf der Treppe aufhalten sollten. Die restlichen Angeklagten betonten, sie wären an der Schlägerei

nicht beteiligt gewesen und hätten sich entweder draußen oder an anderen Orten aufgehalten. Einen Pfiff hätte niemand gehört.
Hierauf folgte die erneute Beweisaufnahme mit Hilfe von 21 Zeugen. Während die "Hessische Volkswacht" es als "erwiesen" ansah, daß die Angeklagten aufgrund der Zeugenaussage nicht schuldig wären, schrieb die "Kasseler Post":

> "Hatte sich durch die Zeugenvernehmung am Dienstag ein klares Bild über die Vorgänge noch nicht gewinnen lassen, so wurde die Klarheit nicht vermehrt, als am Mittwoch noch 21 Zeugen aufmarschierten, von denen jeder gewiß nach bestem Wissen seine Aussage machte" (KP, 9.7.1931).

Die beteiligten Nationalsozialisten wurden am folgenden Tag nicht vereidigt.

Staatsanwalt Hennings beantragte die Berufung zu verwerfen und verwies auf die Richtigkeit der Verurteilung der Ersten Instanz, die auch in diesem Fall von den Zeugen bestätigt worden wäre. Freisler wiederholte im wesentlichen sein Plädoyer, fügte aber hinzu,

> "daß die Nationalsozialisten bei den ganzen Vorgängen in derartig ungünstiger Position waren, daß bei ihnen unbedingt das Bewußtsein der Zusammenrottung gefehlt habe, so daß von Landfriedensbruch nicht mehr die Rede sein könne" (KP, 9.7.1931).

Nach einstündiger Beratung verkündete das Gericht, daß das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben würde. Alle Angeklagten, mit Ausnahme von Wilhelm und Ochs, wurden freigesprochen, die beiden Hauptangeklagten wegen schwerer Körperverletzung in drei selbständigen Handlungen zu je 2 Monaten Gefängnis bestraft. Mildernde Umstände und Untersuchungshaft sollten angerechnet werden. Landfriedensbruch wäre nicht erwiesen. Die Angeklagten hätten sich zwar im Flur und auf der Treppe aufgehalten, organisierte, planmäßig vorbereitete Gewalttätigkeiten könnten jedoch nicht festgestellt werden!
Der Kommentar des "Kasseler Volksblatts" lautete dazu:

> "Wir sind es in Kassel nachgerade gewohnt, daß erstinstanzliche Urteile gegen Hakenkreuzler und dergleichen i m z w e i t e n R e c h t s z u g e a u f g e h o b e n werden und die Angeklagten leer ausgehen. Bei den Nazis ist die Berufungsinstanz immer die Hoffnung auf ein anderes Urteil. Sie haben sich a u c h d i e s m a l n i c h t g e t ä u s c h t, denn obwohl die Zahl der unparteiischen Zeugen, die die Nazis belasten, größer war als vor dem Schöffengericht, obwohl ganz klare Aussagen über die S c h u l d d e r

> A n g e k l a g t e n gemacht wurde, kam das Gericht dennoch zu einem F r e i s p r u c h und verurteilte nur zwei der Angeklagten wegen Körperverletzung" (KVBL, 9.7.1931).

Das Vertrauen in eine gerechte Rechtsprechung vor Gericht wäre deshalb erschüttert.[21]

Hier zeigt sich wiederum eine geschickte Verhandlungsstrategie Freislers. In diesem Fall hatte er seinen Mandanten wahrscheinlich nahegelegt, zunächst nicht auszusagen, um später lediglich auf die Punkte reagieren zu können, die von den Zeugen angesprochen wurden. Hierdurch sollte vermieden werden, daß andere - möglicherweise bis dahin unbekannt gebliebene - Straftaten aufgedeckt würden. Die Angeklagten hatten ja noch die Möglichkeit, in der Berufungsverhandlung Stellung zu nehmen, falls das Urteil zu ihrem Nachteil ausfallen würde. Dieses könnte auch eine Erklärung dafür sein, daß die Angeklagten auch nach der Entlassung der Häftlinge noch schwiegen und Freisler einen seiner Mandanten ermahnte, nichts zuzugeben!

Obwohl er aufgrund der Zeugenaussagen eingestehen mußte, daß die Angeklagten bewaffnet waren, verdrehte er auch hier eiskalt die Tatsachen, indem er behauptete, daß es sich hierbei um eine "Vorbereitungshandlung zur Notwehr" gehandelt hätte, um Freispruch zu erreichen! [22]

2.3.3 Verteidiger des Parteigenossen Feder (1930/31)

In einer NSDAP-Versammlung, die am 29.8.1930 in der Kasseler Stadthalle stattfand, verglich der Nationalsozialist Feder die Republik mit einem "rachitischen Kind" und beschimpfte zahlreiche Minister:

> "'Die Regierer von heute regieren mit einer Schamlosigkeit in ihre eigenen Taschen' - 'Der Staat hat das Volk bestohlen und beraubt' - 'Die schamlosen Notverordnungen Hindenburgs, des Retters' - 'Brüning und seine Spießgesellen' - 'Lumpen darf man nicht Lumpen nennen, wenn sie zufällig Minister sind', usw." (KVBL, 4.3.1931).

Daraufhin wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst.

Nachdem der Termin am 15.9.1930 bereits einmal vertagt worden war, hatte sich Feder aufgrund dieser Äußerungen am 9.10.1930 wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Er ließ sich jedoch als krank entschuldigen, weil er auf einen späteren Termin hoffte, zu dem er nach seiner voraussichtlichen Wahl als Reichstagsabgeordneter immun wäre. Sein Verteidiger, Roland Freisler, erschien ebenfalls nicht (vgl. KVBL, 11.10.1930).
Der dritte Termin wurde auf den 2.3.1931 gelegt. Auch zu dieser Verhandlung kam der Angeklagte nicht. Durch seinen Verteidiger ließ er erklären, daß er solange nicht erscheinen würde, bis der Reichstag beschlossen hätte, seine Immunität aufzuheben. Ein Beschluß des Justizministers reichte ihm nicht. Hierauf wurde die Verhandlung auf den 19.3.1931 erneut vertagt (vgl. KVBL, KP und HVW, 3./4.3.1931).
Aber auch zu diesem Termin war Feder nicht anwesend. Freisler wiederholte noch einmal seine Bedingungen. Aufgrund dessen beantragte der Erste Staatsanwalt, Ludwig, Vorführungsbefehl, den Landgerichtsdirektor Kulenkamp auch erließ (vgl. KVBL, KP, 20.3.1931). Zu der Verhandlung am 13.4.1931 erschien Feder dann endlich und stellte seine Äußerungen in einem anderen Zusammenhang. Die Zeugen bestätigten jedoch die Anklage.
Oberstaatsanwalt Wellmann forderte eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und 200 Mark Geldstrafe wegen Nötigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.
Freisler verlangte Freispruch. Die Aussagen seines Mandanten wären schon in vielen Versammlungen, u.a. auch in Hanau, gefallen, nur in Kassel würden sie beanstandet. Feders Ausführungen wären zwar infolge seiner Erregung

etwas "drastisch" formuliert, entsprächen aber den Tatsachen. Eine Beleidigung der Staatsform hätte nicht vorgelegen und " d i e A u f h e b u n g d e r I m m u n i t ä t i m R e i c h s t a g s e i v e r f a s s u n g s w i d r i g!" Da Feder nicht vorbestraft wäre, könnte er mildernde Umstände beantragen. Falls es zu einer Verurteilung kommen sollte, käme "niemals eine Gefängnis, sondern eine Geldstrafe in Frage" (HVW, 14.4.1931; vgl. auch KVBL und KP, 14.4.1931).

> "Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil, das bezüglich Widerstand und Nötigung sowie der Hanauer Anklage auf Freisprechung lautet. Der Bestrafung seien drei Äußerungen zugrunde gelegt. Einmal die, daß der Staat geraubt, gestohlen und betrogen habe. Hierin liege nicht nur in der Form, sondern auch dem Inhalt nach der Vorwurf einer schimpflichen Handlung. Bei der Äußerung, es sei besser, daß der S t a a t v e r r e c k e ehe einige Millionen Erwerbslosen verrecken sollten, sei das zulässige Maß der Kritik überschritten. Ferner sei der Ausdruck, die heutigen Regierer regierten schamlos in ihre eigene Tasche, von den Zuhörern nur dahin zu verstehen, daß die Minister ihre Regierungsgewalt mißbrauchen. Wegen dieser Äußerungen werde auf 1 M o n a t G e f ä n g n i s erkannt. Mildernde Umstände seien zuerkannt worden, nicht dagegen die Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe, da eine Häufung von Vergehen gegen § 5 Abs. 1 des Republikschutzgesetzes festzustellen sei. Doch ergehe, da der Angeklagte noch nicht bestraft sei, der Beschluß auf Gewährung einer Strafaussetzung auf 3 Jahre gegen Zahlung einer Buße von 200 M" (KP, 14.4.1931).

Hierzu schrieb die "Hessische Volkswacht":"Wieder ein Freiheitskämpfer zu Gefängnis verurteilt" (vgl. HVW, 14.4.1931).

Am 4.8.1931 fand vor der Großen Strafkammer unter Vorsitz Landgerichtsdirektors Uhlendorff die Berufungsverhandlung statt. Oberstaatsanwalt Wellmann und Freisler als Verteidiger waren ebenfalls anwesend.
In der Verhandlung ergab sich nichts neues, so daß das Gericht die Berufung verwarf, da Feder bereits in Köln und Darmstadt wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz angeklagt worden war. In den genannten Fällen wurde er jedoch freigesprochen (vgl. HVW, 5.8.1931)!

An diesem Prozeß wird deutlich, daß viele Nationalsozialisten nicht nur einmal wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz angeklagt waren. Dennoch erfolgte in zahlreichen Fällen Freispruch. Interessant ist auch, mit welcher Erhabenheit sie das Gericht zu verhöhnen suchten, indem sie

einfach nicht zu den festgesetzten Terminen erschienen und rechtsgültige Beschlüsse nicht anerkennen wollten! [23]

2.3.4 Der Kurfürstendamm-Pogrom (12.9.1931)

Zu welchen Gewalttaten die Nationalsozialisten schon vor der Machtergreifung schritten, zeigte der Kurfürstendamm-Pogrom vom 12.9.1931.

> "Am Abend dieses Tages hatten sich etwa 1.500 Nationalsozialisten aus allen Teilen Berlins auf dem Kurfürstendamm eingefunden und unter die Straßenpassanten gemischt. Sie bildeten Sprechchöre wie 'Juda verrecke!' und 'Deutschland erwache!' und überfielen einzelne jüdisch aussehende Personen, die sie mit vereinten Kräften verprügelten und, wenn sie am Boden lagen, mit Stiefelabsätzen traten. Dabei wurden nicht nur Juden, die an diesem Abend in den Synagogen ihr Neujahrsfest gefeiert hatten, sondern auch solche Passanten mißhandelt, die wegen ihres Aussehens irrtümlich für Juden gehalten worden waren....
>
> Die Polizei griff erst sehr spät ein, so daß die nationalsozialistischen Schläger ihren Terror längere Zeit unbehelligt ausüben konnten. Darüber, daß es sich um eine planmäßig vorbereitete Aktion der Berliner SA handelte, konnte nach Lage der Dinge kaum ein Zweifel bestehen" (HANNOVER, HANNOVER-DRÜCK, 1977, S. 283/84).

Am 19.9.1931 begann der Prozeß gegen 39 Nationalsozialisten, die sich daran beteiligt hatten. Das Schnell-Schöffengericht in Charlottenburg verhandelte unter Vorsitz Landgerichtsdirektor Schmitz (Sozialdemokrat). Vier Tage später wurde das Urteil verkündet: "Wegen Landfriedensbruchs, Aufreizung zum Klassenhaß und anderer Vergehen wurden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt. 6 Angeklagte wurden freigesprochen (vgl. KVBL, 16.9.1931; 21.9.1931; 23.9.1931).

Der Kommentar der "Hessischen Volkswacht" vom 24.9.1931 lautete: "Unerhört harte Gefängnisstrafen für Nationalsozialisten"!

Das Verfahren gegen den Berliner SA-Führer Graf Helldorf, seinen Adjudanten Ernst und den Stahlhelmführer Brandt sowie zwei weiterer Angeklagter wurde von diesem Prozeß abgetrennt und auf den 9.10.1931 festgelegt. Verteidiger waren u.a. Hans Frank und Roland Freisler, die gleich zu Beginn den Vor-

sitzenden Schmitz ablehnten. Freisler, mit dem Hakenkreuz unter der Robe, begründete die Ablehnung folgendermaßen:

> "Millionen deutscher Menschen hatten bei dem ersten Urteil die Überzeugung gehabt, daß hier nicht dem Rechte zum Siege verholfen werden sollte, sondern daß bei der Wahl zwischen zwei Weltanschauungen die Wahl zuungunsten der Angeklagten ausgefallen ist. Diese Überzeugung entstand nicht nur wegen des Strafmaßes, sondern auch wegen der Tatsache der Verurteilung selbst. Das Strafmaß war so ungeheuerlich, daß schon aus diesem Grunde bei den heutigen Angeklagten die Besorgnis der Befangenheit entstehen müsse. D i e E r e i g n i s s e a u f d e m K u r f ü r s t e n d a m m b e d e u t e n n i c h t s a n d e r e s a l s d e n K a m p f d e s D e u t s c h e n g e g e n d a s V o r r e c h t e i n e r g e w i s s e n R a s s e a u f b e s t i m m t e n S t r a ß e n. 'Hier muß ich', fährt der Verteidiger fort, 'auf die persönlichen Beziehungen des Vorsitzenden zu dieser Rasse zu sprechen kommen. Es bestehen zwischen ihm und dieser Rasse Versippungsbeziehungen. Zur Glaubhaftmachung dieser Behauptung ersuche ich um die dienstliche Äußerung des Vorsitzenden...'" (HANNOVER, HANNOVER-DRÜCK, 1977, S. 286).

Am 26.10.1931 wurde die Verhandlung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Brennhausen fortgesetzt. Freisler, der von der Presse entsprechend seiner Äußerungen vom 9.10.1931 bedacht worden war, stellte jetzt einen Antrag, die demokratische Presse auszuschließen, da sie einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren vornähme. Der Antrag wurde abgelehnt. Gerade das aber taten die nationalsozialistischen Zeitungen, die natürlich Freispruch wegen "erwiesener Unschuld" forderten.

Graf Helldorf erklärte, daß die SA-Führung mit den Vorfällen nichts zu tun hätte. Die Schuldigen wären vielmehr "Lockspitzel" der Polizei! Er verstände nicht, weshalb wegen drei Verletzten ein derartiger Aufwand gemacht würde, während bei anderen Vorkommnissen, bei denen Nationalsozialisten die Opfer wären, nichts unternommen würde.

Zwischenzeitlich kam es zwischen Freisler und Staatsanwalt Stenig, der von den Nationalsozialisten besonders gehaßt wurde, zu heftigen Auseinandersetzungen (vgl. HVW, 29.10.1931; 4.11.1931 und KP, 3.11.1931).

Auch Freisler versuchte seine Parteigenossen reinzuwaschen, indem er die Polizei der Lockspitzelarbeit bezichtigte und Polizeioberstleutnant Schulz beschuldigte, der nach den Vorfällen in Kassel nach Berlin versetzt wurde. Später stellte er den "Beweisantrag" jedoch als "Eventualantrag" zurück, was von der "Hessischen Volkswacht" als "Zeichen der Stärke" hervorgehoben wurde (vgl. HVW, 5.11.1931)! Außerdem fügte laut "Vossischer Zeitung" vom

7.11.1931 hinzu:

> "Es sei schon gerechtfertigt, wenn der eine oder andere Semit am Kurfürstendamm eine Ohrfeige bekommen habe, und man müsse es verstehen, wenn ein deutscher Arbeiter den Satten am Kurfürstendamm mit der Faust entgegnete, um ihnen zu zeigen, daß es noch Hunger in Deutschland gibt" (HANNOVER, HANNOVER-DRÜCK, 1977, S. 288).

Der Staatsanwalt beantragte gegen Helldorf und Ernst wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenkampf 3 Jahre Gefängnis und 300 M Geldstrafe wegen Beleidigung. Brandt sollte wegen des gleichen Vergehens zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt werden (vgl. KP, 7.11.1931 und HVW, 7./8.11.1931).

> "Ein aus Kassel herbeigeeilter Partei-Anwalt...., der mit seiner Aufgeregtheit auch den Mitverteidigern auf die Nerven ging, konnte sich nicht genug tun in branarbasierenden Kundgebungen der bevorstehenden Machtübernahme. Er durfte das tun unter Ausfällen gegen die Regierung und Beleidigung von Amtspersonen, ohne vom Vorsitzenden in die Schranken gewiesen zu werden. Wenn man so freundlich sein will, ihm die bevorstehende Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten zu glauben: Durch den Tumult am Kurfürstendamm und durch den Prozeß hat man wieder einmal einen Vorgeschmack bekommen, was für Menschen und was für Gesinnungen alsdann an die Macht kommen würden" (HANNOVER, HANNOVER-DRÜCK, 1977, S. 291).

Auch das "Kasseler Volksblatt" berichtete unter der Überschrift "Wenn Roland eine Reise tut... - Ein 'Provinzblatt' im Spiegel der Großstadtpresse" von Freislers Verhalten in diesem Prozeß (vgl. KVBL, 16.11.1931). Besonders hervorgehoben wurde dabei Freislers "tiefes Niveau" und seine Gestik bei den langen politischen Reden.

Spätestens bei diesem Prozeß hätte der deutschen Bevölkerung klar werden müssen, daß es sich bei den Nationalsozialisten keineswegs um "unschuldige, friedliche Bürger" handelte, wie Freisler immer wieder vorgab. Ebenso zeigte sich wiederholt, daß die Justiz bei den Nationalsozialisten sehr milde Urteile fällte.

Nach Wissen der Verfasserin handelte es sich hierbei um Freislers zweites größeres Verfahren außerhalb der Region Kassel nach dem Oranienburger-Prozeß von 1930.[24] Unverhohlen unterstützte er die Gewalttaten seiner Parteigenossen und bezeichnete sie als vollkommen"gerechtfertigt"! Sehr deutlich kam auch hier seine Einstellung zu Juden zum Ausdruck, die allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als minderwertige Rasse abgestempelt wurden. Seine bekannte Taktik, unbequeme Prozeßbeteiligte abzulehnen und Urteile

so lange anzufechten, bis sie seinen Vorstellungen entsprachen, hatte auch in diesem Fall Erfolg. Gleichzeitig versuchte er das Ansehen der Polizei herabzusetzen, indem er sie für die Ausschreitungen verantwortlich machte. Ließ sich der Tatbestand nicht leugnen, gab es Auswege... Um seine Ausrede war Freisler nie verlegen und wenn sie noch so "dreist" war! [25, 26]

2.3.5 Abgeordneter im Preußischen Landtag (1931/33)

Im Frühjahr 1932 wurde Roland Freisler als Abgeordneter der NSDAP in den Preußischen Landtag gewählt.
Von Anfang an waren seine Angriffe hier wesentlich schärfer als im Kasseler Stadtparlament. Aber seine Hauptkritik galt auch als Abgeordneter den Kommunisten und Sozialdemokraten, der Justiz und der Polizei.
Bereits in der 2. Sitzung am 25.5.1932 forderte er "Preußen zu einem Rechtsstaat zurückzuführen", da die "Justiz gefesselt" wäre, indem die "Staatsanwälte beeinflußt" würden, so daß es keine "Objektivität der Rechtsprechung mehr gäbe. Die Folge davon wären "ständige Skandalfälle" und "tausende zu Unrecht verurteilte Nationalsozialisten, die seit Jahren einen aussichtslosen Kampf ums Recht führten" (vgl. Pr. Ltg. 25.5.1932, S. 29-31)!

> "... wir kämpfen gegen denjenigen Teil der deutschen Richter, d e n Teil der deutschen Staatsanwälte, d e n Teil der deutschen Anwälte, die Unrecht Recht werden ließen, die nicht mehr im Dienste des Rechtes, sondern der Gewalt gehandelt haben, die den Anordnungen parlamentarischer Schieber gefolgt sind, die sich dazu hergegeben haben, das Recht und die Gerichtsbarkeit zur Dirne sozialdemokratischer Parteigelüste zu machen" (Pr.Ltg., 8.7.1932, S. 1302).

Am 3.6.1932, in der 5. Sitzung des Preußischen Landtages, nutzte er die Besprechung über die "Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums" zur "Abrechnung" mit den marxistischen Parteien. Er bezeichnete sie als "Dienerinnen des modernen Hochkapitalismus", die "alles heruntergewirtschaftet" hätten und die Justiz und die Polizei "zur Stabilisierung ihrer Macht mißbrauchten", um somit ungehindert ihre "Parteiwillkürherrschaft" ausüben zu können! Ferner drohte er damit, die Verantwortlichen eines Tages entsprechend zu bestrafen!

Um die Kommunisten "mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen", führte er drei offizielle sowjetische Zeitungen an, las einige Abschnitte daraus vor und deckte die Widersprüchlichkeiten darin auf. Theorie und Praxis der kommunistischen Ideologie ständen in krassem Gegensatz zueinander. Dann forderte er seine politischen Gegner auf, die Artikel auf ihre Authentizität zu prüfen; falls sie dazu nicht in der Lage wären, da sie die russische Sprache vielleicht nicht beherrschten, sollten sie die "russische Handelsdelegation oder ein anderes Hilfsorgan der KPD" darum bitten. Er fügte hinzu,

> "wenn Sie selbst nicht den nötigen Geist und das nötige Wissen dazu mitbringen. Ich selbst habe nicht so viel Zeit, Ihnen Unterricht in Ihrer Sprache zu erteilen" (Pr.Ltg. 3.6.1932, S. 270).

Dieses Verhalten belegt, daß Freisler fließend russisch sprach und auch die weißrussische Sprache beherrschte, da er behauptete, diese Zeitungen ebenfalls vorlesen zu können.

Es folgt eine Kopie des Pr. Ltgs. vom 3.6.1932, S. 260-274 .

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[Ruschke, Abg. (D. Staatsp.)]

Preußen geschieht oder unterlassen wird. Denn, meine verehrten Herren von der Nationalsozialistischen Partei, auf die Dauer wird man immer nur fragen, was Sie denn mit den vielen Mandaten nun anzufangen gewußt haben. Bis jetzt haben Sie ja an positiven Leistungen nur aufzuweisen, daß Sie hier einige Untersuchungsausschüsse für längst erledigte Fragen eingesetzt haben. Daß Sie als stärkste Partei — und dazu muß ich ein besonders ernstes Wort sagen — hier in Anträgen gegen die Polizei Vorwürfe erhoben haben, die nach allen neutralen Meldungen vollkommen gegenstandslos sind. Ich halte es für verantwortungslos, wenn die größte Partei dieses Hauses in Anträgen der Polizei, die in treuester Pflichterfüllung und in Aufrechterhaltung ihres außerordentlich schweren Berufs gehandelt hat, den Vorwurf macht, sie habe friedliche Bürger überfallen. Die Dinge haben so gelegen, daß die Polizei mit Pflastersteinen beworfen worden ist.

(Zurufe bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Ja, hätten Sie einmal abgewartet, bis eine authentische Untersuchung vorlag. Niemand hätte es Ihnen übelgenommen, wenn Sie eine ordentliche Untersuchung verlangt hätten. Statt dessen haben Sie in Ihrem Antrag der Polizei vorgeworfen, sie habe friedliche Personen überfallen. Durch solche Anträge erschweren Sie den Beamten in unverantwortlicher Weise ihr an sich schon außerordentlich mühevolles und opferreiches Amt. Es ist doch Tatsache, daß auch mehrere Polizisten verletzt worden sind. Die Polizei hat erst dann von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, als sie angegriffen worden war. Es ist verantwortungslos, solche Anträge zu stellen.

Nun haben wir ja gestern noch einen anderen Antrag bekommen. Weil die Mitglieder des geschäftsführenden Kabinetts nicht dem Beschlusse gefolgt sind, im Landtag zu erscheinen, beantragt die nationalsozialistische Fraktion, daß sämtliche Staatsminister der Sozialdemokratie und der Staatspartei in den Anklagezustand versetzt werden sollen. Ich habe den Antrag vor mir. Es ist wohl selten ein unsubstantiierterer Antrag in diesem Hause gestellt worden.

Das alles sind aber letzten Endes nur Mittel, um von der Tatsache abzulenken, daß Sie sich bisher als parlamentarisch absolut unfruchtbar erwiesen haben. Weder zu den wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, noch zu der Frage der Arbeitslosigkeit, noch zur Frage der finanziellen Rettung der Gemeinden haben Sie irgend etwas Positives beizusteuern gewußt.

(Sehr richtig! links)

Dieser Theaterdonner soll über Ihre vollkommene Impotenz auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete hinwegtäuschen. Nun, auf die Dauer wird sich das deutsche Volk nicht täuschen lassen, und die Worte „Deutschland erwache!“ werden sich einmal in einem ganz anderen Sinne bewahrheiten, als Sie sich das heute träumen lassen.

Nun haben wir hier die Anträge, durch die Sie die Geschäftsordnung rückwärts revidieren wollen, ehe Sie zur Wahl des Ministerpräsidenten zu schreiten gedenken. Ich will heute auf diesen Streit nicht näher eingehen, ich will nur noch einmal feststellen, daß die Verfassung klipp und klar für den Entzug des Vertrauens eine qualifizierte Mehrheit vorschreibt, und daß es daher durchaus sinngemäß ist, wenn auch für die Wahl des Ministerpräsidenten eine qualifizierte Mehrheit festgesetzt wird, zumal die Verfassung dem Hause in dieser Frage volle Freiheit gibt; denn es steht in der Verfassung lediglich, daß der Ministerpräsident vom Hause gewählt wird. Artikel 45 lautet: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten.“ Damit ist dem Hause volle Freiheit in bezug auf die Modalitäten gegeben. Die Nationalsozialisten hatten es in der Hand gehabt, mit ihrer großen Zahl von 162 Mandaten eine Regierung herzustellen. Sie haben das aber bisher nicht fertiggebracht. Sie haben sich mehr auf die schlagenden als auf die sachlichen Argumente verlassen. Meine sehr verehrten Herren Nationalsozialisten, die Verantwortung für diese Unterlassung und dieses Unvermögen wird Ihnen auf die Dauer vor der großen Öffentlichkeit nicht erspart werden. Wir sind der Auffassung, daß die Frage, nach welchem Wahlmodus der Ministerpräsident zu wählen ist, von dem Staatsgerichtshof entschieden werden müßte. Es liegt meines Wissens der Antrag einer großen Partei vor, diese Frage dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. Ich schließe mich diesem Antrage an. Sollte der Antrag zurückgezogen werden, so stelle ich erneut ausdrücklich den Antrag, die Anträge bezüglich Rückwärtsrevidierung der Geschäftsordnung dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Präsident Kerrl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Freisler.

X Dr. **Freisler,** Abg. (Nat. Soz. D. A.-P.): Wenn man, meine Damen und Herren, am Ende der Aussprache der beiden vergangenen Tage steht, dann ist man als Nationalsozialist erschüttert über die Verständnislosigkeit, mit der die weitesten Schichten in diesem Hause dieser Bewegung gegenüberstehen. Niemand kann bezweifeln, daß derjenige, der vor 13 Jahren erklärt hätte, heute würde dieser ganze Sektor (nach rechts zeigend) von nationalen Sozialisten besetzt sein, für irrsinnig erklärt worden wäre. Niemand kann bezweifeln, daß es noch niemals eine Vertrauensbasis für eine Regierung gegeben hat, die so breit war wie die Vertrauensbasis, mit der das neue System zu Beginn seiner 13jährigen Herrschaft hier antreten konnte. Und noch niemals in der Geschichte Preußens und Deutschlands, vielleicht überhaupt noch niemals in der Geschichte eines Staates ist eine so breite Vertrauensbasis so schnell und so restlos verwirtschaftet worden, wie es dieses System in diesen 13 Jahren fertig gebracht hat.

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Wenn wir bedenken, wie man sich in den Debatten dieser zwei Tage mit uns auseinandergesetzt hat, so muß man feststellen, daß, wenn man nicht bösen Willen annehmen will, eine Verständnislosigkeit sondergleichen gegenüber dieser elementaren Naturerscheinung, gegenüber dieser elementaren Lebensäußerung des eigenen Volkes, dem Sie doch zum großen Teil selbst angehören, bestanden hat, wie das jetzt der Fall ist. Allerdings, wenn man näher zusieht, kann man ja auch nicht erwarten, daß das Verständnis für diese Erscheinung des

[Ausführungen des zurückgetretenen Staatsministers a. D.]

[Dr. Breitscheid, Abg. (Nat.-Soz. T. A.-P.)]

Nationalsozialismus bei den liberalistisch-individualistischen und marxistischen Gruppen, beiderseits Dienerinnen des modernen Hochkapitalismus, bei uns auch nur aufkommen kann. Das ist schlechterdings unmöglich; denn es ist unmöglich, daß jemand, der sich auf rein materialistischem Boden befindet, eine ideelle Erneuerungsbewegung verstehen kann. Es ist vollkommen unmöglich, daß diejenigen, die als Revolutzer im Jahre 1918 den Begriff einer Revolution verfälscht haben,

(sehr richtig! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

begreifen, daß das Höchste und das Heiligste, was es in einem Volke gibt, ist, daß ein Zustand einer Revolution, d. h. einer inneren seelischen und geistigen Erneuerung und Verjüngung eingetreten ist. Revolutzer, diejenigen, die in einer Stunde der Not, der Gefahr und der Todesdrohung in einem Volk die Axt an den Baum der Ordnung legen, wie das 1918 geschehen ist,

(sehr richtig! bei der Nat.-Soz. T. A.-P. Lachen links)

und die nichts anderes tun, als 13 Jahre lang dafür zu sorgen, daß sich ihr Programm der sozialen Befreiung lediglich in der Person der Führer dieser Revolutzer verwirklicht, — Personen, die so denken und so handeln, können eine wirkliche seelische Erneuerungsbewegung nicht verstehen.

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Sie wollen uns bekämpfen. — Schön! Das ist Ihr selbstverständliches, gutes Recht. Sie können uns nicht bekämpfen. Sie haben uns niemals wirksam bekämpft und werden uns niemals wirksam bekämpfen können, weil Sie uns nicht verstehen und begreifen können.

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Einen Gegner — das ist das Geheimnis unseres Erfolges gewesen — kann man nur bekämpfen, wenn man ihn innerlich erfassen will, erfassen kann, wenn man ihn verstehen kann, wenn man auf seinem Boden mit ihm streiten kann, nicht aber dann, wenn man aus der eigenen unzulänglichen Psyche heraus versucht, den Gegner als etwas zu verstehen, was einem selbst lebens- und wesensgleich wäre, und dann von dieser verkehrten, schiefen, falschen, grundlosen, morschen Basis aus den Gegner angreifen und vernichten will. Das werden Sie nie können! Weil wir das erkannt haben, daß Sie, einerlei welcher dieser verbündeten liberalistisch-marxistischen Gruppen Sie angehören, uns nicht verstehen können, uns deshalb auch nicht bekämpfen können, deshalb müssen wir Ihnen auch das Recht absprechen, hier von uns zu verlangen, daß wir so oder so uns zu verhalten hätten.

(Sehr gut! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Was geht es uns an, ob der Sprecher der SPD. hier sagt, er sei darüber erstaunt, daß positive programmatische Erklärungen nicht ins einzelne substantiiert seien! Was geht es uns an, daß der Sprecher einer Fraktion, die in ihren Taten stets das Gegenteil von dem getan hat, was ihre Vertreter draußen im Lande phrasenhaft proklamiert haben,

(sehr richtig! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

was geht es uns an, ob der Vertreter einer solchen Fraktion von uns verlangt, daß wir dieses oder jenes sprechen sollen! Wir sind hier nicht dazu da, Ihnen darzulegen und Sie gewissermaßen als Richter hier darüber sprechen zu lassen, was wir tun wollen. Der Nationalsozialismus ist Gott sei Dank nunmehr an der Schwelle derjenigen Zeit angelangt, in der sein Sehnen, an die Stelle des Sprechens und Werbens und des Trommelns und der geistigen Vertiefung die schweigende Tat zu setzen, verwirklicht werden kann.

(Sehr gut! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Sie, meine Herren von der Sozialdemokratie, werden schon merken, was wir wollen

(sehr gut! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

und was wir tun werden, und wir haben wahrhaftig genug zu tun!

(Lebhafte Zustimmung bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Sie sind schuld daran, daß wir jetzt, nachdem Sie abgewirtschaftet haben — wie resigniert klangen doch die Ausführungen, die der Sprecher der Sozialdemokratie soeben gemacht hat! —,

(lebhafte Zustimmung bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Sie sind schuld daran, daß wir, ehe wir an den Aufbau, der so dringend notwendig ist, gehen können, zunächst einen Augiasstall ausmisten müssen!

(Stürmisches Händeklatschen bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Und das können Sie gewiß sein: wenn wir hier Worte und Ausdrücke gebraucht haben, die Ihnen und Ihren Freunden von den goldenen Koalitionsparteien zu stark zu sein scheinen, — Sie werden nicht nur noch viel stärkere Ausdrücke, nein, Sie werden auch noch viel stärkere Handlungen zu spüren bekommen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Man wirft uns vor, daß wir richten wollen. Von einer Partei, die uns das Christentum abzusprechen sucht, selbst aber das Christentum für sich patentiert in Anspruch nimmt, wird uns vorgeworfen, daß wir den Wunsch haben, darüber zu richten, daß 300 junge Kämpfer für reine Zustände in einem ehrenhaften Deutschland und Preußen von der Unterwelt niedergeschlagen, erdolcht, ermordet, in die Kanäle und Flüsse geworfen worden sind.

(Sehr wahr! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Ist das Christentum, daß man ein jahrelanges organisiertes Verbrechen nachher ungestraft davonkommen läßt?

(Sehr gut! bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

Nein, Christentum heißt dafür sorgen, daß das Verbrechen in einem Volke nicht überhandnimmt; Christentum heißt, dafür sorgen, daß jedermann, der sich gegen die Grundgesetze des Volkslebens zu vergehen wagt, dafür auch dem Volke Rechenschaft zu geben hat.

(Sehr richtig! und Zuruf bei der Nat.-Soz. T. A.-P.: Das versteht ein Letterhaus nicht!)

Dann kommt er mit der Erklärung, es sei doch noch niemals in der Geschichte von Kulturstaaten vorgekommen — ausgerechnet der Vertreter dieser christlichsten Partei! —, daß ein Verbrechen, das zur Zeit der Begehung noch keine formal-juristische, paragraphenmäßige Ahndung in einem Strafgesetzbuch gefunden hatte, nachher bestraft wird. Über den Para-

[Ausführungen des zurückgetretenen Staatsministers a. D.]

[Severing, Abg. (Soz.)]

macht hat. Und scheuen Sie Ihre eigenen illustrierten Zeitungen an.

(Zurufe bei der Nat.-Soz. T. A.-P.)

— Jetzt wird es unangenehm, meine Herren, was? Das bewaffnete Volk —

[…] der Vertreter einer solchen
[…]t, daß wir dieses oder jenes
[…]ier nicht dazu da, Ihnen dar
[…] maßen als Richter hier dar-
[…] was wir tun wollen. Der
[…]eit sei Dank nunmehr an der
[…]ngelangt, in der sein Sehnen,
[…]bens und Werdens und des
[…]stigen Vertiefung die schwei-
[…]rklicht werden kann.

([…]r Abg.-Soz. D. A.-P.)

[…] der Sozialdemokratie, werden
[…]ollen

([…] Nat.-Soz. D. A.-P.)

[…]n, und wir haben wahrhaftig

([…] bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[…]aß wir jetzt, nachdem Sie ab-
[…]vie resigniert klangen doch die
[…] Vorredner der Sozialdemokratie

([…] bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

[…]ß wir, ehe wir an den Aufbau,
[…]dig ist, gehen können, zunächst
[…]sten müssen!

([…]Beifall bei der Nat.-Soz.
[…] A.-P.)

[…]wiß sein: wenn wir hier Worte
[…] haben, die Ihnen und Ihren
[…]en Koalitionsparteien zu stark
[…] werden nicht nur noch viel
[…]t. Sie werden auch noch viel
[…] spüren bekommen.

([…] bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[…], daß wir richten wollen. Von
[…] das Christentum abzusprechen
[…]ristentum für sich patentiert in
[…]uns vorgeworfen, daß wir den
[…]r zu richten, daß 300 junge
[…]stände in einem ehrenhaften
[…]en von der Unterwelt nieder-
[…]rdet, in die Kanäle und Flüsse

([…] der Nat.-Soz. D. A.-P.)

[…]ß man ein jahrelanges organi-
[…]cher ungestraft davonkommen

([…]er Nat.-Soz. D. A. P.)

[…]t dafür sorgen, daß das Ver-
[…]nicht überhandnimmt: Christen-
[…], daß jedermann, der sich gegen
[…]lebens zu vergehen wagt,
[…]rechenschaft zu geben hat.

([…]Zuruf bei der Nat.-Soz.
[…]steht ein Letterhaus nicht!)

[…]mit der Erklärung, es sei doch
[…]schichte von Kulturstaaten vor-
[…]ret der Vertreter dieser christ-
[…] ein Verbrechen, das zur Zeit
[…]keine formal-juristische, para-
[…]g in einem Strafgesetzbuch ge-
[…]estraft wird. Über den Para-

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[**Dr. Freisler,** Abg. (Nat.-Soz. D. A. P.)]

machen der geltenden Gesetze nicht [illegible] des Volkes, das diese Gesetze [illegible]

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[illegible]

(Lebhaftes [illegible] bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[illegible]

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Nein, wir [illegible] Bedenken [illegible] Leben die Form durchbrechen und sich [illegible] geben.

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Dann verzeiht er an uns und erklärt [illegible] an die Grundlagen des Staates, indem [illegible] die Rechtsprechung kritisiert, indem ihr Tatsachen in der Öffentlichkeit feststellt wie die der Korruption auf dem Gebiete der politischen Rechtspflege!

(Hört, hört! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Wir sind der Meinung: nicht derjenige greift die Wurzeln des Rechtsstaates an, der diese Mißstände offenkundig dem ganzen Volke von dieser Tribüne aus zum Bewußtsein bringt, sondern derjenige, der diese Mißstände hervorgerufen hat.

(Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[illegible] in keinem Punkte, wenn wir erklären: die Rechtsprechung hat sich im gesamten Gebiet der politischen Rechtsprechung zur Dienerin eines parteipolitisch einseitigen Systems gemacht.

(Sehr wahr! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Nichts mehr ist von dieser politisch beeinflußten Strafjustiz [illegible] ein Dienen gegenüber dem Recht erkennen läßt. Nur der Wille oder doch die Bereitschaft, den [illegible] Machthabern, [illegible] deren Ansprüchen zu dienen, ist das, was jeder von uns, der das Objekt der Rechtsprechung, als Angeklagter von solchen Gerichten gestanden hat, und jeder von uns, der wie ich vielleicht tausendmal in solchen Fällen als Verteidiger, also als Subjekt der Rechtsprechung, in solchen Gerichten mitgearbeitet hat, empfunden hat. Sie (zu der Soz. Dem. P.) freilich können das nicht verstehen; denn Sie waren nicht das Objekt dieser sogenannten Rechtsprechung.

(Sehr wahr! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[illegible] macht diese Rechtsprechung halt. Sie und [illegible] Parteien [illegible] für diese Rechtsprechung [illegible].

(Sehr wahr! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Wir wissen es und können es belegen.

[illegible] der vorigen Woche haben wir uns über den [illegible] Schwurgerichts in Wuppertal beschwert. Wir [illegible] genau, daß sich in diesem Falle ein [illegible] Staatsanwalt geweigert hatte, einen Antrag zu stellen, [illegible] er [illegible] dem Oberstaatsanwalt dazu gezwungen wurde.

(Stürmische Rufe bei der Nat.-Soz. D. A. P.: Un[erhört!] — Abg. Maier: Das ist die christliche Moral des Zentrums!)

[illegible], daß dieser Fall kein Einzel[fall ist] [illegible] Fälle [illegible] und wir übertreiben [illegible] in unseren Marschstiefeln. Gott sei Dank [illegible] wir unsere Marschstiefel vor den Zugriffen des Herrn Severing schützen können! Gott sei Dank ist [illegible] in unseren Händen geblieben! Gott sei Dank können wir also in dem Augenblick, in dem uns [das] Schicksal des Deutschen Volkes, unsere Kraft und [unser] Gewissen in die Möglichkeit versetzt, zu richten, [illegible] Wir kennen Hunderte von Fällen. Wir [illegible] daran, wie hier bei dem Kurfürstendamm[prozeß] [illegible] Richter öffentlich im Gerichtssaal eine [illegible] Urteilsbegründung verkündet hat, die man [illegible] die Parteirede eines Parteirepublikaners der [illegible] in einer Wahlversammlung ansehen [illegible] eine Urteilsbegründung, in der es unter [illegible] heißt:

> Wenn [illegible] politische Parteien etwa die Absicht haben sollten, die Zahl der Terrorakte zu erhöhen, dann muß das Gericht die Zahlen der [illegible] Strafen erhöhen.

(Abg. Maier: Wie hieß denn dieser Bursche?)

Das ist, das kann man ruhig sagen, der Land[gerichts]direktor Schmitz.

(Zuruf bei der Nat.-Soz. D. A. P.: Das ist der richtige!)

[illegible] ganz sicher [illegible] und das werden wir im Untersuchungsausschuß feststellen [illegible] im Zusammenhang mit seiner [illegible] steht. Man kann nicht [leugnen], daß solche Fälle, besonders die Fälle der [illegible], die hier gestern erwähnt wurden, Vorkommnisse sind, die sich bei untergeordneten Instanzen ereignet haben. So ist die Rechtsprechung in politischen [illegible] fast durchweg gewesen!

[illegible] Das hat uns ja gestern der Herr Redner der Deutschen Volkspartei selbst gesagt. Er hielt uns vor, warum regt Ihr Euch darüber auf? Jeden, der nicht willfährig gewesen wäre, [hat] man doch mit Weib und Kind auf die Straße gejagt.

(Hört, hört! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[illegible] beste Unterstützung der Anklage, die wir erheben.

(Erhöhte Zustimmung bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Das ist ja eben das Fluchwürdige dieses Systems, daß man diejenigen, die eine aufrichtige Gesinnung in ihrem Amte behalten, die aufrecht und frei als deutsche Richter oder deutsche Staatsanwälte handeln wollten, damit

[…]ie Ihre eigenen illustrierten

([…]Nat.-Soz. D. A. P.)

[…]ohnt, meine Herren, was?

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

er ist? Ist es nicht so, daß er kein Getreide sogar noch vor der Ernte verkaufen muß?

(Zuruf bei der Nat.-Soz. D. A. P.: Was hat das

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat.-Soz. D. A.-P.)]

bedroht hat, daß Frau und Kind Hungers sterben müssen.

(Rufe bei der Nat.-Soz. D. A.-P.: Pfui dem Zentrum!)

Spreche ich da etwa zuviel? Kennen Sie nicht den Magdeburger Fall, wo man einen Richter, der nach bestem Wissen und Gewissen einen einer Mordtat Verdächtigen verhaftet hatte, aus dem Amte hinausfeilte, weil er nach seinem Gewissen gehandelt hat, und demjenigen, der eine Woche lang verhaftet war, auf Kosten des deutschen Volkes einen Schadenersatz von [illegible] Mark dafür bezahlt hat?

(Hört, hört! bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Aber wir legen gar keinen Wert darauf, Ihnen die Dutzende der prominenten und bekannten Fälle zu nennen, wir legen gar keinen Wert darauf, Ihnen Ihre Größen vorzuhalten, Ihren Herrn Werthauer und einen Herrn, der hier sitzt und auch gesprochen hat. Die halten wir Ihnen in einem legalen Gerichtsverfahren vor, das wir ermöglichen werden.

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Die halten wir Ihnen dann vor, wenn sie nicht bis dahin sich Wiesen und andere Plätze für Grundstücke am Genfer See oder sonstwo gekauft haben sollten, um rechtzeitig jenseits der deutschen Grenze zu sein.

(Zuruf des Abgeordneten Heilmann [Frankfurt (Oder)])

– Uns interessiert das ja gar nicht: was der Herr Heilmann hier will, interessiert das deutsche Volk nicht im geringsten.

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Das deutsche Volk ist nur der Ansicht, daß solche prominenten Vertreter des heutigen Systems, soweit sie ihre Hände im Dunkeln auch in der Justiz gehabt haben sollten, Objekt der Willensbildung, der Meinungsäußerung, der Entscheidung und der Vollstreckung deutscher Organe, eines deutschen legalen Volksgerichts werden. Nur insofern interessiert uns der Herr, der soeben diesen Zwischenruf gemacht hat.

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Wir, die Kämpfer für reine, saubere, sozial gerechte, nationale freie Zustände in unserem deutschen Vaterlande

(Zurufe bei der Soz. Dem. P.: Sie!)

interessieren uns vielmehr für die Tausende von Fällen des unbekannten deutschen Soldaten des dritten Reiches, für die Tausende von Fällen, die Sie nicht kennen, in denen um lächerlicher Formdelikte willen Kämpfer für gesunde Zustände, unsere SA.- und SS.-Kameraden hinter die Kerker des Systems gesetzt worden sind. Das hört jetzt auf, weil der Rechtsstaat jetzt beginnt.

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Und dann beschwert man sich darüber und sagt, die Fälle, die wir genannt hatten, die Fälle aus Pommern, aus Frankfurt an der Oder wären Fälle vor Entgleisungen untergeordneter Instanzen. Ist das auch eine Entgleisung einer untergeordneten Instanz, daß ein Polizeipräsident vor Gericht unter Eid zugeben muß, er habe zwar in einem besonderen Falle, in dem vier erlaubte nationalsozialistische Kundgebungen stattfanden, eingesehen, daß am selben Tage das Reichsbanner nicht auch demonstrieren müsse, er habe das aber nicht verboten, weil er auf die Loyalität des Reichsbannerführers gerechnet und ihm eine Demütigung habe ersparen wollen, wie der Polizeipräsident Dr. Hohenstein unter Eid hat bekunden müssen.

(Hört, hört! bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Ist das auch etwa eine Entgleisung untergeordneter Organe, daß ein Oberstleutnant der Schutzpolizei wie der Oberstleutnant Schulz in einem gerichtlichen Verfahren von einem Gericht bescheinigt bekommt gegenüber demjenigen, der behauptet hat: dieser Oberstleutnant war der Rädelsführer bei dem organisierten Landfriedensbruch der roten Unterwelt, bei dem 1 Toter und 13 Verletzte auf dem Straßenpflaster einer deutschen Stadt liegen blieben, daß das Gericht in dem Urteil gegen diesen Betreffenden erklärte: wir haben fünf Tage der Beweisaufnahme gebraucht, um feststellen zu müssen, daß es sich hier nicht um Böswilligkeiten, sondern nur um grobe Ungeschicklichkeiten handelte.

(Hört, hört! bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Und ist das etwa die Entgleisung eines untergeordneten Organs, daß, wie fünf aufrechte Schutzpolizeioffiziere – die gibt es nämlich auch – unter ihrem Eide vor Gericht bestätigen mußten, in der Offiziersbesprechung, die dieser Aktion der Polizei vorherging, dieser Oberstleutnant erklärt habe: unsere Aktion geht heute gegen die Nationalsozialisten.

(Hört, hört! bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Und ist das etwa die Entgleisung eines untergeordneten Organes, daß der Minister, dem diese Akten persönlich bekannt sind, zum Lohn dafür diesen Herrn zum Kommandeur der Schutzpolizei in Breslau macht.

(Zurufe rechts: Unerhört!)

Wir könnten Fälle unzähliger Art hinzufügen.

In Dortmund erklärte der inzwischen verstorbene sozialdemokratische Polizeipräsident, wenn er einen bestimmten nationalsozialistischen Verteidiger drei Tage vor der nationalsozialistischen Machtergreifung auf den Straßen von Dortmund feststellen würde, würde er ihn verhaften, an die Wand stellen und erschießen lassen.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört, hört!)

Ein anderer Polizeipräsident erklärt, einen Staatsbürger müsse man mit der Hundepeitsche heraustreiben, einen beliebigen Staatsbürger nicht nur, sondern den Führer des erwachenden Deutschland.

(Stürmische Rufe rechts: Hört, hört!)

Ist das etwa eine Entgleisung untergeordneter Organe? Das ist System!

(Lebhafte Zustimmung rechts)

Das ist die in Erkenntnis der inneren Schwäche und Unzulänglichkeit gefaßte Entschließung, nunmehr mit den verfassungswidrigen Mitteln gröbsten Mißbrauches der vom Volk übertragenen Amtsgewalt die eigenen Amtssessel sich noch einige Zeit lang zu erhalten.

(Sehr wahr! rechts)

Aber die Rechnung ist fehlgegangen. So alt, so morsch, so müde ist unser Volk nicht, nein, unser Volk hat das

MICROCARD EDITIONS NCR

unter Eid zugeben muß,
ren Falle, in dem vier
ndgebungen stattfanden,
das Reichsbanner nicht
abe das aber nicht ver
inat des Reichsbanner
e Denunziation habe er
räsident Dr. Hohenstein

. Soz. T. A. P.)

ung untergeordneter Or
er Schutzpolizei wie der
r gerichtlichen Verfahren
ekommt gegenüber dem
ier Oberstleutnant Arne
anisierten Landfriedens
em 1 Toter und 13 Ver
einer deutschen Stadt
icht in dem Urteil gegen
ir haben fünf Tage der
n feststellen zu müssen,
willigkeiten, sondern um
anderes.

t. Soz. T. A. P.)

ig eines untergeordneten
e Schutzpolizeioffiziere
ner ihrem Eide vor Ge
Offiziersbesprechung, die
cherping, dieser Oberst
Akten geht heute gegen

t. Soz. T. A. P.)

isung eines untergeord
nisters, dem diese Akten
Lohn dafür diesen Herrn
olizei in Breslau macht.

Unerhört!)

Art hinzufügen.

er inzwischen verstorbene
dent, wenn er einen be
n Verteidiger drei Tage
Machtergreifung auf den
len würde, würde er ihn
und erschießen lassen.

: Hört, hört!)

" erklärt, einen Staats
ndepeschе herausstreiben,
nicht nur, sondern den
chland.

ts: Hört, hört!)

lesung untergeordneter

nung rechts)

er inneren Schwäche und
chließung, nunmehr mit
In gräßlichen Mißbrauches
Amtsgewalt die eigenen
lang zu erhalten.

rechts)

ngen: So alt, so morsch,
nein, unser Volk hat das

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[Dr. **Freisler**, Abg. (Nat.-Soz. T. A.-P.)]

Erlebnis der furchtbaren, aber auch großen vier Jahre hinter sich, die dem Einzelnen, der ich zu opfern bereit war, gezeigt haben, daß es nichts mit dem materialistischen Marxismus, nichts mit dem materialistischen Individualismus des einzelnen ist. Der einzelne ist gar nichts. Der einzelne hat nur Lebenssinn, Lebensrecht, Lebensbedeutung als Teil eines großen Ganzen, als Teil des organisch gewachsenen deutschen Volkskörpers. Daß die Geburt des großen deutschen nationalen und sozialen Idealismus möglich war, das ist der Beweis und die Erklärung dafür, daß die Rechnung jener Vertreter dieser alternden, überlebenden Richtung, sie würden sich auf Kosten des deutschen Volkes im Besitz ihrer Pfründe mit roher Gewalt noch eine Zeit lang halten können, fehl gehen mußte. Was ist es denn anders, wenn hier von der Vertretung des souveränen Volkes — Sie sind doch nur mit Treuhändern — diejenigen, die auf Grund einer Scheidung von Ihnen noch an bestimmten Stellen eine Zeitlang bleiben können, wenn diese Beauftragten des souveränen Volkes sich hohnlächelnd weigern und erklären, sie hätten so und soviele Tage Überlegung nötig, bis sie vor ihren Auftraggebern erscheinen wollen?!

(Sehr wahr! und Sehr gut! rechts)

Das ist offene, bewußte Proklamierung des Verfassungsbruches, bewußt, soweit aus Ihren Bänken heraus ein derartiges Verhalten gebilligt und von vornherein angekündigt wird.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts)

Man kann nicht davon sprechen, daß dieses Gebilde, das zur Zeit in Mitteleuropa über uns Gewalt beansprucht, ein Staat sei, und infolgedessen können diejenigen, die die Systemparteien dieses Gebildes bisher gewesen sind, sich auch nicht hierher stellen und erklären, unsere Angriffe auf dieses Gebilde gingen fehl, weil sie den Grundsätzen modernen Staatswesens und Rechtswesens nicht entsprächen. Niemand hat das Recht, so zu sprechen, der nicht selbst dafür gesorgt hat, daß das Gebilde, das über uns Staatsgewalt beansprucht, ein Staat bleibt oder ein Staat wird. Niemand hat das Recht, uns das entgegenzuhalten, der zu seinem Teil dazu beigetragen hat, daß die Reste des Staates, die als Fundament der Neuerrichtung des preußischen und deutschen Staates sehr wohl noch benutzt werden konnten, restlos verwirtschaftet worden sind.

(Sehr wahr! rechts)

Aber es ist ja nicht nur so auf dem Gebiet der Justiz, sondern wir können das auf allen anderen Gebieten ebenso zeigen.

Es ist bezeichnend, daß der Vertreter der Sozialdemokratie nicht mit einem einzigen Wort darauf eingegangen ist, wie er sich die heutigen Zustände erklärt. Es wäre nichts natürlicher gewesen, wenn er schon die Not, das furchtbare Massenelend und den Hunger, die Arbeitslosigkeit zugeben mußte, als daß er wenigstens den Versuch machte, klarzumachen, — ob uns gegenüber, interessiert uns nicht; wir haben uns für die Rede überhaupt nicht interessiert — aber vielleicht sich selbst, seinem Gewissen, seinen geschlagenen Fraktions- und Koalitionsgenossen gegenüber, wie es kommt, daß das so geworden ist. Dann hätte er, vielleicht nicht in dieser Öffentlichkeit, aber im Internen einer Fraktionssitzung, zum Ergebnis gelangen müssen, das kommt daher, weil wir diese 13 Jahre gewirtschaftet haben.

(Abg. Heilmann [Frankfurt/Oder]: Amerika!)

Wie ich schon sagte, interessiert uns dieser Zwischenrufer überhaupt nicht. — Aber es ist bezeichnend, daß man versucht, von der einen Seite aus, von dem, was uns interessiert, von der Grundlage unseres Volkslebens nach Japan und China, von der anderen Seite nach Amerika abzulenken. Was interessiert uns bei dem Aufbau unserer Heimat, des Hauses, in dem wir wohnen wollen, das, was irgendwo hinten in der Türkei geschieht. Zunächst interessiert uns, daß hier Sauberkeit, Reinheit, Anständigkeit, Unbestechlichkeit herrscht. Zunächst interessiert es uns, daß hier in Deutschland große Schieber nicht monate- und jahrelang die Gerichte verhöhnen dürfen.

(Beifall und Händeklatschen bei der Nat.-Soz. T. A. P.)

Aber wenn sich nun jemand auf den Standpunkt stellt, man könne hier nichts erreichen wegen Amerika, Japan, China, was wollen dann diese Herren hier, wenn sie erklären, wir können hier nichts erreichen, denn der Angelpunkt der Ereignisse liegt in Amerika, Japan, China. Bitte, gehen Sie so schnell wie möglich dorthin, um dort Ihre Experimente zu machen.

(Händeklatschen bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Wir Nationalsozialisten wissen, der Staat kann erst wieder aufgebaut werden, wenn die Machtmittel des Staates sich bewußt in den Dienst der Lebensnotwendigkeiten des erwachten Volkes stellen. Wir wissen, solange eine Regierung das fertig bringt, daß ihre Beauftragten im Lande gemeinsam mit den Kommunisten Abgeordnete niederknüppeln, wie es in Halle vor einigen Tagen mit zwei Nationalsozialisten geschehen ist, daß dort die Kommunisten und Polizei gemeinsame Sache machten in der Niederknüppelung der Abgeordneten, und solange es möglich ist, daß, wie gestern in Berlin geschehen, eine Veranstaltung kultureller Art, wie die des Kampfbundes der deutschen Kultur, im letzten Augenblick verboten wird, dem Veranstalter das nicht mitgeteilt wird —

(Zuruf)

Es ist immer derselbe, der das bekannte Mittel zur Herstellung der Ordnung sich hat patentieren lassen —, solange es möglich ist, daß dies Verbot dem Veranstalter nicht mitgeteilt wird und er das Verbot hintenherum erfahren muß, man nachher in Erkenntnis der Unmöglichkeit des Verbots die Veranstaltung zwar erlaubt, die Aussprache aber verbietet, weil irgendein Aussprache-redner vielleicht auf das politische Gebiet kommen könnte, und solange diejenigen, die dafür verantwortlich sind, die Stirne haben, hier erklären zu lassen, politische Handlungen nähmen sie nicht mehr vor, sie seien rein geschäftsführendes, für Ordnung sorgendes Ministerium, so lange ist die Basis für eine offene ehrliche Aussprache überhaupt nicht vorhanden, weil wir an die Ehrlichkeit und Offenheit dieser Gegner nicht glauben können.

(Sehr richtig! bei den Nat.-Soz. D. A.-P.)

Nicht nur auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der Staatsordnung, der Rechtspflege, des Polizeiwesens, auf dem ganzen Gebiete der Erhaltung und Pflege der

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat.-Soz. D. A. P.)]

öffentlichen Sicherheit hat sich das offizielle Machtmittel des Staates zum Diener einer Parteiwillkürherrschaft gemacht, sondern mit gleicher Schamlosigkeit ist man daran gegangen, zwei Klassen einander gegenüberzustellen, getreu dem Klassenkampfgedanken, den die Herrschaften ja predigen, nur in anderer Art, mit umgekehrten Vorzeichen; zwei Klassen hat man großgezogen auf Kosten des darbenden, hungernden, schaffenden aber nicht mehr schaffen könnenden, aber schaffenswilligen Volkes: die verbündeten Klassen der roten Bürokratie und der goldenen Finanzhyänen.

(Sehr wahr! bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Es gab und gibt keinen Staat — vielleicht mit Ausnahme von Sowjet-Rußland —, in dem der Hochkapitalismus eine derart brutale Herrschaft ausübt,

(Lachen bei den Komm.)

wie es hier in Deutschland unter dem Regiment dieser Parteien der Fall ist.

(Zurufe bei den Komm.)

— Ach, Sie wollen Beweise haben. Nun schön, ich bringe Ihnen Beweise.

Ich habe hier drei Zeitungen, und möchte Sie fragen, ob Ihnen diese Zeitungen authentisch erscheinen. Das eine ist die „Iswestija", herausgegeben in Moskau am 31. Mai 1932. Ich habe das Original hier, das Sie ja wohl als höchst authentisch anerkennen müssen.

(Zurufe)

— Ja, vielleicht können Sie sie nicht lesen, dann werde ich sie Ihnen nachher aus der Ursprache übertragen.

(Heiterkeit)

Das zweite ist auch eine offizielle Zeitung der Sowjet-Regierung, vom 30. Mai d. J. Das dritte ist die Moskauer „Prawda" vom 31. Mai 1932.

Sehen Sie (zu den Komm.), als Sie glaubten, uns bekämpfen zu müssen und zu können, da waren Sie sich mit Ihren Freunden von der Allerchristlichsten — denn sie sind ja in Wirklichkeit auch Ihre Freunde —

(Lachen im Zentrum und bei den Komm.)

in der Wahl der Mittel vollkommen einig. Der eine hat als Dokument eine anonyme Zuschrift angeführt, die höchstwahrscheinlich eine Zentrumsmystifikation ist. Mit anonymen Zuschriften glaubt man eine solche Volksbewegung wie die unsere bekämpfen zu können!

(Sehr wahr! und Lachen bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Der andere verliest etwas aus einer Zeitung des sogenannten „Kleinen Bruders", der allerdings klein, aber nicht Bruder NSDAP. ist. Der dritte erklärt: in Bremen hat eine Besprechung stattgefunden und dabei soll ein Nationalsozialist — ausgerechnet in Bremen — erklärt haben: die Nationalsozialisten wollten, daß die deutsche Seeschiffahrt eingestellt würde.

(Lachen rechts)

„In Bremen war eine Besprechung." Das ist Ihr Material. Wir könnten ja auch so vorgehen, ich könnte Ihnen z. B. etwas aus weißrussischen Zeitungen vorlesen. Aber das tue ich nicht. Ich lese hier etwas vor, was in Ihren offiziellen Sowjet-Zeitungen steht. Um dieses Material zu bekommen, habe ich nichts weiter getan, als heute früh an einen Kiosk zu gehen und um die drei neuesten russischen Zeitungen zu bitten. Aus diesen Zeitungen greife ich nun einiges heraus.

Da findet sich in der „Prawda" ein Artikel, in dem wörtlich folgende Sätze stehen, die ich bitte nachher nachzuprüfen.

(Zuruf rechts: Das können sie nicht! — Heiterkeit rechts)

— Ja, dafür kann ich nicht. Vielleicht ist aber die hiesige russische Handelsdelegation oder ein anderes Hilfsorgan der KPD. bereit, da zu helfen.

(große Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts)

wenn Sie selbst nicht den nötigen Geist und das nötige Wissen dazu mitbringen. Ich selbst habe nicht so viel Zeit, Ihnen Unterricht in Ihrer Sprache zu erteilen.

(Heiterkeit)

Wörtlich steht da in der „Prawda":

> Der Vorsitzende des Rayonkomitees für Hauswirtschaft . . . erklärte: „In unserem Rayon kann von einem organisierten Verkauf hauswirtschaftlicher Gegenstände nicht die Rede sein. Es ist nichts da, womit man handeln kann."
> (Lebhafte Rufe rechts: Hört, hört!)

Dann heißt es sieben Zeilen weiter:

> Die Frage der Organisierung des Handels mit diesen Gegenständen hat ihre Geschichte in unserem Rayon. Diese Geschichte ist bemerkenswert in der Richtung, daß nicht eine einzige Organisation unseres Rayons, darunter auch nicht unsere Zeitung, diese Frage auf die Tagesordnung gestellt hat.

Was heißt das? Das heißt: Rußland Potemkin früher, Potemkin auch heute,

(sehr richtig! bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Organisationen auf dem Papier, aber offen zugegeben: die Durchführung der Sache nicht einmal auf die Tagesordnung gestellt!

Oder eine andere Zeitung: „Za Industrialisazju", offizielle Zeitung für die Industrialisierung. Wörtlich:

> In dem Rayon . . . . sind die Torfverarbeitungswerkstätten in einem sanitätswidrigen Zustande. In den Klubs und Baracken herrscht Schmutz. Die Arbeiterberufsorganisationen haben nicht das geringste vorgeschlagen zur Verbesserung der kulturellen Lebensbedingungen der Torfarbeiter.

(Lebhaftes Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Darin unterscheiden sich nämlich die offiziellen Sowjetzeitungen innerhalb Deutschlands von Ihrer „Roten Fahne", daß sie nicht einfach das Gegenteil von dem, was wirklich ist, schreiben können, weil dort ein Volk ist, das die Zustände nachprüfen kann, und daß diese Regierung eben durch die Aufrechterhaltung der Pistole, als herrsche dort eine Dauerrevolution gegen den Kapitalismus, obgleich sie die Wahrheit dem eigenen Volk nicht verschweigen kann, es sich leisten kann, das zu sagen und zu schreiben, was wirklich ist.

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat.-Soz. D. A.-P.)]

Nun lohnt es sich allerdings nicht, sich solange mit Rußland zu beschäftigen; aber da ich es Ihnen versprochen hatte, nun noch einige Zahlen! Sie sprechen davon, daß Ihre Industrialisierung, daß Ihr Fünfjahresplan –

(Zurufe bei den Komm.)

Ja, ich denke, das, was hier in Ihren Zeitungen als Wirklichkeit angegeben ist, müßten Sie doch als Wirklichkeit anerkennen. Da sind nun die Produktionszahlen auf den verschiedenen Gebieten der industriellen Produktion angegeben. Es sind verglichen die Zahlen zweier gleich langer Zeitabschnitte, des letzten und des vorletzten. Ich werde Ihnen diese Zahlen so nennen, wie sie hier auf Seite 2 der „Iswestia", also des offiziellen Sowjetorgans, angegeben sind.

(Zurufe bei den Komm.)

Ist es nicht das offizielle Organ?

(Zurufe bei den Komm. – Große Heiterkeit bei der Nat. Soz. D. A. P.)

„In unserer Fabrik wurden ausgewalzt 17 769 t gegenüber im Vorabschnitt 18 801 t", oder eine andere Fabrik: „Es wurden ausgewalzt 1200 t gegenüber dem gleichen vorjährigen Zeitraum 1600 t". Dann haben Sie hier für die Kohlenproduktion als Vergleichszahlen 176 000 t gegenüber dem vorigen Produktionszeitraum mit 179 000 t. Wir werden Gelegenheit nehmen, Ihnen Ihre Phrasen künftig stets durch das zu widerlegen, was in Ihren offiziellen Zeitungen in Ihrer Ursprache, genehmigt von Ihrer Regierung drüben in Moskau, dummerweise über die Grenze hier hergelassen wird.

(Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P. Zurufe bei den Komm.)

Nein, augenblicklich handelt es sich nicht um den Geist der Nationalsozialisten, sondern um die Taten der Kommunisten.

(Sehr gut! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Das aber ist Ihnen unangenehm. Und dann fangen Sie an zu erzählen von einem achtstündigen Arbeitstag. Kennen Sie den Uralarbeitsmonat? Kennen Sie die Einrichtung der freiwillig erzwungenen Arbeit: 4 Stunden über die offizielle Arbeitszeit hinaus und an allen Feiertagen? Kennen Sie die Einrichtung der roten Tafeln der Arbeit und der weißen Tafeln der Schande in Ihren Zeitungen? Wissen Sie, daß jeder Arbeiter, der es wagen würde, diese freiwillige Mehrarbeit nicht zu leisten, sofort auf der weißen Tafel erscheinen würde? Und Sie sprechen davon, daß dort eine Freiheit herrsche? Wir haben von Ihnen genug! Wir wissen ganz genau: zwei Staaten befinden sich augenblicklich in einer gleich unglücklichen Lage, das ist das dem Weltkapitalismus dienende Sowjetrußland und das dem Weltkapitalismus untertane und dienende Deutschland und Preußen. Uns aber in unserer Arbeit interessiert nicht die Befreiung Sowjetrußlands; uns interessiert die Befreiung Deutschlands und Preußens.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Und dann diese Widersprüche bei Ihnen, weil Sie nicht in der Lage sind, anzugreifen! Im ersten Teile seiner Rede erzählte Ihr Sprecher, den ich heute nicht hier sehe, die Nationalsozialisten wären in der Lage, in Deutschland Grundlegendes zur Besserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zu tun, und am Ende seiner Rede erzählte derselbe Herr, er müsse uns zugeben, daß von den einzelnen Ländern aus eine Besserung der Lage der arbeitenden Massen nicht möglich ist. Wenn man nur so viel zu sagen hat, daß man am Ende der einstündigen Rede nicht mehr weiß, daß man zu Beginn das Gegenteil gesagt hat, dann kann man nicht mehr ernst genommen werden.

(Lebhafte Zustimmung bei der Nat. Soz. D. A.-P.)

Wenn wir Nationalsozialisten hier in diesem Saal das erklären, dann tun wir nichts anderes als das, was die gesamte Arbeiterschaft draußen im Lande bereits ebenfalls tut. Glauben Sie denn, daß Sie von der Arbeiterschaft ernst genommen werden? Glauben Sie das angesichts des Schwundes an Stimmen, den Sie bei allen Wahlen in der letzten Zeit erlebt haben? Glauben Sie das noch angesichts des Fehlschlages des Herrn Thalmann bei der Präsidentenwahl? Glauben Sie das noch angesichts des Fehlschlages Ihrer Partei im Oldenburger Wahlkampf? Glauben Sie noch, daß Sie von irgend jemand ernst genommen werden? Wenn Sie das glauben, dann zeigen Sie wieder, was für unverbesserliche Illusionisten Sie sind, waren und ewig bleiben werden.

(Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Wir Nationalsozialisten aber haben erkannt, in welcher Weise Sie nun in der Erkenntnis Ihrer Unzulänglichkeit doch noch einen Teil des Volkes zu sich herüberzubringen suchen. Davon sprechen die Hunderte von Toten, die wir haben, und dafür spricht auch die Tatsache, daß Sie es im Verein mit der unzulänglichen Polizei und Staatsanwaltschaft dieses System fertiggebracht haben, daß kaum einer dieser viehischen Morde, die draußen im Lande begangen wurden, für die die rote Unterwelt verantwortlich ist, seine Aufklärung und Sühne finden konnte.

(Lebhafte Zustimmung bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Das ist das Mittel, zu dem Sie nicht nur jetzt, sondern schon seit Jahren greifen. Das ist, in den Ton der Kaschemmen übersetzt, dasjenige, was einer von Ihnen gesagt hat, als er davon sprach:

> Unabhängig von der Polizei, unabhängig von den Gesetzen und ungeachtet der Gesetze in Deutschland werden wir den aktiven Kampf auf der Straße führen.

Das ist genau dasselbe. Nur das Schlimmere ist das: Sie, die Sie hier mit anderen Worten reden, so daß Sie dafür keine Ordnungsrufe bekommen können, Sie, die Sie das in das Volk hinauspredigen, können nachher für die Mordtaten nicht verantwortlich gemacht werden; verantwortlich sind dann diejenigen, die als Werkzeuge vielleicht geglaubt haben, mit ihrer Tat den Lebensbelangen des Volkes zu dienen. Sie aber gehen frei aus; Sie aber können Ihre Arbeit in Ihrem Geiste fortsetzen; aber Sie setzen sie so lange fort, bis wir sie Ihnen endgültig legen werden.

(Beifall bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

Das deutsche Volk hat keine Zeit dazu und ist zu gut

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat.-Soz. D. A. P.)]

dafür, um sich die Organisierung der feigen, hinterhältigen, niederträchtigen Gewalttaten im Dunkel der Nächte auf dem Pflaster der Großstädte weiter gefallen zu lassen. Wir sind mit Ihnen fertig. Sie können uns nicht verstehen, weil Sie das Sehnen der großen Masse nicht kennen. Sie sind saturiert, ebenso wie Ihre Kollegen von der Nachbarfraktion. Sie können und sollen das auch nicht verstehen. Es muß erreicht werden, daß jetzt diese neuen Zustände in Deutschland kommen werden in dem Augenblick, in dem wir die Verantwortung für die Geschicke des deutschen Volkes ergreifen werden, weil in diesem Augenblick Schluß mit Ihnen, mit Ihren Reden, mit Ihrer Hetze, mit Ihrer Demagogie, Schluß mit dem sein wird, was als Auswirkung alles dessen an unschuldigen, idealistischen, nationalen und sozialen Sehnen verkörpernden Volksgenossen geschehen ist.

(Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P. Abg. Obuch: Schöne Objektivität!)

Auch das muß hervorgehoben [illegible] Herren Sozialdemokraten erklären, [illegible] ab hätten wir die Verantwortung für [illegible] deutschen Volkes, so müssen wir demgegenüber [illegible] stellen: die Verantwortung für die Geschicke des deutschen Volkes tragen wir amtlich von dem Augenblicke ab, in dem unsere Kraft, unser reines Gewissen, unser unermüdlicher Kampf uns an die Stelle hat gelangen lassen, von der aus man die Geschicke des Volkes verantwortlich leiten kann, nicht von dem Augenblicke ab, in dem Herrn Heilmann das Amt zu sein scheint.

(Sehr wahr! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

In unserm Innern, in unseren Herzen tragen wir die Verantwortung für die Geschicke des deutschen Volkes von dem Augenblicke an, in dem jeder einzelne von uns zum Soldaten Adolf Hitlers erwacht ist, nicht von dem Augenblicke ab, in dem Herrn Heilmann das gefällt.

Was haben nun – ich sagte das schon – die Redner der verschiedensten Parteien, die sich damit beschäftigt hatten, eigentlich gesagt? Was hat der Redner des Zentrums gesagt? Jedenfalls hat er hervorgehoben: eines stände fest, nämlich die uneigennützige Selbstaufopferung. Wenn selbst eine solche uneigennützige Selbstaufopferung vorhanden gewesen sein sollte, so ist es eine Banalität, das hervorzuheben; denn das ist für jeden anständigen Menschen eine Selbstverständlichkeit. Dann das zweite: die Verhinderung der Inflation. Die Verhinderung der Inflation von denjenigen, die die Inflation gemacht haben und die diese Inflation, dieses Massenelend mindestens nicht verhindert haben. Und drittens: die Absage bei den Tributen. Ja, von dem Augenblicke ab haben die Herren sich dazu aufgeschwungen, zunächst mit halben und dann mit Dreiviertel Sätzen, die Tribute abzulehnen, in dem die erstarkende nationalsozialistische Bewegung drohte, sie von ihren Sesseln zu werfen, wenn diese Erfüllungspolitik noch weiter getrieben werden wäre.

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

Das einzige, was vielleicht geschehen ist, was aber nur halb geschehen ist, das haben Sie sich nicht gutzuschreiben – das weiß das deutsche Volk –, das ist einzig und allein dem Erstarken der deutschen Freiheitsbewegung, dem Nationalsozialismus zuzuschreiben. Sie können die Rede Ihres Redners nachlesen von Anfang bis zu Ende: Sie finden nichts anderes als diese drei Punkte, die er als Ergebnis Ihrer Regierungstätigkeit hervorgehoben hat. Diese drei Punkte zählen aber nicht. Wir stellen dem gegenüber die Rekorde der Selbstmorde in Preußen, die wir seit Jahren halten, die Rekorde der Offenbarungseide, die Rekorde der Wechselproteste, die Rekorde der Vergleichsverfahren und Konkurse, die Rekorde der Arbeitslosigkeit. Das ist das, was wir heute vor uns sehen, und damit können Sie keinen Staat machen. Auch damit nicht, daß diejenigen, die einst dem Volke die Befreiung von der sozialen Knechtung versprochen haben, heute alle sozial befreit sind, daß aber diejenigen, denen Sie es versprochen haben, in einem Elend darben, wie es längst nicht so groß in dem Augenblick befand, in dem Sie das Ruder des Staates übernahmen.

(Sehr wahr! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Damit, daß Sie zu Ihrer Verteidigung nichts, aber auch gar nichts haben anführen können, haben Sie nichts anderes gesagt als: der Angeklagte verzichtet auf das letzte Wort, weil er nichts mehr zu sagen hat. Ihre Verantwortung vor der Geschichte, vor dem deutschen Volke steht fest. Das deutsche Volk hat sich von Ihnen abgewandt. Ihre krampfhaft aufrecht erhaltene Illusion, das könne noch einmal anders werden, ist nur eine Illusion. Wer das deutsche Volk so enttäuscht hat, dessen Führer nichts Eiligeres zu tun hatten, als sich in kaiserliche Möbel zu setzen, als mit Barmat und Genossen Festessen abzuhalten, als den Proletarierführern Gehälter von 70 und 72 000 Mark zu verschaffen, nichts Eiligeres als die engste Bundesgenossenschaft mit dem Hochkapitalismus einzugehen, als die Reichsbahn an den internationalen Finanzkapitalismus auszuliefern, nichts Eiligeres als das gesamte Volksvermögen in verschiedensten Formen über die Zulassung der Verschuldung des Grundbesitzes, über privatrechtliche, staatsrechtliche und völkerrechtliche Verpflichtungen hinweg, die Sie leider glaubten anerkennen zu müssen, dem deutschen Volke zu entwinden, wer das als Ergebnis seiner 13jährigen Regierungstätigkeit bucht, der darf nicht eine Minute länger bleiben, der hat zu verschwinden. Tun Sie es nicht, dann bitte zum nächsten Tanze! Der nächste Tanz wird Ihnen endgültig klar machen, daß Sie abgewirtschaftet haben, daß das neue Deutschland Adolf Hitlers marschiert.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Vizepräsident Dr. von Kries: Das Wort hat der Herr Abg. Koenen.

Koenen, Abg. (Komm.): So sehr sich die Nationalsozialisten an Phrasen berauschen, so sehr sie sich mit diesen Phrasen vor der Bevölkerung, die im Elend ist, glauben in das Licht der Wohltäter, der Befreiungshelden versetzen zu können, so sehr vermissen wir und mit uns draußen die Massen, daß auch nur ein einziger nationalsozialistischer Redner außer diesen Phrasen und außer Kritik einen einzigen Vorschlag zur Milderung des Elends der Erwerbslosenmassen, derjenigen, die mit den Wohlfahrtsunterstützungen verhungern, hier vorgebracht hätte.

(Sehr wahr! bei den Komm.)

[Amtsführung des zurückgetretenen Staatsministeriums usw.]

halten wollen, wie Herr Freisler sie hier heute zum besten gab.

[Kulturfragen]

[Oelze, Abg. (T. nat. V. P.)]
schon so geklärt sind, daß wir über sie abstimmen können. Wenn die übrigen Antragsteller der Meinung sind, daß sie überwiesen werden sollen, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Ich möchte aber doch vorschlagen, daß wir über e bis m gleich positiv abstimmen.

Präsident Kerrl: Das würde sich ja erledigen, wenn der Landtag der Überweisung zustimmt.

(Abg. Schmelzer: Unsere Redner haben zunächst gefordert, daß wir uns im Ausschuß darüber unterhalten!)

Ich sage ja, ich lasse deshalb zunächst über meinen Vorschlag, die Anträge, wie ich vorgeschlagen habe, den betreffenden Ausschüssen zu überweisen, abstimmen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die für die Überweisung sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Damit sind die Anträge überwiesen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Freisler.

X Dr. **Freisler**, Abg. (Nat. Soz. P. A. P.): Die nationalsozialistische Fraktion bringt folgenden Hilfsantrag ein:

> Der Antrag der kommunistischen Fraktion zu angeblichen Wegsteuerung großerer Einkommen (Nr. 231 der Drucksachen des Landtages), wie er in der Fassung des Hauptausschusses (Nr. 296 der Drucksache des Landtages) angenommen wurde, zeigt den festen Willen der Antragsteller und der hinter ihnen stehenden Systemparteien, die Herrschaft des mit ihnen unlöslich verknüpften Finanzkapitals und der anonymen Kapitalgesellschaften über das schaffende Volk zu verewigen.
>
> (Lachen bei den Komm.)
>
> Mit keinem Worte rührt dieser Antrag, der nur von Einkommensteuerung spricht, an den rechtlich als Einkommen nicht erfaßbaren Riesengewinnen der Banken, Börsen und Kapitalgesellschaften.
>
> Andererseits zeigt der Antrag die Absicht, verdiente Führer des Weltkrieges, hochwertige schöpferisch tätige Einzelpersönlichkeiten, insbesondere Gelehrte, Künstler und Erfinder ohne Rücksicht darauf, ob ihre Einkommen wiederkehrende oder nur einmalige sind, und welchen Segen ihre Arbeit dem Volksganzen bringt, auf Grund einer leichtfertig redigierten, sachlich nicht durchdachten laxen und phrasenhaften Formel zu besteuern.
>
> (Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz. P. A. P.)
>
> während andererseits die Rieseneinkommen korrupter Systempolitiker vom Schlage eines Warburg, Prolat und Konsorten, die diese zum Nachteil des schaffenden Volkes unter Ausbeutung ihrer amtlichen Stellung erworben und teilweise schamlos ins Ausland verschoben haben, ungeschoren bleiben.
>
> (Beifall bei der Nat. Soz. P. A. P. — Lachen und Zurufe bei der Soz. Dem. P.)

Der kommunistische Antrag, der außerdem jede sachliche Prüfung der Zuständigkeitsgrenzen zwischen Reich und Preußen vermeidet, zeigt also, daß es den Antragstellern und der Mehrheit, der dieser Antrag im Landtag gefunden hat, nur auf Sicherung des erschobenen Gewinnes der Systemgroßen und Finanzkapitalisten ankam.

(Lebhafte Zustimmung bei der Nat. Soz. P. A. P. — Lachen bei den Komm. und bei der Soz. Dem. P.)

während die Herbeiführung eines sozial gerechten Aufbaues der völkischen Wirtschaft und die Schaffung einer Grundlage für die Finanzwirtschaft des Staates unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufs- und Wirtschaftsgruppen in keiner Weise erstrebt wird und durch den schon an Zuständigkeitsfragen scheiternden kommunistischen Antrag nicht erreicht werden kann.

Die Beschränkung der von den Kommunisten beantragten 20 %igen Sonderbesteuerung auf Einkommen von monatlich über 83 000 RM (D. Drucks. Nr. 23) bedeutet in ihrer Verhöhnung der Not der Schaffenden und der aus dem Arbeitsprozeß hinausgestoßenen Massen die Selbstentlarvung der kommunistischen Demagogie. Ihr wurde bereits im Hauptausschuß die Maske heruntergerissen, als die nationalsozialistische Fraktion sie zwang, natürlich neben der von den Nationalsozialisten seit Jahren verlangten erhöhten Besteuerung großer Einkommen die kommunistische „Millionär-Steuer" schon bei Einkommen von einem Zehntel dieser Höhe zum Zuge zu bringen, während der kommunistische Antrag eine Erhöhung der Steuer bei Einkommen von 100 000 Reichsmark bis einer Million nicht vorsah.

(Fortgesetzte große Heiterkeit links.)

Als einzige Verfechterin des Lebensrechtes des arbeitenden Volkes, getragen von dem Bewußtsein der Verantwortung gegenüber den durch die Schuld des privatkapitalistisch liberalistisch marxistischen Systems

(große Heiterkeit links)

entrechteten, darbenden Volksmassen beantragt die nationalsozialistische Fraktion, um schon jetzt die Grundlage für die Aufbauarbeit der kommenden nationalsozialistischen Volksregierung sicherzustellen:

(große Heiterkeit bei der Soz. Dem. P.)

Der Landtag wolle beschließen

1. die Preußische Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung aufs dringlichste vorstellig zu werden, sofort durch Notverordnung die Einkommensteuer staffelung wie folgt zu ändern:
   a) der steuerfreie Einkommensteil wird von RM 720 wie bisher auf 2400 erhöht;
   b) der steuerfreie Einkommensteil für Ehefrau und unterhaltsberechtigte Kinder wird von bisher 8 v. H. auf 12 v. H. der Einkommen über Reichs

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Borck, Abg. (D.-nat. V.-P.)]
fühl der unparteiischen Führung bekommen und

Öffentlichkeit einmal festnageln, was für Zustände wir heute in diesem Preußen haben. Man glaubt hier durch diesen Parlamentarismus unsere Pflicht von dem ablenken zu können, was draußen im Lande vorgeht. Wir

[Erweiterung der Tagesordnung]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat. Soz. D. A. P.)]

mark 2400 und von bisher höchstens ℳ 6000 auf nunmehr höchstens ℳ 21000 erhöht;

c) die Einkommensteuer bei Einkommen bis zu ℳ 8000 wird von bisher 10 auf 8 v. H. des Einkommens ermäßigt;

d) die bisher 12½%ige Einkommensteuer bei Einkommensteilen von 8000 bis 12000 ℳ bleibt bestehen;

e) erhöht wird die Einkommensteuer bei Einkommensteilen:

von ℳ 12000 bis 16000 von bisher 15 auf 20%,

von ℳ 16000 bis 20000 von bisher 20 auf 25%,

von ℳ 20000 bis 28000 von bisher 25 auf 32½%,

von ℳ 28000 bis 40000 von bisher 30 auf 45%,

von über 40000 ℳ auf 80%;

f) zu bestimmen, daß die Einkommensteuerveranlagungen, die in die Steuerhöchststaffel fallen, offen zu legen sind.

2. Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dringend die Ausarbeitung eines Reichsgesetzes anzuregen, wonach die volle Erfassung der Gewinne von Kapitalgesellschaften, insbesondere auch Großbanken, Trusts, Konzerne mindestens in Höhe der Versteuerung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen unter entsprechender Erhöhung der Körperschaftssteuer gewährleistet und durchgeführt wird.

3. Die Staatsregierung wird ersucht, aufs dringlichste bei der Reichsregierung gegen die Kürzung der Rentenbezüge der Kriegsopfer, Sozial- und Kleinrentner,

(Lachen und Zurufe bei der Soz. Dem. P.)

Da lachen Sie! – –

der Erwerbslosen und aller anderen Fürsorgeberechtigten zu protestieren und die Nichtdurchführung der entsprechenden Bestimmungen der 5. Reichsnotverordnung zu verlangen.

(Stürmischer Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Kerrl (den Redner unterbrechend): Herr Abg. Dr. Freisler, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. **Freisler**, Abg. (Nat. Soz. D. A. P.) (fortfahrend): Ich melde mich erneut zur Geschäftsordnung.

1. Die gesamten Vermögen der seit dem 1. August 1914 eingewanderten Ostjuden sind als unsittliche Bereicherung einer produktiv nicht arbeitenden, sondern raffenden Rasse zu Lasten des geknechteten deutschen Volkes in Preußen sofort restlos zu beschlagnahmen und nach einem binnen drei Wochen von der Staatsregierung im Landtag vorzulegenden Gesetzentwurf der Arbeitsbeschaffung dienstbar zu machen.

(Stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A.-P.)

5. Das Vermögen sämtlicher Parteibuchbeamten innerhalb Preußens, sowohl der unmittelbaren und mittelbaren Parteibuchstaatsbeamten, wie der Parteibuchkommunalbeamten und der Parteibuchbeamten aller sonstigen öffentlich-rechtlichen und gemischt-wirtschaftlichen Körperschaften und Unternehmungen ist sofort sicherzustellen, um im einzelnen daraufhin untersucht zu werden, wie weit dieses Vermögen in der bei den Parteibuchbeamten bekannten Ausbeutung ihrer Amtsstellung zum eigenen Vorteil und zu Lasten der Allgemeinheit erworben wurde; soweit dieses Vermögen unter Ausbeutung der Amtsstellung erworben wurde, ist es unbeschadet der strafrechtlichen und dienststrafrechtlichen Verfolgung dieser Parteibuchbeamten in doppelter Höhe zu beschlagnahmen und der Arbeitsbeschaffung dienstbar zu machen.

(Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P. – Lachen und Rufe bei der Soz. Dem. P.: In doppelter Höhe!)

Ja, wir nehmen an, daß sie etwas Vermögen haben, das ehrlich erworben ist, das wollen wir dann natürlich auch haben.

6. Wie zu 1 ist zu verfahren mit sämtlichen im Zusammenhang mit dem Barmat- und Sklarek-Skandal kompromittierten Persönlichkeiten und deren Vermögen.

7. In feierlicher, an allen Anschlagsäulen zu veröffentlichender Aufforderung sind die preußischen Minister, die, gestützt auf ihr „wohlerworbenes Recht", bisher trotz der Not des Preußenvolkes sich nicht entschließen konnten, dem Beispiel aller nationalsozialistischen Minister zu folgen, aufzufordern, rückwirkend vom 1. Januar 1932 auf den 12000 ℳ jährlich übersteigenden Teil ihres Gehalts zu verzichten.

(Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P.)

In dem Aufrufe sind die Minister darauf hinzuweisen, daß das Einstecken von Riesengehältern bei der Riesennot des Volkes jedes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke vermissen läßt.

8. Die Preußische Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung aufs dringlichste vorstellig zu werden, daß die Lohnsteuererstattung von 1931, die nach der Reichsnotverordnung vom 6. 6. 1931 unterbleiben sollte, sofort nachgeholt wird.

Die nationalsozialistische Fraktion beantragt, unter Verzicht auf Begründung und Aussprache diesen Antrag sofort dem Hauptausschuß zu beschleunigter Verhandlung zu überweisen, damit an Stelle des demagogischen Scheinantrages der KPD. ernsthafte Maßnahmen durchgeführt werden können.

(Lachen und Zurufe bei den Komm. – Anhaltender stürmischer Beifall bei der Nat.-Soz. D. A. P.)

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Scheunemann, Abg. (Nat.-Soz. D. A.-P.)]

Das ist der Hohn des Herrn Pieck, der vor einigen Tagen hier erklärt hat, daß die Kommunistische Partei gar nichts mit den Morden zu tun hätte, dem ich aber nach-

Aus diesen Gründen verlangte er in den folgenden Sitzungen wiederholt die Freilassung der ca. 40.000 verurteilten Nationalsozialisten und brachte einen entsprechenden "Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit" seiner Fraktion ein, dessen Durchsetzung er als Hauptziel seiner Tätigkeit als Abgeordneter im Preußischen Landtag ansah (vgl. Pr. Ltg., 16.6.1932 und 23.9.1932).
Freislers zweitdringlichste Aufgabe bestand darin, einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Polizei und der "Rechtsbeugung" der Justiz einzurichten, der aus 29 Mitgliedern bestehen und die Bezeichnung "Chicago-Ausschuß" erhalten sollte. - Dieser Antrag wurde auch angenommen (vgl. Pr. Ltg., 24.6.1932, S. 830 ff.). Später wollte die sozialdemokratische Fraktion den Namen des Ausschusses jedoch geändert wissen, was ihnen den Spott und Hohn Freislers einbrachte. Er erwiderte, daß der Name "Chicago" sehr wohl auf die "Verbrechen" und "dunklen Geldgeschäfte" der Berliner Polizeiverhältnisse paßte, deren Führer mit der "Unterwelt" zusammenarbeiteten (vgl. Pr. Ltg., 24.11.1932, S. 1805-1809).
In der 12./13. Sitzung vom 24.6.1932 forderte er das Vermögen der Juden und der Marxistischen Parteien einzuziehen! Außerdem sprach er sich für die Aufhebung des Verbots politischer Aufzüge und Versammlungen der NSDAP aus und konkretisierte die "Chicago-Zustände" in den deutschen Großstädten.

> "Des Nachts im Dunkel der Großstädte, da regt sich feige das Untermenschentum. Feige fällt es in wohlorganisierten Banden über einzelne friedlich ihres Weges gehende SA- und SS-Leute her" (Pr. Ltg., 24.6.1932, S. 983).

Sie würden sich niemals an eine Gruppe von Nationalsozialisten heranwagen, deshalb Aufhebung des Versammlungsverbots. Hinzu käme, daß die Polizei den "Überfällen" tatenlos zusehen würde, da sie selbst "an der Spitze der Verbrecher" stände, "denen gegenüber die Zustände in Chicago nichts sind". Als Beweis führte er den Vizepräsidenten der Berliner Polizei an und erklärte, er wollte die Beweise nur stückhaft liefern, damit Herr Bernhard Weiß möglichst lange "zittert".

Es folgt eine Kopie des Pr. Ltgs. vom 24.6.1932, S. 972-974, S. 982-990).

[Unwetterschäden]

[Fränken (Rhendt), Abg. (Komm.)]

Diesem Zustande muß abgeholfen werden. Für die Verteilung müssen ausreichende Mittel bereitgestellt werden, die erforderlich sind, um wirklich zu helfen.

Wir haben uns auch darüber gewundert, daß sich die Nationalsozialisten nicht damit einverstanden erklärt haben, daß bei der Verteilung der zur Verfügung gestellten Gelder die Geschädigtenausschüsse mitwirken haben. Es ist doch so: wenn ein Geschädigter ein armer Mann ist, dann wird er übersehen, und wenn er dann nicht wenigstens in einem Geschädigtenausschuß sitzt und seine Forderungen anmelden kann, dann ist es doppelt schlimm. Wenn Sie immer und immer wieder angeben, gerade für die kleinen Leute eintreten zu wollen, dann müssen Sie doch dafür sein, daß auch diejenigen, die sich aus den Reihen der Geschädigten herausgenommen geschlossen und die Geschädigten-Ausschüsse gewählt haben, gehört werden. Das kann nun nach unserer Ansicht nicht einfach, wie es in dem Antrage heißt, Leuten überlassen, die die Schadensfälle gar nicht gesehen haben.

(Zuruf bei der Nat. Soz. D. A. P.: Sie sind ja den Geschädigten gewählt!)

Herr Dr. Klein, das ist ja nicht das erste Unwetter, das in Preußen passiert, und wir unterhalten uns ja auch nicht das erste Mal über Unwetterschäden und darüber, wie man dort helfen kann. Tatsache ist doch, daß den Großen und Reichen, denen etwas passierte, geholfen worden ist, und die Kleinen hatten das Nachsehen.

(sehr wahr! bei den Komm.)

sie sind mit Versprechungen abgespeist worden. Wir wollten dadurch, daß wir die aus den Reihen der Geschädigten gewählten Geschädigten-Ausschüsse über die Verteilung der Gelder mithören und entscheiden lassen wollten, eine gerechte Verteilung ermöglichen. Das haben die Nationalsozialisten abgelehnt.

(Hört, hört! bei den Komm.)

Es ist klar, daß wir auch für den Antrag auf Drucksache 300 stimmen werden, obwohl er vorläufig nur 2 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellt und feststeht, daß allein an der Mosel schon ein Schaden von mehr als 4 Millionen Reichsmark entstanden ist.

(Zuruf bei der Nat. Soz. D. A. P.: Das ist ja gar nicht wahr!)

Wenn Sie sagen: das ist nicht wahr, dann sagen Sie uns, Herr Dr. Klein, worauf Sie sich dabei berufen.

(Abg. Dr. Klein: Auf die amtlichen Unterlagen!)

Auf die amtlichen Unterlagen der Zivilbeamten, auf die kein Verlaß ist.

(sehr wahr! bei den Komm.)

auf die amtlichen Unterlagen der Zentrumsleute in diesem Gebiet! Es ist doch die Geschichte.

(Abg. Dr. Klein: Nein, der privaten Sachverständigen, die die Geschädigten selber bestimmt haben!)

Nun, Herr Dr. Klein, wir kennen die Geschichte aus der Vergangenheit und wissen deshalb ganz genau, weil wir im kapitalistischen Staate leben, daß es nicht nur hier, sondern immer und bei jeder Gelegenheit so sein wird, daß die Reichen noch mehr bekommen, als sie schon haben.

(sehr richtig! bei den Komm.)

und die Armen gehen leer aus. Wir wollten uns mit unseren Anträgen dagegen wenden und vor allen Dingen denjenigen helfen, denen geholfen werden muß. Dafür werden wir hier, aber noch vielmehr draußen kämpfen.

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen bei den Komm.)

Präsident Kerrl: Ich schließe die Besprechung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Hauptausschusses Drucks. Nr. 300, mit der vom Berichterstatter beantragten Änderung, in Nr. 6 an die Stelle des Wortes „gleicher" zu setzen „über". Wer für die Annahme des Antrags mit der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Änderung ist, den bitte ich, sich zu erheben.

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu 8 b der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Hauptausschusses über den Urantrag der Abg. Kube und Fraktion auf Aufhebung des Verbots der politischen Aufzüge und Versammlungen – Drucks. Nr. 71, 301

[Antrag des Hauptausschusses

Nr. 301: den Urantrag Kube usw. – Nat. Soz. D. A. P. – Drucks. Nr. 71 in folgender Fassung anzunehmen:

> Die Anordnung des Preußischen Ministers des Innern vom 31. Oktober 1931, nach der alle politischen Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind, wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.]

Das Wort als Berichterstatter hat der Herr Abgeordnete Dr. Freiherr von Gregory.

(Zuruf)

Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Freisler.

Dr. **Freisler**, Abg. (Nat. Soz. D. A. P.): Wenn wir Nationalsozialisten mit unserm Antrag die Aufhebung der Anordnungen verlangen, durch die die politischen Aufzüge und Versammlungen verboten werden, so hat das einen mehrfachen Grund.

Einmal ist Grund für unsern Antrag die Notwendigkeit, daß heute in den Tagen und Wochen, in denen das neue Deutschland darum ringt, die letzte morsch gewordene Decke des Eises zu sprengen und dem Frühling des deutschen Aufbaues entgegenzuarbeiten, dem Volke unter allen Umständen vollste Aufklärung über die Art, wie mit ihm Schindluder getrieben worden ist, gegeben und außerdem die Macht derjenigen, die den Gedanken des neuen Deutschland in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei organisiert haben, in vollem Umfange propagiert werden muß.

(sehr wahr! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Aber wir haben, wenn wir diesen Antrag eingebracht haben, dafür auch noch eine andere Ursache. Des

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Kilkens, Abg. (Nat.-Soz. D. A. P.)]

St. I 287/29
St. I 288/29,

durch welche die Verbote der Ortsgruppen

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat. Soz. D. A. P.)]

Nachts im Dunkel der Großstadt, da regt sich feige das Untermenschentum. Feige fällt es in wohlorganisierten Banden über einzelne friedlich ihres Weges gehende S. A.- und S. S. Leute her. Niemals wagt es dieses feige Untermenschentum, dann etwa die S. A. und S. S. anzugreifen, wenn sie geschlossen ihren Dienst für Deutschlands Erwachen und Erneuerung tun. Denn dieses Untermenschentum weiß sehr wohl, wenn es einem geschlossenen Trupp, einem geschlossenen Sturm von S. A. und von S. S. gegenüberstehen würde, dann würde es ihm genau so gehen, wie es vor einigen Wochen der Fraktion der K. P. D. in diesem Hause ergangen ist.

(Stürmischer Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P. — Abg. Pieck: Also doch ein Angriff! Doch ein Überfall!)

Wir sehen seit Wochen in immer steigendem Maße, wie sich die Polizei nicht rührt, wenn in dem Dunkel der Großstädte das Untermenschentum über deutsche Männer herfällt und sie viehisch ermordet. Wir sehen, wie es in der Reichshauptstadt möglich ist, daß am hellen Tage das Untermenschentum eine Straße lang 150 m von einem Polizeirevier entfernt Barrikaden errichtet, ohne daß sich irgend jemand dagegen rührt.

(Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Weil wir es nicht verantworten können, der roten Meute unsere S. A.- und S. S.-Leute einzeln und ungeschützt auszuliefern, sind wir genötigt, zu verlangen, daß diejenigen, die sich in den aktiven Formationen der N. S. D. A. P. zusammengeschlossen haben, auch in ihrem Zusammenschluß vor der Öffentlichkeit erscheinen können, daß ihnen das geheiligte Recht jedes Menschen, das geheiligte Recht der Nation, das geheiligte Recht der S. A. und S. S., des erwachenden Deutschlands, das Recht der Notwehr auch gesichert ist.

(Stürmischer Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Deshalb verlangen wir Nationalsozialisten auch die Aufhebung aller Einschränkungen der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, weil wir wissen: an dem Tage, an dem diese Aufhebung erfolgt ist, wird mit einem Schlage Schluß sein mit dem Spuk des roten Terrors der Unterwelt.

(Sehr wahr! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Und wir sind genötigt, auch aus diesem Grunde die Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen über die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zu verlangen, weil wir wissen: dieser Polizei, dieser Leitung der Polizei können wir nicht mehr vertrauen. Wir haben ihr nie vertraut, aber wir haben mit Entsetzen festgestellt, daß wir in Deutschland in den Spitzen der Polizei Zustände haben, denen gegenüber die Zustände in Chikago nichts sind.

(Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Man kann zu keiner Polizei Vertrauen haben, die einmal in ihren Spitzen bewußte Dienerin eines Systems ist, das um die Kopie jener Machthaber in einem feigen Verfahren bittet. Wir können kein Vertrauen zu einer Polizei haben, die diesen letzten Resten eines vergangenen, verzehrjährigen Gewaltherrschaft über das deutsche Volk bewußt dient und nicht daran denkt, dem Rechte zu dienen. Wir können erst recht einer Polizei kein Vertrauen haben, wenn hochwichtiges, schwerbelastendes Material vorliegt, das beweist, daß Spitzen dieser Polizei gemeinem Verbrechertum Vorschub im strafrechtlichen Sinne geleistet haben.

(Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Wenn wir Nationalsozialisten heute vormittag den Untersuchungsausschuß beantragt und durchgesetzt haben, in dem dem Herrn Bernhard Weiß die letzte Maske der bürgerlichen außerpolitischen Unanständigkeit heruntergerissen werden soll, so hat das seine Ursachen. Wir sind in dem Besitze des Materials. Wir haben gewußt, daß nach den Veröffentlichungen, wie sie heute im „Angriff“ erschienen sind, sich wiederum die Polizei hinter die Staatsanwaltschaft verstecken und ohne Prüfung unseres Materials zu einem Gegenschlag ausholen würde. Sie hat das getan. Sie hat den „Angriff“, ohne ihm die Gelegenheit zu geben, zu der Richtigkeit oder Unrichtigkeit und zu der Beweiskräftigkeit seines Materials Stellung zu nehmen, beschlagnahmt.

(Lebhafte Rufe bei der Nat. Soz. D. A. P.: Unerhört!)

Wir laden aber die Vertreter der um ihre Entlassung bangenden Politiker dieses Systems, mit Hilfe der Gewalt die Wahrheit mundtot zu machen. Die Wahrheit ist vor der Beschlagnahme durch irgendwelche Polizeiorgane dokumentarisch gesichert worden, ehe wir diese unterbeulen aufluden.

Was ist geschehen? Wir haben behauptet, daß der Vizepräsident der Berliner Polizei sich in dreifacher Weise vergangen habe: Er hat erstens gewußt von dem Bestehen verbotener gewerbsmäßiger Spielklubs der jüdischen Finanzaristokratie, wie ich nachher beweisen kann, und hat nichts getan, um diese verbotenen und strafwürdigen Zustände der Staatsanwaltschaft, einem deutschen Staatsanwalt auszuliefern, sondern hat vielmehr die Akten einem selbst mitschuldigen Staatsanwalt zur Einstellung überliefert.

(Lebhaftes Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

und er hat ferner selbst bei dem verbotenen gewerbsmäßigen Spiel in verbrecherischer Weise mitgespielt, und war außerdem an dem Ertrage dieses Spielklubs, der manche Spieler um ihr Letztes gebracht hat, finanziell interessiert.

(Lebhafte Rufe bei der Nat. Soz. D. A. P.: Unerhört!)

Wir haben uns noch zurückgehalten. Wir haben auch nicht gesagt, daß dieser selbe Herr selbst behauptet hat, daß er in Monte Carlo Gast eines Großindustriellen gewesen sei. Das habe ich beiseite gelassen, denn nachdem Herr Scheidemann sich die Hotelrechnung in einem Luxusbad bezahlen ließ, kann auch der Herr Weiß Gast eines Großindustriellen in Monte Carlo sein. Wir denken nicht daran, das gesamte in unserem Besitz befindliche Material auf einmal zu verbrauchen. Herr Bernhard Weiß mag wochenlang zittern, bis er merkt, daß wir die volle Wahrheit wissen. Herr Grzesinski mag wochenlang zittern, bis auch er weiß, daß wir über alles unterrichtet und im Besitze der Unterlagen sind. Ich beschränke mich deshalb heute zum Beweise dessen, was unsere Beschuldigungen rechtfertigt und begründet, darauf, einen einzigen dieser drei Anklagepunkte zu untersuchen und mit Beweisen zu belegen, und will nur auf einen der mehreren

[Bühnenkünstler an staatlichen Theatern usw.]

[Vizepräsident Haake]

Ich eröffne die Besprechung und erteile das Wort

festzustellen, daß der Satz von der Gleichheit aller Menschen nicht richtig ist.

(Sehr gut! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Wenn wir unsere Augen zum Linken dieses Hauses

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat.-Soz. D. A. P.)]

Spielklubs hinweisen, die von innen und außen nach ihren Geschäftsbüchern und ihrer Praxis, die Herr Bernhard Weiß zur Genüge kennt, uns zur Kenntnis gelangt sind.

Da ist z. B. ein Klub, dessen Mitgliederliste wir hier in Händen haben. Um diesen Klub zu charakterisieren, will ich einmal eine Reihe seiner Mitglieder namentlich vorlesen. Ich besitze auch in jedem einzelnen Fall die Straße und Hausnummer. Aber ich will nur die Namen nennen. Es ist ein verbotener Spielklub der Berliner jüdischen Hochfinanz. Wer ist da Mitglied?

Herr Dr. Auerbach, Dr. Arndt, Hermann Blümel, Heinrich Baich, Willy Borchardt, Siegfried Bamberger, Isidor Balter, Max Bolmheim, Dr. Fritz Caspari, Sally Cohn, Hugo Denziger, Martin Freudenstein, Emil Friedmann, Sally Goldberg, Carl Gornick, Julius Hirschweh, Leopold Hirschberg, Hans Heilmann, Max Hamburger, Hans Hirsch, Albert Hirsch, Max Hirsch, Alwin Hirsch, Heinrich Hollaender, Wilhelm Koretz, Ludwig Katz, Adolf Kann, Sally Labisch, B. Liepschitz, Sally Löwenstein, Heinrich Löwenheim, Alfred Löwenstein, Dr. Wilh. Levin, Alons Lazar, Max Lowenberg, Ernst Lilienfeld, M. Markiewicz, Martin Marcus, Arnold Preßburger, Fritz Rosenthal, Willy Rosenthal, Alfred Rosenthal, Martin Sonnabend, J. Samter, Max Schirma, Julius Schlesinger, Joseph Schreyer, Jakob Schwarzschild, Kurt Schlesinger, Friedrich Stern, Martin Sternberg, Julius Stückgold, Walter Stern, Paul Stern, Georg Treuherz, Dr. Fritz Weinberg, Bruno Wolff, Martin Wollstein, Hugo Zadek.

Treuherzen, Goldreiche, Goldstücke haben sich versammelt. Sie bezweifeln, daß die Liste echt ist. Ich bin im Besitz des Originalbriefes des Vorsitzenden dieses Klubs, des Halbjuden Dr. Caspari, der, nachdem er sich vergewissert hat, daß Dr. Weiß und Grzesinski gegen diesen Klub nichts unternehmen würden, im Gefühl der Sicherheit und der unbedingten Einstellung des Strafverfahrens die Mitgliederliste überreicht hat mit einem Anschreiben, in dem er hervorhebt, daß es ihm gelungen sei, die Mitgliederzahl von früher 400 auf 100 herunterzudrücken, um zu erreichen, daß die Mitglieder nach ihrer sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Stellung in diesen Klub auch paßten.

(Heiterkeit)

Dieser Klub ist es gewesen, der von dem Dezernenten für die Verfolgung des Spielklubs aufgestochen wurde dadurch, daß eine Frau, die sah, daß ihr Mann das Letzte in dem Spielklub verloren hatte, sich meldete und weinend sagte: Ich kann das nicht mehr ansehen. Ich bin im Besitz des Wortlauts des Protokolls, das die Frau Magdalene Elisabeth Lahserfeld, die Frau eines Mitspielers in diesem verbotenen Glücksspiel, gegeben hat. In diesem Protokoll sagt sie:

Durch meinen Mann ist mir bekannt, daß jeden Mittwoch, etwa 10 Uhr, in dem Club „Club des Westens" Baccaratspiele um hohe Beträge veranstaltet werden. Es wird pro Person und Stunde 35,— *R.M* Kartengeld von den Teilnehmern verlangt. Spielleiter ist Hirschweh . . . . . Mein Mann, der dort Mitglied ist, ist ständiger Gast und hat dort selbst sein ganzes Vermögen verloren. . . . . . Als Teilnehmer an dem Spiel wird Dr. Caspari, Apotheker Köhler, Stern, Taxnowski, Heinemann, Dr. Großmann und Rexenberg genannt.

Es kommen immer weitere Sachen. Ich will nur das hervorheben, was diejenigen klar schlägt, die der Staatsanwaltschaft klargemacht haben, daß der „Angriff" beschlagnahmt werden mußte, weil sie die Wahrheit fürchteten, weil sie wie manch anderer in früheren Prozessen auf den einst mächtigen, jetzt ohnmächtigen Einfluß eines gewissen Heilmann auf die Justiz gerechnet haben, eines Einflusses, der heute nicht mehr zieht, weil wir heute da sind und Herr Heilmann abtritt.

Aber das ist nicht das einzige Protokoll; ich bin im Besitz von 10 bis 12 Protokollen, und ich lese aus einigen dieser Protokolle einiges vor:

Nehmen wir da zunächst, was Herr Dr. Karl Fritz Caspari, der Vorsitzende dieses Klubs, zu Protokoll gegeben hat:

Ich bin seit 4 Jahren Vorsitzender des Clubs des Westens, Maaßenstraße 5. Vorstand besteht aus vier Personen:

1. Herr Justizrat Dr. Auerbach,
2. Herr Baumeister Martin Sonnabend,
3. Herr Sigmund Labisch,
4. Herr Bankier Hans Cohnheim . . . .

Unter anderen Räumen verstehe ich diejenigen, in denen ev. gespielt wird . . . .

Mitglieder, die durch wirtschaftliche Krise in Not geraten sind, werden soweit wie möglich unterstützt, wobei ich ausdrücklich betone, daß es sich um Not handelt, welche nicht durch ev. Spielverluste hervorgerufen ist.

Wer durch Spiel alles verliert, der ist eben aus dieser erlauchten Gesellschaft ohne Seele und Gewissen mit einem Fußtritt hinausgeworfen worden.

Für alle eventuellen Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen trage ich nach außen die alleinige Verantwortung. Ich gebe zu, daß im Club Ecarté mit Roulette und Baccarat gespielt wird . . . . . . Es trifft zu, daß seit etwa Februar d. J. an jedem Mittwoch Gesellschaftsabende stattfinden und daß an diesen Abenden Baccarat gespielt wird . . . . Das Kartengeld richtet sich nach der Höhe des Bancos, und zwar beträgt das Kartengeld bei einem Banco von 50 *R.M* 10 *R.M* pro Spieler und Stunde, bei einem Banko von 300 *R.M* 20 *R.M* pro Spieler und Stunde. Außerdem wird bei dem kleinen Tisch 2 *R.M* für Steuern und Trinkgelder erhoben, bei dem großen Tisch 5 *R.M*. Spielleiter ist Herr Julius Hirschweh.

Den Herrn kennen wir ja: Julius Hirschweh. Der soll seinen Kopf in den nächsten Monaten wahren!

Hören wir weiter den Kassierer dieses Klubs, der sich 34 Angestellte hat halten können, deren Namen ich hier habe. Der sagt:

Seit Februar dieses Jahres wurde jeden Mittwoch ein Gesellschaftsabend mit anschließendem Baccaratspiel veranstaltet . . . . . Die hohen

[Bühnenkünstler an staatlichen Theatern usw.]

[Dr. Freiherr von Gregory, Abg. (Nat.-Soz. D. A. P.)]

gedankens und der preußisch-deutschen Kultur dieses preußische Volk allmählich auf die Höhe der Kunst bringen. Nur aus diesem Grunde, aus erzieherischen Zwecken zog Friedrich der Große ausländische Schau

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat. Soz. D. A. P.)]

Kartengeldeinnahmen an den Mittwochs dürften darauf zurückzuführen sein, daß an diesen Abenden regelmäßig Baccarat gespielt wurde .... Ecarté mit Zouette wurde fast täglich gespielt

Ist das nun gewerbsmäßig, oder ist das nicht gewerbsmäßig?

An Kartengeld wurden an einem Tage etwa 1500 *RM* eingenommen

Allein an Kartengeld!

(Abg. Pieck: Das ist in der Vorkriegszeit im Hannoverschen Offizierskorps auch schon alles dagewesen!)

Uns interessiert jetzt, was heute und hier unter diesem System geschieht; uns interessiert, wie diejenigen [illegible], die behaupten, Hüter der Ordnung und des Rechtes zu sein, sich nun als gemeine, verbrecherische [illegible] Verbrecher entpuppen, und bei denen [illegible] werden, daß es ihnen nicht so geht wie dem sozialdemokratischen Staatsrat Wittrock, der wegen Meineides zu 1[illegible] Jahren Zuchthaus verurteilt [illegible] einen einzigen Tag der Zuchthausstrafe ver[illegible] mußte

(Lebhafte Rufe rechts: Hört, hört!)

[illegible] einzige Fall in Preußen, wo [illegible] Parteigenossen die bürgerlichen Ehrenrechte wieder [illegible].

(Erneute Rufe: Hört, hört!)

während jedes Dienstmädchen, jedes Mädchen vom Lande, das in der Verzweiflung eine Abtreibung begangen und dann einen Meineid geleistet hat, daher zwei volle Jahre im Zuchthaus büßen mußte, ohne daß ihm jemand die Ehrenrechte wiedergegeben hätte. Wir werden dafür sorgen, daß die Herren, deren Namen wir hier in den Listen haben, in das Zuchthaus, und zwar in die feuchten Zellen hineinkommen, und daß ihnen von ihrer Strafe kein Tag geschenkt werden wird

(Lebhafter Beifall rechts)

Die [illegible], da der Herr Sklarz unter dem Schutze des Herrn Heilmann, obwohl er zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist, seit [illegible] sechs Jahre wartet und nicht ein einziges Mal auch nur eine Ladung zum Strafantritt bekommen hat,

(Lebhafte Rufe rechts: Hört, hört!)

Die Zeiten sind vorbei!

Aber wir haben noch mehr Material! Durch die Aussagen einer Reihe anderer Angestellten ist ein [illegible] bewiesen, daß in diesem vornehmen Klub das gewerbsmäßige Glücksspiel in schamlosester Weise betrieben wurde, betrieben mit den Geldern, die sich diese [illegible] auf Kosten des schaffenden Volkes [illegible] haben. Aber uns interessiert hier ja besonders [illegible] Idealgestalt des Schützers von Recht und Ordnung [illegible] Idealgestalt des Herrn mit dem gesetzlich geschützten [illegible] Bernhard,

(Heiterkeit rechts)

die Idealgestalt des Herrn, der jeden, der [illegible] Gefängnis [illegible] den reinen Vornamen mit einem anderen Vor[illegible], die Idealgestalt dieses Herrn, der

sich hier als Hüter der Ordnung aufspielt, aber nicht verhindert, wenn herbeiführt, daß die SA.-Leute hingemordet werden, der sich dabei in das Gewand des Ehren- und Biedermannes kleidet und jetzt als Verbrecher entlarvt werden wird. Dieser Mann war dazu da, dafür zu sorgen, daß mit diesem rechtswidrigen Treiben Schluß gemacht würde. Wie hat er das getan? Er hat die sachlich außerordentlich feine Anordnung getroffen, daß wenn Anzeigen gegen Mitglieder bestimmter Klubs und gegen bestimmte Klubs eingingen, unter keinen Umständen einer der Dezernenten, die damit befaßt waren, den Tatbestand aufzuklären, in diese Klubs hineingehen durfte,

(Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

daß unter keinen Umständen eine Haussuchung oder Durchsuchung oder eine Überraschung dieser Klubs stattfinden durfte,

(Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

sondern daß, sobald solche Anzeigen eingingen, ihm sofort Mitteilung zu machen sei. So geschah das auch in diesem Fall. Denn er hatte ausdrücklich angeordnet, daß Klubs in der von der Heydt-Straße oder Maaßenstraße zu denjenigen gehörten, in die sich kein Dezernent hineinwagen dürfe. Nun hatte er aber das Unglück — jeder Verbrecher macht einmal einen Fehler —:

(Große Heiterkeit und Zustimmung bei der Nat. Soz. D. A. P.)

als er sich nun in diesem Fall darauf verließ, daß die Anzeige, die das Signum des Herrn Regierungsrats Scholz trug, von diesem bereits gelesen und seinen Instruktionen entsprechend darauf durchgelesen sei, ob sie weiter verfolgt werden könnte — Herr Scholz hatte sich darauf verlassen: Mein hoher Vorgesetzter wird sich die Geschichte ja selbst ansehen —, da hat er sein Signum dazu gegeben, und so kam die Sache in den Geschäftsgang, und es kam zu den Vernehmungen, von denen ich Ihnen einige vorgelesen habe. Als es zu diesen Vernehmungen gekommen war und die Sache dann im ordnungsmäßigen Geschäftsgang wiederum dem Herrn Weiß vorgelegt war, da schnauzte er seine pflichtgemäß handelnden Dezernenten an, wie sie dazu kämen, an einzelne der Vernommenen die Frage zu stellen, ob der Herr Polizeivizepräsident auch da gewesen sei, und als dann einer dieser Dezernenten — wir werden nachher diejenigen nennen, deren Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß erfolgen wird und die das alles eidlich bestätigen werden — ganz bescheiden erklärte: „Ich habe nicht danach gefragt, es wurde mir von selbst gesagt: Es kann ja nichts passieren, denn Herr Grzesinski und Herr Weiß haben ja gesagt, es geschieht gar nichts", da drohte man zweien dieser Beamten mit der Versetzung, wagte es aber nicht — da man wußte, was die wußten —, die Versetzung auszuführen. Nachdem nun Herr Weiß gefunden hatte, daß jetzt das Haus brannte, daß die höchste Gefahr vorhanden war, nahm er den Dezernenten die Akten weg und ließ die Akten, was sich noch heute nachweisen läßt, drei Monate lang in seinem Schubfach liegen,

(Hört, hört! bei der Nat. Soz. D. A. P.)

um sie nach Ablauf dieser drei Monate ebenso wie eine Anzeige gegen den Klub in der von der Heydt-Straße, dessen Mitglied der Staatsanwalt Wasmund war, ausgerechnet diesem Staatsanwalt Wasmund zu geben

[Bühnenkünstler an staatlichen Theatern usw.]

[Dr. Freiherr von Gregory, Abg. (Nat.-Soz. D. A.-P.)]

der ganzen Tradition dieses Festspielhauses entspricht, ja sich auch als Selbstverständlichkeit ergibt; denn was dort aufgeführt wird, das sind überwiegend die Werke

beim Staatwesen der Fall ist. Der Künstler hat in erster Linie und unter allen Umständen um der Sache willen, um der Kunst, um des Dienstes an der Kunst und am deutschen Volke willen seine Pflicht zu tun, genau so, wie wir das von jedem anderen Menschen in Deutschland, der in irgendeiner Form schaffende Arbeit leistet, verlangen. Nach unserer Auffassung hat Gemeinnutz

[Politische Aufzüge und Versammlungen]

[Dr. Freisler, Abg. (Nat. Soz. D. A. P.)]

Und das ist nun wieder etwas Merkwürdiges: der Staatsanwalt Wasmund war gar nicht der Dezernent für die Bearbeitung dieser Glücksspielaffäre; er hatte aber dem Polizeipräsidium mitgeteilt, er sei der Dezernent, er solle die Sache bekommen. Er bekam sie, und acht Tage später kam die Mitteilung des Herrn Generalstaatsanwalts, daß das gar nicht stimme, daß er gar nicht der Dezernent sei. Inzwischen aber hatte dieser Herr Wasmund trotz dieses gravierenden Materials, ohne eine einzige weitere Untersuchung auch nur anzufangen, das Verfahren mangels Beweises eingestellt.

(Lebhafte Rufe bei der Nat. Soz. D. A. P.: Hört, hört!)

Das sei für heute genug! Aber das kann von Ihnen: alle vier Tage prompteit kommt eine weitere Fülle von dem Material, das wir in Händen haben. Der Ehrhage-Ausschuß wird alle die Herren zu vernehmen haben, die damit amtlich zu tun haben: die Herren Regierungsdirektor (damals Reg.-Rat) Scholz, Bezirkssekretär Brachvogel, Assistent Hilbauer, Kriminal-Assistent Webermann, Kriminal-Kommissar Greiner, Kriminal-Assistent Trebing, Kriminal-Assistent Schepers. Er wird sie alle zu vernehmen haben, denen bisher in diesem Verfahren niemals — ich sage niemals! — die Aussagegenehmigung erteilt worden ist.

Aber es brannte zu stark, und man hat dann zuletzt dem Rechte zu einem Scheinsiege verholfen: als in einem Falle die Gefahr, daß es herauskam, zu groß wurde und die Empörung unter den Dezernenten nicht mehr zu halten war, hat man die ganze Sache in der Weise abgedreht, in der man so etwas eben abdreht: durch einen Zahlungsbefehl von 150 RM, der von jedem bezahlt wurde. Was macht diesen Führern in dieser ihrer sozialen wirtschaftlichen Stellung mit diesen horrenden Gehältern ein Betrag von 150 RM aus! Es ist ein Bettel, um den sie lachen! Und wieder einmal hat Juda, gestützt auf die Hilfe der Semiten in der Staatsverwaltung, dem deutschen Recht und dem deutschen Volk ein Schnippchen geschlagen!

Da frage ich: kann man es uns verdenken, daß wir erklären: zu einer Polizei, die so geführt wird, haben wir, ganz unabhängig davon, ob diese Polizei politisch korrupt ist, ob sie Brecherin des Rechts ist, ob sie blind ist, wenn der rote Mob mordet, und die wieder geschlagenen und niedergestochenen SA.-Männer dann in die Gefängnisse einliefert, zu einer Polizei, die erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, gegen den roten Mord aufzukommen, während der Blinde sieht, daß sie nicht gegen ihn aufkommen will — kann man es uns verdenken, daß wir zu einer solchen Polizei, wenn wir außerdem mit Schrecken feststellen müssen, daß sie gemeinsten gewinnsüchtigen gewerblichen Verbrechen huldigt und sie schützt, kein Vertrauen haben? Nein! Eine solche Polizei ist keine Polizei! Spitzen der Polizei, die so handeln, aber dann die Frechheit haben, sich ein Sicherheitsgefühl vorzutäuschen und den anderen dieses angebliche Gefühl ihrer Sicherheit dadurch vortäuschen, daß sie erklären, an die Stelle des staatlichen Radiergummis, des Gummiknüppels, konnte auch die Hundepeitsche treten, können wir die deutsche Jugend und ihren Schutz, den Schutz der SA. und den Schutz der reinen jungen Menschen des kommenden Deutschland nicht anvertrauen. Nein! Wir verlangen, daß uns die Möglichkeit gegeben wird, anstatt vergeblich auf die Polizei und ihren Schutz zu warten, zu jeder Tages- und Nachtstunde in geschlossenen Formationen zum Schutz des Lebens unserer Jugend durch die Straßen zu marschieren und aufzutreten. Wir müssen die legale Grundlage dafür gewinnen, frei zu werden von der Notwendigkeit, uns einzig und allein auf den Schutz einer Polizei zu verlassen, die von Verbrechern geleitet wird. Nein, wir müssen dahinkommen, unserer Jugend die legale Möglichkeit zu geben, sich selbst zu schützen. Das ist auch einer der Gründe für diesen unseren Antrag.

(Stürmischer Beifall bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Präsident Kerrl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kasper.

Kasper, Abg. (Komm.): Zunächst weise ich die frechen Beschimpfungen der revolutionären Arbeiterschaft

(Rufe bei der Nat. Soz. D. A. P.: Verbrecherschaft!)

durch den Herrn Vorredner mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den Komm.)

Es charakterisiert den Vertreter einer sogenannten Arbeiterpartei,

(Unruhe bei der Nat. Soz. D. A. P.)

daß er deutsche Arbeiter, Erwerbslose, die gegen die Notverordnungspolitik der Papen-Regierung demonstrieren,

(Lebhafte Rufe bei der Nat. Soz. D. A. P.: Nach 2 Uhr!)

die sich gegen den Unterstützungsraub wehren, die sich zur Wehr setzen gegen —

(Andauernde große Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Kerrl (den Redner unterbrechend): Ich bitte die Mitglieder, ihre Plätze einzunehmen.

Kasper, Abg. (Komm.) (fortfahrend): — gegen den Terror Ihrer Notverordnungssoldaten im Dienste des deutschen Finanzkapitals, als Untermenschen, als roter Mob und dergleichen beschimpft hat.

(Sehr wahr! bei den Komm. — Gegenrufe bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Das können wir Ihnen sagen: für diese Beschimpfung wird Ihnen die deutsche Arbeiterschaft die notwendige Antwort zu erteilen wissen.

(Lebhafter Beifall bei den Komm. — Lachen bei der Nat. Soz. D. A. P.)

Wir Kommunisten haben stets jede polizeiliche Beschränkung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit bekämpft, weil wir, d. h. weil die revolutionäre Arbeiterschaft unter der Demonstrations- und Versammlungsbeschränkung bisher stets Objekt der Gummiknüppelschläge und Zielscheibe für die Polizei gewesen ist. Wir haben Hunderte, Tausende von Beispielen, die zum Teil schon in den hinter uns liegenden Polizeidebatten und bei anderen Gelegenheiten hier zur Sprache gebracht worden sind, Hunderte und Tausende von Beispielen, die zeigen, daß alle solchen polizeilichen Beschränkungen der Versammlungs- und

[Bühnenkünstler an staatlichen Theatern usw.]

[Dr. Freiherr von Gregory, Abg. (Nat.-Soz.

Musik zu verwalten, und Sie stellen es so dar, als hätte Herr Kestenberg nur die Kirchenmusik, um das wieder als eine Pike gegen das christliche Zentrum zu benutzen.

Des weiteren wandte er sich gegen die Sondergerichte:

> "Was aber jetzt mit diesen Sondergerichten geschehen ist, das ist etwas ganz anderes, das bedeutet zum großen Teil, an die Stelle eines geordneten Gerichtswesens die Möglichkeit oder Willkür zu setzen. Es ist schon richtig, daß insbesondere die prozessualen Änderungsbestimmungen, die erlassen worden sind, den Angeklagten jedes Recht nehmen.
>
> (Sehr richtig! bei der Nat.-Soz. D.A.-P.)
>
> Das geht denn doch nicht, daß die selbstverständliche Grundlage jedes Gerichtsverfahrens, daß die wichtigen, notwendigen angebotenen Beweismittel auch erhoben werden müssen, in eine Bestimmung umgewandelt wird, wonach diese Erhebung der Beweismittel dem freien Ermessen des Gerichts, dessen Zusammensetzung noch dazu vielen Zufälligkeiten in personeller Hinsicht unterliegt, überlassen bleibt.
>
> (Sehr richtig! und Zurufe: Willkür! bei der Nat.-Soz. D.A.-P.)
>
> Das ist nicht mehr Sicherung des Rechts, sondern die Ermöglichung des freien Waltens der Willkür, und man kann es nicht der Loyalität und der Gewissenhaftigkeit einzelner, zufällig bestimmter Berufs- oder Laienrichter überlassen, ob von der Möglichkeit, an die Stelle des Rechts die Willkür zu setzen, Gebrauch gemacht wird oder nicht. Das widerspricht dem Grundsatz des Rechts, des Rechtsstaates, setzt an die Stelle des Rechtsstaates den Willkürstaat" (Pr.Ltg., 23.9.1932, S. 1669).

Um von den wahren Tatsachen abzulenken, versuchte Freisler ständig den Anschein zu erwecken, als wären alle Führer der marxisitischen Parteien bzw. der ausführenden Organe wie Polizei und Justiz mit der "Unterwelt" verbunden und das ganze System wäre kurrupt. Die "unschuldigen" Nationalsozialisten und das "unterdrückte" Volk wären die Leidtragenden, die sich nicht wehren könnten. Noch dazu würden die "Opfer" in die Gefängnisse gesperrt, damit die "Verbrecher" weiter ihre "brutale Macht" ausüben könnten. Eine perversere Verdrehung der Wirklichkeit ist wohl kaum vorstellbar! Seltsam ist auch, daß er sich hier gegen die Sondergerichte aussprach, obwohl er sich später unter der nationalsozialistischen Herrschaft sehr dafür einsetzte und in brutaler Weise selbst durchführte, was er zu dieser Zeit der Sozialdemokratie unterstellte.

2.3.6 Die Stadtverordnetenversammlung vom 27.6.1932

Wie schon in Abschnitt 2.2. bemerkt, kam es häufig zu persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Freisler und den sozialdemokratischen Stadtverordneten Wittrock und Goethe. In dieser Phase bestimmten die Kontroversen den Alltag im Stadtparlament so sehr, daß eine sachliche Arbeit kaum noch möglich war (vgl. Stadtv. Vers. 26.3.1931, S. 18/19; 29.4.1932; 9.5.1932 und 17.10.1932). Da es den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, auf alle Auseinandersetzungen näher einzugehen, soll als Beispiel die Sitzung vom 27.6.1932 im Original wiedergegeben werden.
In dieser Versammlung standen u.a. der Etat und der Fall Lahmeyer auf der Tagesordnung. Zum letzten Punkt ist hinzuzufügen, daß die Fraktion der SPD eine Anfrage an den Magistrat richtete, die einen Korruptionsvorwurf an den damaligen Kasseler Bürgermeister Lahmeyer beinhaltete. - Derselbe Architekt, der den städtischen Auftrag zur Errichtung einer Jugendherberge bekam, erstellte gleichzeitig für Lahmeyer und sich selbst ein Privathaus. Alle drei Bauherren wurden von derselben Firma mit Baumaterial beliefert. Dabei sollten der Architekt und der Bürgermeister Materialien auf Kosten der Jugendherberge bekommen haben.
Den Sozialdemokraten wurde daraufhin der Vorwurf gemacht, die Angelegenheit vor dem Stadtparlament behandeln zu wollen, anstatt Strafanzeige zu erstatten.
In seiner Stellungnahme erklärte Freisler, daß Wittrock nicht das Recht hätte, sich als Richter aufzuspielen, da er wegen Meineides ins Zuchthaus gehörte! Im Laufe der Sitzung wiesen Wittrock und Goethe dann auf Freislers kommunistische Vergangenheit sowie jüdische Abstammung hin und hoben s e i n e strafrechtlichen Verurteilungen hervor.

Es folgt eine Kopie der Stadtv. Vers. vom 27.6.1932, S. 41-54.

(Stadtv. Wittrock: Jawohl, sehr viel sogar haben Sie damit zu tun.)

So harmlos liegen die Dinge nicht, trotzdem man verstehen kann, daß der Oberbürgermeister seine oberen Beamten schützt. Genau so, wie Sie (zu dem Oberbürgermeister) mit allen Mitteln verhindert haben, daß man die Ausgleichszulage für die höheren Beamten streicht, genau so, wie man einen Stadtverordneten hinausgeschmissen hat, weil er Aufklärung haben wollte, was man den so hoch bezahlten Beamten heute noch extra gibt, weil sie den Druck auf die notleidenden Massen noch verstärkt haben, hat es der Vorsitzende, der Präsident der heutigen Sitzung, für nötig gefunden, vor Behandlung der Tagesordnung einen Stadtverordneten hinauszuschmeißen, der im Interesse der Werktätigen Aufklärung verlangt hat, was man in dieser Notzeit noch den höheren Beamten zugeschanzt hat.

(Stadtv. Waldschmidt: Ich nicht.)

(Stadtv. Dr. Hartmann: Der Herr Stadtv. Sippel ist auf Grund eines Beschlusses der Stadtv.Vers. hinausgewiesen worden.)

Wir haben es doch nicht beschlossen.

(Stadtv. Waldschmidt: Das ist Ihre Sache, Sie hätten dafür stimmen sollen.)

(Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Freisler: Diejenige politische Gruppe im Kasseler Rathaus, die stets in den letzten Jahren in einem erbitterten Kampfe mit Stadtverwaltung und Finanzwirtschaft der Stadt gestanden hat, ist die Nationalsozialistische Stadtv. Fraktion.

(Stadtv. Goethe: Weil die nie da waren, wenn es hieß, ernste Beratungen zu pflegen.)

Nein, weil man mit Ihren Herren eine Kommunalpolitik garnicht machen kann. Wir haben stets vorausgesagt, wohin die Finanzwirtschaft der Stadt Kassel führen wird.

(Stadtv. Schäfer: Ins dritte Reich.)

Wir haben stets vorausgesagt, daß diese Finanzwirtschaft zum Bankrott führen muß. Man hat s.Zt. das Tischtuch zwischen uns zerschnitten.

(Stadtv. Goethe: Mit Recht; da haben Sie keinen Grund, sich darüber aufzuregen.)

Man hat uns damals vorgeworfen, daß das, was wir sagten, eine unverantwortliche Schädigung der Stadt Kassel sei; das alles ist geschehen von den Spitzen des Magistrats. Die Entwicklung hat uns aber recht gegeben, wie die heutige Haushaltsrede des Herrn Oberbürgermeisters bewiesen hat. Heute sind wir diejenigen, auf die die größere Gruppe der Kasseler Bevölkerung schaut.

(Heiterkeit links.)

Ja, Sie werden doch diese Tatsache nicht leugnen können. Wenn Sie sie belachen, so zeigen Sie damit die Kleinheit Ihres geistigen Horizonts.

(Heiterkeit.)

(Zwischenruf links: Die laufen Ihnen alle wieder weg.)

Es ist richtig, daß Sie auf 30.000 heruntergegangen sind und wir auf 46.000 in die Höhe. Es stimmt, daß wir diejenigen sind, auf die heute die größere Gruppe in Deutschland schaut.

(Heiterkeit links und Zwischenrufe.)

Wir sind aber fern davon, in diesem Augenblick zu denken an das, was man uns angetan hat, gerade von seiten der Spitzen des Magistrats. Wir haben das heute nicht nötig. Wir haben auch nicht nötig, eine Wahlpropaganda kindischer Art in Szene zu setzen.

(Heiterkeit links.)

Wir haben nicht nötig, die Sozialdemokratie zu bedauern

(Zwischenbemerkungen, Zwischenrufe.),

daß sie so schlechte Wahlpropaganda gemacht hat. Wenn das die Dame ist, die Sie für den 17. Oktober bereit halten, dann ist das ein Blindgänger, der überhaupt nicht platzt.

Zu dem Sachverhalt erklären wir folgendes. Nicht die Sozialdemokratie hat ihn ausgetragen. Man kannte ihn in Kassel, ehe die Anfrage der Sozialdemokratie kam. Zweitens: Nicht die Sozialdemokratie hat den Kampf anständig geführt;

(Hört! Hört!)

denn es ist nicht anständig, hier zu erklären.....

(Glocke des Vorsitzenden.)

Herr Vorsitzender, ich meine nicht die Fraktion, ich meine die Sozialdemokratische Partei.

(Stadtv. Wittrock: Fauler Zurückzieher!)

Nicht die Sozialdemokratie hat den Kampf anständig geführt; denn es ist nicht anständig.....

(Zwischenruf links: Eine Goldtasse.)

Es ist nicht anständig, zu sagen, man habe gegen einen Mann noch anderes Material, und man weigert sich, dieses Material hier zu nennen.

(Stadtv. Wittrock: Bravo! Ran an den Speck!)

(Lebhafte Zwischenrufe, Zwischenbemerkungen links.)

Vorsitzender (Stadtv.Vorst.Stellv.Dr.Hartmann): Ich bitte doch die Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion, den Herrn Stadtv. Freisler reden zu lassen.

(Zwischenruf links: Freiheit macht er jetzt.)

Stadtv. Dr. Freisler:(fortfahrend): Die Anständigkeit der Kampfesweise haben wir von der Sozialdemokratie noch niemals kennengelernt und auch nicht erwartet.

(Zwischenruf links: Das haben Sie im Landtag bewiesen.)

Es sind ja geradezu groteske Dinge, daß sich ausgerechnet Herr Wittrock und H Genossen hier als Richter aufspielen,

(Zwischenrufe links: Bravo! Bravo!)

(Lebhafte Zwischenbemerkungen.)

daß hier ein Mann von formalem Recht sprechen will, der es gewagt hat, im Magistrat der Stadt den Antrag zu stellen, ungedeckten Notgeld herauszugeben,

(Stadtv. Wittrock: Sie fangen an zu spinnen.)

(Heiterkeit. Zwischenrufe.)

(Stadtv. Wittrock: Holen Sie mal schnell ein Stück Eis.)

(Heiterkeit. Lebhafte Zwischenrufe.)

der es gewagt hat, der Bevölkerung der Stadt Kassel ein Geld anzubieten, wovon die Arbeiter, wenn sie aus ihrem Werk mit ihren Lohntüten nach Hause gekommen wären, tatsächlich nichts gehabt hätten; denn sie hätten nichts bekommen für die Lappen des Herrn Wittrock, der diesen Vorschlag gemacht hat.

(Lebhafte Zwischenbemerkungen und Heiterkeit links.)

Ausgerechnet dieser Mann stellt sich hierhin und will Richter sein über formales Recht, das er an anderen messen will. Der Mann will Paragraphenrecht an anderen messen, an dem selbst das Paragraphenrecht nicht gemessen wurde.

(Widerspruch. Zwischenbemerkungen links.)

Der Mann, von dem es objektiv unwahr ist, was die Frau Stadtv. Wegner vorhin gesagt hat, daß er wegen des Suchens nach einer Wohnung zu Zuchthaus verurteilt worden ist, sondern er ist wegen Meineids zu Zuchthaus verurteilt worden, der Mann, dem es nicht so ergangen ist, wie dem armen Dienstmädchen, das in seiner Verzweiflung einen Meineid geleistet hat und ins Zuchthaus mußte,

(Zwischenrufe, Zwischenbemerkungen: Hört! Hört!)

(Zwischenbemerkungen links: Bravo! Bravo! Weiter sprechen!)

der Mann, der nicht über formale Verstöße eines anderen Mannes...

(Hört! Hört! Bravo!)

(Bravo-Rufe links.)

Wir bedanken uns dafür, daß sich hier noch wenige Monate vor dem Ende die Sozialdemokratie als Richter aufspielt.

(Zwischenruf links: Katzenstein.)

Zweifellos ist es richtig

(Zwischenruf links: Bravo!),

daß der Herr Bürgermeister Lehmeyer nicht richtig gehandelt hat. Aber man könnte aus dem Handeln des Herrn Bürgermeisters Lehmeyer, und wir sind stark genug, das hervorzuheben, noch ein anderes lernen, nämlich wie Männer in der Demokratie durch Paragraphen gefesselt worden.

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen. Heiterkeit.)

Es ist richtig: Er hat nach Ihrem Recht nicht recht gehandelt. Keiner von Ihnen hat aber sagen können, daß er irgend wie moralisch ansprechbar sei.

(Lebhafte Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.)

Und wenn der Herr Zinn erklärt hat, er hätte noch etwas verborgen, so habe ich in diesem Augenblick, weil ich Herrn Zinn noch nicht genügend kenne, nicht ohne weiteres angenommen, daß Herr Zinn die Unwahrheit sagt. Nachdem aber der Herr Stadtv. Wittrock erklärt hat, daß ich mit der Sache zu tun hätte, weiß ich, daß das, was Herr Wittrock meint, unwahr ist.

(Widerspruch links. Zwischenbemerkungen.)

Jawohl, Herr Wittrock, wenn das das ist, was ich wissen soll, und wenn es so sein soll, daß ich damit zu tun hätte, dann bitte, doch heraus damit! Sonst muß ich erklären, daß Ihr Handeln feige und niedrig ist. Es hängt von Ihnen ab, ob Sie bestätigen, daß Ihr Handeln feige und niedrig ist; denn wenn Sie anständig handeln, werden Sie erklären, was ich mit dem angeblich geheimen Vorwurf zu tun habe.

(Stadtv. Peters: Sie scheinen ein schlechtes Gewissen zu haben.)

Wir Nationalsozialisten erkennen den Mann nicht als Richter an, der im Zusammenhang mit dem Uralzoff-Prozeß für eine Reise 3.000 M eingestockt hat, und wir erkennen diesen Mann nicht als Richter an, dessen Keminsky-Rechnung vor einigen Monaten im Wahlkampf der Bevölkerung mitgeteilt worden ist. Solche Leute, solche Blüten einer untergehenden Partei erkennen wir nicht an. Wir wissen, in der Sache Lehmeyer hat jemand ordnungswidrig gehandelt. Das hat der anerkannt, der sein Vorgesetzter ist, derjenige, der bisher immer der Sozialdemokratie so nahestand, der uns auch diesmal keineswegs mißverstehen wird, weil wir ihn nicht haben wollen, der Herr Friedensburg.

(Widerspruch. Zwischenrufe links.)

Alle Leute hatten das anerkannt; jetzt wollen Sie von dem nichts wissen. Wir werden es nicht zulassen, daß die Angelegenheit von welchen Blüten hier behandelt wird. Die Nationalsozialisten lassen das nicht zu, Sie werden es ja bei der Abstimmung sehen.

(Zwischenruf links: Leiden Sie denn an Größenwahn?)

Wir lassen das nicht zu, daß die Angelegenheit von Leuten behandelt wird, die versuchen, sich aus der Rolle des ordnungsgemäß von Vollen Angeklagten hinüberzuschwindeln in die Rolle des Richtens. Das ist Sache der Partei, nicht der Fraktion, Herr Stadtv. Verstehen.

(Zwischenbemerkungen. Zwischenrufe.)

Sie möchten im letzten Augenblick noch aus der Sache heraus. Sie haben sich aber ein lächerlich untaugliches Mittel gewählt, sich vor ihm auf den Richterstuhl zu setzen. Denken Sie doch an Hellmann, Cutisker, Barnath und Konsorten.

(Hört! Hört! Lebhafte Zwischenrufe. Große Unruhe.)

Alle die gehören auf die Anklagebank.

(Wiederum lebhafte Zwischenrufe. Unruhe. Zwischenbemerkungen.)

Meine Herren von der Sozialdemokratie! Wenn es einen Richter gibt, der als gesetzlicher Richter befangen sein sollte, dann ist es die Sozialdemokratie, weil der angeklagte Verbrecher nicht Richter sein kann. Weiter ist gar nichts nötig, vor dem Volke genügt das vollkommen, um diesen Genossen die Maske herunterzureißen. Wenn Sie aber meinen, Sie müßten das Maß von Schuld noch mehr häufen, dann bitte los, eilen Sie sich, lange haben Sie dazu keine Zeit mehr. Wenn Ihre Debatte aber Zweck hätte haben sollen, dann hätten Sie feststellen müssen erstens, was einhellig festgestellt werden muß: Hier ist formal unrichtig verfahren worden. Wenn Sie sich damit entschuldigen wollen, daß auch einmal ein Bismark ein Ausnahmegesetz eingebracht habe, so müssen Sie andererseits im Fall Lehmeyer auch Brüning, Papen, Braun und alle, die von uns bekämpft worden sind, zum Vergleich heranziehen; denn wenn man nach formalen Verstößen bei den Finanzdezernenten sucht, so muß man andererseits auch dort nach der formalen Ordnungsmäßigkeit suchen, und die finden Sie dort nicht. Dort finden Sie nur die Knechtung und Niederknüppelung des Volkes, und die Herren, die dort das Recht bewachen sollen, sagen, man müsse die Bürger mit der Hundepeitsche ausjagen. Sie haben nicht verhindert, daß Millionen ins Ausland gewandert sind. Bei Ihrer Demokratie in spe haben Sie sich nicht gekümmert um die Familien. Sie haben sich nicht gekümmert um formales und moralisches Recht.

(Lebhafte Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.)

(Stadtv. Goethe: Wie, Herr Lebensmittelkommissar?)

Sie sollen nicht Richter, sondern Angeklagter sein, Sie sollen verurteilt werden.

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

Wenn wir einmal die Sache zu untersuchen haben, wenn Sie hier nichts mehr zu sagen haben, vorläufig erklären wir Ihnen: Sie sind ungeeignet, über andere Menschen den Stab zu brechen.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch um Ruhe, damit man die Redner verstehen kann.

Stadtv. Wittrock: Meine Damen und Herren! Es freut mich außerordentlich, daß die Herren von der Nationalsozialistischen Partei heute abend die Zivilcourage haben, während meiner Ausführungen anwesend zu sein. Neulich glaubten sie, den Saal verlassen zu müssen. Ich finde es außerordentlich wertvoll zur Erziehung einiger Herren Ihrer Fraktion auf politischem Gebiet, öfters mit Ihnen die Klinge zu kreuzen.

(Zwischenruf: Sehr richtig!)

Es war dem Geschmack des Stadtv. Freisler vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß ich nicht Zuchthaus, sondern Gefängnis gehabt habe.

(Stadtv. Dr. Freisler: Jedes Dienstmädchen kommt wegen Meineids ins Zuchthaus.

Sie haben auch betont.....

Vorsitzender: Herr Stadtv. Dr. Freisler! Ich bitte doch um Ruhe.

(Stadtv. Dr. Freisler: Habe ich nicht dasselbe Recht wie er?)

Stadtv. Wittrock (fortfahrend): Sie haben auch betont, daß ein Fall vorgekommen sei, wo ein Dienstmädchen das aus Not gehandelt hätte, einen Meineid geleistet habe und mit Zuchthaus verurteilt worden sei.

(Stadtv. Dr. Freisler: Nein, Sie waren ja nicht im Zuchthaus.)

Sehen Sie, Herr Freisler, Sie wissen nicht, was ich sagen will. Ich stand am 28. Juni 1924 vor dem Schwurgericht. Am Freitag, also am dritten Tage danach, vormittags, als die Plädoyers erledigt sollten und die Rede des Verteidigers, kam ein Gerichtsbeamter in die Gefangenenzelle zu mir und sagte: Herr Wittrock, Sie bekommen heute 5 Jahre Zuchthaus.

(Zwischenruf rechts: Auf Grund des Tatbestandes.)

Das war also vor der offiziellen Urteilsverkündung. Als ich am Montag abend 2 Jahre Zuchthaus bekam, habe ich den Wunsch geäußert: Bitte, veranlassen Sie, daß ich nach Ziegenhain komme. Ich wollte dorthin gehen. Daraufhin wurde mir geantwortet, daß der Preuß. Minister Anzehnhoff angeordnet hat: Wittrock hat im Gerichtsgefängnis zu bleiben.

(Stadtv. Dr. Freisler: Sehen Sie wohl!)

Seien Sie versichert, Sie haben als Jurist schon viel Angeklagte vertreten; aber Sie müßten wissen, daß im Gerichtsgefängnis Leipzigerstraße 11 es viel schwieriger ist, als ein Jahr in Ziegenhain zu verbringen.

(Stadtv. Dr. Freisler: Und die Skat-Spiele, die Sie gemacht haben?)

Ich weiß, daß ich viel gespielt haben soll. Es wurden mir öftere Briefe gebracht von Herrn Richard Weber. Meine Zelle sollte tapeziert gewesen sein, und der Strafanstaltsvorsteher sollte nachsehen, ob die Chaiselongue in meiner Zelle in Ordnung sei.

(Stadtv. Weinrich: Haben Sie nicht im Kleiderschrank gesessen?)

Lassen Sie sich doch nicht auslachen! Sie haben ja nun mit Ihren Leuten und dem Herrn Weinrich im Preuß. Landtag einen Antrag eingebracht, ob es wahr sei, daß der Staatsrat.....

(Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.)

(Zwischenruf rechts: Sie haben keinen Tag im Gefängnis gesessen, Sie haben nur in Untersuchungshaft gesessen.)

Ich wünsche Ihnen nicht, daß Sie ein Jahr da unten verbringen müßten.

(Stadtv. Dr. Freisler: Ich tue so etwas auch nicht.)

(Stadtv. Goethe: Sie machen noch ganz andere Sachen.)

Über die Visitenkarte läßt sich sehr streiten.

(Stadtv. Dr. Freisler: Über Ihre aber nicht.)

Und wenn wir beide nackt ausgezogen würden, dann weiß ich nicht, zu wessen Vorteil eine solche Betrachtung ausging.

(Heiterkeit.)

(Zwischenruf rechts: Ihre Visitenkarte hat man schon aus der Visage.)

Als meine Parteifreunde die Anfrage erhielten, haben sie ihre helle Freude empfunden, weil sie .....

(Zwischenbemerkungen.)

Wie das Preuß. Staatsministerium den Schaden.....

(Zwischenrufe.)

.....Über diese juristische Glanzleistung Roland Freislers. Eins seien Sie versichert: Ihre Absicht, mich zu zerknirschen und zu zerstören, bringen Sie nicht durch.

(Stadtv. Dr. Freisler: Wir wollen Sie ja in die Zelle befördern, wo Sie hinein gehören.)

(Stadtv. Peters: Und Sie kommen in eine andere Zelle

(Stadtv. Dr. Freisler: Ist mir eine Ehre.)

Als ich die Namen der Anfragenden gelesen habe, war die Anfrage für mich gerichtet. Sie sagen nicht: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern: Die Sozialdemokratische Partei wollten Sie treffen, und die habe den Kampf nicht anständig geführt. Gerade der Kampf, der zur Debatte steht, ist sehr anständig von uns geführt worden. Sie sagen, wir hätten uns geweigert, Material zu benennen; das ist eine derartige Unterstellung, die nur der behaupten kann, der so wie Sie als Stadtv. sein Amt wahrnimmt, der hier im Plenum eine Gastrolle spielt, sich aber sonst um die Belange der Stadt überhaupt nicht kümmert. Ich bedauere den politischen Tiefstand der 45.000 Bürger,

unter Ihre Flagge gekrochen sind. Ich bleibe dabei: Diesen politischen Schmarren vom 24. April werden wir bemüht sein wieder auszuwetzen.

(Bravo! links.)

Sehen Sie, Herr Freisler, Sie haben sich einen Bären aufbinden lassen, als Sie behaupteten, ich sollte 1923 beantragt haben, Notgeld zu drucken, um die Stadt zu retten. Ich habe gleich nach den Magistratsbänken geschaut. Der Herr Stadtrat Kreiß ist anwesend. Der Herr Stadtrat Kreiß, der damals Stadtv. war, war auch in der Kommission, wo wir diese historische Stunde erlebt haben, und ich glaube, der Herr Stadtrat Kreiß wird mit mir stolz auf diese Stunde zurückblicken

(Stadtv. Dr. Freisler: Und der hat das nicht mitgemacht.),

wo die Dinge so gelaufen sind. Es würde jetzt zu weit führen, in diese Materie hineinzusteigen.

Eins muß ich noch sagen. Mein Freund Zinn hatte erwähnt, wir hätten weiteres Material, und ich habe einen Zuruf bekommen, daß auch Sie, Herr Freisler, an der Sache beteiligt seien. Was wollen Sie dazu sagen, Herr Freisler, wenn der Herr Bürgermeister Lahmeyer zu mir und zu meinem Parteifreund Zinn kommt und sagt: Ich habe bereits mit dem Herrn Freisler gesprochen, und der hat erklärt: Ich, Freisler, werde aus der Sache nichts machen.

(Lebhafte Zwischenrufe. Hört! Hört!)

Sind Sie an der Sache beteiligt, wenn Sie so eine Blankovollmacht ausstellen ?

(Stadtv. Dr. Freisler: Warten Sie ab, ich werde nachher antworten.)

Herr Freisler soll nach dem Völkischen Beobachter auch Kommunist und russischer Lebensmittelkommissar gewesen sein.

(Hört! Hört!)

(Zwischenrufe.)

Das ist ja sehr interessant. Wir haben solche Wandlung noch nicht durchgemacht wie Sie. Gerade in deutschnationalen Kreisen wird es peinlichst empfunden, wenn Leute Kommunisten und russische Lebensmittelkommissare waren.

(Hört! Hört!)

Da sehen Sie den schönen Herrn Freisler, der Kommunist und russischer Lebensmittelkommissar war, und der fühlt sich heute berufen, den Monarchisten Lahmeyer zu decken.

(Stadtv. Goethe: Geschäft ist Geschäft.)

Meine Damen und Herren! Jetzt ist er völkischer Rechtsanwalt, soll 15.000 RM Einkommensteuer zu bezahlen haben. Das Geschäft bringt etwas ein. Es wäre gut, wenn Sie darüber Aufklärung geben wollten. In der Stadt Kassel geht nämlich das Gerücht, Sie hätten nach dem letzten Steuerzettel 15.000 RM Einkommensteuer zu bezahlen gehabt, und ob Sie die Rolle des ehemaligen deutschnationalen Stadtv. und politischen Gewinnlers Brill übernommen haben.

(Stadtv. Goethe: Wieviel Bauern haben Sie in Rußland erschießen lassen?)

(Stadtv. Dr. Freisler: Schade, daß Sie nicht dabei waren.

(Stadtv. Goethe: Ich hätte Sie in Rußland treffen müssen; ich müßte Sie vor die Flinte kriegen!)

(Zwischenrufe Hört! Hört!)

Es wurde auch gesagt, die Sozialdemokratie trage ein ganzes Maß von Schuld an den gegenwärtigen Zuständen. Die Schuld, die Sie vor dem Volke zu tragen hat.....

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

Ich sage Ihnen: Wenn uns vorgeworfen wird von dem Herrn Freisler, wir trügen ein ganzes Maß von Schuld, so sage ich namens der Sozi-

deutschen Sozialdemokratie: Diese Schuld ist für uns eine Ehrenschuld, und wir tragen sie mit unserem Gewissen für das ganze deutsche Volk.

(Stadtv. Klaft: Im Interesse des Kapitalismus.)

Der Herr Stadtv. Steuer hat darauf hingewiesen, unser Auftreten wirke komisch. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß unser Auftreten in dieser Sache so war, wie es unter gesitteten Menschen sich gebührt. Es war ausgerechnet der Herr Eppers, der den Zwischenruf machte.....Ihnen fehlt das Gefühl dafür.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie sich von Ihrem Parteifreund Rittershaußen hätten unterrichten lassen über die Vorgänge in der kleinen Finanzkommission, wo wir erstmalig über die Dinge gesprochen haben, dann würden Sie auch gehört haben, daß wir seit Wochen die Sache kannten und so ritterlich waren, daß wir im Interesse der Stadt sagten: Wir wollen die Dinge in den Kommissionen behandeln. Hier sind Ausführungen gemacht, als wenn wir weiter nichts zu tun hätten, als uns auf einen Fall Lahmeyer zu werfen. Wer einigermaßen die Presse kennt, ich erinnere nur an den Artikel "Mehr Verantwortlichkeit" in der Kasseler Post; da ist klar zum Ausdruck gekommen, wie die Dinge ihren Gang genommen haben. Nun steht es so, daß, wenn der Regierungspräsident es ablehnt, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, es Aufgabe der städt. Körperschaften sein muß, darüber zu beraten, was nunmehr in der Angelegenheit zu geschehen hat.

(Stadtv. Steuer: Beschweren Sie sich doch bei Severing.)

Ist bereits geschehen.

(Stadtv. Zinn: Sie kommen zu spät, Herr Steuer.)

Wir haben es hier nicht mit einer politischen Angelegenheit zu tun, sondern mit einer Aufgabe der Stadtv. Vers.

(Stadtv. Steuer: Da könnte er doch als geschäftsführender Minister etwas tun.)

Die Antwort ist uns bekannt geworden, die heute der Herr Oberbürgermeister verlesen hat mit der Unterschrift: Friedensburg. Damit ist amtlich erklärt: Es ist kein Raum für ein Disziplinarverfahren. Damit ist der Antrag Lahmeyer gefallen, und es bleibt nur noch die Frage, was wir in dieser Sache tun können. Wollen Sie den Herren nun nochmals eine Untersuchung übertragen, die ablehnen, disziplinarisch gegen den Bürgermeister vorzugehen? War denn das nicht auch eine Untersuchung gewesen? Was bedeutet denn dieses ganze Vorgehen? Ich bleibe dabei: Friedensburg hat sich ausgeschaltet, und wenn Sie von komisch und Komik reden, so liegt doch diese Rolle bei dem Regierungspräsidenten Friedensburg. Was macht das für einen Eindruck, auf der einen Seite amtlich zu erklären: Ich lehne es ab, das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister einzuleiten, auf der anderen Seite: Ich beauftrage den Oberbaurat Geßner und den Kommunalreferenten Heinrichs, die Sache zu untersuchen. Das ist doch ein krasser Widerspruch, das ist einfach unmöglich, das können Sie nicht mitmachen.

(Stadtv. Steuer: Ein Untersuchungsausschuß der Stadtv. Vers. hat keine Befugnisse, Zeugen zu vernehmen.)

Was wollen Sie dazu sagen als Leiter der Deutschnationalen Partei in Kassel? In Ihren Kreisen sitzen von jeher Bürger und Bürgerinnen, die der Stadt Stiftungen vermachen, und wenn diese Leute feststellen, daß mit ihrem Gelde nicht so verfahren wird, wie sie es wünschen, glauben Sie, dann würde noch ein Bürger der Stadt zu treuen Händen Gelder stiften, wenn er die Gewähr nicht hat, sein Wille wird auch berücksichtigt? Das muß natürlich untersucht und geklärt werden. Ich bleibe dabei: Sie kommen an dem Antrag nicht vorbei. Lehnen Sie die Anträge nur ab; Sie stellen sich dabei in eine Rolle, die Sie auf weite Sicht gesehen, nicht vertreten können. Es vergeht keine Stadtv. Vers., in der nicht Anträge kommen werden.

(Zwischenrufe.

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)
(Stadtv. Dr. Freisler: Bis Ihr Stadtv. Humbug weg ist.)
Wir haben gesehen, mit was für schwachen Argumenten Sie arbeiten. Ich will nur noch mit einem Wort sagen: Aus den Akten wurde festgestellt, daß vor unserer Zeit eine Kommission einstimmig den Beschluß gefaßt hatte, diese Herberge zu bauen.
(Stadtv. Steuer: Aber nicht mit unserer Zustimmung.)
Sie sind auch auf den Fall Scheidemann eingegangen und haben über den Oberbürgermeister i.R. Scheidemann gesagt, wenn es so sei, da müsse Scheidemann simuliert haben; sonst könne kein solches Attest ausgestellt worden sein. Ich darf Sie vielleicht bitten, Herr Dr. Keding, daß Sie sich darüber äußern, ob Sie damals fahrlässig das Attest ausgestellt hatten, oder auf Grund Ihres amtlichen Charakters das Gutachten abgegeben haben. Darüber ist doch gar kein Zweifel zu lassen. Herr Steuer! Mit dieser Schaumschlägerei kommen Sie nicht durch.
(Stadtv. Steuer: Momentan haben Sie den Schaumbesen in der Hand.)
Wir wissen, wenn Beamte in den Ruhestand versetzt werden, daß sie ein amtsärztliches Zeugnis erbringen müssen.
(Zwischenruf rechts: Z.B. Höhle.)
(Stadtv. Dr. Freisler: Schüning, das ist ein Musterbeispiel. Das sind Fälle von Ihnen.) (Das kommt auf den Fachbearbeiter an, wenn Beamte ein solches Attest bekommen.)
(Zwischenruf rechts: Scheidemann, Schüning, Brolat.)
Unser Antrag ist deswegen gestellt, daß der Magistrat von sich aus den Antrag stellen soll, das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister einzuleiten.
(Stadtv. Steuer: Das wird abgelehnt.)
Bisher stand die Partie so: Bürgermeister Lahmeyer hat von sich aus den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt; der Antrag ist von der Regierung abgelehnt worden. Unser Antrag besagt, daß der Magistrat ersucht wird, von sich aus das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister einzuleiten. Es kommt doch auf die Begründung an. Ich muß Ihnen sagen: S.Zt., als Sie bei dem Stadtrat Rehne Gelegenheit hatten, für eine Sache
(Stadtv. Dr. Freisler: Wegen Eigennutz.)
(Stadtv. Peters: Warten Sie doch erst mal ab.)
einzutreten, da hat dieselbe Regierung nicht nur das Disziplinarverfahren eröffnet, sondern einen Kommissar bestellt und die Übergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft vollzogen, um dadurch die Möglichkeit einer Anklage zu geben. Es wurde dem Staatsanwalt gesagt: Sieh mal nach, inwieweit diese Dinge strafrechtlich zu ahnden sind. Stadtrat Rehne ist aber in diesem Verfahren freigesprochen worden. Lassen Sie sich versichert sein: Ihr Wortgeschrei macht unsere Sache nicht zum Agitationsgeschrei. Wir gehen unseren Weg unbeirrt weiter. Herr Steuer! Wenn Sie heute erschienen sind, so ehrt uns das außerordentlich, daß Sie allemal als Verteidiger nach Kassel kommen.
(Stadtv. Steuer: Natürlich.)
Und wir bleiben bei unserer Auffassung: Sie haben kein Wort von der anderen Partie erwähnt.
(Stadtv. Dr. Freisler: Weil er gar nicht sich hineinmanövriert hat.)
Die Tatsache, die Herr Steuer fertiggebracht hat, nämlich von den Demokraten bis zu den Nazis die Absetzung des Stadtrats Rosenstock durchzusetzen, von einem durchaus arbeitsfähigen Mann, den Mann in Pension zu schicken und ihm rd. 1000 RM Pension zu geben, ist eine Schande gegen die Steuerzahler.
Den Beamten auf dem Rechnungsprüfungsamt sind Handlungen zugemutet worden, die wir dann, wenn ein Ausschuß die Sache bearbeitet und aufgedeckt haben wird, vorbringen werden. Ich lege keinen Wert

darauf, in den Ausschuß mitzuarbeiten; denn ich habe Besseres zu tun, als in diesen Dreck hineinzusteigen. Sie haben ja keine Ahnung von Kommunalverwaltung.

(Hört! Hört! Zwischenruf Stadtv. Dr. Freisler.)

Wir werden uns später in öffentlicher Sitzung über die Details fein unterhalten. Es soll sogar dem Eingreifen des Herrn Oberbürgermeisters während der Pause der Stadtv. Sitzung zu danken sein, daß die Beschlüsse der Fraktion der Mitte so gefaßt worden sind. Ich muß doch sagen: Bei dem Rechnungsamt sind Beamte zu Amtshandlungen veranlaßt worden

(Stadtv. Steuer: Stellen Sie doch Strafanzeige.),

die zu untersuchen sind, und wir werden die Ergebnisse der Nachuntersuchung vor dem Forum der Stadtv. Vers. verlangen.

(Oberbürgermeister Dr. Stadler: Reden Sie doch.)

Der Stadtv. Catta hat darauf hingewiesen, er verlange sorgfältige Untersuchung. Sehen Sie sich doch die Sache an. Wenn der Regierungspräsident Friedensburg amtlich ablehnt, eine Untersuchung anzustellen, dann habe ich doch kein Vertrauen mehr, wenn in dieser Weise noch andere Amtshandlungen in dem gleichen Fall vollzogen werden.

(Stadtv. Weinrich: Und der war doch solange Ihr Mann.)

(Widerspruch links.)

Der war noch nie unser Mann. Hat er schon jemals behauptet, er sei Sozialdemokrat?

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

Sie lehnen ja auch die Deutschnationalen ab.

(Stadtv. Dr. Freisler: Severing hat ihn doch hierher gesetzt.)

Severing war damals kein Minister. Dann haben Sie auch auf den Mann mit der Hundepeitsche, auf Herrn Grzesinski, hingewiesen und bemerkt, die Partie, die wir spielten, sei der Auftakt zu den Wahlen. Daß Sie diese Partie beliebten in dieser Form, ehrt Sie als Vorsitzenden der Fraktion der Mitte, der Sie gleichzeitig Leiter der Deutschen Volkspartei im Rathaus sind.

(Stadtv. Catta: Ich weiß nicht, was Sie damit wollen.)

Ich möchte glauben, daß Sie über die Privatunterredung mit maßgebenden Personen Ihrer Fraktion unterrichtet sind. Sie haben geredet von rückschauender Politik, und ich habe den Fall Rehne erwähnt, und wenn ich Zeit hätte, die Rede von Ihnen im Falle Collet wiederzugeben, da haben Sie doch ganz anders gesprochen.

(Stadtv. Dr. Freisler und Steuer: Das gehört vor den Strafrichter.)

Das war aber eine Bagatelle gegen die Hunderttausende, die hier verloren gehen. Sie bringen es nicht fertig, trotz der Schreibweise Ihres Organs, die Sache so abzutun. Dafür liegen uns die Interessen der Gesamtheit unserer Bevölkerung doch zu sehr am Herzen, und wir haben bewiesen, daß wir seit 1929 für die Bereinigung des Etats alles getan haben. Wir haben auch das Recht, über jede Mark hier zu Kritik zu sitzen.

(Stadtv. Dr. Freisler: Sie nicht.)

Es ist darauf hingewiesen von dem Stadtv. Catta, der Bürgermeister Lahmeyer habe die Interessen der Stadt wahrgenommen, und er hat ihm noch ein Loblied gesungen. Herr Catta! Nur allein die Wohnungsfürsorge, die müßte genügen, daß er schon hinweggefegt wird als Finanzdezernent, und das Hindenburgheim desgleichen; und die Sache der Kog, auch sie müßte genügen, daß er hinweggefegt wird als Finanzdezernent. Lassen Sie uns ritterlich reden, wie sich das gehört. Wir haben 1929 in unserer Fraktion eingehend darüber gesprochen, ob Bürgermeister Lahmeyer überhaupt als Finanzdezernent geeignet sei. Das ist kein persönlicher Affront gegenüber einem Manne, der die Stadt in

in maßlose Schulden mit hineinmanövriert hat.
(Stadtv. Dr. Freisler: Das ist doch lächerlich.)
Das haben wir in den Kommissionen kennengelernt, wo Sie dauernd durch Abwesenheit X glänzten.
Der Stadtv. Catta hat gesprochen, wir machten das alles aus politischen Gründen, eine Schmach und Schande
(Stadtv. Dr. Freisler: Da haben Sie recht.),
daß man sich Derartiges sagen lassen muß, die wir hier mit solcher Hingabe für die Gesamtheit der städt. Bevölkerung arbeiten.
(Lachen bei den Nationalsozialisten.)
Ich war es , der in der kleinen Finanzkommission erklärt hat: Meine Herren! Kein Wort von der Sache soll in die Zeitungen kommen. Die Ursache für das Bekanntwerden ist in einem anderen Grunde zu suchen. Wir sind herausgefordert worden. Wir haben unser Wort gehalten, bis....
(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)
Wer hat uns denn in diese Situation hineinmanövriert? Lesen Sie doch den Artikel des Herrn Likus "Mehr Verantwortungsgefühl!"
(Stadtv. Catta: Den kenne ich nicht.)
Den kennen Sie nicht? Schon während der Debatte hat der Stadtv. Catta auf die Frage: Wissen Sie etwas davon? mit den Achseln gezuckt. Ich nehme an, Herr Stadtv. Catta, daß Herr Hartmann Sie unterrichtet hat von den Vorgängen, die ihm bekannt waren.
(Stadtv. Catta: Ich weiß nichts davon.)
Ich rate Ihnen, bringen Sie die Sache nicht auf die Spitze. Setzen Sie den Untersuchungsausschuß ein; das ist ein Erfordernis der Verhältnisse.
(Stadtv. Catta: Sie können mir doch nicht unterschieben, daß ich weiß, was Herr Zinn angedeutet hat.)
Ich habe vorhin Ihnen zugerufen: Jeder blamiert sich, so gut er kann.
(Stadtv. Dr. Freisler: Sehr richtig!)
Bitte, lesen Sie unsere Anfrage durch.
Zur Visitenkarte des Herrn Freislers sei noch folgendes bemerkt:
"Der Herr Abgeordnete ist, nach Angabe des "Völkischen Beobachters" vom 16. Juni 1932 früher Kommunist und bolschewistischer Lebensmittelkommissar in Rußland gewesen. Seit 1924 ist er Stadtverordneter und Rechtsanwalt in Kassel; er ist nicht weniger als fünf ehrengerichtlichen Strafverfahren durch Ehrengerichte der Anwaltskammern in Kassel und Leipzig und in zwei strafrechtlichen Verfahren durch die ordentlichen Gerichte verurteilt worden."
(Stadtv. Dr. Freisler: Es kommen noch mehr hinzu.)
Ich will damit schließen. Sie haben kein Recht, über andere zu urteilen; denn Ihre Visitenkarte steht auf einem sehr tiefen Niveau.

Stadtv. Dr. Hartmann: Herr Stadtv. Wittrock hat meinen Namen genannt und angedeutet, mir seien gewisse Dinge bekannt, Herr Wittrock hat mir Andeutungen gemacht, aber selbst gewünscht, daß sie nicht als bare Münze genommen werden sollen, bevor eingehendes Material vorliegt. Ich hakte es deshalb auch nicht für richtig, darüber Mitteilung zu machen.

Stadtv. Steuer: Der Herr Stadtv. Wittrock hat in einer Form sich über Dinge ausgelassen, die ritterlich sind nach seiner Meinung. Wie der Herr Stadtv. Wittrock es fertig bringt, die Parallele zu ziehen zwischen dem, was der Herr Stadtv. Zinn vorgetragen hat, und dem Fall Collet, ist ein Kunststück. Er sagte: Dort im Fall Lahmeyer hat es sich um Hunderttausende gehandelt. Bei der Bewertung von Straftaten wird stets nach der kriminellen und moralischen Art des Vergehens und nach den Zusammenhängen geurteilt. Es handelt sich darum, daß das, was dem Herrn Bürgermeister Lahmeyer vorgeworfen wird, fahrlässig war. Das sind Dinge, von denen er privatim keinerlei Vorteile hatte, während Collet städt. Gelder in sein eigenes Portemonnaie steckte. Der Vergleich ist deshalb höchst merkwürdig.

Über Ihre eigene Angelegenheit, Herr Stadtv. Wittrock, hat nicht der Herr Stadtv. Freisler das Schlimmste gesagt, sondern Sie selbst. Es ist Ihr gutes Recht, als Verurteilter sich für unschuldig zu halten; jedenfalls sind Sie rechtsgültig verurteilt worden. Wenn Sie hier erklären, daß am Tage nach der Urteilsverkündung, ohne daß ein Mensch in Berlin die Zusammenhänge dieser Sache wußte, der Preuß. Justizminister telegraphisch eingegriffen hat

(Stadtv. Wittrock: Weil er das Schandurteil nicht billigte.),

dann sind Sie in einer der schwersten Belastungszeugen für den politischen Mißbrauch.

(Große Unruhe links.)

(Stadtv. Wittrock: So ein schmutziges Schandurteil!)

(Zwischenruf links: Mit Ihnen rechnen wir noch ab. Geben Sie sich nur zufrieden.)

Mit Ihrem Schreien ändern Sie das nicht. Der Justizminister als Verwaltungsorgan kann sich über Recht oder Unrecht in einer richterlichen Entscheidung kein Urteil erlauben, wenn er den Fall nicht kennt. Sie haben im Augenblick das Preuß. Justizministerium auf das schwerste belastet.

(Stadtv. Wittrock: Schämen sollten Sie sich was.)

Was mit Ihnen hier.....

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

(Stadtv. Wittrock: Reden Sie doch zum Fall Lahmeyer.)

Jawohl, ich rede zum Fall Lahmeyer. Da handelt es sich um eine Angelegenheit, die formaler Natur ist. Wenn man aber zum mindesten formal derartig belastet ist, wie Sie, ist es geschmacklos, gegenüber einem anderen noch nach Gerechtigkeit zu schreien.

(Stadtv. Wittrock: Lassen Sie sich doch nicht auslachen.)

Dafür haben Sie offenbar das Verständnis verloren.

(Stadtv. Wittrock: Ihre Litfaßsäule war genau so geschmacklos. Sie können nicht als Sittenrichter auftreten.)

Sie hätten gut getan, aus dieser Sache herauszubleiben; Sie können nicht als Richter auftreten.

Die Forderung, im Falle Lahmeyer einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, hat mit der sachlichen Aufklärung nichts Ernstes zu tun.

(Widerspruch links.)

Untersuchungsausschüsse sind in Parlament Einrichtungen, über deren einwandfreie juristische und sachliche Arbeit man sehr viel Kritisches sagen kann. Aber der Untersuchungsausschuß K im Parlament hat einen ernsten Sinn insofern, als er in der Lage ist, Zeugen unter Eid zu vernehmen. Der Untersuchungsausschuß kann also Mittel anwenden wie das ordentliche Gericht. Ein Untersuchungsausschuß der Stadtv. Vers. ist eine sich unterhaltende Kommission, die nach keiner Richtung in der Lage ist, jemanden unter Eid zu stellen und Beweismittel durchzuführen, wie das im Disziplinarverfahren und vor Gericht möglich ist.

(Zwischenruf links: Hier liegt ein Aktenmaterial vor.)

Ein Gericht würde sofort das Recht haben, ohne Beschluß der Stadtv. Vers. sich vom Magistrat die Akten zu erbitten. Der Untersuchungsausschuß ist ja gar kein Organ der Städteordnung, unserer städt. Verfassung. Es ist ja nur ein Theater, was Sie Ihren Leuten bieten wollen.

(Zwischenrufe links.)

Wenn Sie, wie Sie dauernd andeuten, Dinge wissen, die irgend wie über das hinausgehen, was hier gesagt worden ist, und sogar Material haben, das Sie nach der Form geschmackloser Kartenspieler ausspielen, da gibt es dafür eine einfache Form; entweder glauben Sie, daß strafbare Vorgänge vorliegen; dann können Sie nur Strafanzeige stellen.

(Unruhe.

(Stadtv. Wittrock: Das haben wir ja gar nicht nötig; dafür sind wir ja viel zu anständige Kerle.)

Anständig? Das ist ein merkwürdiger Begriff von Anstand.

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

Wenn wirklich etwas Verbrecherisches passiert ist, so ist das strafrechtlich zu verfolgen. An und für sich sind Sie vom Standpunkt der Bürgerschaft aus verpflichtet, gegen strafrechtliche Verfehlungen die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Wenn Sie das wissen, können Sie ja die Anzeige erstatten.

(Stadtv. Wittrock: Kommen Sie nur in den Haushaltsausschuß, da werden Sie schon etwas hören.)

Wenden Sie sich an den Regierungspräsidenten, der Ihnen politisch näher steht als uns, wenn Sie glauben, daß er dienstlich etwa irgend wie unrichtig gehandelt hat. Dann haben Sie ferner die Möglichkeit, sich über Ihren Genossen Haas unmittelbar an den Minister des Innern zu wenden. Ihr ganzes Verhalten macht den Eindruck, als wenn Sie nur Schaumschlägerei machen wollten.

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

Stadtv. Dr. Freisler: Noch nie hat jemand mit vielen Worten so wenig gesagt wie der Herr Stadtv. Wittrock.

(Zwischenrufe links.)

Jeder indische Schlangenbeschwörer

(Heiter-keit.)

gibt seinen Leuten etwas mehr Inhalt.

(Lebhafte Zwischenrufe und Heiterkeit.)

Ich bin nun endgiltig "zusammengebrochen" unter der Last der Vorwürfe, mit denen auf meinen energischen Hinweis der Herr Stadtv. Wittrock hervorgetreten ist. Also meine Beteiligung an diesem "Skandal" besteht darin, daß ich erklärt habe, daß wir nicht nötig haben, Sensationshascherei zu betreiben, und daß wir infolgedessen nicht nötig haben, nachdem die formale Ordnungswidrigkeit festgestellt und öffentlich anerkannt worden ist, das noch einmal zu tun. Und das wirft mir der Herr Stadtv. Wittrock vor. Aber sein Gedächtnis ist kurz. Genau so, wie er sich auf die Jahre um 1921 herum nicht mehr erinnert, so erinnert er sich nicht an das, was er am Anfang dieser Sache erklärt hat, nämlich daß sie nicht in die Öffentlichkeit kommen sollte. Nun macht er mir das zum Vorwurf, was er damals selbst erklärt hat. Er wirft mir nun vor, daß ich anders handle als die Sozialdemokratie, daß ich gesagt habe, wir wollten hier nur ernsthafte Arbeit leisten. Das ist doch wirklich allerhand.

(Zwischenrufe links.)

Der Herr Stadtv. Wittrock hat hier die Methode angewandt:
" Haltet den Dieb! "

(Unruhe links.)

Wenn Sie der Ansicht sind, es sei eine Schande, aus einer Grenzlandinsel des Deutschtums zu stammen, dann stimme ich Ihnen nicht bei. Ich stamme jedenfalls aus einer deutschen Familie.

(Stadtv. Goethe: Nach Ihrem "arischen" Aussehen mache ich ein Fragezeichen.)

Das mag Ihnen außerordentlich unangenehm sein.

(Weitere Zwischenrufe links.)

Während ich bei der Rede des Herrn Stadtv. Wittrock still gewesen bin, sind Sie es jetzt nicht, weil Sie mich offenbar fürchten.

(Große Heiterkeit und lebhafte Zwischenrufe links.)

Das ist doch allerhand, nun noch zu erklären, der Skandal der Kasseler Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, dieses marxistische Unternehmen, dem s.Zt. 200.000 RM a fonds perdu bewilligt werden mußten, und wobei mein Antrag, die Sache in der öffentlichen Sitzung zu behandeln, von der Sozialdemokratie abgelehnt wurde, sei ebenfalls auf das Konto

des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer zu buchen. Daran ist schuld der Größenwahnsinn und die Hochstaplerallüren der Sozialdemokratie.

(Zwischenrufe links.)

Das Aquarium an der Aschrottstraße haben Sie doch gebaut. Wenn Sie ferner von der Kog sprechen, so sind Sie doch diejenigen, die das alles zu verantworten haben.

(Zwischenrufe links.)

Ich will Ihnen etwas sagen. Als wir bei dieser Legislaturperiode das erstemal in der Stadtv. Vers. saßen, im Jahre 1924, erklärte der Sprecher der Sozialdemokratie, es sei unglaublich, in welcher unsachlichen, lauenhaften Weise diese neuen völkischen Abgeordneten hier auftreten. Ich habe inzwischen gelernt. Das glauben die 46.000 Kasseler Bürger, die uns gewählt haben. Ich weiß aber, daß Sie(nach links) nicht gelernt haben. Ein parlamentarischer Ausschuß kann endlich Zeugen vernehmen. Das ist verfassungsmäßig verankert. Nachdem der Polizeiausschuß und Chikago-ausschuß des Herrn Weiß auf unseren Antrag im Landtag eingesetzt worden ist, haben Sie veranlaßt, hier ein Ausschüßchen zu wählen, während Sie bedenken müssen, daß der Ausschuß des politischen Lebens in Deutschland einzig und allein die Sozialdemokratie ist.

(Zwischenrufe links.)

Daß Sie es nicht ernst meinen mit Ihren Ausschuß, geht aus Ihrer Frage hervor. Der Stadtv. Zinn hat weiter hervorgehoben, daß der von einem Teil der Kasseler Presse vertretene Standpunkt, Ihr Herr Sautte sei schuld an der Überschreitung des Voranschlags für die Jugendherberge, nicht den Tatsachen entspricht. Wenn der Herr Stadtv. Zinn einen Ausschuß zur Untersuchung des Falles Lahmeyer in Wirklichkeit haben will, der unparteiische Arbeit leisten soll, so hätte er, nachdem ein großer Teil der Kasseler Öffentlichkeit der Meinung ist, Sautter sei schuld an der ganzen Sache, sagen müssen: Es muß auch die Frage geprüft werden, inwieweit Sautter an der Sache schuld ist.

(Zwischenrufe links.)

(Stadtv. Wittrock: Beantragen Sie das doch!)

Stattdessen haben Sie immer wieder darauf hingewiesen, daß ein hoher Beamter jemanden zu Amtshandlungen veranlaßt hat, die nicht ordnungsmäßig sind. Wenn jemand in aller Öffentlichkeit die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt und die Absicht hat, die Stadtv. Vers. zu überzeugen, daß dieser Untersuchungsausschuß notwendig ist, dann handelt er nicht nach den Grundsätzen der Moral, die ein gesundes Deutschland für notwendig hält. Ein solches Verhalten richtet sich moralisch selbst. Jetzt steht fest, daß nicht nur wir, die wir die Ersten waren, die erklären konnten, daß wir kein Vertrauen zur Regierung haben, wir, die wir im Entscheidungskampf gegen dieses System stehen, sondern auch die Sozialdemokratie, von der diese Regierung, die ihre höchste Spitze in dem sozialdemokratischen Innenminister hat, getragen wird, kein Vertrauen mehr zu dieser Regierung haben.

(Zwischenrufe links.)

Das hat der Herr Stadtv. Wittrock getan

(Erneute lebhafte Zwischenrufe links.)

(Zwischenruf links: Sie bolschewistischer Lebensmittelkommissar!)

in einer Zeit, wo 30.000 frühere Sozialdemokraten zu Ihren Amtshandlungen kein Vertrauen mehr haben. Kurios ist, daß die Sozialdemokraten, die Vertreter einer sozial-reaktionären Partei

(Große Unruhe links.),

sich anschicken, ein Revolutionstribunal zu verlangen ohne Rechtsgrundlage, mit ganz kleinen Spießbürgern als Richter. Das ist die Höhe der Komik.

(Zwischenrufe links.)

Ihre abenteuerliche Vergangenheit, Herr Stadtv. Wittrock, macht auf mich keinen Eindruck. Wenn Sie aber als Richter eines Revolutionstribunals auftreten wollen, so lacht man über Sie. Das ist der Hauptfehler von Ihnen. Sie beschweren sich darüber, daß man nicht in den Kommissionen mit Ihnen arbeitet. Wir tun das grundsätzlich nicht, weil wir Sie nicht ernst nehmen.

(Lebhafte Zwischenrufe.)

Die Zeiten, da man die Sprecher der Sozialdemokratie, noch dazu von der Art, wie Sie I einer sind,.....

(Große Unruhe links.)

(Stadtv. Wittrock: Sie russischer Lebensmittelkommissar! Sie dienen nur zur Belustigung, insbesondere deshalb, weil Sie glauben, demjenigen, der gegen alle Klassenjustiz ist, als Ihrem Gegner etwas anhängen zu können, weil er von einem Klassengericht 4 -5 mal verurteilt worden ist.

(Zwischenrufe links.)

Mir ist das gleichgültig, wie die Richter in den Kammern, die im Preuß. Landtag als Judenjungen bezeichnet wurden, über mich richten.

(Erneute Unruhe links.)

Ich bin stolz darauf, daß ich in diesem Kampfe sichtbare Narben davongetragen habe

(Zwischenrufe und Heiterkeit links.),

weil ich meine Pflicht so getan habe, wie es meine Partei von mir forderte,

(Weitere Zwischenrufe.)

Wenn Ihr Kollege, Herr Wittrock, Ihnen sagen kann, daß dieses Urteil nichts mit den politischen Kämpfen zu tun hat, dann soll er hervortreten und sagen, was das ist. Es ist richtig, daß ich zweimal kriminell bestraft worden bin. Aber der Unterschied zwischen Ihrer (zu dem Stadtv. Wittrock) und meiner Bestrafung ist der, daß ich überzeugt bin, zu Recht verurteilt zu sein, während Sie der Welt glauben machen wollen, Sie seien zu Unrecht verurteilt worden. Daß wir für Sie da sind, haben Sie am 24. April gemerkt, und die Kasseler Nationalsozialisten wissen, was sie von Ihnen zu halten haben. Ihre Strafe ist erfolgt auf Grund eines gerichtlich festgestellten Verbrechens.

(Große Unruhe links.)

Mich hat man verurteilt, weil ich gesagt habe, der Polizeipräsident sei schuld an der Ermordung meines Kameraden Messerschmidt.

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

Man hat mich weiter verurteilt, weil ich von der "schamlosen Fleite der Schieberrepublik" gesprochen habe.

(Zwischenruf links: Katzenstein!)

(Weitere Zwischenrufe links.)

Im Fall Katzenstein hat, wie ich schon des öfteren hier erklärt habe die Kammer rechtsgültig entschieden, daß ich so gehandelt habe, wie ein anständiger Anwalt zu handeln E gehabt hat. Das ist das letztere daß ich mich mit Ihnen hierüber unterhalte.

(Lebhafte Zwischenrufe.)

Zum Schluß möchte ich Ihnen, ohne daß ich Sie entsprechend zoologisch eingruppieren will, das Sprichwort zurufen: Der getroffen Hund heult. Sie haben geheult.

(Zwischenruf links: Sie Schlangenmensch.)

(Weitere Zwischenrufe und große Unruhe links.)

Stadtv. Dietrich: Ich möchte zum Abschluß der aufgeregten politischen Debatten kurz ein paar Worte zur Sache sagen.

(Lebhafte Zwischenrufe rechts und links.)

(Große Unruhe rechts und links.)

(Stadtv. Wittrock: Gehen Sie nicht zu weit, das kann ich Ihnen versichern.)

(Weitere Zwischenrufe rechts und links.)

(Redner kann sich nicht verständlich machen.) X

Auffalllend ist, daß Freisler jeglicher inhaltlicher Diskussion auswich und die Sozialdemokraten durch persönliche Angriffe in die Defensive drängte. Er nahm das Beispiel Wittrocks zum Anlaß, den Sozialdemokraten generell das Recht abzusprechen, sich über Korruptionshandlungen politisch Andersdenkender zu beschweren, noch dazu wenn dieser Vorwurf nach Freislers Ansicht nicht gerechtfertigt war. Seine sich ständig wiederholenden fadenscheinigen Begründungen wurden von den Sozialdemokraten in gleicher Weise erwidert, die sich damit auf Freislers Stil einließen, anstatt auf einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu bestehen. Hierdurch wurde die Debatte über den Fall Lahmeyer derart geführt, daß eine Prüfung des Sachverhalts nicht mehr durchgeführt werden konnte.

2.3.7 Freislers Provokationen - Schlägerei im Stadtparlament (11.7.1932)

Der Höhepunkt Freislers Provokationen im Stadtparlament bildete die Sitzung vom 11.7.1932, in der sich infolgedessen die seit langem aufgestaute Wut der Sozialdemokraten entlud.
Auch in dieser Stadtverordnetenversammlung stand der Fall Lahmeyer zur Debatte. Wittrock begründete den Antrag der SPD. Nachdem bereits einige andere Stadtverordneten dazu Erklärungen abgegeben hatten und die Sozialdemokraten aufforderten entweder den Antrag zurückzuziehen oder Strafanzeige zu erstatten, bezichtigte der Stadtverordnete Weinrich (NSDAP) die SPD der "Korruption", "Schiebung" und "Wahlmache".
Daraufhin wurden die Nationalsozialisten von Goethe ihrerseits auf Korruptionshandlungen hingewiesen. Als Beispiel wurden die Kartoffel- und die Grabspende für Messerschmidt angeführt. Weinrich unterbrach die Ausführungen, indem er dem Redner androhte "Du wirst noch einmal herumgereicht, Freundchen!" - Was es hieß, von den Nationalsozialisten "herumgereicht" zu werden, hatte Goethe kurz zuvor am eigenen Leibe erfahren: er hatte einen Messerstich in den Bauch bekommen!
Wittrock ging später noch auf eine Äußerung Hitlers ein, der in Berchtesgaden gedroht hatte "Die uns bisher geführt haben, werden wir verurteilen wie Landesverräter, Meuterer, Deserteure usw." und konterte damit, Hitler wäre nicht wert, "den Namen 'Deutscher' zu tragen".

Freisler, der erst am Ende Wittrocks Rede erschien, ließ sich von den Ereignissen unterrichten und nahm anschließend selbst dazu Stellung. Bevor er mit seinen Provokationen begann, legte er zu seinem Schutz einen Schlüsselbund auf das Rednerpult! Er forderte Lahmeyer auf, gegen Wittrock Strafanzeige wegen Verleumdung zu stellen und ergoß sich dann ohne näher auf den Fall Lahmeyer einzugehen in harten Beschimpfungen der Sozialdemokraten, besonders der Stadtverordneten Goethe und Wittrock, die er als "Kanaille" und "begnadigten Zuchthäusler" bezeichnete. Den Gipfel seiner Drohungen zeigte die Äußerung:

> "in wenigen Monaten werden manche Ihrer Größen darum bitten, nicht auf den Galgen steigen zu müssen" (Stadtv. Vers. 11.7.1932, S. 20)!!! (Hervorhebung der Verfasserin)

Außerordentlich bemerkenswert ist, daß der Vorsitzende diese Drohung als "Witz" auffaßte!

Da der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Waldschmidt (DNVP) Freisler zwar häufig aufforderte zur Sache zu reden, aber nichts gegen diese Provokationen unternahm, stand Wittrock, der bereits in vielen vorhergehenden Sitzungen von Freisler beleidigt worden war, auf und schlug ihm die Faust ins Gesicht. Daraufhin entstand eine große Schlägerei und die nationalsozialistischen Stadtverordneten wurden aus dem Rathaus hinaus geprügelt.

Auch diese Stadtverordnetenversammlung soll im Original dargestellt werden.

Es folgt eine Kopie der Stadtv. Vers. vom 11.7.1932, S. 101-125.

bringt.

Mit einer Handbewegung ist diese Sache, die im gesundheitlichen Interesse von vielen hundert Kindern liegt, wirklich nicht abzutun.

Stadtv. Schäfer: Vor einem Jahr ist auf Initiative der Sozialdemokratischen Fraktion eine gründliche Besichtigung dieser Anlagen vorgenommen worden. Der Magistrat war sichtlich erschüttert über die Zustände, die sich vor Jahresfrist dort zugetragen haben. Es war tatsächlich so, daß in verschiedenen Schulen das Ungeziefer bis an den Fichter hochgestiegen war, sodaß die Kinder sich nicht setzen konnten. Damals wurde gesagt: Das wird beseitigt. Wir wundern uns nicht darüber und noch weniger über den Antrag der Fraktion, die im dritten Reiche dafür sorgen will, daß es anders werden soll. Dieser Antrag stand ja bereits das vorigemal zur Debatte. Wie man sich die Erziehung im dritten Reiche denkt, hat ja jetzt wieder ein Fall ganz eklatant bewiesen. Es handelt sich um die Erziehung der Hitlerjugend in Neustrelitz. Da wird die Jugend einfach am Gängel-Bändchen herumgeführt, und was da herausgekommen ist, wissen Sie ja am besten. Das ist Erziehung der Jugend. In der vorigen Sitzung ist auch der Ausdruck von der Hundepeitsche gefallen. Die Nationalsozialisten mögen doch mit solchen Ausdrücken vorsichtiger sein. Wir sind der Auffassung, daß man mit der Hundepeitsche keine Politik machen kann, auch nicht gegen die Jugend. Wir sind auch ferner der Auffassung, daß man nach Bekannt werden solcher Schweinereien wie im vorigen Jahre Abhilfe hätte schaffen müssen.

(Stadtv. Weinrich: Die Schweinerei besteht schon 14 Jahr Man hätte sehr gut die Ferienzeit benutzen können, um diese Mißstände zu beseitigen. Ich bin überzeugt, wenn sich die Herren einmal der Mühe unterziehen und die Dinge an Ort und Stelle besehen, Sie dafür eintreten, daß auf dem schnellsten Wege die Sache bereinigt wird. Di Sozialdemokraten wenigstens werden dafür sorgen, daß man diese Mißstände beseitigt.

Vorsitzender: Die Sozialdemokratische Fraktion ersucht den Magistrat, di in den Anträgen 2 und 3 geforderten Arbeiten während der Ferien durchzuführen.

Der Antrag der Deutschnationalen schließt sich dem Antrag der Bau- und Grundstückskommission auf Ausbau der Anlagen an.

Im übrigen liegen Wortmeldungen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Dem Antrag der Sozialdemokratische Stadtv. Fraktion, die vorliegenden Anträge
a) der Stadtv. Gruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr Closettanlagen der Kasseler Schulen,
b) der Sozialistischen Arbeiterpartei, bet Verbesserung der Abortanlagen in verschiedenen städt. Schulen,
dem Magistrat vorzulegen mit dem Ersuchen, die geforderten Arbeiten während der Ferien durchzuführen, wird zugestimmt.

4) Anfrage der Sozialdemokratischen Stadtv. Fraktion, betr. Materialieferungen für Jugendherberge.

*Die Sozialdemokratische Fraktion richtet an den Magistrat folgende Anfrage:

1. Ist es richtig, daß z.Zt. des Baues der Jugendherberge 1927 der mit dem Bau beauftragte Architekt Benemann gleichzeitig ein Privathaus für Bürgermeister Lahmeyer und ein eigenes Privathaus errichtet hat?

2. Ist es richtig, daß der Architekt Benemann an Honorar für den Bau der Jugendherberge den Betrag von 30.000 RM erhalten hat?
3. Hat ein und dieselbe Lieferfirma aus der Baubranche sämtliche drei Bauherren (Jugendherbergsverband, Bürgermeister Lahmeyer und Architekt Benemann) mit Baumaterial beliefert?
4. Sind die Rechnungen für die gelieferten Baumaterialien zunächst ordnungsgemäß für sämtliche drei Bauherren getrennt aufgestellt worden, und sind später Baumaterialien, die für das Haus des Bürgermeisters und des Architekten ab Jugendherberge geliefert worden sind, dem Jugendherbergsverband in Rechnung gestellt worden? Wenn ja, um welche Baumaterialien handelt es sich, und wie hoch sind die dafür in Betracht kommenden Beträge?"

tv. Wittrock: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf folgendes hinweisen. Wenn die Stadtv. Vers. in der vorletzten Sitzung dem Antrag der Sozialdemokratischen Rathausfraktion auf Einsetzung eines Unterausschusses zugestimmt hätte, dann wären höchstwahrscheinlich solche und ähnliche Dinge heute nicht in öffentlicher Stadtv.Sitzung behandelt worden.

(Stadtv. Catta: Das ist aber komisch, daß Sie das davon abhängig machen.)

Ich habe damals ausdrücklich erklärt

(Stadtv. Weinrich: Wahlreklame!):

Wenn Sie die Anträge ablehnen, bitte, das steht bei Ihnen; ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dann haben Sie die Freude, alle diese Dinge in öffentlicher Stadtv. Vers. zu hören. Das habe ich damals vor der Abstimmung mitgeteilt. Sie haben diese Freude haben wollen, und deshalb haben Sie nun die Anfrage.

Es ist inzwischen bekannt geworden, daß Bürgermeister Lahmeyer sich an der Rasenallee eine Villa gebaut hat zu gleicher Zeit, als in der Mosenthalstraße der Bau der Jugendherberge durchgeführt wurde. Es ist auch bekannt geworden, daß in der gleichen Zeit sich an der Kaiser Friedrichstraße der Architekt Benemann eine Villa gebaut hat.

(Stadtv. Catta: Das geht niemand etwas an.)

Ob Sie das etwas angeht, das ist ja Ihre Privatsache; uns geht aber die Sache Lahmeyer außerordentlich viel an. Wir bedauern, daß der Bürgermeister Lahmeyer als langjähriger Finanzdezernent so in seinen Privathausbau hineingeschliddert ist, daß er heute bis über den Hals drinsteckt.

(Stadtv. Steuer: Das ist ja seine Sache.)

Das weiß ich wohl. Die Stadt Kassel hat aber ein Interesse daran, daß auch die Privatangelegenheiten ihrer Beamten, die sie beschäftigt, in Ordnung gehen.

(Zwischenruf Stadtv. Catta.)

Herr Catta, Sie haben bereits im Geschäftsausschuß eine sehr starke Nervosität an den Tag gelegt; Sie tun das nun auch hier. Eigentlich wundere ich mich außerordentlich darüber.

(Zwischenbemerkungen. Zwischenrufe.)

rsitzender: Ich bitte, vom Magistratstisch aus keine Zwischenrufe zu machen.

(Zwischenruf links: Die wissen mehr als wir.)

(Stadtv. Steuer: Daß bei den städt. Beamten alles in Ordnung geht, da sind auch wir dafür. Wir sind dafür, daß man alle Magistratsmitglieder als Zeugen dafür vernimmt....

adtv. Wittrock (fortfahrend): Sie wissen doch, wie bei Ihnen in allen Kreisen solche Sachen, gerade die die Beamten betreffen, aufgenommen werden. Ich denke z.B. an die beiden Fälle Ulrich und Brill.

(Stadtv. Steuer: Hat denn die Stadt damit etwas zu tun?)

Sie wissen doch auch, wie die Genossenschaftsbank darunter leidet, und Ihnen ist auch nicht unbekannt, daß zahlreiche Bürger, die bei der Genossenschaftsbank um ihr Geld gekommen sind, nun das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen müssen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, was das heißt, und was die Leute mit der Stadt zu tun haben.

(Stadtv. Steuer

(Stadtv. Steuer: Sie sind heute noch Stadtverordneter.)
Ja, es wird Ihnen ja wieder allerhand möglich sein, wenn wir wieder so neue schöne Plakate bekommen wie damals.
(Widerspruch Stadtv. Steuer.)
Ja, das war doch hübsch, Herr Steuer?

itzender: Ich bitte, doch zur Sache zu sprechen.

tv. Wittrock: Wir haben mitgeteilt bekommen, daß ein und dieselbe Firma drei Neubauten gleichzeitig durchgeführt hat, und zwar das Haus des Architekten Benemann, das des Bürgermeisters Lahmeyer und die Jugendherberge gleichzeitig. Das wäre an sich durchaus verständlich. Die Sache ändert sich aber mit dem Augenblick.....
(Stadtv. Grenzebach: Wenn er nicht gebaut hätte, hätte er keine Schulden.)
Meinen Sie auch noch, auf Kosten der Jugendherberge? Herr Grenzebach, seien Sie sehr vorsichtig!
(Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.)
Ich will nicht weiter ausholen; es liegt ganz in Ihrem Interesse. Man könnte sich nichts dabei denken, wenn diese drei Bauten gleichzeitig aber ganz getrennt berechnet und auch getrennt aufgeführt worden wären, dann wäre jedenfalls legal alles in Ordnung.
(Zwischenruf Stadtv. Eckhardt.)
Wenn uns versichert worden ist, daß tatsächlich drei Rechnungen von der Lieferfirma ausgestellt worden sind, so ist uns doch von anderer Seite gesagt worden, daß Herr Benemann zu der Lieferfirma gegangen sei und gesagt hätte: Nein, so werden die Dinge nicht verrechnet, sondern anders, und zwar soundsoviel RM gehen zu Lasten des Jugendherbergsverbandes, soundsoviel RM zu Lasten des Bürgermeisters usw.
(Hört! Hört!)
Wenn das gesagt wird, dann muß uns das interessieren. Es würde uns auch nicht interessieren, wenn nicht inzwischen Bestrebungen im Gange wären, daß man versucht, die Sache wieder anders darzustellen. Wir müssen bei unserer Geldkalamität unbedingt verlangen, daß man, besonders wo man die Absicht hatte, uns nun die Jugendherberge aufzuhängen, mit den Pfennigen ordentlich wirtschaftet und diese privaten und öffentlichen Sachen grundsätzlich richtig verrechnet. Wir müssen das umsomehr von dem Bürgermeister verlangen, als Herr Bürgermeister Lahmeyer ein anständiges Gehalt bezogen hat, daneben noch Wohnungsgeld usw., und der Architekt Benemann ein Honorar von 30.000 RM bekommen hat.
(Hört! Hört! links.)
(Stadtv. Catta: Das stimmt nicht.)
Das wird uns der Magistrat jetzt sagen.

rbaurat Jobst: Meine Damen und Herren! Die Anfrage zu 1 betrifft eine rein private Angelegenheit der daran beteiligten Bauherren. Allgemein ist hierzu zu sagen, daß kein Architekt und kein Beamter, der dienstlich oder ehrenamtlich mit Bauangelegenheiten zu tun hat, sich selbst ein Haus bauen könnte, wenn in der Gleichzeitigkeit etwas Unkorrekte liegen sollte. Selbstverständlich sind berufliche Pflichten und eigene Belange beim Bau eines eigenen Hauses klar zu scheiden. Unter diesen Voraussetzungen kann aber an einem gleichzeitigen eigenen Hausbau niemals Anstoß genommen werden. Es muß deshalb mit aller Deutlichkeit betont werden, daß bei diesem gleichzeitigen Bau bei dem im übrigen allgemein bekannten Tatbestand nichts Auffälliges oder Unkorrektes zu finden ist.
Auch der Punkt 2 betrifft eine Angelegenheit des Jugendherbergsverbandes. Dabei ist die Bausumme der Jugendherberge der Sozialdemokratischen Fraktion bekannt, und die ihr angehörenden Sachverständigen können ohne weiteres feststellen, daß die fragliche Honorarforderung angemessen ist.

Die

Die Punkte 3 und 4 betreffen Baumaterialien. Trotzdem auch diese Anfragen rein private Angelegenheiten betreffen, so hat doch Herr Bürgermeister Lahmeyer, um böswillige Nachreden zu vermeiden, seine fraglichen Bauakten, die ein erschöpfendes Bild über die Vergebung und Abrechnung der Bauarbeiten geben, sofort dem Herrn Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt. Ich habe eine eingehende Durchsicht und Prüfung der Bauakten vorgenommen und kann mit aller Bestimmtheit erklären, daß der Wohnungsbau so korrekt und nachprüfbar durchgeführt worden ist, daß alle Einzelheiten klar liegen. Im besonderen ist die Geschäftsführung völlig getrennt von der der Jugendherberge erfolgt. Die Arbeiten sind im allgemeinen titelweise getrennt zu festen Pauschalpreisen vergeben worden, und zwar einschließlich der zu den einzelnen Arbeiten gehörenden Baustoffe. Nur einige Baustoffe sind besonders bezogen und ordnungsgemäß verrechnet worden. Die Belege sind in der Abrechnung vorhanden. Eine Verrechnung über Baumaterialien zwischen Bauherrn und Lieferanten hat nicht stattgefunden. Eine Bevorteilung des Bürgermeisters zu Lasten der Jugendherberge ist danach ausgeschlossen.

Aus den mir zugestellten Bauakten sind Unkorrektheiten nicht zu erkennen. Glaubt die Sozialdemokratische Fraktion, auf Grund von Material, das ihr mitgeteilt ist, auf Unkorrektheiten schließen zu müssen, so bittet der Magistrat um Vorlage dieses Materials.

Vorsitzender: Wird Besprechung gewünscht? - Das geschieht. -

Stadtv. Wittrock: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bürgermeister Lahmeyer seine privaten Bauakten dem Herrn Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt hat, so war das in dieser Situation durchaus verständlich, und wenn dann der Herr Oberbürgermeister dem Herrn Oberbaurat Jobst die Akten zur weiteren Prüfung übergab, so war das, da es sich um Aufgaben der Bauverwaltung handelt, durchaus gegeben. Der Herr Oberbaurat Jobst war also zuständig. Mir erscheint es nur, daß der Herr Oberbaurat Jobst sich die Dinge außerordentlich leicht gemacht hat; denn es ist doch noch darüber die Frage aufzuwerfen: Ist auch von seiten des Bauamtes, wie wir hören, und zwar federführend von Herrn Oberbaurat Jobst, eine Nachrechnung darüber erfolgt, ob die Rechnung übereinstimmt mit den in der Villa des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer verwendeten Materialien? Ich möchte darüber Auskunft haben, ob die Rechnungsbeträge und auch die Quantität der Rechnung tatsächlich an Ort und Stelle in der Villa an der Rasenallee Verwendung gefunden hat. Das scheint uns außerordentlich wichtig zu sein, bevor wir uns weiter äußern können.

Stadtv. Datta: Wir haben uns gegenüber der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ablehnend verhalten, weil von der Regierung durch Regierungsoberbaurat Geßner und Kommunalreferent Heinrichs in der Frage der Jugendherberge eine Untersuchung eingeleitet ist. Wir bleiben auch heute noch dabei und werden uns auch heute derartigen Anträgen der Sozialdemokratischen Fraktion, die eine erneute Einsetzung eines städt. Untersuchungsausschusses verlangen, ablehnen, und zwar mit folgender Begründung:

1. Wir wünschen wie bisher eine restlose Klärung dieser Angelegenheit
2. Wir lehnen aber einen städt. Untersuchungsausschuß ab, weil die Untersuchung der Angelegenheit bereits von der Aufsichtsbehörde angeordnet ist.
3. Wir werden das Ergebnis der Untersuchung abwarten und sind dann bereit, falls dies erforderlich wird, erneut in die Verhandlungen darüber einzutreten.

(Stadtv. Goethe: Warum den Umweg?)

Weiter wünschen wir, daß die Privatbauakten des Bürgermeisters Lahmeyer, sowie die gesamten Akten, die mit der Jugendherberge zusammenhängen und noch im städt. Besitz sind, der Untersuchungskommission der Regierung ausgehändigt werden.

Vorsitzender

...ender: Es liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor:
"Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt, die unter Punkt 4 der Tagesordnung gestellten Fragen der Finanzkommission zur Nachprüfung vorzulegen."

...urat Jobst: Der Herr Stadtv. Wittrock hat gefragt, ob seitens des Bauamtes die Rechnungen über die in dem Hause des Herrn Bürgermeisters verwendeten Materialien nachgeprüft worden seien. Der Herr Bürgermeister bezw. der Herr Architekt Benemann hat die Arbeiten zu Pauschalpreisen einschließlich Materialpreisen vergeben. Ein Nachrechnen der Materialmenge kommt nicht in Frage, weil Mengen nicht genannt sind. Eine Ausnahme bilden lediglich die Ziegelsteine. Auch da habe ich gefunden, daß mehr gekauft sind, als verwendet wurden. Es liegt kein Verdacht vor, daß mehr Materialien, als in Rechnung gestellt waren, hier verarbeitet worden sind.

...v. Wittrock: Meine Damen und Herren! Der Herr Stadtv. Catta hat darauf hingewiesen, daß er auch heute nicht für den Untersuchungsausschuß bezw. die Finanzkommission stimmen könne. Man müsse das Ergebnis, was durch die Untersuchung des Regierungspräsidenten, bezw. des Herrn Baurats Geßner, herbeigeführt würde, abwarten. Es ist natürlich Angelegenheit eines jeden Stadtv., darüber zu denken, wie er will. Ich möchte aber daran erinnern, daß meine Fraktion heute vor 14 Tagen den Standpunkt vertreten hat, nachdem diese Art und Weise der Behandlung der Angelegenheit von seiten des Regierungspräsidenten beliebt worden ist, daß kein Raum mehr sei, abzuwarten, bis die Dinge am Schloßplatz ihre Erledigung gefunden haben, sondern daß es eine Sache der städt. Körperschaften sei, so bald wie möglich in eine Beratung dieser Fragen einzutreten. Vielleicht hätten wir, wenn Sie s.Zt. meinem Vorschlag gefolgt wären, heute schon zu einem Ergebnis kommen können.
(Zwischenruf Stadtv. Catta.)
Ich möchte hierauf nur erwidern, daß es am allerwenigsten dem Ansehen und Interesse des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer entspricht, wenn in Ihrem Sinne verfahren wird. Ich habe in meiner Fraktion gesagt: Wenn wir damals in der kleinen Finanzkommission erklärten, wir wollen die kleine Kommission mit der Untersuchung der Dinge betrauen, so wäre niemand dagewesen, wie Bürgermeister Lahmeyer, der mit Nachdruck dafür eingetreten wäre, daß diesem Wunsche stattgegeben wird. Sie tun dem Herrn Bürgermeister Lahmeyer mit Ihrem Vorgehen einen schlechten Dienst.
(Stadtv. Brehme: Hätten Sie das doch getan?)
Erlauben Sie mal, Herr Brehme! Da erklärte bereits mittags der Herr Oberbürgermeister, der Herr Bürgermeister habe von sich aus das Disziplinarverfahren beantragt. Später kam noch ein Zusatz, der lautete: Der Herr Bürgermeister lahmeyer geht auf Urlaub und hat nur noch einen Wunsch, daß die Frage der Übernahme der Jugendherberge beschleunigt werden möchte. Die Sache lag ziemlich klar. Wir konnten nicht, nachdem der Bürgermeister bereits gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt hätte, noochmals mit einem Disziplinarverfahren kommen; für das war, Herr Brehme, kein Raum. Da haben wir dem Wunsch des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer Rechnung getragen und sofort für Freitag früh eine Sitzung einberufen, die sich mit der Frage der Übernahme der Jugendherberge befaßte. Heute liegen natürlich die Dinge wesentlich anders. Es ist nicht angängig und entspricht nicht dem Ansehen der städt. Körperschaften, sich ins Schlepptau des Schloßplatzes zu begeben. Das ist eine ganz große Unmöglichkeit. Es ist nämlich eine Unmöglichkeit, die ganze Sache so zu behandeln, wie sie da unten erledigt werden soll. Man hat zunächst geglaubt, den Antrag des Bürgermeisters überhaupt ablehnen zu sollen. Man hat diese Meldung auch der Presse bekanntgegeben, und hinterher hat man den Herrn Geßner und den Herrn Heinrichs beauftragt, sich die Dinge einmal näher anzusehen. Ist das eine amtliche Erledigung, die Magistrat und Stadtv. Vers. billigen?

(Stadtv.

(Stadtv. Rinninsland: Niemals.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Oberbaurat hat darauf hingewiesen, daß das Bauvorhaben Lahmeyer mit in der Pauschalsumme für die Bauten vergeben worden sei. Da möchte ich doch auch die Frage an den Herrn Oberbaurat richten: Haben Sie bei den Ihnen von dem Herrn Oberbürgermeister Stadler übergebenen Akten zum Bau Lahmeyer auch von einem Vertrag bezügl. Übergabe auf Pauschalvertrag etwas gelesen, und was enthält dieser Vertrag?

tv. Weinrich: In dem Abs. 3 des Antrags der Sozialdemokratischen Fraktion, sowie in den Ausführungen des Stadtv. Wittrock sind ganz präzise Vorwürfe gemacht worden, erstens gegen den Jugendherbergsverband, dann gegen den Architekten Benemann und drittens gegen den Herrn Bürgermeister Lahmeyer. Der Herr Stadtv. Wittrock hat gesagt, daß die Rechnungen für diese drei Lieferungen von dem Architekten Benemann zurückgewiesen worden sind, daß sie nicht für die Einzelnen, sondern für die Gesamtheit der Jugendherberge verrechnet werden sollen. Wenn nunmehr der Herr Oberbaurat Jobst sagt, daß das nicht mehr nachgeprüft werden kann, wieweit das Material in den Einzelfällen geliefert worden ist, so gibt es hierfür eben keine Klärung, als durch einen Prozeß, und zwar auch deshalb, weil der Herr Stadtv. Wittrock erklärt hat: Hier sind drei Rechnungen auf einen geschrieben worden.

(Widerspruch links. Zwischenbemerkungen.)

Jawohl, das ist behauptet worden. Und wenn dann das Gericht feststellt, daß tatsächlich an der ganzen Sache nichts ist,.....

(Stadtv. Goethe: Sie sind aber ein schlechter Jurist, Ihr großer Bruder kann es besser.)

Im übrigen, meine Herren von der S.P.D.: Alles, was Sie da vorbringen, ist eine Wahlmache.

(Hört! Hört! Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen links.)

Sie wußten doch schon vor Jahresfrist, daß Bürgermeister Lahmeyer sich eine Villa gebaut hat. Gerade die Partei der Korruption und Schiebung sollte die Finger davon lassen.

(Lebhafte Zwischenrufe. Glocke des Vorsitzenden. Zwischenbemerkungen.)

(Zwischenruf links: Wie ist es denn mit der Grabspende Messerschmidt?)

(Stadtv. Weinrich: Die habt Ihr versoffen.)

sitzender: Herr Stadtv. Weinrich! Ich nehme an, daß Sie niemand hier im Haus gemeint haben.

(Widerspruch Stadtv. Weinrich.)

(Stadtv. Wittrock: Feiger Geselle!)

rbaurat Jobst: Meine Damen und Herren! Ich habe schon nur Genüge ausgeführt, daß ich Gelegenheit hatte, die Bauakten, die sich im Besitz des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer befanden, durchzusehen und zu prüfen. Ich muß nochmals darum bitten, wenn Wünsche bestehen sollten, daß die Akten einer weiteren Durchsicht unterzogen werden, uns genau Fingerzeige zu geben, in welcher Weise die Sozialdemokratische Fraktion die Materie behandelt wissen will. Ich möchte dringend bitten, daß dies Material dem Magistrat ausgeliefert wird; dann werden wir die Dinge gern weiter verfolgen.

(Zwischenruf links: Das könnte Ihnen so passen!)

dtv. Catta: Meine Damen und Herren! Es ist doch sehr bedauerlich, daß die Sozialdemokratische Fraktion wieder nur Andeutungen macht, aber wieder nichts Positives sagt. Herr Wittrock! Ich habe ausdrücklich gesagt, daß wir gegen den städt. Untersuchungsausschuß sind, nicht aber dagegen, daß die Sache später in der Finanzkommission geprüft wird, wenn das Untersuchungsergebnis der Regierung vorliegt.

(Stadtv. Goethe: Das hätten Sie ja das vorigemal sagen können.)

Sie wollten doch einen besonderen städt. Untersuchungsausschuß haben das ist doch etwas ganz anderes. Wir haben aber Kommissionen und Ausschüsse genug. Einen speziellen Ausschuß zu bilden für den sogen. Fall Lahmeyer, dagegen sind wir auch weiterhin.

, Steuer: Die ganze Taktik der Sozialdemokratischen Fraktion läuft darauf hinaus, Anschuldigungen in einer Fragestellung zu erheben, die die unmittelbare strafrechtliche Verantwortlichkeit für die die Vorwürfe erhebende Partei verschleiert. Die Dinge liegen doch folgendermaßen: Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten. Entweder Architekt Benemann und Bürgermeister Lahmeyer haben gemeinsam oder einer von ihnen allein an dem Jugendherbergsverband einen Betrug verübt. Das ist die eine Möglichkeit. Oder, wenn das nicht zutrifft, dann hat die Sozialdemokratische Fraktion eine Anfrage eingebracht, die inhaltlich eine Verleumdung allerschwerster Art bedeutet. Ein Mißverständnis gibt es dabei nicht. Wenn einer eine Anfrage einbringt in der er fragt: Hat der Oberbürgermeister einen Diebstahl begangen?, und man läßt sich nachher bestätigen vom Magistrat: Er hat nicht gestohlen, und man sagt dann: "Dankeschön, wir sind damit zufrieden", wenn man eine solche Anfrage einbringt, so liegt darin bereits die Auffassung, daß stärkster Tatverdacht gegeben ist. Entweder hat nun die Sozialdemokratische Fraktion auf sauberem oder unsauberem Wege Material bekommen, aus dem ersichtlich ist.....

(Zwischenruf links: Genau auf demselben Wege wie die Kasseler Post.)

(Zwischenbemerkung Stadtv. Steuer.)

- Der Zwischenruf war nur eine Bestätigung dafür

(Zwischenruf links: Daß wir etwas wissen.),

daß bei Ihnen von einem solchen Weg die Rede sein kann. - Entweder haben Sie nun Material, das Ihnen die Berechtigung gibt, den Vorwurf des Betrugs gegen den Bürgermeister zu erheben. Wenn das der Fall wäre, dann wäre es Ihre Pflicht, das Material dem Magistrat und der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Etwas anderes gibt es dann nicht. Oder Sie haben das Material nicht und ergehen sich trotzdem in Vermutungen, dann ist das Vorgehen Ihrer Fraktion ein Benehmen, für das man überhaupt keine parlamentarische Bezeichnung mehr hat.

(Zwischenruf Stadtv. Weinrich.)

Sagen Sie uns nun, ob Sie irgend stichhaltiges Material haben, das den Vorwurf einer verbrecherischen Handlung des Bürgermeisters Lahmeyer begründet! Machen Sie dann aber auch von diesem Material den einzig möglichen Gebrauch, geben Sie dieses Material der Staatsanwaltschaft, und veranstalten Sie nicht hier einen solchen Palaver! Informieren Sie den Magistrat und die Staatsanwaltschaft über das Material! Tun Sie das nicht, dann verzichten Sie aber auch auf den Versuch, der Öffentlichkeit blauen Dunst vorzumachen. Jedenfalls beanspruchen Sie nicht, daß wir Ihnen bei dieser Taktik behilflich sind Wir werden deshalb, nicht weil wir irgend wie über das Material, was Sie angeblich haben, Bescheid wissen, sondern weil wir diese Taktik verdammen, die Sie eingeschlagen haben, alle Ihre Anträge, die Sie stellen, schlankweg ablehnen; denn wir wollen Sie zwingen, anstelle unklarer Irreführung der Öffentlichkeit hier klare Rede und Antwort zu stehen. Ich sage Ihnen noch einmal, meine verehrten Herren von der S.P.D., geben Sie das Material dem Staatsanwalt und dem Magistra und wenn es stichhaltig ist, dann sind wir und auch die anderen bürgerlichen Fraktionen die Letzten, die sich irgend wie schützend vor den Angeschuldigten stellen. Haben Sie aber kein triftiges Material, und wissen Sie, daß das, was Sie hier tun, üble Nachrede darstellt, dann muß das heutige Stenogramm der Stadtv. Vers. allein genügen, um Herrn Bürgermeister Lahmeyer zu veranlassen, gegen Herrn Wittrock Strafantrag wegen übler Nachrede zu stellen. Niemand aus der Stadtv. Vers. wird abstreiten können, daß die Ausführungen des Herrn Wittroc darauf hinausgelaufen sind, in der Form von Fragestellung dem Bürger meister den Vorwurf einer rechtswidrigen Handlung zu machen.

tv. Goethe: Als wir in der vorigen Stadtv. Sitzung die Angelegenheit Lahmeyer hier besprochen haben, hatten wir gleichzeitig den Antrag g stellt, einen Untersuchungsausschuß zu benennen, der sich mit all de Fragen, die jetzt aufgetaucht sind, zu befassen hatte. Es wurde dama

abgelehn

abgelehnt, und der Herr Stadtv. Catta, der sich heute wieder so äußerst warm für den Bürgermeister Lahmeyer eingesetzt hat, hatte damals abgelehnt und die Ablehnung auch begründet. So mußten Sie natürlich damit rechnen, daß wir alle die Sachen, die wir zu beanstanden haben, und wo wir unklar sehen, hier zur Sprache bringen. Herr Steuer! Es ist keine elende Verleumdung, was wir da machen, es wird wahrscheinlich sich aber auch kein Staatsanwalt und kein Richter finden, der ihn verurteilen wird, obwohl wir die Sache nur so behandelt haben, wie sie sich tatsächlich abgespielt hat. Was liegt nun in Wirklichkeit vor? Der Bürgermeister Lahmeyer hat, wie in der vorigen Sitzung hier zur Kenntnis gebracht wurde, städt. Gelder verwendet, wo er nicht das Recht hatte, eigenmächtig darüber zu verfügen. Was er getan hat, und die anderen Anwürfe, die vorliegen, und das Material, was heute als neue Angelegenheit vorgebracht worden ist, ist bisher Stoff genügend gewesen, um einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der sich mit diesen Fragen beschäftigt.

(Stadtv. Steuer: Nehmen Sie doch den Staatsanwalt.)

Herr Steuer! Sie sehen in der Angelegenheit nicht durch. Ihr Nachbar hinter Ihnen, der etwas von dem juristischen Nachlaß von Freisler übernommen hat, hat etwas anderes in der Beantwortung der Anfrage durch den Oberbaurat gefunden. Er sagt, selbst unsere Begründung und die Antwort Jobst seien durchaus unbefriedigend. Außerdem ist die Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion keine übliche Wahlmache. Wir nehmen es ernst mit unseren Pflichten. Deshalb ist auch unsere Anfrage gestellt; sie ist nicht aus der Luft gegriffen, das beweist, daß Herr Catta, der etwas davon versteht, sich so warm dagegen einsetzt. Wir haben bisher Stoff genug für einen Untersuchungsausschuß gehabt, und wenn Sie es wirklich mit unserer Anfrage ernst nehmen würden.....

(Stadtv. Steuer: Das ist ja Theater.)

Herr Weinrich! Sie schieben uns ja tolle Sachen unter, Sie sprachen von einer unehrlichen Wahlmache. Wir haben es nicht nötig, damit zu operieren. Wenn Sie von Ehrlichkeit reden wollen, dann fassen Sie sich doch selbst einmal an Ihr Riechorgan; denn in Ihrer Partei, da stinkt's zum Himmel. Kürzlich ist bekannt geworden, daß man auf dem Lande für die notleidenden braunen Notverordnungs-Jacken Kartoffeln gesammelt hatte und die Kartoffeln, die die Bauern, anstatt sie ihren Ortsarmen auf dem Lande zu geben, den Städtern zugute kommen lassen wollten, die bedürftig sind, haben sie diesen Menschen, die sie jetzt nicht mehr ausmisten können, weil sie krumm und lahm sind, die Kartoffeln gegeben. Sie schicken die Kartoffeln nach Kassel an ihre Parteiangehörigen; anstatt die Kartoffeln denen zu geben, denen sie gehören sollen,

(Stadtv. Weinrich: Woher haben Sie denn das gehört?)

Sitzender: Ich bitte Sie doch, Privatgespräche zu unterlassen.

Stv. Goethe (fortfahrend): haben Sie die Kartoffeln verschoben. Am Sonnabend haben Sie die Auswirkungen Ihrer elenden Mache gesehen.

(Hört! Hört!)

In der Holländischen Straße, wo die Kartoffelgeber spazieren fahren, wurden sie von anderen, die keine Kartoffeln bekommen haben, schmählich überfallen.

(Stadtv. Moog: Bekümmern Sie sich doch um Ihre Angelegenheit.)

Jawohl, wir wissen das schon. Sie sagen, daß wir keinen Grund hätten, uns über Ihre Angelegenheiten aufzuhalten.

Sitzender: Ich bitte, doch zur Sache zu sprechen.

(Zwischenruf Stadtv. Weinrich.)

Stv. Goethe (fortfahrend): Denken Sie doch an die Sammlung Messerschmid

(Hört! Hört! Zwischenrufe. Glocke des Vorsitzenden.)

Sitzender: Ich bitte Sie nochmals, zur Sache zu sprechen.

Stv. Goethe (fortfahrend): Es bleibt mir doch nichts anderes übrig, als auf die Angriffe zu antworten. Wir denken nicht daran, die Affäre Lahmeyer zur Wahlmache auszuschlachten, deshalb nicht, weil uns ander

Macht-

Nachtmittel zur Seite stehen. Ihnen laufen die Wähler doch schneller weg, als sie gekommen sind, und es wird nicht mehr lange dauern, da werden Sie mit Ihrem ganzen Ottergezücht zum Teufel gejagt, wo Sie hingehören. Sie haben deshalb keinen Grund.....

(Glocke des Vorsitzenden. Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

(Stadtv. Moog: Schämen Sie sich etwas, so eine Partei.)

Vorsitzender: Meine Herren! Die gegenseitigen Vorwürfe haben gar keinen Wert. Wir sprechen doch jetzt über die Anfrage.

Stadtv. Goethe (fortfahrend): Zur Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion habe ich zum Abschluß nur noch folgendes zu sagen. Wir, die wir ernsthaft den Willen gehabt haben, die Sache auf ordnungsmäßigem Wege ins Reine zu bringen, und die wir den Antrag gestellt haben, eine Untersuchungskommission zu bilden, der uns abgelehnt worden ist, - uns ist üble Wahlmache nachgeredet worden -

(Zwischenruf Stadtv. Weinrich.),

wir haben es nicht nötig, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Denken Sie doch an die Geldsammlungen von dem verstorbenen Messerschmidt, dessen Tod Sie den Marxisten in die Schuhe schieben wollen. Wir sind der Auffassung, daß er genau von Nationalsozialisten ermordet worden ist, wie Sie schon so manchen anderen von Ihren Leuten ermordet haben.

(Lebhafte Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen. Glocke des Vorsitzenden.)

.....solange Sie nicht den Beweis erbringen, daß diese Gelder nicht versoffen sind, die Sie gesammelt haben.

Vorsitzender: Herr Stadtv. Goethe! Ich mache Sie zum drittenmal darauf aufmerksam, daß Sie zur Sache zu reden haben.

(Stadtv. Weinrich: Du wirst noch einmal herumgereicht, Freundchen!)

(Stadtv. Goethe: Ihr Mordbanditen!)

Ich weiß nicht, Herr Stadtv. Weinrich, was Sie unter dem Ausdruck "herumreichen" verstehen. Wenn Sie eine Erklärung darüber abgeben können, ob Sie damit ein Mitglied des Hauses gemeint haben.....?

Stadtv. Goethe: Was der gemeint hat, ist bekannt, es ist die Aufforderung des Herumreichens, und es ist auch weiterhin bekannt, daß der Stadtv. Goethe kürzlich auf Grund dieser Aufforderung einen Messerstich in den Bauch bekommen hat. Ich werde das quittieren.

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

Vorsitzender: Ich bitte, doch die Ruhe des Hauses zu bewahren und die Zwischenrufe zu unterlassen.

(Stadtv. Weinrich: Dann dürft Ihr nicht provozieren.)

(Weitere Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.)

Stadtv. Wittrock: Ich darf anknüpfen an den Zwischenruf des Stadtv. Weinrich, den er im Augenblick gemacht hat, die Herren sollten nicht provozieren. Ich habe vorher, als Herr Weinrich das Wort nahm, folgendes notiert: Alles, was Sie machen, ist Wahlmache, nämlich der Fall Lahmeyer; Ihre Partei ist die Partei der Korruption und der Schiebung, und Sie sollen doch Ihre Finger hiervon lassen. Diese Ausdrücke hat der Stadtv. Weinrich gebraucht.

(Stadtv. Weinrich: Gewiß!)

Ich muß sagen: Sie sind am wenigsten dazu berufen, so etwas zu erklären. Sie haben die Reden des Herrn Goethe ja selbst heraufbeschworen.

(Zwischenbemerkung. Widerspruch Stadtv. Weinrich.)

Es liegt uns fern. Wir haben andere Aufgaben zu erfüllen, als den Fall Lahmeyer als Wahlpropaganda aufzumachen. Wer diese Auffassung hat, kennt das Wesen der Sozialdemokratischen Partei in keiner Weise. Ich möchte auch darauf hingewiesen haben, daß ich in der kleinen Finanzkommission an dem historischen Dienstag vormittag erklärt habe: Es kommt nicht in Frage, daß die Sozialdemokratische Fraktion aus der eingehaltenen Reserve heraustritt. Erst der Tagespresse der bürger-

lichen

lichen Fakultät ist es vorbehalten geblieben, die Dinge, wie sie gelaufen sind, veranlaßt zu haben.

Es ist von dem Herrn Stadtv. Weinrich gesagt worden, wir trieben die Dinge in der Weise, daß man sie als Wahlmache bezeichnen könnte. Wir seien die Partei der Korruption und Schiebung, und ähnliches hat er sich erlaubt. Der famose Adolf Hitler hat gestern in Berchtesgaden eine Rede gehalten.

(Stadtv. Steuer: Hat das etwas mit dem Fall Lahmeyer zu tun?)

Herr Steuer, warum machen Sie diese Bemerkung? Sind Ihnen unsere Bemerkungen unangenehm? Was Herr Hitler in Berchtesgaden gesagt hat....

(Zwischenbemerkungen: Gehört das vor das Stadtv.-Kollegium?)

Es ist gesagt worden: Der Vertrag von Lausanne, der uns mit 3 Milliarden RM aufgebürdet worden ist, wird uns in 6 Monaten nicht einmal 3 RM mehr aufbürden.

tzender: Hat das mit dem Tagesordnungspunkt etwas zu tun?

v. Wittrock: Ich muß doch dazu sprechen können. Dann mußten Sie auch die Ausführungen, die sich gegen uns richteten, unterbinden. Es geht doch zu weit.

tzender: Ich habe das zurückgewiesen.

(Es folgt eine kurze Aussprache des Stadtv. Wittrock mit dem Stadtv. Vorsteher.)

v. Wittrock: Sie haben das Herumreichen mit Goethe zurückgewiesen, nicht aber die Ausführungen des Stadtv. Weinrich, daß wir eine Partei der Korruption und Schiebung seien. Deshalb muß ich von der Sozialdemokratischen Fraktion ein kurzes Wort der Erwiderung dazu sagen.

(Widerspruch.)

tzender: Ich habe den Herrn Stadtv. Weinrich gefragt, ob sich diese Äußerungen auf ein Mitglied des Hauses beziehen. Um die Angelegenheiten draußen haben wir uns nicht zu kümmern.

v. Wittrock: Der Stadtv. Weinrich hat auch gesagt: Davon haben Sie die Finger zu lassen.

(Stadtv. Steuer: Die Partei.)

tzender: Ich habe festgestellt, daß sich das nicht auf das Haus bezieht.

(Zwischenbemerkung links: Feiges Gesindel!)

Wenn das so weitergeht, werde ich gezwungen, andere Mittel zu ergreifen.

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

(Stadtv. Weinrich: Komm mal herum, Mensch.)

v. Wittrock: Wenn Sie die Unterbrechung unterlassen hätten, wären wir weiter. Die Gegner sollten dem Herrn Goethe doch dankbar dafür sein, daß er auf.....

(Zwischenbemerkungen, Zwischenrufe. Große Unruhe.)

Der Adolf Hitler hat in Berchtesgaden gesagt: Die uns bisher geführt haben, werden wir verurteilen wie Landesverräter, Meuterer, Deserteure usw. Diese Worte, Landesverräter und dergl., haben wir auch aus Ihrem Munde schon genau so gehört. Zu dem, was der Adolf Hitler in Berchtesgaden gesagt hat, dazu können wir die Antwort geben, die Wilhelm II. einmal gegeben hat: Adolf Hitler ist nicht wert, den Namen "Deutscher" zu tragen.

(Stadtv. Weinrich: Viel eher als Sie.)

tzender: Das gehört doch nicht hierher.

(Stadtv. Steuer: Was wollen Sie denn damit? Bleiben Sie doch beim Fall Lahmeyer!)

tv. Wittrock (fortfahrend): Herr Steuer hat darauf hingewiesen, es sei eine Taktik der S.P.D., Anschuldigungen zu erheben, ohne dieselben näher zu definieren. Wenn Sie, Herr Steuer den Wortlaut unserer Anfrage richtig durchgelesen hätten, der die Dinge klipp und klar und

blitz-

blitzartig beleuchtet, dann würden Sie auch erkannt haben, wie klar wir uns ausgedrückt haben. Ich werde die Anfrage nochmals verlesen:

1. Ist es richtig, daß z.Zt. des Baues der Jugendherberge 1927 der mit dem Bau beauftragte Architekt Benemann gleichzeitig ein Priv: haus für Bürgermeister Lahmeyer und ein eigenes Privathaus errich tet hat?
2. Ist es richtig, daß der Architekt Benemann an Honorar für den Bau der Jugendherberge den Betrag von 3o.ooo RM erhalten hat?
3. Hat ein und dieselbe Lieferfirma aus der Baubranche sämtliche dr Bauherren (Jugendherbergsverband, Bürgermeister Lahmeyer und Architekt Benemann) mit Baumaterial beliefert?
4. Sind die Rechnungen für die gelieferten Baumaterialien zunächst ordnungsgemäß für sämtliche drei Bauherren getrennt aufgestellt worden, und sind später Baumaterialien, die für das Haus des Bür germeisters und des Architekten ab Jugendherberge geliefert word sind, dem Jugendherbergsverband in Rechnung gestellt worden? Wer ja, um welche Baumaterialien handelt es sich, und wie hoch sind die dafür in Betracht kommenden Beträge?

Meine Damen und Herren! Dann noch zu sagen, wir hätten hier e: faktik eingeschlagen, um Anschuldigungen zu erheben, wenn wir uns bis ins Kleinste in unserer Anfrage ausgesprochen haben, das ist u verständlich.

(Stadtv. Weinrich: Sie sind aber naiv!)

Richtig, Sie sind sehr naiv. Ich denke, Sie sind am Finanzamt beschäftigt; da müssen Sie doch wissen, wie die Dinge laufen, oder S haben mit Steuerdeklarationen noch nie etwas zu tun gehabt.

Der Stadtv. Steuer hat gesagt: Wir sind nicht behilflich bei den Anträgen der S.P.D. Fraktion; wir lehnen auch heute die Einset eines Untersuchungsausschusses ab.

(Stadtv. Steuer: Sie sollen den Staatsanwalt anrufen.)

Machen Sie nur so weiter, lehnen Sie doch ab. Ich muß meiner Verwo derung Ausdruck geben, daß Sie als deutschnationaler Stadtv. erklä Wir und die übrigen Fraktionen des Hauses sind nicht für einen Un suchungsausschuß. Ist es denn schon so weit, stehen wir denn scho so, daß alle Fraktionen des Hauses unter dem Protektorat von Loth Steuer stehen?

(Stadtv. Steuer: Warten Sie doch die Abstimmung ab!)

Ich wollte nur diese anmaßende Bemerkung wiederholen und möchte D nur sagen: Bleiben Sie bei dieser Einstellung; dann leisten Sie d Herrn Bürgermeister Lahmeyer einen kolossalen Bärendienst.

Meine Damen und Herren! Es ist auch gesagt worden, der jetzi Verlauf der Debatte und die Ausführungen Wittrock seien für den B germeister Lahmeyer Material genug, die ordentlichen Gerichte und die Staatsanwaltschaft anzurufen. Bitte, tun Sie es, Herr Steuer, rufen Sie den Herrn Staatsanwalt Rasch. Vielleicht ergeht heute n Haftbefehl, vielleicht ist die Zelle Nr. lo heute noch frei.

(Stadtv. Steuer: Ist die für Sie reserviert?)

Vielleicht, jawohl.

Mich interessieren die Ausführungen des Herrn Stadtoberbaur Jobst. Herr Oberbaurat Jobst! So einfach gehen die Dinge nicht. I habe die konkrete Frage gestellt, ob in Rücksicht auf die Behaup einerseits, daß die Bauten im Pauschalen vergeben seien, bei der Prüfung der dem Herrn Oberbürgermeister übergebenen Akten der Pr vertrag Lahmeyer/Benemann Ihnen vorgelegen hat, und ob Sie da di Prüfung so gründlich vorgenommen hätten, ob Sie insbesondere den Wortlaut kennen. Hierüber sind Sie mit einer Antwort nicht vor d Haus getreten. Ich muß bitten, uns anzugeben, wie hoch die Koste für die schlüsselfertige Belieferung des Baues waren, und wie de Wortlaut des Privatvertrages gewesen ist. Ich kann mir nicht gut denken, daß die Dinge so klar sein sollen, wenn die durchaus zuv lässigen Mitteilungen stimmen, wie sie in der Position 4 unserer Anfrage klar zum Ausdruck gebracht sind. Ich möchte bitten, uns se Frage noch zu beantworten. Es kann sich nicht darum drehen, d

ir Ihnen das Material übergeben; das hätten wir vielleicht mal in einer Kommission vorgetragen, aber im Augenblick haben wir eine außerordentliche Freude darüber, auf welchem Glatteis sich der Magistrat und die Herren der anderen Fraktionen bewegen.

(Stadtv. Steuer: Das ist ein glänzendes Geständnis, der Magistrat auf dem Glatteis!)

. Brehme: Als Herr Stadtv. Wittrock erklärte, wir hätten die Aussprache in der öffentlichen Stadtv. Sitzung vermeiden können, wenn bei Beginn der Beratung über die Angelegenheit Lahmeyer an jenem schwarzen Dienstag, den 14. Juni, seiner Anregung, einen Untersuchuausschuß einzusetzen, zugestimmt worden wäre, habe ich den Zuruf gemacht: "Weshalb haben Sie das nicht beantragt?" Sie werden sich erinnern, Herr Wittrock, daß Sie mit sehr schwerem Geschütz auffuhren als Sie in jener 1. Sitzung die Einleitung eines Disziplinarverfahr gegen den Bürgermeister Lahmeyer mit dem Ziele der Amtsenthebung beantragten, Bürgermeister Lahmeyer von der Wahrnehmung der Geschäfte als Finanzdezernent bis zum Abschluß des Verfahrens enthoben, und schließlich wissen wollten, ob andere städt. Beamte nicht auch disziplinarisch belangt werden könnten. Wir waren damals durch diese Frage so betroffen, daß Sie, Herr Stadtv. Wittrock, verstehen müßt daß wir unmöglich diesen Anträgen zustimmen konnten. Ich habe es f meine Pflicht gehalten zu erklären, daß wir ohne Befragung unserer Fraktionen zu den Anträgen keine Stellung nehmen könnten. Wenn Sie aber, Herr Stadtv. Wittrock, in jener Sitzung gesagt hätten: Wir halten die Angelegenheit für so wichtig, daß wir beantragen, eine gehende und gründliche Untersuchung durch die kleine Finanzkommiss stattfinden zu lassen, anstatt so schwerwiegende Anträge zu stelle so hätten wir uns in jener Sitzung mit einer solchen Regelung einv standen erklärt. Herr Bürgermeister Lahmeyer hat dann unter dem Ei druck jener Verhandlungen, und nachdem der Herr Oberbürgermeister mals mit ihm gesprochen hatte, von sich aus das Disziplinarverfahr beantragt, es blieb ihm keine andere Wahl. Der Regierungspräsident hat dann die Sache in die Hand genommen und hat, wie Sie wissen, s entschieden. Er hat auch weiter veranlaßt, daß die Angelegenheit L meyer, insbesondere was die Errichtung der Jugendherberge anbetrif durch Herrn Regierungsrat Heinrichs und Herrn Oberbaurat Geßner ei eingehenden Untersuchung unterzogen wird. Soviel ich weiß, beschäf gen sich die genannten Herren noch mit der Nachprüfung neben der U suchung, die von Herrn Stadtoberbaurat Jobst angestellt wurde; und können wir nicht einsehen, daß im Augenblick noch eine dritte Stel eingesetzt wird, ganz abgesehen davon, daß die Akten jetzt nicht Hand sind. Der Herr Stadtv. Catta hat bereits erklärt, daß wir er dann bereit sind, die Angelegenheit Ihrem Antrag gemäß in der Fina kommission zu behandeln, wenn durch das Untersuchungsergebnis des gierungspräsidenten die Notwendigkeit dafür gegeben ist. Solange diesen Eindruck aber nicht haben, müssen wir die Behandlung der A gelegenheit in der Finanzkommission oder in einem Untersuchungsau schuß ablehnen. Zum Schlusse möchte ich nochmals ausdrücklich erklären, daß wir bereit sind, die Angelegenheit dann noch mal im I esse einer restlosen Klärung besonders zu behandeln, wenn das Unt suchungsergebnis des Regierungspräsidenten uns die Handhabe oder Veranlassung dazu geben sollte.

Bürgermeister Dr. Stadler: Ich habe das Wort ergriffen, um etwas k zustellen. Der Regierungspräsident untersucht z.Zt. die Frage, ob inwieweit von seiten des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer bei der Ha habung der Jugendherbergsangelegenheit eine Verfehlung vorliegt. Regierungspräsident untersucht nicht die Frage, die jetzt hier zu Debatte steht, nämlich die, ob bei dem Hausbau des Herrn Bürgerme Lahmeyer etwa Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Diese Angelege heit ist auf Grund der Anfrage der Sozialdemokratischen Stadtv. F tion von dem Herrn Stadtoberbaurat Jobst unter-

suc

sucht worden an Hand des Materials, das der Herr Bürgermeister Lahmeyer mir zur Verfügung gestellt hat. Er hat es mir zur Verfügung gestellt als nächstem Disziplinarvorgesetzten, aber nicht zur Abgabe an Kommissionen.

(Zwischenrufe links: Hört! Hört!)

So sehr wir an der Klärung der Dinge interesse haben, so nachdrücklich muß ich betonen, daß die Angelegenheit des Privatbaues des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer niemals eine Angelegenheit sein kann, die die einzelnen Kommissionen tangieren darf. Das ist vielmehr eine Angelegenheit des Disziplinarrichters oder des Strafrichters. Der Herr Oberbaurat Jobst hat das mir von dem Herrn Bürgermeister Lahmeyer zur Verfügung gestellte Material durchgearbeitet und die Antwort nach bestem Wissen und Gewissen erteilt und gebeten, daß die Sozialdemokratische Stadtv. Fraktion, falls sie noch weiteres Material hat, es uns geben möchte, damit wir dieses durcharbeiten oder an die zuständige Stelle weitergeben können. Dieser Bitte schließe ich mich an. Behalten Sie das Material nicht in der Tasche; denn eine ordnungsmäßige Untersuchung ist auch im Interesse des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer dringend erwünscht.

dtv. Steuer: Der Herr Stadtv. Wittrock hat sich bemüht, den Sachverhalt auf ein anderes Gleis zu schieben. Er hat politische Reden gehalten, auf die einzugehen sich erübrigt. Es ist nicht ratsam, daß Sie, Herr Stadtv. Wittrock, als Gutachter darüber auftreten, wer das Recht hat, den Namen "Deutscher" zu tragen. Diese gutachtliche Befugnis hat Ihnen ein deutsches Strafgericht auf eine lange Zeitspanne aberkannt.

(Zwischenruf links: Herr Vorsitzender, was sagen Sie dazu?)

(Stadtv. Goethe: - mit der Hand auf den Tisch schlagend - Das lassen wir uns nicht gefallen.)

(Weitere Zwischenrufe links.)

Herr Goethe, Sie können noch soviel Skandal machen, Sie können mich damit nicht beirren. Im übrigen muß ich dem Herrn Stadtv. Wittrock noch einmal sagen: Wir fällen in dieser Angelegenheit hier keine abschließende sachliche Entscheidung, sondern wir wenden uns zunächst gegen die Taktik der Sozialdemokratischen Stadtv. Fraktion. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder hat der Herr Bürgermeister Lahmeyer als Privatperson an einer privaten Körperschaft, am Jugendherbergsverband, einen Betrug begangen, dann ist das Angelegenheit des Strafrichters, und die Leute, die es wissen, sind verpflichtet, die Staatsanwaltschaft zu informieren. Sie sind aber nicht befugt, daraus eine Angelegenheit ihrer kommunalpolitischen Agitation zu machen, da der Strafrichter allein die Sache wirklich klarstellen kann, und nicht ein Untersuchungsausschuß der Stadtv. Vers., der bei der Aufrollung des Tatbestandes nur eine lächerliche Rolle spielen würde. Oder Sie haben kein Material, um Bürgermeister Lahmeyer einen Betrug nachzuweisen, dann ist diese ganze Anfrage ein unglaublicher Verstoß gegen Anstand und Taktgefühl, dann ist die ganze Anfrage der Versuch, nicht etwa einen Tatbestand klarzustellen, sondern einen Verdacht künstlich zu konstruieren.

(Zwischenrufe links.)

Wenn Sie Material haben, und Sie bringen es nicht dem Staatsanwalt, dann doch nur aus zwei Gründen. Entweder haben Sie selbst den Eindruck, daß Ihr Material nicht stichhaltig ist, oder Sie wollen sich ein Sprengpulver aufbewahren bis zu dem Augenblick, wo Sie es brauchen können. Wenn Sie aber so handeln, können Sie sich auch nicht als Hüter von Recht und Gerechtigkeit aufspielen.

Hier handelt es sich nicht um Verwendung städt. Gelder, also um eine dienstliche Angelegenheit, sondern darum, daß der Jugendherbergsverband gebaut hat, daß ferner der Herr Bürgermeister Lahmeyer und der Architekt Benemann gebaut haben. Daß alle drei zu gleicher Zeit gebaut haben, geht keinen etwas an, sofern nichts Strafbares in dem von den Sozialdemokraten angedeuteten Sinne vorliegt.

(Stadtv. Goethe

(Stadtv. Goethe: Das wollen wir eben feststellen.)
Ihre Intelligenz reicht aber dazu nicht aus.
(Zwischenrufe links.)
Das können Sie auch hier nicht feststellen, weil wir nicht in der Lage sind, jemanden unter Eid zu vernehmen. Darum bleibt nichts anderes übrig, als daß Sie sich zu dem Inhalt Ihrer Vorwürfe bekennen, indem Sie Ihr Material der Öffentlichkeit preisgeben oder der Staatsanwaltschaft übergeben. Wenn Sie das nicht tun, muß man annehmen, daß Sie nur unbegründete Wahlagitation treiben wollen.
(Zwischenrufe links.)

tv. Dr. Freisler:
(Zwischenruf links: Wovon will der Mann denn jetzt reden?)
(Stadtv. Dr. Freisler legt beim Betreten der Rednertribüne den Schlüsselbund auf das Pult.)
(Zwischenruf links: Was sollen die Schlüssel?)
Das werden Sie sehen, was sie sollen.
(Weitere Zwischenrufe links.)
Die Nationalsozialistische Stadtv. Gruppe stellt folgenden Antrag:
"Die Stadtverordnetenversammlung
(Zwischenrufe links.)
erwartet, daß Bürgermeister Lahmeyer Strafantrag gegen Herrn Stadtv. Wittrock wegen Verleumdung stellt, damit die Angelegenheit Verleumdung Wittrock nach jeder Seite hin geklärt wird."
(Während der Verlesung lebhafte Zwischenrufe und Unruhe links.)
(Stadtv. Adlung: Das lassen wir uns nicht gefallen mit den Schlüsseln; das ist Provokation.)
Kommen Sie doch her, wenn Sie was wollen.
(Zwischenbemerkung links: Kommen Sie doch her, Sie werden schon sehen, wie Sie herumgereicht werden.)

itzender: Ich bitte, die Ruhe zu bewahren. Lassen Sie doch auch den Herrn Stadtv. Dr. Freisler reden.
(Stadtv. Goethe: Er soll die Mordwaffe wegnehmen.)
tv. Dr. Freisler: Von dem Herrn Stadtv. Goethe ist gesagt worden: Wenn Sie kommen, schlagen wir Ihnen einen auf den Schädel.

itzender: Wenn ein solcher Ausdruck gefallen ist, was ich persönlich nicht gehört habe, dann rufe ich den Stadtv. Goethe zur Ordnung.
(Widerspruch links.)
(Stadtv. Dr. Freisler: Jawohl der Ausdruck ist gefallen.)

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Unser Antrag lautet:
"Die Stadtv. Vers. erwartet, daß Bürgermeister Lahmeyer Strafantrag gegen Herrn Stadtv. Wittrock wegen Verleumdung stellt, damit die Angelegenheit Verleumdung Wittrock nach jeder Seite hin geklärt wird."
(Stadtv. Wittrock: Bravo!)
Der kleine Mann mit dem großen Namensvetter, mit den 3 Pfeilen aus Blech, der jetzt noch auf kurze Zeit Stadtv. einer untergehenden Partei ist
(Zwischenrufe links.),
der in zitternder Furcht vor dem Gericht vor einiger Zeit darauf hinwies, daß er schon einmal in einer Freisler-Versammlung herumgereicht worden sei und wisse, was das bedeute, hat in der Stadtv. Vers am vorigen Montag einen Zeitpunkt ausgesucht, um in meiner Abwesenheit über mich herzufallen.
(Hört! Hört! links.)
(Stadtv. Wittrock: Hat das mit dieser Anfrage etwas zu tun?)
Er hat behauptet, ich hätte, ohne einen Finger krumm zu machen, in der Konkurs-Sache Genossenschaftsbank mir im voraus 32.000 RM bezahlen lassen für meine Tätigkeit als Liquidator.

Vorsitzender

sitzender: Ich bin in der vorigen Sitzung nicht Vorsitzender gewesen. Wenn der Herr Dr. Hartmann, der den Vorsitz führte, diese Bemerkung nicht zurückgewiesen hat, so ist das ein Beweis dafür, daß sie nicht gefallen ist.

(Widerspruch rechts.)

dtv. Dr. Freisler (fortfahrend): Ich würde das nicht sagen, wenn der Stadtv. Goethe diese Behauptung hier nicht aufgestellt hätte. Es ist doch allerhand, wenn Sie als Stadtv. von der Deutschnationalen Stadtv. Fraktion

(Dabei schlägt der Stadtv. Freisler auf den Tisch des Vorsitzenden.)

hier Derartiges sagen.

(Zwischenruf links: Sie traurige Gestalt.)

Diese untergehende Erscheinung von der Sozialdemokratie hat mir nachgesagt, ich hätte, ohne einen Finger krumm zu machen, 32.000 R von der Genossenschaftsbank bekommen. Geld zu nehmen, ohne einen Finger krumm zu machen, das ist Sache der Gewerkschaftsbonzen von der Sozialdemokratie.

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

Ich habe es nicht nötig, mich mit Ihnen hierüber auseinanderzusetz

sitzender: Ich muß Sie nochmals unterbrechen. Wir sprechen jetzt zu dem Fall Lahmeyer, und ich bitte Sie, sich mehr daran zu halten.

dtv. Dr. Freisler (fortfahrend): Den ich eben einleite. Der Herr Stadtv. Goethe ist eine Kanaille, die nichts zu reden hat.

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

sitzender: Ich rufe Sie wegen des Ausdrucks Kanaille zum erstenmal zur Ordnung.

dtv. Dr. Freisler: Er ist doch eine Kanaille.

sitzender: Da Sie den Ausdruck Kanaille zum zweitenmal gebraucht haben, rufe ich Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

dtv. Dr. Freisler: Ich werde jetzt zu dem.....

sitzender: Ich bitte Sie nochmals, sich an den Fall Lahmeyer zu hal

dtv. Dr. Freisler (fortfahrend): Ausgerechnet der Stadtv. Goethe, d Mann, der dauernd von Dingen spricht, von denen er keinen blassen Schimmer hat

(Zwischenrufe links.),

hat hier die Erklärung abgegeben, ein Stadtv. hätte 80 - 100.000 Jahreseinkommen und bezahle dafür 15.000 RM Einkommensteuer. Dies andere Stadtv. hat im Preuß. Landtag einen Antrag eingebracht, de mit seiner Stimme angenommen worden ist, and auf Grund dessen, wen das stimmt, was der Stadtv. Goethe angeführt hat, er von jetzt al anstatt 15.000 RM 40.000 RM Einkommensteuer bezahlen müßte. Dies Stadtv. ist der Stadtv. Freisler. Diese Folgen der lächerlichen B hauptung von dem Stadtv. Goethe hätten Sie sich (nach links) woh nicht träumen lassen. Er hat übersehen, daß er damit dem nationa sozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Freisler bescheinigt ha daß dieser selbst einen Antrag gestellt hat, wodurch er 25.000 R Steuern mehr bezahlen müßte. Aber der Staat kann diese Gelder ni von mir bekommen, weil die Behauptung von dem Stadtv. Goethe von Anfang bis zu Ende erfunden, erstunken und erlogen ist.

rsitzender: Herr Stadtv. Dr. Freisler! Ihre Steuergeschichten haben mit dem Tagesordnungspunkt nichts zu tun. Ich bitte Sie hiermit wiederholt, zur Sache zu sprechen.

(Stadtv. Catta: Diese Dinge gehören hier gar nicht her.)

(Zustimmung Stadtv. Brehme.)

(Zwischenrufe links.)

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Was die heutige Debatte angeht, so ha-
ben wir folgendes hervorzuheben. Wir betrachten es als eine Provoka-
tion der werktätigen Bevölkerung
(Hört! Hört! links.),
daß die Sozialdemokratie ausgerechnet den Stadtv. Wittrock vorschick
den Mann, der in der vorvorigen Sitzung selbst erklärt hat, daß scho
einen Tag nach seiner Verurteilung.....
(Zwischenruf Stadtv. Wittrock.) (Weitere Zwischenrufe links.),
daß ausgerechnet der Stadtv. Wittrock .....

tzender: Herr Stadtv. Dr. Freisler! Sprechen Sie bitte zur Sache.

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Als der Stadtv. Wittrock vorher Adolf
Hitler charakterisiert hat, erfolgte keine Unterbrechung von seiten
des Stadtv. Vorstehers. Nach der eigenen Bekundung des Stadtv. Witt-
rock ist einen Tag nach seiner Verurteilung von Berlin angerufen wo
den, daß er nicht ins Zuchthaus gesteckt werden soll. Ein solcher
Mann, der solche Beziehungen zu den Ministern dieses Systems hat, kan
als provozierend der werktätigen Bevölkerung gegenüber wirken,
(Zwischenrufe links.)
und der will hier von Korruption sprechen. Die Sozialdemokratie wil
jetzt nach 14 Jahren unglaublichster Luderwirtschaft
(Lebhafte Zwischenrufe links.)
zum Nachteil des schaffenden Volkes innerhalb von 14 Tagen die Volk
stimmung verfälschen.
(Große Unruhe links.)
Ausgerechnet diese Erscheinung des Korruptionssumpfes.....
(Zwischenruf links: Lauter, lauter reden!)
Ich rede so laut und so leise, wie es mir paßt.
(Zwischenruf links: Bitte noch lauter!)
Ihre Bitte bin ich bereit zur Kenntnis zu nehmen; denn ich weiß, i
wenigen Monaten werden manche Ihrer Großen darum bitten, nicht auf
den Galgen steigen zu müssen.
(Große Unruhe links.)
Dann werden Sie gerichtet, und zwar in einem legalen Gerichtsver-
fahren. Ihre Herren Kutisker, Heilmann, Grzesinsky werden in einem
Gerichtsverfahren den Lohn für das, was sie in den 14 Jahren getan
haben, erhalten.

itzender: All dies gehört nicht in die Stadtv. Vers.
(Große Unruhe rechts und links.)
Ich bitte Sie, Herr Stadtv. Dr. Freisler, zur Sache zu reden, außer-
dem bitte ich, die Zwischenrufe zu unterlassen, hier ist sonst ni
zu verstehen.

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Für uns ist es interessant, festzu
stellen, daß zwei untergehende Gruppen sich verbünden, nämlich di
untergehende Deutschnationale Volkspartei und die untergehende So
zialdemokratische Partei.
(Große Unruhe links.)
Für uns Nationalsozialisten.....
(Händeklatschen, Heiterkeit. Lebhafte Zwishhenrufe rechts
und links. Glocke des Vorsitzenden.)

itzender: Das Wort habe ich jetzt.
(Stadtv. Eckhardt: Ich glaube, wir machen Hitzefrei.)
Ich bitte die Herren, mehr Ruhe zu bewahren. Den Witz von dem He
Stadtv. Dr. Freisler nehme ich zur Kenntnis. Die Stadtv. Vers. h
sich selbst die Geschäftsordnung gegeben. Ich habe dafür zu sorg
daß Ruhe und Ordnung herrscht, und daß die Debatte fortgesetzt w
den kann. Ich bitte den Herrn Stadtv. Dr. Freisler, endlich mehr
Sache zu sprechen.

Stadtv. Dr. Frei

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Ich hoffe, da der Herr Stadtv. Vorsteher diese Sache als Witz erkannt hat, daß nunmehr die Weiterführung der Debatte möglich ist. Die Sozialdemokratische Partei hat jahrelang alles das gedeckt, was geschah. Die Sozialdemokratische Partei hat hier im Rathaus schon unter der Zusammensetzung der Stadtv. Vers., ehe der Herr Stadtv. Wittrock kam, alles führend mitgemacht. In jener Zeit hat die Sozialdemokratische Stadtv. Fraktion insbesondere das alles führend mitgemacht, was sie jetzt kritisieren möchte. Das ist etwas, was unter allen Umständen festgehalten werden muß. Jetzt plötzlich in diesen Hundstagen.

(Zwischenruf: Man merkt es.)

des Jahres 1932, 3 Wochen vor der endgültigen Abrechnung mit der Sozialdemokratie, finden Sie Ihre Aufgabe darin, einen Korruptionssumpf auszusäubern.

(Zwischenrufe links.)

Der Herr Stadtv. Vorsteher hat mich gebeten, alle diejenigen Korruptionsaffären der Sozialdemokratie, die nichts mit Kassel zu tun haben hier nicht zu erörtern.

(Stadtv. Goethe: Sie können in den Zirkus Krone gehen.)

Innerhalb dieser Grenze darf ich mich auf die Korruptionsfälle beschränken, die die Sozialdemokratie betreffen. Z. B. fand sich dort auf jenem Sitz (nach links zeigend) ein Stadtv. der Sozialdemokratie in der vorigen Legislaturperiode, dem wir vorwerfen mußten, daß er sich ein Haus erbaut hat, das bis zu 97 % des Gesamterstehungswertes durch öffentliche Hauszinssteuergelder bezahlt war.

(Zwischenrufe links.)

Das ist ein Skandal sondergleichen, von dem heute die Sozialdemokrat nichts wissen will.

tzender: Ich habe Sie wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Sie zu der Anfrage Jugendherberge sprechen müssen. Beschränken Sie sich bitte auf diesen Fall.

(Stadtv. Goethe: Haben Sie jemals mit Katzenstein zu tun gehabt Herr Stadtv. Dr. Freisler?)

(Lebhafte Zwischenrufe.)

(Stadtv. Goethe: Herr Stadtv. Dr. Freisler, haben Sie jemals mit Katzenstein etwas zu tun gehabt?)

Ich mache darauf aufmerksam, daß jetzt die Anfrage, betr. Jugendherberge zur Debatte steht.

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Herr Stadtv. Vorsteher! Warum haben Sie vorhin alles das zugelassen, was ich Ihnen aus dem Stenogramm a unbeanstandet vorlesen werde? Warum hat der Stadtv. Wittrock keinen Ordnungsruf bekommen, der hier über Dinge gesprochen hat, die weder mit der Jugendherberge, noch mit städt. Angelegenheiten etwas zu tu haben?

(Lebhafter Widerspruch links.)

Die Herren Stadtv. und die Tribünenbesucher können das bezeugen, da der Herr Stadtv. Wittrock eine Viertelstunde lang.....

(Stadtv. Steuer: Er ist ja dauernd zur Sache gerufen worden.)

(Weitere lebhafte Zwischenrufe links und rechts.)

tzender: Wenn Kritik an meiner Geschäftsführung erhoben wird, so ha Sie nach der Sitzung Gelegenheit, das schriftlich einzureichen. Sie können sich dann darüber beschweren. Ich habe die Redner, die von d Tagesordnungspunkt abgewichen sind, dauernd darauf aufmerksam gema daß sie zur Sache zu reden haben, und zwar nach beiden Seiten.

(Stadtv. Lüpnitz: Wenn das Kommunisten gemacht hätten, hätten Sie sie schon längst rausgeworfen.)

tv. Dr. Freisler: Ich nehme das zur Kenntnis.

Der Stadtv. Wittrock hat Ausführungen gemacht über den Führer N. S. D. A. P. Adolf Hitler. Die Ausführungen sind gemacht worden, darauf ist noch nicht geantwortet. Wenn das nicht möglich ist, in einer Debatte auf Anwürfe zu erwidern.....

(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)

(Stadtv. Bre

(Stadtv. Brehme: Sie haben das doch nicht gehört!)
Nein, ich habe das nicht gehört; aber ich habe es gesagt bekommen. Wenn vorhin behauptet worden ist, daß der Führer der N. S. D. A. P. über das Lausanner Abkommen gesagt haben soll:.....
(Stadtv. Goethe: Kein Wort ist davon gesprochen worden.)
Was Sie eben gesagt haben, wenn es keine Lüge ist, was ich nicht annehmen darf, denn das Protokoll weist es ja aus, was gesprochen worden ist, wenn also davon die Rede gewesen ist.....
(Lebhafte Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)
(Zwischenruf links: Vielleicht beruhigen Sie sich inzwischen.)
(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)
Wenn vorhin davon die Rede gewesen ist, so ergibt sich ohne weiteres, daß darauf eine Antwort erfolgen muß. Ich stelle in Beantwortung auf diese Ausführungen fest - in den Ausführungen sollen die Worte wie Landesverräter usw. gefallen sein- hinsichtlich der besonderen Behauptung, es sei eine Schande, daß Adolf Hitler Deutscher sei.....
(Zwischenruf links: Jawohl!)
Diese Ausführungen werden eben unbeanstandet bestätigt. Ich stelle deshalb fest.....
(Zwischenruf links: Hitler ist kein Stadtverordneter.)
Das ist ja lächerlich. Wenn auch von dem Gremium der Stadtv. Vers. in Kassel irgend ein unbekannter Mann es wagt, über den Führer der stärksten politischen Bewegung, die es seit Jahren in Deutschland gegeben hat, über den Führer der stärksten Partei ein Urteil fällen zu wollen, über den Mann, der es fertiggebracht hat, eine Organisation zu schaffen, die endgültig Schluß macht mit den Zukunftshoffnungen des Bolschewismus in Deutschland
(Zwischenruf links: Hört! Hört! Kommissar!)
(Lebhafte Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.),
eine Bewegung zu schaffen, die von dem Herrn Brüning, den Sie gestützt haben, als Staat im Staate bezeichnet worden ist
(Zwischenruf links: Herr Lebensmittelkommissar!),
und demjenigen das Recht abzusprechen, daß er ein Deutscher sei, das darf nur jemand, der selbst etwas Großes geleistet hat. Über den Kreis der Stadtv. Vers. von Kassel hinaus sind sämtliche Stadtv. der S. P. D. mit einer einzigen Ausnahme vollkommen unbeschriebene Blätter und zwar mit der einzigen Ausnahme Wittrock, von dem wir wissen, in wie komischer Weise seine Staatsratstätigkeit beendet worden ist, das aber keine Leistung ist, die ihn berechtigt, über den Führer der größten politischen Bewegung sich kritisch und in einem solchen Sinne zu äußern.
(Zwischenruf links.)
Mir wird eben der Zuruf von dem Stadtv. Peters gemacht, diese Bewegung sei keine politische Bewegung; das sei ein gewisser Zweckwitz. Ich muß feststellen, daß es einem Demokraten schlecht ansteht, zu erklären
(Zwischenruf: Katzenstein.),
zu erklären, eine Bewegung, der weit mehr Personen und Bürger als Mitkämpfer angehören als der einen politischen Gruppe der anderen Seite, eine solche Bewegung nicht als politische Bewegung zu bezeichnen
(Zwischenruf links: Wie war doch die Sache damals mit dem Katzenstein?),
daß eine solche politische Gruppe den Namen politische Gruppe nicht verdiene.

(Lebhafte Zwischenrufe. Unruhe. Zwischenbemerkungen.)
Der Demokrat, wenn er eine so bestimmte andere Ansicht vertritt, dann darf er aber solange etwas Derartiges nicht.....
(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.),
dann darf er nicht in so pharisäerhafter Weise sich dazu versteifen..
(Zwischenrufe. Zwischenbemerkungen.)
Herr Stadtv. Vorsteher!
(Lebhafte Unruhe. Zwischenbemerkungen.)

(Widerspruch

(Widerspruch des Stadtv. Freisler gegenüber dem Vorsteher.)
Dann hat er nicht das Recht, andere abfällig zu beurteilen. Es is
ein Zeichen.....
(Glocke des Vorsitzenden.)

itzender: Ich bitte, doch endlich die allgemeinen Ausführungen zu
unterlassen.

tv. Dr. Freisler: Es bedarf nicht Ihres Einflusses hier. Die beson
dere Anfrage, die hier gestellt ist, stellt nichts anderes dar...

(Stadtv. Wittrock: Als Ihren Untergang.)

itzender: Ich bitte, die allgemeinen politischen Ausführungen zu b
endigen.

tv. Dr. Freisler (fortfahrend): Ich bin gerade dabei. Diese besond
Anfrage stellt nichts anderes dar, als ein Ablenkungsmanöver der
Sozialdemokratie in der Stadt Kassel, die jahrelang geschlafen h
(Hört! Hört!),
die nicht das Geringste geleistet hat, und die jetzt am Ende ein
Defizit von Millionen feststellen muß
(Hört! Hört!),
und die feststellen muß, daß alle die Einrichtungen, die mit ihr
Zustimmung geschaffen worden sind, nicht zu halten sind, sondern
nichts anderes waren, als Schaumschlägerei, als dem Volk Sand in
die Augen zu streuen. Diese Stadtv. Gruppe versteift sich jetzt,
Behauptung aufzustellen, für die sie selbst nicht einen Schatten
des Beweises erbracht hat.
(Zwischenrufe Hört! Hört! Weitere Zwischenrufe.)
Selbst der Magistrat hat erklärt, daß kein Schatten des Beweises
vorhanden ist. Daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie nur
agitation treiben will. Aber Ihre Rechnung hat ein einziges Loch
Ihre Rechnung hat das Loch, daß Sie die Kasseler Bevölkerung für
zu dumm und für gedächtniskurz halten, daß Sie annehmen
(Stadtv. Goethe: Lichtenberg.),
durch Ihre Schaumschlägerei und durch unsinnige Verleumdungen in
den letzten 3 Wochen alles das wegwischen zu können, was Sie sei
13 Jahren getan haben. Das scheitert aber an dem gesunden Versta
der Kasseler Bevölkerung.
(Zwischenbemerkungen links: Wau! Wau! Wau!)
(Lebhafte Zwischenrufe und Heiterkeit links.)

tv. Wittrock: Meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Worte zu
Ausführungen des Herrn Stadtv. Dr. Freisler. Es muß um die Sache
der Nationalsozialistischen Partei außerordentlich schlecht best
sein, wenn man hier auf die Rednertribüne tritt und legt zu sein
persönlichen Schutz einen Bund Schlüssel neben sich. Wenn die Sa
des Nationalsozialismus, wie die Herren von der Nationalsoziali
schen Partei behaupten, solche Echtheit besitzt, weshalb dann di
Schutz, oder ist es persönliche Veranlagung?
(Heiterkeit links.)
Wackelt man persönlich so stark?
(Erneute Heiterkeit links.)

itzender: Ich hätte den Schlüsselbund wegnehmen lassen, wenn ich
nicht der Meinung wäre, Schlüssel dienen zum Aufschließen.
(Große Heiterkeit und Zwischenrufe links.)
(Stadtv. Dr. Freisler: Zum Aufschließen von Gehirnen.)

tv. Wittrock (fortfahrend): Das ist besonders bei Ihnen nötig. Es
außerordentlich wertvoll, daß der Herr Stadtv. Freisler die Bem
kung des Herrn Stadtv. Vorstehers so schön auf sich angewandt h
Im übrigen ist von dem Herrn Stadtv. Dr. Freisler auch betont w
den, daß es eine Provokation der werktätigen Bevölkerung sei, w
ausgerechnet der Stadtv. Wittrock von Korruption spreche. Herr
Stadtv. Freisler! Wenn Sie von Anfang der Sitzung an hier anwes

gewesen wären, dann hätten Sie aus dem Verlauf der Debatte hören müssen.....

(Stadtv. Dr. Freisler: Mit Recht hat der Stadtv. Weinrich Ihnen gegenüber den Ausdruck Korruption gebraucht.)

Sie konnten heute vor 8 Tagen nicht hier sein.

(Stadtv. Köhler: Da hatten Sie einen großen Mund.)

(Zwischenrufe links.)

Herr Stadtv. Köhler! Sie sind für mich nicht da. Sie sind doch ein kleines Licht; sonst hätten Sie nicht immer den Schutz von Ihrem Kollegen Freisler nötig.

(Stadtv. Köhler: Sie tauen nur immer auf, wenn er nicht da ist.

(Zwischenbemerkung: Das ist Schabbesschmus!)

Also Sie haben diese Partie gewählt, und deshalb erlauben Sie mir, auch diese Partie zu betreten. Heute und heute vor 8 Tagen und schon in den früheren Sitzungen mußten wir immer wieder von Ihnen hören: Bald ist es zu Ende mit Ihrer Herrschaft, in 4 Monaten, in 3 Monaten und heute sagen Sie: In 14 Tagen kommt der Tag der Abrechnung. Wir sind es endlich satt mit Ihren Drohungen. Wir verlangen von Ihnen, daß Sie diesen Drohungen Taten folgen lassen, daß Sie endlich die Köpfe rollen lassen; sonst müssen wir Sie als feige Gesellen bezeichnen.

(Stadtv. Dr. Freisler: Wollen Sie hängen, oder was wollen Sie?)

(Stadtv. Weinrich: Ihr bittet noch alle.)

Es ist uns gesagt worden, daß in wenigen Monaten verschiedene Größen von uns an den Galgen hängen werden.

(Große Unruhe links.)

Sie von der Nationalsozialistischen Partei, Ihnen möchte ich sagen: Wenn wir mit weiter niemanden fertig zu werden hätten, ach, du liebe Himmel!

Vorsitzender: Für die Stadtv. Vers. sorge ich dafür, daß jeder wieder ruhig nach Hause gehen kann.

(Stadtv. Lüpnitz: Sie sind doch sonst nicht so witzig.)

Stadtv. Wittrock (fortfahrend): Der Herr Stadtv. Freisler hat darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie im Rathaus jahrelang alles gedeckt hat, und erst jetzt komme sie mit diesem Wahlmanöver. Diese Feinheiten des Falles Lahmeyer sind uns erst seit einigen Wochen bekannt. Sie wissen doch, wie der Herr Bürgermeister Lahmeyer bei Ihnen, Herr Stadtv. Dr. Freisler war, und um gut Wetter gebeten hat und Sie ihm erklärt haben, Sie wollten aus der Sache nichts machen.

(Zwischenbemerkung links: Hört! Hört!)

Das wissen Sie. Darauf haben Sie heute vor 14 Tagen nichts erwidert.

(Stadtv. Dr. Freisler: Jawohl. Bitte, lassen Sie sich das Stenogramm geben.)

Es dreht sich darum: Dieser Fall hat mit den Ausführungen, die Sie heute wieder hier gemacht haben, absolut nichts zu tun. Wir sind der Auffassung, daß unsere Anfrage eine Angelegenheit betrifft, deren Klärung im Interesse der städt. Körperschaften zwingend notwendig ist. Es ist erforderlich, daß diese Dinge hier auf dem Rathaus untersucht und geklärt werden. Das war unser Leitmotiv vor 8 Tagen und ist es auch heute. Wenn ich aber im Zusammenhang damit den Herrn Adolf Hitler - für Sie ist Herr Hitler etwas Allmächtiges, das wissen wir- mit ein paar Worten erwähnte, so geschah das deshalb, weil Ihr Parteifreund Weinrich in Ihrer Abwesenheit uns Korruption und noch so kleine Mätzchen vorgeworfen hat. Ich habe zu Herrn Stadtv. Weinrich gesagt: Sehen Sie, den Sprachschatz, den Sie heute hier anzuwenden belieben, hat auch der Herr Stadtv. Freisler seit Jahren beliebt anzuwenden. Wir kennen die Ausdrücke Landesverräter, Meuterer usw. Es besteht vielleicht eine Geheimlektüre für Funktionäre der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Wir haben erleben können, daß Adolf Hitler gestern in seiner Rede in Berchtesgaden erklärt hat, daß diejenigen, die uns bisher geführt haben, verurteilt werden, wie man Landesverräter,

Deserteure

Deserteuere usw.werte. Darauf habe ich gesagt: Dieser Hitler, der s redet, ist nach den Worten, die Wilhelm II. vor dem Kriege sprach nicht wert, den Namen "Deutscher" zu tragen.

(Lebhafte Zwischenrufe.)

Der Herr Stadtv. Dr. Freksler hat darauf hingewiesen, daß die Sozial demokratische Stadtv. Fraktion mit daran Schuld trage, daß das Defizit der Stadt Kassel auf dem Rathaus Millionen und Abermillionen erreicht hat. Er hat sicher vergessen, wodurch auch das Defizit mehr oder weniger berührt worden ist, u. a. über einen Fall zu reden, der meine Parteifreunde ihm wiederholt in Fragestellung nähergebracht haben, nämlich den Fall Lichtenberg- Katzenstein. Wir werden uns erlauben, weil Sie von dem Defizit reden, genau nachzusehen, wie das Hauszinssteuerkonto und dergl. seine Entwicklung genommen hat. Vor dem Forum dieses Hauses werden wir nächstens eine Anfrage bezügl. Katzenstein- Lichtenberg steigen lassen.

(Stadtv. Dr. Freisler: Das wagen Sie mal.)

Wir werden dann sehen, in welcher Weise der Stadtv. Freisler identisch ist mit dem Rechtsanwalt Freisler.

(Zwischenruf links: Sehr richtig.)

(Zwischenbemerkung links: Dann ist er nicht da.)

Dann werden wir sehen, ob dort auch Schaumschlägerei und Verleumdung getrieben wird.

Meine Damen und Herren! Der Herr Stadtv. Brehme hat noch einmal auf die Dinge zurückgegriffen, die an dem fraglichen Dienstag vormittag sich abgespielt haben. Dem Herrn Stadtv. Brehme sind die Ding nicht scharf im Gedächtnis geblieben. Es ist nicht der Antrag gestel worden, ob andere städt. Beamte sich strafbar gemacht haben, und ob ein Disziplinarverfahren gegen sie eröffnet werden sollte; es ist beantragt worden,

1. das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister Lahmeyer einzuleiten;
2. ihn bis zum Abschluß dieses Verfahrens vom Dienst zu suspendieren und
3. ein Rechtsgutachten einzuholen darüber, ob die Beamten Rechnungsdirektor Bähr und Stadtoberbauführer Vogeley von der Hauszinssteuerabteilung auf Grund ihrer Beamteneigenschaft nicht die Verpflichtung hatten, nachdem diese ungerechten Maßnahmen des Bürgermeisters Lahmeyer ihnen dienstlich zur Ausführung überwiesen worden waren, von sich aus dem Herrn Oberbürgermeister hierüber Vortrag zu halten.

Darüber sollte ein Rechtsgutachten eingezogen werden. Das ist etwas anderes als das, was der Herr Stadtv. Brehme gesagt hat.

Der Herr Stadtv. Steuer ist leider nicht anwesend; das bedauere ich sehr. Er wird sicher empfunden haben, wie weh es tut, wenn er immer so warm für die Nationalsozialisten hier eingetreten ist und bekommt dann so eine kalte Dusche von seinem Freund Freisler.

(Große Heiterkeit links.)

Es werden noch mehr kalte Duschen kommen. Vielleicht wirken sie, politisch gesehen, erzieherisch auf die Deutschnationalen. Wir haben den Deutschnationalen schon so oft gesagt: Unterschreibt die Anträge der Nationalsozialisten nicht! Aber Sie haben es doch getan, obwohl uns wiederholt versichert wurde, daß sie sich mit dem Inhalt nicht identisch erklären können und ihn nicht für bedeutungsvoll halten. Der Herr Stadtv. Steuer hat gesagt, wir hätten die ganze Angelegenheit auf ein falsches Gleis gebracht, Wittrock sei nicht geeignet, diese Sache hier zu vertreten, da ein deutsches Gericht über Wittrock ein Urteil gesprochen hat. Das Urteil ist gefällt am 30. Juni 1924. Es sind 8 Jahre verflossen. Sie haben sich redlich bemüht, diese Sache in Zusammenhang zu bringen mit allen möglichen Dingen. Mich berührt's nicht, mich freut es. Ich bin davon überzeugt, daß nicht so erfreut sind die Mitglieder der Deutschnationalen Partei, die dieses Urteil damals gefällt haben, wie Landgerichtsdirektor Kaiser,

Land-

Landgerichtsrat Koch und Amtsrichter Döhne. Diese Herren, die das Fehlurteil oder, besser gesagt, Schandurteil gefällt haben, sind nich so angenehm davon berührt. Über diesen Rechtsspruch ist das letzte Wor auch noch nicht gesprochen. Ich habe mir erzählen lassen, daß die Akten bis zu 1o Jahren aufbewahrt werden. Vielleicht habe ich, wenn mir genügend Mittel zur Verfügung stehen, noch einmal Gelegenheit, auf die ganze Sache von damals zurückzukommen.

Vorsitzender: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Stadtv. Vers. nic dazu da ist, Werturteile über außerhalb des Hauses stehende Personen zu fällen.

Stadtv. Wittrock(fortfahrend): Der Herr Stadtv. Steuer sagte weiter, die sozialdemokratische Stadtv. Fraktion wolle ihr Sprengpulver aufbewahren bis zum geeigneten Zeitpunkt; das liegt uns fern. Ich habe auf die Ziffern 1 - 4 unserer Anfrage verwiesen. Obwohl die Mitglieder de Stadtv. Vers. diese Anfrage schriftlich bekommen haben, habe ich sie noch einmal verlesen; weil der Herr Stadtv. Steuer auch in Berlin in Anspruch genommen ist und vielleicht nicht genug Zeit hatte, habe ich ihm den Wortlaut noch einmal ins Gedächtnis gerufen. Ich habe betont, daß es eine Basis sei, die Ziffer 4 der Anfrage etwas näher anzusehen als der Herr Stadtoberbaurat Jobst glaubte die Dinge erledigen zu können. Der Herr Stadtv. Steuer hat weiter gesagt, daß diese Dinge mit dem Herrn Bürgermeister Lahmeyer die Stadtv. Vers. nichts angingen. Meine Damen und Herren! Das ist ja unfaßbar. Das sagt der Herr Steuer, der Führer einer Partei, wie sie die Deutschnationale ist. Ich muß schon sagen, als ich den Herrn Steuer im Kreis Hofgeismar im Jahre 192o/21 als Parteisekretär kennenlernte, war er doch ein anderer Kerl, als er sich heute produziert hat. Diese Angelegenheit sol die Stadtv. Vers. nichts angehen? Das sagt der Führer der Deutschnationalen Partei, in der die alte Beamtenschaft vom preußischen Schlag sitzt, die einen hohen Wert gelegt hat darauf, daß das Verhalten eines Beamten in und außer dem Dienst einwandfrei ist.

Wenn wir hier die Anfrage gestellt haben, und man sagt: Das sind Dinge, die außerhalb des Dienstes liegen, dann gehen sie uns auch etwas an, selbst wenn eine Privatvilla in Frage kommt. Der Herr Bürgermeister Lahmeyer ist einer der führenden Leute im Rathaus und kein x-beliebiger Beamter. Der Herr Oberbürgermeister hat in dieselbe Kerbe gehauen wie der Herr Stadtoberbaurat Jobst, der die Freundlichkeit hatte, uns nahezulegen: Bitte, geben Sie uns das Material, und im selbän Atemzuge erklärte er, das ihm von dem Herrn Bürgermeister Lahmeyer übergebene Material sei nicht für die Kommissionen bestimmt, da sei ein privater Bau und gehe höchstens die Gerichte etwas an. Herr Oberbürgermeister! Wenn Sie bei diesem Standpunkt bleiben, dann stellen Sie sich auf den Standpunkt, den Sie heute vor 14 Tagen bei der Fraktionsbesprechung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte eingenommen haben. Dort haben Sie auch verstanden, die Fraktion so zu bestimmen, wie geschehen, zum Leidwesen des Herrn Bürgermeisters Lahmeyer.

(Stadtv. Weinrich: Übergeben Sie doch die Sache dem Gericht.)

Wir geben Ihnen das Material nicht, Herr Oberbürgermeister. Die Gründe dafür sind Ihnen persönlich geläufig. Aber eins muß ich noch mitteilen: Auf dem Grundstück des Herrn Bürgermeister Lahmeyer an der Rasenallee sollen hypothekarisch eingetragen sein:

1. 28.ooo RM für eine Berliner Bank zu 7 %
2. 5.ooo RM von einer Baugenossenschaft mit 8 % und 4 % Amortisation
3. 5.ooo RM von der Hessischen Heimat mit 7 %
4. 5.ooo RM Arbeitgeber-Darlehn

(Zwischenruf links: Hört! Hört!)

5. 5.ooo RM Hauszinssteuerhypotheken

und siehe da, am Schluß: 8.ooo RM Restkaufgeld der Stadt Kassel.

(Hört! Hört!)

Wollen Sie die Dinge weiter in der Öffentlichkeit behandelt wissen?

Wir

Wir gratulieren Ihnen zu diesem Ihrem Beginnen.

tv. Dr. Freisler:

(Zwischenruf links: Wo ist der Schlüsselbund?)

Ich glaube, es hat schon auf Sie gewirkt.

Der Herr Stadtv. Wittrock hat bereits bei Behandlung dieses Themas vor einigen Wochen erklärt, ich sei in den Fall Lahmeyer verwickelt.

(Zwischenruf links: Sehr richtig!)

Er ist damals von mir gezwungen worden, anzugeben, inwiefern ich in die Sache verwickelt bin. Er hat erklärt, der Herr Bürgermeister sei bei mir gewesen, und ich hätte ihm zugesagt, daß die Nationalsozialistische Stadtv. Fraktion aus der Sache nichts machen werde. Der Herr Stadtv. Wittrock muß in der Sitzung vor 14 Tagen nicht achtgegeben haben. Aus dem Stenogramm ist ersichtlich, daß ich auf seine Bemerkung eingegangen bin. Ich kann noch einmal wiederholen, was ich damals gesagt habe, nämlich daß der Herr Bürgermeister Lahmeyer, wie mit den Führern anderer Fraktionen, mit mir über die Vorwürfe gesprochen und mir erklärt hat, er habe falsch gehandelt, was er offe überall zugibt und auch der Magistrat, und daß ich erklärt habe, da nachdem dieses formelle falsche Handeln von ihm zugegeben wird und einwandfrei feststeht, zur Behandlung dieser Frage für meine Fraktion deshalb weiter kein Anlaß gegeben sei, weil wir es nicht nötig haben, Sensationshascherei zu treiben.

(Stadtv. Peters: So sehen Sie aus.)

Ich habe weiter erklärt, daß ich dieses Verhalten mißbillige und darüber hinaus keinen Angriffspunkt sehe, weil der Bürgermeister Lahmeyer nur das, was er eingestanden hat, getan hat, und daß ich mit der Nationalsozialistischen Fraktion eine so starke Stellung habe, daß ich in den kommenden Wahlkampf mit sachlichen Argumenten gehen und arbeiten werde.

(Zwischenruf links: Mit der Papen-Notverordnung.)

Damit ist der Fall für uns erledigt.

Sie wissen genau, daß die Nationalsozialisten diejenigen waren die zuerst im Preuß. Landtag den Antrag eingebracht haben, diese Notverordnung sofort außer Kraft zu setzen.

(Zwischenrufe links.)

Ich lasse mich von Ihnen nicht auf ein Gebiet hinüberdrängen, von dem ich genau weiß, daß Sie selbst davon überzeugt sind, daß diese Angriffe verfehlt sind. Niemand wird diese Regierung so schnell beseitigen wie die Nationalsozialisten.

(Zwischenrufe links.)

Namens der Nationalsozialistischen Fraktion stelle ich folgenden Antrag:

"Der Magistrat wird ersucht, bekanntzugeben, welche Verluste die Stadt oder die Sparkasse aus den Geschäftsbeziehungen zur Firma Manus Katzenstein, Kasseler Maschinenwerke, und Lichtenberg gehabt hat."

Ich bin davon überzeugt: Die Stadtv. Vers. wird die Auskunft bekommen, die sie vor Jahren schon einmal bekommen hat, wonach angesichts der erstklassigen Sicherungen nicht ein Pfennig Verlust eingetreten ist.

(Zwischenruf links: Und der Verlust der Handwerker?)

(Stadtv. Weinrich: Lassen Sie sich doch nicht auslachen!)

(Stadtv. Wittrock: Sie politischer Analphabet!)

Gut, fragen Sie auch da ruhig an. Sie werden auch da die Antwort bekommen. Wir stellen diesen Antrag, weil wir etwas schneller von Begriff sind als Sie.

(Zwischenrufe links.)

Sie reizen, wenn Sie einen Stadtv. einen politischen Analphabeten nennen, wenn Sie auf anderen Gebieten Analphabeten sind.

Vorsitzende

Vitzender: Ich hoffe, Herr Stadtv. Wittrock, daß Sie mit dem Ausdruck Analphabet nicht einen Stadtv. gemeint haben.

(Stadtv. Wittrock: Er ist doch ein politischer Analphabet; ich glaube, es kommt die ganze Fraktion in Frage.)

Wenn Sie das in dieser Weise spezifizieren, rufe ich Sie zur Ordnung.

(Zwischenrufe rechts und links.)

Stadtv. Dr. Freisler (fortfahrend): Der Herr Stadtv. Wittrock ist der Meinung, meine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, die Vorwürfe, die der Herr Stadtv. Wittrock erhebt, gingen die Stadtv. Vers. nichts an.

(Zwischenbemerkung links: Das hat der Herr Stadtv. Steuer behauptet.)

Die Nationalsozialistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß solche Vorwürfe an sich und abstrakt die Stadtv. Vers. nichts angehen.

(Zwischenbemerkung links: Ich denke, Sie wären verbrüdert mit den Deutschnationalen?)

(Stadtv. Goethe: Nur mit Papen.)

Das ist Ihr Irrtum. Wir sind mit niemanden verbrüdert. Die Nationalsozialistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß derartige Vorwürfe die Stadtv. Vers. nichts angehen. Hätte der Stadtv. Wittrock für seine Vorwürfe einen Beweis erbracht oder irgend eine Glaubhaftmachung zutage gefördert, dann würden wir erklären: Trotz der Quelle, aus der diese Vorwürfe kommen, obwohl sie von dem Stadtv. Wittrock kommen, müssen sie untersucht werden

(Stadtv. Wittrock: Sehr gnädig!),

aber sachlich, und zwar von einem Gremium, was untersuchen kann. In der Verfassung ist festgelegt, daß ein Chicago-Ausschuß, ein Polizeiausschuß usw. Zeugen eidlich vernehmen können.

(Zwischenrufe links.)

Aber ich muß schon sagen: Wenn Sie einen Untersuchungsausschuß wollten, müßten Sie längst in dem Augenblick, als Sie das Material bekamen, dieses der Stelle geben, die es untersuchen kann und die zeugeneidlich vernehmen kann, nämlich der Staatsanwaltschaft.

(Zwischenbemerkung links: Sie brauchen uns nicht zu belehren.)

Diesen Weg haben Sie aber nicht beschritten. Daraus ziehe ich den Schluß, den Sie für berechtigt oder unberechtigt halten können

(Stadtv. Wittrock: Der interessiert uns gar nicht.),

daß Ihnen an der Untersuchung nichts liegt. Als gegen mich die Vorwürfe kamen, habe ich an demselben Tage der Staatsanwaltschaft, dem Ehrengericht und Untersuchungsausschuß meiner Partei.....

(Stadtv. Wittrock: Das ist das Ehrengericht, wo "lauter Juden" sitzen.)

Trotzdem habe ich ihm die Sache übergeben, und wie das Ergebnis war, wissen Sie genau so wie ich. Sie wissen genau, was die Staatsanwaltschaft und was das Ehrengericht gesagt hat, nämlich daß ich so gehandelt habe, wie ein anständiger Anwalt einzig und allein handeln konnte.

(Zwischenrufe links.)

(Stadtv. Goethe: Das Gegenteil haben sie gesagt.)

Ich werde es Ihnen notariell beglaubigt veröffentlichen.

(Stadtv. Wittrock: Wir wollten das schon vor 14 Tagen haben.)

Ich wollte damals eine Untersuchung. Sie wollen aber heute keine Untersuchung. Wenn Sie dies schon vor 14 Tagen haben wollten, konnten sie ja schon damals zur Staatsanwaltschaft gegangen sein. Sie wollen dem Volke einreden, die Stadtv. Vers. könne einen Untersuchungsausschuß einrichten, während Sie wissen, daß sie dazu nicht in der Lage ist. Zwingend schließt man, daß Sie nach Ihrem Verhalten einen Untersuchungsausschuß nicht wollen, weil Sie den einzig möglichen Weg der Untersuchung nicht gehen. Ich werde den Herrn Bürgermeister Lahmeyer auffordern.....

(Stadtv. Wittrock

(Stadtv. Wittrock:..... rechtsberaten, aber erst den Vorschuß zahlen lassen.)

Mir ist es klar, daß Ihnen der Gedanke an Vorschüsse sehr nahe lieg denn ich weiß, daß Sie sich in dem Uralzeff-Prozeß 3.ooo RM im vora haben zahlen lassen.

(Stadtv. Wittrock: Selbstverständlich. War das bei der Genossenschaftsbank kein Vorschuß?)

Und da muß ich Ihnen verraten, daß ein Vorschuß nicht in Frage gekommen ist; denn ich habe bis heute erst 2o % des verdienten Honora gezahlt bekommen.

(Stadtv. Wittrockß Wie hoch war denn das Honorar?)

Es ist etwa der 8. Teil der Summe, die Goethe genannt hat.

(Stadtv. Wittrock: Wie hoch ist denn der Betrag?)

itzender: Es geht nicht an, daß fortgesetzt Zwiegespräche geführt we den. Ich bitte, doch den Redner nicht dauernd zu unterbrechen.

tv. Dr. Freisler: Der Betrag ist ungefähr so hoch, wie meine Bürounko sten in einem Monat ausmachen.

(Zwischenbemerkung linksß Wieviel machen denn Ihre Bürokosten aus?)

Ich werde Ihnen diesen Betrag nicht nennen. Das ist Geschäftsgeheimnis meines Büros.

(Zwischenruf links: Das ist Schaumschlägerei.)

(Stadtv. Wittrock: Das war eine Drumrumrede.)

Das ist Wahrheit. Nur Sie, Sie wollen Dichtung zur Wahrheit.

(Zwischenbemerkung Stadtv. Weinrich.)

(Stadtv. Wittrock: Seien Sie vorsichtig, Herr Weinrich.)

(Stadtv. Eckhardt: Herr Stadtv. Vorsteher, wie lange darf jeder reden?)

(Vorsitzender: 15 Minuten.)

Wir haben festgestellt, daß die Stadtv. Vers. mißbraucht werden sollte, um dem Volke vorzumachen, als ob die Sozialdemokratie eine Untersuchung im Fall Lahmeyer will, und sie will keine Untersuchung.

(Stadtv. Wittrock: So eine Frechheit.)

Der Herr Stadtv. Wittrock hat weiter behauptet in Bezug auf Adolf Hitler, dieser verdiene nicht, den Namen Deutscher zu tragen, weil e die geschichtliche Tatsache des Landesverrats der Sozialdemokratie festgestellt hat.

(Zwischenruf links: Unerhört!)

(Weitere Zwischenrufe links.)

Durch das Gericht von Magdeburg ist gegenüber dem ehemaligen Reichspräsidenten festgestellt worden,.....

(Große Unruhe und Zwischenrufe links: Unerhört!)

Der Herr Stadtv. Wittrock hat erklärt, Hitler verdiene nicht den Nam Deutscher, weil er mit Bezug auf die Sozialdemokraten gesagt hat, si wären Landesverräter.

(Lebhafte Zwischenrufe links.)

(Große Unruhe links.)

Ich möchte darauf hinweisen, daß Hitler nur das getan hat, was das bekannte Magdeburger Urteil mit Bezug auf Eberth anläßlich seiner Teilnahme am Munitionsarbeiterstreik getan hat.

(Stadtv. Wittrock: Das war ein feiger Rückzug.)

(Stadtv. Peters: Mamelucken-Mut!)

Ich atelle fest, daß es dem Herrn Hitler gleichgültig sein kann, und wenn Sie auch den Hundepeitscher Grzesinsky anführen, was ein begnadigter Zuchthäusler über ihn erklärt.

(Große Unruhe links. Laute Zwischenrufe. Redner kann sich nicht mehr verständlich machen.)

(Zwischenruf links: Solche Äußerungen lassen Sie zu, Herr Stadtv. Vorsteher? Das ist unerhört.)

(Schlußrufe links. Der Stadtv. Wittrock geht auf den Stadtv. Dr. Freisler zu. Es entsteht großer Lärm. Eine Anzahl Stadtv. von links und rechts erheben sich von ihren Plätzen und gehen auf die Rednertribüne zu.) (Der

Der Kommentar der "Kasseler Post" lautete dazu:

> "Als er (Freisler) gestern gegen 7 3/4 Uhr hinsichtlich der Person Wittrocks von einem "begnadigten Zuchthäusler" sprach, drang Wittrock plötzlich auf ihn ein und begann die Schlägerei.
>
> Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Stadtverordneten eilten nach vorn. Auch zwei ihrer Stadträte folgten und griffen in den Kampf ein. Wittrock ergriff den Aufsatz des Rednerpultes und schlug damit auf Freisler los, während andere Genossen Stühle und Sessel ergriffen, um damit die ihrem Parteifreund Freisler zu Hilfe eilenden Nationalsozialisten anzugreifen. Vorsteher Waldschmidt hob sofort die Sitzung auf und verließ das Präsidium. Während das Boschhorn ertönte, dröhnte der Saal vom Lärm des Kampfes. Unter dem Gepolter stürzender Stühle schrien die Kämpfenden sich gegenseitig an.

Besonnene der bürgerlichen Fraktion, besonders der volksparteiliche Stadtv. Schomburg, warfen sich zwischen die Streitenden, um sie zu trennen, was ihnen bei der Übermacht und der Wut der angreifenden Linken nur teilweise gelang. Wurden hier die Kämpfenden voneinander getrennt, so lebte der Kampf in einer anderen Ecke des Saales wieder auf. Immer wieder verfolgten Sozialdemokraten und Kommunisten die vier Nationalsozialisten, die keinerlei Furcht zeigten. Dr. Freisler entledigte sich seines Rockes und stellte sich dann der Linken entgegen. Im Nu waren die Nationalsozialisten einzeln umringt und wieder hagelte es von allen Seiten Faustschläge auf sie hernieder. Auch ein nationalsozialistischer Pressevertreter, der seinen Parteifreunden zu Hilfe eilte, wurde tätlich angegriffen.

Etwa 20 Minuten dauerten die Kampfszenen, bis sich der Saal auf gütliches Zureden des Vorstehers und einzelner Magistratsmitglieder nach und nach leerte. Ein inzwischen herbeigerufenes Kommando der Schutzpolizei fand keinen Anlaß mehr zum Einschreiten. Dr. Freisler rief nun eine Anzahl Nationalsozialististen zum Rathaus herbei, um der vier Mann starken nationalsozialistischen Fraktion den Abzug zu sichern. Angesichts der Schutzpolizei, die inzwischen den Rathauseingang absperrte, kam es auf der Straße nicht mehr zu Zusammenstößen.

Den "Sieg", den die vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten gestern davontrugen, indem sie

> nach nahezu halbstündigem Kampf mit sechs- bis siebenfacher Übermacht die vier Nationalsozialisten aus dem Saale hieben,

haben sie teuer erkauft, da sich die Nationalsozialisten tüchtig zur Wehr gesetzt hatten. Wenn auch Vorsteher Waldschmidt vorher im Laufe der Verhandlungen, ohne das Kommende zu ahnen, unter dem Gelächter des Hauses bemerkt hatte, daß das Präsidium dafür sorge, daß jeder wieder ruhig nach Hause gehen könne, so kam es leider doch etwas anders:

> Stadtv. Weinrich blutete aus einer Kopfwunde an der rechten Schläfe, Stadtv. Köhler hinkte unter den Folgen eines erhaltenen Fußtrittes, Stadtv. Moog wies eine tüchtige Schramme am Bein auf und Dr. Freislers Kleidung war zerzaust ...

Nachdem, was sich gestern im Kasseler Rathaus ereignet hat, unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß

> das Kasseler Stadtparlament in seiner augenblicklichen Zusammensetzung nicht mehr verhandlungsfähig ist"
> (KP, 12.7.1932).

Das "Kasseler Volksblatt" schrieb:

"Als nun Freisler noch einmal das Wort nimmt, kommt es zu wüsten Tumulten. Freisler beschimpft den Stadtv. Wittrock als 'Zuchthäusler'. Als der Vorsteher Waldschmidt nicht eingreift, springt Wittrock erregt von seinem Sitze auf und schlägt dem Beschimpfer mit der Faust ins Gesicht. Es gibt einen wüsten Tumult am Rednerpult, von allen Seiten dringen die Stadtverordneten vor, die Sozialdemokraten, um Wittrock beizustehen, die Rechte, um Freisler zu schützen. Man sieht einige Minuten lang erhobene und niedergeballte Fäuste, der Vorsteher schließt die Sitzung und verläßt seinen Platz, und dann tritt die Sirene in Tätigkeit.

Die Kämpfenden sind inzwischen getrennt worden. Die Erregung über die unglaublichen Provokationen Freislers, der immer wieder zu schreien beginnt, zittert in allen nach. Stadtv. Wittrock und andere machen dem Vorsteher Vorwürfe, daß er diese wüsten Beschimpfungen ohne Eingriff zugelassen hat. Nur durch das Versagen des Vorstehers Waldschmidt

- das muß immer wieder festgestellt werden - i s t e s z u d i e s e r w ü s t e n S z e n e g e k o m m e n. Ein energischer Leiter hätte das bewußte Provozieren durch Freisler verhindern müssen.

Freisler, der inzwischen von seinen Freunden beiseite gedrängt war, hatte den R o c k a u s g e z o g e n und forderte schreiend seine Gegner weiter heraus. Als er dann den kommunistischen Stadtv. K l a f t einen 'bolschewistischen Lump' nannte, drang dieser auf Freisler ein und es kam erneut zu einem wilden Kampf, bei dem die Nazis schließlich a u s d e m S i t z u n g s s a a l h i n a u s g e w o r f e n wurden. F r e i s l e r, der schon im Sitzungssaal geschrien hatte: 'SA heraus!', eilte auf den Balkon des Rathauses und schrie mit kreischender Stimme über die Königstraße: ' H i t l e r j u n g e n! Z w a n z i g H i t l e r j u n g e n h e r! D i e N S D A P w i r d überfallen!' Sofort stürmte auch eine Gruppe in Notverordnungsjacken auf das Rathaus zu, konnte jedoch nicht eindringen, weil die Türen geschlossen waren. Das herbeigerufene Ü b e r f a l l k o m m a n d o sorgte dann für Wiederherstellung der Ruhe. Im Rathaus selbst brauchten die Polizeibeamten nicht mehr einzugreifen, weil die Nationalsozialisten durch das Hinausdrängen aus dem Sitzungssaal an weiteren Provokationen gehindert waren.

So ist die Sitzung resultatlos aufgeflogen. Das eine sei aber schon heute mit aller Deutlichkeit gesagt: D i e s o z i a l d e m o k r a t i s c h e F r a k t i o n w i r d s i c h d e r a r t i g e B e s c h i m p f u n g e n u n t e r g a r k e i n e n U m s t ä n d e n m e h r g e f a l l e n l a s s e n. G r e i f t d e r V o r s t e h e r n i c h t d u r c h, w i r d s i e s i c h s e l b e r h e l f e n" (KVBL, 12.7.1932).

Aus dem Sitzungsbericht der "Kasseler Post" geht hervor, daß sie die Nationalsozialisten bzw. Freisler auch dieses Mal schützte, da sie seine Provokationen gar nicht erwähnte, sondern im Gegenteil die Sozialdemokraten, vor allem Wittrock und Goethe als Alleinschuldige darstellten. Auch das Verhalten des Vorsitzenden wurde als vollkommen "korrekt" bezeichnet!

Demgegenüber schloß sich die "Neue Arbeiterzeitung" den Ausführungen des "Kasseler Volksblatts" an (vgl. NAZ, 13.7.1932).

Der Bericht der "Hessischen Volkswacht" ist leider nicht vorhanden.[27]

2.3.8 Zusammenfassender Überblick

In dieser Phase zeigte sich erneut, wie "ernst" es den Nationalsozialisten mit ihren sozialen Forderungen war. In der Stadtverordnetenversammlung vom 29.4.1932, in der die Abstimmung über die Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter und Angestellten erfolgte, gingen die Nationalsozialisten vorher hinaus und kamen danach wieder herein. Aus diesem Grund wurde der Antrag nicht angenommen (vgl. Stadtv. Vers. 29.4.1932, S. 25-32; 9.5.1932, S. 14 und KVBL, 30.4.1932).
Hinzu kam, daß 300 Zentner gespendete Winterhilfekartoffeln nicht an Bedürftige verteilt, sondern von den Nationalsozialisten verkauft wurden (vgl. Stadtv. Vers. 11.7.1932, S. 12 und KVBL, 2.1.1933).
In der Sitzung vom 24.1.1931 wurde Freisler als Mitglied in folgende Körperschaften und ständigen Kommissionen der Stadt Kassel gewählt: Finanzkommission, Geschäftsausschuß (Ältestenausschuß), Haushaltsausschuß, Wahlausschuß und Gesellschaftsausschuß der Städtischen Werke AG. Doch auch in dieser Zeit nahm er die Arbeit in den Gremien nicht wahr. Der Stadtverordnete Wittrock bemerkte dazu:

> "Herr Stadtv. Dr. Freisler! Sie haben doch keine Zeit in die Kommissionen zu kommen. Mir ist gestern ein Aktenstück über eine Transaktion zugegangen, betr. Hauszinssteuern, die Sie mit Erfolg bearbeitet haben. Wo wir alle unsere Zeit für die Interessen der Bürgerschaft verwenden, hatten Sie aber noch Zeit für dieses Hauszinssteuergegeschäft, weil Sie dafür eine erkleckliche Provision bekommen haben" (Stadtv. Vers. 26.3.1931, S. 14).

Nachdem Freisler mehrfach vergeblich ermahnt wurde, endlich zu den Kommissionen zu erscheinen, nahm er in der Versammlung vom 9.5.1932 dazu Stellung:

> "Ich lege keinen Wert darauf, als Vertreter einer Partei, die hier wenn es nach demokratischem Recht gehen würde, mit 24 Mann vertreten sein müßte, in einer Kommission zu arbeiten, in der diejenigen die Mehrheit haben, die nach der Volksmeinung in der Minderheit sind. In einer solchen Kommission zu arbeiten, ist doch vollkommen überflüssig.
>
> (Zwischenruf links: Warum kommen Sie denn hierher?)
>
> Es ist doch vollkommen zwecklos, dort die Zeit zu verschwenden, und zwar in einer Kommission, wo die Sozialdemokratie und die ihr nahestehenden Gruppen die Mehrheit haben, obgleich sie auf diese Mehrheit keinen Anspruch

> mehr haben. Während Sie noch dort sitzen (nach links), organisieren wir die neue Macht. Damit müssen Sie sich abfinden.
>
> (Stadtv. Goethe: Hören Sie doch auf mit Ihrer organisierten Macht!)
>
> Jedenfalls, der Mund funktioniert noch" (Stadtv. Vers. 9.5.1932, S. 5/6).

Aus dieser Erklärung ist zu entnehmen, daß Freisler, solange er kein Geld dafür bekam, gar nicht für die Interessen der Kasseler Bürger arbeiten wollte, sondern nur die Macht anstrebte!
Seine Kritik am Kasseler Etat wurde immer schärfer. In der Ausgabe der "Hessischen Volkswacht" vom 19.5.1931 veröffentlichte er einen Artikel mit dem Titel: "Kasseler Haushaltsplan - Der Plan der Verelendung der äußeren und inneren Armut". Am 28.5.1931 hielt er wieder eine seiner bekannten Etatreden im Stadtparlament, in der er den Sozialdemokraten vorhielt, an welchen Punkten sie Geld verschwendet und an welchen sie hätten sparen können (vgl. NAZ, 4.6.1931). Die "Hessische Volkswacht" unterstützte ihn darin (vgl. HVW, 29.5.1931; 30./31.5.1931). Außerdem gab er am 31.12.1931 in der nationalsozialistischen Zeitung ein Interview über die Finanzpolitik: "Die Städte versagten - das Volks wird es schaffen". Anfang März 1932 schrieb er zu diesem Zweck einen Brief an den Bürgermeister. Unter der Überschrift "Einer der an Größenwahn leidet" berichtete die "Neue Arbeiterzeitung" am 13.3.1932 davon.
In der Stadtverordnetenversammlung vom 29.4.1932 fuhr er mit seinen Angriffen gegen den Haushaltsplan fort. Infolge der zunehmenden Wählerstimmen der NSDAP, behauptete er jetzt im Namen der "Massen des Volkes" zu sprechen, worauf der Stadtverordnete Peters erwiderte: "Weil die Dummheit keine Grenzen hat" (Stadtv. Vers. 29.4.1932, S. 24). Daraufhin bezeichnete er die Politik der SPD als "Verbrechen" und warf der Partei vor: "Sie stinkt voll Verrat an den Arbeiterinteressen" (Stadtv. Vers. 29.4.1932, S. 25). Ferner drohte er damit, daß die Vertreter des jetzigen Systems nicht mehr lange regieren würden. Der Stadtverordnete entgegnete ihm:

> "Der Herr Stadtv. Freisler hat ausgeführt, die Sozialdemokratie sei am Ende ihrer Macht. Wir haben das nicht nur heute gehört, sondern seit Ende 1929 wird das dauernd gesagt. Es heißt auch immer: Wie lange wollen Sie denn noch existieren? Es ist doch bald zuende mit Ihnen. Obwohl aber die Nazis ihre ganze Kraft auf die Sozialdemokratie konzentriert haben, ist die Sozialdemokratische

> Partei auch am Sonntag überaus ehrenvoll aus dem Wahlkampf hervorgegangen" (Stadtv. Vers. 29.4.1931, S. 30).

In dieser Sitzung ging Freisler nicht einmal mehr auf Einzelheiten des Haushaltsplanes ein, sondern beschränkte sich auf allgemeine politische Kritikpunkte. Immer wieder versuchte er den Anschein zu erwecken, als wäre das System "total bankrott", um die Wähler auf seine Seite zu ziehen! Nach weiteren Kontroversen verließ die Fraktion der NSDAP den Saal.

Eine weitere, groß angelegte Kampagne führte er gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse, wiederum mit Unterstützung der "Hessischen Volkswacht" (vgl. HVW, 12.11.1931; 21./22.11.1931 und KVBL, 24./28.11.1931; 3.12.1931). Aufgrund der "korrupten" Leitung der Krankenkasse, sollte die Stadt die unterstützenden Zahlungen einstellen. In der Sitzung vom 25.1.1932 stand dieser Punkt auf der Tagesordnung. Durch Freislers Provokationen kam es wieder einmal zu heftigen Unruhen. Schließlich übertönte die Sirene sein Geschrei. Auch diese Versammlung wurde von den Nationalsozialisten vorzeitig verlassen. Der Kommentar der "Neuen Arbeiterzeitung" lautete dazu:

> "Im Laufe der Debatte über diesen Antrag, bei dem F r e i s l e r seinem Maulheldentum mal wieder die Zügel schießen ließ, kommt es zu solchen Tumulten, daß der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung für längere Zeit unterbricht. F r e i s l e r , der sich - als ihm die kommunistischen und einige sozialdemokratische Stadtverordnete zusetzen und drohen, ihn aus dem Saal hinauszuwerfen - wie ein aufgeblasener Frosch gebärdet, wird bald sehr kleinlaut und nimmt alles, was er vorher an Beschimpfungen geäußert hat, zurück" (NAZ, 29.1.1932).

Laut "Kasseler Volksblatt" vom 28.1.1932 soll Freisler dauernd "gebrüllt" haben:"Schlagt doch zu! Schlagt doch zu!" Den Gefallen tat ihm jedoch niemand (vgl. auch KVBL, 26./27.1.1932).

In der "Kasseler Post" beschwerte sich Freisler am 26.1.1932 mit einer von ihm unterzeichneten gemeinsamen Erklärung der DNVP und NSDAP über das Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers Hofacker.Am nächsten Tag, als die Rechte im Stadtparlament fehlte, war es ausnahmsweise einmal ruhig (vgl. KVBL, KP, 27.1.1932).

Zählt man zu diesen eher "sachbezogenen" Auseinandersetzungen die persönlichen Kontroversen mit den sozialdemokratischen Stadtverordneten

Wittrock und Goethe und den Kommunisten Lüpnitz, Lohagen und Sippel hinzu (vgl. Stadtv. Vers. 29.4.1932, S. 28; 9.5.1932, S. 27/47/48), kommt man zu dem Schluß, daß eine sachliche, ruhige Arbeit im Stadtparlament nicht mehr möglich war - vielleicht auch eine Taktik, um ein "schnelles Ende" der Demokratie herbeizuführen und die "begehrte" Macht zu übernehmen.[28]

Aus Wut über die Wahlniederlage störte Freisler auch im Kommunallandtag, indem er die Redner dauernd unterbrach.

Sein Verhalten im Preußischen Landtag ist bereits in Abschnitt 2.3.5 eingehend geschildert worden. Hinzuzufügen ist noch, daß die Nationalsozialisten sowohl dort, als auch im Kasseler Stadtparlament in Uniform erschienen (vgl. Stadtv. Vers. 5.10.1932, S. 10) und daß sich Freisler sehr gegen das Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten des Preußischen Landtages, den NSDAP-Abgeordneten Kerrl, auflehnte (vgl. HVW, 23.6.1932). - Kerrl, der gleichzeitig preußischer Justizminister war, beförderte Freisler 1933 zum Ministerialdirektor und Staatssekretär in seinem Ministerium! [29, 30]

Parteipolitisch gesehen war Freisler der Führer der Kasseler NSDAP, obwohl Weinrich zum Gauleiter ernannt wurde. In dieser Phase des verschärften politischen Kampfes hielt Freisler häufig politische Reden, so z.B. am 21.5.1932 bei einer Stahlhelm-Kundgebung in der Stadthalle (vgl. HVW, 22.5.1932), am 28.6.1931 in Wanfried (vgl. NAZ, 5.7.1931) am 20.9.1931 in den Bürgersälen (vgl. HVW, 21.9.1931), am 12.10.1931 auf einem sogenannten "Schulungskurs" (vgl. KVBL, 13.10.1932) und am 24.11.1931 in der Stadthalle (vgl. HVW, 25.11.1931).

Als Hitler am 20.4.1932 nach Kassel kam, ließ er es sich nicht nehmen, die Eröffnungsrede zu halten. Am 3.11.1932 fand eine weitere Hitler-Kundgebung in Kassel statt. Auch in diesem Fall sprach Freisler zu den Anhängern (vgl. KP, 21.4. und 4.11.1932).

Als Rechtsanwalt trat er sowohl in Massenprozessen wie in Grebenstein, Großalmerode, Wendershausen, Berlin, Altona und Hagen als Verteidiger seiner Parteigenossen auf, als auch in Einzelfällen, wie an den Beispielen der Reichstagsabgeordneten Feder und Münchmeyer, sowie des SA-Sturmführers Schmidt (vgl. HVW, 29.5.1931), des Nationalsozialisten Gliem (vgl. HVW, 13.10.1931; KP, 7.1.; 2.2. und 4.5.1932) u. a. (vgl. KVBL, 9.3.1931; 23.7.1932; KP, 14.4.-17.4.1932 und HVW, 19.11.1931) deutlich wird. Aufgrund seiner erfolgreichen Verteidigungsstrategien,

wurde er bald zum "Starverteidiger" der Hitleranhänger und machte sich über die Region Kassels hinaus einen "berüchtigten" Namen, wozu die milden Urteile der Gerichte gegenüber den Nationalsozialisten ihren Teil beigetragen haben. Andere Kollegen, wie z.B. die Kasseler Rechtsanwälte Paulmann und Früchte (beide NSDAP) schaltete er als Konkurrenten fast aus (vgl. KVBL, 10.8.1932).
Außerdem war er ständiger Rechtsbeistand der Redaktion der "Hessischen Volkswacht", vor allem in Beleidigungsklagen und bei offiziellen Verboten der Zeitung (vgl. KVBL, 1.3., 3.5. und 9.11.1932; KP, 10.1., 1.3., 10.8. und 12.11.1932).
Des weiteren versäumte er keinen Prozeß gegen das "Kasseler Volksblatt" (vgl. KVBL, 12.1., 15.2., 3.5. und 6.12.1932) und veröffentlichte in der "Hessischen Volkswacht" zahlreiche Briefe an führende Personen des Magistrats, der Kasseler Justiz und der Polizei. So z.B. machte er den Polizeipräsidenten Hohenstein für den Tod Messerschmidts (Messerschmidt war an den Folgen der Messerstiche, die er nach der NSDAP-Versammlung vom 18.6.1930 erhalten hatte, gestorben) verantwortlich und forderte seinen Rücktritt, da er die Aufgaben für Ruhe und Ordnung zu sorgen, nicht erfüllt hätte (vgl. HVW, 30./31.5.1931). Ende April 1931 richtete er einen Brief an den Kasseler Oberstaatsanwalt, indem er fragte, weshalb die Mörder Messerschmidts bisher nicht gefaßt wurden (vgl. HVW, 30.4.1931). Außerdem veröffentlichte er Briefe zweier ehemaliger Reichsbannermänner, die Korruptionshandlungen des Reichsbanners schilderten (vgl. HVW 3. und 27.2.1931). Ebenso druckten das "Kasseler Volksblatt" und die "Neue Arbeiterzeitung" Briefe der ehemaligen Nationalsozialisten Teichmüller ab, die die Zustände innerhalb der NSDAP beschrieb (vgl. KVBL, 23.8.1932; NAZ 20.1.1933).
Die "Hessische Volkswacht" eröffnete Ende 1931 eine Sparte "Volk und Gesetz" für die Roland Freisler verantwortlich zeichnete. Hierin wurden allgemeine Rechtsfragen erläutert und in denen Freisler sich z.B. zu den Themen Hochverrat und Rechtsstaat äußerte (vgl. HVW 2. und 28.12.1931).

3. PHASE DER MACHTERGREIFUNG (1933)

Nach der Machtergreifung am 30.1.1933 setzte Freisler alles das in die Tat um, was er den Sozialdemokraten und Kommunisten vorher angedroht hatte.

3.1 Das Verbot des "Kasseler Volksblatts" (28.2.1933)

Das "Kasseler Volksblatt" brachte am 7.1.1933 einen Artikel mit dem Titel "Wie der Mord an Hentsch geschah". Es stützte sich dabei auf eine von der SPD herausgegebene Broschüre "Der Dresdener Fememord. Ist Hitler mitschuldig?" in der berichtet wurde, daß der Dresdener SA-Mann Hentsch auf grausame Weise von seinen Kameraden ermordet wurde und die Täter anschließend mit Hilfe der "ausgezeichnet funktionierenden oft bewährten Organisation der NSDAP" ins "Mörderparadies Italien" geflohen wären.

Aufgrund dieses Artikels erwirkte Roland Freisler am 11.1.1933 im Auftrage Hitlers eine einstweilige Verfügung gegen das "Kasseler Volksblatt", die unter Strafandrohung verbot, diese Broschüre weiterhin zu verbreiten. Die "Hessische Volkswacht" vom 12.1.1933 veröffentlichte den Beschluß unter der Oberschrift "Die Hetzbroschüre des 'Volks'blatts verboten".

Am 21.1.1933 erschien im "Kasseler Volksblatt" ein weiterer Bericht zu diesem Thema "Hitler und der Fememord Hentsch - Was hat der 'Führer' zur Aufklärung des grausigen Verbrechens getan?" Hierin wurde der Mord an Hentsch zusammen mit anderen Mordfällen der Nationalsozialisten noch einmal erwähnt und die "grenzenlose Empörung und Verbitterung" des Volkes betont. Dann rief die Zeitung dazu auf, die weiterhin verbreitete Broschüre der SPD zu kaufen und verlangte die "unverzügliche Auslieferung der drei Meuchelmörder an die deutschen Strafverfolgungsbehörden".

> "Hierüber will das deutsche Volk Klarheit, Herr Hitler! Ihrer Parteiarmee gehören die Mörder an. Als oberster Befehlshaber und Parteiführer trifft Sie die moralische und politische Verpflichtung, dem deutschen Vol-

> k e g e g e n ü b e r d a s Ihre dazu beizutragen, daß die n i c h t s w ü r d i g e n V e r b r e c h e r bald einer gerechten Sühne zugeführt werden.
> 'W a s h a b e n S i e i n d i e s e r B e z i e h u n g b i s h e r g e t a n, H e r r H i t l e r?!'
>
> Wir nehmen diese Frage auf und müssen feststellen, daß der 'Führer' bisher n i c h t s g e t a n hat, das Verbrechen sühnen zu helfen oder seine Aufklärung zu fördern. Er, der nicht schnell genug den M ö r d e r n v o n P o t e m p a sein S o l i d a r i t ä t s t e l e g r a m m schicken konnte, er, der es duldet, daß ein zu Zuchthaus verurteilter Mädchenmörder 'Heil Hitler' ruft, er hat im Falle Hentsch nichts anderes getan, als gegen einige Stellen einer Broschüre Einspruch zu erheben, die das Verbrechen aufklären helfen will" (KVBL, 21.1.1933).

Weder Hitler noch die Partei hätten sich um das Opfer gekümmert, der Mutter keinen Trost zugesprochen.

> "Der Freund des ermordeten Hentsch stellte in der Broschüre weiter fest, daß der 'Freiheitskampf', die 'amtliche' Tageszeitung der NSDAP sogar a b g e l e h n t hatte, eine V e r m i ß t e n a n z e i g e aufzunehmen. Im 'Freiheitskampf' wurde nicht einmal die Frage erlaubt: 'Wer kann über den Aufenthalt des Pg. Hentsch etwas berichten? Auch der unscheinbarste Anhaltspunkt wird entgegengenommen."

Der Freund und viele andere Nationalsozialisten traten deshalb aus der NSDAP aus. Erst die Sozialdemokratie ermöglichte eine Weiterverfolgung des Verbrechens. Die nationalsozialistischen Zeitungen hatten den Mord zunächst den Marxisten vorgeworfen, dann aber geschwiegen. Die Mutter bat Hitler und Röhm um Aufklärung, erhielt jedoch die Antwort, daß der Fall unbekannt wäre (vgl. KVBL, 21.1.1933).

Da die Broschüre trotz des Verbots weiter öffentlich verbreitet wurde, reichte Hitler Klage gegen das "Kasseler Volksblatt" ein. Der Prozeß fand am 16.2.1933 vor dem Landgericht der 3. Zivilkammer unter Vorsitz Landgerichtsdirektors Delitzsch statt. Vertreter Hitlers war Roland Freisler, Verteidiger des Beklagten Rechtsanwalt Zinn. Freisler beantragte, "daß der Streitwert der Klage gegen das 'Volksblatt' sich auf 100.000 Reichsmark stelle." Anschließend wurde die Verhandlung auf den 2. März vertagt (vgl. HVW, 17.2.1933).

Am 13.3.1933 berichtete die "Hessische Volkswacht" über das Urteil:

> "Dr. Roland Freisler hatte im Auftrage des Reichskanzlers Adolf Hitler beantragt, die Beklagten zu verurteilen, die Vertreibung der Druckschrift 'Der Dresdener Fememord - Ist Hitler mitschuldig?' zu unterlassen, der Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen und das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Dem Antrag wurde stattgegeben, und zwar ist das Urteil gegen eine Sicherheitsleistung von 6.000 Mark für vorläufig vollstreckbar erklärt. Der Streitwert wird auf den Höchstwert von 50.000 Mark, die von der Beklagten an den Kläger zu erstattenden Kosten auf 1.022,71 Mark festgesetzt. Damit findet eine unerhörte Provokation ihre gerechte Sühne" (HVW, 13.3.1933).

Der Richter, Delitzsch, war Nationalsozialist, entsprechend hoch fiel das Urteil aus! Ende des Monats wurde Delitzsch zum Oberlandespräsidenten befördert (vgl. HVW, 31.3.1933). Wegen dieses Gerichtsverfahrens und anderer, ähnlich gelagerter Fälle, die das "Kasseler Volksblatt" aufdeckte und kommentierte, und die nicht dem Bild der von der NSDAP ständig propagierten unschuldigen und friedlichen SA-Männer entsprachen, wurde die Zeitung am 28.2.1933 verboten! Somit war ein Teil der demokratischen Presse ausgeschaltet und gewährleistet, daß nur noch linientreue Nachrichten und Informationen öffentlich verbreitet wurden.

3.2 Die Besetzung des Kasseler Rathauses (6.3.1933)

Am 6.3.1933 besetzten die Nationalsozialisten unter Führung Weinrichs und Freislers das Kasseler Rathaus. Unter der Überschrift "An zwei hohen Masten - Hitlerfahnen über Kassels Rathaus - 12.000 Kasseler Nationalsozialisten hissen das Banner des Sieges" berichtete die "Hessische Volkswacht" am 7.3.1933 davon.

> "Die Hitlerfahne, das Hakenkreuzbanner der Freiheit, sollte über dem ehemals roten Rathause wehen und künden von dem Siege des nationalsozialistischen Gedankens und der nationalsozialistischen Bewegung über das Verrätertum der roten Aera" (HVW, 7.3.1933).

Unter der Begeisterung der Kasseler Nationalsozialisten und der Flaggenparade der SA-Stürme wurde Freislers langjähriger Traum Wirklichkeit, jetzt begann er mit der angekündigten "Abrechnung".

Gauleiter Weinrich und Freisler hielten die Ansprachen. Weinrich wies auf die Bedeutung der historischen Stunde hin. Das Volk hätte mit der Wahl am Sonntag bekundet, daß es nationalsozialistisch regiert werden wollte. Die Rathäuser würden von den roten Bonzen gesäubert werden. Der Kampf, der viele Opfer gefordert hätte, wäre nicht umsonst gewesen.

Nach dem Horst-Wessel-Lied "Die Fahne hoch", ergriff Roland Freisler das Wort:

> "Von der Rathaustreppe herab sprach dann Dr. Roland Freisler, der Mann der jahrelang gegen eine rote Übermacht für Offenheit und Wahrheit, für die Befreiung aus roten Fesseln im Kasseler Stadtparlament gekämpft hat. Er war es, der den roten Genossen in die wutverzerrten Gesichter geschrien hat: Auch auf dem Kasseler Rathaus wird einmal die Hakenkreuzfahne des erwachten Deutschlands flattern und dann rechnen wir ab! Das Ziel ist fast erreicht,
>
> a m k o m m e n d e n S o n n t a g f o l g t d i e A b r e c h n u n g" (HVW, 7.3.1933).

Die Rede Freislers soll hier im Wortlaut der "Hessischen Volkswacht" wiedergegeben werden:

> "Kameraden von der braunen Armee, Nationalsozialisten, Mitbürger! Von dieser Stätte sprachen schon andere Männer über andere Dinge. Hier sprach der Demokrat Koch, der erst versprach, sein Leben dieser Stadt zu widmen und der sehr bald von Kassel verschwand, als er einen besseren Posten bekommen konnte. Hier sprach der schöne Philipp, der Mann, der glaubte, seinen sozialen Sinn betätigt zu haben, als er für sich die kaiserlichen Schloßmöbel holte. Hier sprachen Leute wie der Meineids-Wittrock. Diese alle haben nicht geglaubt, daß wenige Jahre, nachdem die Unterwelt rote Fetzen auf dem Rathause gehißt hatte,
>
> e i n e r w a c h t e s, d i s z i p l i n i e r t e s d e u t s c h e s V o l k, d a s z u s i c h s e l b s t z u r ü c k g e f u n d e n h a b e n w ü r d e, a u f s t e h e n w ü r d e, u m d a s Z e i c h e n s e i n e r S e h n s u c h t, d a s Z e i c h e n s e i n e s G l a u b e n s u n d s e i n e r H o f f n u n g, d a s Z e i c h e n d e s r o l l e n d e n S o n n e n r a d e s, d i e H a k e n k r e u z f a h n e A d o l f H i t l e r s a u f z u z i e h e n.
>
> Kein Wittrock wird in diesem Rathaussaale noch einmal ein Wort reden können. Meineidige Gesellen gehören nicht in die Säle der Stätte, in der es darum geht, daß ehrenhafte Männer das Schicksal einer ehrenhaften Bevölkerung bestimmen. Fort mit allem Schmutz, fort mit all dem, vor dem der gesunde Sinn des deutschen Volkes sich ekelt.

Ehre, Sauberkeit, Reinheit, Würde sollen wieder einziehen in dieses Haus.

Wir werden sie hineinbringen, wir, die man bisher hinauswerfen konnte: 25 gegen 4. Ihr aber, braune Soldaten, ihr Nationalsozialisten, habt es erreicht, daß man uns nicht mehr herauswerfen, daß jetzt eure Belange hier in diesem Hause vertreten werden können. So wie wir heute feierlich vom Rathaus Besitz nahmen und es verteidigen werden bis zum letzten Mann,

werden wir unsere Arbeit in offener Zusammenarbeit mit den Bürgern durchführen.

Was in dem Rathaus einer deutschen Stadt geschieht, darf das Licht der Öffentlichkeit nicht scheuen. Eure Angelegenheiten werden wir wahrzunehmen wissen. Das System hat sich vor eurer Kritik gefürchtet. Wir wollen so arbeiten, daß wir immer und in jedem Augenblick wieder vor euch treten können. Volksgenossen, laßt euch nicht fangen, wenn ein Grüppchen wie die Staatspartei an die Anschlagsäulen schreibt, ins Rathaus gehöre keine Parteipolitik. Damit schlagen sich die Herren Demokraten selbst ins Gesicht. Es sind die letzten Reste der roten Interessentenhaufen. Euer Gericht am nächsten Sonntag muß euer Gericht vom 5. März noch übertreffen. Volksgenossen, der große Sieg ist errungen. Überall in Deutschland werden die Hakenkreuzflaggen gehißt, überall ist der Glaube und der Opferwille. Sie sind das Unterpfand, daß wir den zweiten Sieg erringen werden,

daß wir aus dieser Trümmerstätte des Rathauses werden erstehen lassen ein Heim, in dem das arbeitende deutsche Volk wohnen, leben, schaffen kann.

Dazu helft in Treue dem Mann, der sein Leben geopfert hat, der nichts kennt als Arbeit und nochmals Arbeit.

Wir stehen in Treue zum Führer ins Dritte Reich, in Treue zu unserem Führer Adolf Hitler. Kampf. Sieg. Heil!

Die letzten Worte Dr. Freislers fanden in brausenden Heilrufen der Menge Widerhall, und dann ertönte das Deutschlandlied und grüßte die Flaggen des neuen Deutschland an ihren hohen Masten.

Zum Schlusse der Kundgebung machte Pg. Hilmar Stock darauf aufmerksam, daß am heutigen Tage auf allen Regierungsgebäuden die Hakenkreuzfahnen gehißt würden. Vieltausendfach erschallte unser Kampfruf 'Deutschland erwache!' und die Menge zerstreute sich, den Geist des Nationalsozialismus

als glühende Flamme im Herzen" (HVW, 7.3.1933).

Nach der Wahl am 12.3.1933 veröffentlichte die "Hessische Volkswacht" am 16.3.1933 folgenden Aufruf:

Es folgt eine Kopie des Aufrufs der HVW vom 16.3.1933.

Mitbürger!

Vierzehn Jahre kämpften Bürger unserer Heimatstadt einen Kampf um die Erhaltung der Lebensfähigkeit unserer Stadt und ihrer Bürger.

Der Kampf war verzweifelt, und der Erfolg blieb aus.

Erfolg konnte diesem Kampf bisher nicht beschieden sein, weil eine in den Fesseln des internationalen Finanzkapitals verstrickte Regierung im Reich und in Preußen die Gemeinden zwangsläufig durch ungerechte Lastenverteilung in den Zusammenbruch hineinzog. Infolge dieses wirtschaftlichen Ruins der preußischen und deutschen Städte kam ein nie in Deutschland gesehener Niedergang von Handel und Gewerbe, eine nie für möglich gehaltene Hochflut der Arbeitslosigkeit und des Hungers.

Ihr alle wißt, daß unsere Stadt eine derjenigen war, die mit am frühesten und schwersten hierunter zu leiden hatte.

Ihr kennt den Hunger und die Not, aber in euere Herzen ist nun auch wieder Hoffnung eingezogen, weil die nationale Front nach jahrelangem opferreichen Kampf kraftvoll hinwegfegt, was das deutsche Volk am Wiederaufbau hindert. Der Führer der nationalen Front an der Spitze der braunen Armee und ihrer Verbündeten hat auf den Wunsch des verehrungswürdigen Herrn Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten, unseres Ehrenbürgers, die Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes, der deutschen Zukunft und damit auch der deutschen Wirtschaft übernommen.

Damit ist neues Vertrauen in weiteste Kreise des schaffenden deutschen Volkes eingezogen.

An euch, Mitbürger, liegt es, nunmehr zu zeigen, daß ihr bereit seid, euer Vertrauen in die Tat umzusetzen.

Hausbesitzer, gebt Arbeit dem Kasseler deutschen Handwerk!

Deutsche Hausfrauen, kauft bei dem deutschen Geschäftsmann!

Beamte! Eingedenk der stets von euch betätigten preußischen Pflichterfüllung, arbeitet mit verdoppelter Kraft am Aufbau von Volk und Staat mit!

Und ihr anderen alle, sagt es einer dem anderen:

Wenn wir unserer Hoffnung und unserem Glauben durch Taten Ausdruck geben, helfen wir zu unserem Teil auch an der Gesundung unserer Heimatstadt.

Wir, die Unterzeichneten, Oberbürgermeister und Bürgermeister der Stadt Kassel einerseits, und wir Kämpfer der deutschen Revolution als Männer eueres Vertrauens andererseits, sind nach eingehender Aussprache entschlossen, als Treuhänder euerer Arbeitskraft und euerer Vermögens, als Treuhänder der Zukunft euerer Kinder, unsere Kraft dafür einzusetzen, daß unsere Heimatstadt ein Hort der Sauberkeit, Reinheit, Sparsamkeit und Gerechtigkeit wird, und daß auf diesem Boden das Wirtschaftsleben im gegenseitigen Vertrauen auf der Grundlage von Treu und Glauben, von uns gepflegt, aufblüht zum Heil aller schaffenden Stände unserer Stadt.

Darum, Mitbürger, helft mit, eingedenk des Leitsatzes des Kampfes unseres Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler

Gemeinnutz vor Eigennutz!

Dr. Stadler, Oberbürgermeister. Lahmeyer, Bürgermeister. Karl Weinrich, Dr. jur. Roland Freisler, Beigeordneter.

Kurz darauf erfolgte die "Aufräumung" im Kasseler Rathaus!

Am 15.3.1933 trafen sich Freisler und Weinrich zu einer Besprechung. Die Sozialdemokraten Nagel, Theiß, Söpfarth u.a. wurden aus dem Dienst der Stadt entlassen.

"Es ist nach Ansicht der NSDAP nicht mit der nationalen Einstellung der Kasseler Bevölkerung zu vereinen, daß weiterhin Marxisten, die führend in der Politik der letzten 14 Jahre tätig waren, mit den für die Allgemeinheit wichtigen Ämtern weiterhin betraut werden" (HVW, 16.3.1933).

Die Kommunisten wurden von der Arbeit im Rathaus ausgeschlossen, die "Hessische Volkswacht" zum Amtsblatt der Stadt Kassel erklärt.

Am 25./26.3.1933 schrieb die "Hessische Volkswacht" - "Kassels Oberbürgermeister zurückgetreten - Kassels Verwaltung unter nat.-soz. Leitung - Pg. Lahmeyer wird Oberbürgermeister - Dr. Stadler macht den Weg für den Nationalsozialismus frei".
Aus diesem Grund versammelten sich Kasseler SA und Nationalsozialisten am 24.3.1933 erneut vor dem Rathaus. Wieder hielt Freisler eine Rede:

"Mitbürger! Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hält auf Grund des Willens der ungeheueren Mehrheit des deutschen Volkes das deutsche Schicksal in der Hand, und das in einem Augenblick, in dem ein grundlegender Wandel aller Anschauungen eingetreten ist, in einem Augenblick, in dem an die Stelle einer gestorbenen, eine neue politische Weltanschauung sich die deutsche Seele erobert hat. (Lebhafte Bravorufe.)

In diesem Augenblick ist kein Platz für diejenigen, die nicht mit ganzem Herzen beim Vaterlande waren. (Bravo.) Aber Mitbürger, in diesem Augenblick vollziehen sich auch menschliche Tragödien, die der siegreiche Nationalsozialismus achtet. Wir achten es, wenn ein Mann, dessen Sauberkeit und Anständigkeit und Arbeitseifer über alle Zweifel erhaben ist, ein Mann, der auch unser Volk und unser Vaterland liebt, in einem solchen Augenblick auf Grund freien Entschlusses eines deutschen freien Mannes erklärt, was mir der Herr Oberbürgermeister der Stadt Kassel soeben erklärt hat.

D e r O b e r b ü r g e r m e i s t e r
f r e i w i l l i g z u r ü c k g e t r e t e n.

Der Herr Oberbürgermeister der Stadt Kassel hat erklärt, daß er getrieben von heißer Liebe zum Vaterland und zur Heimatstadt, einsieht und fühlt, daß in diesem großen Augenblick, in dem das deutsche Heim errichtet wird, von manchem schwerste Opfer verlangt werden, von ihm jetzt, wie er selbst fühlt, das Opfer, zu erklären:

D i e S t a d t, d e r i c h i n J a h r e n
s c h w e r s t e r N o t v o r s t a n d, m u ß
i c h n u n m e h r d e m N a t i o n a l s o z i a-
l i s m u s g a n z ü b e r g e b e n. (Bravo.)
D e n n n u r d a n n i s t d i e B ü r g e r-
s c h a f t d i e s e r S t a d t i n d e r L a-
g e, s i c h e i n n a t i o n a l s o z i a l i-
s t i s c h e s H e i m h i e r z u e r b a u e n.

> Mitbürger! Es war eine schwere Stunde für den Herrn Oberbürgermeister, und deshalb wollen wir nicht billig triumphieren, sondern wir wollen das, was er getan hat, als die deutsche Tat eines Mannes, der zwar anders denkt wie wir, aber doch deutsch ist, achten. Deshalb erkläre ich als der Kämpfer des Nationalsozialismus, im Kasseler Rathaus in den letzten neun Jahren von hieraus nunmehr:
> Diese Jahre, sie waren ungeheuer schwer, und sie werden für manche Bürger unserer Stadt in Erinnerung bleiben, als Jahre furchtbarster Not und Entbehrung. Aber der Mann, der in diesen Jahren an der Spitze stand, blieb doch ein deutscher Mann..." (HVW, 25./26.3.1933).

Denkbar für den Rücktritt Stadlers sind zwei Möglichkeiten. Entweder hatte er kein Interesse daran, unter nationalsozialistischer Herrschaft weiterzuarbeiten oder der Rücktritt wurde ihm nahegelegt.

3.3 Die Besetzung des Kasseler Gewerkschaftsgebäudes (7.3.1933)

Am 8.3.1933 verkündete die "Hessische Volkswacht": "Auf den Kasseler Amtsgebäuden wehen Hitlerfahnen - Der Sturm auf das rote Gewerkschaftshaus - SA hißt das Banner der Freiheit auf den Bonzenpalästen und den Kasseler Behörden - Marx. Fetzen verschwinden"!
Einen Tag zuvor hatten die Nationalsozialisten sämtliche öffentliche Gebäude Kassels besetzt und als Zeichen der Eroberung Hakenkreuzfahnen gehißt. Zur "Feier des Tages" hatten die Kinder schulfrei bekommen! Unter Führung Freislers und Weinrichs und in Begleitung von SA, Hitlerjugend, Spielmannszügen und zahlreichen weiteren Nationalsozialisten zogen die "braunen Kolonnen" von den Schulen zum Regierungspräsidium, zum Gerichtsgebäude (vgl. Abschnitt 3.4), zum Oberpräsidium und zur Eisenbahndirektion. Hier gab es jedoch zunächst Schwierigkeiten, denn

> "Der Reichsbahn-Direktionspräsident M a r t i n, ein typischer Vertreter der schwarzen Kaste, wollte unseren Parteigenossen verbieten, vom Balkon des Direktionsgebäudes zu den versammelten Massen zu sprechen. Die nationalsozialistische Beamtenschaft der Reichsbahndirektion wird hoffentlich in allernächster Zeit ihre Gesinnung frei und offen zeigen können, denn Leute, die sich dem Volkswillen nicht fügen wollen, werden überrant" (HVW, 8.3.1933).

Nachdem Hilmar Stock, der auch bei der Besetzung der anderen Gebäude die Kundgebungen eröffnete, den Reichsbahnpräsidenten dementsprechend beschimpft hatte, ergriff Roland Freisler das Wort.

> "Der Reichsbahnpräsident Martin versuchte dann Dr. Roland Freisler in seiner Rede zu stören, was sich Pg. Freisler energisch verbat. Pg. Freisler erinnerte daran, daß das Berliner SPD-Organ die Auslieferung der Reichsbahn in die Hand des internationalen Finanzkapitals als eine finanzielle Hochtat gefeiert habe. Verspürt hat von dieser Hochtat der deutsche Eisenbahnarbeiter, der Beamte, der Arbeiter - nichts! Die Eisenbahn gehört dem deutschen Volke. Die deutschen Eisenbahnbeamten sehnen sich danach, daß ihre Arbeit dem deutschen Volke zurückgegeben wird, daß sie für Deutschland arbeiten können. Daher werden auch auf diesem Gebäude die Flaggen gehißt, die Schwarz-Weiß-Rote, unter der vier Jahre der erste Teil der deutschen Revolution von 1914-1918 mit heiligen Blutopfern erkämpft wurde und die Flagge, unter der es jetzt geglückt ist, die Diener der Weltfinanzen in Deutschland zu Paaren zu treiben, unter der eine Front steht, die bereit ist, zu leben und zu sterben für das dritte Reich" (HVW, 8.3.1933)!

Nach dem Horst-Wessel-Lied gingen sie zur Landesversicherungsanstalt, auch "Klebepalast" genannt. Auch hier sprach Freisler zu den nationalsozialistischen Anhängern.

> "Wir sind hierhergekommen, um dem Präsidenten von eigenen Gnaden zur Verantwortung zu ziehen. Der Herr Präsident von eigenen Gnaden aber hat es vorgezogen, durchzugehen, um sich eine Wohnung zu suchen. Da war Herr Braun doch schlauer, der flüchtete gleich über die Reichsgrenze, aber so schlau ist Herr Thöne ja nie gewesen.
>
> Sozialen Zwecken sollten diese Gebäude dienen. Wem hat es aber in Wirklichkeit gedient? Den Bonzen, deren Zeit nun endgültig vorüber ist. Wenn die Leute, die versprachen, die sozialistische Republik aufzubauen, nur einen Funken Anstand besäßen, dann müßten sie sich jetzt hierher stellen und offen bekennen: Deutsches schaffendes Volk, wir haben dich betrogen! Aber keiner dieser Bonzen hat den Mut, sich dem Volke zu stellen, und so schreiten wir über sie hinweg. Wir wollen leben, arbeiten, kämpfen, weil wir auch sterben konnten" (HVW, 8.3.1933).

Hierauf begab sich der Zug zur Ortskrankenkasse.

> "Dann ergreift Dr. Freisler das Wort, um denen, die sich vielleicht erdreisten könnten, die Symbole unseres Kampfes und unseres Sieges zu entfernen, eine nicht mißzuverstehende Warnung zu erteilen. Auch hier wurden die Reden unserer nationalsozialistischen Führer mit ungeheurem Jubel aufgenommen, mit einem Jubel, aus dem der heiße Wunsch spricht, daß an Stelle der Fäulnis und Korruption, der Raffgier und des Ausbeutertums recht bald Sauberkeit und Ordnung, Selbstlosigkeit und Gemeinnutz in den Häusern herrschen mögen, die der Wohlfahrt der schaffenden deutschen Arbeiter dienen" (HVW, 8.3.1933).

Inzwischen wurde ein Gerücht verbreitet, nach dem im Gewerkschaftshaus eine "g e h e i m e S i t z u n g d e r B o n z e n" abgehalten würde. Außerdem sollten dort noch zahlreiche Exemplare von "hetzerischen g e m e i n g e f ä h r l i c h e n F l u g b l ä t t e r n und i l l e g a l e n D r u c k s c h r i f t e n" verborgen sein.

Wiederum unter Führung Freisler und Weinrichs sowie Stocks und Gerlands eilte die "aufgeregte" Menge sofort dorthin und stürmte das Gebäude. Bereits am Vormittag des genannten Tages hatten sich die Gewerkschaftssekretäre Eckel und Haupt hilfesuchend an die Polizei gewandt, da sie von der beabsichtigten Besetzung erfahren hatten. Nach Rücksprache der Polizei mit den Nationalsozialisten, wurde den Sozialdemokraten der Schutz jedoch verweigert, da eine derartige Aktion nicht geplant wäre!

> "Als das Haus besetzt wurde, schritten die anwesenden Polizeibeamten des Überfallkommandos sowie andere Polizisten aus dem zuständigen Revier nicht ein" (KAMMLER u.a. 1983, S. 14).

Noch am selben Tag sandte der "Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund - Ortsausschuß Kassel" ein Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg (Staatsarchiv Marburg 165/3982, Bd. 9):

> "heute nachmittag von nationalsozialisten unter dem schutze der polizei ohne anlass innenraeume des gewerkschaftshauses zerstoert tueren eingeschlagen mobilar zertruemmert akten und mitgliederverzeichnisse durch fenster auf strasse geworfen kostbare zunftfahnen der gewerkschaften mitgenommen und auf oeffentlichem platze verbrannt platten von photographischen aufnahmen ueberzerstoerungen mit vorgehaltenen revolvern aus wohnung des photographen geraubt weitere ausschreitungen zu befuerchten ungeheure empoerung der bevoelkerung ersuchen um einschreiten - allgemeiner deutscher gewerkschaftsbund ortsausschuss kassel".

Diese Schilderung stimmte im wesentlichen mit dem Bericht des Kasseler Polizeipräsidenten überein.

Die "Hessische Volkswacht" widersprach dem jedoch:

> "Um allen von der N i e d e r t r a c h t u n d e l e n d e n V e r l e u m d u n g s s u c h t verbreiteten Gerüchten ein für alle Mal die Spitze abzubrechen, stellen wir fest, daß im Gewerkschaftsgebäude nicht ein Gegenstand in mutwilliger Weise beschädigt worden ist, daß, abgesehen von Hetzblättern, einigen roten Fetzen und Plakaten nichts aus dem Gewerkschaftshaus entfernt worden ist. Wir werden nachdrücklich gegen jene Burschen vorgehen, die die gemeine Lüge verbreiten, daß die Karthotheken des Gewerkschaftshauses irgendwie zerstört worden seien" (HVW, 8.3.1933).

Im Gegenteil würden diese noch von den Nationalsozialisten gebraucht. Als "feige" wurde die Haltung der Gewerkschaftler bezeichnet, die die Besetzung widerspruchslos geduldet und geschützt durch eiserne Gitter beobachtet hätten.

Anschließend erfolgten die Ansprachen vom Balkon des Gebäudes aus:

> "Der Jubel, der die Zehntausende erfaßt, ist sicher grenzenlos, und nur langsam kann sich Pg. Dr. Freisler, der nunmehr das Wort ergreift, durchsetzen. Er erinnert an den Kampf, der am 4. Mai 1924 vor dem Gewerkschaftsgebäude geführt wurde und der damals mit unserer Niederlage endigte. Aber damals wußten wir schon, daß der Tag kommen würde, an dem die feigen Bonzen ihre Burg nicht verteidigen würden, die Zwingburg der Fronvögte des geknechteten Proletariats, die wir nunmehr gestürmt haben" (HVW, 8.3.1933).

Am Martinsplatz wurden die "Hetzblätter", Bilder und Fahnen verbrannt.

> "Jubel bricht aus, als Pg. Dr. Roland Freisler den Massen ein kitschiges Bild des ach so bourgeoisen Philipps zeigt, das ebenfalls in die Flammen geworfen wird. Alle verstehen: So wie dieses Bild eines Arbeiterverräters sich in Asche auflöst, so wird der volksverderbende klassenkämpferische Marxismus aus Deutschland ausgerottet werden zum Heile und Segen des deutschen Arbeiters. Nochmals spricht Pg. Dr. Roland F r e i s l e r von Siegesfreude und starker Zukunftshoffnung getragene Worte zu den Massen, noch einmal erklingt das Horst-Wessel-Lied, nochmals rufen wir unserem Führer Adolf Hitler ein aus zehntausend Kehlen erschallendes Sieg-Heil zu, dann geht es in einem imposanten, auch die noch abseits stehenden Arbeiter der Altstadt in seinen Bann ziehenden Zug zu den Bürgersälen, wo nach einem Vorbeimarsch vor der SA-Führung und der politischen Leitung die Auflösung des Zuges erfolgt.

> Kassel steht von heute an unter dem Siegeszeichen des Hakenkreuzes. Die Gefolgsleute Adolf Hitlers und mit ihnen das ganze deutsche Volk werden dafür sorgen, daß keine Hand es jemals wieder wagen darf, die Symbole der deutschen Freiheit zu entfernen" (HVW, 8.3.1933).

Später wurde das Gewerkschaftshaus von der Polizei geschlossen, mit der Begründung, "daß von Seiten der Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus Führungen mit demonstrativen Charakter durch die beschädigten Räume veranstaltet werden würden" (KAMMLER u.a., 1983, S. 14). Möglicherweise befürchteten die Nationalsozialisten bei der Besetzung des Gewerkschaftsgebäudes Schwierigkeiten, weshalb sie aus taktischen Gründen das Gerücht der "geheimen Sitzung der Bonzen" verbreiteten, welches ihnen die "Legitimation" für die geplante Stürmung lieferte. Hier zeigte sich sehr deutlich, was Freisler unter Vertretung der Arbeiterinteressen verstand, nämlich die Zerschlagung ihrer Organisation und damit ihres einzigen Machtmittels.

3.4. Die Besetzung des Kasseler Gerichtsgebäudes (7.3.1933)

Am selben Tag, an dem die "Eroberung" der bereits genannten öffentlichen Kasseler Gebäude vorgenommen wurde, besetzten die Nationalsozialisten auch das Gerichtsgebäude.
Wiederum stand Freisler an der Spitze und hielt eine lange Rede:

> "Kameraden, Nationalsozialisten! Die Grundlage jeden Staates ist das Recht. Recht aber ist das, was ein Volk an Regeln aufgestellt hat, um sein eigenes Gewissen zum Maßstabe des Handelns aller Bürger zu machen. Vierzehn Jahre versuchte es eine gewissenlose Partei-Klique Recht in Unrecht zu verkehren, vierzehn Jahre versuchte diese Kaste das Volk zu knebeln, die Mittel des Staates ihren eigennützigen Zwecken nutzbar zu machen. Aber vierzehn Jahre kämpften auch aufrechte Männer in den deutschen Gerichten einen erbitterten schweren Kampf darum, daß das Recht Recht bleibe und das Recht wieder Recht werde. Von dem roten Justizministerium wurde eine bewußte Parteipolitik geführt,

die alle Stellen mit Parteibonzen besetzte. In die Bücher der Schande der letzten vierzehn Jahre sind unauslöschlich eingetragen die Namen aller derer, die die Gebäude des Rechts mißbraucht haben, um Unrecht mit Gewalt zu erzwingen. Die Namen der Leute, die mit der Rechtsprechung Schindluder getrieben haben, werden wir nie vergessen, über diese Leute wird das deutsche Volk in diesen Gebäuden Gericht halten. Wir wissen es aber, daß es dem deutschen Richterstand trotz des roten Terrors geglückt ist, mit Unterstützung der echten Angestellten und Beamten sich fähig zu halten, jetzt, nachdem der Druck weggenommen ist, mitzuarbeiten an einem Staate der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Wenn heute in diesem Gebäude Beamte von sich aus gesammelt haben, um von ihren beschränkten Geldmitteln eine Fahne zu kaufen, die hier wehen soll, dann ist es ein Unterpfand dafür, daß Gerichtsbeamte aller Arbeitskreise mit uns zusammen kämpfen werden, um aus den Trümmerhaufen, den man uns überlassen hat, ein deutsches Heim zu bauen.

Und während wir Nationalsozialisten hier auf diesem Gebäude die Fahne hissen, gedenken wir des Führers durch Not und Tod, des Führers, der unsere Sehnsucht auf das Dritte Reich der sozialen Freiheit und Gerechtigkeit, der nationalen Ehre und Würde erfüllen wird, unseres Führers, Adolf Hitler" (HVW, 8.3.1933).

Laut BUCHHEIT sollte der damalige Oberlandesgerichtspräsident Dr. Anz Freisler davon überzeugt haben, das Gerichtsgebäude in seiner Position als Ministerialdirektor des preußischen Justizministeriums nicht zu stürmen. Außerdem sollte Anz verhindert haben, die Fahne auf dem Dach des Gerichts zu hissen; statt dessen wurde sie über dem Hauptportal angebracht. Der Mut dieses Mannes hätte Freisler sehr beeindruckt, so daß er ihn zum Kammergerichtspräsidenten befördern wollte. Zu diesem Zweck wäre Dr. Anz ins Preußische Justizministerium geladen worden. Der Besprechung gehörte außerdem der preußische Justizminister Kerrl an. Freisler hätte sich aber nicht durchsetzen können und Anz hatte später Selbstmord begangen (vgl. BUCHHEIT, 1968, S. 24/25).

Als Jurist war es eine der vordringlichsten Aufgaben Freislers, die Gerichte mit Nationalsozialisten zu besetzen, um die Verfolgung von Straf-

taten der Anhänger bzw. Mitglieder der Partei zu unterbinden und die politischen Gegner unterdrücken zu können.

3.5 Die Stadtverordnetenversammlung vom 30.3.1933

Unter der Überschrift "Die nat.-soz. Stadtverordnetenfraktion - Vier alte Kämpfer an der Spitze" würdigte die "Hessische Volkswacht" am 13.3.1933 die nationalsozialistischen Stadtverordneten Weinrich, Freisler, Köhler und Moog.

> "Als Charakterisierung der kommunalpolitischen Tätigkeit Dr. Roland Freislers im Kasseler Rathaus mag jener Satz gelten, den Bürgermeister Lahmeyer einmal über ihn aussprach: ' D r. R o l a n d F r e i s l e r h a t d i e t r o s t l o s e F i n a n z k a t a s t r o p h e d e r S t a d t K a s s e l i m m e r w i e d e r b e t o n t u n d v o r h e r g e s a g t und ich als Finanzdezernent der Stadt Kassel habe ihm immer recht geben müssen.' Gegen die marxistisch-bürgerliche Mehrheit im Kasseler Rathaus anzukämpfen und trotz dieser Mehrheit vieles für die Bürgerschaft zu erreichen, das war immer das Ziel dieses Mannes, der als hervorragender Jurist, als Mitglied des Preußischen Landtags und als Reichsredner der NSDAP, als Leiter des nationalsozialistischen Juristenbundes und Mitglied unseres heimischen Kommunallandtages, trotz ungeheurer Arbeitslast immer noch Zeit genug fand, um als Wahrer der Interessen der Bürgerschaft Kassels im Rathause zu wirken."

Am 30.3.1933 hatten sich die nationalsozialistischen Stadtverordneten zu einer kurzen Besprechung im Adolf-Hitler-Haus getroffen. Anschließend zogen sie in Uniform gemeinsam mit der SA der Sturmbanne I und III und der Kasseler Hitlerjugend zum Rathaus. Begleitet wurden sie vom SA Musikzug 83 und dem Spielmannszug I/83. Hier traten sie zu einer ersten Fraktionssitzung zusammen. Mit 27 Mandaten hatten sie die Mehrheit im Stadtparlament erreicht. Dem Vorstand der Fraktion gehörten Weinrich, Freisler und Lengemann an. Friedrichs wurde zum Geschäftsführer ernannt. Ferner bestimmte Weinrich 11 nationalsozialistische Stadträte.

"Mit warmen Worten begrüßte dann Pg. Weinrich den Parteigenossen D r. R o l a n d F r e i s l e r als den Mann, der in der Arbeit des Gaus Hessen-Nassau-Nord immer zur Verfügung gestanden habe und stets auch mit dieser Arbeit etwas geschafft habe.

L e i d e r w ü r d e D r. F r e i s l e r i n a b s e h b a r e r Z e i t K a s s e l v e r l a s s e n, d a e r i m D i e n s t e d e r n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e n F r e i h e i t s b e w e g u n g s e i n e A r b e i t v o l l u n d g a n z i m p r e u ß i s c h e n J u s t i z m i n i s t e r i u m z u r V e r f ü g u n g s t e l l e n m ü s s e.

Wir Kasselaner werden Dr. Roland Freisler niemals vergessen, ebensowenig, wie er seine alten Kameraden, mit denen er hier zusammen gekämpft hat, vergessen wird. Roland Freisler hat dem Gau Hessen-Nassau-Nord der NSDAP alle Ehre gemacht! Ein herzlicher Händedruck bekräftigte die Worte des Gauleiters" (HVW, 31.3.1933).

Vom Rathaus zogen die "Braunhemden" dann zur Stadthalle. Dieses bezeichnete die "Hessische Volkswacht" als "Triumphzug nationalen Willens und nationalsozialistischer Tatkraft." Der "Festsaal" war mit Hakenkreuzfahnen, Lorbeerbäumen und Blumen geschmückt. Sozialdemokraten und Kommunisten waren nicht anwesend, wohl aber 9 weitere Stadtverordnete. "Durch ein Orgelvorspiel wurde die feierliche Sitzung eingeleitet." Nachdem Oberbürgermeister Lahmeyer einen Überblick über die Lage der Stadt Kassel gegeben hatte, folgte "die feierliche Einführung und Verpflichtung der neuen Stadtverordneten durch den kommissarischen Oberbürgermeister" (HVW, 31.3.1933).

Dann ging man zur Tagesordnung über. Als einer der wichtigsten Punkte galt die Änderung der Geschäftsordnung. Von den nationalsozialistischen Stadtverordneten wurde erwartet (!), daß sie der neuen Ordnung ohne Widerspruch zustimmten! Sie wurde dann auch einstimmig angenommen. Später hielten Weinrich und Freisler längere Reden. Freisler begann mit den Worten: "Kameraden im braunen Ehrenkleid!" Voller Schadenfreude berichtete er davon, daß der frühere Stadtverordnetenvorsteher Hofacker ihn "flehentlich" gebeten hatte, ohne Gefahr nach Kassel zurückkehren zu dürfen und daß viele Mitglieder der marxistischen Parteien geflohen waren! Dann beschimpfte er noch einmal heftig die Sozialdemokraten und verkündete Hindenburgs und Hitlers Ernennung zu Ehrenbürgern der Stadt Kassel. Des weiteren betonte er "Der Nationalsozialismus will kein Unrecht begehen"! Einige Beamte wären aufgrund falscher Informationen " kommunistischer Provokateure " von den

Nationalsozialisten entlassen worden. Dieses Unrecht würde wieder "gutgemacht".

Es folgt eine Kopie der Stadtv. Vers. vom 30.3.1933, S. 15-20.

Stadtv.Vorsteher Lenzmann: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Einführung der neugewählten Beigeordneten erst dann erfolgen kann, wenn die Bestätigung vorliegt. Die Einführung bleibt einer späteren Sitzung vorbehalten.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung (Der Rundfunk wird eingeschaltet).

Punkt 10. Stellungnahme der Stadtv.Vers. zu den Ausführungen des Bürgermeisters über die Lage der Stadt Kassel.

Stadtv.Vorsteher Lenzmann: Hierzu hat das Wort der Herr Stadtv.Weinrich.

Stadtv. Weinrich: Deutsche Männer und deutsche Frauen! Der heutige Tag ist der Wendepunkt in der Geschichte der Stadt Kassel. Durch Beschluß der Komm. Staatsregierung ist am 12. März das Stadtparlament Kassels neu gewählt und somit dem Volkswillen Rechnung getragen worden. Die Bürger Kassels haben an diesem Tage ihren Willen dahingehend kundgegeben, daß sie mit der fast 15 jährigen marxistisch-demokratischen Mißwirtschaft ein Ende machen und das Geschick der Stadt anderen Männern anvertrauen wollen, die die Gewähr dafür geben, daß sie durch selbstlosen Arbeiten der grenzenlosen Not steuern. Unermeßlich groß sind die Schäden, die die Machthaber der letzten 15 Jahre in allen Stellen - sei es im Reich, Staat oder den Kommunen - angerichtet haben. Riesengroß ist daher auch die Summe, die benötigt wird, um die materielle Not lindern zu können, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und den Volksgenossen Arbeit zu geben. Mehr als 19 Milliarden RM sind nötig, um all diese Schäden beheben zu können. An dieser gewaltigen Summe kann man erst ermessen, wie ungeheuerlich die marxistische Mißwirtschaft gewirkt hat, ganz abgesehen von der kulturellen und seelischen Not, die sich zahlenmäßig gar nicht erfassen läßt. Wir treten nunmehr ein Erbe an, das man schon eher als Trümmerhaufen bezeichnen muß. Unermeßlich groß ist das vor uns liegende Arbeitsfeld, aber der feste Wille, die Arbeit unbedingt zu bewältigen, ist in all den schweren Jahren, die wir als Propagandisten für Deutschlands Erneuerung haben durchkämpfen müssen, unser Wegbereiter gewesen. Wir sind hart und ehern geworden in diesem ersten Kampfabschnitt, wir werden den Kampf auch in der zweiten Phase bestehen und dem Volke das geben, was es von uns erwartet. Zur Erledigung dieser Arbeit haben wir die Macht übernommen und sind dafür andererseits bereit, auch die ganze Verantwortung zu tragen. Der Schwere der übernommenen Verpflichtungen sind wir uns bewußt, und die von uns zur Erfüllung der gestellten Aufgaben einzuleitenden Maßnahmen werden immer und immer wieder von dem Gedanken geleitet; Nutzen diese Maßnahmen der gesamten Bevölkerung Kassels und nicht nur einer kleinen Schicht, wie wir überhaupt unser Sinnen und Trachten darauf richten, daß nicht dem Einzelnen allein, sondern der Gesamtheit der uns anvertrauten Stadt Kassel gedient wird. Wenn wir die Finanzen der Stadt Kassel, das kulturelle Leben, die Wirtschaft usw. verbessern wollen, müssen wir auch zu Maßnahmen greifen, die sehr oft unpopulär erscheinen. Wir schrecken aber vor Ergreifung dieser Maßnahmen nicht zurück, wenn das Wohl und Wehe der Stadt diese erheischen, und werden sie alle mit der uns innewohnenden Schärflichkeit zur Durchführung bringen. Um die Finanznot zu mildern, müssen nach jeder Richtung hin einschneidende Maßnahmen getroffen werden. Gewiß würden diese belanglos bleiben, wenn nicht von Reich und Staat entsprechende Zuschüsse geleistet würden, aber allen das, was innerhalb der Stadt eingespart werden kann, wird eingespart ohne Rücksicht auf die Person und Dienststelle. Eine Minderung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege ist Hauptbedingung, d.h. es muß angestrebt werden, daß die Armen der Ärmsten, die früher bessere Tage erlebt haben und auf eigenen Füßen standen, wieder in die Lage versetzt werden, durch eigener Hände Arbeit ihr Brot und ihre

Unterkunft zu verdienen. Hierfür werden vom Reich in Kürze entsprechende Maßnahmen ergriffen. Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unterlassen, auf die schwierige und aufreibende Arbeit der Beamten des Wohlfahrtsamtes hinzuweisen. Was aber als eine auffällige Erscheinung bezeichnet werden muß, ist die Verständnislosigkeit einzelner Beamten des Wohlfahrtsamtes. Ich will nicht verkennen, daß sie durch die Überfülle der Arbeit auch einmal die Geduld verlieren können. Sie hätten aber andererseits immer daran denken müssen, daß die Wohlfahrtsempfänger schon längst ihre Geduld verloren haben. Man muß sich doch einmal in die Psyche eines dieser Armen hineinversetzen. Solange man selbst noch im Genusse eines regelmäßigen Einkommens ist muß man alles vermeiden, was diesen bedauernswerten Menschen das Gefühl ihrer Hilflosigkeit noch augenscheinlicher macht. Daß mit dem Schicksal dieser Menschen, die früher zum mindesten der Mittelschicht angehörten, und die nun verproletarisiert sind, auch der kulturelle Verfall seinen Gleichschritt gehalten hat, ist wohl allerseits bekannt. Ein Volk, das seine Tradition, seine großen Männer und seine Geschichte vergißt und zuläßt, daß die junge Generation in den Schulen systematisch in Unkenntnis über unsere erhebende Vorgeschichte gehalten wird, ist dem Untergang geweiht, wenn nicht mit starker Hand eingegriffen wird. Wir Nationalsozialisten wollen aber nicht den Untergang des Volkes, sondern wir werden mit größter Anstrengung darauf hinarbeiten, daß unser Volk sich wieder selbst achtet und seine Geschichte und ihre Männer ehrt. Kunst, Literatur, Theater, Musik usw. sollen und werden wieder in Kassel und darüber hinaus in Kurhessen ihre Pflegestätte erhalten. Wir wollen uns von unseren Kindern nicht dermaleinst beschämen lassen, sondern diese sollen mit Stolz auf ihre Eltern blicken können.

(Lebhafter Beifall.)

Daß uns diese Aufgabe gelingen wird, halten wir für eine Selbstverständlichkeit; denn wir Nationalsozialisten haben im Laufe der 14 Jahre ganz andere Arbeiten gegen staatliche Machtmittel, bürgerliche Interessenlosigkeit und Feigheit marxistischen Terrors durchgeführt,

(Stadtv. Dr. Preisler: Sehr richtig!)

und wenn wir uns heute in Besitze der staatlichen und sonstigen Machtmittel eine derartige Aufgabe stellen, dann sind wir uns dessen bewußt, daß wir sie auch nach jeder Richtung hin erfüllen werden.

(Beifall.)

Selbstverständlich benötigen wir zu dieser Arbeit eine gewisse Zeit; denn was durch 15 jährige Mißwirtschaft vernichtet worden ist, kann nicht in einigen Monaten in Ordnung gebracht werden. Das größte Arbeitsgebiet, was uns obliegt, wohl das A und O unserer ganzen Politik, ist die Arbeitsbeschaffung. Es geht nicht an, daß ein Drittel der Gesamtbevölkerung Kassels arbeiten will, aber systematisch von der Arbeit ferngehalten wird, nicht genügend zum Leben bekommt und dem Nichtstun und somit auch dem Verfall des eigenen Ichs preisgegeben wird. Jede Maßnahme, die uns die Möglichkeit gibt, Arbeit zu beschaffen, wird von uns ergriffen. Wir müssen Hand in Hand mit der Staats- und Reichsregierung arbeiten, und ich bin mir dessen bewußt, daß uns dieses gelingen wird, weil dann endlich der deutsche Arbeiter, Angestellte und Kaufmann, der heute arbeitslos ist, wieder einer regelrechten Beschäftigung nachgehen und sich und seine Familie ernähren kann. Mit den uns in die Hand gegebenen Machtmitteln unter Mithilfe aller hoffen wir, in nicht allzu ferner Zeit die Arbeitslosigkeit und die größte Not zu beheben. Wir sind aber andererseits willens - und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen -, jeden Versuch der Sabotage mit aller Strenge zu unterdrücken

(Sehr richtig! und Beifallskundgebungen.)

und Elemente, die sich dazu hergeben, dorthin zu bringen, wo sie bestimmt nicht wieder daran denken werden, uns in unserer Aufbauarbeit zu stören.

(Lebhaftes Bravo!)

wir schrecken nicht davor zurück, den Einzelnen hart zu bestrafen, wenn wir damit der Gesamtbevölkerung dienen können. Sollten diese Saboteure sich in den Kreisen der Beamten und Angestellten finden, so möchte ich nachdrücklichst darauf hinweisen, daß sie nicht eine Stunde länger im Dienst verbleiben, sondern mit Schimpf und Schande davongejagt werden. Wir wissen, daß die größte Mehrzahl der Beamten sich heute freudig unserer Führung anvertraut und gern mitarbeitet. Wenn es auch leicht ist, sich jetzt, wo man in uns die Machthaber erkennt, uns anzuschließen, so wollen wir doch mit denen nicht rechten, die sich leider erst zu spät uns angeschlossen haben, sondern wir wollen dafür sorgen, daß sie im nationalsozialistischen Sinne erzogen werden, damit wir in Deutschland wieder Beamte bekommen, die nach dem Motto: "Wir sind Diener des Volkes" ihre Pflicht tun. Der gute Ruf des Berufsbeamtentums muß wieder hergestellt werden; denn mit Bedauern mußten wir feststellen, daß die 15 jährige Mißwirtschaft innerhalb der Beamtenschaft verheerend gewirkt und eine Korruption gezeitigt hat, wie wir sie nur in den westdemokratischen Ländern gewohnt sind. Es soll keiner glauben, daß wir all diese Verbrechen mit dem Mantel der Liebe zudecken, vielmehr wollen wir bis ins Kleinste hineinleuchten, um feststellen zu können, ob alle im Rathaus beschäftigten Beamten und Angestellten noch würdig sind, unter unserer Führung zu arbeiten.

(Sehr richtig!)

Ein besonderes Augenmerk werden wir selbstverständlich auf das sogen. Vergebungswesen richten; denn dieses war immer die Domäne der Korruption. Hier werden wir vor den strengsten Maßnahmen nicht zurückschrecken und auch die kleinste Verfehlung zu ahnden wissen. Die Bevölkerung soll wissen, daß wir in aller Kürze wieder das alte, ehrliche und unbestechliche Berufsbeamtentum haben werden.

(Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, des nunmehr scheidenden Oberbürgermeisters Stadler zu gedenken. Herr Dr.Stadler ist, wie mein Parteifreund Dr.Freisler schon erwähnte, ein ehrlicher, pflichttreuer und offener Charakter. Daß wir leider durch den Wechsel des Regiments gezwungen sind, auf seine Mitarbeit verzichten zu müssen, ist menschlich bedauerlich. Herr Dr.Stadler hat selbst eingesehen, daß er nicht mit ganzem Herzen bei uns sein kann, und wir Nationalsozialisten erkennen niemals Halbheiten und Kompromisse an, sondern wir verlangen die klare Entscheidung "entweder - oder". Wer sich nicht mit ganzem Herzen zu uns bekennen kann, sondern eigenen Anschauungen nachgeht, muß, wenn er als Führer tätig ist, seine Konsequenzen ziehen. Herr Oberbürgermeister Dr.Stadler hat als echter deutscher Mann das getan, was man von ihm erwarten mußte. Er steht turmhoch über seinem Amtsvorgänger, den wir aus der Geschichte Kasselś nach jeder Richtung hin streichen werden. Die Streichung seines Namens und seines Wirkens ist dem Marxisten Scheidemann bestimmt weniger schmerzlich als die Streichung seiner Pension.

(Sehr richtig.)

Wenn uns das Ermächtigungsgesetz eine Handhabe gibt, sind wir auch willens, für die von ihm angerichteten Schäden noch Regreßansprüche zu erheben und sein Vermögen, was immerhin nicht unerheblich ist, mit Beschlag zu belegen.

(Bravo!)

Wenn ich zum Schluß noch der Beamtenpolitik im Rathaus das Wort rede, so will ich nicht unterlassen, zu erwähnen, daß nach jeder Richtung hin eine durchgreifende Säuberung vorgenommen wird. Komme uns keiner mit den sogen. wohlerworbenen Rechten des Berufsbeamtentums. Für uns gibt es keine erworbenen Rechte, wenn durch diese Beamten die geheiligten Rechte des Volkes mit Füßen getreten worden sind.

(Sehr richtig!)

wer die Rechte des Volkes nicht geachtet hat, der wird erfahren müssen, daß es für ihn auch keine wohlerworbenen Rechte gibt, und gibt uns das ermächtigende Gesetz die Möglichkeit der Nachprüfung korruptionsmäßiger Beförderung Einzelner, dann weise ich mit Nachdruck darauf hin, daß wir diese Revision derartig durchführen, daß die Betreffenden wieder in die Stellen und Dienstgrade zurückversetzt werden, in die sie auf Grund ihres Könnens und ihrer Arbeitsleistung gehören.

(Bravo! und Beifall.)

Ich glaube, daß sich mancher von denen schon mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß uns Handhaben genug gegeben sind, um diesen oder jenen auch ohne Pension in die Wüste schicken zu können. Diese sollen dann auch mal erfahren, wie es ist, wenn man mit ein paar Groschen Erwerbslosengeldern auskommen muß. Ich glaube, daß wir damit im Sinne der gesamten Bevölkerung Kassels handeln werden. Um all dies aber durchführen zu können, bitte ich um das Vertrauen der Mitbürger Kassels, und wenn es diesem oder jenem nicht schnell genug gehen sollte, dann möge er bedenken, daß wir zu dieser Säuberungsaktion und dem Wiederaufbau auch Zeit benötigen; denn aus einem Schutthaufen können wir nicht im Handumdrehen ein neues Haus bauen. Der Herrgott möge uns zu dieser unserer Aufgabe die nötige Kraft geben; den Willen, der Bürgerschaft ist für das Gelingen, haben wir.

(Lebhafte Beifallskundgebungen und Bravo-Rufe.)

Stadtv.Vorsteher Lengemann: Das Wort hat der Herr Stadtv. Dr.Freisler.

Stadtv. Dr.Freisler: Kameraden in braunen Ehrenkleid! Nationalsozialisten, Bürger und Bürgerinnen der Stadt Kassel! Wir kämpfen nunmehr 9 Jahre lang von dieser Stelle aus um eine Stadt, die sauber und rein ist, eine Stadt, deren Verwaltung sich bewußt ist, daß sie Dienerin des Volkes ist, um eine Stadt, die gerecht handelt gegenüber ihren Bürgern, eine Stadt, die vor allen anderen Dingen die Belange der Armen und Ärmsten, aus dem Wirtschaftsprozeß Herausgeworfenen achtet und pflegt, eine Stadt, die sich bewußt ist, daß der Schutz des Mittelstandes, des Gewerbes, dem Handwerks Rückgrat städtischer Größe und städtischer Kultur ist. Man hat uns 9 Jahre lang wegen dieses unseres Kampfes verlacht. Man hat uns mit geistigen Waffen nicht niederringen können. Da hat man uns niederzuknüppeln versucht. Wir wissen noch, wie vor wenigen Monaten es eine feige Rohrheit vermocht und fertiggebracht hat, mit 20 - 25 gegen 4 in einem 30 Minuten dauernden Kampf uns aus dem Stadtverordnetensaal herauszuwerfen. Heute ist der Wandel sichtbar.

Ich frage die Sozialdemokratie, wo sie ist.

(Heiterkeit.)

Ich habe ein Recht, sie zu fragen, weil am Montag zu mir in den D-Zug der frühere Stadtverordnetenvorsteher hineinkam und mich flehentlich darum bat, nach Kassel zu telefonieren, damit er ohne Gefahr, verhaftet zu werden, nach Kassel zurückkommen könne. Ich habe Herrn Hofacker erklärt: Ich werde anrufen, Sie können nach Kassel zurückkommen, und ich habe ihm auch gesagt: Sie können mit Ihrer Fraktion zur Sitzung kommen, es wird Ihnen niemand ein Haar krümmen, wenn der meineidige Wittrock draußen bleibt.

(Lebhaftes Bravo! bei den Stadtverordneten und im Publikum.)

Herr Hofacker hat mir erklärt: Ich stehe Ihnen dafür ein, Wittrock bleibt draußen. Wo seid Ihr nun, Ihr Kämpfer für Sozialismus, wo seid Ihr, die Ihr heute in einer anonymen, von niemand unterschriebenen Erklärung pharisäerhaft erklärt, Ihr kennt nicht mit Rücksicht auf gewisse Vorfälle im vorigen Jahr? Ihr habt wohl Angst, daß wir mit Euch auch so verfahren würden, wie Ihr mit uns im vorigen Jahr? Ihr bleibt vor lauter Feigheit weg. Desto besser. Gebt Ihr die Rechte auf für die Mitarbeit im Magistrat, geht sie auf, Ihr gehört auch

nicht

nicht hierher. Denn was der Führer des dritten Reiches dem Abgeordneten Wels gesagt hat: "Ich will ja nicht, daß Ihr mitarbeitet, bleibt weg", das gilt auch in jeder deutschen Stadt.

Wir, die wir hier unter uns zusammen sind, wollen in mehrjähriger Arbeit das schwere Werk des Aufbaues durchführen. Wir wissen alle, die Stadt steht unter einer einheitlichen straffen Führung. Der Bürgermeister: Nationalsozialist

(Lebhafte Bravorufe bei den Stadtverordneten und Publikum, Händeklatschen.),

die Mehrheit des Magistrats Nationalsozialisten, die Mehrheit der Stadtv.Vers. Nationalsozialisten, so wie Grzesinsky und Scheidemann ausgestrichen sind aus der Gemeinschaft des am Aufbau arbeitenden deutschen Volkes, und so wie sie und ihre Genossen das Datum selbst unterstrichen haben dadurch, daß sie den geheiligten Boden des Vaterlandes verließen, ist kundbar jedem Kasseler Bürger: Die Zeit der roten Mißwirtschaft und Mißdeutigkeit, die Zeit, da man in den Schulen unserer Stadt das Bild eines Luther herunterriß

(Pfui-Rufe.),

in der Wehrhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit als Dummheit und Charakterlosigkeit bezeichnet werden durften, ist vorüber. Die heilige Fahne des deutschen Reiches, unter der 2 Millionen Deutscher für unser Volk und Vaterland kämpften und fielen, und die heilige Sturmfahne des Dritten Reiches, sie grüßen das neue Kassel, eine neu erstehende deutsche Stadt,

(Lebhafte Bravo-Rufe. Händeklatschen.)

die durch Arbeit zur Ehre, Reinheit und Würde kommen will. Wenn ich erkläre: Kassel ist eine nationalsozialistische Stadt, so sage ich das in dem Sinne, in dem der Kanzler des Dritten Reiches, der Kanzler des deutschen Volkes, Adolf Hitler, im Deutschen Reichstag sprach als er erklärte: Das ganze Deutschland soll es sein. Wenn ich von dem nationalsozialistischen Kassel spreche, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ich damit nicht zurückgestoßen haben will die Arbeit, auch derjenigen, die, ohne gerade der Nationalsozialistischen Partei sich zuzuerkennen, an einem Aufbau des deutschen Reiches treu, ehrlich und opferbereit mitzuwirken bereit sind. In diesem Sinne versichere ich namens der Stadtverordnetenversammlung den treuen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Kassel, daß sie von der Stadtv.Vers. nicht vergessen werden. Diese Stadtv.Vers. wird ihre Beamtenbetreuung aber nicht so verstehen, daß die führenden Stadtverordneten, die Beamte der Stadtverwaltung sind, selbst für sich außer der Reihe besondere Zulagen und Beförderungen erwirken, sondern daß diese stadtverordneten treu, ehrlich am Aufbau des Reiches mitarbeiten. Beamte, Angestellte und Arbeiter schützen wohlerworbene Rechte in dem Sinne, in dem der Gauleiter, Parteigenosse Weinrich, eben sprach, allerdings nicht; denn das gibt es nicht, das Recht wird nicht erworben durch einen Paragraphen, wohl aber in jenem höheren Sinne, durch Arbeit, Opfer, Treue und Ehrlichkeit. Da erwirbt der Beamte, Angestellte und Arbeiter eines Landes oder einer Stadt sich Rechte, die unveränderlich sind, und die niemand mehr achtet als der Nationalsozialismus, sonst wäre er nicht national und nicht sozialistisch.

Die Zeit, die mir zur Verfügung steht, kann nicht dazu dienen, daß ich zu den dringenden Aufgaben der Stadt spreche. Ich brauche euch, Mitkämpfer, innerhalb und außerhalb der Stadtv.Vers., nicht daran zu erinnern, wie wir 9 Jahre lang Vorschläge auf Vorschläge gemacht haben. Wir wissen, wie es angefangen hat. Vor allem eins: Kassel ist nicht eine Stadt, die allein steht, sondern ein lebendiges Glied des lebendigen großen Volkskörpers, des größten, den wir kennen, des Reiches unserer Sehnsucht, des ewigen deutschen Reiches, eingegliedert in dieses deutsche Reich in treuer Gefolgschaft gegenüber der Regierung der nationalen Erhebung, der diszipliniertesten und deshalb größten Revolution, die die Geschichte je gesehen hat.

bb

Es soll diese Stadt, die Stadt Kassel, nun wieder stolz werden, so frei und stolz, wie es die freien deutschen Städte des großen deutschen Mittelalters waren.

Aber etwas muß ich heute erwähnen, was ein Gebot der Stunde ist. Wir haben uns in diesem Saal vor einiger Zeit klargemacht, der Feind droht nicht, der Feind greift bereits an. Elende, feige Knechte des Goldes, eine Masse blutfremder, elender Elemente, eine Masse von Ausbeutern und Schmarotzern, haben sich u.a. von dem so "berühmten" Einstein und, wie sie alle heißen, führen lassen und betreiben Landesverrat am deutschen Volke. Und ihres Zeichen Blutsverwandte schreiben in einem Leitartikel des Berliner Tageblatts, sie seien ewiger Bestandteil des deutschen Volkes, sie würden ihr Blut geben, um nicht wieder weggerissen zu werden von diesem Volke ..... Wir kennen diese Heuchler. Hier heucheln sie, und jenseits der Grenze, sicher vor dem Richtbeil und Galgen, treiben sie Landesverrat.

Und deshalb, Mitbürger und Mitbürgerinnen, weil das deutsche Volk sich wehren muß, müßt Ihr mitarbeiten und mitkämpfen die großen Kämpfe des Volkes, die die Regierung des Volkes kämpfen lassen will, die großen Kämpfe, mag es auch nur ein Feldzug des Artikels sein gegen die Hetzpropaganda oder ein Feldzug, der der jüdischen Allweltsverleumdungscampagne gilt, heute gilt es, daß jeder, der Erste und der Letzte, mit dabei ist, die Abwehrschlacht zu gewinnen. Und der ist auf ewig gebrandmarkt von uns selbst als ein Verräter, der in diesem schweren Kampfe auch nur einen Pfennig des jüdischen Kapital zu verdienen gibt, der einen Pfennig der destruktiven jüdischen Intelligenz der freien Berufe zu verdienen gibt. Fort mit ihnen! Materialisten und Verräter trifft man am besten an ihren Geldbeutel. Deshalb helft, helft, helft, Mitbürger, daß diese zweite Aushungerung des deutschen Volkes, die die internationale jüdische Hochfinanz versucht, scheitert. Arbeitet mit, jeweils an der Aufgabe des Tages.

Wir Nationalsozialisten wollen das Gelöbde ablegen, daß wir den jeweiligen Anordnungen des Trägers der deutschen Revolution, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihres gewaltigen Führers, des Kanzlers des deutschen Volkes, der den Ruf nach Freiheit, Ehre und Gerechtigkeit, den das deutsche Volk als Sehnsucht ausspricht, in die Welt hinausgerufen hat, daß wir diesem Kanzler unverbrüchlich folgen werden. Wir Nationalsozialisten beantragen deshalb heute, an dem Tag, an dem Kassel nationalsozialistisch in allen seinen Spitzen geworden ist, daß Kassel dieses Gelöbde zum Ausdruck bringt durch einstimmige Annahme eines Antrags, der lautet:

"Den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, den Kanzler des deutschen Reiches, bittet die Stadt Kassel, deren Ehrenbürger der große Feldmarschall des Krieges, der Reichspräsident Hindenburg ist, die Ehrenbürgerschaft der Stadt Kassel anzunehmen, die die Stadt Kassel ihm hiermit anbietet, um damit zu geloben, daß Kassel treu und opferwillig seinem neuen Ehrenbürger im Kampfe um den Bau des Dritten Reiches, nationaler Würde und Freiheit und sozialistischer Gerechtigkeit Gefolgschaft zu leisten bereit ist."

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

Wenn die Stadtverordnetenversammlung, wie ich annehme, einstimmig dem Antrag zustimmt, so bedeutet das nicht eine Ehrung des Dritten Reiches, - der Führer des Dritten Reiches bedarf keiner Ehrung, ihm ist die Pflicht Arbeit, und Arbeit ist Ehre - so bedeutet das ein Gelöbnis unsererseits: Wir haben erkannt die Schicksalsgemeinschaft, die unlöslich alle Stände, Berufe, Organisationskörper in unseren Staate, in Reich, Ländern und Kommunalverbänden und Kommunen, Männer und Frauen, Arbeiter und Beamte, Bürger der freien Berufe und Bauern zusammenfaßt in dieser großen Revolution, damit Deutschland Deutschland werde.

(Lebhaften Bravo! Beifall im Publikum.) X

Stadtv. Vorsteher

In der Ausgabe vom 1./2.4.1933 veröffentlichte die "Hessische Volkswacht" die Reden Weinrichs und Freislers.

Diese erste Stadtverordnetenversammlung, in der die NSDAP nach der Machtergreifung die Mehrheit besaß, veranschaulichte bereits wie die künftigen Sitzungen abgehalten werden würden. Die nationalsozialistischen Beschlüsse standen von vornherein fest. Die Anträge hatten lediglich formalen Charakter, da deren einstimmige Annahme ohne Diskussion erwartet wurde. Das Stadtparlament wurde somit zum reinen Zustimmungsorgan der Parteibeschlüsse degradiert. Gleichzeitig wurde damit der Schein der Mitbestimmung vor der Bevölkerung gewahrt.

3.6 Staatssekretär im Preußischen Justizministerium (1.6.1933)

Am 26.3.1933 wurde Roland Freisler zum Ministerialdirektor und am 1.6.1933 zum Staatssekretär im Preußischen Justizministerium ernannt.

"Der preußische Justizminister

Berlin, den 31.5.1933
Wilhelmstr. 65

Der Herr Preußische Ministerpräsident hat Sie auf meinen Antrag durch die Ihnen bereits ausgehändigte Bestallung vom 29. d. Mts. unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Staatssekretär im Preußischen Justizministerium ernannt. Das neue Amt wird Ihnen vom 1. Juni ab übertragen. Von diesem Zeitpunkt ab beziehen Sie unter Einreihung in die Besoldungsgruppe 3 der festen Gehälter ein jährliches Grundgehalt von 24.000 RM und die Ihnen nach dem preußischen Besoldungsgesetz sowie sonst etwa zustehende weitere Bezüge...
Sie wollen Ihre Löschung in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Land- und Amtsgericht in Kassel umgehend herbeiführen.

gez. Kerrl"

Löschung erfolgt am 27.6.1933

Als Leiter der Personalabteilung begann er sofort mit der rücksichtslosen "Säuberung" der Justiz. Grundlage für sein Handeln war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933.
Bereits Anfang April 1933 wurden die an Kasseler Gerichten tätigen jüdischen Richter beurlaubt, hierzu zählten Landesgerichtsrat Neukirch und

Assessor Arnthal. Von den 24 jüdischen Anwälten wurden entsprechend dem Bevölkerungsverhältnis nur noch Löwenstein und Reinach zugelassen. Sämtliche jüdische Notare durften ihr Amt nicht mehr ausüben. Einige Rechtsanwälte flohen daraufhin ins Ausland, z.B. Lewinski, Lewinsohn oder verschwanden aus der Stadt, wie Goldschmidt, Weisbecker, Werther, Elias und Roßmann. Weisbecker und Levi versuchten zunächst die Anordnung zu umgehen, indem sie sich durch christliche Assessoren vertreten ließen. Die Anwaltskammer wurde aufgelöst, Oswald Freisler zum Leiter des nationalsozialistischen Juristenbundes und Amtsgerichtsrat Kurt Delitzsch zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kassel ernannt (vgl. HVW, 5.4.1933 "Juden gehören nicht in deutsche Gerichte!" und HVW, 31.3.1933).
In der Ausgabe vom 19.3.1933 veröffentlichte die "Hessische Volkswacht" folgenden auch von Freisler unterzeichneten Aufruf:

Es folgt eine Kopie des Aufrufs, HVW, 19.4.1933.

Wir wollen deutsches Recht!

Aufruf an die deutschen Juristen

Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen erläßt folgenden Aufruf:

Vor dem Sturm nationaler Erhebung ist der Spuk fremdrassiger Machtgelüste in alle Winde zerstoben. In überwältigender Geschlossenheit hat sich das deutsche Volk in den letzten Wochen zu seinem Volkstum bekannt. Deutsche Volksgenossen, man will nicht an den Geist des neuen Deutschland, an seinen unbeugsamen Freiheitswillen und seine entschlossene Tatkraft glauben! Schon versucht der Gegner sich wieder zu sammeln. Neue Fesseln sollen für uns vorbereitet werden. Die deutsche Rechtsprechung, die deutsche Rechtspflege soll wieder dem jüdischen, zersetzenden Geist ausgeliefert werden. Wer das Recht hat, hat die Macht!

Auf dem Umweg über das deutsche Recht versucht Juda seine Herrschaft über Deutschland wieder aufzurichten. Deutsche! **Wir können keinen fremdrassigen Richter ertragen! Wir brauchen keinen jüdischen Anwalt!**

Wir lassen nicht zu, daß das heiligste Gut unseres Volkes in der Zukunft weiterhin verdreht und verfälscht wird.

Der Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, in dem sich die arischen Richter, Rechtsanwälte, Verwaltungsbeamte und Volkswirte um ihren Führer, den Reichskanzler Adolf Hitler, scharen, fordert Euch auf, geschlossen hinter ihn zu treten und ihn in seinem Kampfe um das Erbe unserer Väter zu unterstützen. Die Führung des BNSDJ erwartet von den nationalen Verbänden der deutschen Richter- und Anwaltschaft unbedingte Geschlossenheit und bedingungslose Einordnung in die gemeinsame Kampffront. Die Führung des BNSDJ fordert von ihren Mitgliedern unbedingte Disziplin, eiserne Entschlossenheit und unbeugsamen Kampfeswillen. Es gilt das Banner der nationalen Erhebung voranzutragen! Es gilt dafür zu sorgen, daß die Hakenkreuzfahne, das Zeichen deutscher Erneuerung, nicht mehr von unseren Gerichtsgebäuden verschwindet.

Dr. Hans Frank, M. d. R., der Führer des BNSDJ.
Der Reichsgeschäftsführer: Dr. Heuber.
Der Leiter der Rechtspolitischen Abteilung: RA. Schraut.
Die jur. Landesleitungen: RA Dr. F. Möhmer.
RA. Dr. Raefe, M. d. R.
RA. Dr. Bernwieser.
Dr. R. Freisler, M. d. L.
Amtsgerichtsdirektor Dr. Hebler.
RA. Dr. O. Friesche.

Im Zuge der Gleichschaltung fanden am 21.4.1933 die Neuwahlen der Anwaltskammern statt, so auch in Kassel. Juden konnten sich nicht beteiligen. Die Wahl erfolgte erstmals öffentlich.
Von den 15 zu wählenden Anwälten des Oberlandesgerichtsbezirks stammten 10 aus Kassel (vgl. HVW, 22./23.4.1933):

Rechtsanwalt	Bartelt
Rechtsanwalt	Oswald Freisler
Rechtsanwalt	Paulmann
Rechtsanwalt	Platner
Rechtsanwalt	Erwin Rocholl
Rechtsanwalt	Hermann Rocholl
Rechtsanwalt	Schäfer
Rechtsanwalt	Schott
Justizrat	Stahl
Rechtsanwalt	Ziegler

Zu den auswärtigen Kandidaten zählten

Rechtsanwalt	Böttcher (Marburg)
Rechtsanwalt	Dönig (Windecken)
Justizrat	Eckhart (Witzenhausen)
Rechtsanwalt	Schönhals (Rotenburg)
Rechtsanwalt	Schrader (Hanau)

Gleichzeitig richteten folgende Kasseler Rechtsanwälte Gesuche um Ernennung zum Notar ans Preußische Justizministerium:

Name	Ort	Gesuch	Ernennung	Vereidigung
Oswald Freisler	Kassel	25.3.1933	12.4.1933	21.4.1933
Werner Paulmann	Kassel	21.4.1933	4.5.1933	11.5.1933
Alfred Förster	Bd.Wildungen	22.3.1933	5.5.1933	
Günther Schaumberg	Eschwege	8.4.1933	23.5.1933	24.5.1933
Früchte	Kassel	12.4.1933	17.5.1933	23.5.1933
Ludwig Köhler	Kassel	27.4.1933	31.5.1933	9.6.1933

Oswald Freisler hatte bereits am 12.1. und 21.7.1932 Anträge zwecks Ernennung gestellt,wurden jedoch ablehnend beschieden (vgl. Geh. Std. Berlin, Rep. 84a, 23758).
Um Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim OLG-Kassel baten die Assessoren:

Edith Becker	Kassel	21.4.1933	6.5.1933	19.5.1933
Rudolf Kraushaar	Kassel	16.5.1933	26.5.1933	17.6.1933

Anträge auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Amts- und Landgericht in Kassel stellten:

Oswald Freisler	Kassel	1.6.1933	2.6.1933	6.6.1933
Heinz Oeding (Ass.)	Kassel	24.4.1933	5.5.1933	15.5.1933
Dörge (Ass.)	Hann.Münden	4.4.1933	16.5.1933	26.5.1933

Alle Gesuche wurden von Roland Freisler stattgegeben.Becker und Oeding hatten sich zur Beschäftigung gekündigter Angestellter jüdischer Anwälte bereiterklärt. Die anderen Rechtsanwälte bekräftigten ihre arische Abstammung oder ihre Parteizugehörigkeit (vgl. Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 23758/23768).
Von Freisler entlassen wurden die Notare:

Name	Datum
Albert Hüneberg	7.6.1933
David Goldschmidt	7.6.1933
Wilhelm Weisbecker	24.6.1933
Alfred Dellevie	25.9.1933
Julius Lewy	9.6.1933
Julius Kaufmann	7.6.1933
Alexander Lewinsohn	7.6.1933
Siegmund Dornberg	7.6.1933
Max Edinger	7.6.1933
Erich Rocholl	23.6.1933
Karl Elias	24.6.1933
Otto Löwenstein	11.6.1933
Heinrich Steinmetz	21.6.1933
Viktor Levi (Eschwege)	23.9.1933

Am 21.7.1933 sandte Oberlandesgerichtspräsident Delitzsch ein Befürwortungsschreiben eines weiteren Bewerbers um Ernennung zum Notar an das Preußische Justizministerium. In diesem Fall handelte es sich um Rechtsanwalt Hans Stuhlmann. Obwohl dieser das entsprechende Dienstalter noch nicht erreicht hatte, befürwortete Delitzsch den Antrag. In der Begründung führte er aus:

> "Wenn ich gleichwohl eine vorzeitige, nur wenige Monate vor dem genannten Zeitpunkt liegende Verleihung des Notariats befürworte, so findet diese Empfehlung ihren Grund einmal darin, daß bisher 11 jüdische Notare in Kassel aus dem Amt entlassen sind, so daß die Ernennung des Rechtsanwalts Dr. Stuhlmann zum Notar, gegen die auch der Vorstand der Anwaltskammer nichts einzuwenden hat, für die verbliebenen Notare keine Verschlechterung ihrer früheren Lage bedeutet. Mag auch zur Zeit ein ausgesprochenes Bedürfnis nicht bestehen, da die vorhandnen Notare wohl ausreichen, um die vorkommenden Geschäfte zu erledigen, so wird man doch ferner dem Gedanken Raum geben können, daß die durch den Fortfall zahlreicher nichtarischer Notare frei gewordenen Plätze auch schon vor wörtlicher Erfüllung der zeitlichen Voraussetzungen von der nachrückenden früheren Kriegsteilnehmergeneration besetzt werden müssen und daß der Wegfall nichtarischer Notare den verbliebenen Notaren nicht allein wirtschaftlich zugute zu kommen braucht" (Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 23785).

Außer der Durchdringung der Justiz mit Nationalsozialisten wollte Freisler das Mißtrauen der Bevölkerung ihr gegenüber abbauen. Zu diesem Zweck maß er der Justizpresse eine große Bedeutung bei. Am 27.4.1933 fand deshalb im Preußischen Justizministerium eine Konferenz der Leiter der preussischen Justizpressestellen statt. Nachdem Freisler eine Übersicht über den damaligen Aufbau des Justizwesens gegeben hatte, sprach er sich für eine straffere Organisation aus. Ernennung und Abberufung der Leiter der Justizpressestellen sollten daher dem Justizminister vorbehalten sein. Der Aufgabenkreis sollte erweitert werden.

> "Die Arbeit der JPrSt. erstrecke sich keineswegs mehr lediglich auf die Abwehr von Angriffen gegen die Justiz, ihre Hauptaufgabe sei vielmehr, von sich aus die Öffentlichkeit durch das Mittel der Presse über die in der preußischen Justiz geleistete Arbeit zu unterrichten und den neuen nationalsozialistischen Geist der preußischen Rechtspflege dem Bewußtsein des Volkes nahe zu bringen" (Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 3999).

Die Justizpressestellen hätten sich als Mittler zwischen Justiz und Volk zu verstehen und müßten aus diesem Grund stets gut informiert sein, und zwar sowohl über die offiziellen Anordnungen des Justizministers, als auch über ihre eigenen Bezirke. "Außer den laufenden Informationen erscheine es z.B. zweckmäßig, durch Einzelartikel, Interviews u.a. die Arbeit der Justiz volkstümlich zu machen." Vorrängig wären dabei Ereig-

nisse, die die Bevölkerung am meisten interessierte. Die Berichterstattung der Presse sollte überwacht werden. Artikel, die die Autorität der Gerichte untergräben, wären zu verbieten, sachliche Kritik dagegen zu fördern, "falls sie verständnisvoll und aufbauend und nicht nur destruktiv sei." Neben dem dienstlichen müßten auch persönlicher Kontakt gepflegt werden. Ebenso die Verbindung zu anderen Behörden, z.B. Polizeipressestellen. Im Wettbewerb hiermit sollte sich die "Qualität" der "Arbeit besonders auszeichnen". Ferner wäre stete "Fühlungnahme" mit den Unterorganisationen der NSDAP, wie SA, SS usw. erforderlich. Als weitere Medien könnten Rundfunk, Film und Theater dienen. Die Gerichtberichterstatter sollten nach zuverlässigen Kriterien ausgesucht und Auswirkungen der Arbeit auf die Bevölkerung dem Justizministerium mitgeteilt werden (vgl. Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 3999, S. 320/21).

Ein Brief vom 27.4.1933 unterstützte die Forderungen Freislers:

> "Es ist unumgänglich notwendig, daß die Tätigkeit der Gerichte und der Justizverwaltung in allen Kreisen des deutschen Volkes Anklang und Verständnis findet.
> Über die Richtlinien für die Beziehungen zwischen Justiz und Presse bleibt die Neuernennung und Abberufung der Leiter der Justizpressestellen künftig mir vorbehalten...
> Berichten und Nachrichten, die geeignet sind, die Justizverwaltung und die Gerichte herabzusetzen, und das Ansehen der deutschen Rechtspflege zu schädigen, werde ich mit den schärfsten Mitteln entgegentreten" (Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 4006, S. 29 a).

Am 3.5.1933 erteilte Freisler eine offizielle Anordnung betreffs Neuzulassung der Berichterstatter, in der betont wurde, daß nur "zuverlässige und verantwortungsbewußte Personen" für diese Ämter in Frage kämen (vgl. Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 3999, S. 305).

Für Kassel wurde zunächst Amtsgerichtsrat D e l i t z s c h zum Leiter der Justizpressestelle ernannt (25.4.1933), infolge seiner Beförderung zum Oberlandesgerichtspräsidenten wurde am 24.5.1933 Land- und Amtsgerichtsrat M a t e r n zu seinem Nachfolger bestimmt. Stellvertreter wurde Landgerichtsrat T h o m (vgl. Geh. Sta.Berlin, Rep. 84 a, 4006, S. 41/51).

In einer Rundverfügung vom 11.10.1933 verlieh Freisler einer vorangegangenen vom 21.9.1933 noch einmal Nachdruck, dem "neugestalteten Preußischen Justizministerialblatt laufend Material zur Verüfung zu stellen" und stellte ein Ultimatum von 7 Tagen (vgl. Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 4006, S. 102). Am 21.11.1933 erfolgte die Rückmeldung aus Kassel. Sie soll hier im Original wiedergegeben werden.

Es folgt eine Kopie der Berichterstattung vom 21.11.1933, Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 4006, S. 103^{12-19}.

Rep. 84 a, 4006 Geh. Sta. Berlin

13/2.34.

103[12]

Der Leiter der Justizpressestelle
Kassel.

Kassel, den 21. Oktober 33.

Kennwort: „Für das JMBl.".

An die

Pressestelle des Preussischen Justizministeriums

in Berlin -W.8.

Wilhelmstrasse 65

Jn der Anlage überreiche ich für das Justizministerialblatt:

1.) Bericht der Justizpressestelle Kassel vom 21.10.1933,

2.) Beitrag von Herrn Landgerichtsrat Dr. Dittmar, Kassel „zur Eidesbelehrung".

3.) Aufsatz von Herrn Landgerichtsrat Dr. Kessler, Kassel, „Zur Neugestaltung der Referendarkurse".

Landgerichtsrat.

Herrn Staatssekretär ergebenst.

gel. 25/10

W3 13

Der Leiter der Justizpressestelle in Kassel.

Kassel, den 21. Oktober 1933.

Bericht für die „Preussische Justiz".

1. Anfang dieses Monats fand die feierliche Eröffnung des Amtsgerichte in ~~Münden~~ Gemünden a.d.Wohra, sowie der Zweigstelle in Netra, Vöhl, Niederaula und Bierstein statt. Die Wiedereinrichtung dieser Amtsgerichte wurde in der Presse und von der Bevölkerung mit grosser Begeisterung aufgenommen. Trotz schwerer finanzieller Not haben die einzelnen Gemeinden bereitwillig und gern die nicht unerheblichen Kosten für die Herrichtung der Gebäude und die innere Ausstattung übernommen. Die Vorbereitung der Einweihungsfeierlichkeiten lag in Händen der Justizpressestelle und wurde in enger Zusammenarbeit mit der Gauleitung und den örtlichen Parteistellen durchgeführt. Die einzelnen Ortschaften und deren Bewohner hatten festlichen Gewand angelegt, um die Gäste aus Nah und Fern zu empfangen. Die Strassen und Häuser, die neuen Amtsgerichtsgebäude, waren mit Bäumen, Fahnen und Kränzen geschmückt. Die Bevölkerung der Orte war restlos erschienen, die Gemeinden des Bezirkes hatten Abordnungen entsandt, die Fachschaften in starker Zahl mit Fahnen, SA, SS, PO. und alle Vereine beteiligten sich an Umzügen. In Niederaula z.B., das 1500 Einwohner hat, nahmen ca. 1000 Mann mit 30 Fahnen am Festzuge teil, allein von der Fachschaft aus Kassel, Hersfeld und Umgebung waren 120 Beamte

mit 5 Fahnen anwesend . Böllerschüsse, Gesang- und Musikvorträge umrahmten die Einweihungsfeierlichkeiten, die unter freiem Himmel auf der Landstrasse vor den Amtsgerichten stattfanden. Die Behördenvertreter , an ihrer Spitze der Herr Oberlandesgerichtspräsident, waren im Braunhemd erschienen. An der Einweihung des Amtsgerichts in Gemünden a.d.Wohra nahm Herr Ministerialdirektor Dr. Crohne teil. In allen Ansprachen kam die enge Verbundenheit zwischen Volk und Recht und zwischen Beamtenschaft und Volk besonders zum Ausdruck. Die gesamte Presse berichtete eingehend und anerkennend über die Feierlichkeiten, an die sich unter Beteiligung aller regelmässig wahre Volksfeste anschlossen.

Die Tätigkeit des Sondergerichtes hat ständig zugenommen. Im Monat April gingen 34, im Mai 43 im Juni 52, im Juli 67 , im August 79 und im September 76 Anzeigen ein. Bis zum 30. September wurden hiervon ohne Verhandlung 138 Sachen eingestellt . In 97 Fällen erfolgte eine Verurteilung, in 23 Fällen kam ein Freispruch heraus. 31 Verurteilte haben bisher Gnadengesuche eingereicht . Es handelt sich in allen Sachen um Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe vom 21.3.1933. Während es sich bei den bis Mitte August anstehenden Sachen um recht schwere Vergehen und üble Hetzereien handelte, die meist sofort durch die örtlichen Parteistellen oder die Sa und SS zur Anzeige kamen, macht man jetzt häufiger die Beobachtung, dass viele harmlose Sachen aufgebauscht und entstellt von den Angehörigen der Angeklagten, von Parteigegnern und Prozessgegnern zur Anzeige kommen. Oft liegen die

Straftaten auch so lange zurück, dass man nur schwer feststellen kann, ob damals überhaupt schon die Verordnung vom 21.3. in Kraft war. So richtig es auch ist, dass die Verfahren mit aller Beschleunigung durchgeführt werden und dass der Straftat die Verurteilung und Verbüssung der Strafe auf dem Fusse folgt, -beim hiesigen Sondergericht liegen zwischen dem Eingang der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und dem Hauptverhandlungstermin meistens nur ein paar Tage- so dürfte sich doch eine Anordnung empfehlen, dass in den oben genannten Fällen eine genauere Untersuchung vor Erhebung der Anklage vorzunehmen ist. Der Vorwurf des „ hinterhältigen Angriffes gegen die Regierung der nationalen Erhebung " ist ein so schwerwiegender und entehrender, dass man ihn nur in wirklich eindeutigen und klarliegenden Fällen ohne nähere Untersuchung erheben sollte. Es liegt auch sonst die Gefahr nahe, dass die abschreckende Wirkung, die allein im Vorhandensein des Sondergerichtes liegt, verloren geht und dass unlautere Elemente die Sondergerichte für ihre Zwecke zu missbrauchen versuchen.

III Die Zusammenarbeit zwischen Justizpressestelle und der Presse des Bezirkes ist xix sehr gutxr und regex. Fast täglich finden Besprechungen mit den Gerichtsberichterstattern und öfters auch mit den Schriftleitungen statt. Auch mit den Pressestellen der anderen Behörden, sowie mit den Dienststellen der NSDAP. und der SA. herrscht ein gutes Einvernehmen und gegenseitige Unterstützung. Angriffe der Presse gegen die Gerichte sind nur in einem Falle erfolgt,

der hierzu meines Erachtens auch genügenden Anlass bot. Das Amtsgericht Fulda hatte einen jüdischen Geschäftsinhaber, der sich an einem deutschen Mädchen während des Anprobierens von Hüten im Geschäft unsittlich vergangen hatte, und der dieserhalb von der SA durch die Stadt geführt worden war, zu einer Geldstrafe von 100.-RM. verurteilt .

IV Die Zusammenarbeit der Justizpressestelle mit den Richtern, Staatsanwälten und Beamten des Bezirkes ist immer noch vollständig einseitig und lässt sehr zu wünschen übrig. Die Justizpressestelle bekommt nur das Material, das sie sich selbst zusammensuchen kann. Es kommt nur sehr selten vor, dass irgendeine Stelle von sich aus der Justizpressestelle etwas mitteilt . Dadurch wird naturgemäss die Arbeit der Pressestelle sehr erschwert.

V. Allgemeines Aufsehen wird demnächst hier die Verhandlung gegen den in Kassel sehr bekannten Rechtsanwalt Brill erregen. Brill war nach dem Kriege längere Jahre Stadtverordneter der Deutschnationalen Partei und führte einen scharfen Kampf gegen die SPD. und den damaligen Oberbürgermeister Scheidemann. Rechtsanwalt Brill wird die Schuld am Zusammenbruch der Kasseler Genossenschaftsbank und genossenschaftliche Untreue als Vorsitzender des Aufsichtsrates zum Nachteil dieser Bank zur Last gelegt . Die jetzt eingereichte Anklageschrift umfasst 51 Seiten. Die Verfehlungen Brills wurden seinerzeit durch Herrn Staatssekretär Dr. Roland Freisler in der Öffentlichkeit aufgedeckt . Der Hauptverhandlungstermin, der mehrere

1037

der mehrere Tage dauern wird, dürfte Ende November , Anfang Dezember stattfinden.

VI. Gegen den früheren Vorsitzenden des Einheitsverbandes der Eisenbahnervereine und Sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher Hofacker und dessen Ehefrau ist jetzt von der grossen Strafkammer das Hauptverfahren wegen Betrug und schwerer Urkundenfälschung in mehr als 100 Fällen zum Nachteile des Eisenbahnerverbandes eröffnet worden. Hofacker befindet sich seit Mitte September in Untersuchungshaft. Hauptverhandlungstermin dürfte demnächst anstehen.

VII. Mit grosser Besorgnis wird von den Führern der Beamtenschaft die Stimmung und das allgemeine Verhalten der Beamtenschaft in Kassel betrachtet. Die ursprünglich grosse Begeisterung für die Sache der nationalen Erhebung hat bei einem Teil nachgelassen; es ist eine Interessenlosigkeit, politische Gleichgültigkeit und feindliche innere Anteilnahme gefolgt. Es wird gemeckert und heimlich an aller Kritik geübt. Der alte gewerkschaftliche Geist scheint noch nicht völlig gestorben zu sein und man kann sich oftmals des Eindrucks nicht erwehren, als ob frühere gewerkschaftlich organisierte sozialdemokratische Beamte glauben, der Zeitpunkt sei für sie gekommen. Es ist dies, wie gesagt, der übereinstimmende Eindruck aller Führer der Beamtenschaft~~s~~ Bei der Justizbeamtenschaft habe ich selbst allerdings hiervon noch nichts beobachtet. Beamtenführer sind der Ansicht, dass diese Einstellung und diese Entwicklung durch die Lockerung

103 18

der Fachschaften begünstigt wird.

VIII Bei der Justizbeamtenschaft herrscht eine erhebliche Mißstimmung über die Ausführungen, die Herr Staatsrat und Gauleiter Weinrich in einer Stadtverordnetenversammlung über die Beteiligung der Justizbeamten am Notopfer gemacht hat. Den Justizbeamten war durch Anordnung des Herrn Justizministers eine offizielle Sammlung für das Kasseler Stadtnotopfer untersagt worden. [Daraufhin haben die 350 Beamte und Angestellte unseres Bezirkes ca. 18 000.-RM. für die Reinhard-Spende und die Spende für die Opfer der nationalen Arbeit gezeichnet.] Da diese grosse Opferbereitschaft in keiner Weise anerkannt ist, sondern im Gegenteil den Beamten und Angestellten öffentlich Vorwürfe wegen der Nichtbeteiligung am Kasseler Stadtnotopfer gemacht worden sind, ist die Unzufriedenheit verständlich.

prachtvoll ca 50.- RM!

Landgerichtsrat.

1 R

203 19

7. November 3.

Pressestelle.

Sehr geehrter Herr Matern !

Ihren Bericht vom 21. Oktober 1933 habe ich dem Herrn Staatssekretär vorgetragen. Der Herr Staatssekretär hat den Wunsch, mit Ihnen mündlich über die von Ihnen berichteten Angelegenheiten zu sprechen. Da er am Donnerstag in Kassel in einer Kundgebung sprechen wird, bittet er Sie, sich nach der Kundgebung bei ihm zu melden. Er hofft, daß die von ihm gewünschte Aussprache sich dann ermöglichen läßt.

Mit Heil Hitler
ergebenst

An
den Herrn Leiter der Justizpressestelle
in Kassel.

Wie schon in Abschnitt 3.4 bemerkt, kam es Freisler vor allem darauf an, die Justiz möglichst schnell mit linientreuen Personen zu besetzen und politisch Andersdenkende auszuschalten. Als Leiter der Personalabteilung lag es im besonderen Interesse Freisler und entsprach seinem Ehrgeiz, allen Staats- und Parteiorganisationen ein Musterbeispiel zu präsentieren. Entsprechend radikal verfolgte er dieses Ziel.

3.7 SPD-Vermögen beschlagnahmt! (10.5.1933)

Am 11.5.1933 erschien in der "Hessischen Volkswacht" ein Artikel mit der Oberschrift "SPD-Vermögen beschlagnahmt - Der große Schlag Dr. Roland Freislers".

> "Auf Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft I, Berlin, wurde am Mittwoch das gesammte Vermögen der S o z i a l d e m o k r a t i s c h e n P a r t e i D e u t s c h l a n d s, ihrer Zeitungen und des Reichsbanners beschlagnahmt. Den Grund bilden zahlreiche Korruptions- und Untreuefälle,...
> Diese gewaltige Aktion der Regierung der nationalen Erhebung, die das Vermögen des um seine Spargroschen betrogenen deutschen Arbeiters s i c h e r s t e l l t e, hat uns veranlaßt, unseren hessischen nationalsozialistischen Vorkämpfer P g. D r. R o l a n d F r e i s l e r, der als Ministerialdirektor im preußischen Justizministerium und somit als engster Mitarbeiter des preussischen Justizministers sowie in seiner Eigenschaft als Leiter des Sabotagederzernats die Leitung dieser Aktion in der Hand gehabt hat, gestern abend anzurufen" (HVW, 15.11.1933).

Freisler erklärte dazu:

> "Am Montag machte mir Pg. Dr. Ley, der Leiter des Aktionskomitees, davon Mitteilung, daß Gewerkschaftsgelder eine u n r e c h t m ä ß i g e V e r w e n d u n g gefunden hätten. Damit war der V e r d a c h t d e r V e r g e u d u n g der Groschen der Arbeiter durch die Gewerkschaften für g e w e r k s c h a f t s f r e m d e Z w e c k e gegeben. Das unter meiner Leitung stehende, im Ministerium neugebildete D e z e r n a t z u r B e k ä m p f u n g d e r S a b o t a g e h a t d a r a u f s o f o r t d i e n o t w e n d i g e n A r b e i t e n a u f g e n o m m e n.
>
> M i t g r o ß e r B e s c h l e u n i g u n g i s t d i e A r b e i t d u r c h g e f ü h r t w o r d e n, d e n n b i n n e n 48 S t u n d e n m u ß t e d a s M a t e r i a l a u f g e b r a c h t w e r d e n.

> Pg. Landgerichtsdirektor Krohne, ein Mitarbeiter des Dezernats, hat sich hierbei besondere Verdienste erworben. Es ist ihm geglückt, das notwendige Material zu beschaffen, auf Grund dessen laut der Verordnung vom 18. Februar d.J. (Partei) die Gelder durch Beschlagnahme sichergestellt werden konnten. Im ganzen Reich gingen am Mittwoch die Beschlagnahmen vor sich. Mit fieberhafter Eile wird gearbeitet, und es ist jetzt noch gar nicht abzusehen, welchen Ausgang die ganze Aktion nehmen wird.
>
> Schon aber läßt sich feststellen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter systematisch um ihre Groschen und Mark betrogen worden

sind. Die Arbeiterbank an sich trifft hierbei kein Verschulden, da sie als Bank nur die Aufträge der Kunden auszuführen hatte.

> Es ist dies, so führte Pg. Dr. Roland Freisler weiter aus, der erste wirklich große Schlag, den das Sabotagedezernat seit seiner Einrichtung geführt hat. Alle Dinge sind derartig im Fluß, mit größter Beschleunigung werden die weiteren Arbeiten geführt, Bücher und Unterlagen geprüft, daß sich noch kein Termin über den Abschluß weiterer einzelner Arbeiten des Sabotagedezernats nennen läßt. Auf alle Fälle wird hier gründlich gearbeitet und dafür gesorgt, daß die notwendigen Untersuchungen im Interesse des Volkes rücksichtslos erfolgen" (HVW, 11.5.1933).

Hier sollte der Anschein erweckt werden, Freisler und seine Parteigenossen hätten der arbeitenden Bevölkerung einen großen Dienst erwiesen, indem sie ihre "mühsam ersparten Groschen" sichergestellt hätten, um eine Rechtfertigung für die Beschlagnahme zu haben und von den wahren Tatsachen abzulenken; daß sich die Nationalsozialisten in ihrer Macht noch nicht sicher fühlten, zeigte die große Eile, mit der die Aktion durchgeführt wurde.

3.8 Zusammenfassende Übersicht

Noch Anfang des Jahres hatte Roland Freisler zahlreiche offene Briefe in der "Hessischen Volkswacht" veröffentlicht, so zum Beispiel an den Oberbürger-

meister betreffend Wohlfahrtsunterstützung, Freistellen an Kasseler Schulen und Ungerechtigkeiten gegenüber Arbeitslosen (vgl. HVW, 16.1., 19.1. und 25./26.2.1933). Ferner schrieb er an Landrat Ohle, da die Kreissparkasse Kreditgeber des "Kasseler Volksblatts" wäre und an den Magistrat, indem er schwere Vorwürfe gegen das Warenhaus Tietz erhob (vgl. HVW, 25./26.2. und 11./12.3.1933).
Außerdem hielt er viele politische Reden z.B. Ende Januar 1933 auf einer Versammlung der NSBO in Berlin, am 12./13.2.1933 während der Hitlertage in Kassel auf der Bauerntagung bzw. dem Gaukongreß in der Stadthalle und am Friedrichsplatz (vgl. HVW, 13./14.2.1933), auf weiteren Kundgebungen in der Kasseler Stadthalle am 19. und 24.2.1933 (vgl. HVW, 20 und 25./26. 2.1933). Ferner sprach er auf einer kommunalpolitischen Tagung am 27.3.1933, in München am 20.4.1933, in Wien am 15.5.1933, in Berlin am 24.7.1933 und auf dem 1. Vortragsabend des Nationalsozialistischen Juristenbundes in Kassel am 27.10.1933 (vgl. HVW, 28.3., 21.4., 16.5., 24.7. und KHLZ 28./29.10.1933); ebenso am 5.11.1933 auf dem Heimatfest in Witzenhausen, am 6. und 8.11. in Kassel u.a. in den Deutschen Werken und am selben Tag (6.11.1933) in Marburg (vgl. KHLZ, 6./7.11.1933 und KP, 7./9.11.1933).

Nachdem er als einer der Hauptführer der Kasseler NSDAP die örtliche demokratische Presse, sowie die marxistischen Parteien und Gewerkschaften ausgeschaltet hatte, begann er als Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär im Preußischen Justizministerium mit der "Säuberung" der Justiz. Außer in Kassel beteiligte er sich aktiv an der Neuorganisierung der Gerichte in Frankfurt und Gemünden (vgl. HVW, 8.4. und 2.10.1933).

4. EHRENBÜRGER DER STADT KASSEL (19.2.1933)

Zusammen mit Reichsbahnstellwerkmeister Heinrich Rudolf wurde Roland Freisler am 19.2.1936 zum Ehrenbürger der Stadt Kassel ernannt. Die Überreichung der Ehrenbürgerbriefe durch Oberbürgermeister Lahmeyer fand im geschmückten "Festsaal" der Stadthalle statt. Unter der Überschrift "Kassel ehrt seine hochverdienten Kämpfer" berichtete die "Kurhessische Landeszeitung" am 20.2.1936 davon.
Auch Gauleiter Weinrich sprach seinen Dank aus:

> "'Wir haben', so führte der Gauleiter u.a. aus, 'heute einen Akt erlebt, wie er meines Wissens so einzigartig noch in keiner Stadt gewesen ist. Kassel und Kurhessen können sich rühmen, Ehrenbürgerbriefe nicht auf den Landstraßen verteilt, sondern nur verdienten Männern gegeben zu haben. Um Dich, lieber Freund und Mitkämpfer, der Du heute abend das Ehrenbürgerrecht verliehen bekommst, brauche ich keine Worte zu machen, denn jeder in Kassel weiß, daß Du als treuester Kämpfer Deine ganze Kraft in den Dienst der Sache gestellt hast'" (KHLZ, 20.2.1936).

Die Rede Freislers sowie ein Interview mit der "Kurhessischen Landeszeitung vom 19.2.1936 sollen hier im Original wiedergegeben werden .

Es folgt eine Kopie der KHLZ vom 19./20.2.1936).

Nach dem Krieg wurden ihm die Ehrenbürgerrechte wieder aberkannt. Später hielt er noch einige Reden in Kassel, z.B. am 1.5.1934 und Ende März 1938 (vgl. KHLZ, 2.5.1934 und 26./27.3.1938).

Damit endete seine direkte Verbindung zur Stadt Kassel.

Staatssekretär Dr. Roland Freisler
Ehrenbürger 1935.

Verwaltungsbericht der Stadt Kassel über das Rechnungsjahr 1936
Kassel (1937)

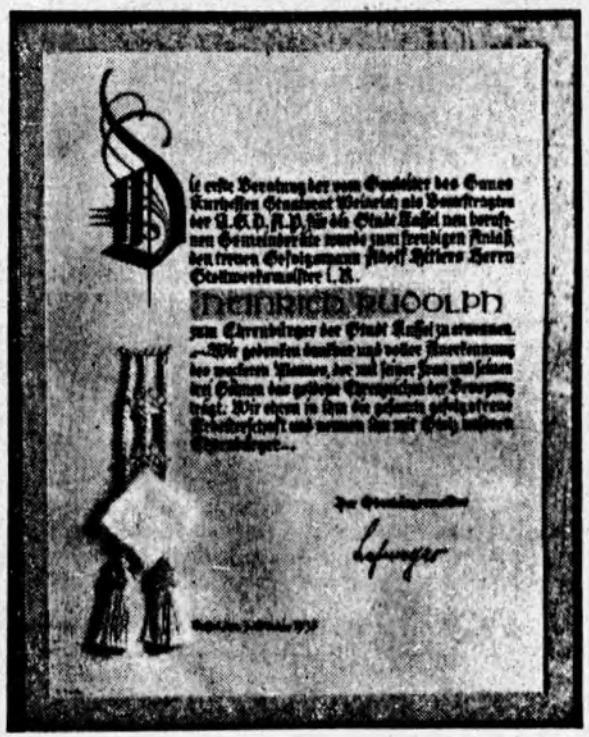
Städt. Pressearchiv

Roland Freisler und Heinrich Rudolph: V

Auf heute Abend hat im Einvernehmen mit Gauleiter Staatsrat Weinrich der Oberbürgermeister der Stadt Kassel di stunde, in der der Haushaltsplan der Stadt Kassel verabschiedet wird, werden den im Herbst vergangenen Jahres er die Ehrenbürgerbriefe überreicht. Die Ehrenbürgerbriefe, außen entsprechend der Stadtfarbe in genarbtem blauen Lede die Aufschrift „Ehrenbürgerbrief" und wiederholt in zarter Andeutung das Wappen Kassels. Dann kommt als zweit des Namens, der in lateinischen Buchstaben gemeinsam mit dem 1. Buchstaben des Schriftblockes eine Wiederholung de

Stadtarchiv Kassel
Best.
Personalakte Roland Freisler
S 1 / Nr. 351

Kurhessische Landeszeitung 19.2.36.



Wir nennen sie mit Stolz unsere Ehrenbürger

: Gemeinderäte zu einer öffentlichen Beratung in den Festsaal der Stadthalle eingeladen. Im Rahmen dieser Feier- annten Ehrenbürgern Staatssekretär Dr. Roland Freisler und Reichsbahnstellwerkmeister i. R. Heinrich Rudolph : gehalten, tragen auf der Vorderseite silbern eingelegt das Hakenkreuz mit dem Stadtwappen. Die erste Innenseite hat : Seite auf Pergament der eigentliche Schriftsatz. Er ist in deutscher Schrift in schwarzem Ton gehalten mit Ausnahme : Stadtfarben bringt. Die künstlerisch wertvolle Ausführung der Ehrenbürgerbriefe stammt von Kunstmaler Jacob.

Aufnahme: Weber

Einzelpreis 10 Pfennige

Landeszeitung

e Volkswacht

gent vor Eigennutz!

Gauorgan der DAF Kurhessen

Amtsblatt der Stadt Kassel

Anzeigenpreise: Die 13gespaltene Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Rpf., im Textteil 60 Rpf. — Wortanzeigen allgemein 7 Rpf., Überschrift 30 Rpf. — Für Anzeigen, die fernmündlich in Auftrag gegeben werden, kann eine Gewähr nicht übernommen werden. — Anzeigenannahmeschluß: 18 Uhr am Tage vor Erscheinen. — Bei Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Nachlaßanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand nur Kassel. — Rotationsdruck: AG für Druck u. Verlag, Kassel, Köln. Str. 18.

g, 20. Februar 1936 7. Jahrgang

Ueberreichung der Kasseler Ehrenbürgerbriefe

Oberbürgermeister Dr. Lahmeyer übergibt die Ehrenbürgerbriefe der Stadt Kassel im Rahmen der kommunalen Feierstunde in der Stadthalle an den Reichsbahnstellwerksmeister i. R. Heinrich Rudolph und Staatssekretär Dr. Roland Freisler, die beiden verdienten Kasseler NSDAP-Kämpfer. Aufnahme: Eberth

Wühlen Moskaus geschickt in einer Zeit beginnt, da der Orient durch den abessinischen Konflikt in starke akute Unruhe versetzt ist, und das Engagement im

Zu neuen Ufern ...

Stadtarchiv Kassel
Best.

2. Blatt — Kurhessische Landeszeitung

Kasseler Stadtzeitung

Kassel ehrt seine hochverdi

Festliche Sitzung der Gemeinderäte — Ueberreichung der Ehrenbürge

ee. Kassel, 20. Februar 1936

In der Reihe der großen kommunalpolitischen Versammlungen, die der Festsaal der Stadthalle in den letzten Jahren sah, wird die öffentliche Beratung der Gemeinderäte, die gestern abend stattfand, eine besondere Stellung einnehmen. Trug doch diese vom Oberbürgermeister der Stadt im Einvernehmen mit unserem Gauleiter einberufene Gemeinderatssitzung besonders festlichen Charakter, der seinen Ausdruck in reichem Grün- und Flaggenschmuck fand. Inmitten eines kleinen Lorbeerwaldes stand unter dem Hoheitszeichen auf blauem Grunde, flankiert von zwei mächtigen Hakenkreuzfahnen, die Büste des Führers. Reicher Blumenschmuck zierte das Podium, vor dem im Halbrund die Sitze der Gemeinderäte aufgestellt waren. Und die restlichen zwei Drittel des Saales und die Emporen füllten bis fast auf den letzten Platz die Kasselaner, die damit ihr Interesse und ihre Teilnahme an den Beratungen der Gemeinderäte und an der Ehrung hochverdienter Männer bekundeten. Die Teilnahme an dem festlichen Akt der Ueberreichung der Ehrenbürgerbriefe für Staatssekretär Dr. Roland Freisler und Reichsbahnstellwerksmeister Heinrich Rudolph fand ihren Ausdruck aber auch durch die große Zahl von Vertretern der Partei und ihrer Gliederungen, der Behörden und der Wehrmacht, der Körperschaften und Organisationen.

Oberbürgermeister Lahmeyer eröffnete die festliche Sitzung mit Worten der Begrüßung, die besonders unserem Gauleiter Staatsrat Weinrich, den neuen Ehrenbürgern der Stadt Kassel, den Vertretern der Behörden und der Wehrmacht und den Gemeinderäten galten. Zunächst überreichte er Gauleiter Weinrich die Urkunde über die ihm anläßlichdes 5. Kurhessentages verliehene silberne Plakette der Stadt Kassel, dann folgten einige geschäftliche Mitteilungen und schließlich unter allgemeiner Spannung die Ueberreichung der Ehrenbürgerbriefe, die das Stadtoberhaupt mit Ansprachen an die neuen Ehrenbürger vornahm und die von lang anhaltendem Beifall der großen Versammlung begleitet wurde.

Die Gemeinderäte hören de
Ehrenbürger Reichsbahnste
Staatsrat Weinrich.

Erinnerungen an die Kasseler Kampfzeit

Staatssekretär Dr. Roland Freisler betrat dann unter dem Jubel der Versammlung das Rednerpult und führte u. a. aus:

„Ich brauche nicht hervorzuheben, daß wir beide über die uns zuteil gewordene Ehrung aufs Tiefste und Innerste gerührt sind, und daß wir diese Ehrung auffassen als eine Ehrung jedes treuen, ehrlichen und aufrichtigen Kämpfers der Bewegung des Führers in unserer schönen Heimatstadt. Wir fassen diese Ehrung auf als einen Appell an unser Pflichtgefühl, weiterhin uns zu bemühen, durch Denken, Wollen und Handeln wert zu sein, einen ehrenvollen Platz innerhalb der treuen Gefolgschaft des Führers einnehmen zu dürfen.

Wenn an einem solchen Tage die Heimatstadt, in der man lange gekämpft hat und bereit war, wenn es sein mußte, noch viel, viel länger zu kämpfen, einem solche Ehre erweist, ist es vielleicht erlaubt, einmal zurückzudenken daran, wie alles gekommen ist; dieses oder jenen Ereignisses zu gedenken, das in dieser langen Reihe von Jahren an uns vorüberging, und was von unserer Kampfgemeinschaft geschaffen wurde.

Der erste mißglückte Versuch der deutschen Revolution des Jahres 1923 gab uns in seinen Auswirkungen in Kassel ein Podium. In der Maiwahl des Jahres 1924 kämpften wir zum ersten Male vor dem Gewerkschaftshaus. Wir erhielten später die Möglichkeit, in dem roten Rathaus zu erscheinen, aus dem wir nicht mehr verschwunden sind. Es ist uns nach Maßnahmen in die Richtlinien der Führung des ganzen deutschen Volkes, der Reichsregierung, der Leitung des Staates und der Partei. So sehe ich auch hier eine gerade Linie nationalsozialistischer Haltung in dieser Stadt.

Nur härtester Kampf führt zum Sieg

Gewiß waren wir in unserem Kampf nicht immer besonders rücksichtsvoll oder gar weich und manche Kreise haben über unser Vorgehen die Nase gerümpft. Ich gedenke in dieser Stunde auch des Kampfes, den wir im Rathaussaal gegen 19 Marxisten ausgefochten haben. Gewiß haben wir bei unserem Kampfe auch manchen Ordnungsruf einstecken müssen,aber wir machen uns über unser Vorgehen keine Vorwürfe und konnten dabei keineswegs die Lehren von Gouvernanten berücksichtigen. Kampf ist hart und Kampf muß sehr hart sein und der, der am härtesten kämpft, siegt! Und darauf kam es uns an, daß die Bewegung des Führers siegte. Wenn ich wieder hierbei an einen Ausschnitt aus der gewaltigen Kampfarena denke, wo es galt, einzig und allein in der Seele des deutschen Volkes einen Resonanzboden zu schaffen, auf dem sich die Idee des Führers aufrichten ließ, so denke ich auch hier wieder an den Kampf in jener Nacht, in der die Staatsgewalt bewußt ihre Pflicht verletzte, in der der Polizeipräsident und der Kommandeur der Kasseler Schutzpolizei Mörder wurden an einem unserer Besten und Treuesten, der nach wochenlangen unsagbaren Schmerzen von uns ging, an dem Kameraden Heinrich Messerschmidt. Er ist für unsere engere Kampfgemeinschaft Symbol der Treue und des Sieges geworden. Sein Geist, sein Wille lebt weiter unter uns! Wir haben uns nach der Machtergreifung bemüht, so treu zu bleiben, wie Heinrich Messerschmidt uns durch seine Tod und nach seinem Tod immer treu geblieben ist.

Der Führer hat nach der Machtergreifung dem einen oder anderen von uns eine andere Aufgabe gestellt. Jeder hat an diesem Platz sein Bestes zu geben, ob er sichtbar oder unsichtbar arbeitet. Wichtig ist, daß die Treue und unerschütterliche, unauflösliche [illegible] große Kameradschaft der ganz besteht. Und sie besteht weil über das gemeinsam Erlebte den errungenen Sieg, nicht Wegbereiter des deutschen [illegible] sie soll und muß und wird menden Denken, Wollen und kameraden, müßt es ja [illegible] Deutschland und das deutsche dann mag es selbst mit dem das gute deutsche Lebensre Hitler! (Lebhafter Beifall.)

Minutenlanger Beifall verdienten Kämpfer der allen aus dem Herzen g rat Weinrich faßte d herzlich-kameradschaftlich sonders die Ernennung fter i. R. Rudolph zum

Des Volkes treueste Söhn

„Wir haben", so führte der Gauleiter u. a. aus, „heute einen Akt erlebt, wie er meines Wissens so einzigartig noch in keiner Stadt gewesen ist. Kassel und Kurhessen können sich rühmen, Ehrenbürgerbriefe nicht auf den Landstraßen verteilt, sondern nur verdienten Männern gegeben zu haben. Um Dich, lieber Freund und Mitkämpfer, der Du heute abend das Ehrenbürgerrecht verliehen bekommst, brauche ich keine Worte zu machen, denn jeder in Kassel weiß, daß Du als treuester Kämpfer Deine ganze Kraft in den

Wir wußten uns eins Ehrung des Arbeiters v des Mannes, der in Ka Wir können die Männer, deutsches Herz tragen, d ber und edel sind, nicht dern müssen es durch die Ehrenbürgerrecht verlieh ehrt. Die Arbeiterschaft wir immer gepredigt h

sseler Stadtzeitung

Donnerstag, 20. Februar 1936

hochverdienten Kämpfer

chung der Ehrenbürgerbriefe an Dr. R. Freisler und H. Rudolph

fe für Staats-
d Reichsbahn-
h fand ihren
Zahl von Ver-
ngen, der Be-
erschaften und

ffnete die fest-
ng, die beson-
einrich, den
, den Vertre-
und den Ge-
ichte er Gau-
ie ihm anläß-
berne Plakette
e geschäftliche
meiner Span-
rgerbriefe, die
an die neuen
ang anhalten-
ung begleitet

eit

ng des ganzen
itung des Staa-
ne gerade Linie
t.

n Sieg

t immer beson-
he Kreise haben
gedenke in die-
m Rathaussaal
wiß haben wir
ngsruf einstecken
ehen keine Vor-
hren von Gou-
d Kampf muß
pft, siegt! Und
g des Führers
nen Ausschnitt
wo es galt,
n Volkes einen
Idee des Füh-
wieder an den
alt bewußt ihre
und der Kom-
urden an einem
nlangen unsag-
eraden Heinrich
mpfgemeinschaft
n. Sein Geist,
uns nach der
wie Heinrich
h seinem Tod

em einen oder
Jeder hat an
r sichtbar oder
ene und uner-

Die Gemeinderäte hören den Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters. In der ersten Reihe (von links nach rechts): Ehrenbürger Reichsbahnstellwerksmeister i. R. Rudolph, Ehrenbürger Staatssekretär Dr. Freisler und Gauleiter Staatsrat Weinrich.

Aufnahmen: Eberth

schütterliche, unauflösliche Kameradschaft von damals, die die große Kameradschaft der ganzen Braunen Armee war, weiterbesteht. Und sie besteht weiter, nicht nur in der Erinnerung über das gemeinsam Erlebte, nicht nur in der Freude über den errungenen Sieg, nicht nur in der inneren Genugtuung, Wegbereiter des deutschen Volkes gewesen zu sein, sondern sie soll und muß und wird weiter bestehen in unserem kommenden Denken, Wollen und in unseren Taten. Dann, Kampfkamereaden, müßt es ja mit dem Teufel zugehen, wenn Deutschland und das deutsche Volk nochmals versinken könnte, dann mag es selbst mit dem Teufel zugehen, und dann wird das gute deutsche Lebensrecht doch siegreich bleiben! Heil Hitler! (Lebhafter Beifall.)

Minutenlanger Beifall bezeugte dem alten und hochverdienten Kämpfer der Bewegung in Kassel, daß er allen aus dem Herzen gesprochen. Gauleiter Staatsrat Weinrich faßte diesen Dank von sich aus in herzlich-kameradschaftliche Worte und unterstrich besonders die Ernennung von Reichsbahnstellwerksmeister i. R. Rudolph zum Ehrenbürger.

für Lehrgänge, Zeltlager, Freizeiten, zur Beschaffung von Sportgeräten, von Radioapparaten, Tischen, Bänken und sonstigen Heimmöbeln, Uebernahme von Sportplatz- und Turnhallenmieten. Die Jugendheimfrage, besonders in der Altstadt, ist ungeklärt. Es ist beabsichtigt, das Kastell möglichst noch im Laufe dieses Jahres zu räumen und der Hitler-Jugen zur Verfügung zu stellen. Bauliche Verbesserungen mannigfacher Art erfolgten im Schulwesen. Die planwirtschaftlichen Maßnahmen der Stadt haben mit der gegenwärtigen Unterbringung der höheren und mittleren Schulen einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die getroffene Regelung hat sich als Zwischenlösung bewährt. Es war die Absicht, schon jetzt eine endgültige Verteilung der betreffenden Schulen vor-

Nass · Kalt
NIVEA
CREME

wurde.

Der erste mißglückte Versuch der deutschen Revolution des Jahres 1923 gab uns in seinen Auswirkungen in Kassel ein Podium. In der Maiwahl des Jahres 1924 kämpften wir zum ersten Male vor dem Gewerkschaftshaus. Wir erhielten später die Möglichkeit, in dem roten Rathaus zu erscheinen, aus dem wir nicht mehr verschwunden sind. Es ist uns nach

Staatssekretär Dr. Roland Freisler spricht vom Kampf in Kassel-Kurhessen.

erfolgreichem, schwerem Ringen gelungen, Philipp Scheidemann von dem Oberbürgermeistersessel der Stadt Kassel herunterzustoßen. Er ist inzwischen nicht nur aus Kassel verschwunden, sondern von dem erwachten deutschen Volke auch aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen worden, weil er sich selbst durch seinen Volksverrat ausgeschlossen hat. Ich erinnere mich weiter eines großen Ringens um die Linderung der Not der Erwerbslosen, wo man im Rathaus viel redete, aber nichts tat. Uns gelang es damals, auf die Straße zu kommen, und während die oben schwätzten, führten wir die Massen der verführten Arbeiter auf den Friedrichsplatz, um ihnen unsere nationalsozialistische Revolution klar zu machen. Alles, was wir damals bei den vielen Kämpfen sagten, hat sich als wahr erwiesen. Ich denke dabei besonders an die eingehenden Beratungen der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion unter Führung unseres Gauleiters, dessen Sprecher zu sein ich die Ehre hatte und an die endlosen Etatdebatten. Wir waren damals die einzigen, die in ihren Versammlungen alle Berufsgruppen, Hausbesitzer und Mieter, Gewerbetreibende und Erwerbslose, sammelten und ihnen dort sagten, was wir für Wahrheit hielten. Man fragte uns immer nach unserem Rezept, aber wir hatten den Mut, ein Rezept nicht anzugeben, denn man kann kein Volk mit Rezepten gesund machen, sondern nur mit innerer Erneuerung! Ein solches Rezept konnten wir keinem der anderen Parteiführer mitteilen, denn für die wirkliche innere Erneuerung waren sie alle taub. Sie glaubten nur an die Wirksamkeit verstandesmäßig ersonnener Programme. Heute wissen wir, daß es mit Hilfe des Wunders der inneren Sammlung und Erneuerung möglich war, der Arbeitslosigkeit in weitgehendstem Maße Herr zu werden.

Gerade Linie nationalsozialistischer Haltung

Ich hatte heute Gelegenheit, in die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung und in die finanzielle Lage der Stadt Einblick zu tun, und ich habe daraus die Genugtuung gewonnen, daß wir das von uns mit Recht Angeprangerte auch zu beseitigen verstanden. Das hat mich mit tiefer Freude und erneuter Zuversicht erfüllt. Uns ging es damals nicht um den leicht erringbaren demagogischen Tageserfolg sondern, worum es Nationalsozialisten überhaupt geht, nur um die Zukunft des deutschen Volkes. Genau so verantwortungsbewußt arbeiten heute die Führer dieser stolzen deutschen Stadt. Es wird einmal geschichtlich festgestellt werden, daß der Nationalsozialismus es verstanden hat, anstelle des Auseinanderstrebens der Kräfte die Kräfte zusammen zu fassen und an die Stelle der Anarchie die Führung zu setzen; denn Eingliederung, Gehorsam, treue Gefolgschaft und verantwortliche Führung sind unauslöslich miteinander verknüpft. Uns Nationalsozialisten ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Einordnung in die Führung des deutschen Volkes, in Bewegung und Staat, auch für die deutsche Gemeinde gelten muß. Soweit es mir zusteht, das überhaupt sagen zu dürfen, glaube ich aus dem, was ich heute zur Kenntnis nehmen durfte, entnommen zu haben, daß die Führung der Stadt Kassel in vorbildlicher Weise sich eingegliedert mit allen ihren

Kreis antreten ließ, so denke ich auch hier wieder an den Kampf in jener Nacht, in der die Staatsgewalt bewußt ihre Pflicht verletzte, in der der Polizeipräsident und der Kommandeur der Kasseler Schutzpolizei Mörder wurden an einem unserer Besten und Treuesten, der nach wochenlangen unsagbaren Schmerzen von uns ging, an dem Kameraden Heinrich Messerschmidt. Er ist für unsere engere Kampfgemeinschaft Symbol der Treue und des Sieges geworden. Sein Geist, sein Wille lebt weiter unter uns! Wir haben uns nach der Machtergreifung bemüht, so treu zu bleiben, wie Heinrich Messerschmidt uns durch seine Tod und nach seinem Tod immer treu geblieben ist.

Der Führer hat nach der Machtergreifung dem einen oder anderen von uns eine andere Aufgabe gestellt. Jeder hat an diesem Platz sein Aeußerstes zu geben, ob er sichtbar oder unsichtbar arbeitet. Wichtig ist, daß die Treue und unser-

Des Volkes treu

„Wir haben", so führte der Gauleiter u. a. aus, „heute einen Akt erlebt, wie er meines Wissens so einzigartig noch in keiner Stadt gewesen ist. Kassel und Kurhessen können sich rühmen, Ehrenbürgerbriefe nicht auf den Landstraßen verteilt, sondern nur verdienten Männern gegeben zu haben. Um Dich, lieber Freund und Mitkämpfer, der Du heute abend das Ehrenbürgerrecht verliehen bekommst, brauche ich keine Worte zu machen, denn jeder in Kassel weiß, daß Du als treuester Kämpfer Deine ganze Kraft in den Dienst der Sache gestellt hast.

Die Bewegung hat sich heute einer Dankesschuld entledigt, indem sie auch einem Manne das Ehrenbürgerrecht verlieh, der mit seiner Frau und seinen drei Jungen bereits seit Anfang 1926 in der Bewegung stand. Diese Familie ist der Urtyp einer deutschen Arbeiterfamilie, die alles für das deutsche Volk und für ihr deutsches Vaterland getan hat. Sie haben trotz schwerster Kämpfe im Betrieb und auf der Straße gegen den roten Terror unentwegt und tapfer zur Fahne gehalten und waren immer da, wenn es galt, sich für die Idee des Führers einzusetzen.

Der Oberbürgermeister

Das Jahr 1935 brachte die Deutsche Gemeindeordnung, aufgrund der ein Grundgesetz erlassen wurde, das die Verfassung der Gemeinde im einzelnen und in den wesentlichsten Punkten regelt. Die Hauptsatzung ist nach Zustimmung des Beauftragten der Partei und Beratung mit den Gemeinderäten von der Aufsichtsbehörde genehmigt und öffentlich bekannt gemacht worden. Sie sieht vor den Oberbürgermeister und 5 Hauptamtliche Beigeordnete, ferner 9 ehrenamtliche Beigeordnete, von denen bisher 7, und 36 Gemeinderäte, von denen bisher 21 berufen worden sind.

Die Zahl der Beamten in der gesamten Verwaltung beträgt zur Zeit 796. Davon entfallen auf die engere Verwaltung 669, auf verschiedene kleinere Verwaltungen 40 und auf die Städt. Werke A. G. 87. Die Zahl der Beamten ist vom 1. 4. 1932 bis heute durch Einsparungen vermindert um insgesamt 77. Unter den Beamten befinden sich zur Zeit 30 alte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung. Die Zahl der Angestellten der gesamten Verwaltung beläuft sich auf 428, die der Arbeiter auf 1 156.

Die Stadt blieb von besonders großen Bränden und Unfallkatastrophen verschont. Im Frühjahr 1935 wurden die neu angelieferten 5 Feuerlöschfahrzeuge in Dienst gestellt. Die Ausrüstung der Feulöschpolizei mit leichten Atemschutzgeräten (Gasmasken) ist vollständig durchgeführt. Es wurde eine freiwillige Feuerwehr in Bettenhausen gegründet; sie bildet den Kreisfeuerwehrverband des Stadtkreises Kassel. Im Jahre 1935 wurden 7 500 Transporte ausgeführt. Im Jahre vorher hatten die städtischen Krankenwagen 1 679 Transporte ausgeführt.

Die Bautätigkeit, sowohl die private, wie die öffentliche, war im abgelaufenen Jahr besonders rege. Insgesamt wurden im abgelaufenen Rechnungsjahr etwa 900 Wohnungen fertiggestellt. Der Wirtschaftsplan nach dem Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten ist für das Gebiet der Stadt Kassel und 21 umliegende Gemeinden im großen und ganzen fertiggestellt. Im Einvernehmen mit der Leitung der Reichsautobahn sind für den städtischen Verkehrsplan die Folgerungen aus dem Bau der Reichsautobahn gezogen, besonders für die Zubringerstraße an die Autobahnrampen bei Heiligenrode.

Der Jugend gilt alle Aufmerksamkeit

Am 1. April 1935 ist das Reichsgesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens in Kraft getreten. Das Stadtgesundheitsamt Kassel ist infolgedessen ein kommunales Gesundheitsamt mit staatlicher Leitung geworden. Die Leitung ist dem bisherigen Kreisarzt für den Stadtkreis Kassel übertragen. Die Fürsorge für Säuglinge, Klein- und Schulkinder in den von der Stadt eingerichteten Säuglings- und Kleinkinderküchen sowie dem Solbad mit Höhensonne und den Mütterberatungsstellen wurde im abgelaufenen Jahr auf Grund Vertrages von der NS-Volkswohlfahrt durchgeführt. Die Stadt zahlt zu den Leistungen der NSV auf diesem Gebiete einen ansehnlichen Zuschuß. Der Erholungsfürsorge diente das Kinderheim Lenoir-Stift in Fürstenhagen, das während der Sommermonate 720 Kinder mit gutem Erfolg gepflegt hat. Außerdem wurde eine Anzahl Kinder in das Solbad Karlshafen überwiesen und schließlich die Landverschickung von

s treueste Söhne

Wir wußten uns eins mit allen, wenn wir die Ehrung des Arbeiters vornahmen neben der Ehrung des Mannes, der in Kassel die Führung mit hatte. Wir können die Männer, die in ihrer Brust ein echtdeutsches Herz tragen, deren Gedanken so rein, sauber und edel sind, nicht nur mit Worten ehren, sondern müssen es durch die Tat. Wir haben ihnen das Ehrenbürgerrecht verliehen und uns damit selbst geehrt. Die Arbeiterschaft soll wissen, daß das, was wir immer gepredigt haben, kein leerer Wahn ist und daß wir wußten, daß unsere Kräfte und unser Rückhalt nur in der Arbeiterschaft stand. Wir hoffen, daß das deutsche Volk und seine Führung diese Männer niemals vergessen wird, denn auf diese Männer können wir uns verlassen — das hat kein Geringerer als unser Führer gesagt —, sie sind treu!"

Langanhaltender Beifall dankte dem Gauleiter für seine mannhaften Worte. Damit war der festliche Akt der Urkunden-Ueberreichung und Ehrung unserer verdienten Kasseler Kämpfer beendet. Oberbürgermeister Lahmeyer ergriff dann das Wort zum Bericht über die Verwaltung der Stadt Kassel im Rechnungsjahr 1935/36.

eister gibt Rechenschaft

1 500 Kindern gemeinsam mit dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" vorgenommen. Die Schulzahnklinik ist von etwa 4 000 Kindern in Anspruch genommen worden. Die beiden Krankenanstalten der Stadt konnten gut ausgenutzt werden. Das in der ehemaligen Heilstätte Lindenberg untergebrachte Kranken- und Wohlfahrtsheim war zu 90 Proz. belegt, die städtische Entbindungsanstalt und Frauenklinik „Espenhaus" hatte eine Durchschnittsbelegung von 80 Proz. aufzuweisen. Die Desinfektionsanstalt führte etwa 2 800 Desinfektionen, Durchgasungen und Entlausungen aus. Die Sprechstunde für das Wohlfahrtsamt war von rund 7 000 Männern, Frauen und Kindern besucht.

Das Stadtamt für Leibesübungen betreut die 16 Sportplätze und erhält die Verbindung mit der Hitler-Jugend und den sporttreibenden Verbänden. Die Hitler-Jugend und der BDM erhielten finanzielle Unterstützungen

Oberbürgermeister Lahmeyer überreicht Gauleiter Weinrich die Verleihungs-Urkunde zur silbernen Plakette der Stadt Kassel.

gegen spröde Haut

zunehmen. Die Ungeklärtheit der allgemeinen schulischen Lage deren staatliche Reform bevorsteht, hat veranlaßt, den jetzigen Zwischenzustand trotz aller nach dieser Richtung geleisteten Vorarbeiten vorerst unverändert zu lassen. Es steht zu hoffen, daß das kommende Etatsjahr im Einvernehmen mit den staatlichen Schulaufsichtsbehörden den Weg zur endgültigen Lösung der bestehenden Raumschwierigkeiten frei macht.

Es wurde eine besondere Stelle für Stadtforschung geschaffen.

Förderung der Kunst

Im Städtischen Naturkundemuseum erfolgte die Eingliederung der umfangreichen Mildeschen Leihgabe, dadurch Schaffung einer wertvollen technologischen Abteilung. Durch die Neueröffnung des städtischen Kunsthauses im Mai 1935 wurde sowohl dem Kunstverein Kassel in seinem Jubiläumsjahre eine würdigere Unterbringung geschaffen, wie auch dem Handwerk und der Gewerbehalle die Möglichkeit zu wertvollen wechselnden Ausstellungen gewährt. Bildankäufe wurden in vermehrtem Umfange getätigt sowohl zur Ergänzung der städtischen Kunstsammlung, wie auch zu Ehrengaben. Eine Neuregelung des Musiklebens in Kassel geht jetzt vom neugeschaffenen Posten des Städtischen Musikbeauftragten aus: zentrale Beeinflussung und Ueberwachung des Musiklebens vom Meisterkonzert bis zum Schülerabend, Pflege heimischer Tonkunst, Einrichtung von Chorleiterlehrgängen, Unterstützung von Kasseler Musikern.

Aufschwung der Wirtschaft

Bei den gewerblichen Werten ist, wie im Vorjahre, eine erfreuliche Fortsetzung der Absatzzunahme bei Strom, Gas und Wasser — bei Strom und Gas etwa 15 Prozent, bei Wasser 10 Prozent — festzustellen. Die Durchführung mehrerer Neubauten, Erweiterungs- und Instandsetzungsarbeiten brachte Industrie und Handwerk gute Beschäftigung. Am 13. Juni erfolgte die Inbetriebnahme des Luft- und Schwimmbads Wilhelmshöhe. Der Besuch übertraf alle Erwartungen. Auch Hallenbad, Flußbad und Volksbäder wurden allgemein gut besucht.

Die Stadt unterstützte aus laufenden Etatsmitteln die Fremdenwerbung des Verkehrsvereins, dessen Mitglied sie ist. Die Erfolge der 1934 begonnenen Neuorganisation wirkten sich 1935 voll aus. Der Ausbau der Wilhelmshöhe als Kneipp- und Luftkurort brachte die Anlegung zahlreicher Wassertretstellen und die Errichtung des Kur- und Badehauses. Im ersten Jahr seines Bestehens konnten während der Sommermonate über 4000 Bäder und Behandlungen verabfolgt werden. Während der Sommermonate waren die Fremdenbetten in Wilhelmshöhe stets voll belegt. Die Steigerung der Kurgäste beträgt rund 100 Prozent. Wilhelmshöhe wurde von den zuständigen Reichsbehörden im Rahmen der Neuorganisation des deutschen Bäderwesens als Kneipp- und Luftkurort anerkannt.

Für die Stadtsparkasse stand das Geschäftsjahr 1935 im Zeichen einer sich stetig vollziehenden Aufwärtsentwicklung. Der Gesamtumsatz (reine Umsätze) erhöhte sich von 93 914 000 RM. (Ende 1934) auf 109 202 000 RM. Ende 1935. Der Spareinlagenbestand erhöhte sich im Berichtsjahr von rund 15 790 000 RM. um 1 540 000 RM. auf 17 330 000 RM. Die Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen stiegen von rund 2 453 000 RM. (Ende 1934) auf 3 262 000 RM. (Ende 1935). Dank des starken Einlagenzuwachses konnte die Stadtsparkasse eine große Anzahl von Neubau-Hypotheken gewähren. Zur Belebung des heimischen Baumarktes wurden im Berichtsjahr 540 000 RM. den Baulustigen zur Verfügung gestellt. Die Liquiditätsreserven der Stadtsparkasse sind im Jahre 1935 wesentlich gestiegen. Es sind über die Mindestgrenze hinaus angelegt worden rund 3 000 000 RM. Die Zahlungsbereitschaft der Stadtsparkasse ist daher als äußerst günstig zu bezeichnen.

Sechs Vorortgemeinden kommen zu Kassel

Wie der Oberbürgermeister im Rahmen seines Berichtes weiter ausführte, sollen in Kürze sechs Vorortgemeinden: Niederzwehren, Oberzwehren, Nordshausen, Harleshausen, Wolfsanger und Waldau nach Kassel eingemeindet werden. Bei Waldau ergab sich die Eingemeindung ohne weiteres aus der Tatsache, daß dort der Flugplatz der Stadt Kassel liegt, ein großer Teil des Geländes in städtischem Besitz war und künftig eine größere Verkehrsbahn an Waldau vorbei nach der Frankfurter Straße geführt werden soll. Die übrigen Vorortgemeinden hängen zum Teil sehr eng mit der Stadt Kassel zusammen. Die Ver-

Eine Unterredung der „Kurhessischen Landeszeitung" mit dem Ehrenbürger der Stadt Kassel, Staatssekretär Dr. Roland Freisler

„Ehre bedeutet Verpflichtung"

Dr. Str. Kassel, den 19. Februar.

Die Anwesenheit Staatssekretärs Dr. Roland Freisler, anläßlich der feierlichen Ueberreichung der ihm verliehenen Ehrenbürger-Urkunde benutzte die „Kurhessische Landeszeitung" dazu, an den verdienstvollen Vorkämpfer des Nationalsozialismus im Gau Kurhessen und in unserer Heimatstadt insbesondere einige Fragen zu stellen, die unseren Lesern, wie wir glauben, am Herzen liegen. Parteigenosse Staatssekretär Dr. Roland Freisler beantwortete uns, wie er auch früher schon jederzeit willig seine bewährte Feder in den Dienst der Bewegung und der großen Sache gestellt hat, diese Fragen folgendermaßen:

Frage: Welches war für Sie an Ihrem heutigen Ehrentage die tiefste Erinnerung aus Ihren so tatenreichen Kasseler Kampfjahren?

Antwort: Die tiefste und erschütterndste Erinnerung war der gemeinsame Kampf in der Nacht zum 18. Juni 1930, in der ein zusammensinkendes System sich selbst und die Pflicht, die es gegenüber dem Volke hatte, verriet und sich nicht scheute, mit unverantwortlichen, ja geradezu strafbaren Unterlassungen das Leben vieler Bürger der Stadt Kassel zu gefährden, so daß eine große Zahl verletzt wurde und einer unserer Besten, der damit unser Treuester geworden ist, Heinrich Messerschmidt, sein Leben lassen mußte.

Frage: Wie unterscheidet sich Ihre jetzige Tätigkeit von Ihrer früheren Kasseler, beide gleichermaßen als Gefolgsmann des Führers gesehen?

Antwort: Wenn Sie mich nach meiner früheren Kasseler Kampftätigkeit und meiner jetzigen Berliner Arbeit fragen, so kann ich Ihnen, was Ihnen als Parteigenossen nicht seltsam sein wird, sagen: Die Aufgabe und die Arbeit sind dieselben geblieben, da auch das Ziel das gleiche ist. Das Ziel war früher und ist heute Adolf Hitler. Der Führer ist Deutschland, Deutschland ist das deutsche Volk, das deutsche Volk ist die Bewegung. Die Bewegung wiederum ist der Führer. Diese Sätze umreißen die Arbeit von einst und auch die von heute.

Frage: Wir nehmen es als ein schönes Symbol für die Verwirklichung des erstrebten Volksrechts, daß heute in Ihrer und des Parteigenossen Rudolph Person der Akademiker und der Arbeiter in gleicher Weise geehrt wurden. Welcher wird der Grundzug dieses Rechtes sein?

Antwort: Ich glaube, der Parteigenosse Rudolph und ich haben das zum Ausdruck gebracht, als wir auf Anforderung des Parteigenossen Oberbürgermeister Lahmeyer, uns ins Goldene Buch der Stadt Kassel einzutragen, über unseren Namenszug das Wort setzten: „Ehre bedeutet Verpflichtung". Damit haben wir, so glaube ich, erstens dargelegt, daß das neue deutsche Recht auf der Grundlage der Pflicht und nicht der Einzelrechte aufgebaut ist, daß zweitens diese Pflicht für alle Volksgenossen nur ein und dieselbe sein kann, was dadurch zum besonderen Ausdruck gebracht worden ist, daß wir beide jenen Leitsatz gleichermaßen über unsere Namenszüge gesetzt haben.

Frage: Wieweit wird insbesondere den Rechtswahrern ein bedeutender Teil der Arbeit an der Verständigung und dem Sich-kennen-lernen der Völker untereinander zufallen und welche positiven Auswirkungen haben Sie in dieser Richtung bei dem letzten Internationalen Strafrechtskongreß in Berlin und ihren unlängst gehaltenen Vorträgen im Auslande feststellen können?

Antwort: Ich habe die feste Ueberzeugung, daß das Sehnen des deutschen Volkes nach wahrem Recht, das in seiner Seele zutiefst verankert ist, bei den Völkern des europäischen Lebensraumes stets einen lebendigen Widerhall und eine außerordentliche Beachtung finden wird. Auf der Reise, die ich unlängst aus Anlaß des dritten Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung in den Südosten Europas unternehmen durfte, habe ich festgestellt, und zwar bei Besprechungen mit Hochschulprofessoren in Athen und Belgrad, welch außerordentliche Beachtung der Erneuerung des deutschen Rechts dort geschenkt wird. Nicht nur, daß Gesetze wie das Reichserbhofgesetz bereits längst in Sonderschriften in kroatischer und serbischer Sprache übersetzt worden sind und zur Verbreitung kommen, befassen sich Professoren sowohl wie Studenten und die rechtsinteressierte Bevölkerung überhaupt mit der deutschen Rechtserneuerung in einem Maße, wie ich es niemals erwartet hatte. Bereits die Arbeiten des XI. Internationalen Strafrechtskongresses in Berlin haben gezeigt, welch tiefes Verständnis bei objektiver Dar- und Klarlegung dem Erneuerungsgedanken der deutschen Volksführung in der Welt entgegengebracht wird. Ich darf insoweit an die fast einstimmig gefaßten Beschlüsse auf dem Gebiete der Sicherung der Volksgesundheit und Volkskraft erinnern.

Frage: Wieweit haben Ihrer Meinung nach die vom Gesetzgeber im Reichserbhofgesetz niedergelegten Grundgedanken und Ziele bereits Anerkennung im Volke selbst gefunden, was insbesondere die stark bäuerliche Bevölkerung unseres Gaues Kurhessen interessieren wird?

Fortsetzung auf der 2. Seite

Städt. Presseamt

Kassels Etat zum ersten Male ausgeglichen

Haushaltsplan für 1936 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 32 Millionen ab

Kassel, 20. Februar.

Nach mehreren voraufgegangenen Beratungen der Gemeinderäte der Stadt Kassel ist gestern abend im Rahmen einer kommunalen Feierstunde der Haushaltsplan der Stadt Kassel für das kommende Etatsjahr verabschiedet worden. Erstmalig seit den Jahren des Verfalls schließt er ohne Fehlbetrag ab. Er gleicht sich in Einnahmen und Ausgaben mit 32,048 Millionen RM aus. Die gestrige Sitzung der Gemeinderäte erhielt neben der Haushaltsverabschiedung ihr besonderes Gepräge durch die Ueberreichung der Ehrenbürgerbriefe an die im Einverständnis mit Gauleiter Staatsrat Weinrich zu Ehrenbürgern ernannten verdienstvollen Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee in Kassel und Kurhessen, Staatssekretär Roland Freisler und Reichsbahnstellwerksmeister i. R. Heinrich Rudolph. Oberbürgermeister Dr. Lahmeyer überreichte unserem Gauleiter die Urkunde über die Verleihung der Silbernen Plakette der Stadt Kassel. Einen ausführlichen Bericht über die Feierstunde in der Stadthalle finden unsere Leser im Inneren dieser Ausgabe.

Der Verabschiedung des Kasseler Haushaltsplanes kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als in ihm zahlenmäßig einmal mehr die Besserung der kommunalen Finanzlage seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus ihren Niederschlag findet. Die Finanzgestaltung der Stadt Kassel steht im **Zeichen der größeren Bewegungsfreiheit gegenüber den Vorjahren.** Diese findet ihre Begründung durch den Rückgang der Wohlfahrtslasten, durch die erhöhten Erträgnisse aus den Städtischen Werken und durch ein erhöhtes Aufkommen der kommunalen Steuern.

Bei einer Durchsicht der Etatspositionen ist festzustellen, daß die gebesserte Finanzlage unserer Gemeinde dazu [illegible] anstatt zwangsläufig Ausgaben zu bestreiten, oder entsprechend einer Verfügung des Innenministers zu Ansätzen für Rücklagen auszunutzen. Die Etats der allgemeinen Verwaltung, der Gemeindeanstalten und Gemeinde-Einrichtungen und der Polizeiverwaltung haben nur eine geringe Ausgabenerhöhung erfahren, die zum Teil notwendig wurden durch Erhöhung der Pensionslasten. **Wesentlich gesteigert wurde der Haushalt der Bauverwaltung,** aus dem Mittel freigestellt sind, um dringenden Notwendigkeiten im Straßenbau und im Kanalbau gerecht werden zu können. So werden dem außerordentlichen Haushalt aus dem ordentlichen Haushalt 408 000 Mark für Straßenbauzwecke zur Verfügung gestellt, die dazu dienen sollen, das **Gelände zwischen Kohlenstraße und Herkulesstraße** aufzuschließen und damit den Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Für Kanalbauten stehen aus dem ordentlichen Haushalt 255 000 Mark zur Verfügung, außerdem für die Fortführung der Altstadtsanierung weitere 120 000 Mark. Zukünftigen kommunalen Aufgaben, der **Schaffung eines Aufmarsch- und Ausstellungsgeländes,** dient eine Rücklage von 100 000 Mark.

Eine Ausweitung gegen das Vorjahr hat auch der Haushalt für Kunst- und Volksbildung erfahren. Rund 100 000 RM stehen hier mehr zur Verfügung, um dringenden Bedürfnissen Folge leisten zu können. Der Wohlfahrtsetat stellt sich über 600 000 RM günstiger als im Vorjahr, da mit einem weiteren Sinken der Wohlfahrtserwerbslosenlasten gerechnet werden kann. Die erhöhten Einnahme-Ansätze im Haushaltsabschnitt der Finanzverwaltung sind in der Hauptsache durch erhöhte Steuereingänge und durch Mehreingang des Aufkommens der Städt. Werke gerechtfertigt. Die Etatsansätze der städtischen Stiftungen bringen gegen das Vorjahr keine Aenderung.

die Kunst der Ma
Blicken man diese
mals halfen alle schönen
optimistischen Silberstrei
gar nichts: Die Gemeind
Zellen in der großen G
tion trieben hoffnungsl
vor dem sie in allerletzter
Nationalsozialismus d
zurückriß. Das Steu
eiserne Sparsamk
wortungsfreudigkeit im
Aufbauwerkes unseres F
nen zurück von dem end
Damals folgte ein ar
ren Grundsätzen ausgeri
schließt sich das Heute
Ausblick zu den n
schen Kommunalp
Ausblick, der nicht getr
ter Schönmalerei, sonder
ist von der sachlichste
Sprache der Tatsachen.

Gestern ist in einer
stunde von den Gemeind
Haushaltsplan für das
worden. Längere, von e
ratungen gingen diesem
Woche voraus. Das We
arbeit in unseres Gaues
dringlichen Wende
Male nach all den Jah
gelungen, ohne die Hilfe
halt auszugleiche
munalen Gesundung, ge
ren, ist damit um ein be
stärker geworden. Das ü
und größte Gefahren bir
liberalistischen Vergange
Haushaltsplan eine we
erfahren, die uns berec
heit der vergange
rückzublicken. Aber
ler verfallen, die komm
aussichtsreicher zu sehen,
bringen wird. Die Wun
Mißwirtschaft bescherte,
der Nationalsozialismus
den bei der Machtübern
und zu groß, als daß si
Zeitraum geheilt und ü
rade weil dieses alles
ging, in dem uns allen
sentiert wurden, in den
Beitrag erhöht und jene
fuhr, darf die Bilanz bi
der Haushalt Kassels ei
gläubig und hoffnungsf

Die heutige nationalso
ist im Gegensatz zu der

Zeitungsausschnitt

Kurhessische Landeszeitung

Nr. 71 vom 26/27. III. 1938

Nachrichtenstelle Kassel

Roland Freisler spricht am Sonntag

Zwei Kundgebungen in Hessa u. Kassel

5. WEITERER LEBENSWEG UND TOD (1933-1945)

Bereits im April 1933 hatte Hitler den Reichsjustizminister Dr. Gürtner mit der Einberufung einer amtlichen Strafrechtskommission beauftragt, deren Aufgabe darin bestand, einen nationalsozialistischen Strafgesetzentwurf zu erarbeiten. Ihr gehörten unter Vorsitz Gürtners auch der preußische Justizminister Kerrl (Stellvertreter), die Staatssekretäre des Preußischen- und des Reichsjustizministeriums, sowie Vertreter der Rechtswissenschaft und der Praxis an. Einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung des neues Strafrechts gewann Roland Freisler, der im Zuge der Gleichschaltung am 1.4.1934 zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannt wurde (vgl. Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a).

Doch gleich zu Beginn gab es Kompetenzstreitigkeiten. Zunächst brachte der Preußische Justizminister Kerrl unter Mitarbeit Freislers im September 1933 eine Denkschrift des Preußischen Justizministeriums heraus. Im Juni 1934 folgte eine der Akademie für Deutsches Recht in München unter Leitung des Reichsministers Frank, der ebenfalls Anspruch auf die Strafrechtsreform erhob. Frank bemühte sich, Freisler in seine Organisation zu integrieren und ernannte ihn 1935 zum Leiter der wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie für deutsches Recht. Hierbei kam es zu heftigen Machtproben zwischen Gürtner und Frank, bei denen sich sowohl Hitler als auch Freisler auf Seiten Gürtners stellten (vgl. SCHULZ 1974, S. 197-204; REITTER 1976, S. 133-150). Freisler jedoch vor allem deshalb, weil er sich sein Ressort nicht nehmen lassen wollte.

Am 25.9. und 6.11.1933 erfolgte die Aufforderung Gürtners an alle Rechtswahrer, Vorschläge und Anregungen aus der Praxis einzureichen, die der Strafrechtskommission die Arbeit erleichtern sollten, was dann auch geschah (vgl. Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 8423, 7757, 8474, 7923).

Diese Vorschläge griff Freisler häufig auf und brachte sie in sein eigenes Konzept ein. So haben auch die unteren Instanzen einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung des neuen Strafrechts geleistet, denn nicht alle Forderungen Freislers stammten von ihm selbst (vgl. auch SCHULZ 1974, S. 193, 475/76, 552/53 und FRAENKEL 1974, S. 79/80).

Im Herbst 1936 schloß die Kommission den Entwurf in zweiter Lesung ab und legte ihn nach nochmaliger Überprüfung dem Reichskabinett vor.

Er bestand aus einem allgemeinen und einem besonderen Teil. Hervorzuheben sind im allgemeinen Teil das Analogie- und das Willensstrafrecht. Der Analogie-Gedanke wurde am 28.6.1935 in den Entwurf aufgenommen. Danach konnte jeder bestraft werden, der gegen das gesunde Volksempfinden verstieß, auch wenn es für die Tat kein entsprechendes Strafgesetz gab. Somit konnte jeder Gegener des Nationalsozialismus willkürlich verfolgt werden. Das Willensstrafrecht verurteilte nicht die Tat, sondern den Täter. Es wurde nicht mehr zwischen versuchter und vollendeter Tat unterschieden, sondern ausschlaggebend war einzig und allein der Wille des Täters, deren Einschätzung dem Richter überlassen blieb. Auch diese Beurteilung ermöglichte die Unterdrückung jeder nichtnationalsozialistischen Gesinnung. Im besonderen Teil wurden die fünf Lebensfundamente der Nation, die zugleich auch Rechtsfundamente darstellten, beschrieben und unter besonderen Schutz gestellt: Rasse, Boden, Ehre, Staat und Arbeit (vgl. Dtl.-Berichte SPD 1937, S. 1338-62).

Der Entwurf wurde jedoch nie verabschiedet, da Hitler ihn zunächst unter einem Vorwand beiseite legte und später, als die Kommission während des Krieges darauf drängte, betonte, daß jetzt wichtigeres zu tun wäre. In Wirklichkeit aber hätte der neue Strafgesetzentwurf Hitler zu sehr in seiner Entscheidungsfreiheit eingeschränkt, da er dann an die Gesetze gebunden gewesen wäre. Gerade das wollte er aber nicht.

Zu Freislers Beitrag zur Strafrechtserneuerung vgl. seine Veröffentlichungen in der Deutschen Justiz; Dtl.-Berichte SPD 1937, S. 1338-62; BRACHER 1969, S. 394; BROSZAT 1979, S. 417; 1958, S. 390-95; 1981, S. 442, FRAENKEL 1974, S. 91, 102, 232; HILLER MEIER 192, S. 14; HOFER 1980, S. 32; REITTER 1976, S. 180-186; ROBINSOHN 1977, S. 11; SCHULZ 1974, S. 203, 478-80; WAGNER 1968, S. 210; WEINKAUFF 1968, S. 59-67, 97, 148 und BA Koblenz, R 22 845, S. 3; Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 8031, 8423).

Ferner war Freisler mitverantwortlich für die Judengesetzgebung, insbesondere der Nürnbergergesetze vom 15.9.1935 (vgl. GRUCHMANN 1983, S. 419-42; BA Koblenz R 22, 931, S. 193 und 1074, S. 24/26) und nahm an der Wannsee-Besprechung vom 20.1.1942 teil (vgl. HOFER 1980, S. 289/303).

Des weiteren gab er Anweisungen für die gerichtliche Behandlung von Euthanasie- und Nachtund Nebel-Fällen (vgl. GRUCHMANN 1972, S. 235-279; 1981, S. 342-396; WAGNER 1974, S. 416-441) und bestimmte die ver-

schiedenen Rechtsstufen für Fremdvölker (1942): Verbündete, Besetzte Westgebiete, Polen, Ukrainer usw. (vgl. BA Koblenz R 22, 1144, S. 124-128).

Außer der Strafrechtsreform setzte sich Freisler auch für die Umgestaltung des Strafverfahrens ein, mit dem Ziel der Sondergerichtsbarkeit, den Rechtsweg auf weiten Gebieten auszuschließen, die prozessualen Rechte des einzelnen zu verkürzen, Rechtsmittel zu verhindern und die Richter selbst immer stärker dem Willen der Staatsführung zu unterwerfen. Dabei wurden die rechtsstaatlichen Verfahrensgrundsätze allmählich konsequent abgebaut (vgl. WAGNER 1968, S. 192-99; Dtl.-Berichte SPD 1938, S. 891-910; BA Koblenz R 22, 845, S. 4; 849, S. 27 und 956, S. 146).

Der Strafprozeß wurde zunehmend kürzer. Ständig wiederholte Freisler seine Forderung, daß die Strafe den Verbrecher "schlagartig" und "blitzartig" treffen sollte. Nur eine Strafe, die der Tat auf dem Fuße folgt, wäre eine gerechte Sühne (vgl. SCHULZ 1974, S. 193; WAGNER 1968, S. 259; BA Koblenz R 22, 1105, S. 33; 1126, S. 3-7; 1126, S. 38/47; Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 8348, 8166, 8167).

Außerdem verlangte er fortwährend höhere Strafen. Bei allen politischen Prozessen sollten keinesfalls die Mindeststrafen, sondern stets die Höchststrafen angewandt, vor Todesstrafen nicht zurückgeschreckt werden (vgl. BERGSCHICKER 1983, S. 310; BOBERACH 1975, S. XVI, 23/24, 482/83; BROSZAT 1958, S. 398; RÜCKERL 1982, S. 81; SCHULZ 1974, S. 193; STAFF 1978, S. 91/92; WEINKAUFF 1968, S. 66, 134, 143; Dtl.-Berichte SPD 1936, S. 1660; BA Koblenz R 22, 956, S. 274 und Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, 7787).

Auch der Strafvollzug sollte härter gehandhabt werden (vgl. BROSZAT 1981, S. 594/595; STAFF 1978, S. 93/94; BA Koblenz R 22, 1074, S. 52/53, 189/90 und 1437, S. 231).

Wie die Erneuerung des Strafrechts lassen sich auch die Änderungen des Strafverfahrens, -prozesses und -vollzuges in mehrere Phasen einteilen, in denen die nationalsozialistischen, insbesondere Freislers Forderungen, durchgesetzt wurden: 1. 1933-1935, 2. 1936-1938, 3. 1939-1941, 4. 1942-1945. Der Höhepunkt der radikalen Pervertierung des Rechts fiel in die Kriegszeit.

Zu den personellen Veränderungen und zur Kompetenzbestimmung ist hinzuzufügen, daß Freisler alle führenden Posten der Justiz mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzte.

Die Oberstaatsanwälte unterstanden ihm direkt und hatten seine Anweisungen, die sie teils durch Besprechungen im Justizministerium, teils schriftlich erhielten, an die Staatsanwälte der Land- und Amtsgerichte weiterzuleiten (vgl. BOBERACH 1975, S. XVI, XVII, 423/456; WAGNER 1968, S. 281-292; WEINKAUFF 1968, S. 136/37; BA Koblenz R 22, 1144, S. 20 und Freislers Veröffentlichungen in der "Deutschen Justiz").

Die Richter hatten nicht die Aufgabe Recht zu schöpfen, sondern sich an die Anweisungen des Reichsjustizministeriums und Hitlers zu halten, den Freisler als obersten Richter und Gesetzgeber bezeichnete. Damit war ihre Unabhängigkeit beseitigt. Ferner versuchte er die Richter durch zahlreiche Veröffentlichungen vor allem in der "Deutschen Justiz" zu beeinflussen und sprach sich ausdrücklich für die Richterbriefe aus. Hierdurch wurden auch die Richter zu Befehlsempfängern degradiert, die sich streng an ihre Aufgabe halten sollten, die Ziele des Nationalsozialismus in der Rechtsprechung umzusetzen. Nach dem Willen Freislers sollten sie sich nur innerhalb der ihnen gesteckten Rahmen bewegen und ihre Kompetenzen nicht überschreiten (vgl. HILLERMEIER 1982, S. 34; HOFER 1980, S. 3; SCHULZ 1974, S. 189; WAGNER 1968, S. 205-241; WEINKAUFF 1968, S. 75, 120, 124 und Freisler Veröffentlichungen in der "Deutschen Justiz").

Die Beeinflussung der Rechtsanwälte gestaltete sich etwas schwieriger, da sie einem freien Berufsstand angehörten.Freisler forderte deshalb ihre Anzahl stark zu begrenzen und vor allem jüngere Anhänger der NSDAP zu bevorzugen. Später wurde die freie Advokatur beseitigt und die Zulassung zur Anwaltschaft der der Beamten gleichgestellt. Alle Rechtsanwälte wurden in der 1933 neuerrichteten Reichsrechtsanwaltskammer zusammengeschlossen, die hierarchisch geordnet war und die Mitglieder überwachte. Durch Geldstrafen bis zu 500 M (1941) und Rechtsanwaltsbriefe (1944) versuchte man die Anwälte weiter zu beeinflussen (vgl. REIFNER 1981, S. 80, 194; SCHULZ 1974, S. 188 und WAGNER 1968, S. 322-328 und Freislers Veröffentlichungen in der "Deutschen Justiz").

Des weiteren widmete sich Freisler der Ausbildung von Referendaren. Sie sollten vornehmlich zu von nationalsozialistischem Geist durchdrungenen Charakteren herangebildet werden. Die juristische Ausbildung spielte dabei

eine untergeordnete Rolle. Freisler setzte sich dafür ein, die Ausbildung zu verkürzen und die Referendare im nationalsozialistisch-weltanschaulichen Schulungslager, welches Hanns Kerrl unterstand, entsprechend auf ihren späteren Beruf vorzubereiten. In der Praxis wurden die jungen Juristen nicht nach ihren Fähigkeiten, sondern nach ihrer nationalsozialistischen Zuverlässigkeit ausgesucht (vgl. HILLERMEIER 1982, S. 25; STAFF 1979, S. 122/23; WEINKAUFF 1968, S. 97-129 und Freislers Veröffentlichungen ind der "Deutschen Justiz").

Im Reichsjustizministerium nahm Freisler als zweiter Staatssekretär eine entscheidende Position ein. Im Vergleich zu Schlegelberger bekam er eine Schlüsselstellung. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehörten: die Strafrechtsabteilung, die Abteilung für Strafvollzug und Strafrechtspflege sowie innerhalb der Personalabteilung die Hälfte der Oberlandesgerichte, darunter das von Berlin, das Justizprüfungsamt, die Anwaltschaften beim Reichs- und Volksgerichtshof und schließlich die Personalangelegenheiten des Volksgerichtshofes (vgl. REITTER, 1976, S. 169/70). Außerdem wirkte er dominierend auf Schlegelberger (vgl. REITLINGER 1979, S. 197; REITTER 1976, S. 170 und WEINKAUFF 1968, S. 100) und Gürtner (vgl. REITTER 1976, S. 142, 155, 169/70, 180/83, 188/91 und WEINKAUFF 1968, S. 100).

Obwohl sich Freisler sehr fanatisch und radikal für die Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie durch die Justiz einsetzte und Hitler ständig lobte und ehrte, mochte der "Führer" ihn nicht. Als angeblicher Jude, ehemaliger Kommunist und Jurist war er ihm suspekt genug. In den Tischgesprächen nannte Hitler Freisler einen Bolschewik und bezeichnete ihn später als Wyschinski, nach dem Hauptankläger bei den russischen Schauprozessen! Ständig versuchte Freisler zu beweisen, daß Hitler Vertrauen zur Justiz haben und daß sie sehr wohl hart sein könnte (vgl. BROSZAT 1958, S. 403; DOMARUS 1965, S. 1857/58; GRUCHMANN 1964, S. 86-101; HEIBER 1955, S. 276, HILLERMEIER 1982, S. 36; SCHULZ 1974, S. 376, 475, WEINKAUFF 1968, S. 44 und die Veröffentlichungen Freislers in der "Deutschen Justiz"). Aus diesem Grund wurde er nicht zum Reichsminister befördert, sondern am 20.8.1942 als Präsident an den Volksgerichtshof abgeschoben (vgl. BOBERACH 1975, S. XVIII; DOMARUS 1965, S. 1857; REIFNER 1981, S. 30; REITTER 1976, S. 217; WEINKAUFF 1968, S. 150).

Sofort versuchte er hier seine Machtposition zu erweitern, indem er dem 1. Senat einen größeren Geschäftsbereich zuwies. Hiermit wurde der Grundsatz des gesetzlichen Richters für den Volksgerichtshof aufgehoben und jeder Angeklagte mußte befürchten, von ihm verurteilt zu werden, wobei das Strafmaß in vielen Fällen wesentlich höher ausfiel. Thierack beendete diesen Mißbrauch am 22.11.1943. Hinzu kam, daß Freisler durch den außerordentlichen Einspruch (16.9.1939) ein weiteres Machtmittel zur Verfügung stand. Danach lag es im Ermessen der Oberreichsanwälte beim Reichsgericht und beim Volksgerichtshof gegen rechtskräftige Urteile Einspruch zu erheben, womit die angefochtene Entscheidung für ungültig erklärt wurde. Voraussetzung waren nur schwerwiegende Bedenken. Vor dem Besonderen Senat, dessen Vorsitz Freisler führte, wurde dann noch einmal verhandelt - in den meisten Fällen zuungunsten der Angeklagten (vgl. HILLERMEIER 1982, S. 37/41; WAGNER 1974, S. 20-27, 816-821).

Als Richter am Volksgerichtshof führte Freisler konsequent aus, was er von den Rechtswahrern verlangte. Gerechtigkeit im Sinne des Nationalsozialismus, Durchsetzung der Befehle der Machthaber und die Ausrottung oder "Unschädlichmachung" aller dem Nationalsozialismus nicht bedingungslos ergebenen Personen.Er degradierte sich selbst, indem er die Justiz zum Exekutivorgan der Partei bzw. Hitlers machte, die nur dazu diente, die Diktatur aufrechtzuerhalten und die Gegner zu vernichten.

Die Urteile standen in den meisten Fällen von vornherein fest, denn vor den Prozessen erklärte er den Beisitzern und ehrenamtlichen Richtern seine Ansicht über die einzelnen Fälle. Die Verhandlung selbst glich einem entsetzlichen Schauspiel. Die Verfahren waren so kurz, daß eine ordnungsgemäße Beweisaufnahme nicht mehr möglich war, obwohl Freisler immer wieder vorgab, gründliche Aufklärung zu schaffen. Die Beisitzer hatten nichts zu sagen, sie waren nur "stumme Statisten", denn Freisler duldete keinen Widerspruch! Wenn die Verteidiger etwas äußerten, was ihm nicht gefiel, schnitt er ihnen das Wort ab und verspottete sie. Politische Angeklagte behandelte er wie gemeine Verbrecher, ließ sie überhaupt nicht zu Wort kommen und beschimpfte sie in übelster Weise. Sie waren ihm hoffnungslos ausgeliefert!Bei Personen gleichen Intellekts lieferte er sich heftige Wortgefechte, was jedoch an den terroristischen Urteilen nichts änderte. Wie sehr er fürchtete, daß diese Menschen die Heuchelei der Nationalsozialisten aufdecken könnten, zeigt sein ständig sich

wiederholendes "ein Mann, der gebildet sein Will". Die Zahl der von Freisler gefällten Todesurteile überstiegen alles bis dahin dagewesene. Zwar trug dazu auch die verschärfte Gesetzgebung und die Kriegszeit bei, dennoch waren viele Bürger der Meinung, der 1. Senat bringe den Tod.

Bemerkenswert war auch sein Urteilsstil. Er stand auf bewußt niedrigem Niveau, damit das Urteil auch vom einfachsten Arbeiter verstanden werden konnte. Die Begründungen waren sehr kurz, begannen häufig mit einer Charakterisierung der Angeklagten, die voller Verachtung und Beschimpfungen war. Selbst völlig unbedeutende Handlungen wurden dermaßen übertrieben dargestellt, als hätte man es mit einem Schwerverbrecher zu tun. Ferner dienten diese Darstellungen zur Legitimation der hohen Strafen.

Von den Tschechen forderte er Treue - von den Polen Gehorsamspflicht; bei den Angeklagten der besetzten Westgebiete spielte ihre Blutsverwandtschaft bzw. ihre Abstammung eine große Rolle. Hitler und der Nationalsozialismus wurden grenzenlos verherrlicht, selbst die leiseste Kritik erfuhr drakonische Strafen.

Selbst bei anderen fanatischen Nationalsozialisten war Freisler alles andere als beliebt. Zwischen Thierack und ihm traten fortwährend heftige persönliche Spannungen auf, die sich vor allem darin äußerten, daß ersterer die Machtbefugnisse des letzteren einzuschränken suchte und ihn mehrfach verwarnte, die Prozesse der Würde des Volksgerichtshofes anzupassen. Jedoch ohne Erfolg.

Thierack hielt Freisler für "Geisteskrank" und Rothenberger bezeichnete ihn als "krankhaften Anormalen". Für die Angeklagten war er der gefürchtete Tyrann und gehörte zu den perversesten, brutalsten und blutrünstigsten Richter, die es je gegeben hatte.

Zur Zuständigkeit des von Freisler geführten 1. Senats gehörten: Hochverrat, Landesverrat, Wehrmittelbeschädigung und Sabotage. Ferner die Rechtsprechung zu den Kriegsgesetzen, wie z.B. Wehrkraftzersetzung, Verfahren gegen Geistliche und Nacht- und Nebel-Verfahren. Hinzu kamen die Prozesse gegen Regimegegner sowohl in den eingegliederten und besetzten Gebieten als auch im Reich. Zu den bekanntesten zählten die von Freisler verurteilten Widerstandskämpfer der Mitglieder der Weißen Rose (22.2.1943), der Europäischen Union (16.12.1943), des 20. Juli 1944 und des Kreisauer

Kreises (vgl. HILLERMEIER 1982, S. 35-40; HOFER 1980, S. 335-37, 356; WAGNER 1974, S. 832-844).

Freisler starb am 3.2.1945 bei einem Bombenangriff in Berlin.
Über Freislers Tod gab es verschiedene Versionen.

Rechtsanwalt Fabian von Schlabrendorff, damals Angeklagter vor dem Volksgerichtshof, berichtete, daß sich das Gericht während seiner Hauptverhandlung aufgrund des Bombenalarms in den Schutzraum begeben hätte. Freisler und die Beisitzer hätten sich auf einer Seite befunden, er selbst und seine Bewacher auf der gegenüberliegenden. Plötzlich wäre das Gebäude von einer Bombe getroffen worden. Ein herabstürzender Deckenbalken hätte Freisler erschlagen.

Nach Eberhard Bethge verkündete Freisler am 2.2.1945 die Todesurteile über Klaus Bonhoeffer, den Bruder des Pastors Dietrich Bonhoeffer, über den Ministerialrat im Reichsluftfahrtministerium, Rüdiger Schleicher, Friedrich Perels und Hans John.

Am folgenden Tag fuhren die Frau und Tochter Schleichers sowie sein Bruder, Oberstabsarzt Dr. Rolf Schleicher nach Berlin, um eine Begnadigung für Rüdiger Schleicher zu erreichen. Zufällig befanden sie sich im selben Zug. Als sie im U-Bahntunnel am Potsdamer Platz ankamen, konnten sie diesen wegen eines schweren Bombenangriffs nicht verlassen. Plötzlich wurde nach einem Arzt gerufen. Oberstabsarzt Dr. Rolf Schleicher, der sich meldete, wurde zum Hof des Volksgerichts geführt, der sich in der Nähe befand. Freisler war zu spät über den Hof gelaufen und von einem Bombensplitter getroffen worden. Der Arzt stellte seinen Tod fest, weigerte sich jedoch den Totenschein auszustellen.

Bis zum April versuchten die Angehörigen Rüdiger Schleichers seine Begnadigung zu erreichen; obwohl Thierack versprach, das Urteil aufzuschieben - ohne Erfolg. In der Nacht vom 22./23. April 1945 wurde das Urteil im Ulap-Gelände am Lehrter Bahnhof durch Erschießen vollstreckt (vgl. BUCHHEIT 1968, S. 274-276).

Ein Staatsbegräbnis wurde Freisler verwehrt.

Deutsche Justiz

Rechtspflege und Rechtspolitik

Herausgeber: Der Reichsminister der Justiz

13. Jahrgang | Berlin, den 16. Februar 1945 | Ausgabe A Nr. 3

Roland Freisler †

Am 3. Februar 1945 fiel bei einem Terrorangriff auf die Reichshauptstadt der Präsident des Volksgerichtshofs, NSKK.-Brigadeführer Dr. jur. Roland Freisler. Mit Roland Freisler verliert die deutsche Rechtspflege einen ihrer hervorragendsten Vorkämpfer für die Neugestaltung unseres Rechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Schon vor der Machtübernahme galt ihm als alten Marschierer der Bewegung als höchstes Ziel seines Weltanschauungskampfes die Beseitigung überholten liberalistischen Rechtsdenkens und die Schaffung eines nationalsozialistischen deutschen Volksrechts. Hierfür ist er in Wort und Schrift immer wieder eingetreten und verstand es vor allem durch seine leidenschaftliche, von innerer Überzeugungskraft durchdrungene und kompromißlose Art des Vortrages, diesem Gedanken Geltung zu verschaffen.

Von 1933 an in der Justizverwaltung an verantwortlicher Stelle stehend, hatte Dr. Freisler rechtsschöpferisch und rechtsgestaltend einen erheblichen Anteil daran, daß sich die nationalsozialistische Rechtsauffassung im deutschen Rechtsleben durchsetzen konnte. Als er im Sommer 1942 zum Präsidenten des höchsten deutschen politischen Gerichts berufen wurde, hat er mit der gleichen Überzeugungstreue und fanatischen Entschlossenheit als Nationalsozialist sein schweres und verantwortungsvolles Amt als deutscher Richter ausgeübt, das Schicksal des Einzelnen wägend, das Wohl der Gesamtheit über alles stellend. So wird der Name und die Persönlichkeit Roland Freisler als eines aufrechten Nationalsozialisten und Rechtswahrers mit dem Kampf um die nationalsozialistische Weltanschauung, der zugleich ein Kampf um ein wahres deutsches Recht war und ist, stets auf das engste verbunden bleiben.

Präsident Dr. Freisler wurde am 30. Oktober 1893 in Celle geboren. Nach dem Assessorexamen im Jahre 1923 ließ er sich nach kurzer richterlicher Tätigkeit in Kassel als Rechtsanwalt nieder. 1933 wurde Dr. Freisler als Ministerialdirektor in das Preußische Justizministerium berufen und dort alsbald zum Staatssekretär ernannt. Nach der Übernahme der Justiz auf das Reich wurde er Staatssekretär im Reichsjustizministerium. Im August 1942 berief ihn der Führer zum Präsidenten des Volksgerichtshofs.

Schon Ende 1928 schloß Dr. Freisler sich der Bewegung an; war 1924 in Kassel Stadtverordneter, wurde später Kommunallandtags- und Provinziallandtagsabgeordneter, 1930 Mitglied des Preußischen Landtages und war seit der Machtübernahme Mitglied des Reichstages und preußischer Staatsrat. Dr. Freisler war Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP. Der Akademie für Deutsches Recht gehörte er als Präsidialmitglied an, war in der Internationalen Rechtskammer Vizepräsident und Präsident der Generalsektion Recht und Rechtspflege.

Im Weltkrieg nahm Dr. Freisler als Kriegsfreiwilliger teil, wurde bei Langemarck verwundet und erhielt das EK. II.

ZUSAMMENFASSUNG

Es gibt viele Hinweise, die auf Freislers jüdische Abstammung schließen lassen, ebenso für seine kommunistische Vergangenheit; um so erstaunlicher ist sein extremer politischer Wandel, der sich bis hin zur radikalen Rechtspartei der NSDAP erstreckte. Dieser Prozeß ist nur durch seinen Ehrgeiz zu erklären, neben einer beruflichen auch eine politische Karriere anzustreben. Bereits Mitte der 20er Jahre kam es aufgrund seiner ersten politischen Betätigungen und seiner "anrüchigen" Geschäftspraktiken zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten, die in zahlreichen Fällen mit einem Gerichtsverfahren endeten.

Als Stadtverordneter der NSDAP war Freisler von Anfang an führender Vertreter seiner Partei, was wohl vornehmlich auf seine Redegewandtheit, Intelligenz und juristischen Fähigkeiten zurückzuführen ist. Mit seinen fortwährenden sozialen Forderungen verfolgte er zwei Ziele: 1. erhoffte er sich dadurch Stimmenzuwachs seiner Partei und 2. wollte er die Stadt bzw. den Staat möglichst schnell zum Bankrott führen, um dann selbst die Herrschaft zu übernehmen, denn sein späteres Handeln belegt, daß er keineswegs sozial eingestellt war. Mit Hilfe der Etatprobleme versuchte er das System zu beseitigen - wenn die Regierung nicht fähig ist, die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu garantieren, aber noch Geld für untragbare Ausgaben aufgebracht werden kann, z.B. Reparationszahlungen, muß eine andere Staatsform gewählt werden. Hiermit vertrat er auch die Dolchstoßlegende, und seine Aggressionen richteten sich gegen die Vertreter der Revolution von 1918/19. Aus diesen Gründen trafen seine Angriffe vorwiegend die Sozialdemokraten. All das hinderte Freisler jedoch nicht daran, die Vorteile der Demokratie auszunutzen, wie das Beispiel der Gleichberechtigung zeigt.
Seine Provokationen wurden im Laufe der Jahre zunehmend radikaler, wie auch die seiner Parteigenossen. Häufig standen die Nationalsozialisten wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz vor Gericht. Als Rechtsanwalt besaß Freisler bis 1933 geradezu ein Monopol in derartigen Fällen, was vor allem auf den Erfolg seiner Verhandlungsstrategien zurückzuführen ist. Zunächst lehnte er alle ihm politisch nicht wohlgesonnenen Prozeßbeteiligten ab, verlangte von seinen Mandanten keinerlei Schuld zuzugeben und konterte mit einer geschickten Verdrehung des Tatbestandes. Seine langen politischen

Reden sowie zahlreiche Beweisanträge waren Teil seiner Verzögerungstaktik, sie sollten das Gericht ermüden und zeigen, daß er tat was er wollte. Die Vorsitzenden ermahnten ihn zwar mehrmals sachlich zu bleiben, dennoch unternahmen sie nichts Ernsthaftes, um Freislers Ausfälle zu stoppen. Seine Plädoyers lauteten mit den gesuchtesten Argumenten auf Freispruch. Obwohl die Urteile gegen die Nationalsozialisten in den meisten Fällen sehr milde waren, bezeichnete er sie als unerhört hart. Fast immer legte er Berufung ein, wenn nötig auch Revision beim Reichsgericht. Sein Weg durch die Instanzen hatte auch Erfolg, so daß er sich bald überregional einen Namen machte.

Hinzu kam, daß er durch seine Beleidigungsklagen das Ansehen der Sozialdemokraten zu schwächen suchte, da diese stets als Angeklagte verurteilt wurden. Ferner wollte er damit ihre finanzielle Position schwächen und seine eigene sowie die seiner Partei stärken.

Auf die verbalen Angriffe der Nationalsozialisten folgten später zahlreiche außerparlamentarische Schlägereien, die sich hauptsächlich in NSDAP-Versammlungen ereigneten. Ursache waren die provokativen Ankündigungsplakate und die Themen dieser Veranstaltungen, die stets eine schwarz-weiß Malerei zugunsten der Nationalsozialisten beinhalteten. Sozialdemokraten und Kommunisten waren nicht bereit, dieses unwidersprochen hinzunehmen und konterten mit Gegendemonstrationen.

Ähnliches vollzog sich im Stadtparlament, in dem die Sozialdemokraten Freislers langen lautstarken politischen Reden und Angriffen mit gleichen Argumenten bzw. Gegenangriffen begegneten, anstatt seine Phrasen sachlich auseinanderzunehmen. Die Folge waren weitere Provokationen, die schließlich zur Eskalation führten. Eine sachliche Arbeit war 1931/32 durch Freislers ständige Störungen kaum noch möglich.

Außerdem versuchte er im Preußischen Landtag und durch zahlreiche offene Briefe den Anschein zu erwecken, als wäre das Volk betrogen worden und das ganze System einschließlich Polizei und Justiz korrupt. Fortwährend drohte er mit der "Abrechnung", bereits 1929 mit "gezierten Laternenpfählen", später offen mit dem Galgen.

Nach der Machtergreifung beteiligte er sich aktiv und mit ungeheurem Arbeitseifer an der Umsetzung seiner Drohungen. An der Ausschaltung der Kasseler demokratischen Presse, der Arbeiterparteien sowie der Gewerkschaften wirkte er führend mit.

Als Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär im Preußischen Justizministerium begann er sofort mit der "Säuberung" der Justiz. Da ihm die Personalabteilung unterstand, versuchte er anderen NSDAP-Organisationen mit einem Musterbeispiel voranzugehen und besetzte möglichst schnell alle führenden Ämter mit zuverlässigen Nationalsozialisten. Auch zu dieser Zeit hatte er noch einen direkten Bezug zu Kassel. Ferner wollte er die Justiz in der Bevölkerung populär machen, deshalb maß er der Justizpresse eine hohe Bedeutung zu. Des weiteren beteiligte er sich unter dem Vorwand der Korruption an der Beschlagnahme des SPD-Vermögens und an der Amnestierung nationalsozialistisch politischer Gefangener.

Im Zuge der Gleichschaltung wurde Freisler zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannt. Hier gewann er großen Einfluß auf die Strafrechtsreform. Gegenüber Gürtner und Schlegelberger nahm er eine Schlüsselposition ein und war an allen wichtigen Gesetzen sowie der Verfolgung der Juden und Polen beteiligt. Außerdem leitete er die gerichtliche Behandlung der Euthanasie- und Nacht- und Nebel Verfahren. Ebenso wirkte er an der Umgestaltung des Strafverfahrens mit, das zunehmend kürzer wurde und die Einlegung von Rechtsmitteln fast ausschloß. Ständig forderte er höhere Strafen und härteren Strafvollzug. Vergleicht man dieses mit seinen früheren Prozeßstrategien, so steht beides in krassem Gegensatz zueinander.

Die Oberstaatsanwälte unterstanden ihm direkt und erhielten im Vergleich zu früher eine stärkere Position. Die der Richter wurde beschränkt und die der Verteidiger erheblich vermindert. Durch zahlreiche Veröffentlichungen, z.B. in der "Deutschen Justiz", versuchte Freisler die Rechtswahrer außer durch die direkten Anweisungen weiter zu beeinflussen und sprach sich für die Lenkung der Rechtspflege durch Richterbriefe und Rechtsanwaltsbriefe aus.

Sein weiteres Interesse galt den Referendaren. Er verkürzte die juristische Ausbildung und stellte die nationalsozialistische weltanschauliche Schulung über die beruflichen Fähigkeiten. Durch zahlenmäßig starke Reduzierung der Rechtswahrer erhoffte er sich eine weitere Verschärfung innerhalb der Rechtsprechung.

Dennoch wurde er nicht zum Justizminister befördert, sondern an den Volksgerichtshof abgeschoben, wo die Angeklagten seiner fanatischen Radikalität hoffnungslos ausgeliefert waren.

Unter seinem Vorsitz schnellte die Zahl der Todesurteile in die Höhe. Für minimale Vergehen erhielten viele Angeklagten Höchststrafen.

Freislers Beziehung zu anderen Nationalsozialisten war außerordentlich gespannt, wie am Beispiel Thieracks deutlich wird. Selbst Hitler, den er ständig verehrte und verherrlichte, mochte ihn nicht. Zwar war er für die Arbeit am Volksgerichtshof gut genug, ein Staatsbegräbnis wurde ihm jedoch verwehrt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Freisler von 1923 an aktiv, weit über das übliche Maß hinaus, an der Errichtung und Erhaltung der nationalsozialistischen Diktatur und der Vernichtung der Gegener mitgearbeitet und sehr zur Pervertierung des Rechts beigetragen hat.

ANMERKUNGEN

1. ERSTE POLITISCHE BETÄTIGUNG (1893-1925)

1) Gründe für die vermutete jüdische Abstammung:

"In den Kirchenbüchern von Klantendorf werden vermutlich Hinweise über die Konversion jüdischer Vorfahren des Julius Freisler zum Christentum enthalten sein. Denn der Großteil der in Mähren wohnenden Deutschen waren Juden" (BUCHHEIT 1968, S. 15).

Roland Freisler und besonders sein Bruder Oswald wurden mehrfach auf ihr "jüdisches Aussehen" und auf ihre angeblich jüdische Großmutter angesprochen (z.B. in den Stadtv. Vers. in Kassel vom 3.2.1930 und vom 27.6.1932 von den SPD Stadtv. Goethe und Wittrock). Roland Freisler erhob bei derartigen Anschuldigungen in zwei Fällen Privatbeleidigungsklagen:

1. Die Klage gegen die "Frankfurter Volksstimme" aufgrund eines Artikels vom 24.4.1924 (vgl. KVBL, 11.9.1924) und
2. die Privatklage gegen den SPD Stadtverordneten Goethe (vgl. BUCHHEIT 1968, S. 14/15). Es handelte sich hierbei anscheinend um die Stadtv. Vers. vom 3.2.1930, da der genaue Zeitpunkt aus den Ausführungen BUCHHEITs nicht ersichtlich ist.

In den genannten Prozessen wurden jedoch weder Beweise für die jüdische noch für die arische Abstammung erbracht. Es ist bemerkenswert, daß Roland Freisler diese Möglichkeit nicht nutzte, um die Behauptung zu widerlegen, da er zur Hauptverhandlung des 1. Prozesses nicht erschien und das Verfahren auf seine Kosten eingestellt wurde (vgl. Abschnitt 1.4).

Der beim OLG Kassel zugelassene Rechtsanwalt und Notar Oswald Freisler richtete am 30.5.1933 ein Gesuch an das Preußische Justizministerium um Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Amts- und Landgericht Kassel und um Belassung als Notar. In einem Befürwortungsschreiben vom OLG Kassel, datiert am 1.6.1933, stand u.a.:
"... habe ich gegen den gestellten Antrag keine Bedenken. Von... einer Versicherung der arischen Abstammung habe ich im vorliegenden Falle absehen zu dürfen geglaubt. In Vertretung Martin" (Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a., Nr. 23768).
Möglicherweise lag beim OLG Kassel kein Ariernachweis Oswald Freislers vor, und der Befürworter wollte nicht in Schwierigkeiten geraten.

Im "Deutschen Führerlexikon", Berlin 1934, "heißt es bei Oswald Freisler: '... Sohn des Professors Julius Freisler, arischer Abstammung'. Der Vermerk 'arischer Abstammung' fehlt bei Roland Freisler, wo es lediglich heißt: '... Vater mährischer Deutscher, Mutter Niedersächsin'." Auffallend ist, "daß bei allen Namen, die auf eine jüdische Abstammung hinweisen könnten... stets der Vermerk 'arisch' oder 'von arischer Abstammung' hinzugefügt ist" (BUCHHEIT 1968, S. 13).

"In den Personalakten Freislers (Reichsjustizministerium Aktz.: Ip F 16) ist im Fragebogen Spalte 3 'Deutschblütige Abstammung' nichts vermerkt. Der Ariernachweis fehlt" (BUCHHEIT 1968, S. 13 Anm. 3).

2) "Die Ehe scheint nur standesamtlich geschlossen worden zu sein, doch fehlen hier die Unterlagen" (BUCHHEIT 1968, S. 281).

Es ist möglich, daß die Eltern Roland Freislers kurz vor seiner Geburt heirateten, weil Julius Freisler erst einige Wochen zuvor nach Celle zog. Eine kirchliche Trauung kam wohl nicht in Frage, da seine Frau zu dem Zeitpunkt hoch schwanger war.

3) Wahrscheinlich studierte er zwischenzeitlich auch in Kiel, da bei BUCHHEIT verschiedene Angaben gemacht wurden (vgl. BUCHHEIT 1968, S. 16/17 und 281).

4) Zu den Lebensdaten vgl. BUCHHEIT 1968, S. 12-16 und 281; außerdem die Personalakte Roland Freislers im Stadtarchiv Kassel 51, Nr. 351.

5) Zieht man von Freislers zweimonatiger Soldatenzeit die Grundausbildung und seine Genesung ab, so stellt sich heraus, daß er nur wenige Tage an den Kämpfen teilgenommen haben konnte.

6) "Ein Oberingenieur der Tiefbau AG 'Berger' in Wiesbaden, der mit Freisler längere Zeit im gleichen Lager gewesen war, hat bestätigt, daß sein Kamerad Roland als Bolschewist in Rußland rasch Karriere gemacht hat" (BUCHHEIT 1968, S. 17).

Auch die "Frankfurter Volksstimme" berichtete in einem Artikel vom 24.4.1924 von der kommunistischen Vergangenheit Freislers (vgl. KVBL, 11.9.1924 und Abschnitt 1.4).

Das "Kasseler Volksblatt" vom 29.4.1924 bemerkte dazu:
"Als Herr R o l a n d F r e i s l e r nach Kriegsende aus russischer Gefangenschaft zurückkehrte, erzählte er, er sei in Rußland S o w j e t k o m m i s s a r e i n e s B e z i r k e s gewesen, habe dabei sehr viel Geld verdient, es später allerdings wieder verloren".
Diese Aussage könnte eine Bestätigung für die Lebensmittelschiebung sein.

In der 5. Sitzung des Preußischen Landtags am 3.6.1932 übersetzte der Abgeordnete Roland Freisler einige Berichte aus drei amtlichen russischen Zeitungen, um die 'Kommunisten mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen'. Hierbei rief er der kommunistischen Fraktion zu: "... wenn Sie selbst nicht den nötigen Geist und das nötige Wissen mitbringen [die russischen Zeitungen zu lesen]. Ich selbst habe nicht soviel Zeit, Ihnen Unterricht in Ihrer Sprache zu erteilen" (vgl. Abschnitt 2.3.5).

"Der 'Völkische Beobachter' berichtete am 16. Juni 1932 unter der Überschrift 'Pharussäle in Berlin erobert. Wo früher roter Terror wütete, herrscht heute das Hakenkreuz': 'Am 9. d.M. sprach Pg. Dr. Freisler, M.d.L., im großen Pharussaal zu den Vertretern der Weddinger Hand- und Kopfarbeiterschaft. Der Saal war so überfüllt, daß die Polizei ihn sperren mußte. Wer Dr. Freislers Rede in dieser Versammlung gehört hat, wird verstehen können, daß seine Ausführungen den kommunistischen Kapitalistenknechten sehr unangenehm waren. War Pg. Freisler doch selbst einmal Kommunist. Darum konnte er um so schärfere Abrechnungen mit dieser Partei des Arbeiterverrats halten. Er ist selbst in Rußland Lebensmittelkommissar eines Bezirks gewesen und hat so die rote Sowjetbonzokratie zur Genüge kennengelernt" (BUCHHEIT 1968, S. 20, Anm. 13)!

Auf diesen Artikel verwies auch der Stadtv. Wittrock (SPD) in der Stadtv. Vers. vom 27.6.1932 (vgl. Abschnitt 2.3.6).

"Der Herr Abgeordnete ist nach Angabe des 'Völkischen Beobachters' vom 16. Juni 1932 früher Kommunist und bolschewistischer Lebensmittelkommissar in Rußland gewesen".

Anläßlich seiner Beförderung zum Ministerialdirektor im Preußischen Justizministerium veröffentlichte die HVW am 27.3.1933 eine Kurzbiographie Roland Freislers:

> "Dr. Roland Freisler besuchte die Gymnasien in Aachen und Kassel und studierte dann in Jena Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft. Am 4. August 1914 meldete er sich freiwillig und wurde bei Langemark verwundet. Als junger Unteroffizier kam er später an die Ostfront und geriet in Wolkynien in Gefangenschaft. Er wurde nach Sibirien geschleppt und brachte dort fünf Jahre zunächst im Interniertenlager, später in verschiedenen Berufen zu. Er wurde dann zum Kommissar des Rats für Volkswirtschaft im Westsibirischen Gouvernement ernannt. Zurückgewandert nach Deutschland (was vom Reich als Flucht aus Gefangenschaft anerkannt wurde), legte Dr. Roland Freisler zunächst im orientalischen Seminar der Berliner Universität die Prüfung seiner russischen Sprachkenntnisse ab, um dann in Jena weiterzustudieren. Dort legte er die S t a a t s p r ü f u n g ab und promovierte zum Doktor juris; Prädikat summa cum laude. Nachdem Pg. Dr. Roland Freisler den A s s e s s o r mit Prädikat in Berlin gemacht hatte, ließ er sich in Kassel nieder. Politisch trat Dr. Roland Freisler 1923/24 als n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e r K ä m p f e r in Erscheinung. Er ist seit 1924 Stadtverordneter und seit mehreren Jahren K o m m u n a l l a n d t a g s a b g e o r d n e t e r."

Und selbst Hitler äußerte in den Tischgesprächen "... Freisler sei ja in seiner ganzen Art ein Bolschewik" (PICKER, 1963, S. 273 und Abschnitt 5.).

7) Aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 wurde Dr. Alfred Dellevie zusammen mit anderen Kasseler Rechtsanwälten und Notaren am 25.9.1933 von Roland Freisler entlassen. Über Theodor Dellevie ist nichts vermerkt. Möglicherweise wollte Freisler seinen früheren Freund vorläufig schützen (Geh. Sta. Berlin, Rep. 84 a, Nr. 23758, vergl. auch Abschnitt 3.6).

8) In der KP vom 14.1.1925 stand folgende Anzeige:

9) Schon einmal wurde diese Äußerung Oswald Freislers vor Gericht behandelt. Es handelte sich dabei um einen Beleidigungsprozeß gegen den Kasseler Rechtsanwalt Stern, der am Tage des Hitlerputsches am 9.11.1923 vor dem "Kasseler Tageblatt" Oswald Freisler einen "bestellten Hetzredner" nannte, weil dieser sich abfällig über die Juden äußerte. In der Gerichtsverhandlung kam man auf seine angeblich jüdische Vergangenheit zu sprechen:

"Der Verteidiger des Beklagten führte dann aus, daß vor gar nicht allzulanger Zeit Freisler erklärt hätte, der

A n t i s e m i t i s m u s k ä m e f ü r i h n n i c h t i n F r a g e, d a s e i n e M u t t e r a u s e i n e r j ü d i s c h e n F a m i l i e s t a m m e!

(Bei diesen Worten sprang der Arier wie von der Tarantel gestochen auf und ersuchte den Richter, dem Verteidiger das Wort zu entziehen, da er seine Vorfahren beleidigt hätte. Sie hätten noch n i e m a l s etwas mit Juden zu tun gehabt und würden sich dafür auch sehr bedanken.)...

F r e i s l e r erwiderte darauf, daß die jüdische Abstammung seiner Mutter erfunden sei, und daß Zeugen für seine Worte über die Judenfrage wohl s c h w e r l i c h beizubringen wären, worauf der Beklagte ihm zurief: 'D e r S o h n d e s P f a r r e r s S t e i n i s t Z e u g e!'"

Später erinnerte der Verteidiger Oswald daran, "daß er früher n u r m i t J u d e n z u v e r k e h r e n p f l e g t e" (KVBL, 12.4.1924)

Auch in diesem Prozeß wurden keine Beweise über die Abstammung Freislers erbracht (vgl. auch KP, 16.4.1924).

ANMERKUNGEN

2. STADTVERORDNETER DER NSDAP IN KASSEL 1925-1933

1) Von dem Recht, als Tribünenbesucher den Stadtverordnetenversammlungen zuzuhören, wurde sehr viel Gebrauch gemacht; vornehmlich auch von den Nationalsozialisten, was durch häufige Unterbrechungen oft zur Verschärfung der bereits gespannten Lage führte.

2) In der Stadv. Vers. vom 15.8.1927 wunderte sich der Stadtverordnete Haupt darüber, daß Freisler "vor dem Gericht sich für die Republik erklärt habe, der er im Stadtverordneten Sitzungssaal durchaus nicht sympathisch gegenüberstehe".

3) Laut KVBL vom 25.11.1930 erklärte der Oberstaatsanwalt Wellmann, daß Roland Freisler, der "wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz mit 1.000 Mark Geldstrafe bestraft ist, die ihm dann im Gnadenwege von der preußischen Staatsregierung auf 500 Mark ermäßigt wurde".

4) Am 24.1.1930 behauptete Oswald Freisler, "das Ehrengericht der Anwälte in Leipzig hätte Roland reingewaschen in jeder Beziehung" (KVBL, 24.1.1930) (vgl. auch KP, 26.1.1930).

5) Langenau hatte sich Anfang Februar 1929 vor dem Großen Schöffengericht wegen "fortgesetzten Betruges" zu verantworten.
Für die Erfindung der Mähmaschine hatte er am 29.1.1925 einen Vertrag mit seinem Geldgeber T. aus Oranienbaum geschlossen, der ihm 25.000 Mark zur Verfügung stellte. An den Auslandspatenten sollte er damit beteiligt werden, jedoch nicht an den englischen, kanadischen und denen der Vereinigten Staaten, die Langenau am einträglichsten einschätzte. Das Geld verwandte Langenau für die Fabrikation, zur Begleichung seiner Schulden und zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes.
Nachdem Langenau Freisler kennengelernt hatte, wollte er die Beziehung zu seinem Geldgeber abbrechen und setzte mit Freislers Hilfe zwei Verträge auf. Im ersten Vertrag wurden die Anteile T.s festgelegt. T.hatte nur von diesem Vertrag Kenntnis. Beim Notar legte Freisler ihm einen weiteren vor, den er ebenfalls unterschrieb, ungelesen! Er ahnte nicht, daß er damit auf alle seine Rechte verzichtete! Statt dessen bekam er ein paar Aktien der Oberbayerischen Marmorwerke, aber nicht die dazugehörigen Abbaurechte Langenaus.
Freisler erschien in der Verhandlung gleichzeitig als Zeuge und als Verteidiger des Angeklagten. Landgerichtsdirektor Bachmann verwehrte ihm jedoch letzteres. Wegen Verdachts der Teilnahme an Langenaus Geschäftspraktiken wurde er als Zeuge nicht vereidigt. Als Honorar hätte er von Langenau ein Auto geschenkt bekommen.
Später übernahm sein Bruder Oswald die Verteidigung. Langenau wurde freigesprochen, "da betrügerische Absichten in keinem Falle einwandfrei nachgewiesen seien" (KVBL, 6.2.1929).

6) Zu Beginn des Jahres 1927 wurde im kleinen Theater das Stück 'Seele über Bord' aufgeführt. Bedingt durch Freislers geleiteten Proteste der Kasseler Bürger wurde daraufhin ein Gotteslästerungsprozeß eingeleitet. Der damalige Erste Staatsanwalt gab Freisler zu diesem Zweck ein Textbuch, aus dem er alle anstößigen Stellen herausschrieb, auch die, die nicht aufgeführt wurden.

Verteidiger des Angeklagten Gläser war der Frankfurter Rechtsanwalt Blütental. Bei der Verhandlung wies der Vertreter Gläsers auf die Widersprüche der Angaben Freislers mit der tatsächlichen Aufführung des Stückes hin und verlangte Freisler nicht zu vereidigen, um ihn vor einem Meineid zu bewahren (vgl. KVBL, 24.1.1930, KP, 26.1.1930)!

7) Zu dem ersten Prozeß vgl. einen Presseartikel unbekannter Art und Datums im Stadtarchiv Kassel, Personalakte Roland Freisler 51, Nr. 351.

8) Am 24.3.1928 heiratete er Marion Russegger und wohnte seitdem in der Hinzpeterstraße 8, heute Kattenstraße.

9) Am 4.11.1929 veröffentlichte Quer einen Artikel im KVBL, indem er von Freislers Reden in Schenklengsfeld und Hersfeld berichtete, die wegen einer Schlägerei, angefangen durch die SA, polizeilich aufgelöst wurden. Da es zwischen Quer und Freisler bereits füher auf einer Versammlung in Sontra zu Auseinandersetzungen gekommen war, hätte Freisler ihm am Abend in Hersfeld als "erste große Trophäe vom Kriegsschauplatz um Deutschlands Befreiung!" eine alte Mütze "geklaut". Auf dem Heimweg kam es dann nachts im Zug zu weiteren Konflikten, denen Quer aus dem Wege ging, indem er ein anderes Abteil aufsuchte.
(Zu ähnlichen Kontroversen kam es häufiger auf dem Heimweg im Zug, wie aus dem KVBL vom 11.12.1929 hervorgeht. In diesem Fall erzählte Freisler einem Sozialdemokraten,

> "daß der Kommunalwahlkampf die Nationalsozialisten in Kassel keinen P f e n n i g koste. Alles bezahle die sozialdemokratische Partei, deren einer Angehöriger von ihm, Freisler, vom Gericht zu einer so hohen Geldbuße verurteilt wurde, daß dieser Betrag vollkommen ausreiche".

Nachdem er Scheidemann den "größten Vagabund" im Land nannte, wechselte der Sozialdemokrat ebenfalls in ein anderes Abteil).

In dem Artikel hieß es zu Roland Freisler weiter:

> "Er, der sein Stadtverordnetenmandat in gefährliche Nähe mit seinen G e l d m a c h e r g e s c h ä f t e n b e i d e r S t ä d t i s c h e n S p a r k a s s e bringt. (Siehe die Angelegenheit Katzenstein-Lichtenberg!) Er, der Grund zu tiefster Dankbarkeit gegen das Judentum hat, weil ihm e i n J u d e davor bewahrte, einen a a l g l a t t e n Meineid zu leisten. (Siehe die anstößigen Stellen in 'Seele über Bord' beim Gläser-Prozeß!)" (KVBL, 4.11.1929).

Diese Aussagen wiederholte Quer auf einer Versammlung der NSDAP. Freisler stellte deshalb einstweilige Verfügung gegen Quer, diese Behauptungen nicht mehr zu sagen und reichte eine Unterlassungsklage ein.

Der Prozeß fand am 23.1.1930 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Scholl vor der Zivilkammer des Landgerichts statt. Freisler war nicht anwesend und ließ sich von seinem Bruder vertreten. Verteidiger Quers war wiederum Dahlberg.
Im Urteil wurden dem Angeklagten untersagt, künftig "die Behauptungen

aufzustellen, die Kosten hat der Beklagte zu tragen, der Antrag des Klägers auf P u b l i k a t i o n wird abgelehnt" (KVBL, 24.1.1930; vgl. auch KP, 26.1.1930).
In dem Zusammenhang Roland Freislers teilte das KVBL dazu mit, "die neuerdings zur Debatte stehende Angelegenheit mit der Abgabe einer f a l s c h e n e i d e s s t a t t l i c h e n E r k l ä r u n g im Vergleichsverfahren der Möbelfirma Krause in Kassel schließt sich den Vorgängen aus früherer Zeit w ü r d i g an"(vgl. KVBL, 24.1.1930).

10) In der Stadtv. Vers. vom 6.10.1930, in der der Stadtv. Goethe (SPD) von Korruptionsfällen und Betrügereien der Nationalsozialisten sprach und als Beispiel Kirchhoff anführte, rief Quer Freisler zu: "Das ist wohl einer von ihren Claqueuren?" Auf diesen Zwischenruf drohte Freisler ihm wiederum sofort eine Klage an (vgl. Stadtv. Vers. 6.10.1930, S. 33/66)!

11) Bereits in einer früheren Stadtv. Vers. drohte Freisler den Sozialdemokraten an, daß für jeden ihrer Anführer ein Laternenpfahl bereitstände (vgl. Stadt. Vers. 11. 7. 1932). Deshalb die Bemerkung Quers "An den Laternen!"

12) Es war damals üblich, polizeilich bestellte Stenographen zu politischen Versammlungen zu schicken, um bei eventuellen späteren Gerichtsverfahren auf das Stenogramm zurückgreifen zu können. Hierbei wurden Freislers Darstellungen scheinbar zum ersten Mal auch im Gerichtssaal protokolliert.

13) Bereits Anfang des gleichen Monats hatte sich der Nationalsozialist Oberlindober wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Auch in diesem Fall übernahm Freisler die Verteidigung. Ursache des Prozesses waren seine Ausführungen in einer Werbeveranstaltung der NSDAP im Evangelischen Vereinshaus, die wiederum ein Kriminalbeamter mitgeschrieben hatte. Da es jedoch Probleme mit dem Stenogramm gab und der Angeklagte als Reichstagsabgeordneter Anspruch auf Immunität erhob, wurde die Verhandlung vertagt (vgl. KP, 16.9.1930). Über den Ausgang des Prozesses ist nichts bekannt.

14) In der Stadtv. Vers. vom 20.1.1930 ging der Stadtv. Lohagen (KPD) noch einmal auf Freislers Drohung, demnächst Waffen mitzubringen, um sich besser wehren zu können, ein.

> "Der Herr Roland Freisler hatte die Liebenswürdigkeit, mich in zwei Sitzungen zu bedrohen und zu erklären, er wolle mich bei günstiger Gelegenheit über den Haufen knallen. Wir überreichen deshalb dem Roland Freisler einen Revolver, damit er diese Tat sofort ausführen kann.
> (Der Stadtv. Klaft überreicht Freisler einen Kinderrevolver. Das Spielzeug wird verschiedentlich hin- und hergeworfen.)
> (Glocke des Vorsitzenden.)
>
> V o r s i t z e n d e r: Herr Stadtv. Klaft! Ich muß Sie doch dringend ersuchen, das zu unterlassen. Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.
> (Zwischenruf: Ehe der Freisler zum Schießen kommen würde, würden wir ihm mit ein paar proletarischen Fäusten den Garaus machen.)"

Freisler antwortete darauf:

"Diese Pistole aus Papier hätten Sie besser ihren Leuten in die Hand gedrückt, damit sie sich wehren können. Im übrigen muß ich mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß in der Öffentlichkeit unwahre Behauptungen aufgestellt werden und merkwürdigerweise auf die Tatsache, die der Stadtv. Lohagen vorgebracht hat, gar nicht eingegangen wird. Ich habe niemals gedroht, bei der ersten besten Gelegenheit den Herrn Stadtv. Lohagen niederzuknallen, sondern nur erklärt: Wenn Sie mir androhen, daß ich demnächst aus der Sitzung hinausgetragen werde, dann befinde ich mich in Notwehr und werde Sie dann einfach niederknallen.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie also, Herr Lohagen, das Verbrechen der Nötigung begehen wollen, dann werde ich nicht das Verbrechen begehen, Sie niederzuknallen, sondern nur in Notwehr handeln.

(Lebhafte Zwischenrufe und Zwischenbemerkungen.)"
(Stadtv. Vers. 20.1.1930, S. 7/8).

Die letzte Bermerkung Freislers zeigt, daß er es verstand, mit den gleichen Worten die Tatsachen zu verdrehen und sich selbst als unschuldig zu bezeichnen. Auch wenn das nicht so einfach war, wie er vorgab, da beide Handlungen nicht im "angemessenen" Verhältnis zueinander standen.

15) Am 11.12.1929 berichtete das KVBL davon, daß die NSDAP gegen die Wahl des Stadtv. Wittrock Einspruch beim Magistrat eingereicht hätte, worauf von der SPD Einspruch gegen Roland Freisler erhoben wurde.

16) Die Behauptung des KVBL, Freisler wäre im Kino gewesen anstatt im Stadtparlament, zog eine Beleidigungsklage Freislers gegen Redakteur Peters nach sich. Amtsgerichtsrat Hassenkamp verurteilte den Beklagten nach § 186 des StGB zu 75 Mark Geldstrafe (vgl. KVBL, 3.3.1931).

17) Auch diese Veröffentlichung zog eine Beleidigungsklage Freislers gegen den Redakteur des KVBLs Peters nach sich, da der Sachverhalt nicht der Schilderung in dem Artikel entsprochen hätte. In diesem Fall wurde Peters zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt (vgl. KVBL, 3.3.1931).

18) Das KVBL wies in den Ausgaben vom 12. und 18.3.1931 auf die Vorstrafen der nationalsozialistischen Zeugen hin, die im Verfahren jedoch nicht danach gefragt wurden und von denen nur einige freiwillig darüber Auskunft gaben. Hiervon hätte in der HVW natürlich nichts gestanden!

19) Die NAZ veröffentlichte am 20.1.1933 eine Erklärung der ehemaligen Nationalsozialistin Teichmüller, nach der Freisler die SS-Männer, die für den Tod des aus dem geschlossenen Fenster geworfenen Arbeiters Mohnsam verantwortlich waren, zum Meineid verleitet.

"In Grebenstein wurde der Kommunist Mohnsam von den Armen der SA zu den Armen der SS als 'Fliegender Mensch' weitergegeben. Mit einem Schwung sollte

er aus dem Fenster fliegen. Er stürzte aber vor dem Fenster mit dem Kopf zur Erde, so daß die Beine hochstanden. Die SS-Leute kippten den Mann zum Fenster hinaus. In letzter Todesangst krallte sich Mohnsam ans Fensterbrett. Was taten die Aufbauer des 'herrlichen Dritten Reiches'? Stühle wurden zerbrochen und mit den scharfen Kanten schlug man dem Arbeiter die Hände blutig. Mit einem entsetzlichen Schrei stürzte der Mann in die Tiefe und erlitt so schwere Verletzungen, daß er später daran starb. Das ist die lauterste Wahrheit! Was aber haben Sie als Rechtsanwalt getan, Herr Roland Freisler? Sie haben die SS-Leute im Gasthaus .... durch Bier und Wein zum Meineid verleitet! Kam dann ein SS-Mann zu Ihnen - Sie holten dieselben einzeln herein - und erzählten diesen die Wahrheit, so sagten Sie: 'Nein, das paßt nicht in meine Aufstellung. Der Berne und Schweinfurth haben nicht gepfiffen. Die beiden haben draußen auf der Treppe gestanden. Merken Sie sich das genau!' Erzählte dann ein SS-Mann weiter, unterbrachen Sie ihn: 'Ach nein, passen Sie mal auf. Sie haben nicht hier, sondern dort gestanden, hier haben Sie Zettel und Bleistift. Schreiben Sie! Zu Punkt 1 das, zu Punkt 2 dies usw. Daheim lernen Sie das genau, damit bei der Verhandlung alles klappt! Und so begingen Sie, Herr Roland Freisler, das Verbrechen der Verleitung zum Meineid. Handelt so ein nationalsozialistischer Rechtsanwalt? Hoffentlich nimmt sich der Herr Staatsanwalt dieser Sache an. Diese Tatsache sollte manchem Richter zu denken geben. Sie aber, Roland Freisler, müßten den Talar ausziehen, das Kleid des Rechts und der Wahrheit."

Beweise für diese Anschuldigung konnten von der Verfasserin nicht erbracht werden, dennoch ist Freisler solches Verhalten zuzutrauen. Aufgrund dieser Behauptung erstattete Freisler eine Beleidigungsklage gegen Frau Teichmüller und dem verantwortlichen Redakteur der NAZ, der geflohen war. Der Staatsanwalt beantragte wegen übler Nachrede wider besseres Wissen und Angriff gegen eine in der Öffentlichkeit stehende Person 9 Monate Gefängnis. Das Gericht der Strafkammer schloß sich dem an und verurteilte Frau Teichmüller zu 8 Monaten Gefängnis (vgl. KP, 15.6.1933)!

20) Am 25.9.1931 verhandelte das Kasseler Schöffengericht den Unfall. Beide Fahrer waren angeklagt. Die Verteidigung des Nationalsozialisten übernahm wiederum Freisler. Da die Angeklagten gegensätzliches aussagten, konnte nicht festgestellt werden, wer der Schuldige war. Deshalb wurden beide freigesprochen (vgl. HVW, 29.9.1931 und KP, 27.9.1931).

21) Zu dem Urteil schrieb die NAZ am 14.7.1931: "Nationalstrolchisten freigesprochen". "Wenn sich Proleten wie in Grebenstein, gegen Naziüberfälle wehren, wandern sie in die Zuchthäuser der 'demokratischen' Republik. Wenn Nazis Überfälle auf Proleten organisieren, werden sie freigesprochen. Das ganze nennt sich dann unabhängige Justiz."

22) Anfang August 1931 überfielen Nationalsozialisten der Kolonialschule in Witzenhausen den Jung-Jüdischen Wanderbund "Brith-haolim". Die schlafenden Kinder wurden durch Knüppel, Latten und Ziegelsteine zum Teil schwer verletzt (vgl. KVBL, 8.8.1931).

Am 29.9.1931 fand der Prozeß unter Vorsitz Landgerichtsdirektors Kulenkamp statt. Verteidiger aller Angeklagten war Freisler. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch. Während der Erste Staatsanwalt Ludwig die Angeklagten aufgrund der Zeugenaussagen alle für schuldig erklärte, betonte Freisler, Landfriedensbruch käme nicht in Frage, da der Überfall nicht geplant gewesen wäre, die meisten seiner Mandanten sollten freigesprochen, andere könnten höchstens wegen Körperverletzung bestraft werden. Von den 14 Angeklagten wurden 6 freigesprochen, da ihnen die Beteiligung an dem Überfall nicht nachgewiesen werden konnte. Zwei wurden wegen Waffenbesitzes zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen einfachen Landfriedensbruchs erhielten die restlichen Angeklagten 4 Monate Gefängnis (vgl. KVBL, KP, 30.9.1931).

Gegen dieses Urteil legten beide Parteien Berufung ein. Nach einer nochmaligen Beweisaufnahme erklärte der Staatsanwalt, die Freigesprochenen der ersten Instanz sollten auch verurteilt werden. Freisler bezeichnete den Überfall als "groben Unfug" bzw. "Dummerjungenstreich". Das Gericht verurteilte 4 der zwar Freigesprochenen ebenfalls zu 4 Monaten Gefängnis. Die zwei anderen blieben straffrei (vgl. KVBL, 21.4.1932 und KP, 20.4.1932).

23) Ähnlich wie Feder verhielt sich der ehemalige Pfarrer und Reichstagsabgeordnete Münchmeyer, der ebenfalls mehrfach wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz angeklagt war. Das Kasseler Schöffengericht hatte ihn zu einer Geldstrafe von 100 M verurteilt. Daraufhin legten beide Parteien Berufung ein. Die Verhandlung der zweiten Instanz sollte am 26.9.1931 vor der Großen Strafkammer stattfinden. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Uhlendorff. Doch der Angeklagte erschien nicht. Sein Verteidiger, Roland Freisler, erklärte sein Fehlen damit, daß sein Mandant am 23.9.1931 einen Gerichtstermin in Königsberg und am 25.9.1931 einen in Schweidnitz wahrzunehmen hatte und deshalb aus technischen Gründen nicht anwesend wäre. Die Nachprüfung des Gerichts ergab jedoch, daß Münchmeyer auch dort nicht an den Verhandlungen teilgenommen hatte. In Mannheim und Magdeburg hatte er sich ähnlich verhalten. Die Berufung des Angeklagten wurde infolge dessen verworfen, die des Oberstaatsanwalts Wellmann aber verhandelt. Da auch eine Zeugin nicht erschienen war, beantragte dieser 4 Monate Gefängnis unter Versagung mildernder Umstände. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Oberstaatsanwalts an, erkannte aber auf 3 Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz in fortgesetzter Handlung (vgl. KP, 27./28.9.1931).

Die HVW zeigte sich darüber sehr verärgert. In der Ausgabe vom 27.9.1931 veröffentlichte sie einen Briefwechsel von Freisler und Uhlendorff,

indem ersterer die Begründung für das Nichterscheinen seines Mandanten gab und letzterer diese ablehnte. Außerdem wurde in dem Artikel Freislers Protest mitgeteilt. Am nächsten Tag beschwerte sich die HVW darüber, daß es in diesem System keine Gerechtigkeit mehr gäbe und betonte, im Dritten Reich würde es anders aussehen (vgl. HVW, 28.9.1931)!

24) Auf Anweisung Hitlers verteidigte Freisler auch die nationalsozialistischen Angeklagten im Bomben-Prozeß in Altona. Hierbei trat er in SA-Uniform unter seinem Talar und in Reitstiefeln auf. Die ca. 45 Angeklagten trugen ebenfalls Uniformen mit großen Häkenkreuzarmbinden. Nach Verkündung der Strafanträge des Staatsanwalts, der Gefängnis und Zuchthausstrafen bis zu 8 Jahren forderte, flüchteten drei der Angeklagten. Bereits vorher waren sieben ihrer Mittäter geflohen. In seinem Plädoyer behauptete Freisler die Führer hätten die Befehle gegeben und die Angeklagten hätten sie ausführen müssen, andernfalls hätten sie harte Strafen bekommen. Sie müßten deshalb freigesprochen werden! Von den drei Führern waren zwei kurzfristig in den Reichstag eingetreten und deshalb immun! Zwei andere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete hatten extra zu diesem Zweck ihr Amt niedergelegt! Der dritte Führer war flüchtig und wäre deshalb schon genug bestraft! Über das Urteil ist leider nichts bekannt (vgl. KVBL, 18./19.11.1932).

Bemerkenswert an Freislers Plädoyer ist, daß er Befehle der Partei - bzw. SA-Führer höher einstufte als das Recht. Geschickt nutzte er außerdem eine Gesetzeslücke des Strafgesetzbuches aus, nach der die Immunität der Reichstagsabgeordneten eine weitere Verfolgung von vorher begangenen Straftaten, in denen noch kein Urteil gefällt wurde, nicht zuließ. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die Reichstagsabgeordneten generell straffrei blieben, da sich der Reichstag die Möglichkeit vorbehielt, die Immunität bei bestimmten Straftaten aufzuheben, aber das Verfahren wurde dadurch erheblich verzögert.

25) Nach einer NSDAP-Versammlung in Hagen am 28.5.1931 kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen drei junge Menschen getötet und 20 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Vor dem Hagener Schwurgericht hatten sich aus diesem Grund acht Dortmunder Nationalsozialisten wegen Totschlags zu verantworten, deren Verteidigung u.a. Freisler übernahm. Laut HVW vom 5./6.12.1931 hätten einige Nationalsozialisten gegen die zahlenmäßig überlegenen Überfälle der Kommunisten von der Waffe gebrauch gemacht. Dabei wäre nicht erwiesen, ob durch die Schüsse die Tötungen verursacht wurden. Der Staatsanwalt beantragte gegen 7 der Angeklagten insgesamt 54 Jahre Gefängnis. Hierauf forderten Freisler und seiner Mitverteidiger eine 24stündige Pause, damit das Gericht über den unglaublichen Strafantrag des Staatsanwalts nachdenken könnte. Am 4.12.1931 verkündete das Gericht die Urteile. Die Anklage auf Totschlag wurde verworfen, da die Nationalsozialisten in Notwehr gehandelt hätten."Wegen Mißbrauchs von Waffen bei politischen Versammlungen und wegen Verstoßes gegen das Schußwaffengesetz" wurde ein Angeklagter zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, sechs weitere zu 7 Monaten. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Gegen dieses Urteil wollten die Nationalsozialisten Berufung einlegen.

26) Nach diesem Vorfall verschwand Roland Freisler für einige Zeit aus der Kasseler Öffentlichkeit. Sowohl das "Kasseler Volksblatt" als auch die "Neue Arbeiterzeitung" fragten "Wo steckt Roland Freisler?" Während die Sozialdemokraten vermuteten, er befände sich in einer Nervenheilanstalt, behaupteten die Kommunisten, er wäre als Organisator seiner Partei in Ostpreußen (vgl. KVBL, 10.8.1932 und NAZ, 15.8.1932).

27) Mitte 1932 rollte die Sozialdemokratie den Fall Freisler-Katzenstein noch einmal auf (vgl. KVBL, 20.7., 2.8.1932). In der Stadtverordnetenversammlung vom 17.10.1932 gab Freisler dann noch einmal eine umfassende Erklärung seines Verhaltens zu Lichtenberg ab (vgl. Stadtv. Vers. 17.10.1932, KVBL, 19.10.1932).

28) Am 12.9.1932 wurde der Kasseler Waffendiebstahl vom 6.12.1930 vor dem Preußischen Landtag behandelt. Nachdem Freisler vergeblich versuchte das Reichsbanner dafür verantwortlich zu machen, stellte sich heraus, daß die SA den Diebstahl begangen hatte (vgl. KVBL, 13.8.1932).

29) Am 27.5.1932 stellte Freisler einen Urantrag im Landtag, nachdem das Kasseler Theater staatlich unterstützt werden und Friedrichs- und Wilhelmgymnasium nebeneinander bestehen bleiben sollten (vgl. KP, 28.5.1932).

LITERATUR

STENOGRAPHISCHE BERICHTE DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG IN KASSEL (1925-1933)

13. Sitzung am 19.10.1925
16. Sitzung am 7.12.1925

22. Sitzung am 22. 2.1926
23. Sitzung am 8. 3.1926
6. Sitzung am 21. 6.1926
9. Sitzung am 23. 8.1926
15. Sitzung am 29.11.1926
16. Sitzung am 27.12.1926

17. Sitzung am 10. 1.1927
19. Sitzung am 7. 2.1927
21. Sitzung am 7. 3.1927
5. Sitzung am 30. 5.1927
6. Sitzung am 13. 6.1927
8. Sitzung am 15. 8.1927
9. Sitzung am 5. 9.1927
11. Sitzung am 26. 9.1927
12. Sitzung am 17.10.1927
13. Sitzung am 31.10.1927
14. Sitzung am 21.11.1927
15. Sitzung am 12.12.1927
16. Sitzung am 19.12.1927

17. Sitzung am 16. 1.1928
19. Sitzung am 20. 2.1928
20. Sitzung am 27. 2.1928
22. Sitzung am 23. 3.1928
3. Sitzung am 16. 4.1928
6. Sitzung am 25. 6.1928
8. Sitzung am 31. 8.1928
9. Sitzung am 24. 9.1928
10. Sitzung am 8.10.1928
11. Sitzung am 22.10.1928
12. Sitzung am 5.11.1928
13. Sitzung am 26.11.1928

15. Sitzung am 7. 1.1929
16. Sitzung am 21. 1.1929
17. Sitzung am 4. 2.1929
18. Sitzung am 18. 2.1929
5. Sitzung am 10. 5.1929

16. Sitzung am 9. 1.1930
17. Sitzung am 20. 1.1930
18.(5.)Sitz. am 3. 2.1930
19. Sitzung am 17. 2.1930
8. Sitzung am 6.10.1930
10. Sitzung am 10.11.1930
11. Sitzung am 17.11.1930

15. Sitzung am 16. 2.1931
17. Sitzung am 26. 3.1931
3. Sitzung am 28. 5.1931
5. Sitzung am 7. 7.1931

1. Sitzung am 29. 4.1932
2. Sitzung am 9. 5.1932
3. Sitzung am 27. 6.1932
5. Sitzung am 11. 7.1932
8. Sitzung am 6.10.1932
9. Sitzung am 17.10.1932

1. Sitzung am 30. 3.1933

SITZUNGSBERICHTE DES PREUSSISCHEN LANDTAGS

(4. WAHLPERIODE 1932/33)

2.	Sitzung am	25. 5.1932
5.	Sitzung am	3. 6.1932
6.-8.	Sitzung am	15. 6.1932
9.	Sitzung am	16. 6.1932
11.	Sitzung am	23. 6.1932
12./13.	Sitzung am	24. 6.1932
14.	Sitzung am	6. 7.1932
16.	Sitzung am	8. 7.1932
19.	Sitzung am	22. 9.1932
20.	Sitzung am	23. 9.1932
21.	Sitzung am	24.11.1932
23.	Sitzung am	26.11.1932
24./25.	Sitzung am	14.12.1932
26./27.	Sitzung am	15.12.1932
30.	Sitzung am	18. 1.1933
31.	Sitzung am	19. 1.1933
32.	Sitzung am	4. 2.1933

KASSELER VOLKSBLATT (1924-1933)

12. 4.1924	Rolands Bruder - Vorm Kadi in Kassel
29. 4.1924	Gebrüder Freisler - Politisches Konjunkturgeschäft mit beschränkter Haftung
2. 5.1924	Roland Freislers Vernichtung
21. 6.1924	Sonntagsplauderei
11. 9.1924	Das ist Herr Roland Freisler!
22.12.1924	Roland Freisler vor Gericht
12. 1.1925	Wie Prozesse verschleppt werden
12. 2.1925	Das Elend der Casseler Justiz - Wenn Roland Freisler beleidigt, bleibt er straffrei
11. 5.1925	Freisler contra Volksblatt
30. 9.1936	Wie sich Roland Freisler in Weimar benommen hat
26.10.1926	Die städtische Sparkasse unterstützt Herrn Lichtenberg!
9.11.1926	Der Fall Roland Freisler
16.11.1926	Der Skandal Lichtenberg - Freisler vor der Stadtverordneten-Versammlung
14. 1.1927	Der Freisler - Skandal vor Gericht
15. 1.1927	Der Freisler - Skandal vor Gericht
16. 1.1927	Der Freisler - Skandal vor Gericht
17. 1.1927	Das Urteil im Freisler-Prozeß
31. 5.1927	Aus dem Rathause - Völkische Vielrederei
11. 6.1927	Der Freisler-Prozeß in zweiter Auflage
13. 6.1927	Der Wahrheitsbeweis im Freisler-Prozeß
24. 6.1927	Verurteilte Völkische: Der Buchhändler am Ständeplatz - Roland Freisler vor Gericht
18. 7.1927	Das Urteil im Freisler-Prozeß
24. 8.1927	Roland Freislers Berufung verworfen
15.11.1928	Grober Vertrauensbruch des Stadtv. Freisler
16.11.1928	Wie ein Berserker - Was tun Sie, Herr Bürgermeister?

6. 2.1929	Aus dem Kasseler Gerichtssaal - Roland Freisler wird als Zeuge nicht vereidigt
19. 2.1929	Nationalsozialistische Schimpfkanoniere
22. 2.1929	Aus dem Kasseler Gerichtssaal - Oswald Freislers Ehryslers Ende
9. 3.1929	"Ich bin nicht so verrückt wie Sie!"
19. 4.1929	Roland Freisler auf dem Kriegspfad
29. 4.1929	Aus dem Kasseler Gerichtssaal - Der Pechvogel
10. 5.1929	Die Ehre Roland Freislers für 20 Mark repariert
25. 6.1929	Aus dem Kasseler Gerichtssaal - Behauptungen
5. 7.1929	Aus dem Kasseler Gerichtssaal - Die Geldgeberliste der Kommunisten und Roland Freisler
4.11.1929	Der blutdürstige Roland auf dem Kriegspfade gegen die "Ochsen"
11.12.1929	Gebildete Leute
	Einspruch gegen die Wahl Freislers
13. 1.1930	Roland Freislers Bruder abgewiesen
	Karneval der Nazis
24. 1.1930	Das Urteil trifft daneben! Vergebliches Bemühen um Unschuld
19. 6.1930	Die Geister, die ich rief...
24. 6.1930	Die Polizei führt Freisler ab
	Das Gericht bestätigt die Hetze der Nazis
	"500 Mark Belohnung"
	Der "Nazi-Hilfsausschuß"
2. 7.1930	Landfriedensbruch der Nationalsozialisten - Stadtverordneter Dr. Freisler hält Hetzreden vom Fenster seiner Wohnung aus und wird verhaftet
3. 7.1930	Hakenkreuzpflegelei vor Gericht - Der wunderliche Freispruch Freislers wegen mangelnder Beweise - Rolands Antwort vor Gericht: Nun erst recht!
5. 7.1930	Gekränkte Unschuld! Freislers Schrei nach dem Schnellrichter
29. 8.1930	Mißglückte Attacke Freislers
11.10.1930	Freisler mahnt
18.11.1930	Nationalsozialistisches Affentheater vor Gericht
20.11.1930	Der Freisler-Prozeß
25.11.1930	Roland Freisler wegen Verleumdung verurteilt
27. 1.1931	Die Schuldigen von Grebenstein - Die Nazis!

28. 1.1931	Grebenstein und Hofgeismar
29. 1.1931	Die Nazis wollen Bürgerkrieg - Blutige Versammlungsschlacht in Großalmerode - Planmäßiger Überfall der Nazibanditen
3. 3.1931	Aus dem Gerichtssaal: Zwei Urteile, die zur Kritik herausfordern
4. 3.1931	Kasseler Justiz - Nationalsozialist Feder, die richterliche Staatsautorität und Pg. Freisler
9. 3.1931	Landfriedensbruch gegen links
	Blutige Zusammenstöße am Gerichtsgebäude
	Eine zusammengebrochene Hetze
11. 3.1931	Der Landfriedensbruchprozeß gegen links
12. 3.1931	Der Landfriedensbruchprozeß gegen links
13. 3.1931	Der Landfriedensbruchprozeß gegen links
14. 3.1931	Der Landfriedensbruchprozeß gegen links - Eine nationalsozialistische Provokation
16. 3.1931	Strafanträge im Kommunistenprozeß
17. 3.1931	Landfriedensbruchprozeß gegen links fast zusammengebrochen
18. 3.1931	Nachwort zum Kasseler Landfriedensbruchprozeß
20. 3.1931	Aus dem Gerichtssaal: Feder und Lohagen brüskieren das Gericht
27. 3.1931	Das sind die Helden des dritten Reiches!
	Die nationalsozialistischen Landfriedensbrecher von Großalmerode schwer belastet
28. 3.1931	Die Landfriedensbrecher von Großalmerode
	Grebenstein und Großalmerode
14. 4.1931	Ein Monat Gefängnis für Nazi-Feder
8. 7.1931	Landfriedensbruch von Großalmerode - Berufungsverhandlung gegen zehn Hakenkreuzler
9. 7.1931	Das war kein Landfriedensbruch - Freisprüche im Naziprozeß wegen Großalmerode
8. 8.1931	Zum Nazi-Überfall bei Witzenhausen
16. 9.1931	Die Nazi-Krawalle in Berlin
21. 9.1931	Der Judenpogrom in Berlin
23. 9.1931	Das Urteil im Berliner Pogrom-Prozeß
30. 9.1931	Der Nazi-Überfall in Wendershausen - Das Urteil
13.10.1931	Nazi-Deklamationen
16.11.1931	Wenn Roland eine Reise tut... - Ein "Provinzanwalt" im Spiegel der Großstadt-Presse
24.11.1931	Nazisturm gegen Allgemeine Ortskrankenkasse
	Ein Fememörder stellt sich vor

28.11.1931	Nazisturm gegen Krankenkasse
3.12.1931	Die Kasseler Ärzte berichtigen - und was die Krankenkasse dazu zu sagen hat
12. 1.1932	Ein Reinfall des Naziklägers - Mit welcher Sorgfalt Klagen gegen das "Volksblatt" vorbereitet werden!
26. 1.1932	Krach im Stadtparlament
	Die verpuffte Attacke gegen die Ortskrankenkasse
27. 1.1932	Ruhige Stadtverordnetensitzung - Die Rechte fehlt
28. 1.1932	Der Kampf mit dem Boschhorn - Roland Freisler im Lichte der Öffentlichkeit
15. 2.1932	Der entfesselte Moralist
18. 2.1932	Die Moral der Nationalsozialisten - Was sagt Herr Freisler dazu?
1. 3.1932	Die "Hessische Volkswacht" und ihr Verbot
16. 3.1932	Nazi-Theater im Kommunallandtag
17. 3.1932	Beschämende Szenen im Kommunallandtag - Der tobende Roland
21. 4.1932	"Ich kann nie mehr recht arbeiten..." - Die Nazis von Witzenhausen als gemeine Landfriedensbrecher bestraft
30. 4.1932	Wieder Sturm im Stadtparlament
3. 5.1932	Zwei Volksblatt-Prozesse
	Gefängnisstrafe für Nazi-Bergemann
23. 6.1932	Die Kommunalpolitik 1931
9. 7.1932	Landtag unter Naziterror
12. 7.1932	Freisler Provokationen - Schlägerei im Stadtparlament
	Der Provokateur Freisler
20. 7.1932	Stadtverordneter oder Rechtsanwalt
23. 7.1932	Nazi-Freisler vor Gericht
2. 8.1932	Aus dem Leben eines ehemaligen Sowjet Lebensmittelkommissars, Rechtsanwalts, Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten
10. 8.1932	Nationalsozialistische "Kultur-Politik"
	Wo steht Roland Freisler?
13. 8.1932	Kasseler Waffendiebstahl vor dem Landtag
	Der Legalitätsschwindel der Hitlerhorden
23. 8.1932	Frau Teichmüller an Roland Freisler - Offener Brief
	Aus der Geschichte eines Ausschlusses aus der NSDAP
8. 9.1932	Freisler haut wieder einmal daneben

19.10.1932	Aus dem Stadtparlament - Die "Hexenmeisterei" des Rechtsanwalts und die Verantwortung des Stadtverordneten Freisler
9.11.1932	Aus den Kasseler Gerichtssälen: Bergemanns klägliche Beweisführung
18.11.1932	Strafanträge im Altonaer Prozeß - Roland Freisler tobt sich aus
19.11.1932	Nazitheater in Altona - Roland Freisler in Reitstiefeln
6.12.1932	Freisler ein "unbefangener Leser"?
2. 1.1933	Die Lügen der NSDAP entlarvt
7. 1.1933	Roland hat das Wort!
	Wie der Mord an Hentsch geschah
21. 1.1933	Hitler und der Fememord Hentsch
	Der Arbeiterrat an Herrn Freisler

KASSELER POST (1924 - 1933)

16. 4.1924	Schöffengericht: Eine Beleidigungsklage
30. 6.1924	Aus dem Stadtparlament
10. 9.1924	Politische Auseinandersetzungen im Stadtparlament
14. 1.1925	Strafkammer
7. 4.1925	Das "Volksblatt" verurteilt!
18. 5.1925	Aus dem Stadtparlament - Eine Sturmsitzung
16.11.1926	Die Lichtenberg-Kredite im Stadtparlament
15. 1.1927	Die Rathaus-Politik vor Gericht - Der Beleidigungsprozeß Dr. Freisler gegen Schriftleiter Tejessy
16. 1.1927	Der Beleidigungsprozeß Freisler-Tejessy
17. 1.1927	Der Beleidigungsprozeß Freisler-Tejessy - Das Urteil
24. 6.1927	Großes Schöffengericht: Roland Freisler wegen Beschimpfung der Republik verurteilt
8.11.1927	Große Strafkammer: Wegen Nötigung verurteilt und freigesprochen
3. 1.1929	Die erste Sitzung im neuen Jahr - Dauersitzung Dreistündige Obstruktionsrede Dr. Freislers
22. 2.1929	Großes Schöffengericht: Ein glücklich abgelaufener Unfall
9. 3.1929	Die streitenden Stadtverordneten - Die Sache Freisler – Quer vor dem Einzelrichter
19. 4.1929	Amtsgericht: Der beleidigte Stadtverordnete
28. 4.1929	Große Strafkammer: Berufung von Staatsanwaltschaft verworfen
11. 5.1929	Amtsgericht: Obstruktionsrede im Stadtparlament
9. 6.1929	Prozeß Maybaum gegen Freisler
14. 6.1929	Großes Schöffengericht: Das Republikschutzgesetz wieder einmal in Tätigkeit
10.10.1929	Große Strafkammer: Unter dem Republikschutzgesetz
10. 1.1930	Tumult im Kasseler Stadtparlament - Christian Wittrocks Herzensbildung
12. 1.1930	Nötigung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung - Strafantrag gegen Wittrock und Genossen

22. 1.1930 Der 60. Kommunallandtag ist eröffnet

26. 1.1930 Herrn Quers Wahlmärchen

20. 6.1930 Politische Versammlungen - elf Verletzte

22. 6.1930 Eine Sammlung für die Verletzten!

Gegen das Reichsbanner!

23. 6.1930 Der "Mittwochabend" vor dem Stadtparlament

24. 6.1930 Eine stürmische Rathaussitzung - Stadtverordneter Dr. Freisler ausgeschlossen

3. 7.1930 Unter dem Gummiknüppel der Polizei

Vor dem Schnellrichter: Dr. Freisler freigesprochen

16. 9.1930 Auf unbestimmte Zeit vertagt - Der Nationalsozialist Oberlindober vor den Schöffen

26. 9.1930 Im Banne des Republikschutzgesetzes - Ein national-sozialistischer Agitator vor Gericht

18.11.1930 Dr. Roland Freisler vor den Schöffen

20.11.1930 Die Geschäftsordnung im Stadtparlament - Dr. Roland Freisler vor den Schöffen - Der zweite Tag im Hausfriedens-bruchprozeß

21.11.1930 Aufklärungen im Freisler-Prozeß

22.11.1930 Die Polizei am 18. Juni - Der 4. Tag des Freisler-Prozesses

24.11.1930 Sechster Tag im Freisler-Prozeß

25.11.1930 Das Urteil gegen Dr. Freisler

7.12.1930 Berufung eingelegt

30. 1.1931 Politische Schlägerei in Großalmerode

31. 1.1931 Die gestörten Versammlungen

3. 3.1931 Großes Schöffengericht: Der Reichstagsabgeordnete Feder erscheint nicht

10. 3.1931 Kommunisten-Demonstrationen vor dem Gericht

12. 3.1931 Die "Schlacht" in Grebenstein

13. 3.1931 Die Grebensteiner Vorgänge noch ungeklärt

14. 3.1931 Ungeheurer Tumult im Gerichtssaal

17. 3.1931 Das Urteil im Kommunisten-Prozeß

20. 3.1931 Großes Schöffengericht: Lohagen und Feder erscheinen nicht

27. 3.1931 Anklage gegen 10 Nationalsozialisten - Der Landfriedens-bruch von Großalmerode

28. 3.1931 Gefängnis für Landfriedensbruch - Das Urteil gegen die Nationalsozialisten

14. 4.1931 In der Zange des Republikschutzgesetzes - M.d.R. Feder erhält 1 Monat Gefängnis

8. 7.1931	Große Strafkammer: Die Berufungsklage der National-sozialisten
9. 7.1931	Erfolg in der Berufungsverhandlung
27. 9.1931	Große Strafkammer: M.d.R. Münchmeyer vor Gericht
28. 9.1931	Drei Monate Gefängnis für Münchmeyer
30. 9.1931	Der Überfall in Wendershausen - Das gerichtliche Nachspiel
9.11.1931	Der Helldorf-Prozeß
7.11.1931	Die Strafanträge im Helldorf-Prozeß
7. 1.1932	Große Strafkammer: Der Revolver in der Scheidemann Versammlung
10. 1.1932	Große Strafkammer: Um die Verantwortlichkeit des Schriftleiters
26. 1.1932	Wüster Tumult im Kasseler Stadtparlament
	Um die Ortskrankenkasse
	Auszug der nationalen Opposition?
27. 1.1932	Ein "Rumpfparlament" im Kasseler Rathaus
2. 2.1932	Aus dem Gerichtssaal: Um die Verantwortung des Redakteurs
19. 2.1932	Politische Schlägerei in Witzenhausen
1. 3.1932	Um das Verbot der "Volkswacht" - Verhandlung vor dem Schnell-Schöffengericht
17. 3.1932	Eröffnung des Kommunallandtages
	Stürmischer Beginn der Sitzung
14. 4.1932	Das Waldecker Bombenattentat vor dem Schwurgericht
16. 4.1932	Das Märchen von dem Unbekannten - Das Waldecker Sprengstoff-attentat vor dem Schwurgericht
20. 4.1932	Der Überfall in Wendershausen - Die Große Strafkammer in Witzenhausen
21. 4.1932	Hitler in Kassel
4. 5.1932	Politisches aus dem Gerichtssaal
	Das "Volksblatt" - Der zweite Prozeß - Politisches aus Witzenhausen
26. 5.1932	Präsidentenwahl und Schlägerei im Landtag - Die blutige Auseinandersetzung
28. 5.1932	Kasseler Kulturfragen im Landtag
	Für Erhaltung des Staatstheaters - Gegen die Vereinigung der Staatlichen Gymnasien
23. 6.1932	Preußischer Landtag - Das Mißtrauensvotum gegen Kerrl abgelehnt
24. 6.1932	Das Amnestiegesetz angenommen
9. 7.1932	Sturmtag im Landtag

12. 7.1932 Blutige Schlägerei im Stadtparlament

10. 9.1932 Das "Femebild" vor dem Großen Schöffengericht

4.11.1932 Die Hitlerkundgebung in Kassel

12.11.1932 Eine Berufungsverhandlung vor der Großen Strafkammer

11. 6.1933 Gesunde Auslese im Richterstand

Die sogenannte "Charakterprüfung der Preuß. Referendare"

15. 6.1933 Staatssekretär Dr. Roland Freisler klagt

28.10.1933 Die Aufgaben der deutschen Rechtsfront - Vortragabend des nationalsozialistischen Juristenbundes

4.11.1933 Die Strafprozeßreform

7.11.1933 Sichert das Leben unseres Volkes - Massenbesuch der Freisler-Kundgebung

Staatssekretär Dr. Roland Freisler spricht am Donnerstag in den Deutschen Werken

NEUE ARBEITER ZEITUNG (1931-1933)

4. 6.1931 Kasseler Hungeretat vor dem Stadtparlament - Freisler treibt sein bekanntes demagogisches Spiel

5. 7.1931 Rüstet zum Volkskongreß am 25. und 26. Juli - Nazi-Pleite in Wanfried

14. 7.1931 Nationalstrolchisten freigesprochen

29. 1.1932 Tumult im Stadtparlament

31. 1.1932 Faschistisches Waffenlager ausgehoben

13. 3.1932 Einer der an Größenwahn leidet

13. 7.1932 Tumulte und Schlägerei im Kasseler Stadtparlament

15. 8.1932 Wo steckt Roland Freisler? Nervenheilanstalt oder Organisator in Ostpreußen?

20. 1.1933 Offene Anfrage an Roland Freisler!

Wie Roland Freisler die SS-Leute, die den viehischen Mord an dem Arbeiter Mohnsam begangen haben, zum Meineid verleitet

HESS. VOLKSWACHT - DER STURM (1931-1933)

27. 1.1931	Die Saalschlacht in Grebenstein
28. 1.1931	Schamlose Hetze um Grebenstein .- Rotmord überfällt SA-Leute, 2 Tote
	Nachklänge von Grebenstein
	Der "Bericht" des "Kasseler Tageblatts" über Grebenstein und die - Wahrheit!
29. 1.1931	Reichsbanner und KPD überfällt Kasseler SA in Großalmerode
31.1./1.2.1931	Es rast Rotmord und will sein Opfer haben!
3. 2.1931	Karl August Quer - er ist nicht mehr!
6. 2.1931	Ein ernstes Wort an die Polizeibehörden in Großalmerode
15. 2.1931	Sühne für Grebenstein
19. 2.1931	Aus dem Kasseler Stadtparlament
27. 2.1931	Liebliche Zustände im Reichsbanner Kassel
3. 3.1931	Der Feder-Prozeß in Kassel auf 19. März vertagt
10. 3.1931	Grebensteiner Saalschlacht vor Gericht
	Grebensteinprozeß ohne Angeklagte
11. 3.1931	Die kommunistischen Landesfriedensbrecher von Grebenstein vor Gericht
12. 3.1931	Der zweite Tag im Landfriedensbruchprozeß Grebenstein
13. 3.1931	Der dritte Tag im Landfriedensbruchprozeß Grebenstein
14./15.3.1931	Der Rotmord wütet in Kassel!
17. 3.1931	Allzumilde Richter im Landfriedensbruchprozeß Grebenstein
27. 3.1931	Der Prozeß Großalmerode - ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit
28. 3.1931	Rote Justiz: Ein Schreckensurteil im Großalmeroder Prozeß!
29. u. 3.1931	Nationalsozialisitischer Kampf im Stadtparlament
14. 4.1931	Pg. Feder vor den Schranken des Kasseler Gerichts
	Wieder ein Freiheitskämpfer zu Gefängnis verurteilt
30. 4.1931	Offener Brief an den Herrn Oberstaatsanwalt in Kassel
13./14.5.1931	Rote Justiz! ...und Pg. Feder zu 800 M verurteilt

19. 5.1931	Kasseler Haushaltsplan - Der Plan der Verelendung der äußeren und inneren Armut
22. 5.1931	Stahlhelm-Kundgebung in der Stadthalle
29. 5.1931	"Die staatsgefährlichen Nazis"
	Magistrat und Etat
	Der Kampf um den Kasseler Etat
30./31.5.1931	Dr. Roland Freislers Kampfrede im Stadtparlament
8. 7.1931	Wer hat in Großalmerode geschlagen?
5. 8.1931	Pg. Feder M.d.R. zu einem Monat Gefängnis verurteilt
	Berufung im Feder-Prozeß
11. 8.1931	Friedensburg und das Femebild vor Gericht
	Der Prozeß gegen Pg. Stoevesandt in Kassel
21. 9.1931	"Gegen jede Diktatur" - Pg. Freisler spricht
24. 9.1931	Unerhört harte Gefängnisstrafen für Nationalsozialisten
	Die Urteile im Berliner Kurfürstendamm-Prozeß
27. 9.1931	Unverständliches Vorgehen des Gerichts
28. 9.1931	Da schweigt das "Kasseler Volksblatt"
29. 9.1931	Nachspiel zu Großalmerode
13.10.1931	Drei Monate Gefängnis, weil er einen Revolver fand
20.10.1931	Das "Attentat" in der Bahnhofstraße - Kriminalistische Gedanken um eine geplatzte Bombe
	Der Graf Helldorf-Prozeß in Berlin - SA durch Spitzel auf den Kurfürstendamm gelockt
4.11.1931	Weitere Vernehmungen im Helldorf-Prozeß - Der "anonyme Vertrauensmann" der Polizei
5.11.1931	Graf Helldorf im Gefängnis von Kommunisten niedergeschlagen
	Unerhörter Zwischenfall im Kurfürstendamm-Prozeß
	Sensationeller Beweisantrag unseres Pg. Dr. Roland Freisler: "Kurfürstendammkrawalle - Lockspitzelarbeit!"
6.11.1931	Wenn Braunhemden werben...
	Helldorf-Prozeß vor der Entscheidung - Eine Unterredung mit Rechtsanwalt Pg. Freisler
7./8.11.1931	Unerhört harte Strafanträge im Helldorf-Prozeß
	Staatsanwalt Stenig wieder am Werk
12.11.1931	Weshalb die A.O.K. ihre Schulden nicht bezahlen kann
	So geht man mit euren Versicherungsgeldern um!

19.11.1931	Lächerlich geringfügige Anklage gegen Nationalsozialisten
	Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht
21./22.11.1931	Die Allgemeine Ortskrankenkasse sucht ein Darlehen von 200.000 RM!
	Keinen Pfennig Steuerzahlergelder für die Ortskrankenkasse unter ihrer jetzigen Leitung
25.11.1931	Mit uns das Recht, Pg. Dr. Roland Freisler in der Stadthalle
2.12.1931	Volk und Gesetz (Verantwortlich: Dr. Roland Freisler)
	Dr. jur. Roland Freisler: Hochverrat
5./6. 12.1931	Kommunistenterror erwiesen, aber Nationalsozialisten zu neun Monaten Gefängnis verurteilt
28.12.1931	Dr. jur. Roland Freisler: Rechtsstaat
31.12.1931	Die Städte versagten, daß Volk wird es schaffen
	Eine Untersuchung mit Pg. Dr. Roland Freisler
	Dr. jur. Roland Freisler an Severing
12. 1.1933	Die Hetzbroschüre des "Volks"blatts verboten
16. 1.1933	Warum zweierlei Maß? - Ein offener Brief unseres Pg. Dr. Roland Freisler
19. 1.1933	Die Freistellen an den Kasseler Schulen Pg. Dr. Roland Freisler schreibt an den Oberbürgermeister
24. 1.1933	Der Gercke-Plan vor dem Kasseler Stadtparlament
	Pg. Dr. Freisler entlarvt die SPD
	Versammlung der NSBO in Berlin - Dr. Freisler spricht
2. 2.1933	Kelzer Großfeuer vorm Schurgericht
13./14. 2.1933	2 Hitlertage in Kassel - Der Kanzler des Volkes spricht - Der Appell an das Volk
	Das leuchtende Band der 12.000
	Tausende in der Stadthalle
	Eine Bauerntagung, wie sie Kassel noch nie sah
	Gaukongreß in der Stadthalle
	Tausende von Amtswaltern stehen in Treue zum Führer
	Die Fackeln lodern noch
17. 2.1933	Adolf Hitler gegen das "Kasseler Volksblatt"
20. 2.1933	Riesenkundgebung in der Stadthalle - Verbrecherfonds für die Weimarer Koalition

25./26. 2.1933 Richtet nicht nach Paragraphenrecht! - Das Volk hält Braun und Severing für schuldig - Die große Anklagerede Dr. jur. Roland Freislers in der Kasseler Stadthalle

In Kassel wird aufgeräumt

Die Stadt muß eingreifen

Pg. Dr. Freisler an Landrat Dr. Ohle - Die Kreissparkasse als Kreditgeber des "Volksblatts"

2. 3.1933 Schwere Vorwürfe gegen Tietz

Ein Brief Dr. Roland Freislers an den Magistrat der Stadt Kassel

Vorgänge in der Nahrungsmittelabteilung

7. 3.1933 Hitlerfahnen über Kassels Rathaus

Auf den Kasseler Amtsgebäuden wehen Hitlerfahnen

8. 3.1933 Der Sturm auf das rote Gewerkschaftshaus

Die Reichsbahn gehört dem deutschen Volke

Das Siegesbanner weht vom Gewerkschaftshaus - Hakenkreuzfahnen auf den Schulen

11./12. 3.1933 Neuer schwerer Vorwurf gegen Tietze

Die Ablenkungsmanöver des jüdischen Warenhauses

13. 3.1933 Die nat.-soz. Stadtverordnetenfraktion - Vier alte Kämpfer an der Spitze

"Kasseler Volksblatt" verurteilt

14. 3.1933 Blut und Boden

Die Anwendung des neuen Erbhofrechtes

16. 3.1933 Mitbürger! - Aufräumen im Kasseler Rathaus

25./26. 3.1933 Kassels Oberbürgermeister zurückgetreten

Kassels Verwaltung unter nat.-soz. Leitung

27. 3.1933 Ministerialdirektor Dr. Roland Freisler

28. 3.1933 Nat.-soz. Arbeit in den Gemeinden

31. 3.1933 Pg. Lahmeyer: Die Lage der Stadt Kassel - Wie wird der Etat aussehen

Die erste Stadtverordnetensitzung

Der 30. März, Kassels großer Tag

Adolf Hitler Ehrenbürger von Kassel

Dr. Roland Freisler Staatssekretär

1./2. 4.1933 Die Reden von Pg. Weinrich und Freisler in der 1. Stadtverordnetensitzung

Der Nationalsozialismus hat Kassel erobert

Pg. Dr. Roland Freisler: Treue, ehrliche, opferbereite Mitarbeit

5. 4.1933	Juden gehören nicht in deutsche Gerichte!
	Das Kasseler Gericht gesäubert - Auflösung der Anwaltskammer
6. 4.1933	Der Fall Weingarten vor Gericht
8. 4.1933	Dr. Roland Freisler in Frankfurt a.M.
	Eine Aktion des preuß. Justizministeriums
11. 4.1933	Eine Woche Arbeit des preuß. Justizministers
19. 4.1933	Wir wollen deutsches Recht!
	Aufruf an die deutschen Juristen!
21. 4.1933	Frank II, Kerrl und Freisler sprechen
	NS-Kundgebung in München
22./23. 4.1933	Gleichschaltung der Anwaltskammern
11. 5.1933	SPD-Vermögen beschlagnahmt: Der große Schlag Dr. Roland Freislers
16. 5.1933	Die Reden Pg. Franks, Kerrls und Freislers: Türkenbefreiungsfeier im Geiste Hitlers
	Das Treuebekenntnis zum Führer
23. 5.1933	Für ein deutsches Volksrecht
2. 6.1933	Die sogenannte "Charakterprüfung der preuß. Referendare
25. 7.1933	"Das Recht ist das Gewissen der Nation"
3. 8.1933	Die neue Strafvollzugsordnung
	Justizminister Kerrl und Staatssekretär Freisler vor der Presse
29. 8.1933	Rastlose unermüdliche Arbeit - Pg. Dr. Roland Freisler als Staatssekretär immer noch der Alte

KURHESSISCHE LANDESZEITUNG (1933)

14. 9.1933	Recht und Volk verbunden
16./17. 9.1933	Juristentag in Leipzig
30.9./ 1.10.1933	Der NS-Kämpfer in der Justiz - Recht und Gesetz wieder eins
2.10.1933	Für deutsches Recht
7./8. 10.1933	Die Befreiung des deutschen Bauern
11.10.1933	Erntekranz für Staatssekretär Freisler
28./29.10.1933	Der schöpferische Richter
4./ 5.11.1933	Reform des Strafrechts

6.11.1933	Wir wurzeln in der Heimaterde
7.11.1933	Wir sagen "Ja"!
	Justizminister Kerrl und Staatssekretär Dr. Roland Freisler in Marburg
16.11.1933	Neues aus dem Rechtsleben
18./19.11.1933	Der Weg zum Strafrechtsausschuß
	Das Verfahren im Erbhofrecht
29.11.1933	Verbrechen und Strafe
2.12.1933	Recht, Richter und Gesetz
14.12.1933	Nachruf: Gustav Wagemann

Geheimes Staatsarchiv Berlin, Generalakten des Justizministeriums, Rep. 84 a:

3715	Band IV
3999	Band II
4006	Band IV
4014	Band IV
7787	Band VIII
7909	Band XIX
7990	Band XIX
8031a	Band III
8053	Band XI
8141	Band IV
8166	Band XX
8167	Band XX
8195	Band IX
8232	Band II
8249	Band III
8264	Band V
8315	Band II
8348	Band XVIII
8423	Band VI
8474	Band III

Geheimes Staatsarchiv Berlin, Besetzungsakten, Rep. 84 a, Band 8: OLG Bezirk Kassel:

23 758	Band II
23 768	Band X

Bundesarchiv Koblenz, Bestand Reichsjustizministerium, Rep. R 22:

Band 1:	Band 2:	Band 3:
931	845	956
995	849	
1074	1126	
1261	1144	
	1437	

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei(Sopade) 1934-1940. Verlag Petra Nettelbeck, Frankfurt/M., 1980:

3 (1936), S. 756 und S. 1660
4 (1937), S.1338 — S. 1362
5 (1938), S. 514-535 und S. 886-910

BERGSCHICKER, H.: Deutsche Chronik 1933-1945, Alltag im Faschismus. Elefanten Press Verlag, Berlin 1983.

BOBERACH, H. (Hrsg.): Richterbriefe - Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942-1944. Harald-Boldt-Verlag, Boppard am Rhein, 1975.

BRACHER, K.D.: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1969.

BROSZAT, M.: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. dtv, München, 1979[3].

BROSZAT, M.: Zur Perversion der Strafjustiz im Dritten Reich. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), S. 390-443.

BROSZAT, M.; FRÖHLICH, E. u. GROSSMANN, A. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C. R. Oldenburg Verlag, München, 1981.

BUCHHEIT, G.: Richter in roter Robe. Freisler - Präsident des Volksgerichtshofes. Paul List Verlag, München 1968.

DOMARUS, M.: Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945, Band II, Untergang. 2. Halbband 1941-1945. Süddeutscher Verlag, München 1965.

ECHTERHÖLZER, R.: Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Band 16, Teil II, Die Deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1970.

FRAENKEL, E.: Der Doppelstaat. Studien zur Gesellschaftstheorie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. u. Köln, 1974.

GRUCHMANN, L.: Dokumentation. Hitler über die Justiz. Das Tischgespräch vom 20. August 1942. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), S. 86-101.

GRUCHMANN, L.: Euthanasie und Justiz im Dritten Reich. Vierteljahres-hefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 235-279.

GRUCHMANN, L.: "Nacht-und Nebel"- Justiz. Die Mitwirkung deutscher Strafgerichte an der Bekämpfung des Widerstandes in den besetzten westeuropäischen Ländern 1942-1944. Vierteljahreshefte für Zeitge-schichte 29 (1981), S. 342-396.

GRUCHMANN, L.: "Bundesschutzgesetz" und Justiz. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 418-442.

HANNOVER, H. u. HANNOVER-DRÜCK, E.: Politische Justiz 1918-1933. Fischer, Frankfurt/M., 1966.

HEIBER, H.: Zur Justiz im Dritten Reich: Der Fall Eliáš.
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 276

HILLERMEIER, H. (Hrsg.): "Im Namen des Deutschen Volkes!" Todesurteile des Volksgerichtshofes. Luchterhand Verlag, Darmstadt u. Neuwied,1982[2].

HOCKERTS, H. G.: Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der katholischen Akademie in Bayern, Reihe B, Band 6. Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1971.

HOFER, W.: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Fischer, Frankfurt/M., 1957.

HOFER, W.: Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion Dr. Albert Hachfeld, Konstanz, 1960.

KAMMLER, J. (Red.): Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder-Dokumente-Kommentare. Gesamthochschule Kassel, 1983.

KIRCHHEIMER, O.: Die Rechtsordnung des Nationalsozialismus. In: Redaktion Kritische Justiz (Hrsg.), Recht und Justiz im Nationalsozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. u. Köln, 1979, S. 9-23.

PÄTZOLD, K. u. WEISSBECKER, M.: Geschichte der NSDAP 1920-1945. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981.

PICKER, H.: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42- Seewald Verlag, Stuttgart, 1963.

REIFNER, U. (Hrsg.): Das Recht des Unrechtstaates. Arbeitsrecht und Staatsrechtswissenschaften im Faschismus. Campius Verlag, Frankfurt/M., 1981.

REITLINGER, G.: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945. Colloquium Verlag, Berlin, 1979[5].

REITTER, E.: Franz Gürtner, politische Biographie eines deutschen Juristen 1881-1941. Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Band 12. Drucker und Humblot Verlag, Berlin, 1976.

ROBINSOHN, H.: Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in "Rasseschandefällen" beim Landgericht Hamburg 1936-1943. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 35. Deutsche-Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1977.

RÜCKERL, A.: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung. C.F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg, 1982.

SCHULZ, G.: Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates. In: BRACHER, SCHULZ u. SAUER, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Teil II. Ullstein, Frankfurt/M., 1962.

STAFF, I. (Hrsg.): Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Fischer, Frankfurt/M., 1978^2.

von MÜNCH, I. (Hrsg.) u. BRODERSEN, U.: Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems. Schöningh, Paderborn, 1982^2.

WAGNER, A.: Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat. In: Institut für Zeitgeschichte, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 16, Teil 1. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1968.

WAGNER, W.: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. In: Institut für Zeigeschichte, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 16, Teil 3. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1974.

WEINKAUFF, H.: Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick. In: Institut für Zeitgeschichte, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 16, Teil 1. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1968.

"Ich versichere, daß ich diese Arbeit selbständig verfaßt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet und die Stellen, die anderen Werken im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, mit Quellenangaben kenntlich gemacht habe. Dies gilt auch für Skizzen, Zeichnungen und bildliche Darstellungen."

Sigrun Meier

Kassel, den 27. April 1984